

24. VIII. 1914

„Das Unerwartete ist möglich.“

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

\* Zürich, 24. August.

Der gut unterrichtete Sonderberichterstatter der „Zürcher Post“ in London berichtet, ohne von der englischen Zensur behindert zu werden: Die Antwort der Alliierten auf die Papstnote wird nach allem, was man in der englischen Hauptstadt vernimmt, anders lauten als diejenige, welche seinerzeit Deutschland erteilt wurde. Eine direkte Ablehnung ist ausgeschlossen. Diejenigen Stellen, die sofort erklärten, die Friedensnote sei in dem Interesse von Deutschland und Oesterreich verfertigt, trachteten dabei, das Volk gegen den päpstlichen Vorschlag mit Vorurteilen zu erfüllen. Dies wäre vor einigen Monaten möglich gewesen, im jetzigen Augenblick aber finden solche Anklagen nicht mehr Glauben. Der Stockholmer Gegensatz hat es mit sich gebracht, daß das britische Volk im allgemeinen in der Richtung des Friedens orientiert ist. Wenn nicht alles täuscht, wird der Papst eine, verglichen mit den früheren Ausführungen der Alliierten, gemäßigtere Abfassung des Alliierten-Standpunktes erhalten. Sollten die Centralmächte den Inhalt der Note Benedikts ohne große Modifizierung annehmen, dann ist in den alliierten Ländern, nach London zu schließen, das Unerwartetste möglich.

Die katholischen „Neuen Zürcher Nachrichten“ melden aus Rom: Das Telegramm des Ausschusses der katholischen Volksunion an den Papst und das Friedenstelegramm des gleichen Ausschusses an die italienische Regierung wurde von der römischen Zensur unterdrückt. Die katholischen Blätter sind sehr erbittert darüber, daß die Zensur den Abdruck von Schmähartikeln gegen den Papst im „Popolo d'Italia“ gestattete.

\* Wien, 24. August.

Laut der „Wiener Volkszeitung“ meldet der Washingtoner Korrespondent der Daily News: Senator Besolette sei eifrig bestrebt, als einer der 13 Senatoren, die gegen den Krieg gestimmt hatten, eine Neuverkürzung der amerikanischen Friedensbedingungen hervorzurufen. Er befürworte die russische Formel: Keine Annexionen, keine Kriegsschädigungen. Seine Resolution habe dadurch Aussicht auf Erfolg gewonnen, daß sie an das Komitee für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz der Stone ist, zur Besprechung weitergegeben wurde. Der Kongreß sei in erregter Stimmung. Man sehe eine äußerst lebhafte Debatte voraus. Es werde ein großer Druck auf Stone ausgeübt in der Hoffnung, diesen könne Besolette derart hemmen, daß dessen Resolution von selbst sterbe.

\* Budapest, 24. August.

Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow sagte über die Papstnote noch folgendes:

Der Papst hat alle Möglichkeiten in Betracht gezogen, alle Situationen und Stimmungen der Völker, die seit mehr als drei Jahren jedes ihren Standpunkt mit größter Selbstaufopferung verteidigt. Es besteht kein Zweifel, daß sich alle Nationen, Freund und Feind, nach Frieden sehnen. Der Standpunkt der Centralmächte ist folgender: Wir wünschen den Frieden und wollen dem schrecklichen Blutvergießen ein Ende bereiten.

Ich glaube nicht, daß der Papst vor Absendung der Note mit den Staatsoberhäuptern in Fühlung trat, ob sie zu einem Frieden bereit seien. Er hat nur auf das Herz der Völker geblickt, die unter seiner Oberhoheit stehen. Die Entente scheint alles zu unternehmen, um die öffentliche Meinung auf eine scharfe Zurückweisung der Papstnote vorzubereiten, während die Neutralen für die Note eine aufrichtige Sympathie bekunden. Die Centralmächte werden konkrete und den päpstlichen Vorschlägen entsprechende Antworten erteilen, und zwar jeder Staat für sich.

Was Bulgarien betrifft, so ist die Papstnote uns gegenüber nach keiner Richtung hin ungerecht. Der Papst wünscht nur, daß die Balkanfrage auf der Basis des Rechts und der Gerechtigkeit gelöst werde. Wir Bulgaren haben unsere seit langem schmachtenden Brüder an der ägäischen Küste, in der Gegend von Sereth, Drama und Kawaia sowie in Mazedonien, das ein Teil unserer Seele ist, befreit. Sie erklärten sich für die Vereinigung mit Bulgarien, auch die in Morawa unter der serbischen Herrschaft gelebten Bulgaren atmen jetzt frei. Ueber die Dobrußscha ist kein Wort zu verlieren. Sie haben unsere Söhne in gigantischem Kampf erobert.

Innen und außen stehen wir als Sieger da. Die Einigkeit der Verbündeten ist vollständig. In kurzer Zeit wird Mitteleuropa ein einziges riesiges Reich werden, dessen verschiedene Länder aber ihre Freiheit bewahren sollen. Wir verschmelzen sozusagen ineinander. Ob jetzt der Friede kommt, wer könnte das sagen! Wir wünschen den Frieden, sind aber ruhiger denn je. Wir bitten auch um keinen Frieden, im Interesse der Menschheit allein ist es gelegen, daß er zustande kommt, und tritt er nicht rasch ein, so wird das nur die Entente bereuen. Wir vertrauen, daß der Tag kommen wird, an dem die Entente nach einem Vermittler spähen wird, um durch einen Frieden in ihrer bedrängten Lage Erlösung zu finden. Ich kann getrost behaupten, daß unsere Gegner, besonders Rußland, nach Frieden dürsten. Der Tag, an dem die Entente um Frieden fleht, kann nicht mehr fern sein. Wir wissen dies sehr gut, da wir die in den feindlichen Staaten herrschenden Verhältnisse richtig einschätzen.



25. / VIII. 1917

6

### Die Kriegserklärung Chinas an Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. August.

Wie die „Politische Korrespondenz“ erfährt, hat die vom chinesischen Gesandten dem k. u. k. Minister des Aeußern überreichte Kriegserklärung Chinas an die österreichisch-ungarische Monarchie folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete Gesandte von China ist beauftragt und hat die Ehre, folgende Erklärung seiner Regierung zur Kenntnis des k. u. k. Ministeriums des Aeußern zu bringen:

Die Mittelmächte haben durch die von ihnen angewendete Methode des Unterseekrieges das Völkerrecht und die Gesetze der Menschlichkeit verlegt. Infolge der Unwirksamkeit ihres Einspruches hat die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Trotzdem fahren die Unterseeboote der Mittelmächte fort, Handelsschiffe der neutralen und der kriegführenden Länder zu versenken, und bewirken hiedurch auch den Tod chinesischer Bürger. Da Oesterreich-Ungarn denselben Weg wie Deutschland betreten hat, ist es unmöglich, zwischen diesen beiden Ländern zu unterscheiden. Aus Achtung vor dem Völkerrecht und zum Schutze des Lebens und der Habe ihrer Bürger erklärt die chinesische Regierung, daß, angefangen vom 14. August, 10 Uhr vormittags, China sich als im Kriegszustande mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn befindlich betrachtet.

Da somit seine diplomatische Mission ein Ende gefunden hat, beehrt sich der Unterzeichnete, das k. u. k.

Ministerium des Aeußern zu bitten, ihm seine Pässe zuzustellen und veranlassen zu wollen, daß ihm und dem Personal der Gesandtschaft für die Reise in die Schweiz die möglichsten Erleichterungen gewährt werden.



25./VIII. 1917

7

## Schwedens Politik.

### Erklärungen des Ministers des Aeußern Lindmann.

R. Stockholm, 23. August. (Meldung des Svenska Telegrambureau.) In der bereits kurz mitgeteilten Rede über einige Gesichtspunkte der auswärtigen Politik Schwedens während des Weltkrieges beschäftigte sich Minister des Aeußern Lindmann zunächst mit den wirtschaftlichen Folgen des Krieges für Schweden, wobei er darauf verwies, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen das Land gegenwärtig leide, hauptsächlich von der durch den Krieg geschaffenen Lage abhängen, einer Lage, die das Land nicht beherrschen könne. Der Minister verwies namentlich auf den Welt-Lebensmittelmangel und auf die Vermehrung der für Schweden durch den deutschen Unterseebootkrieg und die Blockadepolitik Englands geschaffenen Schwierigkeiten.

Von diesem Hintergrunde aus müsse die Neutralitätspolitik Schwedens betrachtet werden. Der Minister skizzierte kurz die Richtlinien dieser Politik, nämlich Aufrechterhaltung der Souveränität und der Unabhängigkeit des Landes und korrekte und unparteiische Wahrung der Neutralität. Die Neutralitätspolitik verlangt, sagte der Minister, in erster Linie, daß wir mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, jeden Versuch der einen oder anderen kriegführenden Partei, unsere Neutralität zu verletzen, zurückweisen müssen. Aber sie verlangt noch mehr. Ein neutraler Staat ist verpflichtet, eine solche Haltung zu beobachten, daß er nicht durch Verpflichtungen gegenüber einer der kriegführenden Parteien in eine schiefe Lage gegenüber der anderen gerate. Er kann sich nicht im Interesse der einen oder der anderen kriegführenden Partei als Faktor in der jetzigen Konflagration gebrauchen lassen. Aber eine Neutralitätspolitik, die auf die Lebensinteressen des Landes Rücksicht nimmt, besteht nicht allein in der Kunst, Konflikte mit den

kriegführenden Mächten zu vermeiden und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wir müssen auch an die Zukunft denken und insbesondere dafür sorgen, daß die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes jetzt und immer aufrechterhalten bleibe. Für eine andere Politik können wir die Verantwortung vor den künftigen Generationen nicht tragen.

Der Minister betonte sodann, daß im gegenwärtigen Kriege der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete ein Faktor von immer größer werdender Bedeutung geworden sei. So sei in den Bemühungen Schwedens, eine genügende Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu erzielen, die Anwendung der bisherigen Grundsätze der Neutralitätspolitik auf das wirtschaftliche Gebiet ein Problem ersten Ranges geworden. Der Minister erinnerte hierbei an seine Erklärung vom 13. Juni im Reichstag betreffend die aus der Neutralität Schwedens fließende Notwendigkeit, die Handelsbeziehungen mit den beiden kriegführenden Parteien aufrechtzuerhalten.

Der Minister verbereitete sich ferner über die Verhandlungen und Uebereinkommen Schwedens mit den kriegführenden. Er verwies hierbei darauf, daß die Regierung Handelsabkommen im Auge habe, die mit der Neutralitätspolitik und Unabhängigkeit Schwedens vereinbar wären.

Bezüglich der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hege er die Hoffnung, daß das amerikanische Volk ebenso wie jene, die seine Politik leiten, die Dinge vom menschlichen Standpunkte mit weitem Blick betrachten werden und daß die amerikanische Nation, mit der Schweden durch innige Beziehungen verbunden sei, Schweden nicht Schwierigkeiten von so ernstem Charakter werde bereiten wollen.

Der Minister gab sodann ein Bild der Getreideeinfuhr und der Lebensmittelausfuhr und wies statistisch nach, daß im wahrsten Sinne des Wortes während des Krieges keine Getreideausfuhr stattgefunden hat und daß die Ausfuhr von Fleisch und Schweinen keineswegs jenen Umfang hatte, der ihr gerüchtwaise zugeschrieben wurde.

Ueber die Friedensaussichten sprach sich der Minister folgendermaßen aus: Die ganze Welt, die Neutralen nicht weniger als die kriegführenden, wünschen sehnlich in diesem Augenblick den Frieden, einen Frieden, der den Völkern in möglichst hohem Maße die unerhörten Leiden erspart, die ihnen der Krieg zugefügt hat. Indessen ist nichts unsicherer als der Augenblick, wann dieser Friede kommen wird. Man muß aber immerhin hoffen, daß dieser Zeitpunkt näher sei als irgend jemand zu glauben geneigt ist.

Der Minister erinnerte überigens daran, daß die Frage der Wahrung der Interessen der Neutralen beim Friedensschluß und in der Folgezeit gelegentlich der Zusammenkünfte der Minister der skandinavischen Länder erörtert worden ist und daß diese Frage einen Schritt bei den anderen neutralen Mächten Europas im Sinne eines Zusammenarbeitens zu diesem Ende zur Folge gehabt habe.

Der Minister gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß alle kriegführenden und neutralen Völker, die während der Jahre, die soeben abgelaufen sind, die Leiden des Krieges durchmachen mußten, aus allen Kräften daran arbeiten würden, nach dem Kriege ein System zu errichten, das sicherere Bürgschaften für die Beseitigung von internationalen Konflikten schaffen würde, als sie bisher bestanden.



## Das werdende Staatsrecht des ukrainischen Staatswesens.

Von Reichsrats-Mitgl. Dr. St. Dnistrianskyj,  
Professor an der Lemberger Universität.

Ueber die sich aus der gegenwärtigen politischen Lage in Rußland ergebenden staatsrechtlichen Beziehungen der Ukraine zur russischen Republik äußerte sich der Reichsratsabgeordnete Prof. Dnistrianskyj einem Vertreter der „Reichspost“ gegenüber:

Mit der Revolution hörte das auf dem Zarismus basierte Staatsrecht des Russischen Reiches auf, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, an Stelle des aufgehobenen ein neues, definitives Staatsrecht aufzurichten. Die gegenwärtige provisorische Regierung entbehrt der rechtlichen Grundlage, erscheint jedoch berufen, die Grundlage für das zukünftige russische Staatsrecht vorzubereiten. Von diesem Standpunkt aus sind auch die Vorgänge in der russischen Ukraine und die Stellung der russischen Regierung zu denselben zu beurteilen.

Gleich nach dem Ausbruch der Revolution bildete sich in Kiew der ukrainische Zentralrat, die „Rada“, die durch den Allukrainischen Nationalkongreß, den

ukrainischen Bauernkongreß und zwei ukrainische Seereskongresse bestätigt, sowie durch alle Gemüthverwaltungen der Ukraine als oberste Landesbehörde anerkannt. Hiemit erhielt die Rada, den Kriegsverhältnissen angemessen, ohne sich auf die durch die Revolution zerstörten Rechtsinstitutionen stützen zu können, die Genehmigung des gesamten ukrainischen Volkes. Indem sich nun der Zentralrat auf alte geschichtliche Ueberlieferungen, namentlich auf den Perejaslawer Vertrag vom Jahre 1654 stützte, verlangte er die völlige nationale Autonomie für die Ukraine. Was den Umfang dieser Autonomie anbetrifft, bildeten sich unter den Vertretern des ukrainischen Volkes zwei Richtungen: die eine verlangte eine bundesstaatliche Angliederung an Rußland, die andere, die Unabhängigkeitspartei, eine von Rußland ganz unabhängige ukrainische Republik.

Wie die letzten Nachrichten bezeugen, hat die Unabhängigkeitspartei die Oberhand gewonnen. Die Krise, die durch die Demissionierung des ukrainischen Ministerpräsidenten Winnitschenko entstanden ist, deutet darauf hin, daß zwischen der russischen und ukrainischen Regierung ein Konflikt heraufbeschworen wurde, dessen Tragweite noch nicht abzusehen ist.

Auf Grund der bekannten Vereinbarung hat der ukrainische Zentralrat der russischen provisorischen Regierung den Inhalt der ukrainischen Verfassung übermittelt, der zufolge das ukrainische Generalsekretariat als die einzige Regierungsautorität in der Ukraine nur der Rada verantwortlich ist. Alle Gesetze der russischen Regierung sollen für die Ukraine erst dann in Kraft treten, sobald sie durch das Generalsekretariat im amtlichen Anzeiger der Ukraine veröffentlicht werden. Das über die ukrainische Verfassung vorgelegte Statut soll von der russischen Regierung genehmigt worden sein, wenn aber trotzdem die Krise entstanden ist, so scheinen plötzlich Schwierigkeiten aufgetaucht zu sein, deren Folgen einen bedeutungsvollen Wendepunkt herbeiführen können.

Wenn auch der mit den russischen Ministern abgeschlossene Vertrag, die Umbildung des ukrainischen Zentralrates in ein Landesparlament, das Statut der ukrainischen Verfassung nicht als endgültige staatsrechtliche Akte aufgefaßt werden können, darf man ihnen trotzdem eine staatsrechtliche Bedeutung nicht absprechen. Es sind Erscheinungen des im Werden begriffenen Staatsrechtes der Ukraine, Akte, die unter normalen Verhältnissen als staatsrechtliche, während der Revolution aber mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Einberufung der verfassunggebenden Versammlung als Vorbereitungsakte staatsrechtlichen Inhalts angesehen werden müssen.

Die Tatsache, daß die Ukraine samt allen ihren Behörden als eine selbständige Korporation des öffentlichen Rechtes anerkannt wurde und als solches vor der Konstituante zu erscheinen hat, ist eine bedeutende politische Errungenschaft des um seine geschichtlich verbürgten Rechte unverbrochen kämpfenden Volkes. Durch die Genehmigung des ukrainischen Verfassungsstatuts wird von der russischen Regierung der Ukraine das Recht zugebilligt, daß dieses große, ehemals selbständige Land in der zukünftigen Verfassung des russischen Reiches als selbständiges Glied derselben auftreten soll. Da die Ukraine eine republikanische Verfassung anstrebt, so ist weder eine Personal- noch eine Realunion mit Rußland möglich. Es hatte bisher den Anschein, daß das künftige Verhältnis der Ukraine zu Rußland sich als ein Staatenbund gestalten wird. Die gestern gemeldeten Nachrichten lassen jedoch den Schluß zu, daß in der Ukraine die Strömung einer völligen Losrennung von Rußland sehr stark zunimmt.

Ich bin überzeugt — schloß Professor Dnistrianskyj seine interessanten Ausführungen — daß bei einer längeren Dauer des Krieges die völlige Loslösung der Ukraine vom russischen Reiche sich nicht mehr vermeiden lassen wird. Der Strömung für den Frieden um jeden Preis, die in der Ukraine am meisten zu Tage tritt, wird die russische Regierung im eigenen Interesse Rechnung tragen müssen.“



26. VIII. 1917

11

## Deutsche Friedensarbeit.

Es ist deutsche Art, methodisch vorzugehen. Manche Leistung erscheint dadurch schwerfällig, gewiß, aber es bewahrt vor Ueberstürzungen, es ist ein Schutzwall gegen Experimente. So wird denn auch der unwiderrstehliche große Drang nach Demokratisierung im Deutschen Reiche in feste Bahnen gelenkt, der wilde Strom eingefangen, auf daß er dem Ganzen dienstbar werde, ohne in seiner Unbändigkeit Verwirrung zu schaffen. Der Reichskanzler Dr. Michaelis hat gestern eine Sonderkommission des Bundesrates und des Reichstages vorgeschlagen als erste Brücke zu stärkerer gemeinsamer Arbeit von Regierung und Bevölkerung, und das kennzeichnende Moment ist, daß die Redner im Hauptauschuß sich diesem Vorgehen billigend angeschlossen haben. Der Reichstag betrachtet es nicht als eine Abschlagszahlung, mit der man sich abfinden sollte, er würdigt die Methode des Reichskanzlers als tauglich für eine selbstverständliche weitere Entwicklung der Verfassung.

Man erinnert sich, mit welcher Freude in den Staaten der Entente der Abgang des Herrn v. Bethmann Hollweg begrüßt wurde. Die Idee der Demokratisierung wurde als eine Stoß-ins-Herz-Politik, als eine vernichtende Gefahr für das Deutsche Reich bewertet. Aber wie die deutsche Front eisern bleibt, so auch das innere Gefüge des Deutschen Reiches. Nicht umstürzlerisch, nein, organisch wird sich die Ausgestaltung der Verfassung vollziehen. Das preussische Wahlrecht, das aus der Vorzeit unnatürlich, die Harmonie störend, unbequem und häßlich, mitten im Wege lag, den das Deutsche Reich durchschreiten muß, um seiner kulturellen Größe gerecht zu bleiben, dieses rückschrittliche, verknöcherte Wahlrecht wird bald nicht mehr existieren. Die stärkere Teilnahme der ihres Wertes und ihrer Verantwortung vor den Wählern vollbewußten Parteien des Reichstages soll und wird sich nicht als Elaborat von Staatsmännern und Staatsdenkern am grünen Tisch, sondern wie das natürliche Wachstum vollziehen. Wie der Baum Ring an Ring ansetzt, wird die Demokratisierung in Deutschland erstehen.

Von eigenem Reize, ja von besonderer Schönheit ist es, daß dem neuen Sonderauschuß als erste Aufgabe die Mitarbeit an der Beantwortung der päpstlichen Note gestellt ist. Das strahlende Zeichen der Friedensidee zieht der inneren Neuordnung voran. Wer kann nun noch bezweifeln, daß in Deutschland Volk und Regierung, Kaiser und Land nicht einmütig sind in ihrem edlen Willen, durch einen ehrenhaften Frieden dem fürchtbaren Blutvergießen, der Zerfleischung und Verwüstung Europas ein Ende zu bereiten? Höchsterfreudlicherweise hat die Entente überall, was man so Malheur nennt. Die Demokrati-



# Die neuen Anleihen der Ententestaaten.

Von Johannes Birt.

## I.

Da die Ententestaaten offenbar Miene machen, den Krieg weiterzuführen und durch die oftmaligen, äußerst kostspieligen Offensiven der letzten Zeit ihre im Wege von Anleihen aufgebrachten Mittel neuerdings erschöpft haben, tauchen von allen Seiten Neuankündigungen auf und in verhältnismäßig kurzer Zeit werden sie an die Emission beträchtlicher neuer Anleihen schreiten müssen. Es hat sich gezeigt, daß sich das nötige Geld für kurze Zeit nur zum Teil und dann auch nur unter sehr großen Schwierigkeiten aufzutreiben läßt, weshalb die Alliierten sich gezwungen sehen werden, mehrere Jahre laufende Papiere aufzulegen. Ungeheim charakteristisch ist, daß all die „Sieges-“ und „Freiheitsanleihen“, die als „die letzten Anleihen“ ausposaunt wurden, sich in dieser kühnen Bezeichnung als Trug erweisen, und man mag auf die pompöse Ankündigung und Aufmachung der neuen „Siegesanleihen“ gespannt sein. Sowohl in London wie auch in Paris, Petersburg und Washington, beziehungsweise New-York, befaßt man sich bereits intensiv mit den Neuemissionen, für die eine originelle und packende Bezeichnung zu finden zweifelsohne viel Kopfzerbrechen verursacht.

Trotz der intensiven Unterstützung von Seite der Vereinigten Staaten hat sich Großbritannien vor kurzem gezwungen gesehen, eine neue Anleihe von 250 Millionen Pfund Sterling in Anspruch zu nehmen. Der Betrag ist zwar vom Unterhaus genehmigt worden; berücksichtigt man jedoch die Tatsache, daß nach den Erklärungen des früheren Schatzkanzlers Mac Kenna England täglich ungefähr 8 Millionen Livres Sterling an Kriegskosten verbraucht, so reicht der genannte Betrag nur für die Dauer eines einzigen Monats. John Bull hat sich der angenehmen Täuschung hingegeben, Dntel Sam werde alle oder den größten Teil der Ausgaben vorläufig auf seine breiten, starken Schultern nehmen, weshalb er sich im allgemeinen Verbrauch fast gar keine Schranken auferlegt. Verfolgt man die statistischen Ziffern der englischen Wirtschaftsorgane, so findet man, daß die zahlreichen „Sparsamkeitsfeldzüge“ so gut wie ohne Wirkung geblieben sind, ein verhältnismäßig arg verschwenderischer Aufwand getrieben wird, der unter anderem die Inflation der Währung im Gefolge hat, und die breiten Schichten des Publikums noch immer nicht so recht zum Bewußtsein des blutigen Ernstes der Lage gekommen zu sein scheinen. Nun aber hat der britische Finanzminister Bonar Law, abgesehen von den 250 Millionen, dem Parlament bereits eine Gesetzesvorlage für eine neue große Anleihe — die vierte — präsentiert. Die näheren Bedingungen sind vorläufig unbekannt und es ist fraglich, ob das neue Papier vor der Herbstsession des Parlaments zur Emission gelangen wird. Aber jedenfalls handelt es sich um eine Milliardenanleihe größten Stils, wobei hervorzuheben ist, daß sie in für England verhältnismäßig kurzer Frist der dritten im vergangenen Jänner aufgelegten („Victory Loan“) folgen wird — zwischen der zweiten und der dritten waren nämlich mehr als anderthalb Jahre verstrichen. Der Erfolg der vierten Anleihe nach so kurzer Frist bleibt abzuwarten. Als Sodmittel dürfte ein höherer Zinsfuß als der bisherige zur Anwendung gelangen. Die fatale Ankündigung des Schatzkanzlers wirkte auf das Unterhaus wie ein kalter Guß. — Nebenbei sei erwähnt, daß England erst in den letzten Wochen von Amerika neue 150 Millionen Dollar und in den letzten Tagen weitere 50 Millionen vorgeschossen erhielt, die aber nur einen Tropfen Wasser im Ozean bedeuten.

28.7 VIII. 1917 15

Ebenso wenig vermag der jüngste amerikanische Vorschlag von 100 Millionen Dollar an Frankreich diesem Staat auf längere Zeit hinaus zu helfen. Es ist schon sehr lange her, seit Paris seine finanzielle Führerrolle im Weltkrieg hatte aufgeben müssen. Von Franzosen selbst ist nun berechnet worden, daß bis zum Oktober d. J. die Regierung für den Krieg die Riesensumme von ungefähr 100 Milliarden Franc verausgabt haben wird, während im ganzen nur 80 Milliarden als Deckung aufgebracht werden können. Dieser Fehlbetrag macht die Emission einer neuen, dritten Anleihe unerlässlich nötig, und falls nicht alle Zeichen trügen, wird diese in wenigen Wochen zur Begebung gelangen. Ihr Zinsfuß dürfte fünfsechshalb bis sechs vom Hundert betragen und wahrscheinlich wird der Emissionskurs unter dem Nennwert stehen. Auch Frankreich hat sich mit dem gleichen Stolz wie England in die Brust geworfen, indem es sich zum „Bankier der ganzen Welt“ aufrief. Nun aber wird es immer abhängiger von Großbritannien und Amerika und hat Ende Juni d. J. sogar bei Japan eine Anleihe von 50 Millionen Yen (zirka 120 Millionen Kronen) zu dem sehr hohen Zinsfuß von sechs vom Hundert aufnehmen müssen, die bereits in drei Jahren zum Nennwert rückzahlbar ist. Seit der Auflage der zweiten Anleihe im Herbst 1916 hat Frankreich mit der Aufnahme schwebender Schulden wenig Glück gehabt und sieht sich jetzt zur Emission einer langfristigen Anleihe gezwungen.



## Friedensvermittlung und Kriegursachen.

Der ewige Frieden und zwar ein Dauerfrieden — der Immerfriede: bleibt wohl ein schöner Traum — erreichen will, muß die Kriegursachen zu beseitigen trachten. Da gilt es vor allem, die wirklichen Gründe des Völkerunglücks zu erkennen, den Blick von den hinlänglich bekannten und noch leidenschaftlicher umstrittenen Anlässen des Kriegsausbruches zu den tieferen Ursachen hinzulenken, die schließlich zur Katastrophe der Menschheit führen mußten. Nach mehreren erfolglosen Mahnungen an die Regierungen und Völker tritt zu Beginn des vierten Kriegsjahres der Papst in aller Form als Friedensvermittler mit festen Vorschlägen zwischen die Kämpfenden. Da ist es von großer Wichtigkeit, die Anschauungen des Friedensvermittlers über die eigentlichen Kriegursachen kennen zu lernen. Die Vorschläge, die der Papst den Staatsoberhäuptern der kriegführenden Nationen ans Herz legt, sind zweifellos das logische Ergebnis jener Anschauungen, sicherlich keine Heilmittelverschreibung ohne Diagnose. Aus den päpstlichen Vorschlägen selber ließen sich wichtiger Rückschlüsse auf die Anschauungen, die ihnen zugrundeliegen, machen. Aber dieses nicht ganz einfache Verfahren ist gar nicht notwendig. Papst Benedikt XV. hat seine Anschauungen über die wahren Ursachen des schrecklichen Völkerringens wiederholt in umfassender Weise öffentlich dargelegt, in Rundschreiben, Rundgebungen und Ansprachen. Eine Vertiefung in diese erhabenen Urkunden ist überaus fruchtbar für die Förderung des Verständnisses der päpstlichen Friedensvorschläge.

Vom ersten Tage an, schreibt Aeronianus in einer durch das päpstliche Friedensschreiben aktuell gewordenen Studie „Papsttum und Völkerfriede“ im vierten Heft der „Hist.-pol. Blätter“, war die Regierungspolitik des neuen Papstes klar: Pax terrena! Friede den armen Völkern, welche die Sünden gewisser Staatenlenker mit ihrem Blute bezahlen! — Was hat der Papst nicht alles unternommen, um dieses Ziel zu fördern! In seiner ersten Enzyklika vom 1. November 1914 legte er den Finger auf die schwärende Wunde, untersuchte die tieferen Ursachen, die zu diesem Kriege führten, und leitete daraus die notwendigen Folgerungen für die Herbeiführung und Garantie des Friedens ab. — Auch der Papst verkennet nicht, daß die Ursachen dieses verhängnisvollen Krieges mannigfaltige sind. Man wird die durch die englische Einkreisungspolitik künstlich geschaffene politische Spannung für den Ausbruch des Krieges verantwortlich machen müssen. Man wird auf die widerstrebenden wirtschaftlichen Zwecke und Interessen der Völker hinweisen, auf gewisse Ideale des englischen Imperialismus, der französischen Revanchepolitik, der römischen Expansionsjucht, der Rassenpolitik, des Individualismus und mancher anderer Dinge, die der Geschichte angehören und später, wenn einmal eine ruhig abfließende wissenschaftliche Geschichtsschreibung die komplizierten Ursachen dieses Weltkrieges wird untersuchen können, klar herausgestellt werden mögen. — Aber damit war die tiefste psychologische und sittliche Ursache noch nicht gefunden. Es sind Menschen, welche Politik machen und Krieg führen. Und alles, was sie tun, stammt aus ihrer Seele, aus den Gründen ihres Herzens, aus seinen Gedanken und Strebungen. Hier liegt die verborgene Quelle aller Kriege! Von hier nehmen alle ihren Ursprung. Benedikt XV. zeigt, daß der Friede nicht aufrechterhalten werden könne auf rein naturalistischen Grundlagen, unter Berücksichtigung bloß naturalistischer Gesetze im menschlichen Geschehen, sondern nur durch sittliche Verantwortlichkeit, daß der Bruch des Friedens

lestlich auf sittliche Defekte einzelner und der Völker zurückgehe: so vor allem auf den Mangel an wohlwollender Liebe, durch welche Christus die Beziehungen der Menschen zu einander regelt. Diese wurden vergiftet von dem Klassenhaß und einem bis zum Völkerhaß gesteigerten Nationalismus, dessen innerstes Motiv Selbstsucht und Begehrlichkeit war. — Schuld trägt ferner die Mißachtung und Leugnung einer über den einzelnen und über den Völkern und ihren Staatsorganen stehenden Auktorität, die Proklamierung der Selbstherrlichkeit der Menschen, die Herleitung der menschlichen Gewalt nicht aus Gott, sondern ferner der Menschen selbst, aus der Souveränität des Volkes; ferner der Ausschluß der Religion und sittlichen Gesetze aus dem Staatsleben, der Gesetzgebung und Schule, die Einstellung auf die bloße staatliche, militärische Gewalt, die zwar die Leiber, aber nicht die Geister zwingen kann. Die gemeinsame Wurzel aller Uebel, die zum Kriege führen, ist die Begehrlichkeit. Der Glaube an das Jenseits und an die jenseitige Vergeltung war geflüsterlich aus dem Herzen gerissen. Das ganze Denken und Trachten war auf das Diesseits eingestellt. Unsere sogenannte „Kultur“ war zur reinen Diesseitskultur geworden. Es konnte gar nicht anders sein, als daß ein großes Welttrennen um die Güter dieser Erde entstand, um Geld, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft, Würden, Lebensgenuß. Ein widerwärtiger Mumm des Materialismus beherrschte die einzelnen, beherrschte die Staaten. Die ganze innere und äußere Politik wurde einseitig auf den Gesichtswinkel der Macht der Wirtschaft, des Erwerbs eingestellt, die sittlichen Gesichtspunkte, die idealen Werte traten zurück, das Bewußtsein von dem Zusammenhang von Moral und Politik, Moral und Nationalökonomie verschwand bei nicht wenigen. So entstand ein Strudel leidenschaftlicher Begehrlichkeit, der alles an sich zog und eine Weltkatastrophe vorbereitete, wie wir sie nunmehr vor uns sehen. Göttliche Kräfte sind noch nie ungestraft aus dem menschlichen Handeln ausgeschaltet worden.

So deckte Papst Benedikt XV. die tiefsten ethischen und psychologischen Quellen dieses Krieges auf und zeichnete damit zugleich die Grundbedingungen für eine zukünftige Friedenspolitik der Staaten. Und diese Grundbedingung heißt: „Sittliche Erneuerung der Völker in Christus. Wiederanerkennung der christlichen Sittenlehre im Staatsleben, in Gesetzgebung, innerer und äußerer Politik. Weg vom Götzendienste einer widerlichen Jökultur im Einzelleben und im Leben der Nationen! Zurück zum Dienste des wahren Gottes mit seiner Gottes- und Nächstenliebe, seinem Pflichtbewußtsein, seiner Selbstlosigkeit und Hingabe!“



29. VIII. 1917

### Die Kriegsrede Kerenskij.

Eine Erwiderung der „Nordd. Allg. Ztg.“

Berlin, 28. August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Rede Kerenskij unter andern: Die ganze Darstellung Kerenskij auf der Moskauer Konferenz ist offensichtlich zu dem Zweck bestimmt, Deutschland als denjenigen hinzustellen, der das russische Volk überfällt und seine Freiheiten wieder zu zertrümmern droht. Kerenskij weiß genau, daß dies nicht der Fall ist. Aber von Machthaber erfasst, stützt er die alten Schlagworte der Entente neu, um auf das friedliche russische Volk zu wirken, dessen Bundesgenossen aus Eroberungssucht den allgemeinen Frieden weiter verhindern. Kerenskij hat in einem Zeitpunkt, wo er glaubte, daß die galizische Front von Truppen entblößt sei, gegen den Rat Brussilows eine Offensive unternommen, zu der er von England und Frankreich gepreßt wurde und von der er leichte Trümmer erwartete, um im Innern die volle Macht in die Hände zu bekommen. Herr Kerenskij war sich klar darüber, daß die Offensive für Rußland fremde Kriegsziele geführt wurde, deren Inhalt erst kürzlich der Welt durch den deutschen Reichskanzler bekanntgegeben worden ist. Die Offensive rief als Verteidigungsmaßnahme eine kraftvolle Gegenoffensive Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hervor. Kerenskij fälschte diesen Vorgang der Ereignisse, um Deutschland als den Angreifer hinzustellen, der die russischen Freiheiten vernichten wollte. Ja mehr noch! Um seiner Rede eine Unterlage zu schaffen, ließ er wenige Tage vor Eröffnung der Moskauer Versammlung die russischen Truppen an der Na zurückrufen und verkündete seinem Volk eine deutsche Offensive an der russischen Nordfront, die niemals stattgefunden hat. Kerenskij hat uns Bestrebungen und Anerbietungen zur Herbeiführung eines Sonderfriedens angedichtet. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben.

Wenn in der russischen Presse teilweise die Rede des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 30. März als Anerbieten eines Sonderfriedens hingestellt wurde, so entbehrt das jeder Unterlage. Ein angebliches zweites Sonderfriedensangebot, das von Bethmann Hollweg gegen die Verbündeten an Rußland gerichtet hätte, existiert nur in der Phantasie des russischen Ministerpräsidenten. Warum aber sprach er nur von abgegriffenen Sonderfriedensangeboten und verschwieg das bekannte allgemeine deutsche Friedensangebot? Kerenskij's Rede ist eine Kriegsrede. Damit wird er sicherlich den vollen Beifall der Verbündeten Rußlands ernten.

Das russische Volk mag erinnert sein an die Rede, die er am 21. April in der allrussischen Eisenbahnerkonferenz hielt. Damals rief aus: „Genossen! Indem die provisorische Regierung den Willen des Volkes erfüllt, änderte sie ein für allemal in Ansehung des Krieges das ganze alte Kriegsprogramm und bereitete allen Eroberungs-, Vergewaltigungs- und annexionistischen Zielen auf immer ein Ende!“ Das russische Volk erhielt inzwischen von zweierlei Tatsachen Kenntnis. Auf der einen Seite von den Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers über die Geheimverträge Rußlands mit Frankreich, auf der andern Seite von der Friedensresolution des deutschen Reichstages. Was Deutschland tun konnte, um den Weg zum Frieden zu ebnen, geschah. Aus Rußland, von dem die Bewegung zum Frieden ausging, ertönt aber nur ein Echo zurück, das von Lloyd George, Poincaré und Wilson diktiert ist und das alle Bestrebungen der russischen Demokratie, die einen vierten Kriegswinter fürchtet, zunichte macht. Außerdem verlautet, daß die russische Re-

volutionsregierung ihre Blicke wieder auf Konstantinopel richtet. Das russische Volk wird darüber zu entscheiden haben, ob diese Politik Kerenskij's dem Wohle des Landes und ob sie dem Willen des Volkes entspricht. Aus den Stimmen, die uns täglich aus der russischen Presse entgegenhallen, glauben wir das Gegenteil entnehmen zu müssen.



# Die russische Mobilisierung 1914.

## Sensationelle Enthüllungen Januschewitsch.

R. Berlin, 29. August. Die „Wostische Zeitung“ berichtet nach der „Nowoje Wremja“:

Im Prozeß Suchomlinow sagte der frühere Stabschef des Höchstkommandierenden, General Januschewitsch, auf Befragen durch den Verteidiger Suchomlinows aus, daß Ende Juli 1914 zunächst beschlossen wurde, nur die vier Südwestbezirke gegen Oesterreich-Ungarn mobil zu machen.

Am 30. Juli hielt Januschewitsch einen Vortrag beim Zaren und drängte auf die Gesamtmobilmachung, weil Rußlands Haltung nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern auch Deutschland klarzumachen sei. Der Zar unterzeichnete den Befehl der Gesamtmobilmachung. Januschewitsch überbrachte den Befehl dem Ministerrat.

Am selben Abend gegen 11 Uhr wurde Januschewitsch vom Zaren telephonisch gefragt, ob die Gesamtmobilisierung nicht durch eine Teilmobilisierung allein gegen Oesterreich-Ungarn ersparbar sei. Januschewitsch antwortete, daß bereits 400.000 Reservisten einberufen seien. Eine Abänderung sei sehr schwierig und könne eine Katastrophe verursachen.

Der Zar erwiderte, er habe ein Telegramm Kaiser Wilhelms empfangen, welcher sich ehrenwörtlich für freundschaftliche Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland verbürge, falls Rußland nicht allgemein mobilisiere.

Januschewitsch fuhr hierauf zu Sazonow und sprach die Ueberzeugung aus, daß es unmöglich sei, die allgemeine Mobilmachung aufzugeben. Daraufhin wurde beschlossen, daß Januschewitsch am 31. Juli vormittags dem Zaren abermals einen Vortrag halte. Dieser Vortrag fand nachmittags statt. Es besprachen sich Sazonow, Suchomlinow und Januschewitsch und sie beschlossen, daß es unmöglich sei, die allgemeine Mobilmachung zurückzunehmen.

## Der Zar befiehlt die Einstellung der allgemeinen Mobilisierung.

Nach dieser Aussage Januschewitsch' erklärte der Angeklagte Suchomlinow, daß der Zar ihn nachts telephonisch angerufen und ihm befohlen habe, die Mobilmachung aufzuheben.

Suchomlinow erklärte: Das war ein direkter Befehl, der Einwendungen ausschloß. Wenn man aber die befohlene Mobilmachung rückgängig machte, so drohte eine Katastrophe. Wer weiß, welcher Kladderadatsch herauskam und was in Rußland vorging. Auch Januschewitsch sagte, daß der Zar ihm erklärt habe, die Mobilmachung solle eingestellt werden. Januschewitsch sagte, er habe dem Zaren erwidert, daß die Aufhebung der Mobilmachung technisch unmöglich sei.

Der Zar habe trotzdem befohlen, die Mobilmachung einzustellen.

Auf Januschewitsch's Frage, was er tun solle, antwortete ich: Tun Sie nichts.

## Der belogene Zar.

Am nächsten Morgen belog ich den Zaren, indem ich erklärte, die Mobilmachung beschränke sich auf die Südwestbezirke. Ich wußte, daß die Mobilmachung überall weitergehe und unaufhaltsam sei. Glücklicherweise wurde am selben Tage dem Zaren eine andere Ueberzeugung beigebracht und mir für die glatte Durchführung der Mobilmachung die Anerkennung ausgesprochen.

## Das Ehrenwort des Generalstabschefs.

Darauf erklärte der Zeuge Januschewitsch:

Am 29. Juli 1914, nachmittags 3 Uhr, gab ich dem deutschen Militärattaché das Ehrenwort als Generalstabschef, daß zur Stunde die Mobilmachung noch nicht erklärt sei. Da mir der Militärattaché nicht glaubte, bot ich ihm eine schriftliche Erklärung an, was er ablehnte. Ich war zu der Erklärung berechtigt, weil der Mobilmachungsbefehl noch nicht ergangen war, denn ich hatte den Kas noch in der Tasche.

R. Berlin, 29. August. Zu dem Bericht der „Nowoje Wremja“ über den Suchomlinow-Prozeß bemerkt das Wostische Bureau:

Aus dieser Darstellung geht hervor: Erstens, daß der russische Generalstabschef den deutschen Militärattaché in seiner Bekannten ehrenwörtlichen Erklärung bewußt getäuscht hat. Er hatte den Gesamtmobilmachungsbefehl des Zaren am 29. Juli schon in der Tasche. Er hat kein Wort davon erwähnt und das Gegenteil emphatisch betont.

Zweitens, Januschewitsch bestätigt, daß die russische Gesamtmobilmachung, nicht bloß die gegen Oesterreich-Ungarn, schon am 29. Juli angeordnet war und durchgeführt wurde.

Drittens, Januschewitsch zusammen mit Sazonow und Suchomlinow haben gegen den Willen des Zaren den Weltkrieg entfesselt dadurch, daß sie seinen Befehl auf Einstellung der Mobilmachung nicht Folge leisteten und den Zaren belogen.



## Die Staatskonferenz in Moskau.

Moskau, 27. August. Nach dem Generalissimus Kornilow sprachen mehrere Delegierte verschiedener religiöser Organisationen.

### Die Resolution der Kosaken.

Sodann bestieg General Kaledin, Getreidekommissar der Donkosaken und Vertreter des Rates aller Kosakentruppen, die Tribüne und verlas eine Resolution der Kosakentruppen, worin vor allem zum Wohl des Vaterlandes die Fortsetzung des Krieges bis zum vollständigen Sieg in enger Gemeinschaft mit den Alliierten verlangt wird und zur Erreichung dieses Zieles folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden:

1. Die Armee wird außerhalb der Politik gestellt und ein formelles Verbot von Versammlungen und Vereinigungen in der Armee erlassen.

2. Alle Komitees und Räte der Regimenter werden aufgehoben.

3. Revision der Erklärungen über die Rechte des Soldaten.

4. Stärkung und Festigung der Disziplin durch strengste Maßnahmen und Anwendung dieser Maßnahmen auch im Hinterlande.

5. Wiederherstellung der Strafgewalt der Kommandanten.

Die Verlesung dieser Entschliebung wurde mit Bravorufen und Beifall auf der Rechten aufgenommen, während die Linke heftig, stellenweise durch Zischen, protestierte.

meine Absichten geändert habe. ... Wer weiß, ob er das verstehen würde, und ist es nicht der Fall, wie könnte ich dann deutlicher werden? Soll ich ihm sagen: Ich will nicht, daß Sie die Anwartschaft, Abgeordneter zu werden, aufgeben, und Sie brauchen das nicht zu tun, wenn Sie mich heiraten. Das wäre wohl hinreichend deutlich, wenn ich mich nur dazu bringe, die Worte auszusprechen und nicht alles, was ich ihm sagen will, in dem Moment vergesse, wo er mich anblickt. Wird er mich von sich weisen, jetzt, wo ich alles besitze und er nichts hat? Mein...



31./VIII. 1917

21

## Sir Edward Grey gestorben.

Gr. Berlin, 30. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)  
Der „Lokalanzeiger“ teilt einen englischen Poldhu-  
Bericht mit, wonach gestern der frühere englische Staats-  
sekretär Sir Edward Grey gestorben ist.

Mit Sir Edward Grey ist einer der mit schwerster  
Verantwortung vor der Menschheit und der Geschichte be-  
ladenen Hauptschuldigen an dem gegenwärtigen Weltkriege  
aus dem Leben geschieden. Welche Rolle er bei der Ent-  
scheidung des ungeheuren Weltbrandes spielte, ist noch in  
frischester Erinnerung, welcher führenden Anteil er an der  
systematischen Vorbereitung dieser Katastrophe gehabt hat,  
das festzustellen, wird späteren Zeiten vorbehalten bleiben.  
Denn seine Heuchelei und sein kaltherziger Egoismus  
mußten seine Pläne sehr wol zu verdecken, was allerdings  
nicht hinderte, daß die noch so fein ausgeklügelten Berech-  
nungen zum Schlusse, als das Spiel aufgedeckt werden  
mußte, sich als Fehlrechnungen erwiesen.

Sir Edward Grey war 1862 geboren. 1885 wurde er  
in das Unterhaus gewählt, wo er sich dem rechten Flügel der  
liberal-radikalen Partei anschloß. Im Kabinett Rosebery war  
er 1892 bis 1895 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt  
gewesen; 1905 trat er als Staatssekretär des Auswärtigen  
in das liberale Kabinett Campbell-Bannerman, nach dessen  
Demission, 1908, er in das Kabinett Asquith überging. Er  
blieb in dieser Stellung bis zum Sturze Asquiths im De-  
zember 1916.



31. VIII. 1917

22

## Keine Einigung über die Kriegsziele unter den Entente-Sozialisten.

### Eine neuerliche Konferenz in Aussicht genommen.

L. London, 29. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Sozialisten-Konferenz der Alliierten wurde um 7 Uhr abends geschlossen.

Der Ausschuss für die Stockholmer Konferenz legte seinen Bericht vor, worin er die Teilnahme an der Konferenz seitens aller Abteilungen der Arbeiter- und sozialistischen Verbände empfiehlt.

Es folgte eine lebhafte Erörterung. Da Einstimmigkeit nicht zu erzielen war, wurden der Bericht des Ausschusses und die Erörterung darüber einfach zu Protokoll genommen.

Der Ausschuss für die Kriegsziele berichtete nur, daß Einstimmigkeit nicht erreicht worden sei. Darauf wurde der Vorschlag unterbreitet, daß ein ständiger Ausschuss eingesetzt werden soll, um die verschiedenen Fragen im Hinblick auf die Einberufung einer neuen Konferenz der alliierten Länder zur Vorbereitung für den internationalen Sozialistenkongress weiter zu erörtern.

Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit angenommen und der ständige Ausschuss, der aus je zwei Abgeordneten jeder Abteilung besteht, ernannt.

L. Stockholm, 29. August. Ueber die Londoner Alliiertenkonferenz wird gemeldet, daß die Russen auf dem bindenden Charakter der Stockholmer Konferenzbeschlüsse beharren, während die englischen Vertreter nur eine Konferenz mit beratendem Charakter wünschen. Die Majorität der französischen Delegierten teilt die russische Ansicht, verlangen aber die Behandlung der Schuldfrage. Die portugiesischen und belgischen Vertreter sind gegen die Stockholmer Konferenz. Amerika und Italien haben keine Delegierten nach Stockholm entsendet.

L. London, 29. August. Das Reutersche Bureau erzählt, daß auf der sozialistischen und Arbeiterkonferenz von der unabhängigen Arbeiterpartei mehrere Amendements zum Memorandum der Arbeiterpartei über die Friedensbedingungen eingebracht wurden, darunter die Verwerfung imperialistischer und annexionalistischer Kriegsziele. Diese schließen nach der Ansicht der unabhängigen Arbeiterpartei Verhandlungen über die Vereinigung der italienischen Bevölkerung Oesterreichs mit Italien nicht aus. Auch die Internationalisierung Konstantinopels wird von der Partei gebilligt.

L. London, 29. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Sozialistenkonferenz der Alliierten hat mit 55 gegen 4 Stimmen einen Antrag, der sich gegen jede Besprechung mit feindlichen Abgeordneten ausspricht, bis Deutschland die besetzten Gebiete geräumt hat, abgelehnt.

### Der Verlauf der Konferenz.

L. Amsterdam, 30. August. Das Reutersche Bureau gibt einen ausführlichen Bericht über die Sozialistenkonferenz der Alliierten. Sie war gestern morgens von neuem zusammetretend und hat auf Mittags vertagt werden, um den beiden Kommissionen

über die Stockholmer Konferenz und über die Kriegsziele Gelegenheit geben, ihre Berichte auszuarbeiten. Die französischen Mehrheitssozialisten lehnten eine Vertretung in der ersten Kommission ab. Die Vertreter der englischen Gewerkschaften nahmen an der Debatte der Kommission und der Aufstellung des Berichtes nicht teil. Sie erklärten vorher, daß die Frage der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses überlassen werden müsse, der in der nächsten Woche in Blackpool tagen wird.

Berichterstatter der Kommission für die Stockholmer Konferenz war Ramsay MacDonald. Er trat dafür ein, daß alle Gruppen von sozialistischen und Arbeiterorganisationen an der Stockholmer Konferenz teilnehmen sollten. Seitens der französischen Mehrheit wurde erklärt, daß sie, wenn sie sich auch der Abstimmung enthalten, mit dem Protest gegen die Verweigerung von Pässen nach Stockholm einverstanden wären. Der Bericht führte zu sehr lebhaften Aussprachen. Verschiedene britische Delegierte verließen die Konferenz, um sich nach Blackpool zu begeben.

Hyndman brachte einen Zusatzantrag ein, wonach die Konferenz erklären sollte, daß sie jede Besprechung mit Delegierten aus feindlichen Ländern ablehne, solange Deutschland die besetzten Gebiete nicht geräumt habe. Dieser Zusatzantrag wurde, wie bereits gemeldet, mit 55 gegen 4 Stimmen verworfen.

Die belgischen Vertreter protestierten entschieden gegen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz. Da sich für den Bericht MacDonalds keine Mehrheit fand, wurde er schließlich nur zur Kenntnisnahme angenommen.

Der Bericht der Kommission über die Kriegsziele sagt nur, daß ein Mehrheitsbeschluss nicht zustande gekommen sei. Hieraus wurde der Vorschlag, einen ständigen Ausschuss zur Vorbereitung einer neuen Sozialistenkonferenz einzusetzen, angenommen.

Der Londoner Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet: Der Glückwunsch an Rußland, der am Schluß der Konferenz angenommen wurde, war der einzige Punkt, worüber Einstimmigkeit erreicht werden konnte. Bernard Shaw war einer von den Delegierten, die die Versammlung verließen, weil, wie er sagte, nicht die geringste Aussicht auf eine Einigung bestünde.



Der Abend  
31. VIII. 1917

24

## Wilson und die Demokratie.

Die erste Antwort auf den Friedensvorschlag des Papstes ist erfolgt; sie fiel so aus, daß sie die schwachen Hoffnungen der Völker unwiderbringlich zerstört. Niemand, der die Stimmungen und Strömungen der westlichen Welt kennt, wird enttäuscht, jeder wird tief betrübt sein. Die Vereinigten Staaten wollen nicht mit den derzeitigen Machthabern im Deutschen Reiche verhandeln, sie trauen ihnen nicht und besorgen, daß ein friedlicher Vertrag mit ihnen nur die Grundlage der künftigen Welt-herrschaft bilden würde, was man den militaristischen Absolutismus des Hauses Hohenzollern und seines junkerlich-schwerindustriellen Anhangs zu nennen über-eingekommen ist. Dies ist in dürren Worten der Inhalt der ablehnenden Antwort, aus der das erschreckte Ohr von allem nur das Nein heraus hört.

Es ist nur zu begreiflich, wenn sich Stimmung und Enttäuschung, vielleicht auch die patriotische Entrüstung des ersten Augenblicks diesem Nein und seinen Begründungen und Behauptungen entgegensetzen und der amerikanischen Note Abweisungen zuteil werden lassen, die ganz so wie die des Gegners dem von keinen streng sachlichen Prüfungen eingeschränkten Gefühlleben entstammen; was wäre es anderes, welchen vernünftigen Zweck soll es fördern, wenn der Ablehnung, mit den Machthabern Deutschlands zu verhandeln, das ganze Maß der in solchen Fällen üblichen Beschimpfungen entgegengesetzt wird? Es ist vollkommen verständlich, aber leider auch ebenso ungewöhnlich. Man sollte Äußerungen auch des Feindes, wenn von ihm auch das Schicksal der fünf Erdteile, sicherlich aber das uns näher angehende eigene abhängt, nicht in der begreiflichen, aber ungesunden Erregung des ersten Eindruckes erwidern. Sie schließt die nüchterne Abneigung aus; die üble Zeitungssitte, die wichtigste Frage in der fliegenden Eile eines mitternächtlichen Leitartikels zu erledigen, sollte in den Schicksalsstunden der Völker nicht geübt werden; lassen wir uns Zeit zur Selbstbesinnung. Im ersten Augenblick hat kein Mensch die Ruhe, um sich fragen und sagen zu können, ob und wieviel Wahres, Richtiges und durch die Tatsachen Befräftigtes nicht etwa auch in den Behauptungen des Gegners enthalten sei. Dem starren Nein nicht ein ebenso starres Nein, sondern ein vorsichtig prüfendes Vielleicht entgegen setzen, ist nicht nur kluge Politik, sondern auch wahre Friedensförderung und deshalb im höchsten Sinne sittlich. Wir Österreicher dürften zu dieser Haltung besonders geeignet und deshalb besonders berufen sein. Uns steht das feindliche Mißtrauen weniger entgegen und wir haben wohl auch mehr getan, es zu zerstreuen. Warten wir deshalb, bis die erste Erregung der Enttäuschung und der bundesbrüderlichen Entrüstung vorüber ist und untersuchen wir dann ruhigeren Blutes und klareren Sinnes, ob nicht in der Antwort Sansings zwischen der unendlichen Menge Spreu der falschen Behauptungen und der schiefen Ansichten eine kleine Menge guten Weizens enthalten sei, der, zu kräftiger Ernte aufgegangen, den Völkern der ganzen Welt willkommen sein müßte. Denn das eine wird man schon heute aussprechen dürfen, daß in der ablehnenden Antwort zweifellos der wertvolle Kern enthalten ist, daß in Zukunft die weltgeschichtlichen Geschehnisse der Völker von den Völkern selbst bestimmt und entschieden werden sollen, und daß der Anfang schon jetzt zu machen sei.

Es will mir scheinen, daß die Frage nicht so lauten könne, ob dies richtig und auch für die Völker Mitteleuropas geltend sei — dies ist keine Frage mehr —, sondern einzig und allein, wie sich dieser Grundsatz des künftigen demokratischen Europa mit den bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen in Einklang bringen lasse und welche Zugeständnisse zu diesem Zwecke unvermeidlich sein werden. Davon aber, so fürchte ich, hängt die Frage ab, wann wir den Frieden unserer Sehnsucht bekommen sollen, und deshalb ist die ernsteste Prüfung der fremden und der eigenen Überzeugungen und Meinungen, sowie die vorurteilsfreieste Erwiderung ein Gebot der Selbstbeherrschung.

In der Hitze des ersten Eindruckes und des gereizten Prestiges zu antworten, wo von jedem Worte Leben und Tod abhängt, wäre geradezu Hochverrat an dem Volke. So unfagbar wichtig auch jede Beschleunigung und so beflagenswert jeder Tag ist, um den der Frieden ver-sääert und die entsetzliche Menge der Opfer erhöht

wird, so sollen wir doch nichts überstürzen. Zu viel steht auf dem Spiele! Halte sich jeder, der ein Wort zu dieser Sache der Menschheit zu sagen oder auch nur zu schreiben hat, vor Augen, daß man auch drüben, bei den Feinden, ängstlich auf jede Äußerung lauscht, vor allem aber auf jede, die als Ausdruck der Volksmeinung und des Volkswillens gelten kann; dann werden wir uns sagen müssen, daß es weder unsere Pflicht noch unsere Sache ist, Wortführer der Herrschenden zu sein. Sie sind Mannes genug, ihre Meinung und ihre Interessen selbst zu vertreten. Man hat uns nicht gefragt, als die entscheidenden Entschlüsse gefaßt wurden; so sind wir frei vor unserem Gewissen, jetzt zu beschließen, was uns frommt. Wir werden uns nicht von ihnen trennen, das versteht sich so von selbst, daß es fast überflüssig ist, es ausdrücklich zu sagen, aber wir dürfen und sollen und werden hoffentlich auch den eigenen Weg unserer Gedanken gehen. Wohin uns diese führen, wer vermöchte es heute zu sagen, da noch die Erregung der Enttäuschung unser Urteil trübt?

Warten wir ab und hüten wir uns vor allem, uns in der fraglichsten Stunde der Menschheitsgeschichte mit Leitartikelphrasen betrügen zu lassen.

Man hört jetzt so oft, daß die Demokratie ein Vorwand für die Verlängerung des Krieges sei. Anfangs hieß der Kriegsgrund: Belgien, jetzt, da mit Nikolaus II. das unübersteigliche Hindernis aus dem Wege geräumt ist, heißt er: Befreiung der Völker Mitteleuropas vom Joch des Absolutismus. Das mag ein Vorwand sein, für die großkapitalistischen Kriegsmacherer in England ist er es sicherlich, aber wenn es ein Vorwand ist, dann haben wir einen Grund mehr, ihnen diesen Vorwand zu nehmen. Ein demokratisches Mitteleuropa wäre der Frieden. Wir brauchen den Frieden, wir brauchen also auch ein demokratisches Mitteleuropa.

C.



## Die aktuellen Kirchenfragen in der Ukraine.

Aus einer Unterredung mit dem Metropoliten Dr. Szeptycki.

Wien, am 31. August.

Der Metropolitan der griechisch-katholischen Ukrainer Graf Andreas Szeptycki hatte die Freundlichkeit, den Vertreter der „Reichspost“ zu empfangen und über die durch den Umsturz in Rußland bedingten aktuellen Kirchenfragen Aufschluß zu geben.

Erzbischof Graf Szeptycki erklärte, er sei nunmehr in der Lage, mitzuteilen, daß der durch die russischen Behörden seinerzeit gleichfalls nach Rußland verschleppte und nunmehr befreite Rektor des Lemberger griechisch-katholischen geistlichen Seminars Dr. Josef Bozjan, dessen Informationen über die Wiederherstellung der Union in Rußland in der „Reichspost“ vor kurzem veröffentlicht worden sind, von dem Metropolitan noch während des Aufenthaltes der beiden Kirchenwürdenträger in Rußland zum Bischof der Lucker Diözese (eines Teiles von Wolhynien) geweiht wurde. Wenn auch der neue Bischof seinen Beruf praktisch noch nicht ausüben wird, so hat schon die Tatsache allein eine prinzipielle Bedeutung für die Wiederherstellung der katholischen Union in den genannten Gebieten.

Der Metropolitan las den oben erwähnten Artikel der „Reichspost“ und bemerkte, er könne zu den trefflichen Informationen des Bischofs Bozjan nur hinzufügen, daß die durch den Metropolitan in der Ukraine und in den besetzten Gebieten Galiziens und der Bukowina getroffenen provisorischen Maßnahmen, das heißt die Einsetzung des Erzbischofs und der vier Generalvikariate angesichts der Wiedereroberung der besetzten Gebiete durch die verbündeten Truppen bestehen gegenstandslos geworden sind, daß jedoch der Generalvikar für die russische Ukraine, Dechant und Domherr Michael Zehelskyj, und der für die russischen Unierten zum Erzbischof ernannte P. Leonid Fedorow ihres Amtes weiter walten.

Gleich den Mitteilungen des Bischofs Bozjan faßt auch Erzbischof Szeptycki seine Eindrücke dahin zusammen, daß die Union unter den orthodoxen Ukrainern in Rußland sich großer Zuneigung erfreue. Wie die Dinge nun einmal liegen, seien in der Ukraine die günstigsten Voraussetzungen für den Anschluß dieses umfangreichen, dem eigenen Staatswesen entgegengestrebenden Landes an die westeuropäische Kultur und somit für die Entwicklung der Union, die doch durch Anerkennung der katholischen Dogmen und des Papstes als des Oberhauptes der Kirche sich auf die internationale Organisation der Kirche stütze. Mit der Vereinigung der Kirchen des Okzidents und des Orients wäre ein Werk von unermesslicher geschichtlicher Tragweite geschaffen. Die Union, die dem ukrainischen, 40 Millionen starken Volke die westeuropäische Kultur erschließe, entspreche den geschichtlichen Traditionen der rechts des Dnjepr gelegenen Gebiete der Ukraine, in denen das griechisch-katholische Glaubensbekenntnis im 17. Jahrhundert fast das alleinherrschende war. Die verschärften nationalen Gegensätze und die bekannten geschichtlichen Ereignisse haben die Union in Rußland äußerlich ganz vernichtet, und so ergebe sich für die historische Mission der Ukraine, die durch den Weltkrieg aufgerollte Aufgabe vollauf zu erfüllen, einen engen Anschluß an den Westen, an die katholische Kirche anzubahnen. Es habe den Anschein, als ob die Worte des Papstes Urban VIII., die er über die kulturelle Mission der unierten Ukrainer gesprochen hat, ihrer Erfüllung sich nähern: „O mei Rutheni, per vos spero Orientem esse convertendum!“ („O, meine Ukrainer, durch eure Vermittlung erhoffe ich die Bekehrung des Orients!“)

In der Ukraine selbst tritt, sagt Erzbischof Szeptycki, das Bestreben zu Tage, auch auf kirchlichem Gebiete uneingeschränkte Autonomie zu erringen. Ein einheitliches Vorgehen in dieser Beziehung sei allerdings nicht bemerkbar, da die öffentliche Meinung in dieser bewegten Zeit sich noch nicht klären konnte. In den an Galizien anstoßenden ukrainischen Gouvernements Wolhynien und Podolien findet die unter dem Zarenregime rücksichtslos unterdrückte und nunmehr dem lateinischen Ritus staatsrechtlich gleichgestellte Union immer mehr Anhänger, da in diesen Gegenden die Erinnerung an die unierte Kirche noch nicht erloschen ist. Andererseits haben sich viele ukrainische Priester wohl für die Loslösung von der Petersburger kirchlichen Verwaltung ausgesprochen, doch suchen sie einen Anschluß an den Patriarchen von Konstantinopel, womit der Errichtung einer unabhängigen ukrainischen Nationalkirche freilich nicht viel gedient wäre, da die russische Kirchenliteratur und der russische Einfluß immer wieder zur Geltung kommen müßte.

Während der russischen Invasion wie auch überhaupt infolge der Kriegsereignisse habe die unierte ukrainische Kirche in Galizien große Einbußen erlitten. Zahlreiche griechisch-katholische Kirchen sind zerstört, die unierten Priester nach Rußland verschickt, die ukrainische Bevölkerung habe längere Zeit die Fürsorge der Pfarrer vermisst. Nun heißt es, das Zerstörte und Vernichtete wieder aufbauen, die schweren Wunden, die der Krieg geschlagen, heilen, Trost und Segen dem hart-

geprüften ukrainischen Volk spenden. Dies sei die nächste Aufgabe, die gegenwärtig dem Oberhirten der unierten Ukrainer und der griechisch-katholischen Geistlichkeit am Herzen liege.

Der Metropolitan verließ seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß den österreichischen Ukrainern unter der Herrschaft des jügendlichen, vom ukrainischen Volke heiß geliebten Monarchen eine bessere Zukunft entgegenlächelt. Die Ereignisse jenseits der Reichsgrenze, wo das ukrainische Volk das Selbstverwaltungsrecht ausübe, verheizen auch dort den Ukrainern eine Wendung zum Bessern.



## Wilson Antwort an den Papst.

### In den Worten gegen Deutschland, in der Sache gegen die Verbandskriegsziele!

Das Schriftstück, mit dem der Diktator der nord-amerikanischen Demokratie den Friedensbrief des Papstes beantwortet, ist ungleich interessanter als alle Noten, die der notenreiche Wilson während des Weltkrieges dem Publikum vorgelegt hat. Schien die Mehrzahl der bisherigen Wilsonnoten nach dem Rezept abgefaßt: Viel Lieb und Treue, Ehre, Freiheit und Menschenwürde in pathetischen Worten und noch mehr Untreu, Falschheit und Arglist zwischen den Zeilen, so verfährt diesmal die Washingtoner Staatskunst umgekehrt. Hinter einem Donnergepolter verlogener Behauptungen und Anklagen scheint sich eine Sanftheit und Mäßigung in den sachlichen Zielen zu verbergen, die handgreiflich von den Unversöhnlichkeiten der Verbandskriegspolitik abweicht und gerade bei Wilson überraschen mußte, wäre man nicht bereits durch General Berhings heimliche erzählenden Bericht über seine betrüblichen Erfahrungen in Europa, aus dem man erkennen konnte, daß den Amerikanern das Kriegsführen nicht mehr ganz behaglich vorkomme, auf Derartiges vorbereitet gewesen.

Mit einer summarischen, nicht übermäßig getreuen Wiederholung gleitet der amerikanische Notenschreiber über die Einzelheiten der päpstlichen Vorschläge hinweg, um das Deutsche Reich und mittelbar die anderen Verbundmächte mit einer Sturzflut von Vorwürfen und Anklagen anzufallen. Es ist, als wollte sich hier Wilson noch einmal seinen ganzen Groll von der Seele reden, noch einmal das zornige Herz des ganzen Verbandes vor den Stufen des päpstlichen Weltthrones ausschütten. Was verhandlerische Eignenkunst und Phantasie, Schuldbewußtsein und Rechtfertigungsdrang, entsetzliche Enttäuschung und Furcht im Laufe des Kriegsjubiläums an törichten und giftigen, gehässigen und lächerlichen, abenteuerlichen und unsinnigen Behauptungen gegen die Mittelmächte erzeugt haben, tücht Wilson, mit der konzentrierten Schwefelsäure seiner demokratischen Suada übergossen, in seiner Antwort an den Papst noch einmal auf. Von der Beschuldigung, die freien Völker der Welt mit einer gewaltigen Militärmacht bedroht zu haben, bis zur Behauptung, den Krieg mit planmäßiger und vertragsbrüchiger Rücksichtslosigkeit herbeigeführt zu haben, bleibt dem Deutschen Reiche in dieser Wilsonschen Greuelliste keiner der abgewerkelten Verbandsvorwürfe erspart. Daß Wilson das Thema von gebrochener Vertragsverpflichtungen gerade in einem Briefe an den Vatikan dreiflürt, wo man den nahen Quirinal, Wilsons Verbündeten und Schützling, ohne Fernglas zu betrachten vermag, ist ein Verhängnis und Pech ist es, daß Wilson seine Dichtung über den Kriegsausbruch gerade in dem Augenblicke der Welt vorbellamert, in welchem das Geständnis zweier Hauptschuldiger, der Zarenbetrüger Januschlewitsch und Suchomlinow, allem Schwindel ein Ende macht.

Aber nach den Gefühlen kommt Wilsons politischer Verstand zum Worte. Mit den ersteren ist jede Auseinandersetzung zwecklos; bei den wirklichen oder nur zur Einseitigkeit der eigenen Kampfgewossen vorgetäuschten Gemütswallungen des amerikanischen Diktators, die kaum gefährlich sind, braucht man sich in Mitteleuropa nicht lange aufzuhalten, wohl aber aber bei dem, was Wilsons hille Berechnung als Willen,

und Forderungen vorträgt. Und da gewinnt man bei einer gewissenhaften Lektüre der zweiten Hälfte der Antwort Wilsons fast den Eindruck, daß da einer schimpfte, der zu kaufen wünscht. Wilsons Note vernichtet einfach Deutschland und mittelbar dessen Verbündete — in Worten. In den Verhandlungen mag man darüber außerordentlich erfreut sein, für Mitteleuropa, dem es schwerlich schadet, ist's erträglich. Aber in der Sache bedeutet der Brief an den Vatikan ein völliges Abbrechen von den Kriegszielen des Verbandes. Bei den territorialen Streitfragen hält er sich nicht lange auf; Wilson sagt sich wohl selber, daß eine Vereinbarung hierüber nach der Kriegslage und auf Grund der vorliegenden beiderseitigen Einschränkungen nicht mehr die schwierigste Aufgabe von Friedensverhandlungen sein werde. Die Zerstücklungs- und Aufteilungsprogramme der Verbandspolitik tut Wilson mit einer fast verächtlichen Handbewegung als unzweckmäßig ab, um so nachdrücklicher verwirft er die bekannten Forderungen, Pläne und Pariser Abmachungen, welche auf einen wirtschaftlichen Nachschubzug gegen die Mittelmächte nach dem Kriege abzielen. Ausdrücklich und demonstrativ hebt er hervor, daß die Teilnahme an den wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche die Welt bietet, allen Nationen gewahrt werden müsse, auch der deutschen, wenn sie die Gleichberechtigung anerkenne und nicht nach Herrschaft strebe. Nun ist es bekanntlich nicht das die Freiheit der Meere fordernde Deutsche Reich, sondern das alle Welt Handelsstraßen beherrschende Großbritannien, das dieser Gleichberechtigung wiederstrebt. Während Wilson Deutschland nennt, schlägt er mit dem Schwerte England. Ebenso lehnt Wilson die häufig gehörte Verbändlerforderung nach einer „Bestrafung“ der Mittelmächte ab.

So bleibt in Wilsons Note von den Verbandskriegszielen, wie man sie immer wieder zu hören bekommt, außerordentlich wenig übrig und das Frohlocken der italienischen und britischen Kriegshesprelle klingt nicht ganz echt und dürfte auch kaum lange andauern. Man darf sich von der etwas gar zu aufdringlichen Unterscheidung, die Wilson zwischen der von ihm in Grund und Boden verdonnerten Berliner Regierung und der Bevölkerung Deutschlands macht, nicht über den Wesenskern der Note täuschen lassen. Das ist rhetorisch-demokratischer Aufputz, mit dem am Verhandlungstisch wenig anzufangen ist, ein Opfer des Intellekts an die künstlich aufgepöppelten Vorstellungen der Straße über mitteleuropäische Verhältnisse, vielleicht auch nur ein Rückzugsmanöver. Mag immerhin „Daily Chronicle“ darin jubelnd einen „Appell an die Völker Deutschlands über die Köpfe seiner Beherrscher hinweg“ erblicken und daran die Hoffnungen erneuern, die schon so oft enttäuscht wurden. Gegebenenfalls wird Wilson und der ganze Verband schon erfahren, was das deutsche Volk will und daß seine Beherrscher nichts anderes wollen und nichts anderes wollen können. Dann wird Wilson auch jene Bürgschaften haben, ohne die ihm ein Friedensschluß unmöglich erscheint.

Man wird also gut tun, sich nicht an die Polterworte, an denen sich zu erbauen man dem Verbande gönnen mag, sondern an den sachlichen, greifbaren Inhalt der Antwort Wilsons an den Papst zu halten, mit der er sich den Verhandlungsregierungen zuzukommen so beieilt hat. Man dürfte füglich von Wilson nicht erwarten, daß er wie ein Verbundstaatsmann oder auch nur wie ein objektiver Zuschauer und Vermittler sprechen werde. Der Brückenbau kann fortgesetzt werden.



1. IX. 1917

29

## Der Rücktritt des polnischen Staatsrates. Eine Erklärung der verbündeten Regierungen.

W. Warschau, 30. August. Die Regierungskommissäre der beiden Okkupationsmächte haben im provisorischen Staatsrat folgende Erklärung abgegeben:

Die verbündeten Regierungen sprechen hiemit wegen der Mandataniederlegung der Mitglieder des provisorischen Staatsrates ihr Bedauern aus, das umso lebhafter ist, als die Verhandlungen der Regierungen beider Okkupationsmächte zur Einsetzung einer polnischen Regierung vor dem Abschluß stehen. Wie bereits bekannt, wurde die polnische Legion aus Gründen der militärischen Notwendigkeit an die Südoisfront entsendet. Während der Dauer ihrer Verwendung an der Front wird die Legion unter österreichisch-ungarischem Oberkommando stehen. Die verbündeten Regierungen zweifeln keinen Augenblick, daß die Legion, ihrer Ueberlieferung eingedenk, ihre ritterliche Pflicht auch diesmal rühmlich erfüllen wird. Der Zeitpunkt, in dem die Legion ihrem eigentlichen Zweck, den Stader für ein polnisches Heer zu bilden, zurückgegeben werden wird, läßt sich derzeit nicht genau bestimmen. Die Errichtung der polnischen Armee wird jedoch durch die Abberufung der Legion nicht unterbrochen. Im Königreich Polen wird das notwendige Ausbildungs- und Werbepersonal verbleiben. Daraus ergibt sich, daß weder der Weiterbau der polnischen Armee, noch der Weiterbau der politischen Einrichtungen des Königreiches Polen aufgegeben sind. Im Gegenteil hoffen die Okkupationsmächte, daß baldigst politische Institutionen ins Leben gerufen werden, durch deren Beschluß Polen in die Reihe der selbständigen Staaten Europas treten wird.



## Das Friedensschreiben des Papstes.

Begrüßungs- und Dankeskundgebung des Wiener Gemeinderates.

Wien, 31. August.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hielt der Vorsitzende Bürgermeister Erz. Dr. Richard Weiskirchner eine eindrucksvolle Ansprache über das große Ereignis der päpstlichen Friedensbotschaft. Die Rede, die durch den einmütigen lebhaften Beifall der Versammlung zu einer feierlichen Dankeskundgebung der Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt an den Friedenspapst wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„In der Nacht des Hasses und der Zwietracht, zu welcher unser Geschlecht nun schon ins vierte Jahr verdammt ist, hat sich eine Stimme erhoben, deren Klang in die tiefste Menschenbrust dringt: es ist die Stimme der Menschenliebe und Menschenwürde, die Sprache des Friedens, die hinausgegangen ist in die friedlose Welt, die Menschen zu versöhnen und sie zurückzuführen zur Achtung vor sich selbst und dem Nächsten. Im Namen des Allmächtigen, im Namen des göttlichen Friedensfürsten hat sich der Heilige Vater an die Staatsoberhäupter der kriegsführenden Völker mit der Bitte gewendet, der schweren Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen eingedenk zu sein und den schrecklichen Kampf, der immer mehr als zweckloses Blutbad erscheint, baldigst zu beenden.

Wir wissen nicht, ob das Rasen des Vernichtungswillens und der Verblendung diesen Ruf nach Menschlichkeit noch lange übertönen wird, aber des einen sind wir Wiener durch diesen Schritt des Papstes uns so recht bewußt worden: Die den Krieg noch weiter wollen um des Krieges, der Eroberung willen, die stehen schon lange abseits von dem, was Menschen vor der Nachwelt und vor Gott

verantworten können (Bravo-Rufe), sie stehen abseits von dem, was ihnen und ihrem Volke zum Heile und Segen gereichen kann. Wir Oesterreicher und Wiener wissen, was ein gerechter Kampf bedeutet, ein Kampf, die heilige Scholle der Heimat zu schützen vor denen, die sie uns entreißen wollen. Unsere heldenmütige Armee hat tausendfältige Beweise geliefert, daß wir in diesem behren Kampfe von keinem Volke an Heldenmut und Ausdauer übertroffen werden (Bravorufe) und wollen, wenn unsere Feinde weiter unsere Grenzen bedrohen, opfermutig ausharren bis zum Ende. Nach den in diesen Kriegsjahren ruhmvoll erbrachten Beweisen unserer Kraft und unseres unzerstörbaren Willens zum Staate, der uns in hundert- und tausendjähriger Gemeinschaft vereint, verstehen wir aber nicht mehr, daß unsere Feinde glauben könnten, es werde erst durch eine fortgesetzte Hinschlachtung von Menschen ein gerechter Friede erreicht werden können. Wie ein heller Schein in finsterner Nacht leuchtet in die Seele des Menschen das Wort des Heiligen Vaters von der Zwecklosigkeit eines weiteren Blutbades und von dem allgemeinen Wahnsinne, der ganz Europa in den Abgrund zu reißen droht (Richtig!) Erhobenen Herzens dürfen wir uns gestehen, daß wir in unserem Vaterlande von diesem Selbstvernichtungswahn verschont geblieben sind. Wir kämpfen einen Verteidigungskampf um unser Leben, die Sicherung des Lebens unserer Kinder, um die Unversehrtheit unserer Reichsgrenzen und um unsere wirtschaftliche Zukunft und für unseren geliebten Kaiser, der seit seinem Regierungsantritte alles daransetzt, einen gerechten Frieden zu erreichen. Bis zum letzten Manne aus dem Volke sind alle einig in dem Wunsche, den Kampf in ehrenvoller Weise zu beenden.

Unsere Monarchie ist bei den wiederholten Kundgebungen ihrer Friedensbereitschaft Gefahr gelaufen, daß ihr dieser Ruf nach Frieden als eine Aeußerung der Schwäche ausgelegt werde und hat trotz alledem die Gefahr einer solchen Mißdeutung in der reinsten Absicht, ein Anwalt der Vernunft und Menschlichkeit zu sein, auf sich genommen. Nun hat der Papst, der über den kämpfenden Völkern steht und für keine Partei ergreifen kann, besorgten Herzens die Völker zum Frieden gerufen und ihnen den Abgrund aufgezeigt, der ihnen allen bei Fortsetzung des Kampfes droht. Mit tiefer Dankbarkeit beugen wir uns vor der hehren Mission, die der Heilige Vater auf sich genommen hat und bitten zu Gott, daß sie uns einen großen Schritt weiter führen möge, zu dem ersehnten Frieden.“



## Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die Note des Papstes.

### Der Wortlaut der Note.

Wien, 31. August.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die Friedensnote des Papstes liegt in später Nachtstunde vor. Die Begründung ist von einer Leidenschaft, von einer Geschäftigkeit, von einem Vorurteil gegen Deutschland erfüllt, die beweisen, daß Präsident Wilson weder von den politischen Einrichtungen Deutschlands noch von dem Wesen des deutschen Volkes eine Ahnung hat. Auch wenn man die Antwort noch so unbefangen prüft, wird man zu dem Schlusse kommen, daß sie die parteiischste Darstellung ist, die sich überhaupt denken läßt. Es ist nicht eine Spur von Unbefangenheit darin. Es ist, als ob der Präsident Wilson die Geschichte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts gar nicht kennen würde. Er weiß nichts von der Einkreisungspolitik. Er weiß gar nichts davon, wie das deutsche Volk eingeschnürt worden ist, so daß bei jeder natürlichen Lebensregung die Gefahr einer Reibung entstehen mußte. Er weiß gar nichts davon, daß Frankreich mindestens ebenso militaristisch ist wie Deutschland, daß nirgends die Armeevergötterung eine so starke war, wie in dieser Republik. Er hat nie davon gehört, daß die größte Militärmacht auf Erden Rußland war. Er hat auch jetzt nicht gelesen, daß im Prozeß Suchomlinow der klarste Beweis geliefert wurde, wie dieser Krieg durch die Militärkaste in Rußland hervorgerufen wurde, sogar gegen den Willen des Zaren. Er scheint auch nicht zu wissen oder will es nicht wissen, was in diesem Kriege vorgegangen ist. Wer hat denn den größten Teil der Schuld, daß ein solcher Bankbruch des Völkerrechtes sich vollzogen hat? Doch nur England, das sich weder an das Gewohnheitsrecht hielt, das in der Londoner Deklaration niedergelegt ist, noch an die von ihm ratifizierte Pariser Deklaration. Das ganze Unglück, das sich auf dem Meere zugetragen hat, ist von England verschuldet worden; denn was geschehen ist, war nur die Folge dieser Mißachtung des Völkerrechtes, von der übrigens auch die amerikanische Geschichte genügendes Zeugnis gibt. Aus den gleichen Ursachen wurden die Vereinigten Staaten am Beginne des vorigen Jahrhunderts gezwungen, einen Krieg gegen England zu führen, bei dem, nebenbei gesagt, das Kapitol von Washington niedergebrannt worden ist.

Dieser Note fehlt aber nicht bloß jede Gerechtigkeit, sie ist nicht bloß eine von fanatischem Haß eingeflözte Streitschrift, sondern sie ist auch sinnlos. Nehmen wir schon an, daß Deutschland, wie Präsident Wilson behauptet, nach der Weltherrschaft strebt, was ganz unsinnig wäre für einen kontinentalen Staat, der von lauter so starken Militärmächten umgeben ist. Nehmen wir schon an, daß der Krieg Deutschland eine Enttäuschung gebracht hat. Warum aber trotzdem, da nun nach der Ansicht Wilsons der angebliche Plan von der Weltherrschaft, gegen den der Krieg geführt wurde, vereitelt ist, die Schlächtereit fortbauern soll, wird

niemand verstehen, denn hier liegt ein innerer Widerspruch vor. Die Völker wären schon glücklich, das amerikanische mitinbegriffen, wenn ein Friede geschlossen werden könnte, ohne die radikalen Lösungen zu bringen, die die Entente noch immer anstrebt und die die Vernichtung Deutschlands zur Voraussetzung haben. Denn diese Ziele könnten erst erreicht werden, wenn Deutschland vollständig geschlagen, zerbrochen, erschöpft und materiell ermattet wäre. Der moralische Aufpuß in der Note Wilsons ist doch nur ein Vorwand, um die Redensarten zu wiederholen, die die Kriegspartei heute genau so gebraucht wie am ersten Tage, da sie, anstatt den Krieg zwischen Serbien und der Monarchie zu lokalisieren, ihn zum Weltbrande entfacht hat. Die Antwort ist nichts als eine Zusammenfassung und Wiederholung der Beschimpfungen, Unwahrheiten und Entstellungen, die in der englischen Literatur und in den Blättern des Lord Northcliffe fortwährend verbreitet werden. Lord Northcliffe ist in Amerika und es macht beinahe den Eindruck, als wenn er die Feder Wilsons gelenkt hätte. Gegenüber der abgeklärten Sprache des Papstes, der alle Wunden mit sanfter Hand berührt hat, ist es Wilsons offenbare Absicht, diese Wunden aufzureißen und die Kriegsleidenschaften noch mehr zu steigern. Das ist der Mann, der sich von dem amerikanischen Volke unter dem Schlagworte hat wählen lassen: Friede und Wohlstand. Ein solcher Volksbetrug ist noch niemals durchgeführt worden und die Zeit kann nicht fern sein, da die Bürger der Vereinigten Staaten erkennen werden, wie sie von diesem Manne geblendet und genarrt worden sind.

Der einzige Lichtblick in dieser Note ist, daß Präsident Wilson sagt, es könnte ein Frieden geschlossen werden, wenn das deutsche Volk durch seine Willensmeinung dafür bürgt, daß die Abmachungen gesichert und dauerhaft bleiben. Wie aber kann eine Bürgschaft ernster sein als durch die Mehrheit des Reichstages, wo eine freigewählte Volksvertretung, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, bündig erklärt, daß sie einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Haß gegen andere Völker will? Reichskanzler Dr. Michaelis hat in einer bemerkenswerten Debatte zugegeben, daß er auf dem Boden dieses von der Majorität gefaßten Beschlusses stehe. Eine bessere Sicherheit wie diese Einigkeit zwischen der Volksvertretung und der Regierung kann auch das amerikanische Volk nicht bieten. Wenn es darauf ankommt, kann der Friede morgen geschlossen werden. In dieser Schlußfolgerung der Note liegt wenigstens ein Schimmer vernünftiger Erwägung und vielleicht sogar eine Regung zum Einlenken. Aber die Note in ihrer Gesamtheit, mit ihren Anklagen, ist nicht eine Botschaft des Friedens, sondern des Hasses. Ob nicht die Schlußfolgerung der Note, die darauf hinweist, daß der Friedenswille des deutschen Volkes, beweiskräftig kundgegeben, eine Wendung herbeiführen könnte, andeutet, daß auch in Amerika die Auffassung nüchterner wird, das ist die große Frage. Ganz läßt sich diese Vermutung nicht zurückweisen. Und darin liegt wenigstens eine Spur von wachsender Erkenntnis und Einsicht.



2. IX. 1917

## Unsere Antwort auf die päpstliche Note als Mittel zum Frieden.

Von Universitätsprofessor Oskar Dr. Heinrich Lammasch, Mitglied des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag und Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Salzburg, 31. August.

Der Minister des Aeußern der österreichisch-ungarischen Monarchie hat nur selten Gelegenheit, seine Politik vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Delegationen sind seit Beginn des Krieges nicht einberufen worden und werden wohl auch kaum in der allernächsten Zeit in Tätigkeit kommen. In den Parlamenten Oesterreichs und Ungarns aber kommt der Minister des Aeußern nur durch die beiden Ministerpräsidenten zum Worte, was manchmal zu Mißverständnissen geführt hat. Die einzige Gelegenheit, die sich dem Grafen Czernin bietet, ist die Veröffentlichung seiner Korrespondenz mit den auswärtigen Mächten. Begreiflicherweise stehen dieser jedoch in manchen Fällen Bedenken entgegen. Im Verkehr von Staatskanzlei zu Staatskanzlei kann und muß man oft anders sprechen als vor der ganzen Welt. Aus diesem Grund hat Graf Czernin sich noch ein anderes Mittel des Ausdrucks zu schaffen gesucht, von dem er in einigen Fällen bereits Gebrauch machte. Er hat die Vertreter der hervorragendsten Zeitungen zu sich geladen und ihnen seine Anschauungen entwickelt. So viel Beachtung diese Äußerungen auch im Inlande und im Auslande verdientermaßen gefunden haben, einen vollen Ersatz für eine Aussprache ex cathedra bilden sie begreiflicherweise nicht. Und doch ist das Bedürfnis nach einer solchen ein riesiges. Die ganze Welt horcht auf das erlösende Wort, das aus Oesterreich-Ungarn kommen soll. Insbesondere in dem führenden Staate der Entente, der bisher England war und demnächst die amerikanische Union sein wird, ist die Verbitterung und das Mißtrauen gegen das Deutsche Reich so groß, daß was immer in Berlin friedliches und Versöhnliches gesprochen wird, weniger Beachtung findet, als ihm gebührt. Die hoffnungsvolle Knospe der Resolution des Reichstages ist durch den Mehltau der Worte des Reichskanzlers, „wie ich sie verstehe“, verwelkt und verdorrt, bevor sie sich zur Blüte entfalten konnte. Dafür schallt uns aus dem englischen Parlament und aus der englischen Presse schon seit Wochen und Monaten der Ruf entgegen: Was sagt die österreichisch-ungarische Monarchie? Man hat dies so gedeutet, als ob Großbritannien uns zu einem Sonderfrieden verleiten wollte. Ganz mit unrecht. Wie die Entente überzeugt ist, daß Rußland keinen Sonderfrieden schließen wird, so denkt man dort auch nicht an einen solchen mit uns. Man weiß dort zu genau, wie innig Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich durch das, was sie für einander geleistet und gelitten, in diesem Kriege verbunden sind, wie der Gedanke eines Treubruches beiden Regierungen so fremd ist als nur irgendwem. Aber gerade aus der Tatsache heraus, daß die verbündeten Regierungen nur zusammen den Frieden schließen können, ergibt sich die Konsequenz, daß sie sich nicht bloß mit den Gegnern, sondern auch untereinander über die Bedingungen des Friedens verständigen müssen.

In dieser Richtung nun rechnet man in England, in Amerika, in Frankreich und in Rußland auf den mächtigen Einfluß, den die österreichisch-ungarische Monarchie auf überspannte Forderungen üben kann, die noch immer im Deutschen Reich laut werden, Forderungen, die freilich nicht von den verantwortlichen Stellen erhoben, von ihnen aber auch nicht ausdrücklich abgewiesen werden. Diese Forderungen sind zweifacher Art. Die einen betreffen territoriale Ansprüche, die anderen beziehen sich auf die Forterhaltung des bisherigen politischen Systems, das man in den uns feindlichen Staaten mit dem Schlagworte „Militarismus“ bezeichnet. In bezug auf beide erwartet man eine Beruhigung durch uns.

Eine Gelegenheit, sie zu gewähren, bietet die Antwort auf die Note des Papstes. Die Monarchie könnte in ihr aussprechen, daß sie sich ebenfalls zu dem Grundsatz „Recht geht vor Macht“ bekennt, daß sie bereit sei, in einem allgemeinen, auf die friedliche Beilegung internationaler Differenzen und auf Rüstungseinschränkungen gerichteten

Verband der Staaten einzutreten und daß sie ihren Einfluß auf ihre Verbündeten ausbieten werde, um auch diese zum Eintritt in einen solchen Verband zu bestimmen. In seiner Ansprache an die Vertreter der Zeitungen vom 28. Juli 1917 hat Graf Czernin bereits die Lösung ausgegeben „alle Staaten der Welt werden versuchen müssen, in gemeinsamer Arbeit Garantien zu schaffen, die ein so fürchterliches Unglück, wie dieser Weltkrieg ist, für die Zukunft unmöglich machen. Moral und Vernunft sprechen dafür, die Wege zu suchen, welche die Welt von dem Alp befreien, es könnten sich Zustände wiederholen, wie jene, die wir jetzt durchmachen. Dieser Weg mag schwierig sein, unmöglich ist er nicht.“ Würde die Antwort auf die Note des Papstes dieses Programm konkreter ausführen und in amtlich bindender Form wiederholen, so wäre damit nach der einen Richtung hin das erlösende Wort gesprochen. Allgemeine Redensarten aber genügen nicht. Man muß die Dinge bei ihren richtigen Namen nennen.

Schwieriger ist die Aufgabe der Beantwortung jener Note in bezug auf die territorialen Fragen für die Monarchie. An die Spitze der auf diese sich beziehenden Erörterungen ist ja ein Satz gestellt, der unmittelbar nicht uns, sondern nur das Deutsche Reich betrifft: Die Sicherung „der vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Belgiens, von welcher Macht immer“. Eine Äußerung darüber abzugeben, steht uns nicht zu. Wir können über diese wie über die anderen territorialen Fragen nur ganz im allgemeinen unseren Standpunkt markieren. Und der kann nur der sein, den Gedanken an Gebiets-erwerbungen abzulehnen, die die Vergewaltigung der betreffenden Völker mit sich brächten, wie Graf Czernin dies ebenfalls bereits ausgesprochen hat, aber auch auf das allerentschiedenste jedem Versuche einer Zertrümmerung unserer Monarchie oder der Losreißung eines Teiles von ihrem Gebiet uns zu widersetzen. Aus den Verhandlungen des englischen Unterhauses vom 16. Mai 1917, aus Äußerungen der Minister Lord Balfour und Lord Robert Cecil geht deutlich hervor, daß, was man unter dem Einflusse des zaristischen Rußland noch zu Anfang dieses Jahres über die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns als Kriegsziel der Entente aufgestellt hatte, längst völlig aufgegeben ist, und daß man sich nur mehr dafür interessiert, daß den sogenannten „unterdrückten Nationen“ in unserer Monarchie wie im Deutschen Reiche eine weitgehende Autonomie gesichert werde, wie man sie auch für Irland zu gewähren bereit ist. Damit löst sich nicht bloß die slawische und rumänische Frage für Oesterreich-Ungarn, sondern auch die polnische und elssässische Frage für das Deutsche Reich.

Würde die Antwort der österreichisch-ungarischen Monarchie auf die Note Benedikts XV. unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß wir entschlossen sind, unsere Politik nach beiden Seiten hin in dieser Richtung zu orientieren und an dieser Orientierung mit aller Entschiedenheit festzuhalten, so würde die Monarchie der Sache des Friedens den größten Vorschub leisten und sich selbst den Dank derjenigen verdienen und erwerben, die im ersten Augenblick Bedenken haben möchten.



2./X. 1918

40

## Der gegenwärtige Stand der Friedensvermittlung.

Von Sektionschef i. R. Dr. Karl Schreiber.

Wien, 1. September.

Jeder erfahrene Beobachter weiß, daß unter Umständen nach langer Dauer eines erbittert geführten Rechtsstreites bei allen Beteiligten in einem gewissen Augenblicke zunächst im Unterbewußtsein die Stimmung eintritt, eine vom Richter oder von anderer unbeteiligter Seite gegebene Anregung zu

Vergleichsverhandlungen anzuhören, und daß zwar die vorgelegenen Bedingungen in der Regel als unannehmbar erklärt werden, dazwischen aber eine Andeutung mitschlingt, daß man unter anderen Bedingungen über die Sache vielleicht reden könnte. Wenn nun in einem solchen psychologischen Momente der Richter oder sonstige unbeteiligte Vermittler sich weiter bemüht, den Faden fortzuspinnen, so kann es ihnen gelingen, aus den bisherigen Äußerungen der Streitparteien einzelne Punkte festzustellen, worin sie schon jetzt, unbeschadet ihrer sonst ablehnenden Haltung, übereinstimmen, sowie durch eine nochmalige Zusammenfassung der strittigen Punkte die Möglichkeit einer gegenseitigen Annäherung anzubahnen.

Um die Antwortnote des Präsidenten Wilson an dem Papst richtig einzuschätzen, ist vor allem zu beachten, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als kriegsführende Partei zu dem Vermittlungsvorschlage des Papstes Stellung nehmen, und daß daher diese Äußerung Wilsons nicht mit dem Maßstabe der objektiven Haltung eines neutralen Staatsoberhauptes gemessen werden darf. Wenn man von diesem Standpunkte ausgeht, wird man aus der Note keineswegs ein bloßes schroffes „Nein!“ heraus hören, vielmehr darin die übliche erste Ablehnung der vorgeschlagenen Bedingungen erblicken, und auch den zur scheinbaren Begründung beigefügten Anschuldigungen gegen die oberste Leitung des Deutschen Reiches, welche eine in der Form gemilderte Wiederholung der im Laufe des Krieges von den Feinden nur all zu oft gebrauchten Redewendungen darstellen, keine entscheidende Bedeutung beilegen. Wohl aber läßt namentlich der am Schlusse mit einigem Nachdruck ausgesprochene Wunsch nach baldiger Herstellung des Friedens die Absicht erkennen, einer Fortsetzung der Vermittlungsaktion den Weg offen zu lassen.

In der Sache selbst ist zu erinnern: Wenn es sogar eines klassischen Zeugen für die Friedensliebe des deutschen Kaisers Wilhelm II. bedürfte, so genügt ein Blick in die Memoiren des vormaligen amerikanischen Botschafters Andrew White, welcher dies mit den Ausdrücken seiner aufrichtigen Verehrung für diesen Monarchen eingehend dargelegt und speziell dem amerikanischen Volke verständlich gemacht hat.

Die hohen Verdienste Whites um sein amerikanisches Vaterland wurden anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand von dem damaligen Präsidenten Roosevelt mit geradezu überschwenglichen Worten seinerzeit anerkannt.

Es ist höchst bedauerlich, daß White nicht mehr unter den Lebenden weilt. Er würde jetzt der Welt bei den Friedensverhandlungen unschätzbare Dienste leisten können, weil er stets den höheren Standpunkt der Gerechtigkeit und Billigkeit auch im Verkehre zwischen Völkern und Staaten ehrlich und kraftvoll vertreten hat.

Seine Memoiren sollten jetzt mehr denn je aufmerksam gelesen und gewürdigt werden. So kann sein segensreiches Wirken noch fortdauern, um eingewurzelte Mißverständnisse, absichtliche Entstellungen und Verheerungen aus der Welt zu schaffen.

Der innere Beruf des Papstes, zum Abbau des Hasses zu mahnen und vermittelnd zu wirken, wird auch von Wilson willig anerkannt.

Es ist zu hoffen, daß nach Vorliegen der Antworten der übrigen kriegsführenden Staaten Se. Heiligkeit nochmals mit weithin vernehmbarer Stimme mahnen wird, daß die Verantwortung jener Staatslenker, die eine weitere Fortsetzung der Greuel des Krieges sowie der Zerstörung von Menschenleben und Kulturwerten durch Ablehnung der Friedensverhandlungen auf sich laden, ins Maßlose wachsen würde und daß andererseits der Papst die Perspektive eröffnen werde, wie die jetzt im Zuge befindliche Mobilisierung aller Güter- und Geldwerte durch eine einzige leichte Kurbedrehung zur Wohlfahrt und zum Heile der Menschheit dienlich gemacht werden kann; welche großartige, noch nie dagewesene allgemeine Hebung des Wohles aller Völker herbeigeführt werden kann, wenn etwa einhellig beschlossen wird, daß jeder kriegsführende Staat einen Betrag in der ziffermäßigen Höhe der präliminierten Kosten der Weiterführung des Krieges während eines halben Jahres — ausschließlich zu gemeinnützigen Zwecken verwenden wird; die Perspektive, wie mit diesem Aufwande ein für allemal die wichtigsten sozialen Aufgaben einer gedeihlichen Lösung zugeführt, und Not und

Elend der Hauptsache nach gebannt werden können, ohne daß die besitzenden Klassen mehr dazu beizutragen haben, als zum Aufwand für eine noch weitere halbjährige Fortsetzung des Krieges.

Die weiteren, überaus günstigen sozialen Folgen dieser Aktion für das gedeihliche und glückliche Zusammenleben der Völker wären so mächtig und groß, daß dann auch andere, bisher als Utopien angesehene Probleme, wie die Organisation der vereinigten Staaten Europas, der Lösung nähergebracht werden können. Damit würden ferner die wirksamsten Bürgschaften für einen lange dauernden Frieden, wie zum Beispiel die tunlichste Abschaffung der geheimen Diplomatie, in greifbare Nähe gerückt werden können.

Durch die Annahme eines derartigen Vorjähres würden insbesondere auch die Schwierigkeiten der Versorgung der Invaliden und der Hinterbliebenen der Opfer des Krieges sowie der Wiederherstellung und des Ersatzes der Kriegsschäden ganz bedeutend erleichtert und vereinfacht werden. Es ist kaum auszudenken, wie viel Gutes damit geschaffen werden kann.



### Wie Friedensverhandlungen angebahnt werden können.

Von Titularbischof Dr. W. Grafhof.

Im englischen Unterhaus wurde am 10. August ein großes Wort gesprochen, das leider in der Presse und in den Regierungskreisen der Ententemächte keinen Widerhall fand.

Lord Newton berichtete über die Verhandlungen, die er im Auftrag seiner Regierung mit dem Vertreter der deutschen Regierung, General Friedrich, über Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen pflog. Beschuldigt, ein allzu weitgehendes Entgegenkommen dem Feinde gegenüber bewiesen zu haben, erklärte er mit achtungsgebietender Bestimmtheit: „Er habe untergebenen und Freunde immer den Standpunkt eingenommen, daß das praktischste und wirkungsvollste Verfahren sei, direkte Verbindung mit dem Feinde zu suchen, weil ein paar Stunden Sprechens mehr zutage bringen als Wochen und Monate Schreibens, und in dieser Ueberzeugung haben ihn die Erfolge seiner Verhandlungen bestärkt.“

Es drängt sich die Frage auf: Warum sollte diese Wahrheit nur in Verhandlungen über Kriegsgefangene und nicht auch bezüglich des ganzen Komplexes der Friedensfragen Geltung besitzen?

Zu einer direkten Verbindung mit dem Feinde führen zwei Wege. Der eine hat den Ausgangspunkt in einem der Kabinette. Welches soll ihn zuerst betreten?

Der deutsche Reichskanzler erklärte aber, daß er, nachdem die Manifestationen der Friedensbereitschaft als Akte der Schwäche ausgelegt und abgewiesen wurden, kein neues Anerbieten stellen werde. Dieser Entschluß ist gewiß begreiflich und gerechtfertigt. Andererseits wollen die Ententemächte sich in Friedensverhandlung nur dann einlassen, wenn die von den Zentralmächten eroberten Gebiete geräumt sein werden.

Die Unbefangenheit und Objektivität, die sich der Geschichtsschreiber in langer Lebensarbeit aneignet, findet es ebenfalls begreiflich und motiviert, daß unsere Feinde nach der ihnen freundlich gebotenen Hand nicht gegriffen haben. Wenn sie trotz der Erfolge der Zentralmächte ihre Friedensbereitschaft als Bekenntnis der Schwäche betrachten, müssen sie nach ihren Misserfolgen notwendigerweise dasselbe von ihren Feinden erwarten. Ferner können Regierungen von verbündeten Völkern, deren jedes sich, ebenso wie wir uns selber, unbefriedigbar hält, ohne militärische oder politische Erfolge aufzuweisen, Friedensangebote nur dann annehmen, wenn sie vernichtet sind. Endlich, wenn man auch nicht von dem vollständigen Bankrott der Diplomatie sprechen will, muß zugegeben werden, daß das Vertrauen in die Aufrichtigkeit ihrer Intentionen tief erschüttert ist. Die Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente seitens der kriegführenden Mächte hat viel dazu beigetragen. Neben den Freveln, die sich die Entente-Diplomaten zuschulden kommen lassen, können von Fehlern die Zentralmächte nicht freigesprochen werden. Zwei klassische Beispiele sollen angeführt werden.

Nach der Ueberreichung des Ultimatum in Belgrad gab die deutsche Regierung die bedingungslose Versicherung ab, die Integrität und Souveränität Serbiens werde unangefastet bleiben. Dagegen knüpfte das Wiener Kabinett diese Versicherung an die Bedingung, daß „der Streit lokalisiert bleibe und sich keine dritte Macht einmische“. Daraus konnte Sazonow den Schluß ziehen, daß, wenn Rußland interveniert, Oesterreich-Ungarn bestrebt sein werde, Serbien zu annektieren, woran in Wien und Budapest niemand dachte.

Am 29. Juli gab der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter die Erklärung ab, daß, falls England neutral bleibt, Deutschland nach einem siegreichen Kriege Frankreichs territoriale Integrität respektieren werde. Über auf die Frage, ob diese Zusicherung auch für die Kolonialgebiete Frankreichs Geltung habe, antwortete er, daß er nicht in der Lage sei, diese Zusicherung zu erteilen. Daraus konnte Sir Edward Grey den Schluß ziehen, daß man bestrebt sein werde, Agier und Tunis zu annektieren, woran in Berlin gewiß niemand dachte.

Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens wünschte man einschüchternd zu wirken und erreichte das Gegenteil.

Nach diesen traurigen Erfahrungen und da die Gegensätze zwischen der feindlichen Diplomatie unüberbrückbar erscheinen, müßte der zweite Weg betreten werden; der Versuch gemacht werden, unmittelbare Berührung der kompetenten Vertreter der Völker herbeizuführen.

Es sollten die Parlamente in Berlin, Budapest und Wien an die Parlamente in London, Paris und Washington den Antrag stellen, daß drei in geheimer Abstimmung gewählte Vertreter zum Behufe einer unverbindlichen Konversation in eine möglichst kurzbesetzte interparlamentarische Konferenz zusammentreten. Das Präsidium würde naturgemäß dem Heiligen Vater angeboten werden, der sich durch seine hochherzige Initiative das europäische Vertrauen errungen hat.

Eine solche Einladung könnten die feindlichen Parlamente nicht ablehnen, die Regierungen dürften ihre Zustimmung nicht verweigern.

Es ist wohl keine Utopie die Hoffnung, daß die Beratungen der weisesten und ehrwürdigsten Vertreter der Völker eine Atmosphäre schaffen würden, in der sich der Starrkrampf des Hasses endlich auflöst und die Feinde sich gegenseitig den Glauben einflößen, daß sie nichts anderes im Sinne haben, wie das Zustandekommen des

Friedensbundes der Völker, den die Weltnot als den einzigen, aber wertvollen Gewinn all der furchtbaren Opfer verheißt.



2./IX. 1917

42

# Unterredung mit dem Botschafter Hussein Hilmi Pascha.

## Ueber die Note des Papstes und den Verlauf des Krieges.

Wien, 1. September.

Eine vorübergehend in Wien weilende Persönlichkeit stellt uns aus einer Unterredung mit Seiner Hoheit dem türkischen Botschafter Hussein Hilmi Pascha mit dessen Zustimmung die nachfolgenden Ausführungen zur Verfügung, deren bedeutungsvoller Inhalt weitesten Interesses sicher ist.

„Sie kommen zu mir in einem bedeutungsvollen Augenblick. Bedeutungsvoll auch für uns Türken. Drei Jahre gemeinsamen Kampfes haben uns mit unseren Bundesgenossen zu einer unzertrennbaren Einheit verschmelzen lassen. So

blicken wir mit leidenschaftlicher Teilnahme nach jenen Kampfstätten, auf denen jetzt das große Ringen seinen Höhepunkt erreicht zu haben scheint, besonders nach dem Sonzo, wo die heroische österreichisch-ungarische Armee, wie uns klar bewußt ist, nicht bloß Triest, auch Konstantinopel verteidigt, wie wir auf Gallipoli durch die siegreiche Abwehr der feindlichen Anschläge mithalfen am gemeinsamen Werk der Verteidigung.

Wir würdigen aber den jetzigen Augenblick als bedeutungsvoll auch deshalb, weil neben der blutigen Offensive der feindlichen Waffen, an deren Scheitern wir glauben, auch eine neutrale Offensive des Friedens getreten ist, deren Gelingen wir — trotz allem und wenn auch nicht für die nächste Zukunft — erhoffen und wünschen.

Die von den hochherzigsten Gefühlen diktierte Note Sr. Heiligkeit ist in der Türkei mit ganz besonderer Befriedigung begrüßt worden. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß die Hohe Pforte bei den im Zuge befindlichen Verhandlungen über die Antwort des Vierbundes mit ganzer Seele an einer möglichst günstigen Beantwortung der päpstlichen Initiative mitarbeitet. Die Antwort der vier Mächte wird, wie ich annehmen darf, eine gemeinsame und einheitliche sein, jedenfalls aber in weitestem Maße den päpstlichen Wünschen entgegenkommen. Daß nicht alle von feindlicher Seite in die päpstlichen Worte hineininterpretierten Ideen unseren Beifall finden, wird ja sicher sein.

Das wichtigste Ergebnis des Weltkrieges für die Türkei ist ein Oesterreich-Ungarn analoges. Wir haben in schwerem Kampfe unser Recht auf Existenz erwiesen, gezeigt, daß wir nicht nur uns verteidigen, auch unseren Bundesgenossen wertvolle Hilfe leisten können. Sie denken wohl selbst dabei an unsere Mitwirkung in Galizien und Rumänien. Die Heere der vier Bundesgenossen sind heute wie ein Heer. Fester als je ist unsere Allianz — eine „Alliance inbranlable“. Und sie ist im Volksbewußtsein sicher verankert. Sehen Sie von ein paar gekauften oder verwirrten Individuen ab, die aus der Schweiz oder gar aus Feindesland gegen unser Vaterland wühlten, so steht das ganze ottomanische Volk treu zur Heimat und damit zu deren Verbündeten. Dabei darf ich mir nicht versagen, zu bemerken, daß die Zahl der Emigranten, deren verräterische Tätigkeit ich eben brandmarkte, kaum einige Hundert beträgt. Alle anderen Millionen und Millionen sind loyal. Von dieser Anerkennung sind nicht bloß die Türken zu betheiligen; auch die Griechen und Araber tun mit verschwündernden Ausnahmen ihre Pflicht.

Trotz aller Schanermärchen kann ich Ihnen nur versichern, daß selbst die in der Türkei ansässigen Griechen aus dem Königreiche, unsere jetzigen „Feinde“ — Gott weiß, wie ungerne sie sich in diese Rolle finden — einerseits ruhig ihren Geschäften nachgehen, andererseits im besten Einvernehmen mit der türkischen Bevölkerung stehen. Dabei darf ich wohl betonen, daß die Türkei überhaupt den feindlichen Ausländern aufs wildeste begegnet.

Schon aus dem, was ich bis jetzt angeführt habe, kann man erkennen, wie fern uns Haß und Kriegswille lag und liegt; wie sehr wir nur — und darin gleichen wir wieder ganz Ihrem Vaterland — gezwungen unser Leben verteidigt haben. Denn unser Leben zu nehmen, das war das Kriegsziel unserer Gegner, es zu retten, das unsere. Noch jetzt greifen sie zu den verwerflichsten Mitteln, uns zu bekämpfen. Was in Armenien geschah, wird die Weltgeschichte einst mit schwerer Schuld dem zaristischen Rußland zuschreiben; weniger bekannt sind die Vorgänge in Arabien, wo die Entente mit großem Aufwande an Gold einige räuberische Beduinenbanden als Bundesgenossen geworben und deren Chef als „König“ anerkannt hat, um so für England die ersohnte Brücke von Aegypten über Arabien nach Mesopotamien nach Indien zu schlagen.

All das wird nichts an unserer Lebensfähigkeit ändern. Nicht diese vergifteten Waffen, nicht die Verleumdung über angebliche Mißhandlung der Bevölkerung Palästinas oder barbarische Unterdrückungen, die bald in dieser, bald in jener Provinz uns schuld gegeben werden. Unsere Waffen sind erfolgreich. Nicht bloß durch die Teilnahme an den

Siegen unserer Verbündeten, deren ich schon gedachte, auch bei der Verteidigung unseres eigenen weiten Reiches.

Siegreiche Behauptung; Zuerst, die geringen Verluste der ersten Kriegsjahre aus eigener Kraft ungeschehen zu machen, ist unser Ziel gegenüber den Feinden; gegenüber unseren Verbündeten aber haben wir schon erreicht, was wir wollten. Ein treues, herzliches Bündnis, liber eum liberis, par eum paribus, um ein Jutat zu gebrauchen, das Ihnen als Pole nahe liegt und bekannt ist. Dieses Bündnis, dem Krieg entsprossen, wird mit ihm nicht enden. Es wird in ferne Friedenszeiten dauern. Daß diese bald herbeikommen mögen, mit diesem Ceterum censeo möchte ich den für die Öffentlichkeit bestimmten Teil unserer Unterredung schließen.“

F. v. B.



2. IX. 1917

45

## Wilson's „Prüfstein“.

Wien, am 1. September.

Wenn der Präsident der nordamerikanischen Großrepublik genötigt würde, genau zu umschreiben, wie er sich denn die Regierungsform, die er dem Deutschen Reich zumutet und die ihm als Bürgschaft für eine Dauer der Friedensabmachungen genüge, eigentlich vorstelle, würde er in nicht geringe Verlegenheit geraten. Seine Note stellt die „Selbstregierung“ des Volkes der nach seiner Versicherung zurzeit das Deutsche Reich beherrschenden „ehregeizigen und intriganten Regierung“ gegenüber, die ihm nicht als verhandlungsfähig gilt, weil auf ihrem Ehrenwort kein dauernder Friedensvertrag begründet werden könne. Nicht auf den Worten einer solchen Regierung könne der Frieden aufgebaut werden, sondern nur auf dem guten Glauben aller beteiligten Völker; hier liege der Prüfstein eines jeden Friedensplanes.

Wie nun, wenn Wilson beim Wort genommen und er mitsamt den Verbandsregierungen auf den „Prüfstein“ gesetzt würde, nach dem seine Antwort an den Papst ruft? Wenn die Vertragsfähigkeit der Regierungen Italiens und Rumäniens, die Zuverlässigkeit des Ehrenwortes russischer Regierungs-Januschewitsche, die Treuherzigkeit Pariser und Londoner Staatslenker und der gute Glaube Wilsons einer gründlichen internationalen Nebenprüfung unterzogen würden? Wie, wenn die „Selbstregierungen“ der Bevölkerung in den Verbandsstaaten jenen der Bevölkerung in den Vierbundsstaaten gegenübergestellt und abgewogen würden? Wenn die Diktatoren Wilson, Lloyd George, Hughes und Kerenski, die Geheimvertragsstaatsmänner in Paris, Rom und Jassy sich einem Vergleich ihrer Machtstellung mit der jener Faktoren aussetzen müßten, die Wilsons Note als „Beherrscher“ Deutschlands und des Vierbundes anzusprechen für gut findet? Wilson sollte die Nötigung, auf dem Kampfsplatz, den er selber gewählt und abgesteckt hat, zum diplomatischen Turnier zu erscheinen, wirklich nicht erspart werden. Am Verhandlungstisch, im engen Raum des Beratungszimmers, wannur mehr die Gedanken und Sachen, die Interessen und Wirklichkeiten konfrontiert werden und mit Schlagworten und pseudodemokratischen Gassenhanern, mit schimpfenden Polemiken und gegenseitigen Beschuldigungen nichts mehr anzufangen ist, müßte sich rasch herausstellen, was Wilson eigentlich meint und ob es sich eignet, den Gegenstand einer internationalen Friedensberatung abzugeben.

Ueber Wilsons Schmähdungen mag die Geschichte zu Gericht sitzen, ein hinlänglicher Grund, es ihm zu ersparen, bei seiner Note, die auch ihren gar nicht unbedeutenden sachlichen Teil hat gepackt und festgehalten zu werden, sind sie schwerlich. Wilsons Ablehnung der vorwiegendsten Verbandskriegsziele ist so offenkundig, daß sich Lord Robert Cecil bereits, um die Klust zu verdecken, zu einer abwiegenden Deutung der Pariser Verbandsabmachungen über den „Krieg nach dem Kriege“ genötigt gesehen hat, und für die Mittelmächte so wertvoll, daß der Aerger über Wilsons Giftigkeiten und Zumutungen schwerlich ausreicht, auch den Vorteil, den seine Note bietet, fahren zu lassen. Der Prüfstein, den Wilson nach Mitteleuropa schleudert, vielleicht in der

Hoffnung, hier etliche Fenster einwerfen zu können, müßte, wenn die Diplomatie des Vierbundes die Prüfung des weltgeschichtlichen Augenblicks besteht, dem Verbands ebenso wie seinem amerikanischen Nothelfer auf den Kopf fallen.



2./X. 1917

47

## Wie die Greuelmärchen entstanden.

Ein Beispiel aus dem serbischen Archiv.

Kriegspressequartier, 1. September.

Gelegentlich der Sichtung des Altenmaterials des serbischen Kriegsministeriums wurde ein vom 1. November 1914 datiertes Telegramm des serbischen Oberkommandos in Kragujevac vorgefunden, das ein grelles Licht auf die gewissenlose Verleumdungskampagne der Entente wirft. Dieses Telegramm lautet in wörtlicher Uebersetzung:

„An den Herrn Kriegsminister Telegramm Nr. 3416 aus Kragujevac

abgefertigt 11/XI. 1914 um 7.30 Nm.

eingelangt 11./XI. um 8.10 Nm.

empfangen im Kabinett um 10.5 Nm.

Es ist notwendig, daß durch unsere Presse unter verschiedenen Aufschriften in die Öffentlichkeit gebracht werde, daß mit unseren gefangenen Soldaten in Oesterreich roh verfahren werde, daß unsere gefangenen Soldaten und weggeführten Bürger in die Reihen österreichischer und deutscher Soldaten geschickt und an die Grenze gegen die Russen und Franzosen verwendet werden. Ich bitte zu erwirken, daß dieses ehestens durch unsere Presse mit der notwendigen Methode losgelassen werde.

D.-Nr. 7034.

Auf Befehl

des Stabschefs Objt. Jiv. Pavlovic m. p.

Demzufolge wurde am 12. d. M. an das Ministerium des Innern geschrieben, daß es demgemäß dringend das Nötige anordne.

Presse.

F. Dj. D. Nr. 2296.

13. XI. 14.

Nisch

Als Sektionschef  
diensttuender Oberst  
Ljub. M. Barjaktarovic m. p.

Dem Herrn Minister des Innern mit der Bitte zu schreiben, daß unsere Presse auf dieses Verlangen des DK. hingewiesen werde.

Kriegsminister Oberst  
Dusan P. Stefanovic m. p.

Einen unwiderleglicheren Beweis für die Verleumdungen, mit denen die Entente gegen Oesterreich-Ungarn bei den Neutralen Stimmung zu machen sucht, hat es wohl selten gegeben. Es ist noch in aller Erinnerung, welcher Sturm der Entrüstung durch die Welt der Entente ging, als dieses Lügentelegramm seine Rundreise antrat. Die schwersten Beschimpfungen wurden gegen Oesterreich-Ungarn geschleudert. Nun hat der Zufall dieses wichtige Beweisstück in die Hände der österreich-ungarischen Behörden gespielt.



Altstadt  
4./IX. 1917

51

## Die russische Mobilisierung 1914.

Enthüllungen eines neutralen Augenzeugen.

B. Berlin, 4. September. Die „Nationalzeitung“ übernimmt aus dem Kopenhagener „Politiken“ den Bericht eines Neutralen, der bei Ausbruch des Krieges in Moskau geweilt hatte. Dieser schildert anlässlich der aufsehenerregenden Enthüllungen Januschlewitsch' über die Ereignisse vor Ausbruch des Krieges seine eigenen Ergebnisse folgendermaßen: Ich habe niemals verstehen können, daß man das Märchen vom Willen der russischen Militärpartei zur Aufrechterhaltung des Friedens so lange glauben konnte. Selbst wenn man die Erklärung, die Januschlewitsch am 29. Juli dem deutschen Militärattaché abgab, daß er noch nicht den Befehl zur Mobilisierung gegeben habe, als höchsten Grad von Sophismus betrachtet, da er ja die Mobilisierungsbefehle in der Tasche hatte, so ist diese Erklärung umso unbegreiflicher, als in Wirklichkeit die Mobilisierung damals schon längst im Gange war.

Ich entsinne mich noch sehr lebhaft jedes einzelnen der letzten acht Tage, die der Kriegserklärung vorausgegangen sind. Ich erinnere mich ganz besonders, welchen Eindruck es auf mich gemacht hat, als ich bereits am 27. Juli erfuhr, daß eine ganze Anzahl Reservisten in der Nacht aus den Betten — wie es hieß — „zur militärischen Übung“ geholt wurden. Auf allen Bahnhöfen sah man abreisende Soldaten und einberufene Reserveoffiziere.

Am 27. Juli passierten über 100 Militärzüge Moskau und bereits wochenlang vorher waren nach dem Westen Truppentransporte abgegangen unter dem Vorwand, daß dies zu Manöverzwecken geschehe. Der Mobilisierungsbefehl vom 29. Juli war also nur die offizielle Krönung der längst begonnenen Mobilisierung.



## Die Universität in Czernowiz unter russischer Herrschaft.

Von Professor Dr. Hans Ritter v. Frisch.

Wien, 7. September.

Die dritte russische Invasion in Czernowiz, die nun nach einer Dauer von 14 Monaten zu Ende ist, hat von neuem die Kulturstufe unseres asiatischen Nachbarn in grelles Licht gerückt. Aber nicht von den Schandtaten der russischen Soldateska sei hier die Rede — daß Kosaken nicht behutsam auftreten, ist nur allzu bekannt — sondern von der Regierung Rußlands, die sich gleichfalls auf Raub und Plünderung versteht, wie aus dem Schicksal der Czernowitzer Universität hervorgeht.

Das Universitätsgebäude selbst hat wenig gelitten: es ist von den Russen zu einer Art Hotel umgewandelt worden, in dem hauptsächlich Schwestern des Roten Kreuzes und andere weibliche Angestellte russischer Organisationen untergebracht waren. Einige Hörsäle waren zu Schlafzimmern umgestaltet, die mit Hilfe der aus Möbellagern und leerstehenden Wohnungen zusammengeschneppten Einrichtungsgegenstände ganz komfortabel ausgestattet wurden. Andere Säle wurden zu Küchen gemacht, der Prüfungs-saal diente als Speiseraum für die Offiziere und ihre „Damen“, die Aula war Tanzsaal usw. Die durch solche Verwendung dem Hause zugefügten Schäden sind aber keine schweren.

Schlimmer ist es den Universitätsinstituten ergangen, die in einem besonderen Gebäude untergebracht sind. Das Chemische, Physikalische und Meteorologische Institut sind so gut wie gänzlich vernichtet. Am gründlichsten ist das Chemische Institut ausgeplündert, wo nicht nur alle Instrumente, Apparate und Präparate weggeschleppt wurden, sondern auch die ganze, sehr wertvolle Bibliothek. Diese „Evakuierung“ — das ist das Charakteristische — geschah im Auftrag der russischen Regierung; sie wurde in zwei Etappen vorgenommen, das erstemal noch unter der Herrschaft des Zaren, das zweitemal unter der Republik. Als Grund wurde angegeben, daß diese Einrichtungsgegenstände zur Ausstattung eines neuen polytechnischen Instituts in Kiew gebraucht würden, da das dort bestehende in die Luft geschoßen sei. Die Ausräumung der Czernowitzer Institute geschah übrigens in zweckentsprechender Weise, alles wurde sorgfältig in Kisten verpackt, zum Bahnhof geführt und abtransportiert. Die Arbeit wurde von Fachmännern besorgt, was daraus zu ersehen ist, daß wertlose Gegenstände zurückgelassen wurden.

Bezeichnend ist, daß die russischen Organe, denen diese Aufgabe übertragen war, die Absicht hatten, das wegzuschleppende Universitätsgut in aller Stille einfach fortzuführen. Da ist es nun dem in Czernowiz zurückgebliebenen Privatdozenten und Assistenten am Zoologischen Institut Dr. Heinrich Micolesky zu verdanken, daß dieser beabsichtigte Diebstahl in eine amtlich bestätigte Requisition umgewandelt wurde. Dr. Micolesky hat es durch kluges und energisches Auftreten gegenüber dem Gouverneur, dem Magistrat und anderen Behörden durchzusetzen verstanden, daß über den ganzen Vorgang ein Requisitionsakt ausgestellt und bei den Ortsbehörden deponiert wurde.

Wenn damit auch an dem unrechtmäßigen Charakter der Verschleppung nichts geändert wird, so ist dadurch doch schon viel gewonnen. Unrechtmäßig war und bleibt diese Verschleppung, aber man wird nun auf Grund des Requisitionsaktes Rußland seinerzeit darauf aufmerksam machen können, daß die wissenschaftlichen Zwecken dienenden Gegenstände dem Beuterecht entzogen sind. Im Haager Abkommen, das auch von Rußland ratifiziert ist, heißt es:

„Das Eigentum der . . . dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.“

Damit steht das Vorgehen der russischen Regierung gegenüber den Czernowitzer Universitätsinstituten in krassem Widerspruch.

Den Bemühungen des Dr. Micolesky ist es auch zu danken, daß das Zoologische und Botanische Institut vor ähnlichem Schicksal bewahrt geblieben sind, obwohl auch hier die Russen gelegentlich Lust zeigten, zuzugreifen. Auch das Mineralogische Institut blieb unberührt. In geradezu vandalischer Weise aber ist das Geologische Institut, insbesondere seine wertvolle Sammlung zerstört; hier wurde nichts Wesentliches weggeschleppt, aber mit Absicht und Raffinement verwüstet und vernichtet!

Berschonnt geblieben von der russischen Kulturarbeit ist auch die Universitätsbibliothek. Die Russen hatten zwar auch hier Evakuierungsabsichten, doch wurden diese durch das umsichtige und zielbewusste Eingreifen der in Czernowiz zurückgebliebenen Oberbibliothekare Dr. J. Kongusz und Dr. R. Klement vereitelt. Den Bemühungen der beiden Herren ist es zu verdanken, daß die Bibliothek dem Staate unversehrt erhalten blieb.

Dankbare Erwähnung verdient endlich das Verhalten der Bedelle und Universitätsdiener. Sie haben tapfer und zäh das Universitätsgut verteidigt, soweit dies der feindlichen Willkürherrschaft gegenüber möglich war. Staat und Universität werden ihre Verdienste zu belohnen wissen.

Nur bei einem ist dies nicht mehr möglich; der alte, treue Diener des Chemischen Instituts, Moiz Cyganek mit Namen, ist aus Kränkung über die Vernichtung seiner langjährigen Wirkungsstätte gestorben.

Albani  
Z. IX. 1917



## Irlands Klageruf.

Aus einer Unterredung mit den irischen Führern John Gaffney und Dr. G. Chatterton-Hill.

Aus Stockholm wird der „Reichspost“ geschrieben: Die Ohren Europas können unmöglich taub bleiben gegenüber dem traurigen Chor der Völker, der jetzt in Stockholm ertönt. Langsam, aber sicher rufen sich hier die Methoden Englands auf, dank welchen es den Briten gelungen ist, die künstliche Freundschaft eines großen Teiles der Welt für sich und die Feindschaft gegen die Mittelmächte zu schmieden. In diesem ergreifenden Konzert finden wir die Irländer, Juden und Perser, deren Tränen nicht trocken. Sie sind leidenschaftliche Verfechter derselben Grundzüge, die gerade England in diesem Kriege als ideales Kriegsziel ausgerufen hat: „Die Befreiung der Völker“. Am lehrreichsten sind und bleiben für Europa die Klagen des irischen Volkes, das Vertreter hieher entsendet hat, um die Probe auf die Neutralität der sozialistischen Interessenten zu machen. John Gaffney, ehemaliger amerikanischer Generalkonsul in München, ein alter, unerwählter Vorkämpfer für die irische Sache, begleitet von Dr. G. Chatterton-Hill, wohlbekannter Schriftsteller und irischer Publizist. Sie bemühen sich hier lebhaft, bei allen Delegierten der andern Nationen Verständnis für die irische Frage zu verbreiten. Ihre diesbezüglichen Forderungen passen sich klug den Verhandlungsschlagnworten von der Demokratisierung der Staaten und der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Also verlangen sie die Errichtung einer unabhängigen irischen Republik oder doch die sofortige Autonomie Irlands. Immer wieder erklären die Herren Gaffney und Chatterton-Hill in ihren Unterredungen mit Delegierten und Berichterstattern:

Die Interessen Irlands sind mit denen des imperialistischen Großbritanniens unvereinbar. Hier liegt die Wurzel der in der Weltgeschichte einzig dastehenden Unterjochung Irlands durch England. Irland, wie u. a. Napoleon und der amerikanische Fachschriftsteller Kabinan Mahan anerkannt haben, bildet durch seine geographische Lage den Schlüssel zum Weltmeer und somit den Grundstein der englischen See- und Welt Herrschaft. Auch ist Irland an und für sich ein reiches Land und von einer begabten Bevölkerung bewohnt und könnte daher ein wirtschaftlicher Konkurrent Englands auf dem Weltmarkte werden. Deshalb entstand für das imperialistische England die Notwendigkeit, Irland zu einer englischen Festung und Sklavenbude zu machen. In Verfolgung dieser Politik der Eroberung und Unterjochung Irlands hat England seit vier Jahrhunderten zu den erbarmungslosesten Methoden gegriffen.

Dem Historiker Prendergast (The Cromwellian Settlement of Ireland) zufolge, sind während der Eroberungskriege im 16. und 17. Jahrhundert fünf Sechstel der irischen Bevölkerung ausgerottet worden. Irland blieb im 18. Jahrhundert in den Fesseln einer Gesetzgebung, die, wie Moniesquieu sagt: „Von Leufeln ausgedacht, mit Blut geschrieben und in der Hölle registriert worden ist.“ Im 19. Jahrhundert haben unter Mitwirkung der Behörden hervorgerufene Hungersnöte unaufhörlich in dem fruchtbarsten Land Europas gewüthet. Zwischen 1841 und 1911 ist die Bevölkerung Irlands von 8.500.000 auf 4.300.000 zurückgegangen. Während der drei Schreckensjahre 1846 bis 1849 starben inmitten der Getreidefelder nicht weniger als eine Million Menschen an Hunger. In derselben Zeit wurden für über eine Million Mark Lebensmittel nach England ausgeführt, um Steuern an den englischen Staat und Pacht an englische Grundbesitzer zu zahlen. Ein armes, entvölkertes, dem Element preisgegebenes Irland ist für Englands Imperialismus eine Notwendigkeit. Die irische Industrie

und der irische Handel wurden im 18. Jahrhundert durch die englische Gesetzgebung planmäßig vernichtet, seine Bergwerke sind geschlossen, sein Ackerboden geraubt, seine Sprache erstickt, die Denkmäler seiner uralten Zivilisation vernichtet, seine Häfen gesperrt, seine Städte und Dörfer weggeegelt. Millionen seiner Bevölkerung in den Tod oder in die Verbannung getrieben worden. Die Schändlichkeit der englischen Regierungsmethoden in Irland ist von englischen Historikern in vollem Maße zugegeben worden. (Froude, History of England, Lecky, History of Ireland, Bagwell, Bruce u. a.)

Irland besitzt große natürliche Silksquellen. Die Fruchtbarkeit seines Bodens ermöglicht es ihm, mit Leichtigkeit 15 Millionen Leute von den Erzeugnissen des heimatischen Bodens zu ernähren, besonders wenn der Ackerbau — was bisher nicht der Fall gewesen war — nach wissenschaftlichen Grundsätzen betrieben würde. Es besitzt erhebliche Reichtümer in seinen Torfmooren, Kohlengruben und Fischereien. Jetzt ist es eine Quelle für englisches Kanonensfutter und billige Arbeitskräfte, sowie ein bequemes Abgabebiet für englische Waren geworden. Der wirtschaftlichen Autonomie würde ein industrieller und landwirtschaftlicher Aufschwung folgen, welcher dem jetzt herrschenden Glend ein Ende machen und dem Volke Wohlstand und Gedeihen gewährleisten würde. Seit 100 Jahren hat Irland nur den Machtinteressen des imperialistischen Englands dienen müssen. Jetzt will es sein natürliches und unveräußerliches Recht geltend machen, seine eigenen nationalen Interessen zu fördern.

Die Erhebung in Dublin in der Osterwoche 1916 hat die allgemeine Aufmerksamkeit Europas auf die Zustände in Irland gelenkt. Damals proklamierte die provisorische Regierung Irlands die irische Republik. Diese Erhebung, wobei 2000 bewaffnete Iren während einer ganzen Woche einer dreißigtägigen englischen Uebermacht in Dublin heldenmütig die Stirn geboten, ist in einem Meer von Blut — wie der Abgeordnete John Dillon im englischen Unterhause sagte — von England, dem sogenannten „Besitzer der kleinen Völker“ erstickt worden. Außer den 16 Führern, die standrechtlich hingerichtet wurden, sind 1200 Menschen in den Straßen und Häusern Dublins niedergemacht und 3000 in englische Gefängnisse überführt worden. Außerdem hat die englische Soldateska unzählige Greuel- und Schandthaten gegen Männer, Weiber und Kinder begangen. Diese Erhebung von 1916 bildet nur ein Glied in der langen Kette von Kämpfen, welche das irische Volk seit Anfang des 18. Jahrhunderts für seine nationale Freiheit geführt hat. Abgesehen von den Eroberungskriegen im 16. und 17. Jahrhundert, welche zirka 150 Jahre dauerten, legen die Erhebungen von 1798, 1848 und 1867 Zeugnis davon ab, daß das irische Volk niemals seine berechtigten Ansprüche auf die nationale Unabhängigkeit aufgegeben hat.

Die einfachste Gerechtigkeit erfordert, daß in der Friedenskonferenz die Stimme Irlands gehört wird. Nicht weniger als die Polen, Litauer, Finnen, Ukrainer, Belgier u. a. haben die Iren ein Recht auf Selbstständigkeit und freie Entwicklung. Das Ziel der irischen Freiheitsbestrebungen ist die gänzliche Los-trennung von England und die Wiederherstellung des unabhängigen irischen Staates. Diese Forderung wurde klar und deutlich ausgesprochen von dem Nationalkonvent der Amerikanischen Iren in New-York am 6. und 7. März 1916, sie wird auch von der Sinnfeinpartei erhoben, welche zweifellos die Mehrheit der irischen Nation vertritt, wie die letzten Ereignisse auf der Grünen Insel beweisen. Am 19. April 1917 hat eine vom Grafen George Blunkett einberufene Nationalversammlung in Dublin, die von 1200 Delegierten besetzt worden war, dieser Forderung erneut in der unwiderstehlichsten Weise Ausdruck verliehen. Irland verweigert sich dagegen, daß die irische Frage eine interne Angelegenheit Englands bilde.

M. B.



## Die Schuld am Kriege.

Die Ergebnisse des Suchomlinow-Prozesses.

Berlin, 6. September.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich unter der Ueberschrift „Fragen und Antworten“ nochmals mit dem Prozesse Suchomlinow. Sie erinnert an die ersten großen und überraschenden Aufschlüsse über die Zettelungen Englands, die uns die belgischen Staatsarchive brachten, sowie an den aufgefundenen Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg vom 30. Juli 1914, die das erste Licht auf die entscheidenden diplomatischen Vorgänge in Petersburg warfen, und schreibt dazu:

In den letzten Tagen hat nun der Staatsprozeß gegen den früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow den Schleier vor den geheimsten Vorgängen jener unheil-schwangeren Schicksalstage weggezogen und der Welt Aufschlüsse gegeben, die ihr sonst vielleicht ewig unerreichbar geblieben wären. Denn diese Geheimnisse sind mit einer so ungeheuren persönlichen Verantwortung verknüpft, daß die Schuldigen allen Grund gehabt hätten, sie mit sich ins Grab zu nehmen. Jetzt sind Suchomlinow und Januschewitsch vor den Schranken des Gerichtes aufgetreten. Sie bestätigten feierlich, daß Zar Nikolaus in jener Nacht den Befehl zur Gesamtmobilisierung in der Tat unzweideutig und unbedingt widerrufen hat, daß aber sein Kriegsminister und sein Generalstabschef diesen Widerruf einfach unbeachtet ließen, eine Ungeheuerlichkeit, vor deren Folgen die Sankow im Laufe des 30. Juli 1914 gelungene Umstimmung des Zaren die Schuldigen bewahrte.

Wer hat also den Krieg gewollt? Hält man mit den Enthüllungen des Petersburger Prozesses die sofort bei Beginn des Krieges bekanntgegebenen Telegramme unseres Kaisers an die Herrscher Rußlands und Englands zusammen, so gewinnt man auf die Frage eine Antwort von so zwingender Klarheit, von so schlagender Beweiskraft, daß fortan kein Irrtum und kein Zweifel

mehr möglich ist, und daß die verleumderische Legende, mit der unsere Feinde die geschichtliche Wahrheit zu umnebeln suchen und die insbesondere Wilson, allerdings in flavischer Abhängigkeit von seinen englischen Vorbildern, neuerdings zum Kern seiner Antwort an den Papst gemacht hat, fortan nicht mehr den Saum unseres Gewandes zu beflecken mag.

Und wer hat in jenen entscheidenden Tagen die Wahrheit gesagt und wer gelogen? Das letzte Telegramm des Zaren vom 30. Juli um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags enthält noch die bezeichnenden Sätze: „Ich danke dir vom Herzen für deine rasche Antwort. Ich entsende heute Abend Tatitschew mit einer Instruktion. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Oesterreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen deinen starken Druck auf Oesterreich, damit es zu einer Vermittlung mit uns kommt.“ Es mag dahingestellt bleiben, ob zu der Stunde, da dieses Telegramm abging, die „Umstimmung“ des Zaren schon vollendet, ob also das ganze Telegramm Lüge und Heuchelei war. Aber das eine steht fest, daß General Tatitschew tatsächlich nicht entsandt worden ist, daß der Zar mitten in seinem Telegrammwechsel mit dem deutschen Kaiser Zeit fand, den Gesamtmobilisationsbefehl zu unterzeichnen, der nach der bekannten Instruktion vom Jahre 1912 den Krieg gegen Deutschland bedeutete, und daß dieser Befehl nach einem flüchtigen Versuch der Zurücknahme etwa 12 Stunden nach dem letzten Telegramm auch förmlich bekanntgegeben wurde, nachdem die Ausführung ohnedies schon 24 Stunden vorher begonnen hatte.

Nehmen wir dazu das berüchtigte Ehrenwort des Generalstabschefs Januschewitsch gegenüber dem deutschen Militärbevollmächtigten, so hat wahrlich auch die zweite Frage eine für Rußland und seine Verbündeten geradezu niederschmetternde Antwort gefunden. Ueberblicken wir aber noch einmal die Gesamtheit dieser Vorgänge, und zwar einschließlich des von England angeregten Konferenzgedankens und des vom Zaren nach Unterzeichnung des Gesamtmobilisationsbefehls (!) noch flüchtig in die Debatte gemworfenen Vorschlages, den österreichisch-serbischen Streit der Haager Konferenz zu überweisen, so stoßen wir Schritt für Schritt auf eine wohlverrechnete Hinterhältigkeit, die einzig und allein auf Zeitgewinn und die daraus sich ergebenden militärischen Vorteile berechnet sein konnte.

Und wenn wir also die dritte und entscheidende Frage stellen: Wer hat bei alledem die Sache der Menschheit und der Gerechtigkeit geführt, wer nur an sich selbst und seine Vorteile gedacht? so kann die Antwort darauf nicht zweifelhaft sein. Das Lügen- und Verleumdungsgewebe unserer Feinde wird jetzt von ihnen selbst wie unter dem Bann eines inäerlich und äußerlich sich vollziehenden göttlichen Strafgerichtes mit der eigenen schuldigen und blutbefleckten Hand zerrissen. Für unser deutsches Volk aber hat es dieser Geständnisse und Enthüllungen im Grunde nicht bedurft. Die Worte, mit denen der Kaiser bei Ausbruch des furchtbaren Krieges gleichsam vor Gott trat, sind ihm Zeugnis und Beweis genug, denn es fühlt und weiß, daß der Kaiser selbst in einem solchen Augenblick schon die leiseste Unwahrheit als Lästerung und Herausforderung des Ewigen empfinden würde, und weil es das fühlt und weiß, hat es sich in beispielloser Einmütigkeit von Anfang an um den Thron des Kaisers geschart und hält ihm durch alle Not und Gefahr des Krieges hindurch eine durch keine Lockung und keine Drohung zu erschütternde Treue.



8. VII. 1917

# Die russischen an die österreichischen Ukrainer.

## Uebertragung der Obforgen für die russische Ukraine.

Auf einem ungewöhnlichen Wege ist nachfolgende Denkschrift des Czernowitzer ukrainischen Militärklubs an den ukrainischen Zentralrat in Wien gelangt: Der ukrainische Soldatenklub der in Czernowitz vor dessen Einnahme stationierten russischen Armee hat vor dem Abzuge der Russen bei dem Notar Drohomirecki für den Abg. Nikolai v. Wassilko eine Denkschrift zurückgelassen, deren Uebersetzung lautet:

An den ukrainischen Zentralrat in Wien, alle politischen Parteien der österreichischen Ukraine und alle ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten in Oesterreich.

Wir, Vertreter eines großen Teiles des bewaffneten ukrainischen Volkes an der Südwestfront, wenden uns vor unserer Rückkehr in die Ukraine an Euch mit nachstehender Erklärung:

1. Wir sind Parteiangehörige der sogenannten Polubotol-Gruppe in der Ukraine und standen stets in Opposition zum Zentralrate in Kiew, welcher nicht rechtzeitig entscheidende Schritte zur Bildung einer ukrainischen Armee unternahm, was einzig und allein imstande gewesen wäre, die ukrainischen Interessen vollauf zu schützen.

2. Mit Rücksicht darauf, daß das ukrainische Territorium mit seinen Naturschätzen und seiner geographischen Lage die Basis der erfolgreichen Entwicklung des Gewerbe- und Volkswohlstandes und dadurch auch der Kultur der Moskowiter auf Kosten des Volkswohlstandes und dadurch auch der Kultur des ukrainischen Volkes war und ist, sind wir uns dessen bewußt, daß die überzeugten russischen Politiker, und mit ihnen auch das russische Volk, sich niemals mit einer wirklich breiten politischen Autonomie der Ukraine, mit verbürgtem Rechte für eine eigene finanz-ökonomische Politik einverstanden erklären werden. Die vom Zentralrate in Kiew erwirkte Autonomie befriedigt uns nicht und darum hoffen wir, daß die ukrainische Frage nicht im Wege der russischen Hausreform gelöst werden wird, sondern auf dem Weltkongreß, wo die berechtigten Forderungen der Vertreter des ukrainischen Volkes von den uns gut gesinnten Staaten und Völkern Unterstützung findet wird.

3. Wir wünschen, daß das ganze ukrainische Volk, welches ein so großes Gebiet zu beiden Seiten des Korsons bewohnt, in die Lage komme, seinen Willen in der Weise zum Ausdruck zu bringen, daß es sich sein Schicksal nach eigenem Ermessen bestimme. Falls es mit anderen Völkern in gemeinschaftlicher Verbindung leben wollte, so möge ihm die Möglichkeit der Entwicklung seiner materiellen und geistigen Kräfte verbürgt werden.

4. Wir verwahren uns entschieden gegen jedwede Aspiration des polnischen Volkes auf den ewig ukrainischen Boden des Cholmilandes und Ostgaliziens und ebenso gegen die Aspirationen Rumäniens auf die ukrainischen Teile der Bukowina.

5. Da wir gegenwärtig keine Vertreter bei den anderen Völkern der Welt besitzen, übertragen wir die Wahrung unserer national-politischen Interessen den österreichischen Ukrainern und bitten dieselben, die Obforgen für die Zukunft des ukrainischen Gebietes in Rußland zu übernehmen.

Beschlossen am 18. Juli 1917 in Czernowitz.  
Der Klubobmann: B....  
Der Schriftführer: A....

Stempel: Der Czernowitzer ukrainische Soldatenklub.  
Brüderlichkeit.  
Gleichheit.  
Freiheit.

## Die neue Regierung der Ukraine.

Bern, 6. September.

Das ukrainische Bureau meldet aus Kiew:

Das neue ukrainische Kabinett ist gebildet mit D protschenko, dem letzten Generalgouverneur Galiziens, vor dem Kriege Professor in Jekaterinoslaw, an der Spitze. Der gewesene Ministerpräsident Winnitschenko (Sozialdemokrat) trat in das Kabinett als Arbeitsminister ein.

Winnitschenko sagte in einem Interdium, die Ukrainer verlangen die Erfüllung ihrer Forderungen vor dem Ende des Krieges und die Bildung einer Armee von drei Millionen Mann zur Verteidigung der ukrainischen Front. Der Vierverband sei leider vollkommen gleichgültig gegenüber den ukrainischen Forderungen. Frankreich und England sollten die politische Autonomie der Ukraine garantieren. Es sei falsch, daß die ukrainische Bewegung durch deutsches Geld unterstützt werde, aber je mehr Rußland sich weigere, die ukrainischen Rechte anzuerkennen, desto mehr wenden sich die Blicke der Ukrainer nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die zahlreiche Parteigänger in der Kasa haben.

Am ukrainischen Arbeiterkongreß in Kiew gab Winnitschenko die feste Entschlossenheit der Ukrainer zum Kampf gegen die Deutschen, deren Einmarsch in Kiew die Teilung der Ukraine bedeuten würde, kund.

Der russische Kriegsminister hat die Bildung ukrainischer Kontingente in Moskau zugestanden.



## Rücktritt des Kabinetts Ribot.

Paris, 7. September.

Die Agence Havas meldet:

Ribot hat Poincaré das Rücktrittsgesuch des Ministeriums überreicht.

Was seit langem unvermeidlich schien, ist geschehen. Das Ministerium Ribot, durch eine Anzahl von Einzelkrisen und Personenaustauschen durchlöchert, durch Malvys Rücktritt in seinem Kern erschüttert, sieht sich veranlaßt zu gehen, bevor noch die Präsidentenkrise recht überwunden ist. Die Verweigerung der Pässe für Stockholm, der Almeyda-Standal, die Enthüllungen des Reichskanzlers über das französisch-russische Geheimabkommen, die Aufdeckungen des Suchomlinow-Prozesses, die Enttäuschungen der Sommeroffiziere des Verbandes, die Erschütterung des Vertrauens in die amerikanische Hilfe — all dies zusammen hat in Frankreich eine Stimmung erzeugt, an der Ribots Schifflein scheitern mußte. Der „Tiger“ Clemenceau nützte die Konjunktur rücksichtslos zu täglich heftigeren Attacken auf das Kabinett aus, die Gegensätze zwischen links und rechts vertieften sich, die „heilige Einigkeit“ zerbröckelte und keine Geheimfisiong der Kammer vermochte sie wieder zu leimen.

Poincaré, selber vom Blitz gestreift und auf schwankem Postament, wird es nicht leicht fallen, aus dem Chaos ein neues, lebenskräftiges Kabinett zu schmieden. Ribot war als „Ausgleicher“ gekommen, als Briands Redekünste nicht mehr die Gegensätze zu beschwichtigen und die Gemüter der allzu oft Enttäuschten zu beruhigen vermocht hatte. Ribots Rücktritt bedeutet den Zusammensturz einer Brücke. Wird Clemenceau als eine Art Gambetta, für den er sich wohl hält, aus den Trümmern steigen? Soll die Regierungsgewalt zur Militärdiktatur ausgestaltet oder ein Abbau erfolgen, den die Rechtsstehenden für das Ende halten? Der Sturz des Ministeriums Ribot ist mehr als eine Verlegenheit, er ist ein Symptom des allgemeinen Unbehagens in Frankreich, der Enttäuschung und der Erschlaffung. Ribots Rücktritt scheint anzudeuten, daß für den Verband die Krise des Krieges angebrochen ist.



87/X. 1917

## Die Zeit der großen Reiche.

### Bemerkenswerte Aeußerungen Lloyd Georges.

A. Amsterdam, 7. September. Lloyd George hielt in Liverpool eine Rede, in welcher er u. a. sagte: Die Vorstellung, daß nicht viele Nationen in einem Reich vereinigt sein können, stirbt wegen ihrer Torheit aus. Das britische Reich ist ein aus vielen Nationen bestehendes Gemeinwesen. Unsere Zeit ist die Zeit der großen Reiche. Gut regierte große Reiche sind für die Sicherheit der menschlichen Freiheit wesentlich.



8. IX. 1917

65

## Der Besuch des Grafen Czernin in Berlin.

**Volles Einvernehmen über den Ausbau Polens.  
— Bevorstehende Kundgebung der beiden  
Monarchen über die Verfassungsfrage.**

Berlin, 7. September.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Grafen Czernin bei dessen jüngster Anwesenheit in Berlin haben sich auch auf den weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens in Verfolg der Proklamation vom 5. November 1916 erstreckt. Zwischen den beiden Staatsmännern ist ein volles Einverständnis über alle in Betracht kommenden Punkte erzielt worden. Es steht deshalb zu erwarten, daß schon in wenigen Tagen eine bedeutende Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen in der polnischen Verfassungsfrage erfolgen werde.



87X. 1917

66

# Lloyd George wirbt um Rußland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Amsterdam, 8. September.

Am Freitag sprach Lloyd George in Birkenhead. Er hob hervor, was Birkenhead im Kriege alles leistete, daß die großen Docks trotz der Unterseeboote immer noch beschäftigt sind, bis zum Ende des Krieges beschäftigt und nach dem Kriege beschäftigter als je sein werden, und daß auch Birkenhead dazu beitrage, die Vertriebskraft zur See aufrecht zu erhalten, wovon der Bestand des Reiches abhängt. „Ihr habt,“ fuhr er fort, „seit Kriegsausbruch in der einen oder anderen Weise über 700 000 Pferdekraften fertiggestellt und auf die Meere geschickt. Viel gute Arbeit ist auf Birkenhead geleistet worden, und sie wird in den kommenden Monaten ebenso groß, wenn nicht noch größer sein, als in den letzten drei Jahren.“

Die deutschen Staatsleute und die deutsche Presse haben sich viele Mühe gemacht, um das deutsche Volk von der Ungenauigkeit einer Reihe von Zahlen zu überzeugen, die ich im Unterhause über die U-Bootverluste und über unsere Anstrengungen, sie zu ersetzen, abgab. Die bloße Tatsache, daß sie sich mit diesen Zahlen so eifrig beschäftigten, ist ein genügender Beweis dafür, daß durch sie die deutschen Hoffnungen vernichtet werden. Gestern abend sah ich Zahlen vom Auswärtigen Amt, die von einer deutschen Agentur veröffentlicht wurden. Sie sind weit von der Wahrheit entfernt. Die Verluste sind sicher groß und unheilrohend genug, aber die Zahlen, die ich im Unterhaus gab, sind zutreffend, und daß die Zahlen, die ich über den künftigen Schiffbau gab, zutreffend bleiben, hängt von den Anstrengungen ab, die die Arbeitgeber, Direktoren, Arbeiter und Vorarbeiter und jeder machen, der am Aufbau und der Erhaltung der Stärke des Landes mitarbeitet. Ich vertraue, daß die Feinde nicht imstande sein werden, die Stärke unseres Reiches oder die Hoffnungen unserer Verbündeten trotz ihrer Anstrengungen mit den U-Booten, zu erschüttern.

Lloyd George drückte seine Freude darüber aus, daß er in Birkenhead sein durfte, wo sich eine der berühmtesten Schiffbauwerkstätten befindet, die nicht nur Handels-, sondern auch Kriegsschiffe erzeugen. Er hob hervor, wie wertvoll die Dienste der erfahrenen Geschäftsleute sind, die in die Regierung berufen wurden, und daß sie den Dank ihrer Landsleute verdienen, und kam dann auf den Krieg zu sprechen.

„Es ist zwecklos, die Tatsache zu diskutieren, daß die Nachrichten aus Rußland verzweifelt sind. Ich war stets der Ansicht, daß die Revolution, wenn sie kommt, das Ende verzögern wird. Die Revolutionen mögen, je nach den Umständen, gut oder schlecht sein, aber sie werden stets das Land umwälzen, und eine große Unordnung ist die unvermeidliche Folge. Ich hatte auf eine schnellere Erholung gerechnet, aber wir müssen Geduld haben. Die russischen Führer sind sehr fähige und sehr patriotische Leute, die treu zur Sache der Verbündeten halten und sehr gut wissen, was auf dem Spiele steht. Wenn Rußland unter der Führung der revolutionären Regierung besiegt wird, so würden die russischen Gebiete wie Belgien überrannt werden, und vieles würde von Rußland für immer getrennt bleiben. Die Deutschen haben Riga bereits als deutsche Stadt bezeichnet. Ich weiß, daß die russischen Führer erkennen, daß die demokratische Regierung in Rußland und anderswo auf dem Spiele steht. Kein Volk wird einem Regierungssystem vergeben, daß es das Heimatland nicht gegen die Eindringlinge verteidigen kann.“

Lloyd George wies dann auf die französische Regierung hin und sagte: „Wenn die französischen Revolutionsführer zugehört hätten, daß die Anarchie die nationale Verteidigung lähmte, würde ihr Name heute in Frankreich mit Verachtung genannt werden, und die Sache der Revolutionäre würde gelitten haben. Denn die Franzosen sind vor allem Patrioten. Man darf aber nicht vergessen, daß die Russen mit der Ausbesserung einer Maschine beschäftigt sind.“



8. IX. 1917

## Die Notwendigkeit der Demokratisierung Deutschlands.

Ein Wort an die deutsche Linke.

Von Hugo Ganz.

Die Mehrheit des deutschen Reichstages hat die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht. Sie ist auf halbem Wege stehen geblieben, vielleicht vor der eigenen Courage erschrocken. Sie hat dem deutschen Volke und damit der Friedensbewegung eine Schlappe zugefügt. Sie muß die Scharte ausweihen, ehe es zu spät ist.

Aber ein Hindernis ist eingetreten. Die Note Wilsons an den Papst fordert gebieterisch die Demokratisierung Deutschlands, den Uebergang zum parlamentarischen System, und deutsche Männer können sich nicht dazu hergeben, die Forderungen des Feindes mitten im siegreichen Kriege zu erfüllen.

Die Forderungen des Feindes? Waren es nicht eure Forderungen? Und hören sie darum auf, eure Forderungen zu sein, weil auch ein Feind sie erhebt?

Ihr seid nicht sehr stark in euren Ueberzeugungen. Ihr laßt euch zu leicht von euren Feinden außen und innen beirren. Graf Reventlow, der Annexionsschwärmer, sagt, die Demokratisierung Deutschlands werde von dessen Feinden gefordert, um es innerlich zu schwächen, auf den staatlichen Schwachzustand seiner Gegner herunterzubringen; und ihr werdet schon stuhlig, habt selbst kein Vertrauen mehr zur Berechtigung eurer Forderung.

Ist es denn so gewiß, daß diese Behauptung richtig ist? Will Wilson Deutschland wirklich nur auf den Hund bringen, wenn er alle anderen Forderungen der Entente fallen läßt und nur die einzige aufrecht erhält, daß ein Friedensvertrag durch die Vertretung des deutschen Volkes, nicht bloß durch die „Autokratie“, geschlossen und gesichert werden müsse? Vielleicht hat Wilson doch ein dickes Haar in der Kriegssuppe gefunden; vielleicht wäre er glücklich, wenn ihn das deutsche Volk beim Wort nähme und die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen nach seiner eigenen Forderung schaffen würde. Und übrigens, was geht auch Wilson an? Entweder habt ihr gewußt, was ihr von der Krone verlangtet, und waret überzeugt, daß ihr damit das Reich nicht schädigt, sondern nur eine Pflicht gegen das wunderbar bewährte deutsche Volk erfüllt; dann dürft ihr nicht vor den Finten alldeutscher Alopfflechter zurückweichen; oder ihr waret selbst nur mit halbem Herzen bei eurer Forderung — geht's, ist's gut; geht's nicht, ist's noch besser —, dann habt ihr das deutsche Volk ganz ohne Not, leichtsinnig und von Tagesphrasen verführt, bis auf die Knochen bloßgestellt und den Feinden ein Argument geliefert, wie sie sich's besser gar nicht wünschen konnten.

Denn wohlgemerkt: über die Notwendigkeit einer Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands konnte man, wenn man meint, streiten, bevor ihr im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes diese Forderungen erhoben habt. Es gab und gibt gutgläubige Konservative, die die unleugbare militärische Ueberlegenheit des Deutschen Reiches auf seine halbautoritären Einrichtungen zurückzuführen und auch sonst den Obrigkeitstaat dem Volksstaat vorziehen. Man kann diese Ueberzeugung wie jede andere beachten, soweit sie ehrlich ist

und nicht nur auf Klassen- oder Parteivorurtheile beruht; aber eure ist es nicht und ihr habt im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes die entgegengesetzte vertreten. Ein Konservativer kann sagen, es sei besser, die Regierungsgeschäfte einem eigens dafür ausgebildeten Stande von Beamten bis zum Kaiser hinauf zu überlassen. Dann wäre der Obrigkeitstaat auf die stillschweigende Zustimmung der Volksmehrheit gegründet. Aber ihr könnt das nicht sagen. Ihr habt in Kenntnis schwerer Fehler des Beamtenstandes, der Diplomatie und sogar der hohen Generallität ausdrücklich das Recht nicht nur der Kontrolle, sondern der obersten Geschäftsleitung für die Volksvertretung oder für ihren Vertrauensmann in Anspruch genommen, und die Erfüllung eurer Forderung ist euch verweigert worden durch die Ernennung eines Kanzlers, der gut oder schlecht, jedenfalls euer Vertrauensmann nicht war. Ihr habt diese Zurückweisung hingenommen, ohne den euch aufgedrängten Kampf aufzunehmen. Ihr habt damit den ausländischen Gegnern das Recht gegeben, zu sagen, das deutsche Volk zähle nicht, nur die Autokratie und ihre Organe; es habe wohl eine vortreffliche Kriegsmaschine, aber es sei nicht ebenbürtig und gleichberechtigt im Bunde der sich selbst regierenden Völker. Daß diese einfache Sachlage durch die Lüge verschleiert wird, die deutsche Autokratie habe den Krieg verschuldet und müsse deshalb entwaffnet werden, darf euch nicht iremachen. Ihr habt die Autokratie nicht angegriffen mit der falschen Behauptung, daß sie den Krieg verschuldet habe, sondern mit der richtigen, daß ein reifes Volk wie das deutsche, das soeben erst den Beweis der vollkommensten und allgemeinsten Staatstreue geliefert hat, ein Recht habe auf die Führung seiner eigenen Geschäfte durch seinen eigenen Vertrauensmann, durch einen Kanzler, der der Mehrheit der Volksvertretung entnommen ist.

Das wäre nur um den Preis eines Konflikts durchzusetzen gewesen? Seid ihr so töricht, das zu glauben? Oder hattet ihr den Träger der Krone samt seinen Paladinen für so töricht, daß sie glauben könnten, es auf einen Konflikt auch nur ankommen lassen zu dürfen? Die deutsche Demokratie ist heute schon (oder heute noch) allmächtig. Sie war es nicht beim Ausbruch des Krieges im ersten Anstich der Siege. Sie ist es vielleicht nicht mehr nach dem Friedensschluß, in der Ermüdung und Apathie einer über ihre Kraft verbrauchten Nation. Anfangs strömte alles Vertrauen den Generalen zu; nach dem Kriege wird wahrheitlich überhaupt kein Vertrauen und keine Kraft zu politischen Aktionen vorhanden sein. Aber jetzt hat man genug in die Obrigkeitsschicht geschaut, um zu wissen, daß auch in ihr nur mit Wasser gekocht wird, jetzt will das Volk in seiner großen Mehrheit etwas, was die Ruhnießer des Alten, Bürokratie und Schwerindustrie, nicht wollen: einen ehrenvollen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen; jetzt ist der Augenblick, ohne Leidenschaft und ohne unbegründete Entschlossenheit, aber mit aller Bestimmtheit und zu jeder Konsequenz entschlossen der Krone die klare Forderung vorzulegen, durch die Entnahme des Kanzlers aus der Reichstagsmehrheit der Gleichberechtigung der Nation den weithin sichtbaren, unzweideutigen Ausdruck zu verleihen.

Kein Ziel, des Aufwandes wert? Gewiß, Deutschland wird auch dann noch nicht das Paradies sein, wenn die Volksvertretung durchgesetzt hat, daß ihr Vertrauensmann der verantwortliche Leiter des Reiches ist und nicht der irgend einer Clique von (sonst vielleicht verdienten) Generalen und Aristokraten. Aber diese Errungenschaft ist fällig. Ihr habt die Hand danach ausgestreckt, ihr habt das politische Prestige der deutschen Volksmehrheit dafür engagiert, ihr dürft euch jetzt nicht durch eine Geste vom unwidlichen Olymp herunterzurückziehen lassen. Ihr habt den rechtschaffenen, aber schwankenden und ängstlichen Bethmann Hollweg fallen lassen, weil ihr klare Verhältnisse haben, den Generalen die Strategie, euch und eurem Vertrauensmann die Politik vorbehalten wolltet. Das ist euch verweigert worden, ein unbekannter Mann, nicht aus eurer Mitte, ist euch von oben gegeben worden. Und dieser neue Mann hat sich schwach gezeigt, schwankt schon, ob er sich auf die autoritäre Clique oder auf

die Reichstagsmehrheit stützen soll. Da habt ihr rasch ganze Arbeit zu machen. Jetzt oder nie! Ihr müht euren Kanzler fordern als das Symbol des Volksstaates! Ob damit auch der Weltfrieden als reife Frucht vom Baume gebrochen wird, ist ungewiß, jedoch nicht unwahrscheinlich. Daß ihr aber damit nur eure Pflicht, eure selbstübernommene Pflicht gegen die deutsche Nation erfüllt, ist ganz sicher. Und an dem Erfolg zu zweifeln, hieße an der Zurechnungsfähigkeit aller Regierenden zweifeln.



10./X. 1917

**Kornilow abgesetzt.**

General Klembowski Oberbefehlshaber der Nordfront.

St Petersburg, 8. September.

(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Generalissimus Kornilow forderte durch einen Sonderabgeordneten, den Dumaabgeordneten Lwow, daß Kerenski dem Generalissimus die gesamte Zivil- und Militärgewalt behufs Bildung einer neuen Regierung übergebe.

Da die provisorische Regierung hierin einen Versuch sah, im Lande ein gegenrevolutionäres Regime herzustellen, beschloß sie, Kerenski zu beauftragen, die notwendigen dringenden Maßnahmen zu ergreifen, um die revolutionären Rechte der Bürger zu schützen.

Kerenski befahl sofort dem Generalissimus Kornilow, sein Amt dem Oberkommandierenden der Nordfront General Klembowski zu übergeben, und verhängte über Stadt und Bezirk Petersburg den Kriegszustand.



## Lloyd George über Rußland.

Die Folgen einer russischen Niederlage.

888 London, 7. September. (Reuter-Nachricht.)

Premierminister Lloyd George hielt in Birkenhead eine Rede, in der er sich mit der inneren Lage Rußlands beschäftigte. Er führte aus:

Es ist nutzlos, darüber zu streiten, daß die Berichte aus Rußland entmutigend sind. Ich hielt es immer für richtig, die Wahrheit, die ganze Wahrheit zu sagen. Ich nahm stets an, daß, wenn es zur Revolution käme, sie die Folge haben würde, den Krieg zu verlängern. Eine unvermeidliche Folge der Revolution ist eine große Desorganisation. Ich erwartete schnelle Wiederherstellung, aber wir müssen Geduld üben. Die russischen Führer sind sehr fähige, patriotische Männer und sehr loyal gegenüber den Verbündeten. Ich weiß sehr gut, was auf dem Spiele steht, wenn Rußland unter Führung der revolutionären Regierung geschlagen wird: Das russische Gebiet würde wie Belgien unter Füßen getreten werden. Die Deutschen bezeichnen bereits Riga, ein paar Stunden nachdem sie es besetzten, als deutsche Stadt.

### Die Demokratie bedroht.

Ich bin, sagte Lloyd George weiter, überzeugt, daß die russischen Führer wissen, daß die demokratische Regierung in Rußland und andermwärts bedroht ist. Kein Volk wird einem Regierungssystem verzeihen, wenn es das Heimatland nicht gegen einen Angriff verteidigen kann. Es ist kein geringer Teil der Glorie der französischen Revolution, daß ihre Söhne bei schlechter Ausrüstung, halb verhungert und zerlumpt, die See der Feinde zurückwarfen. Die Russen

wissen sehr gut, daß, wenn die Armee des Kaisers Petersburg nimmt, sie nicht dahin kommt, um eine freiheitliche Regierung zu begründen. Die französischen revolutionären Führer wußten im 18. Jahrhundert, als der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen, dieselben autokratischen Bundesgenossen von heute, in Frankreich einfielen, sie wußten ebenso gut, daß es nicht genüge, die Freiheit in Frankreich zu proklamieren, sondern daß sie verteidigt werden müsse.

### Rückwirkung auf die Kriegführung.

Ich bin, fuhr Lloyd George fort, nicht allein in Sorge über den Einfluß, den die russischen Zustände auf die Kriegführung ausüben, sondern auch in Sorge, daß das Mißlingen in Rußland der Sache der Demokratie in der ganzen Welt einen enormen Schaden zufügen würde. Eines ist eine große Ermutigung für mich, daß Deutschlands Bestreben, Zwietracht unter den Verbündeten im Westen und Osten zu säen, mißglückt ist. Warum rückte Deutschland nicht vor Monaten in Rußland ein? Tatsächlich tat es das wohl, aber nicht mit Armeen, sondern mit Agenten. Bataillone von ihnen verbreiteten sich über das Land. Warum? Um in ganz Rußland Mißtrauen, Argwohn und Haß gegen die Bundesgenossen zu säen. Wenn jetzt Deutschland mit Kanonen in Rußland einrückt, so geschieht es, weil es weiß, daß die anderen Methoden mißglückten. Auf der großen Konferenz in Moskau bestand bei den Parteien kein Unterschied in der Entschlossenheit, womit die Männer aller Richtungen erklärten, an der Sache der Verbündeten und den Vertragspflichten Rußlands treu festhalten zu wollen.

### Die Entstehung des Weltkrieges.

Der ganze Versuch Deutschlands, in Rußland den Eindruck zu erwecken, daß der Krieg eine Folge von englischen Machenschaften war, blieb erfolglos. Sie wissen selbst, daß es Verleumdung und deutliche Unwahrheit ist. Der Krieg begann im Osten und nicht im Westen. Rußland wurde hineingezogen, weil es sich zum Vorkämpfer der Sache Serbiens machte, Frankreich wurde hineingezogen, weil es durch einen bindenden Vertrag verpflichtet war, Belgien kam dazu, weil es auf dem geraden Wege nach Frankreich lag und England nahm am Kriege teil, weil es sein Wort gegeben hatte, Belgien zu schützen. Rußland war der Erste im Kampfe, nicht der Letzte. Die Führer der russischen Demokratie wußten, daß, wenn in Rußland im Jahre 1914 die Demokratie gewesen wäre, es ebenso wenig zugegeben haben würde, daß ein kleines Land durch die Kombination militärischer Autokratien getrieben werde.

### Azerbaidschans schwierige Aufgabe.

Gleichviel, Tatsache ist, daß die Maschinerie in Rußland zusammengebrochen ist. Azerbaidschan und seine Kollegen stehen vor der furchtbaren Aufgabe, die Wirtschaft von Jahrhunderten wieder gut zu machen, und das unter dem Feuer der deutschen Kanonen. Ich glaube, daß die russischen Minister ihrer Aufgabe gewachsen sind. Was England tun kann, um Rußland zu helfen, seine Kraft wieder zu beleben, werden wir alle gern tun.

Lloyd George fuhr fort: Wenn dunkle Wolken über Rußland hängen, liegt Sonnenschein auf den Fahnen der Verbündeten auf den anderen Kriegsschauplätzen. Lloyd George feierte sodann die angeleglichen Triumphe der Italiener, den Widerstand der Rumänen und die „Siege“ der Alliierten an der Westfront.

Zum Schluß wies Lloyd George auf die bevorstehende Hilfe Amerikas hin, das noch niemals besiegt wurde, und hat seine Zuhörer, guten Mutes zu sein und durchzuhalten.



10. IX. 1917

**Die Kabinettskrise in Frankreich.****Wiederbetrauung Ribots.**

Paris, 8. September. Die Agence Havas meldet: Nachdem die Präsidenten beider Kammern nach Paris zurückgekehrt waren, überreichte Ribot dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Ministeriums.

Poincaré besprach sich mit beiden Kammerpräsidenten und erteilte sodann Ribot den Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums, den dieser annahm.

Gr. Versa, 10. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus Genf: Ribot befindet sich auf der Ministersuche. Er stößt hierbei auf solche Schwierigkeiten, daß man in den Wandergängen der Kammer prophezeien hört, er werde Poincaré die Sorge um eine neue Regierung überlassen. Was Ribot zu Hilfe kommt, ist der Umstand, daß die Zeit eilt, da am kommenden Montag oder Dienstag der König von Italien nach Paris kommt und bis dahin die Bildung des Kabinetts fertig sein muß.

R. Lugano, 6. September. (Verspätet eingetroffen.) Pariser Meldungen der Agenzia Stefani und des „Secolo“ behaupten, daß Ribot auch Clemenceau als den angeblichen Haupturheber der Kabinettskrise ins Kabinett aufzunehmen beabsichtige. Clemenceau würde statt Violettes Approvisionierungsminister werden. Nach Malby soll nun auch Viviani zurücktreten. Dagegen würden die Sozialisten Groussier und Baronne ins Kabinett eintreten. An Stelle Maginots würde Lebrun das Kolonialministerium übernehmen.

Paris, 7. September. (Meldung der Agence Havas.) Die Kammergruppe der vereinigten Sozialisten verwarf die Entschließung gegen die Teilnahme der Sozialisten in der Kabinettsbildung und nahm die Entschließung Renaudel an, die sich für die Teilnahme an einer Regierung der nationalen Verteidigung im Sinne kräftiger Fortführung des Krieges und einer den Interessen der Arbeiterklassen angepaßten republikanischen Politik ausspricht.

**Die Forderungen der Sozialisten.**

Bern, 9. September. Nach Berichten der Pariser Presse hat die Sitzung der parlamentarischen sozialistischen Gruppe, in der über die Beteiligung der Sozialisten an der neuen Regierung beraten wurde, einen sehr erregten Verlauf genommen. Mehrere Vertreter der Minderheit sprachen sich offen gegen die Beteiligung aus. Schließlich wurde eine Tagesordnung Renaudel, der die Politik des Kabinetts Ribot scharf kritisierte, angenommen, worin die Partei sich bereit erklärt, mit der Regierung an der Landesverteidigung zu arbeiten, wenn die öffentlichen Freiheiten und die der Arbeiterschaft gewahrt, die Methoden der geheimen Diplomatie möglichst ausgeschaltet und die Kriegsziele der Alliierten innerhalb der Grenzen rechtmäßiger Forderungen gehalten werden. Drei weitere Tagesordnungen, die sich gegen die Beteiligung lehnten, wurden verworfen.



### Der Bürgerkrieg in Abessinien.

#### Lidj Zeassu getötet, seine Truppen geschlagen.

Adis Abeba, 6. September.

Das Reutersche Bureau meldet: Nach der heftigen Schlacht bei Dessie wurde die Armee des Lidj Zeassu gemorfen. Seine besten Generale sind getötet worden. Man glaubt, daß Lidj Zeassu auf der Flucht erschossen wurde. Es liegt dafür aber noch keine Bestätigung vor.

Bern, 8. September.

„Temps“ meldet aus Djibuti: Amtlich wird bestätigt, daß Lidj Zeassu getötet und seine Truppen vollkommen geschlagen worden seien. Die Nachricht ist am 5. d. in Adis-Abeba bekanntgegeben worden. Die Mitglieder des diplomatischen Korps haben die Kaiserin und den Premierminister beglückwünscht.

Als Negus Menelik seine Kräfte durch lange Krankheit schwinden fühlte, bestellte er im Jahre 1909 den damals 13jährigen Lidj Zeassu zum Thronfolger. In Gegenwart sämtlicher Würdenträger und von 20.000 Soldaten fand die feierliche Proklamation in Adis-Abeba statt. Lidj Zeassu war der Sohn einer Tochter Meneliks und des Ras Mikael von Schoa, der auch, als Menelik 1911 starb, für den minderjährigen Herrscher die Regentschaft führte. Nach Beginn des Krieges, namentlich seit der Kriegserklärung Italiens, brachen

in Abessinien die englisch-italienischen Intrigen gegen Lidj Zeassu und seinen Vater wegen ihrer angeblichen Sympathien für die Zentralmächte. Ende September vorigen Jahres kam es zu einer durch englisches Geld hervorgerufenen Palastrevolution. Die geistlichen Würdenträger erklärten unter dem Vorwande, daß die panislamitischen Ansichten des Herrschers den andersgläubigen Teil Abessiniens gefährden, die Häuptlinge und das Volk ihres Eides für enthoben, und in einer feierlichen Versammlung der Fürsten in Adis-Abeba sprach Abouna Mathers, der schismatische Patriarch, die Absetzung Lidj Zeassus aus und ernannte Uisero Zeoditu, eine 40jährige Tochter Meneliks, zur Kaiserin. Ras Mikael und sein Sohn mußten aus Adis-Abeba flüchten. Aber auch die neue Kaiserin hatte noch zahlreiche Kämpfe mit den Anhängern Ras Mikael zu bestehen, wobei ihr englische Hilfe zuteil wurde. Im Februar 1917 konnte sie sich krönen lassen. Wie aus den jetzt eingetroffenen Nachrichten hervorgeht, war aber damit der Bürgerkrieg in Abessinien noch nicht beendet, und die Kämpfe nahmen ihren Fortgang. Jedenfalls ist die Kaiserin Uisero Zeoditu nur eine Schattenherrscherin, die den britischen Zielen nicht im Wege stehen wird, und diese Ziele gehen wohl dahin, sich jenes Teiles Abessiniens zu bemächtigen, der an Ägypten grenzt.



10./IX. 1917

## Zeichen der beginnenden Ernüchterung in London und Paris.

### Die Rede des englischen Premierministers und die französische Ministerkrise.

Wien, 10. September.

Die Rede des englischen Premierministers ist ein beinahe kleinlautes Bekenntnis seines Mangels an Voraussicht. Rußland, hat er vor einigen Monaten gesagt, werde bald mächtiger sein, als es jemals gewesen ist. Die Nachrichten über den Einzug der deutschen Armee in Riga, über die Niederlage der russischen Truppen und über das Versagen der Flotte, sowie über die Verwirrung in Petersburg haben ihn gezwungen, den bösen Irrtum, der dem englischen Volke die Wahrheit verborgen hat, zu gestehen. Die Meldungen aus Rußland, erklärte der Premierminister in Birkenhead, sind entmutigend. Die Maschine ist zusammengebrochen, die Ernüchterung beginnt. Wir müssen uns die Wirkung einer solchen Rede auf die Zuhörer in Birkenhead und auf das Land vorstellen. Lloyd-George hat vom Kriege oft fröhlich wie von einer Hochzeit gesprochen. Erst müsse das Deutsche Reich vernichtet, zerstückelt und zerbrochen werden, auch sühnen, was es begangen habe, und dann werde eine strahlende Zukunft dem Volke beschieden sein und jeder einzelne Kaufmann die Früchte des Sieges an den Ziffern des Hauptbuches bemerken. Aber der Feind müsse vollständig zu Boden geworfen sein. Von solchen Plänen und von der Möglichkeit, sie durchzuführen, ist kein Wort in der neuesten Kundgebung des englischen Premierministers enthalten. Er hat jedoch vor einigen Tagen ein nicht minder wichtiges Bekenntnis seiner Verfehlungen in der Politik abgelegt. Wie oft hat er geschworen, daß England den Krieg für die Unabhängigkeit der kleinen Völker führe; es wolle, daß jedes von ihnen selbstständig nach freiem Ermessen sich entwickeln könne. Dieser Versuch, national gemischte Staaten durch innere Zwietracht zu schwächen und in den feindlichen Ländern die Stimmungen zur Entente hinüberzulenken, ist während des Krieges hundertmal wiederholt worden. In der Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson am Beginne des vorigen Winters hat die Entente diesen Grundsatz zur Friedensbedingung erhoben, zur Unterlage, worauf Europa nach dem Kriege ruhen und eines dauernden Friedens gewiß werden wollte.

Der Premierminister Lloyd-George hat mit dem ihm eigentümlichen Schwunge auch diese Ansicht, die bisher für die Politik der Entente maßgebend war, verworfen. Er sagte, die Behauptung wäre unrichtig, daß ein Großstaat nicht aus verschiedenen Völkern bestehen könne, da auch das britische Reich aus verschiedenen Völkern zusammengesetzt sei. Wir hören mit Verwunderung aus solchem Munde die alte Wahrheit, daß, so wichtig auch der nationale Ritt bei der Bildung von großen und kleinen Staaten sein mag, es dennoch niemals gelungen sei, sämtliche Angehörige eines Volkes im Einheitsstaate zusammenzufassen. Wenn auch Lloyd-George seine Härlichkeiten für die Serben nicht einstellt, weil er glaubt, daß sie eines Tages wieder als Gelegenheitsmacher des Krieges verwendbar sein und auch im Frieden die Handelswege nach Konstantinopel und Kleinasien sperren könnten, so ist der Gegensatz

zwischen seiner jetzigen Ueberzeugung und der des italienischen Ministers des Aeußern Sonnino zu deutlich, als daß sich nicht eine bestimmte Absicht vermuten ließe. Italien verlangt die Zertrümmerung und Verteilung der Monarchie und beschönigt die Annäherung und Ländergier mit dem Vorwande, daß national gemischte Staaten keine Berechtigung haben und daß die Nationalität für die Bildung der Staaten die natürliche und notwendige Voraussetzung sei. Die italienische Politik hat eine solche Unwahrhaftigkeit, daß sie durch den Wunsch nach Angliederung von Istrien, Dalmatien und Albanien den nationalen Einheitsstaat in einen gemischten verwandeln möchte, während sie der Welt verkündet, daß national gemischte Staaten kein Lebensrecht haben. Lloyd-George hat nicht diese Meinung, und so ist auch hier zu sehen, daß der Entente jede innere Gemeinsamkeit fehle und daß sie nur zusammengehalten werde durch die Gemeinsamkeit des Hasses und der Eier nach fremdem Besitze. England wird sich keineswegs verbitten, um den Italienern die Ostküste des Adriatischen Meeres zu verschaffen. Die Rede des englischen Premierministers war ein nach Rom gerichteter kalter Wasserstrahl.

Die Verteidigung der nationalgemischten Großstaaten in England während der Isonzschlacht ist mindestens auffallend. Lloyd-George wollte keinen philosophischen Vortrag halten, sondern eine der Wirklichkeit zugewendete politische Auffassung mitteilen. Er hat den Gedanken über die nationalgemischten Großstaaten in den Tagen ausgesprochen, da in London die Hoffnung auf den Durchbruch nach Triest schon verflüchtigt war. Die Entente hat die erste Isonzschlacht mit allen technischen Mitteln unterstützt. Vielleicht hat sie geglaubt, nach den großen Niederlagen der Russen in Ostgalizien und der Bukowina dem Kriege durch den Einzug der Italiener in Triest eine Wendung geben zu können. Lloyd-George hat in seiner Rede nicht unterlassen, auf Amerika, das der Erlaß für Rußland werden soll, hinzuweisen. Aber die Vereinigten Staaten sind weit, der Winter lang, und die Entente hätte in dem blutigsten Kriegssommer, in dieser Schreckenszeit, die seit Monaten die Menschen wie eine Ungeheuerlichkeit bedrückt, ihre Kräfte nicht verbraucht, wenn sie mit voller Bestimmtheit darauf rechnen würde, daß die amerikanische Hilfe im nächsten Frühjahr den Sieg verbürgen werde. Der bisherige Verlaß der ersten Isonzschlacht dürfte nicht ohne Rückwirkung auf die Meinung des englischen Premierministers über die nationalgemischten Großstaaten geblieben sein.

Das Ergebnis dieses Sommers der Schmerzen und des Grauens ist für die Entente keineswegs günstig. Brügge ist nicht genommen und Triest auch nicht. Aber viele hunderttausend Menschen liegen auf der Walstatt. Rußland hat die Schonung, mit der die Mittelmächte nach dem Ausbruche der Revolution vorgegangen sind, mit der von England befohlenen Offensive des Generals Brussilow beantwortet. Ostgalizien und die Bukowina sowie Riga, die Hauptstadt von Livland, sind verloren. Eine Panik ist in Petersburg ausgebrochen, die Presse geknebelt, die Verwirrung grenzenlos. Die Bewegung für den Frieden breitet sich in sämtlichen Ländern der Entente aus. Vielleicht am stärksten in Italien, aber gewiß auch in Frankreich. Dort ist ein Zweikampf zwischen Poincaré und Clemenceau, der weit höher zielt als auf den Kopf des wieder zur Kabinettsbildung berufenen Ribot. Er will den Präsidenten der Republik stürzen. Der Friede kann bei solchen Ereignissen nur gewinnen. Riga ist für die Entente eine schwere Wunde.



### Friedenskundgebung in Ungarn.

Stellungnahme zur päpstlichen Botschaft.  
Z Budapest, 10. September. (Priv.-Tel.)

Zahlreiche ungarische Politiker haben den Beschluß gefaßt, in einer öffentlichen Versammlung ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, daß die Zeit zu ernstern Friedensverhandlungen gekommen sei und die Friedensnote des Papstes geeignet wäre, dem Weltkrieg ein Ende zu setzen.

An der Spitze der Bewegung stehen die höchsten Bürdenträger der katholischen Kirche in Ungarn, und auch viele Mitglieder der konservativen Parteien unterstützen die geplante Aktion. Die erste große Versammlung soll am 23. d. im Budapester Nationalmuseum stattfinden, und in der Reihe der Redner werden sich unter anderen befinden: Fürstprimas Kardinal Dr. Johann Csernoch, ferner Geheimer Rat Graf Josef Maylath, Graf Emil Széchenyi; ferner der Christlich-sozialer Abgeordnete Dr. Alexander Siebwein und das Mitglied der Volkspartei Dr. Mikolaus Jborán.

Mit der Leitung der Versammlung ist Abg. Karl Guszar betraut, der auch österreichische und reichsdeutsche Politiker zur Teilnahme an der geplanten Friedensdemonstration aufforderte. Der Einladung wird neben anderen Persönlichkeiten auch der bekannte deutsche Abgeordnete Erbacher Folge leisten, der einen Vortrag über die Friedensmöglichkeiten in Aussicht stellte.

Welche Wirkung diese Aktion haben wird, ist im vorhinein nicht zu ermessen; daß sie aber als ein wichtiges Ereignis bezeichnet werden kann, weil einflussreiche katholische Kirchenfürsten und Politiker Ungarns dadurch eine große und seriöse pazifistische Bewegung einleiten, steht außer Frage.



## Poincaré ohne Ministerpräsidenten.

Abfrage der parlamentarischen Sozialisten an Ribot. — Scheitern eines neuen Kabinetts Ribot.

Paris, 10. September. (Meldung der Agence Havas.) Ministerpräsident Ribot hatte die für die Neubildung des Kabinetts in Aussicht genommenen Politiker am Sonntag nachmittags versammelt, als Vertreter der parlamentarischen Sozialistengruppe eintrafen, um zu erklären, daß sie glaubten, die Verantwortung ihrer Gruppe für die Kabinettsbildung nicht auf sich nehmen zu können. Minister Thomas teilte Ribot mit, daß es ihm unmöglich sei, ihm die Unterstützung zu gewähren, die er ihm leisten zu können geglaubt hatte. Trotzdem war Ribot entschlossen, das Kabinett zu bilden; aber vor der im Laufe des Abends zur endgültigen Bildung des Kabinetts abgehaltenen Versammlung erklärte Kriegsminister Painlevé, daß er es für unmöglich halte, auf die Mitwirkung der sozialistischen Gruppe zu verzichten. Angesichts dieser Erklärung legte Ribot in Übereinstimmung mit allen Teilnehmern an der Versammlung den ihm erteilten Auftrag in die Hände Poincarés zurück.



11./IX. 1917

## Ein schwedisch-amerikanischer Zwischenfall.

Amerika unterschlägt die Post des schwedischen Gesandten in Argentinien.

Gr. Hamburg, 10. September. (Tel. d. „Fremdenblatt.“) Ein neuer Zwischenfall, der an die Affäre Hofmann—Grimm erinnert, wird jetzt aus Amerika gemeldet. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus Rotterdam erfährt, haben Agenten Wilsons wieder einmal die Post eines neutralen Gesandten mit seiner Regierung unterschlagen. Die amerikanische Presse meldet triumphierend, daß das amerikanische Staatsamt des Neuhern die Post des schwedischen Gesandten in Buenos Aires an seine Regierung in Stockholm angehalten, das heißt mit anderen Worten, gestohlen hat und daß sich darunter Telegramme des deutschen Gesandten in Buenos Aires Grafen v. Lutzburg befunden hätten, die sich auf den U-Boot-Krieg beziehen. Neuter versucht, diesen Fund dazu zu benutzen, um das Verhältnis zwischen Argentinien und Deutschland zu trüben.

Von anderer Seite wird berichtet: Die englische Regierung hätte angeblich schon im Jahre 1915 von dieser Sache Kenntnis gehabt, es hätte aber die schwedische Regierung versprochen, diesen Nachrichtendienst einzustellen. Es bleibt nun abzuwarten, ob das, was bis jetzt veröffentlicht ist, nicht auch ein Teil dieser älteren Sache ist.

Aus Amerika wird gemeldet, daß Lansing die Uebersetzung der schwedischen, deutsch chiffrierten Telegramme veröffentlicht und ohne jeden Kommentar der schwedischen und argentinischen Gesandtschaft übergeben habe. Diese Veröffentlichung soll das deutsch-schwedische Verhältnis klären und ebenso Argentinien gegen Deutschland aufheben. Weiter wird aus London gemeldet, daß Amerika gedroht habe, seine Beziehungen zu Schweden abzubrechen, falls Schweden nicht Abbitte leiste und seinen Gesandten abberufe.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die „Enttüllungen“ jetzt im gegenwärtigen Moment erfolgen, da gerade jetzt die schwedischen Vertreter wegen Ausfuhrverhandlungen in Washington weilen. Solange man nichts Näheres hört, muß man annehmen, daß die Sache zu durchsichtigen Zwecken aufgebaut ist.



## Die Friedensstundgebung des Papstes.

Das Dankschreiben der Katholischen Schweizer.

Die Mitglieder der „Schweizerischen Kommission der Internationalen Katholischen Union“ haben, wie berichtet, am 26. August in Luzern ein Dankschreiben an den Heiligen Vater beschloss, das durch Vermittlung des päpstlichen Legaten Msgr. Marchetti in Bern nach Rom geleitet wurde. In dieser Rundgebung schweizerischer Katholiken, deren Wortlaut in der katholischen Schweizer Presse veröffentlicht wurde, heißt es, wie man uns aus Zürich berichtet:

Die am 26. August in Luzern versammelte Schweizer Kommission der im Februar 1917 gegründeten internationalen katholischen Union, der Sw. Heiligkeit mit dem Schreiben Sr. Eminenz des Kardinal-Staatssekretärs Caspari vom 2. März d. J. einen unerbittlichen Beweis liebevollsten Wohlwollens und väterlicher Gemüternung gegeben haben, betrachtet es als ihre erste und freudige Aufgabe, in die Reihen jener zahllosen Vereinigungen und Korporationen aller Nationen zu treten, die Sw. Heiligkeit in lindlicher Ehrfurcht ihren unaussprechlichen Dank zu Füßen legen für den weltgeschichtlichen Friedensakt, mit dem Sw. Heiligkeit in der an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten gerichteten Note vom 1. August d. J. die so unglücklich leidende Menschheit beglückt haben. Fürwahr, wie ein Aufatmen in schwerer Zeit ist es durch die Welt gegangen bei der Kenntnisnahme jenes erhabenen Friedensdokumentes, das wie ein tröstendes Gesirn in dunkler Sturmesnacht aufleuchtet.

Mit der unermesslichen Liebe Desjenigen, dessen Stellvertreter auf Erden Du bist, mit der Weisheit und Güte „des gemeinsamen Vaters aller, der alle seine Kinder mit gleicher Härlichkeit liebt“, mit der vollendeten Unparteilichkeit und Gerechtigkeit des Trägers einer göttlichen Friedensmission unter den Völkern hast Du den Oberhäuptern der kriegsführenden Staaten die Wege zu einem „gerechten und dauerhaften Frieden“ gewiesen, der die Menschheit vom furchtbaren Fenne befreite, welcher seit dem August 1914 in so entsetzlicher Weise auf ihr lastet. Viel mehr noch. Du hast in jener denkwürdigen Note Völkern und Staaten die Bahnen für eine neue, bessere Zukunft, für eine neue Ära menschlicher Kultur und Zivilisation gezeigt, indem Du „die Ersetzung der materiellen Gewalt der Waffen durch die moralische Kraft des Rechtes“ forderst, „die gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung in den nötigen Grenzen, damit die öffentliche Ordnung in jedem Staate aufrecht erhalten bleibt“, „eine schiedsgerichtliche Einrichtung mit einem hohen friedensstiftenden Amte, nach deren Normen und zu fassenden Sanktionen gemeinsam gegen den Staat vorgegangen werden soll, der sich weigern würde, entweder die internationalen Fragen dem Schiedsgerichte vorzutragen oder seine Beschlüsse anzunehmen“, und indem Du weiter verlangst „die wahre Freiheit“ für die Völker und „die Freiheit der Meere“. Das sind Fundamente, auf denen nicht nur ein dauernder Friede fest und sicher ruht, sondern die auch geeignet sind, die in der Note betonte „Reorganisation der Völker“ zu gewährleisten sowie eine engere und solidere Verknüpfung der unversessenen Völkerfamilie im beglückenden Zeichen wahrer Freiheit. Die schweizerische Kommission der Internationalen Kathol. Union dankt Dir, Hl. Vater, um so mehr für diese Vorschläge, als ihre Verwirklichung auch eine Erlösung der Tat für die kleinen neutralen Staaten wäre und

ihre Zukunft für immer sicherstellte. Ohne uns über die anderen Vorschläge der Note auszusprechen, dürfen wir doch dem sehnlichsten Wunsche Ausdruck verleihen, daß diejenigen, an welche sie gerichtet sind, erlösen möchten, daß diese Vorschläge von einer gleichmäßigen Unparteilichkeit, von einer unanfechtbaren Gerechtigkeit sind. Bewegten und dauhbaren Herzens haben wir von ersten amtlichen Akten aus beiden kriegsführenden Lagern Kenntnis genommen, die eine süße Hoffnung zu erwecken geeignet sind, daß die segensvollen Vorschläge Sw. Heiligkeit, bei denen nicht ungehört verhallen werden, an die sie gerichtet sind. Wir stehen zu Gott, daß sie volles Gehör bei allen finden, auf daß sie zur Wohlfahrt der Völker und Staaten einer recht baldigen Verwirklichung entgegengehen. Es ist unser heißester Wunsch, daß sich inzwischen die Katholiken aller Länder der Erde, ohne Unterschied von Nationen und Rassen, mit ihren geistlichen und weltlichen Obrigkeiten an der Spitze, um das hehre Banner des hl. Friedens scharen mögen, das Sw. Heiligkeit mit gesegneter und segnender Hand aufgepflanzt haben.

## Hoffnungen auf einen Frieden mit Jahresende.

St. A. Bern, 10. September. (Privat.)

In Madrider politischen Kreisen beurteilt man die Friedensaussichten in Verfolgung der Aktion des Papstes auffallend günstig, ohne sich durch die Stimmen der Verbandspresse heitren zu lassen. Man hält den Faden der Friedensverörterungen auch nach der Note Wilsons nicht für abgerissen und glaubt daran, daß gegen Ende des Jahres die Lage so weit gereift sein werde, daß man in einer neutralen Hauptstadt zu Besprechungen über den Frieden werde zusammentreten. Bis dahin werde es allerdings in England, Italien und Frankreich noch zu einem Wechsel an den leitenden Stellen kommen. Die Stimmungen in den Verhandländen seien erwiesenermaßen dem Frieden günstig, die unaufhaltsam fortschreitenden Ereignisse in Rußland würden dazu beitragen, den Frieden zu beschleunigen. Man glaubt, daß bis Ende Dezember der Weltfrieden bestimmte Formen angenommen haben werde.



12./IX. 1917

### Das Friedensschreiben des Papstes.

Dankesfeste und Gebete katholischer Sol-  
länder. — Der Friede und die Inter-  
parlamentarische Kommission.

Haag, 11. September. (Haager Korrr.)

Eine zahlreich besuchte Friedensversammlung der  
katholischen Sozialen Aktion hat eine Entschliessung ange-  
nommen, worin dem Papste für seine Initiative, als  
Friedensrichter zwischen den kämpfenden Nationen auf-  
zutreten, der Dank ausgesprochen und der Erwartung  
Ausdruck gegeben wird, daß alle Katholiken  
in der ganzen Welt die Bemühungen  
des Heiligen Vaters unterstützen  
werden.

\*

Am Anlaß der heutigen Ausschüßberatungen im  
Abgeordnetenhaus wurde in parlamentarischen Kreisen  
darauf hingewiesen, wie erspriehlich die Wiederbelebung  
der Interparlamentarischen Kommission wäre, die nach

Ansicht von Politikern verschiedener Parteirichtung nützh-  
liche Arbeit leisten könnte. Es wurde hervorgehoben, daß  
die Interparlamentarische Kommission im Jahre 1914  
in Stockholm hätte zusammentreten sollen; infolge des  
Kriegsausbruches kam jedoch die Konferenz nicht zustande.  
Nichtsdestoweniger hielten den neutralen Staaten ange-  
hörige Mitglieder der Kommission während der drei  
Kriegsjahre mit den einzelnen Gruppen und unterein-  
ander beständig Fühlung und weilte eines derselben aus  
Skandinavien in Wien, wo mit maßgebenden Persönlich-  
keiten wegen Zustandekommens einer neuerlichen Kon-  
ferenz der Interparlamentarischen Kommission Be-  
sprechungen gepflogen wurden, die ein zustimmendes Er-  
gebnis hatten. Das betreffende Mitglied der Geschäfts-  
leitung begab sich hierauf in die Schweiz und sodann nach  
Paris, um dort gleichfalls für die Einberufung einer  
Konferenz der Interparlamentarischen Kommission tätig  
zu sein. Man verspricht sich von einer solchen eine gute  
Wirkung für die Herbeiführung des Friedens.  
Sie würde auch die Idee des ungarischen Bischofs Fra-  
ncis verwirklichen, der bekanntlich den Vorschlag auf  
Wahl von je drei Vertretern der Parlamente machte,  
welche in geheimer Abstimmung gewählten Delegierten  
unter Vorsitz des Papstes oder eines Stellvertreters  
des Heiligen Vaters zu Beratungen zusammentreten soll-  
ten, um Mittel und Wege zu einer allgemeinen  
Friedenskonferenz zu finden.



13./IX. 1914

**Unsere Antwort auf die päpstliche Note.**

Wie die „Wiener Politische Rundschau“ meldet, wird die Antwort der Centralmächte auf die Friedensnote des Papstes in der nächsten Woche überreicht werden. Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist über den Zeitpunkt und den Inhalt der Antwort ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden. Wie in unterrichteten politischen Kreisen verlautet, ist die Note in durchaus entgegenkommendem und freundschaftlichem Tone gehalten und enthält die wärmsten Worte des Dankes für den Papst, der bei seiner Aktion nur das Wohl und das Glück der ganzen Menschheit im Auge gehabt habe. Die Antwort der Centralmächte betont die prinzipielle Bereitwilligkeit zu einem dauernden Frieden, der die Rechte aller Staaten und Völker schützt, und beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Vorschlägen der päpstlichen Note. Der wesentliche Inhalt der Antwort wird am Tage der Ueberreichung, der Wortlaut eine Woche später der Öffentlichkeit offiziell bekannt gegeben werden.



Obwohl  
13. IX. 1917

## Rußland im Bürgerkrieg.

### Die neuen Umwälzungen in Rußland.

Von Dr. Alexander Salkind (Wien).

Vor mehr als Wochenfrist konnte ich schreiben „Vor neuen Umwälzungen in Rußland“ und darauf vorbereiten, daß die nächsten Geschehnisse im Zeichen des entsetzlichen Kampfes zwischen Kerenski und Kornilow stehen werden. Diese Voraussage hat sich erfüllt. Heute, ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der Revolution, herrscht im ehemaligen Zarenreiche abermals heller Aufbruch. Der Ausgang dieser Krise in Rußland dürfte vielleicht unmittelbare Rückwirkung auf den Krieg, sowie auf die Gestaltung der Dinge in Europa überhaupt ausüben.

Noch ist es schwierig, sich in dem Wüste widersprüchsvoller Nachrichten zurechtzufinden. Aber so

viel steht jedenfalls fest, daß augenblicklich drei große Strömungen im russischen Reiche hervortreten: jene, die auf die Errichtung einer Zivildiktatur unter Kerenski, jene, die auf die Schaffung einer Militärdiktatur unter Kornilow, und jene, die auf die Wiederherstellung des Zarenismus hinarbeitet, wofür letztere man als die „gegenrevolutionäre“ im eigentlichen Sinne bezeichnet.

Die Stellung Kerenskis, die anfangs durchaus gefestigt schien, da nicht nur der Sowjet und die Majorität der Duma, sondern auch die Armee ihn unterstützten, wurde vor allem dadurch erschüttert, daß er, sei es aus persönlicher Herrschsucht, sei es in vermeintlich aufrichtigem, patriotischem Geiste, die Konzentration der Regierungsgewalt auch auf Kosten der Empfindlichkeiten und der Ambitionen jener Faktoren anstrebte, die sich ihm gegenüber wohlwollend verhielten. Er entzweite sich mit dem Sowjet, dessen Beschlüsse er einfach ignorierte, und mit dessen Aufhebung er drohte. Er setzte sich auch über die Wünsche des Dumapräsidenten hinweg und erklärte kategorisch, daß seit seiner Bestellung zum Ministerpräsidenten die Duma, die er übrigens formell aufzulösen gedenke, als Organ der Regierung nicht mehr in Betracht komme. Die Moskauer Konferenz, die Klarheit schaffen sollte, erhöhte die allgemeine Verwirrung, und man wußte zuletzt nur das eine, daß die Kluft zwischen Kerenski und Kornilow nicht mehr zu überbrücken sei. Welcher von beiden aber in Moskau gesiegt hatte, ob Kerenski mit seinen flammenden Reden, denen, wie die Ententeblätter befriedigt konstatierten, „allseitiger, nicht endenwollender Beifallsjubel“ gefolgt war, oder Kornilow, der gleich einem Theaterkönig an der Spitze eines Trupps von Statisten — Georgsrittern, Kosakenhetmans und Veteranen — seinen Einzug in den Sitzungssaal gehalten hatte, darüber vermochte sich niemand Gewißheit zu verschaffen.

Kornilow hatte seine Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen und, wie ich bereits in meinem letzten Artikel ausführte, überall Bundesgenossen gegen Kerenski gemorben. Man versichert, daß er sich insbesondere auf die bürgerlichen Parteien stütze, die sich durch Kerenski brüskiert fühlen, und daß er ihnen auch weitreichende Versprechungen für den Fall seiner Ausrufung zum Militärdiktator gemacht habe. Kornilow ist gleich Kerenski noch jung, und als die Revolution ausbrach, war er einer der ersten, die der neuen Regierung den Treueid leisteten. Vorher hatte man von ihm kaum mehr gehört, als daß er sich unter den abenteuerlichsten Umständen aus der Kriegsgefangenschaft gelüchtet und den Weg in seine Heimat gefunden hatte. Die revolutionäre Regierung, die sich noch keineswegs fest im Sattel wußte und namentlich die Stimmung der Generalität mit steigender Besorgnis verfolgte, war in jenen Tagen überaus froh, wenn ein solcher General ihr

seine Sympathie ausdrückte. Daher wurde Kornilow mit offenen Armen empfangen, zunächst zum Chef des Petersburger Militärkreises, hernach zum Kommandanten einer Armee und schließlich nach der Verabschiedung Brussilows zum Generalissimus der russischen Truppen ernannt. Auch Kornilow verfiel aber in denselben Fehler, den Kerenski begangen hatte: er verfeindete sich durch hochtrabendes Wesen, die auffallende Betonung seiner Popularität im Heere und durch seine frühzeitigen diktatorischen Anwandlungen mit der provisorischen Regierung, deren Hilfe er natürlich unter den obwaltenden Verhältnissen ja schließlich doch nicht missen konnte. So kam es, daß die beiden Männer, oder besser gesagt, die beiden Systeme, die sie verkörperten, diese beiden Systeme, die, wären sie solidarisches gewesen, vielleicht wirklich eine starke Macht in Rußland hätten aufrichten können, die aber, jedes auf sich gestellt, zu schwach waren, in demselben Zeitpunkte als Gegner aufeinanderprallten, da das revolutionäre Rußland nach seiner inneren und auswärtigen Lage die bedenklichste und gefährlichste Phase seiner Existenz durchzumachen hatte.

Es ist begreiflich, daß angesichts dieses tiefgreifenden Zwiespaltes im Schoße der Revolutionäre die „Gegenrevolution“ hochfliegende Hoffnungen schöpft und alles aufbietet, um sich durchzusetzen. Die provisorische Regierung, die diese Gefahr sehr bald erkannt hat, verfügte eben deshalb die Verbannung der Erzarenfamilie nach Tobolsk, und sie ist auch daran, die übrigen Mitglieder der Familie Romanow aus dem Innern Rußlands zu entfernen, um damit den Anhängern der Gegenrevolution — ein großer Teil des Offizierskorps, die Monarchistenverbände und vielfach auch die Bauernschaft — wenigstens das moralische Zentrum zu entziehen, um das sie sich scharen könnten. Anscheinend steht vorläufig die gegenrevolutionäre Bewegung vor allen denen, die sich gegenwärtig in Rußland bemerkbar machen, noch auf der untersten Stufe ihrer Ausbreitung.

Es ist charakteristisch, daß die Entente aus den Wirren in Rußland bereits die Konsequenzen ableitet, auf Rußland als Kriegsfaktor zu verzichten und die Theorie aufzustellen, daß die Alliierten anderwärts Ersatz beschaffen müssen, so hauptsächlich in Amerika und Ostasien. Inwieweit die russische Privatmeldung, die

man in den dortigen Blättern verzeichnet findet, wonach in nächster Zeit eine Entscheidung über das weitere Verhältnis Rußlands zur Entente fallen werde, richtig ist, läßt sich zur Stunde noch nicht beurteilen.



89  
Elmütz  
13./IX. 1917

### **Vermehrte Kriegsmateriallieferung Japans für Rußland.**

London, 12. September.

Reuter meldet: Die „Times“ berichten aus Washington vom 11. d., daß Staatssekretär Lansing und der japanische Botschafter eine wichtige Konferenz hatten, in der sie übereingelommen sind, daß Japan seine ganzen maritimen und wirtschaftlichen Kräfte auf die Erzeugung von Kriegsmaterial für Rußland und den Transport dorthin konzentriere.

#### **Verwunderung Japans über die riesigen Kriegsvorbereitungen Amerikas.**

Der Botschafter teilte Lansing mit, daß die japanische Mission über die riesigen Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten erstaunt sei.



13./IX. 1917

90

**Der Friedensvorschlag des Bischofs Fraaknoi.**

Eglauer weist in einer Interpellation auf die Anregung des Historikers Fraaknoi hin, nach welcher Parlamentsmitglieder der kriegführenden Staaten eine gemeinsame Beratung darüber abzuhalten hätten, wie die vermeintlichen Gegensätze aus dem Wege zu schaffen wären. Er fragt, ob der Bürgermeister in Verfolgung seiner Dankeskundgebung an den Papst in der letzten Gemeinderats-sitzung geneigt sei, einen möglichst einhelligen Beschluß des Wiener Gemeinderates, womit der bedeutsame Vorschlag des Bischofs Fraaknoi gutgeheißen und dem österreichischen Reichsrat zur Annahme empfohlen wird, einzuholen und an das demnächst zusammentretende Abgeordnetenhaus zu leiten.

Dr. Weiskirchner: Die Angelegenheit, welche hier Kollege Eglauer zur Diskussion des Gemeinderates stellt, ist von weittragender Bedeutung. Ich werde die Anfrage dem Stadtrat zuweisen, damit sie gut vorbereitet an den Gemeinderat zur Behandlung gelangt.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.



13./IX. 1914

**Festhalten Deutschlands an seinem gesamten Kolonialbesitz.****Eine amtliche deutsche Erklärung.**

Berlin, 12. September.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einem Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“ wird die Besorgnis geäußert, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamtes nicht mehr auf dem Boden seiner früheren Erklärung über die Festhaltung unseres gesamten Kolonialbesitzes stehe. Dabei wird die Vermutung ausgesprochen, daß in der Antwort auf die Papstnote ein Verzicht auf unsere Besitzungen in der Südsee enthalten sei. Ein Artikel der „Neuen Politischen Korrespondenz“ wird von der „Magdeburgischen Zeitung“ als amtliche Erwiderung auf ihre Ausführungen angesehen und einer abfälligen Beurteilung unterzogen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Vermutung der „Magdeburgischen Zeitung“ über die Beantwortung der Papstnote jeder Begründung entbehrt. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes betrachtet nach wie vor das Festhalten unseres gesamten Kolonialbesitzes als unerlässliche Friedensforderung. Die Kritik des Artikels der „Neuen Politischen Korrespondenz“ richtet sich unzutreffenderweise gegen das Kolonialamt, da die Ausführungen nicht amtlichen Ursprungs sind.



## Zu der Debatte über die Schuldfrage.

Genosse Rudo M. Hartmann schreibt uns:

In einem nicht unterzeichneten Artikel der Arbeiter-Zeitung wurde gestern gegen meinen Artikel von vorgestern, der sich gegen die Antwort der französischen Sozialisten auf den Stockholmer Fragebogen richtete, polemisiert. Die Darlegungen des nicht genannten Verfassers enthalten gar nichts Neues. Sie gehen von der in der Konferenz der Sozialisten der Mittelmächte niedergelegten Anschauung aus, in der wir alle übereinstimmen: daß nämlich die Prüfung der sogenannten Schuldfrage vor einem internationalen Forum, wo die Richter selbst Partei wären, nicht nur zu keinem Resultat, sondern nur zu neuem Zwiste führen könnte — und daß ferner jeder Teil glaubte und glaubt, einen Verteidigungskrieg zu führen. Beides habe gerade ich in meinen früheren Artikeln und sonst aus- einandergesetzt.

Der ungenannte Verfasser weiß auch, daß erklärt wurde, man werde sich sogar in Stockholm der Erörterung der Schuldfrage nicht entziehen, wenn sie aufgedrängt werde; und wer er auch sei, wird er nicht der Ansicht sein, daß man in der Rücksicht so weit zu gehen habe, daß man prinzipiell keinen publizistischen Widerspruch erheben dürfe, wenn falsche Tatsachen behauptet, wenn Auffassungen in die Welt gesetzt werden, welche die sozialistischen Parteien der Mittelmächte geradezu des Abfalls von allen ihren Prinzipien beschuldigen, namentlich wenn derlei in einem parteioffiziellen Aktenschild, wie es die Antwort der Franzosen ist, geschieht. Man soll gewiß nicht grob werden oder durch bittere Worte den Zwist vertiefen; aber es ist doch geradezu Pflicht, den Sozialisten der Mittelmächte, denen man guten Glauben zubilligt, den eigenen guten Glauben zu beweisen. Eine sachliche Diskussion, in dieser Richtung geführt, kann nicht schaden, sondern nur nützen, und ich vermag den von dem ungenannten Verfasser entdeckten Widerspruch nicht zu sehen.

Umfoweniger, wenn von vornherein abermals betont wird, wie es geschehen ist, daß die Darstellung der Ereignisse bei dem heutigen Stande der Quellen nicht lückenlos geboten werden kann, und wenn die ganze Beweisführung nicht auf eine solche lückenlose Darstellung hinausläuft, sondern auf den Nachweis, daß sich die Franzosen über einige Tatsachen, die feststehen, einfach hinwegsetzen. Mein ungenannter Opponent macht es sich in diesem Punkte ziemlich leicht. Er geht darüber hinweg, daß die Franzosen von den eingeleiteten Verhandlungen, die durch die russische Mobilmachung abgebrochen wurden, einfach schweigen, ja sogar behaupten, alle Vermittlungsversuche seien von den Zentralmächten abgelehnt worden; daß sie diese allgemeine Mobilmachung leicht hin abtun und sie durch „sichere“ Vorbereitungen Oesterreichs und Deutschlands erklären, obwohl man genau weiß, wie viele Armeekorps in Oesterreich (8) und wie viele in Rußland (13) schon vorher mobilisiert waren, und auch die unrichtige Behauptung Poincarés mit Stillschweigen übergehen; daß sie eine frühere Aeußerung Jauro's für ihre Beweisführung anrufen, ja sie geradezu zum Ausgangspunkt nehmen, aber dessen durch Cachin bezeugte Stellungnahme gegen den russischen Kurs der französischen Regierung in den entscheidenden Tagen und seine Ablehnung der Verantwortung für diese Politik keiner Erwähnung für würdig erachten. Wenn der Opponent ferner „beiläufig bemerkt“, daß in den Buntbüchern von dem Nichtwissen Deutschlands von dem Ultimatum an Serbien ... eine unwiderlegliche Gewißheit keineswegs gefunden werden kann — so muß ich zugeben, daß „unwiderlegliche Gewißheiten“ allerdings — und nicht nur in derlei Dingen — schwer zu beschaffen sind, daß man aber in diesem Falle doch außerordentlich anspruchsvoll sein muß, wenn die Beweise nicht genügen.

Ich gebe zu, daß die christliche Lehre von der Pflicht, die andere Wacke hinzuhalten, gerade in den Erzeßten des Krieges viel für sich hat, wenn es sich um das Verhalten zu Genossen handelt, mit denen man trotz allem dieses gemeinsam hat und haben wird. Aber die Empfindlichkeit für die Haut des anderen muß doch gewisse Grenzen haben und die Arbeiter-Zeitung mußte darauf bestehen, auch dieselbe internationale Pressefreiheit zu besitzen wie die „Humanität“, wenn sie auch einen durch Selbstdisziplin eingeschränkten Gebrauch von ihr macht.

Rudo M. Hartmann.

Darauf hat der „ungenannte Verfasser“ nur zu erwidern, daß er glaubt, „ziemlich leicht“ werde es eher für denjenigen sein, der sich mit den falschen Auffassungen der *Gegner* beschäftigt, wogegen es für denjenigen, der sich bemüht, keine Legende zu Hause entstehen zu lassen, ziemlich schwer sein wird.

Indem der „ungenannte Verfasser“ der Meinung ist, daß eine offene und unbeugsame Ueberprüfung der wahrscheinlichen Schuld aller Kriegsbeteiligten im Augenblick nicht möglich sei, nicht bloß deshalb nicht möglich, weil der Versuch an sehr bekannten Hindernissen scheitern würde, sondern auch, weil sie voraussichtlich einseitig verbleiben und darum den Bemühungen, zum Frieden zu gelangen, nicht dienen würde, vielmehr eher kriegsverlängernd wirken müßte, so hat er sich natürlich enthalten müssen, der von dem Genossen Hartmann vorgelegenen Beweisführung, die nur die Tatsachen sieht, die die anderen belasten, auf den Grund zu gehen. Aber weil er wieder der Meinung ist, daß zu der Erfüllung der Pflicht, die ja auch die Wiener Konferenz verkündet hat, nämlich die Schuldfrage nach dem Kriege in jedem einzelnen Lande rücksichtslos zu prüfen, nur die sozialistische Partei befähigt sein wird, die sich nicht während des Krieges auf ein Urteil einschwören läßt, so hat er geglaubt, gegen eine Darstellung Widerspruch erheben zu dürfen, die, indem sie eine bestimmte Auffassung festlegt, jene rücksichtslose Untersuchung nach dem Kriege erschweren, ja unmöglich machen würde. Dabei hat ihn keine andere Empfindlichkeit geleitet als die für die Wahrheit.



14. IX. 1917

## Kerenski und Kornilow.

### Der Ausbruch des Bürgerkrieges.

Wien, 13. September.

Der Ministerpräsident Kerenski ist Generalissimus der russischen Armee geworden. Vielleicht wird mancher über den Rechtsanwalt lächeln, der gegen den an der Spitze meuterischer Truppen nach Petersburg marschierenden Kornilow und gegen Hindenburg und Ludendorff, die den Krieg gegen Rußland führen, zu Felde ziehen will. Mancher wird denken, es wäre nur eine Nachahmung von Leon Gambetta, der im Luftballon aus dem belagerten Paris nach Tours gefahren ist, neue Armeen bildete und sich dem Feinde entgegenwarf. Aber die Kriegsgeschichte hat nicht wenige Beispiele von Männern, die ihre Jugend in bürgerlicher Arbeit verbracht haben, von der Kampffreude verlodet, Soldaten wurden und plötzlich als Feldherren und Sieger, deren Genie nur eine kurze Erfahrung gebraucht hatte, die Welt erstaunten. Soche war beim Ausbruche der französischen Revolution Corporal und vier Jahre später Armeekommandant. Masséna, wohl der größte unter den Marschällen der napoleonischen Zeit, zur Würde eines Herzogs von Rivoli und eines Prinzen von Eplingen erhoben, war der Sohn eines armen Weinhändlers. Er ist, seinem inneren Triebe gehorchend, Soldat geworden, und nach etwa vier Jahren hatte er eine Schlacht gewonnen und wurde zum Armeekommandanten ernannt. Moreau ist Jurist gewesen wie Kerenski und Gambetta; auch er ist, nach wenigen Jahren von Gardinfanteristen zum Befehlshaber über eine Armee vorgerückt. Der russische Ministerpräsident ist jedoch nicht wegen seiner militärischen Begabung Armeeführer geworden. Er hat Fehler der Einsicht und Sünden an der Zuverlässigkeit in der Politik begangen. Schön bleibt es jedoch, daß er, wenn die ernsteste Gefahr droht, sich mit seiner eigenen Persönlichkeit einsetzt, sich auf den schwierigsten Posten stellt und die härteste Verantwortung übernimmt. Er will Generalissimus sein, damit die Armee wisse, daß sie gegen den Rückschlag in die politische Knechtschaft kämpfe. Der Ausgang des Bürgerkrieges ist ungewiß und in Petersburg wird zur Abwehr des Generals Kornilow, dessen Vortruppen schon in Gatschina, nur dreißig Kilometer von Petersburg entfernt, eingetroffen sind, gerüstet. Da will Kerenski dem heiligen Sebastian gleichen, auf dessen Brust die Pfeile gerichtet sind; er will Generalissimus sein, weil er Mut hat und weil die Anziehung seines Namens und die geschwächte, aber noch nicht ganz verlorene Volkstümmlichkeit auf die Armee wirken soll.

Wie der Bürgerkrieg entstanden ist, darüber sind jetzt Einzelheiten bekannt geworden, woraus die Zusammenhänge deutlicher sichtbar werden und die dem Urteile eine sichere Unterlage geben. Der Kongreß von Moskau ist das Unglück von Kerenski geworden, weil sich dort gezeigt hat, daß er nahezu verlassen sei. Nach den Julischlachten in Petersburg meinte er, der Herr über Rußland zu sein, und in Moskau wurde er von Kornilow gedemütigt, der absichtlich sein starkes Machtgefühl hervorkehrte. Die Bevölkerung in Petersburg hatte sofort die Ueberzeugung, daß der Zusammenstoß unvermeidlich geworden sei, und eine sorgenvolle Stimmung verbreitete sich in der Stadt. Der Mangel an Nahrungsmitteln, an Brot, Butter, Eiern und Käse verschärfte das Elend bis zum Äußersten und das Versagen des Eisenbahndienstes machte die Zufuhr beinahe unmöglich. Gerüchte über Verschwörungen waren im Umlaufe und viele Personen wurden verhaftet. Von einer Militärdiktatur ist schon damals gesprochen worden. Das geängstigte Volk verabscheute den Krieg und wollte Frieden. Die Anhänger von Lenin, die im Juli blutig niedergeschlagen worden sind, merkten, daß ihre Gelegenheit wieder gekommen sei. Sie begannen eine werbende Tätigkeit in Petersburg, in Moskau und in den

Provinzstädten; sie wagten sich in den öffentlichen Versammlungen mit stärkerer Entschiedenheit hervor und auch ihre Vertreter im Arbeiterrat wurden kühner. Dort haben sie den Erfolg durchgesetzt, welcher der letzte Anstoß zum Ausbruche des Bürgerkrieges geworden ist. Die Friedenspartei hat kaum zwei Monate nach den mörderischen Julikämpfen so viel Einfluß gehabt, den Arbeiterrat zu einem Beschlusse gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Armee und im Hinterlande zu bewegen. Der verhaftete oder geflüchtete Lenin war darin mächtiger als Kerenski.

Kornilow hat von Kerenski verlangt, daß die gesetzlichen Vorschriften über das Verbot der Hinrichtungen in der Armee und auch im Hinterlande aufgehoben werden. Das Volk sollte dem Scharfrichter ausgeliefert sein; die Revolution, die von der Erinnerung an die mörderischen Feldgerichte des Zaren vermocht wurde, den Galgen für immer abzuschaffen, sollte ihn wieder aufrichten und sich selbst verleugnen. Kerenski hatte die Schwachheit, nachzugeben, der Arbeiterrat wollte jedoch nicht. Die Maximalisten hatten die Führung und eine überwältigende Mehrheit beschloß, den Versuch nicht zu dulden, daß die Todesstrafe mit ihren unheilbaren Justizirrtümern und mit ihren Mißbräuchen wieder angewendet werde. Kerenski, die sozialistischen Minister und der Verweser des Kriegsministeriums Sawinkow waren anwesend, um eine solche Abstimmung zu verhüten. Die Schlappe war desto empfindlicher und die Erschütterung des Ministeriums so ernst, daß der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Nekrasow den Zeitungen mitteilen ließ, es wäre kein Grund zur Beunruhigung. Das Ministerium jense unbeschränktes Vertrauen in den Generalissimus Kornilow, der keine Beziehungen zu den Feinden der Revolution habe und sich von jeder Politik fernhalte. Nekrasow fälschte die Wahrheit und betrog das Publikum. Er war nicht einmal durch den Milderungsgrund entschuldigt, daß er eine Verständigung mit dem Generalissimus noch hätte erwarten können. Kornilow hatte nämlich die Eigenmächtigkeit begangen, die Verjorgung der Armee mit Nahrungsmitteln selbständig durchzuführen. Er verhandelte mit den Angestellten der Eisenbahnen über die Verbesserung der Löhne und die Verminderung der Arbeitszeit; er schenkte ihnen aus den Vorräten der Armee neue Schuhe. Er wollte Kerenski das Gras unter den Füßen abmähen und gebärdete sich als Diktator noch vor dem Ausbruche des Bürgerkrieges.

Jetzt sind die Vortruppen des früheren Generalissimus in Gatschina, berühmt durch das kaiserliche Sommerloß und durch die Anmut der Lage. Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Nekrasow, hat keinen Anspruch auf Glauben, und Nachrichten, die von ihm ausgehen, sind nicht vollwertig. Kerenski hat seine besten politischen Freunde abgestoßen, seinen Einfluß im Arbeiterrat geschwächt und die Kosaken schwer beleidigt, weil er ihnen das uralte Recht auf Offizierswahl entzogen hatte. Durch diese Maßregel ist der Kosakengeneral Kaledin wieder ein gewöhnlicher Soldat geworden. Der neue Generalissimus versichert in seinem Tagesbefehle an die Armee, daß die Verschwörung einzelner Generale bereits zersprengt sei. Er will an der Spitze der Regierungstruppen von Petersburg dem General Kornilow, dem Liebling des englischen Botschafters, entgegenziehen und ihm eine Schlacht liefern. Wer immer siegt, niemand ist zu sehen, der die Neigung unbefangener Zuschauer des Kampfes verdient. Kerenski ist keine gewöhnliche Persönlichkeit, aber für ihn galt das Naturgesetz, daß er desto kleiner erschien, je höher er stieg. Er hat seinem Vaterlande durch Verrat am Frieden und an der Seele des Volkes unsäglichen Schaden zugefügt. Kornilow will es niederhalten und in die Knechtschaft zurückwerfen, begünstigt vom demokratischen England. Wir haben in diesem Kampfe keine Sympathien zu verschwenden. Aber der Bürgerkrieg wird den Frieden in Rußland zu unwiderstehlicher Macht bringen.



14. IX. 1917

94

## Kerenski Generalissimus, Alexejew Chef des Generalstabes.

Petersburg, 12. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die provisorische Regierung hat Kerenski zum Generalissimus und den früheren Generalissimus Alexejew zum Chef des Generalstabes ernannt.

### Ein Armeebefehl Kerenskis.

Petersburg, 12. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der neue Generalissimus Kerenski hat heute einen Tagesbefehl an die Armee und die Flotte hinausgegeben, worin es unter anderm heißt: „Der Versuch einer harten Armeerevolte, der von dem früheren Generalissimus und einer Handvoll Generalen organisiert worden ist, hat einen vollständigen Mißerfolg erlitten. Die Schuldigen wurden dem revolutionären Kriegsgerichte übergeben. Die Beendigung der Revolte ohne Blutvergießen hat den guten Geist des russischen Volkes dargetan. Die Armee und die Flotte, ihre Generale, Admirale, Offiziere, Soldaten und Matrosen, die dem furchtbaren Feinde gegenüberstehen, sind ihrer Pflicht gegenüber dem Vaterlande und der rechtmäßigen Regierung treu geblieben. Die sechs Monate freien politischen Lebens haben in allen die Ueberzeugung geschaffen, daß im gegenwärtigen Augenblicke alle extremen und unüberlegten Forderungen nur zur Erschütterung des Staates führen können. Im gegenwärtigen Augenblicke müssen alle Kräfte der Nation vor allem auf die Verteidigung des Vaterlandes gegen den äußeren Feind gerichtet sein.“

### Kerenski auf dem Marsche gegen Kornilow.

An der Spitze der Petersburger Truppen.

Stockholm, 13. September.

„Svenska Dagblad“ meldet: Kerenski hat sich an die Spitze der Truppen von Petersburg gestellt und ist Kornilow entgegengezogen. Man erwartet für Mittwoch den Zusammenstoß zwischen den beiden außerhalb der Hauptstadt.

### Arbeiterabteilungen in Petersburg zur Verteidigung gegen Kornilow.

Petersburg, 12. September.

Das Reutersche Bureau meldet: In Petersburg, Moskau und in der Provinz dauert die Ruhe an. Der Gouverneur von Petersburg, General Saminkow, hat die Veröffentlichung der Proklamation Kornilows verboten. Der Prozeß Suchomlinow ist vorläufig vertagt worden. In den Arbeitervierteln Petersburgs werden eiligst Arbeiterabteilungen zur Verteidigung gegen Kornilow aufgestellt und im Schießen ausgebildet. Die Verhaftungen dauern fort, besonders unter den Offizieren. Unter anderen wurde der Vorsitzende der Militärzensurkommission verhaftet. Der Militärgouverneur hat alle politischen Versammlungen untersagt. Generalissimus Klembowski ist wieder abgesetzt und General Borutschewitsch an seiner Stelle ernannt worden.

### Gerüchte über Straßenkämpfe in Petersburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 13. September.

Aus Stockholm berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Nach heute eingetroffenen, vorläufig unkontrollierbaren Gerüchten, die in den russischen Kreisen die größte Aufregung hervorriefen, finden in Petersburg bereits Straßenkämpfe zwischen den Maximalisten und den Kosaken statt.



## Die Kapitulation Kornilows.

Der Befehlshaber der Truppen Kornilows bei Kerenski.

Selbstmord des Generals Krimow.

L. London, 14. September. Das Renteische Bureau meldet aus Petersburg:

Der Befehlshaber der Truppen Kornilows, General Krimow, traf in Petersburg ein, nachdem er die Truppen aufgefördert hatte, die Waffen zu strecken und sich der Regierung zu unterwerfen.

Er wurde von Kerenski empfangen.

Sodann begab er sich in seine Wohnung und beging dort Selbstmord, indem er sich durch einen Revolvererschuss entleibte.

## Eine Gegenregierung in Moskau?

Gr. Berlin, 15. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Rossische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Der Putich Kornilows könne als vollkommen gescheitert gelten. Dagegen bewahre die provisorische Regierung darüber vollstes Stillschweigen, daß in Moskau eine neue Regierung ausgerufen worden sei, und zwar auf Veranlassung Rodzickos und 72 Dumasdeputierten.

## Der Abfall der Truppen von Kornilow.

A. Amsterdam, 14. September. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 13. d.: General Algejeiw hat nach seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes Kornilow aufgefordert, sich zu ergeben. Den Blättern zufolge ist der Kommandant der Kavallerie Kornilows, General Krywam, zur vorläufigen Regierung übergegangen. Die Blätter melden, daß zwischen den Truppen Kornilows und denen der vorläufigen Regierung kein Gesecht stattgefunden habe, sondern daß sie sich im Gegenteil verbrüdereten.

In Petersburg wurde eine aus 30.000 gut bewaffneten Mannschaften bestehende Miliz aufgestellt, die dem Sowjet untersteht.

Der Minister für Lebensmittelversorgung erhielt die ersten Vorräte zur Verteilung unter der Bevölkerung gegenmäßige Preise.

## Die Isolierung Kornilows.

A. Rotterdam, 14. September. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg vom Mittwoch: Kornilow scheint vollkommen isoliert zu sein; er könne weder auf eine Unterstützung von Seiten der Armee, noch auf die Sympathie der Bevölkerung rechnen. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Chef des Generalstabes, Lulomski, Kornilow zu seinem Vorgehen bewegen habe. Die Eisenbahner ergriffen sofort Partei. Regierungskommissär Wojtinski erklärt in einem von ihm verfaßten Berichte, Kornilow habe gewünscht, daß Riga unhaltbar war; er habe deshalb auf der Staatskonferenz in Moskau so gesprochen, daß er, wenn die Stadt fiel, der Desorganisation der Armee die Schuld geben konnte. Wojtinski erklärt, die Zucht der Truppen sei gut gewesen.



15./IX. 1917

**Ein Protest gegen die Besetzung Aegyptens  
durch England.**

Wien, 15. September.

Anlässlich des Jahrestages der Besetzung Aegyptens durch England (14. September), haben die Mitglieder der ägyptischen Nationalpartei in Wien an die große ägyptische Versammlung in Berlin folgende Depesche gesandt:

„Anlässlich des 14. September grüßen wir Ihre Versammlung im Namen der ägyptischen Nationalpartei, protestieren energisch gegen die Besetzung Aegyptens durch England und verlangen die Unabhängigkeit und Befreiung unseres Landes von der englischen Tyrannei.

Dr. A. Clouï

Dr. M. Adawy

Dr. Hassan.“



15. / IX. 1917

## Sieg Kerenskis.

London, 13. September.

Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 13. d.: Die ausführenden Komitees der Arbeiter- und Soldatenräte und der Bauernräte hielten eine Versammlung ab, in der das Komplott Kornilows besprochen wurde. Der Arbeitsminister teilte mit, daß das Abenteuer Kornilows mißglückt sei und daß Kornilows Hauptquartier sich ergeben habe. Binnen kurzem werde die ganze Armeeverwaltung geändert werden. Die Regierung habe in voller Uebereinstimmung mit der revolutionären Demokratie gehandelt und gesiegt, dürfe aber deshalb nicht weniger wachsam sein, denn es würden neue gegenrevolutionäre Versuche unternommen werden. Man habe Beweise von dem gefährlichen Treiben des Kosakenhetmans Kaledin. Die neue Regierung müsse von den Elementen, die irgendwie mit Kornilow in Verbindung stehen, gesäubert werden.

Der Minister des Innern sagte, die russischen Fronten seien infolge des Aufstandes Kornilows drei Tage ohne Verteidigungsmittel und ohne Oberbefehl gewesen. Kornilow müsse eine schwere Strafe auferlegt werden. Die Regierung habe die Aufgabe, alle gegenrevolutionären Anschläge zu bekämpfen, die Freiheit zu schützen und das Vaterland gegen den ausländischen Feind zu verteidigen. Tzeretelli verlangte die sofortige Auflösung der vierten Duma.

### Kornilow vor dem Revolutionstribunal.

Petersburg, 13. September.

Der Petersburger Telegraphenagentur zufolge teilte das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, „Zwestia“, mit: Kornilow und sein Generalstabschef General Dukowski erklärten, daß sie bereit seien, vor dem Revolutionsgericht zu erscheinen, um wegen der Organisierung der Revolte abgeurteilt zu werden.

### Die Unterwerfung des Hauptquartiers.

Rom, 14. September.

Die Agenzia Stefani meldet aus London: Kornilow hat seine Kapitulation angeboten, wobei er einige Bedingungen stellte. Die Regierung verlangte bedingungslose Uebergabe. Das Hauptquartier hat sich ergeben.

### Mitteilungen Kerenskis über Kornilows Unterwerfung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 14. September.

Der Petersburger Korrespondent der United Press sprach Mittwoch, abends 6 Uhr, mit Kerenski, der ihm mitteilte, daß Kornilow bereit sei, sich zu ergeben. Kerenski erklärte, die Sowjets würden nunmehr allein die Aufsicht ausüben und sich nicht in die Strategie mengen.

### Haftbefehl gegen Kaledin.

Petersburg, 13. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In Rostow am Don hat das militärische Bezirkskomitee die Verhaftung des Kosakenhetmans Kaledin, eines Mitschuldigen Kornilows, angeordnet.

### Umbildung des russischen Kabinetts.

Petersburg, 14. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Finanzminister und Vizepräsident des Ministerrates Nekrasow ist zurückgetreten. Minister des Auswärtigen Tereščtschenko wird Vizepräsident des umgebildeten Kabinetts.



15. IX. 1917

### Ein kaiserlicher Erlaß.

Nachstehend wird nachstehender Erlaß des Kaisers an den deutschen Generalgouverneur in Warschau General von Beseler bekanntgegeben:

Mein erlauchter Bundesgenosse, Seine K. u. K. Apostolische Majestät und Ich haben Uns zu einem weiteren Ausbau des Polnischen Staatswesens, für das Wir durch die Proklamation vom 5. November 1916 den Grund gelegt haben, entschlossen. Der harte Kriegszustand gestattet leider noch nicht, daß ein König die alte polnische Krone zu neuem Glanz erweckt und daß eine aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Volksvertretung ihre Beratungen zum Wohle des Landes aufnimmt. Dagegen wollen Wir schon jetzt die Staatsgewalt in der Hauptsache in die Hände einer nationalen Regierung legen, während die Rechte und Interessen des Volkes einem neuen, erweiterten Staatsrat anvertraut werden sollen. Den Okkupationsmächten werden in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszustand erfordert.

Ich erhoffe, daß dieser neue, auf der Bahn zur Verwirklichung eines selbständigen Polnischen Staates getane Schritt sich in seiner weiteren Auswirkung als segensreich erweisen und dazu führen wird, daß das durch die russische Herrschaft so lange in seiner freiheitlichen Entwicklung gewaltsam zurückgehaltene Land durch die eigene Kraft seiner Bürger und im freien, selbstgewählten Anschluß an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegengeht.

Demgemäß beauftrage Ich Sie, das angeschlossene Patent, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen, gemeinsam mit dem K. u. K. Oesterreichisch-Ungarischen Militärgouverneur in Lublin zu erlassen.

Großes Hauptquartier, den 12. September 1917.

Wilhelm I. R.



## Der Erlaß der Generalgouverneure.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Generalgouverneur veröffentlichen folgenden Erlaß an die geschäftsführende Kommission des Polnischen Staatsrats:

Die Regierungen des Deutschen Reiches und von Oesterreich-Ungarn haben die Vorschläge des Provisorischen Staatsrats vom 3. Juli 1917 über die vorläufige Organisation der polnischen obersten Staatsbehörden ihren Herrschern unterbreitet. Hierauf haben Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und der Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn, uns beauftragt, das anruhende Patent zu erlassen, das für die vorläufigen verfassungsmäßigen Einrichtungen des polnischen Staates die Grundzüge festlegt.

Die verbündeten Regierungen sehen in einem Regentschaftsrat ein geeignetes Mittel, nicht nur dem polnischen Staatswesen eine allgemein anerkannte Vertretung zu geben, sondern auch die künftige Monarchie vorzubereiten. Wenn der Regentschaftsrat gilt bis zur Berufung des Staatsoberhauptes als oberster Vertreter des Polnischen Staates und löst, unter dem Vorbehalte der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte, die Rechte des Staatsoberhauptes aus.

Die erste Aufgabe des Regentschaftsrats wird die Berufung eines Ministerpräsidenten sein, den zu bestätigen die verbündeten Mächte sich vorbehalten. Der Ministerpräsident wird unverzüglich alle erforderlichen Schritte unternehmen, um in den Verwaltungsbezirken, die der polnischen Staatsgewalt überlassen sind, die Organisation der Ministerien zu verwirklichen und die Organisation der polnischen Staatsbehörden auch im übrigen durch Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden zum Abschluß zu bringen.

Um den Wünschen und Interessen aller Kreise des polnischen Volkes eine Vertretung zu sichern, soll der Staatsrat in neuer, erweiterter Gestalt und mit vermehrten Rechten aufleben. Er ist der Vorläufer des Polnischen Landtags; seine Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Während die Verordnung vom 26. November (1. Dezember) 1916 dem Provisorischen Staatsrat nur eine beratende Stimme einräumt, soll dem Staatsrat auf dem legislativen Gebiete eine beschließende Stimme zustehen. Er wird von dem Regentschaftsrat zu Sitzungsperioden einberufen. Die Rechte des Staatsrats und die Prärogativen der Okkupationsmächte sind in dem Patente näher umschrieben.

Die verbündeten Mächte vertrauen, daß der hiermit in Verwirklichung des Abtes vom 5. November 1916 eingeleitete weitere Ausbau des Polnischen Staates die tätige Anteilnahme der breitesten Schichten der polnischen Volksgemeinschaft findet wird; sie geben sich der Hoffnung hin, daß die aber alle Einzelheiten der Organisation noch zu führenden Verhandlungen einen raschen Verlauf nehmen, und daß die weitere günstige Entwicklung der Verhältnisse dazu führen wird, die Regierungsgewalt in fortschreitendem Maße in die polnischen Hände zu legen.

Patent vom 12. September 1917, betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen.

### Artikel I.

1. Die Oberste Staatsgewalt im Königreich Polen wird bis zu ihrer Uebernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte einem Regentschaftsrat übertragen.

2. Der Regentschaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden.

3. Die Regierungsgäfte des Regentschaftsrates bedürfen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

### Artikel II.

1. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Regentschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates des Königreichs Polen nach Maßgabe dieses Patentes und der hiernach zu erlassenden Gesetze ausgeübt.

2. In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der Polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen ist, können gesetzgeberische Entwürfe nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat verhandelt werden. In diesen Angelegenheiten kann neben den nach Ziffer 1 berufenen Organen des Königreichs Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unabweislich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen sowie ihre verbindende Kundmachung und Durchführung auch durch Organe der Polnischen Staatsgewalt verfügen. Die Verordnungen des Generalgouverneurs können nur auf demselben Wege, auf dem sie erlassen sind, aufgehoben oder abgeändert werden.

3. Gesetze sowie Verordnungen der Polnischen Staatsgewalt, die Rechte und Pflichten für die Bevölkerung begründen sollen, müssen dem Generalgouverneur der Okkupationsmacht, in deren Verwaltungsgebiet sie in Kraft treten sollen, vor ihrer Erlassung zur Kenntnis gebracht werden und können nur bindende Kraft erlangen, wenn dieser nicht dagegen innerhalb 14 Tagen nach Vorlage Einspruch erhebt.

### Artikel III.

Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes gebildet, das der Regentschaftsrat mit Zustimmung der Okkupationsmacht erläßt.

### Artikel IV.

1. Die Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung werden, soweit sie der Polnischen Staatsgewalt überlassen sind, durch polnische Gerichte und Behörden, im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmacht ausgeübt.

2. Der Generalgouverneur kann in Angelegenheiten, die die Rechte oder Interessen der Okkupationsmacht berühren, die Ueberprüfung der Gesetz- und Rechtmäßigkeit von Entscheidungen und Verfügungen der polnischen Gerichte oder Behörden im gesetzmäßigen Instanzenzuge veranlassen und bei der Schöpfung des Urteils oder der Entscheidung in eigener Person die betroffenen Rechte oder Interessen durch einen Vertreter geltend machen.

### Artikel V.

Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abschließen von Verträgen werden von der Polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

### Artikel VI.

Dieses Patent tritt mit der Einsetzung des Regentschaftsrates in Kraft.

gez. v. Deseler,

gez. v. Szeptycki.



16./IX. 1917

## Die Friedenskundgebung des Papstes.

Der katholische Volksverein Italiens gegen  
Wilson.

Lugano, 14. September.

Graf Della Torre, der Vorsitzende des katholischen Volksvereines Italiens, widerlegt in der „Nuova Antologia“ die Antwort des Präsidenten Wilson auf die päpstliche Friedensnote. Er erklärt, daß vermöge der Abrüstung und des Schiedspruches das Völkerleben so gewandelt werde, daß alle Besorgnisse wegen des deutschen Militarismus und seiner Machtmittel grundlos werden. Das deutsche Volk könne eine fremde Einflußnahme auf seine inneren verfassungsmäßigen Einrichtungen, die ohnehin in demokratischem Sinne erneuert werden, nicht annehmen und den Vereinigten Staaten stehe eine solche Zumutung um so weniger an, als sie der Geschichte und den Grundsätzen der Monroe-Doktrin widerspreche. Die Vorschläge des Papstes können wohl Gegenstand einer Erörterung und von Vorbehalten sein, aber ihre einfache Ablehnung wäre eine Verleumdung und Kompromittierung des Programms, das sich der Verband zuschreibe.



## Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Von Heinrich Graf Bülow.

R. u. L. Botschafter a. D.

Strelzhof, im September.

Seit Verkündigung der Menschenrechte im Jahre 1789 ist kaum jemals ein primo visu bestechendes Lösungswort in die Welt gesetzt worden wie jenes von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker. Es scheint in gleichem Maße dem göttlichen Rechte, dem Naturrechte und den Anforderungen der Vernunft zu entsprechen. Rein theoretisch gesprochen, scheint es schwer, dagegen ein Bedenken zu erheben, geschweige denn, dessen Berechtigung negieren zu wollen. Wie verhält es sich mit demselben in der Praxis?

Schon der Ursprung dieser neuen Offenbarung, die sich mit dem Tone einer Fanfare über den ganzen Erdball verbreitete, nötigt uns diesbezüglich eine gewisse Vorsicht auf. Fünfeinhalb Dezennien sind im Leben der Völker keine allzu lange Spanne Zeit, und gar manche sind noch unter uns, die den amerikanischen Sezessionskrieg miterlebt — vielleicht auch der eine oder der andere, der ihn mitgemacht hat. Die Rechtsfrage soll hier ganz unerörtert bleiben, aber als unumstößliche Tatsache steht fest, daß selten in der Geschichte eine Unabhängigkeitsbewegung in schonungsloserer Weise unterdrückt wurde wie die Sonderbunds-erhebung der Südstaaten. Als Sherman das blühende Georgia verwüstete in der ausgesprochenen Absicht, den Gegner durch Hunger zur Uebergabe zu zwingen, als Butler Frauen der gebildetsten Stände auf öffentlichen Plätzen auspeitschen ließ — wie stand es damals mit dem Selbstbestimmungsrechte der Völker? Oder gilt dieses neue Dogma nur für andere, nicht aber für den eigenen Staat? Wie immer dem auch sei, läßt sich das Selbstbestimmungsrecht, falls es zur allgemeinen Anerkennung gelangt, keinesfalls auf die bloße Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staatsverbande beschränken, sondern es muß den Völkern auch innerhalb dieses letzteren ein weitgehender Einfluß auf die gesamte Leitung des Staats eingeräumt werden. Wie wenig dies auch durch die radikalste Verfassung in der Praxis bewerkstelligt wird, hat uns der jetzige Krieg ad oculos demonstriert! Wünschte etwa die Bevölkerung Frankreichs in ihrer überwiegenden Mehrzahl in einen Kampf auf Tod und Leben hineingezogen zu werden, um Serbien vor der verdienten Strafe zu bewahren — ein Land, von dessen Existenz neun Zehntel der Bewohner Frankreichs nur die alleroberflächlichste Ahnung haben? Ist es nicht augenscheinlich, daß die Nation als solche ein willenloses Werkzeug in den Händen einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Advokaten war? Und vollends erst Italien! Es ist für niemanden mehr ein Geheimnis, welches Druckes von außen es bedurfte, um selbst für ein als ebenso gefahrlos wie gewinnreich geschildertes Abenteuer die Massen mitzureißen, deren Leidenschaften durch die unablässige Arbeit tarifmäßig bezahlter Schreier entflammt werden mußten. Jeder Abgeordnete, der gewagt hätte, der Stimme der Vernunft Geltung verschaffen zu wollen, hätte dies nicht ohne Lebensgefahr zu tun vermocht.

Quidquid delirand reges, plectuntur Achivi hieß es in früheren Zeiten. Jetzt ist in Frankreich wie in Italien das Selbstbestimmungsrecht der Nation gewahrt, durch allgemeines und geheimes Wahlrecht, durch Gesetze über Ministerverantwortlichkeit, durch ein ultraparlamentarisches Regime, welches es der Kammermajorität anheimstellt, jederzeit einem mißliebigen Kabinett in fünf Minuten das Lebenslicht auszublafen. Und was ist das Resultat? Der Krieg, den im Jahre 1870 das Kabinett Divier-Gramont im Interesse eines wankenden Prästentums unternahm, war — obgleich mit seltener Ungeschicklichkeit inszeniert — sachlich gerechtfertigter als die willenlose Heeresfolge, die Frankreich im August 1914 seinem Alliierten in einer ihm ganz fernliegenden Frage leistete. Vox populi — vox Dei, sagt ein alter Spruch, aber leider hat sich in der Praxis bisher noch kaum ein Mittel gefunden, die un-er-

fälschte Willensäußerung der Vox populi kennen zu lernen und ihr Geltung zu verschaffen.

Wie wenig eine auch noch so radikale Verfassung hierzu geeignet ist — gleichviel ob mit oder ohne erbliches Staatsoberhaupt — beweisen die eben angeführten Beispiele; beweist der hartnäckige Widerstand der Ententeregierungen gegen die Beschickung der Stockholmer Konferenz. Welche Flut von Angriffen gegen das autokratische mittelalterliche Regierungssystem der Mittelmächte wäre seitens der Entente ergangen, hätten diese eine freie Meinungsäußerung, wie sie in Stockholm geplant war, mit einem Interdikte belegt?

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Herbeiführung eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens der Herzenswunsch des erhabenen Trägers der Krone ist, und in ebenso klaren wie eindringlichen Worten hat Graf Czernin die weitere Fortsetzung des Krieges als „zwecklos“ bezeichnet. Daß er mit diesen Worten der Ueberzeugung, welche in den Herzen der Bevölkerung der gesamten Monarchie wurzelt, Ausdruck gegeben hat, kann keinem Zweifel unterliegen; kaum minder zweifelhaft aber ist es, daß er gleichzeitig auch im Namen von Millionen unserer Gegner gesprochen hat, die, stumm und in ihr Schicksal ergeben, im Dienste eines völlig aussichtslosen Unternehmens täglich neuen Gefahren und Entbehrungen die Stirne bieten.

Gibt es unter den alliierten Regierungen eine einzige, die den Mut hätte, der eigenen Bevölkerung in einem Plebiszite die nachstehenden beiden Fragen vorzulegen:

1. Soll der Krieg bis zur völligen Niederwerfung des Gegners fortgesetzt werden?

2. Erscheint es wünschenswert zur Anbahnung eines gerechten, nach Möglichkeit alle Teile befriedigenden Friedens mit dem Gegner entweder direkt oder unter Dazwischenkunft einer neutralen Macht in Unterhandlungen zu treten?

Kann auch nur der geringste Zweifel darüber bestehen, daß in dem großen Völkerkonglomerat, aus dem die Entente besteht — eventuell mit der alleinigen Ausnahme Englands, obwohl auch dies keineswegs feststeht — sich eine erdrückende Majorität für Bejahung der zweiten Frage vorfinden würde? Aber eben deshalb werden die Machthaber an der Seine, dem Tiber, der Themse und der Newa sich hüten, einen derartigen Appell an die großen Massen zu richten. In welchem Lager aber ist unter diesen Umständen — muß jeder objektiv Denkende sich fragen — der wahrhaft volkstümliche und demokratische Geist in der Politik zu finden — bei uns oder bei der Entente?



17/IX. 1917

110

## Proklamierung Rußlands als Republik.

Petersburg, 16. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die vorläufige Regierung hat folgende amtliche Kundgebung erlassen:

Die Rebellion des Generals Kornikow ist unterdrückt, aber die Verwirrung, die sie in die Reihen der Armee und in das Land getragen hat, ist groß. Von neuem bedroht eine tödliche Gefahr das Vaterland und seine Freiheit. In der Erwägung, daß es notwendig ist, die politische Regierungsform des Landes festzulegen und in Ansehung der einmütigen und begeisterten Sympathie für den republikanischen Gedanken, der so klar auf der Moskauer Staatskonferenz zum Ausdruck kam, erklärt die vorläufige Regierung, daß die politische Form Rußlands die republikanische ist und proklamiert Rußland als republikanischen Staat.

Die dringende Notwendigkeit, entscheidende Maßnahmen ohne Verzug zu ergreifen, um die erschütterte Staatsregierung wieder herzustellen, bewog die vorläufige Regierung, ihre gesamte Macht fünf Ministern mit dem Präsidenten des Ministerrates an der Spitze zu übertragen. Die vorläufige Regierung setzt sich als Hauptaufgaben die Wiederherstellung der Ordnung im Staat und die Erneuerung der Kampffähigkeit der Armee. In der Ueberzeugung, daß nur die Zusammenfassung aller lebendigen Kräfte des Landes das Vaterland aus der peinlichen Lage zu ziehen vermag, in der es sich befindet, wird die Regierung bestrebt sein, sich zu vervollständigen, indem sie in ihre Reihen Vertreter aller Elemente zieht, die die ewigen und allgemeinen Interessen des Vaterlandes über die zufälligen Privat-, Partei- oder Staatsinteressen setzen. Die vorläufige Regierung ist sich dessen gewiß, daß es ihr in aller nächster Zeit gelingen wird, ihre Aufgabe vollkommen durchzuführen.



17. IX. 1917

### Verwerfung der Friedensentschließung des Sowjet.

Einberufung einer demokratischen Konferenz.

Petersburg, 15. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die, wie bereits gemeldet, gestern vom Arbeiter- und Soldatenrat mit 279 gegen 115 Stimmen angenommene Maximalistische Resolution erzielte diese Mehrheit nur infolge der Abwesenheit der meisten Soldatendelegierten. Infolgedessen trat der Arbeiter- und Soldatenrat zu einer neuerlichen Sitzung zusammen, die diesmal vollzählig besetzt war, und verwarf mit erdrückender Mehrheit die maximalistische Resolution, wogegen folgende minimalistische Resolution angenommen wurde:

Die tragische Lage des Landes macht die Bildung einer starken und von jedem Kompromiß mit gegenrevolutionären bürgerlichen Elementen freien revolutionären Gewalt zur Notwendigkeit. Deshalb hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen:

1. Sofort eine allgemeine Konferenz der Vertreter der gesamten organisierten Demokratie zur Lösung der Frage einer Verfassung einzuberufen, die das Land bis zur verfassunggebenden Versammlung führen kann.
  2. Bis zur Einberufung der genannten Konferenz bleibt die gegenwärtige Regierung im Amte, indem sie in engere Verbindung mit der revolutionären Demokratie arbeitet, die aufgefordert wird, der Regierung nachdrückliche Unterstützung zu leisten.
  3. Die Regierung muß, indem sie Ordnungsmassnahmen ergreift, in engem Einvernehmen mit dem revolutionären Sicherheitskomitee vorgehen.
  4. Die demokratischen Bevölkerungsklassen werden aufgefordert, geduldig die Entschliessungen der genannten demokratischen Konferenz abzuwarten und sich jedes willkürlichen und ungesetzmäßigen Vorgehens zu enthalten.
- Am Schlusse der Sitzung teilte der Vorsitzende Bescheid mit, daß die betreffende demokratische Konferenz längstens am 26. September in Petersburg stattfinden werde.

### Die beseitigte Entschließung des Sowjet.

Petersburg, 14. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In einer in der letzten Nacht in Petersburg zusammengetretenen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde mit 279 gegen 115 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es für seine Pflicht, zu erklären, daß in Zukunft nicht nur jede Nacht der Bourgeoisie und der Kadetten, deren Teilnahme an dem Zerstörungswerk Kornilows außer Frage steht, beseitigt werden müsse, sondern daß auch jede Politik einer unverantwortlichen Koalition endgültig aufzugeben ist, um zu verhindern, daß der militärische Oberbefehl und die Regierungsgewalt wieder zum Hebel einer gegenrevolutionären Verschwörung gemacht werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß der alleinige Ausweg aus der gegenwärtigen unheilvollen Lage die Schaffung einer Gewalt wäre, die aus Vertretern des revolutionären Proletariats und der Bauernschaft zusammengesetzt ist, deren Tätigkeit auf folgenden Grundsätzen beruhen müßte:

1. Verkündung der demokratischen Republik.
2. Sofortige, durch kein Rückkaufsrecht beschränkte Übergabe aller den Grundeigentümern gehörenden Ländereien an die Bauernauschüsse bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung.
3. Einführung einer Arbeiterkontrolle über die industrielle Produktion und über die Verteilung der Erzeugnisse, Verstaatlichung aller wichtigen Industriezweige wie der Naphthaerzeugung, der metallurgischen und der Kohlenproduktion, durchgreifende Besteuerung der Großkapitalien und Vermögen und Einziehung der Kriegsgewinne, um das Land aus der wirtschaftlichen Desorganisation zu befreien.
4. Richtigerklärung aller Geheimverträge und sofortiger Vorschlag eines allgemeinen, demokratischen Friedens an alle kriegsführenden Länder.
5. Gleichzeitig sollen sofort folgende Massnahmen angeordnet werden:

1. Aufhebung aller Unterdrückungen gegen die Arbeiterklassen und -einrichtungen, Abschaffung der Todesstrafe an der Front, Wiederherstellung der absoluten Freiheit der politischen Propaganda, und zwar für alle demokratischen und militärischen Organisationen, Entfernung aller gegenrevolutionären Elemente aus dem Armeekommando;
2. das Recht der örtlichen Verbände, Kommissare zu wählen;
3. Verkündung des Rechtes der Nationen, über ihr politisches Leben zu bestimmen, das heißt volle Befriedigung aller Forderungen Finnlands und der Ukraine;
4. Auflösung der Duma und des Reichsrats und sofortige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung;
5. Abschaffung der Vorrechte der sozialen Klassen und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze.

### Ein Tagesbefehl Kerenskis an Armee und Flotte.

Petersburg, 15. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Generallissimus Kerenski hat an die Armee und die Flotte einen Tagesbefehl gerichtet, in dem er feststellt, daß die Revolte Kornilows das normale Leben an der Front desorganisiert habe, und unter anderm folgendes befehlt:

1. Alle politischen Kämpfe innerhalb der Armee einzustellen und mit allen Mitteln auf die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee bedacht zu sein;
2. die Truppenbeförderungen gemäß den Befehlen der obersten Heeresleitung wieder aufzunehmen;
3. die Bechastungen der Kommandanten einzustellen, welches Recht nur der gerichtlichen Behörde und der Staatsanwaltschaft zustehe;
4. die Kommandanten nicht abzusetzen;
5. nicht aus eigenem Antrieb Abteilungen zu bilden, unter dem Vorwande, die gegenrevolutionäre Bewegung zu bekämpfen.

Der Tagesbefehl schließt mit dem Ausdruck der Zuerstflucht, daß die Armee, die während der Wirren ihre Treue und ihr vollständiges Vertrauen zur vorläufigen Regierung gezeigt habe, einsehen werde, daß das Vaterland nur durch die Wiederherstellung der Mannszucht in der Armee und der unigen Eintracht aller ihrer Abteilungen gerettet werden könne.



## Bayern im vierten Kriegsherbst.

München, 14. Sept. Ende dieses Monats tritt der bayrische Landtag wieder zusammen. Denn verfassungsgemäß muß den Volksvertretern vor dem 1. Oktober der Voranschlag des Staatshaushalts für 1918 und 1919 mitgeteilt werden. Erfreulich wird dessen Aussehen den Zeitumständen entsprechend gerade nicht sein. Da nicht nur die Pensionen, sondern in Anbetracht der jetzigen Lebensmittelpreise auch die Beamtengehälter stark anwachsen, während sich höhere Einnahmen nur ausnahmsweise, so beispielsweise aus den Staatsforsten, ergaben, so muß mit einem erschreckend hohen Fehlbetrag gerechnet werden. Daß die Tagung dazu benutzt werden wird, einiges von dem, was jüngst in Reichstagskreisen vor sich ging, auch auf bayrische Verhältnisse zu übertragen, ist mindestens recht wahrscheinlich. Von einer Reform der dem preussischen Herrenhause entsprechenden Ersten oder Reichsratskammer ist seit Jahren die Rede gewesen. Ernstliche Einwände gegen die meist recht segensreiche praktische Betätigung dieser in ihren Formen merkwürdig altertümlichen Körperschaft sind allerdings niemals erhoben worden. Man nahm vorwiegend Anstoß an ihrer Zusammensetzung aus erblichen Mitgliedern (den Nachkommen der alten Dynastengeschlechter) und aus vom König auf Lebenszeit ernannten Vertrauensmännern. Im Gegensatz zur Landwirtschaft kamen dabei Industrie, Handel und Gewerbe ein wenig zu kurz. An eine auf die Befetzung der Ministerstellen sich erstreckende Erweiterung der Rechte unserer Volksvertreter kann wohl um so weniger gedacht werden, als das zurzeit amtierende Ministerium Hertling, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich den Wünschen der Zentrumsmehrheit des Landtags entsprossen ist. Von wirtschaftlichen Fragen, mit denen sich der Landtag beschäftigen wird, stehen die Lebensmittelpreise und der Wucher in erster Linie. Denn so stark auch gerade jetzt zur Zeit der Kohlennot das Verlangen ist, durch Ausbau der Wasserkräfte die Lebensfähigkeit der bayrischen Industrie zu fördern, so kommt Derartiges praktisch doch erst nach dem Friedensschluß in Betracht. Der unbedingte, entschlossene Wille zum Durchhalten ist ja in Bayern niemals ernstlich in Frage gestellt worden, was nicht ausschließt, daß die im allgemeinen recht gute Ernte die Stimmung denn doch recht wesentlich verbessert hat. Leider entsprechen dem Ertragnis der Ernte durchaus nicht die im Vergleich zu andern Ländern vielleicht nicht übermäßig hohen, aber doch jedenfalls sehr stark gestiegenen Preise. Wenn eine hiesige Zeitung berechnete, daß eine vierköpfige Arbeiterfamilie für die jetzt rationierten Lebensmittel im Juni 1914 69,66 M., im Juni 1917 dagegen 107 M., das ist 54 Prozent mehr, habe ausgeben müssen, so reicht dies natürlich nicht annähernd an die Preissteigerung alles dessen heran, was nicht rationiert ist. Die Klage, daß durch den Fremdenverkehr und durch das Hamstern der Fremden die Preistreiberei verstärkt werde, hat bekanntlich zu verschiedenen auf eine Einschränkung der Sommerfrischlerei abzielenden Versuchen geführt. Daß diese Maßnahmen im allgemeinen Erfolg gehabt hätten, kann füglich kaum behauptet werden. Eine Unannehmlichkeit ist das Reisen ganz gewiß nicht, wenn jedes der den preussischen Kreisen entsprechenden bayrischen Bezirksämter sich durch Verordnungen abschließt, wenn beispielsweise die Brotkarten Münchens nicht einmal im benachbarten Starnberg gelten, wenn auf Reichsbrotmarken Zuschläge bezahlt werden müssen, wenn München dem Fremden 75g, Starnberg aber bloß 25g Fett wöchentlich bewilligt und was dergleichen mehr ist. Trotz alledem war im verfloßenen Sommer der Fremdenverkehr namentlich in den unsern Großstädten benachbarten Gegenden derartig rege, daß dort von Hamstern ganz gewiß nicht mehr die Rede sein konnte. Unausgehamstert blieben nur die jeglichen landschaftlichen Reizes entbehrenden Bezirke, wo die Bauern und die von ihnen verwandten Kriegsgefangenen auch heute noch reichlich, bisweilen überreichlich verkostigt werden. Auffallend billig ist in Bayern, wenn man das übrige Deutschland zum Vergleich heranzieht, auch heute noch das Bier. Zum Entgelt hat man mit Knappheit und mit einer Verdünnung zu rechnen, die kaum noch gesteigert werden könnte. Die Brauereien erzielen trotz allem einen hohen Verdienst, aber es lastet auf ihnen der Druck zweier von Reich wegen drohender Gefahren, nämlich einer Zusammenlegung der Betriebe und einer weiteren Herabsetzung des Brauontingents.



18. IX. 1917

\* Aus der Presse der Wahrsagerinnen. Herr Erich von Schrötter (3. Bezirk, Löwengasse Nr. 2) schreibt uns: „Sehr geehrte Schriftleitung! Das N. W. Journal brachte vor einigen Tagen die Nachricht, daß in einem Kloster in Wismar in Mecklenburg eine Prophezeiung aufgefunden wurde, die das Ende des Weltkrieges auf Weihnachten dieses Jahres festsetzte. Auch der Wortlaut war genau angeführt und es klappte alles vortrefflich. Leider erhielt ich auf meine Anfrage beim Herrn Bürgermeister von Wismar folgende Karte:

An der angeblichen Auffindung und Aufbewahrung einer Kriegs- und Friedensprophezeiung aus dem Jahre 1701 in hiesiger Stadt ist kein wahres Wort. Die ganze Sache ist erfunden.

Wismar, den 7. September 1917.“

(Die Presse der Wahrsagerinnen, Kartenausschlägerinnen und Wasserbeschauerinnen vermag ohne derartige Geschichten nicht durchzuhalten. Ihr Publikum bedarf solcher Kost, es „stellt sich an“ darum. Und da Israels Propheten seit zweitausend Jahren verstummt sind, weisagt ein Surrogat: der Schmod.)



18./IX. 1917

**Englische Friedensfühler.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 18. September.

Unter der Ueberschrift „Englische Friedensfühler“ schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: Die päpstliche Friedensnote und ihre Begleitumstände haben immer deutlicher erkennen lassen, daß der Vatikan keinen diplomatischen Schritt ins Aeere beabsichtigt oder getan hat, sondern daß es sich wirklich um einen Schritt der Friedensvorbereitung handelt. Von Anfang an ist die begründete Vermutung ausgesprochen worden, daß der Papst mit England in einer gewissen Fühlung stand. Die Korrespondenz weist dann auf die ungünstige militärische Lage Englands und die durch den militärischen Zusammenbruch Rußlands hervorgerufene Lage aller Alliierten hin. Unter diesen Umständen, heißt es weiter, wären die verantwortlichen Männer in England wahrscheinlich sehr zufrieden, wenn ihnen der Friedensengel die rettende Hand reichte.

Es ist in den letzten Tagen hier von dem Gerüchte die Rede gewesen, daß England über Deutschlands Stellung zur belgischen Frage habe sondieren lassen. Es läßt sich schwer feststellen, was daran wahr ist. Es scheint aber sicher zu sein, daß in den Kreisen der deutschen Regierung die belgische Frage in der letzten Zeit behandelt worden ist. Soviel man weiß, sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen worden, so daß also auch von einer indirekten Antwort (einer Erklärung des Desinteresses) auf den englischen Fühler nicht die Rede sein kann. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ wendet sich gegen die Möglichkeit, daß die Regierung erklärt oder erklären könnte, am Schicksal Belgiens kein Interesse zu haben. Es sei ganz selbstverständlich, daß das zukünftige Belgien nicht Gestalt gewinnen kann, ohne daß Deutschland dabei entscheidend mitgesprochen hat.



## Die Friedenshoffnung.

Die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote. — Deutschlands Entschliebung bezüglich Belgiens.

(Drahtbericht über „Reichspost“.)

Berlin, 18. September.

Die Veröffentlichung der Antwort, mit der die Mittelmächte die Friedensnote des Papstes erwidern, wird nächsten Sonntag gleichzeitig in Wien, Berlin und Rom erfolgen. Ueber die Richtung, in welcher sich die Antwort bewegt, kann nach den bisherigen sympathievollen deutschen und österreich-ungarischen Kundgebungen in bezug auf den Friedensschritt Benedikts XV. kein Zweifel sein.

Wie Abg. Erzberger in Dieberach mitteilte, ist die Note der Mittelmächte an den Papst am letzten Marienfeiertag in Wien und München den päpstlichen Nuntiaturen überreicht worden und geht durch besonderen Kurier nach Rom. Abg. Erzberger sagte: „Wir gehen mit großen Schritten einem gerechten, dauerhaften Frieden entgegen.“ — Unrichtig ist, daß Staatssekretär Rühlmann selbst die Antwortnote dem Nuntius überreicht habe.

Daß in Berlin eine Anfrage Englands vorliege, die sich auf den Frieden bezieht, kann nicht mehr bezweifelt werden. Bestimmte auftretende Darstellungen behaupten, die Anfrage, die sich auf Belgien beziehe, werde von der deutschen Regierung mit der Erklärung beantwortet werden, an diesem Bande nicht interessiert zu sein.

Wie ich an zuständiger Stelle erfahre, sind die Entschliebungen der Reichsleitung über Belgien noch nicht abgeschlossen.

## Die Friedenshoffnung der Schweiz.

Bern, 17. September. (Schweiz. Dep.-Ag.)

Die außerordentliche Session der Bundesversammlung wurde Montag um 3 Uhr nachmittags eröffnet. Der Präsident des Nationalrates Dr. Büeler eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er in sympathischen Worten der Friedensnote des Papstes gedachte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß ein baldiger Friede dem großen Völkerverheeren ein Ende machen werde.

Bei der Behandlung der Fragen der internierten Kriegsgefangenen machte Bundesrat Ador die Mitteilung, daß ein Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland über den direkten Austausch von Kriegsgefangenen bald dem Abschluß nahe sei und daß voraussichtlich in einer demnächst in Bern stattfindenden Konferenz von Vertretern beider Staaten die letzten Schwierigkeiten werden behoben werden können.



18. IX. 1917

### Die Teuerung in England.

Angaben in aufgefundenen Briefen.

AB Berlin, 18. September.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Ueber die Entwertung des englischen Geldes geben folgende Stellen aus erbeuteten Briefen Aufschluß: „Die Mieter streifen, ebenso die Menniger. Die Bohrer in Gorland waren drei Tage arbeitslos, da sie nur Friedenslöhne bekommen und alle Sachen den vierfachen Preis kosten. Ein Pfund hat jetzt den Wert von ungefähr acht Schilling.“

Ebenso schreibt man am 20. Juni aus Nelson: „Die Preise für Lebensmittel sind schrecklich. Ein Pfund hat nur den Wert von acht Schilling und vier Pence. So kannst du dir denken, was für einen Kampf ums Dasein wir kämpfen.“

Noch schlimmer scheint es in Irland zu sein. Ein Brief aus Cork vom 8. August klagt: „Die Preise für alle Sachen sind ganz unnatürlich. Ein Pfund reicht nicht weiter, als fünf Schilling. Als nach der Kirchenparade die Musik die Königshymne spielte, sang kein Mensch mit. Dies mag dir eine Vorstellung von Irland geben. Die Sinnfeiner sind alle in Aufruhr. Ich würde mich nicht wundern, wenn es einen neuen Aufruhr gäbe.“



### Die belgische Frage.

Berlin, 19. September. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)  
Der Berliner Vertreter der „Badischen Landeszeitung“  
bringt seinem Blatt: Von gut unterrichteter Seite erfahre  
ich folgendes: Heute schon kennt der Papst offiziös und  
kennt somit auch England die fünf Voraussetzungen,  
die für uns hinsichtlich der belgischen Frage gelten:

1. Die Selbständigkeit des belgischen Staates  
und Wiedergutmachung der Kriegsschäden.
2. Die strengste Verpflichtung Belgiens zur Neu-  
tralität bei Abschluß von Verträgen.
3. Gewährleistung, daß Deutschland eine Be-  
drohung nicht wie im Jahre 1914 erwachsen kann.
4. Aufrechterhaltung der flämischen und wallo-  
nischen Verwaltungstrennung.
5. Freies Ausübungsrecht des deutschen wirtschaf-  
lichen Verkehrs in Belgien und besonders in Ant-  
werpen.

Auf die Krönungsfrage wird nicht eingegangen,  
weil sie mit zu den internen belgischen Fragen gehört  
und weil Deutschland bereit ist, mit jedem Faktor zu ver-  
handeln, der sich mit seinen Voraussetzungen für die Neutrali-  
tät des Landes für einverstanden erklärt.



Albrundt  
19. IX. 1917

121

## Ausbreitung der Unruhen in Italien.

### Kriegszustand in Genua, Turin und Alessandria.

A. Lugano, 18. September. Der Agenzia Stefani zufolge wurden Genua, Alessandria und Turin als Kriegszone erklärt.

Private, vorläufig unkontrollierbare Nachrichten melden eine weiterreichende Ausdehnung der Unruhen und politischen Streiks.

S. S. Zürich, 18. September. Nach einem Berichte von der italienischen Grenze sind die Unruhen, die von Turin, Mailand und auch im Süden des Landes andauern, nicht nur durch die schlechte Lebensmittelversorgung veranlaßt, sondern haben auch hochpolitischen Charakter. Der pazifistische Einschlag der Unruhen sei unverkennbar und werde auch von den italienischen Blättern indirekt zugestanden, indem diese die Regierung neuerlich in der ernstesten Form auf die Gefahren der Friedensheker aufmerksam machen. In Süditalien scheint ein Teil der Bauerschaft in die Bewegung mitgerissen zu sein.

Wenn auch die letzten Nachrichten schweizerischer Blätter über das Ausmaß der Unruhen nicht bestätigt erscheinen, so ist die Stimmung in Italien immerhin ernst genug, um der Regierung und der Dynastie ernste Sorge zu bereiten.

### Straßenkämpfe in Mailand.

Gr. Berlin, 19. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Lugano: Nach den jüngsten Meldungen, die über die Grenze gelangt sind, herrscht in Mailand offene Revolution. Es finden ununterbrochen Straßenkämpfe statt, wobei es viele Tote und Verwundete gibt. Auch in den Industriebezirken in der Nähe Mailands sind Unruhen ausgebrochen. In Turin dauert die Aufstandsbewegung fort.



19./IX. 1917

# Die neue Gestaltung in Ostasien.

## Zu den Verhandlungen zwischen der Union und Japan.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Im fernen Osten fordert die allgemeine Lage, die wieder eine Folge des europäischen Krieges ist, Tokio geradezu auf, seinen Vorteil mit rücksichtsloser Kraft zu wahren. Denn was das Reich der aufgehenden Sonne durch Waffengewalt einst nicht erreichen konnte, das fällt ihm gleichsam nun in den Schoß, wenn es ohne Sentimentalität und einzig auf seinen Vorteil bedacht, die Notlage der europäischen Mächte ausnützt, und wann wäre Japan je sentimental gewesen!

Staunenswert sind die Erfolge der ostasiatischen Großmacht in Sibirien, den Küstenprovinzen und der Mandschurei. Wenn wiederholt Nachrichten nach Europa gelangten, als wenn Japan auf russischem Gebiet vollkommen Herr sei, so scheinen sie sich nunmehr zu bestätigen, sogar Wladiwostok ist so gut wie in japanischem Besitz. Arbeitskolonnen in der Stärke von drei Brigaden haben in den Küstenprovinzen nördlich von der genannten russischen Festung eine Kette von Befestigungen ausgeführt, zu denen selbst russischen Offizieren der Zugang versagt ist. In der Mandschurei aber arbeiten die Japaner in der Richtung auf *Charbin*, also auf russischem Einflußgebiet, sich immer weiter vor, der Bahnlinie entlang. Die gesamten Streitkräfte, welche man auf russisches Gebiet vorgeschoben hat, werden auf etwa 20.000 Mann geschätzt, drahtlose Stationen verbinden diese Truppen mit Tokio. Nicht minder ist Kirin, der Schlüssel der südöstlichen Mandschurei, durch eine Kette von Feldbahnen bedroht. Fassen wir zusammen, so bedeutet das Vorgehen Japans hier nichts geringeres als die Ausschaltung Rußlands aus Ostasien. Denn das schmale Gebiet zwischen Wladiwostok und der Amurmündung allein sicherte dem einstigen Zarenreich noch eine gewisse Bedeutung für Ostasien, die für Japan schon um dessentwillen höchst unbequem war, weil diese Landstrecken, gerade den Küsten des Mutterlandes gegenüber, immer eine Bedrohung für das Mikadoreich bildeten. Wie die übrigen Mächte Rußland wirtschaftlich ausbeuten, so tut Japan es politisch; merkwürdig ist allerdings diese auffällige Schwentung der japanischen Diplomatie gegenüber dem Nachbarn, mit dem es vor dem Kriege sich freundschaftlich zu stellen versuchte; aber wenn wir einen Schluß aus dem Vorgehen Tokios gegen Rußland ziehen dürfen, ist es wohl der, daß man dort, wo man erfahrungsgemäß gut unterrichtet ist, Rußland für die nächsten Jahrzehnte als einen ernst zu nehmenden Feind nicht mehr einschätzt, dessen Freundschaft oder Feindschaft daher ziemlich gleichgültig ist.

Viel ernster als Japan ist dagegen Amerika jetzt zu nehmen. Es wird in absehbarer Zeit als Militärmacht dastehen und zweifellos eine dementsprechend gesteigerte politische Tätigkeit überall, wo sich seine Einflußsphären befinden, entfalten. Also auch in Ostasien, vor allem in China und auf dem Großen Ozean. Diese Erkenntnis hat in Tokio wohl den Wunsch zu neuen Verhandlungen gezeitigt, welche augenblicklich in Washington stattfinden. Unter der Führung des Barons *Ishi* hat sich diese Mission nach den Vereinigten Staaten begeben; daß es sich hauptsächlich um militärische Fragen handelt, geht schon aus dem Umstande hervor, daß die Kommission in der Hauptsache aus Militärs besteht. Der tiefere Grund für die Verhandlungen sind natürlich die Gegensätze zwischen der Union und dem Mikadoreich. Man darf den Berichten der holländischen Presse wohl glauben schenken, monach die Arbeiten der japanisch-

amerikanischen Kommission sich auf China, die Mandschurei und Sibirien erstrecken. Hier soll die Union überall den Status, wie ihn der Krieg geschaffen, voll anerkennen, also auch die Besetzung Schantung und Kiautschau! Bezüglich der Einführung japanischer und amerikanischer Waren in diese Gebiete soll ein besonderes Abkommen getroffen werden. Dafür wird das Mikadoreich all seine Ansprüche mit Bezug auf die Einwandererfrage in Kalifornien fallen lassen. Selbst von einem militärischen Bündnis ist die Rede, und wenn man den Worten, die Baron *Ishi* auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett in Amerika gesprochen, glauben dürfte, dann wären alle Streitigkeiten zwischen Tokio und Washington Kleinigkeiten.

Faßt man den Kern der japanisch-amerikanischen Verhandlungen ins Auge, so bedeuten sie einen weiteren gewaltigen Kraftzuwachs der aufstrebenden Großmacht Japan. Demgegenüber wäre der Verzicht auf Kalifornien nichts, Japans vornehmstes Ziel ist im Augenblick Ostasien, wo allerdings die Wurzeln seiner Kraft liegen. Wenn die Union hier vereint mit Japan Rußlands Ansprüche und tatsächlichen Rechte einfach zu den Akten legt, so beweist das, wie hoffnungslos von beiden Mächten die militärische Lage des Riesenreiches angesehen wird. Somit scheidet für Japan jeder Konkurrent in Ostasien aus und es ist ohne Nebenbuhler. Das Mikadoreich scheint damit die erste Etappe seines zäh und energisch erstrebten Zieles voll erreicht zu haben. „Ostasien den Asiaten!“

Eine wirkliche gelbe Gefahr zieht ohne Frage im Osten Asiens heran; noch niemals sind die Interessen der weißen Rasse dort so hintangeseht worden wie heute. Amerika läuft Wahngelassen nach, während die japanische Politik von kühlem und realen Machtstreben nach dem, was zunächst möglich, geleitet ist. Die Fehlrechnung der Entente wird um einen neuen Fehlschluß bereichert und wiederum wird den Schaden die europäische Kultur zu tragen haben.



20. IX. 1917

## Die Wirren in Rußland.

### Rücktritt des Präsidiums des Arbeiter- und Soldatenrates.

#### Die Maximalisten in der Majorität.

S. Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Ungefihts des von der Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates angenommenen Beschlusses der Maximalisten, der die Forderung aufstellt, daß die Gewalt von den Räten übernommen werde, ist das gesamte Bureau des Arbeiter- und Soldatenrates zurückgetreten, nämlich Tschidze, der stellvertretende Vorsitzende Wissimow, Gokdad (?), Stobelew, Tseretelli und Tschernow. Die Neuwahl des Bureaus wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

### Demission der Minister Stobelew, Assentjew und Jarudny.

S. Petersburg, 18. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung hat die Demission der Minister Assentjew und Stobelew angenommen.

S. Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung hat die Demission des Justizministers Jarudny angenommen.

### Ein maximalistischer Vizebürgermeister in Petersburg.

S. Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Unter den drei soeben gewählten Vizebürgermeistern von Petersburg befindet sich der maximalistische Sozialdemokrat Lunatscharsky.

### Die Arbeiter- und Soldatenräte als Parlamentersatz.

Gr. Berlin, 19. September. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der Stockholmer Korrespondent der „Bosnischen Zeitung“ erfährt aus Petersburg: Die russische Regierung wird nach Auflösung der vierten Duma eine Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte als Abgeordnete anerkennen. Mit dieser neuen Volksvertretung wird die russische Regierung weiterarbeiten.

### Die Kosaken fordern die Aufhebung des Haftbefehles gegen Kaledin.

S. Petersburg, 19. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf die gegen General Kaledin erhobene Anklage hin, eine Bewegung gegen die Regierung eingeleitet zu haben, fand in Nowotscherlask, der Hauptstadt des Donkosakengebietes, eine außerordentliche Sitzung der Vollzugsorgane der Donkosaken statt. Diese erörterten die Absetzung Kaledins, der sich gegen jede revolutionäre Bewegung gewandt habe, und erklärten, daß die Gerüchte von einer solchen Bewegung Kaledins aus trüben Quellen herrührten. Sie forderten die Regierung auf, den Haftbefehl gegen Kaledin zu widerrufen und teilten dem Militärbefehlshaber des Moskaucr Bezirkes, der mit der Unterdrückung der Bewegung der Kosaken beauftragt worden war, mit, daß die Truppen vom Don niemals aufgehört hätten, dem Vaterlande und der gesetzmäßigen Regierung treu zu sein. Außerdem erhoben sie Einspruch gegen die Gerüchte, die Donkosaken hätten die Absicht, Moskau von der Douprovinz mit ihren Getreide- und Kohlevorräten abzuschneiden.

Der Truppenbefehlshaber von Moskau ordnete an, alle feindseligen Handlungen gegen die Kosaken einzustellen. Eine Abordnung der demokratischen Volksverbände von Moskau begibt sich nach Nowotscherlask, um an Ort und Stelle die Meldungen über diese Bewegung zu prüfen.

Eine Versammlung von Offizieren der Garnison von Nowotscherlask forderte ebenfalls, daß die Verhaftung Kaledins widerrufen werde, da die Verächtlichmachung des Wert von Spikeln sei.

So wird der Kosakenzwischenfall in nächster Zeit in befriedigender Weise beigelegt werden können.



### Belgien.

In der reichsdeutschen Presse wird seit einigen Tagen um Belgien gekämpft, mit einem Eifer und einer Erbitterung, die darauf schließen läßt, daß eine Entscheidung an maßgebender Stelle gesucht wird, wenn sie nicht schon gefallen ist. Ganz Deutschland scheint in zwei Lager geteilt, dasjenige der Annexionisten, das Belgien entweder ganz anneklieren oder doch in irgendeiner politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Deutschen Reich erhalten will, und in das der Antiannexionisten, die Belgien entweder bedingungslos oder gegen Wiedererwerb der deutschen Kolonien herausgeben wollen. Die Annexionisten sind es diesmal, die Lärm schlagen, und um ihn zu rechtfertigen, behaupten sie, daß die deutsche Regierung — die einen sagen, in der bevorstehenden Antwort auf die päpstliche Friedensnote, die andern sagen, auf eine vertrauliche Anfrage von englischer Seite — auf Belgien zu verzichten, oder, wie der Ausdruck lautet, sich für Belgien zu desinteressieren erklärt habe — was aber die Antiannexionisten, denen die Diskussion offenbar nicht paßt, bestreiten. Immerhin, wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Und wenn man neben der Belgien-Diskussion die nicht zur Ruhe kommende Protestbewegung gegen Wilson betrachtet, muß man wohl sagen, daß in Deutschland gegenwärtig, soweit man es

nach den öffentlichen Äußerungen beurteilen kann, viel Rauch ist.

Schon diese Rollenverteilung läßt darauf schließen, daß die Annexionisten in der belgischen Frage in die Defensive geraten sind. Im ersten und auch noch im zweiten Kriegsjahre war das Kräfteverhältnis der beiden Lager, in die Deutschland sich geschieden hat, das umgekehrte. Belgien stand vom Anfang des Krieges an im Mittelpunkt aller Kriegserörterungen, sowohl aller Erörterungen über die Schuld am Ausbruch des Krieges wie über die Kriegsziele. Die Verletzung der Neutralität Belgiens lieferte den Engländern die Begründung für ihren Eintritt in den Krieg, und jede der Nationen, die Deutschland später den Krieg erklärt haben, hat den Schutz der Neutralität Belgiens sowie der internationalen Verträge überhaupt als eine der idealen Triebfedern ihres Handelns hingestellt. So hat Belgien den Anstoß zur maßlosen räumlichen und damit auch zeitlichen Ausdehnung des Krieges gegeben. Ein Weltkrieg ist er eigentlich erst durch Belgien geworden. Mit Belgien fing auch die ganze Greuelliteratur an, die so viel schlechte Stimmung gegen Deutschland in der ganzen Welt erregte. Die Reaktion in Deutschland blieb natürlich nicht aus. Je heftiger die Gegner Deutschlands Vorgehen gegen Belgien angriffen, desto lebhafter wurde es in Deutschland verteidigt. In der Hand der von der deutschen Regierung in Brüssel aufgefundenen Dokumente entgegnete man, Belgiens Neutralität sei gar nicht eigentlich verletzt worden, da Belgien selbst seine Neutralität schon vor dem Kriege preisgegeben habe. Das, folgerte man weiter, darf nicht wieder geschehen. So kam man unmerklich von der Frage der Kriegsschuld zu der der Kriegsziele, die eine wurde mit der anderen verquitt, und schließlich resolviert, daß Belgien annektiert werden oder mindestens unter deutscher Oberhoheit bleiben müsse.

Mit Belgien machten die Annexionspolitiker den Anfang, andere Gebiete im Westen und Osten bezogen sie nacheinander in ihre Annexionspläne ein. Aber Belgien blieb im Mittelpunkt, nicht nur der innerdeutschen, sondern auch der internationalen Erörterungen der Friedensbedingungen, als deren Kardinalpunkt die Engländer die Restituierung Belgiens hinstellten. Allerdings blieb es auch der scheinbar unüberbrückbare Gegensatz zwischen

Deutschland und England. Seit der russischen Revolution, die den Antrieb nicht nur zu der ganzen jetzigen Friedensdiskussion, sondern auch zur Erklarung der Demokratifizierungsbestrebungen in Deutschland gegeben hat, ist eine allmähliche Annäherung zu bemerken. Schon die Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 17. Juli d. J. sprach sich gegen „erzwungene Gebietsvererbungen, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Bergewolligungen“ aus, das war eine Paraphrase des Schlagwortes der russischen Revolution „keine Annexionen, keine Kriegskontributionen“, und eine Ablehnung der ganzen Annexions- und Gewaltpolitik. Aber nur prinzipiell. Und von den Prinzipien zu ihrer Anwendung ist in der Politik oft ein weiter Schritt. Falls die deutsche Regierung jetzt tatsächlich, wie die Annexionisten in Deutschland fürchten, Belgien freigeben sollte, wäre dieser Schritt geschehen. Mit Belgien fiel die ganze Annexionspolitik und wäre der Anfang zu einem Verständigungsfrieden gemacht. Die Majorität des deutschen Volkes hätte die Regierung, nach den publizistischen Anzeichen zu schließen, dabei hinter sich.



20. IX. 1917

— Die Aufnahme der Papstnote in Italien. Die von dem italienischen Jesuiten redigierte „Civiltà Cattolica“ widmet im Septemberheft einen Zeitungsartikel der von Benedikt XV. an die Häupter der kriegsführenden Mächte gerichteten Note. Der Papst sei diesmal ganz anders vorgegangen, als die Politiker erwartet hätten. Benedikt habe diesmal nicht zu den Völkern, sondern zu den Häuptern der Nationen ein praktisches, greifbares Wort in jener feierlichen Weise gesprochen, die dem Oberhaupt der katholischen Kirche eigen sei, und zwar in einem der kühlen und pedantischen heutigen Diplomatie ganz ungewohnten Tone. Diese Diplomatie wird sich dadurch nicht aus der Fassung bringen lassen: sie hat die päpstliche Note erwartet, vielleicht stillschweigend herbeigewünscht. Sie findet keinen Ausweg mehr, als die Berufung an eine Einmischung moralischer Art seitens einer höher stehenden Autorität, und damit an den Grundbegriff der Ehrlichkeit und der Religion, der Gerechtigkeit und des Rechts, den sie bisher nur zu oft zu ihrem eigenen Schaden in Schule und Presse in allen Kulturländern mit liberalem Regiment verleugnet hat. Die Note sei unparteiisch. Diese durch das ganze Altentum sich hindurchziehende Leidenschaftlosigkeit schloß jeden übereilten, abenteuerlichen Schritt aus, wie ihn gewisse Kritiker und „einige, durch die Kurzsichtigkeit ihres Nationalismus verblendeten Katholiken“ verlangten. Den bisherigen Schaden hätte man vermeiden können, wenn Völker und Regierungen der beiden Lager rechtzeitig dem Rufe des Papstes gefolgt wären. Dann auf die Hauptpunkte der Note eingehend, wendet sich die „Civiltà“ gegen Frankreich, das immer nur vom deutschen Militarismus und von dem unvermuteten Ueberfall rede, während seine Jakobinerregierung sich in schärfster religiöser Verfolgung erging und dadurch zum Nutzen des Gegners Verwirrung im eigenen Lager erzeugte.



20. IX. 1917

**Die Tschechen und die Papstnote.**

Brünn, 19. September. (Privat.)

Der tschechisch-agrarische Abg. Dr. Biskovsky hat kürzlich in einer in Labor abgehaltenen Versammlung bei Besprechung der Friedensnote des Papstes darauf verwiesen, daß darin das tschechische Volk nicht erwähnt sei, was darauf schließen lasse, daß der Papst den Forderungen der Tschechen feindlich gegenüber stehe. In einer Besprechung dieser Rede haben mehrere tschechische Organe der Papstnote die Antwortnote Wilsons gegenübergestellt, in der die Ansprüche sämtlicher kleiner Nationen voll anerkannt würden. Darauf antwortet nun das Brünner katholische Organ „Glas“ u. a.

Die ganze Welt weiß, wie Wilson und die amerikanische Regierung die amerikanischen Tschechen und die übrigen Nationen der Union mit Ausnahme der Engländer behandelt. In den Vereinigten Staaten haben die Tschechen mindestens 40 Niederlassungen gegründet, aber alle diese Orte sind heute entweder halb oder zur Gänze angliert oder eigentlich germanisiert, da ja das Englische auch eine germanische Sprache ist. Selbst die tschechischen Namen unserer Niederlassungen sind amtlich angliert, so z. B. muß auf den Akten geschrieben werden New Prague, Bilsen, Beselenbille, Olmitz u. a., die öffentlichen Schulen müssen englisch sein, ebenso wie die Amtssprache der Ortsämter ausschließlich englisch ist. Alle Rechte bei den Behörden und im öffentlichen Leben sind ausschließlich für die englische Sprache vorbehalten, obwohl doch die Engländer ebenso Einwanderer sind wie alle übrigen Nationen. Die autochthone Nation sind bloß die Indianer und gerade die haben in ihrer eigenen Heimat überhaupt keine Rechte! Die katholischen Tschechen in Amerika, die sonst volle Religionsfreiheit genießen, haben nach dem Willen des Heiligen Vaters in ihren Niederlassungen tschechische Kirchen und tschechische Schulen, in denen tschechisch gepredigt und gelehrt wird. Das sind fast die einzigen Orte, an denen die tschechische Sprache noch gepflegt wird, und wenn diese nicht wären, so wäre die halbe Million Tschechen schon längst angliert. Es gibt dort zwar eine große Anzahl von Vereinen, diese haben aber auf die Erhaltung der Nationalität wenig Einfluß, und es ist z. B. bekannt, daß bei den Feiern und Unterhaltungen des amerikanischen „Sokol“ die Jugend sich untereinander meistens in englischer Sprache unterhält!



## Amfassende Reformen in der Türkei.

Aus dem Rechenschaftsbericht der herrschenden jungtürkischen Partei.

Konstantinopel, 18. September. (Milli.)

Die Jahresversammlung der Partei für Einheit und Fortschritt wurde heute unter Vorsitz des Großveziers mit einer kurzen Ansprache desselben eröffnet, worin er darauf hinwies, daß die Jahresversammlungen der Partei bisher inmitten von Krisen aller Art abgehalten wurden, daß aber trotzdem die jeweils gefaßten Beschlüsse zum Geben des Landes beigetragen hatten. Der Großvezier sprach die Hoffnung aus, daß auch die Beratungen des gegenwärtigen Kongresses einen wichtigen Antriebs zum Wohle der Nation bedeuten werden. Hierauf verlas der Generalsekretär der Partei für Einheit und Fortschritt Midhat Schukri Bey den Jahresbericht, aus dem folgendes hervorzuheben ist:

„Es liegt auf der Hand, daß ein dreijähriger Krieg Entbehrungen für ein Land mit sich bringen muß, dessen soziale Organisation und Verkehrsmittel nicht ausgebaut waren. Diese Entbehrungen werden naturgemäß eine gewisse Bitterkeit in der Bevölkerung hervorrufen. Im Jahresbericht für 1916 haben wir gesagt, daß dieser Krieg für uns ein Kampf für die Emanzipation und Befreiung und eine Art Behebung politischer und wirtschaftlicher Mängel ist, die eine lange Vergangenheit in unserer nationalen Entwicklung angehäuft hat. Es ist demnach unsere Pflicht, unser Blut bis zum letzten Tropfen zu vergießen und, wenn dies nothwendig ist, mit einem unerschütterlichen Willen und einem Mut, würdig der großen geschichtlichen Nationen, zu tun. Die allgemeine Kriegslage gestaltet sich immer günstiger für die Gruppe unserer Verbündeten, was unsere Ueberzeugung stärkt, daß das Ende des Krieges unsere ursprünglichen Ziele und Vorzüge verwirklichen wird, und deshalb darf man unsere Anstrengungen, welchen Umfang sie auch annehmen mögen, nicht für übertrieben halten. Dank seiner Uebermacht und seiner weitgehenden Vorbereitungen vermochte der Feind auf einer über Tausende von Kilometern ausgedehnten Front in einige Teile unseres geheiligten Gebietes einzubringen. Aber die unerschütterliche Festigkeit und der Heroismus unserer Armeen gestatten uns die sichere Hoffnung, daß die Verluste demnächst werden wieder gutgemacht werden.“

Der Bericht geht hierauf zur Besprechung der russischen Revolution über und führt aus, daß auf den Trümmern des imperialistischen Zarismus eine revolutionäre Regierung begründet wurde, die die Ideen der Eroberung, welche ein Attentat auf unser Leben darstellte, aufgegeben zu haben schien, weshalb sie mit Sympathie aufgenommen wurde. Und da unsere Mächtegruppe an den Kriegen mit dem berechtigten Ziele, ihre natürlichen und nationalen Rechte zu verteidigen, teilnahm, war sie der Ansicht, daß gegenüber einer Regierung, welche diese Rechte respektiert, es unnütz sei, weiteres Blut zu vergießen. Sie hat demnach ihre menschenfreundliche Gesinnung dadurch bewiesen, daß sie sich zum Eintritte in Friedensverhandlungen bereit erklärte. Aber die englische Autokratie, deren Fundament auf einer Welt basiert, die nicht englisch ist, wußte die Russen von dem logischen Wege, den sie zu beschreiten sich vorgesetzt hatten, abzulenken, und unter menschenfreundlicher Vorschlag wurde mit Waffenlärm beantwortet. Der Umstand, daß unsere Feinde unter Anwendung von Bestechung und selbst von Druck die großen und kleinen benachbarten und entfernten Nationen gegen uns in den Krieg zu hetzen suchten, beweist zur Genüge, daß sie sich ohnmächtig fühlen, uns mit den Waffen zu bezwingen, weil ihre imposante Macht jener Einigkeit entbehrt, die im Schoße unserer Mächtegruppe vorhanden ist. Dank dieser Harmonie wurden die auf Grundlage der Reziprozität mit Deutschland abgeschlossenen Verträge im Deutschen Reichstag glänzend aufgenommen und ohne Debatte angenommen. Die Unterhandlungen mit Oesterreich-Ungarn bezüglich ähnlicher Verträge stehen nahe ihrem Abschluß. — Der Bericht fährt fort:

In logischer Durchführung des von unserer Mächtegruppe verfolgten Grundsatzes der gegenseitigen Hilfeleistung haben wir unsere Soldaten an die Fronten in Mazedonien, Rumänien und Rußland entsandt, wo sie bei der Vernichtung der russischen und rumänischen Armeen, bei der Einnahme von Bukarest und in Galizien trotz der ungünstigen klimatischen Verhältnisse unter ungewohnten Terrainschwierigkeiten wertvolle Dienste geleistet haben. — Der Bericht bespricht hierauf den Einfluß des Krieges auf die allgemeine Verpflegung und betont, daß es die gewonnenen Erfahrungen als notwendig erscheinen lassen, die gesamte Verpflegung der Armee und der Zivilbevölkerung in einer Hand zu vereinigen, zu welchem Ende die dem Kriegsministerium angegliederte allgemeine Verpflegungszentrale geschaffen wurde. In Erörterung der finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und Unterrichtsmaßnahmen hebt der Bericht hervor, daß die Bank für den nationalen Kredit mit einem im Lande aufgebrachtten Kapital von 4 Millionen und 40 Aktiengesellschaften mit einem solchen von 7 bis 8 Millionen gegründet wurden. Zur Bekämpfung der Epidemien und der einzelnen Gegenden herrschenden Krankheiten wurden Maßnahmen technischer und sozialer Art getroffen, denen das Auf-

hören der Epidemien zu danken ist. Die Anstalten und das Material der öffentlichen Hygiene wurden ausgestaltet. Zur Hebung des Ackerbaues wurde die Einfuhr moderner landwirtschaftlicher Maschinen und Arbeitsbehelfe auf breite Grundlage gestellt. Zur Hebung der nationalen Industrie wurden in der Provinz Studien angestellt. Behufs Behebung des Schiffraummanegels der Handelschiffahrt wurde die Erlaubnis erteilt, das für den Schiffbau notwendige Holz ohne Entgelt zu fällen. Die Ausbeutung der Gruben wurde durch den Krieg nicht eingeschränkt. Mehrfach wurden Schurzrechte und Konzessionen verliehen. Für das Erzgebiet von Ereğli wurden Bergbauingenieure und Inspektoren bestellt, und der Betrieb geregelt. Die Entwidlung des höheren Schulwesens nimmt den vorgeesehenen Verlauf. Im Laufe dieses Jahres wurde ein Baugrund für die Errichtung einer großen modernen Universität erworben. Aus verschiedenen Landesgebieten wurden junge Leute zur Vollenbung ihrer Studien nach Europa geschickt und mehr als 500 Kriegswaisen befinden sich in europäischen Fabriken zur Erlernung von Handwerk. Auch die Ausgestaltung der Rechtspflege bildet einen wesentlichen Bestandteil der in Angriff genommenen Reform. Die Strafrechtspflege wird reorganisiert. Da die bürgerliche Gesetzgebung den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr entspricht, betraute die bereits eingesetzte Kommission für die Kodifizierung des Zivilrechtes einen Unterausschuß mit dem Studium der Durchführungsvorschriften des neuen Gesetzes. Neben diesen Studien werden Gesetzentwürfe für eine weitere Verbesserung und Modernisierung der Rechtspflege ausgearbeitet. Nach Ungarn und Bulgarien wurde eine Abordnung zum Studium der Kommunalorganisation und der Volkszählung entsendet. Auf Grund der Arbeiten dieser Abordnungen wird die Regierung der Kammer Gesetzentwürfe, betreffend das Gemeindefesen und eine allgemeine Volkszählung unterbreiten. Zur Schaffung eines statistischen Amtes wird ein Sachmann aus Deutschland berufen werden.

Der Bericht zählt schließlich die während des Krieges in Angriff genommenen, bezw. ausgeführten Straßen- und Eisenbahnbauten auf und entwickelt einen allgemeinen Plan für weitere Bauten.

Nach der Verlesung des Berichtes wurde zur Wahl des Bureaus des Kongresses geschritten. Großvezier Talaat Pascha wurde zum Präsidenten, Midhat Schukri Bey und Hussein Dschahid zu Vizepräsidenten gewählt.

Albanisch  
20. IX. 1917



### Friedenskundgebung der Katholiken Ungarns.

In Budapest findet am 23. d. unter dem Voritze des Fürstprimas Dr. Johann Csernoch eine Versammlung der ungarischen Katholiken statt, um zur Friedensaktion des Papstes Stellung zu nehmen. Nach der Eröffnungsansprache des Fürstprimas werden sprechen der deutsche Abg. Erzberger, Bischof Graf Majlath und Bischof Graf Szechenyi sowie das Mitglied der Volkspartei Abg. Madar Boray. Fürstprimas Csernoch, der über die Note des Papstes sowie über die Antwort Wilsons sprechen dürfte, hat jüngst erklärt, daß der Standpunkt, den Präsident Wilson in seiner Antwortnote einnimmt, nicht so stark sei, als vielfach angenommen werde, sondern die Möglichkeit von Verhandlungen offen lasse. Er hoffe, daß die Papstnote die Initiative für die Friedensverhandlungen bilden werde.

### Friedensberatungen in der Schweiz.

In der Schweiz (bei Zürich) werden dieser Tage die Beratungen des katholischen internationalen Friedensausschusses, über dessen Konstituierung und ersten Besprechungen in der „Reichspost“, zum Teil durch den Wiener Delegierten Abg. Dr. Mataja, seinerzeit ausführlich berichtet wurde, fortgesetzt. Hauptgegenstand der neuen Besprechung wird die durch die Friedensaktion des Papstes geschaffene neue Lage sein. Wie berichtet wurde, hat die Schweizer

Landesgruppe des Ausschusses bereits eine längere Kundgebung an den Papst beschlossen. Nunmehr gilt es, auf dem Boden der vom Papste den Kriegführenden unterbreiteten Vorschläge den Verständigungsgedanken praktisch zu fördern und an der Vorbereitung des großen Friedenswerkes tatkräftigst mitzuarbeiten.

Eine Konferenz anderer Friedensfreunde wird in Kürze in Bern tagen. Der ungarische Reichstagsabgeordnete Graf Michael Karolyni hat vor einigen Tagen in einer Wählerversammlung in Czegled in einer Rede, die im übrigen von einer erstaunlichen politischen Unreife dieses „Parteiführers“ zeugte, mitgeteilt, daß er demnächst an einer in Bern stattfindenden Zusammenkunft von Friedensfreunden verschiedener Länder teilnehmen werde. Wie nunmehr hiezu ergänzend berichtet wird, werden an dieser Zusammenkunft, falls alle Regierungen die Pässe bewilligen, 40 Personen teilnehmen und zwar: Dr. S. C. Dressel-Huns, Dr. L. Löwen, Dr. W. Rutgers aus Holland; Ch. A. Burton, D. A. Hobson, R. Williams, Dr. L. Lawrence (England); Romain Rolland, Dr. Cabba, Dr. Denys (Frankreich); Dr. W. Schüding, Dr. Wehberg, Dr. Quidde, Eduard Bernstein (Deutsches Reich); Graf Michael Karolyni, Alexander Siezwein, Eduard Matjai, Doktor Oskar Jaszi (Ungarn); A. Branting, Dr. Chr. Lagge, Dr. A. Bugge-Wicksell (Skandinavien); P. Otlet, H. Lamberg (Belgien); Doktor Umani, Dr. Colajani (Italien). Die Einladung ging von einem Friedensvorbereitungskomitee im Haag aus. Die Stadt Bern will die Teilnehmer als ihre Gäste betrachten. Die Beratungen, die in sieben Gruppen stattfinden sollen, werden mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Die Grundprinzipien, über die beraten werden soll, werden wie folgt angegeben:

1. Entgegen den Interessen und Wünschen der Völker darf keinerlei Annexion oder territoriale Konzeption stattfinden. Auch Grenzregulierungen können nur auf Grund einer Volksabstimmung geschehen.
  2. Die Rechte der Nationalitäten sind innerhalb der Grenzen der Staaten zu sichern.
  3. Protest gegen den Wirtschaftskrieg.
  4. Sicherung der Freiheit der Meere.
  5. Abrüstung.
  6. Sicherung der parlamentarischen Kontrolle der auswärtigen Politik.
  7. Aufstellung von obligatorischen Schiedsgerichten, vor welche die Staaten in Zukunft strittige Fragen zu bringen haben. Die Arbeiten, betreffend die friedliche Organisation der Gesellschaften der Staaten, die von der Havre-Friedenskonferenz begonnen worden, mögen nun beendet werden. Die Havre-Friedenskonferenz möge durch ein ständiges Organ, welches periodische Sitzungen abhält, ergänzt werden. Die Staaten verpflichten sich, daß sie eine gemeinsame diplomatische, wirtschaftliche oder militärische Aktion gegen denjenigen Staat richten, der sich weigert, eine strittige Frage vor das oben erwähnte internationale Schiedsgericht zu bringen, oder sich weigert, die Ansicht der internationalen Untersuchungs- und Vermittlungskommission anzuhören und zur Waffe greift.
- Die Staaten mögen die Minderung der Rüstungskosten beschließen.



21./IX. 1917

130

## Die belgische Frage.

München, 20. September.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird über die belgische Frage von ihrem Berliner Vertreter unter dem 19. d. M. gedrahtet: In den letzten Tagen sind über die Stellung Deutschlands zur Frage der belgischen Zukunft so viel durcheinanderlaufende Behauptungen und Vermutungen verbreitet, daß es nützlich erscheint, diesem Wirrwarr ein in festen Strichen gezeichnetes Bild von dem bisherigen Stand der Auffassungen gegenüberzustellen. Für uns ist die eine alles beherrschende Tatsache, von der wir ausgehen, die, daß wir Belgien fest in der Hand haben und daß es dem Gegner versagt geblieben ist, trotz der ungeheuerlichsten Anstrengungen und Opfer uns aus dieser festen Stellung zu vertreiben oder uns in ihr zu erschüttern. Das ist der Ausgangspunkt für jede deutsche Erwägung und für jede Verhandlung mit dem heutigen Gegner.

Die Frage der Zukunft Belgiens ist aber, wie sich das von selbst versteht, nicht isoliert zu betrachten und zu lösen. Auch sie muß im Zusammenhang mit den gesamten Kriegs- und Friedensfragen erfaßt und entschieden werden. Für das Gesamtgebiet aller dieser Fragen aber hat sowohl die deutsche Regie-

tung wie die deutsche Volksvertretung als Richtschnur anerkannt, daß nicht Eroberungen, sondern Verständigung und Ausgleich für uns das Ziel seien, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auch unsere Gegner ebenso rückhaltlos auf Eroberungen verzichten und Verständigung und Ausgleich suchen. Das gilt für die Gesamtheit der Fragen und es gilt im Rahmen dieser Gesamtheit auch für die belgische Frage. Wenn die Gegner bereit sind, auf ihre territoriale und wirtschaftliche Eroberungspolitik und auf die während des Krieges bereits gemachten Eroberungen gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten zu verzichten, so sind wir auch dazu bereit. Und was insbesondere die belgische Frage angeht, für deren Beantwortung man sich in England besonders interessiert, so sind wir unter der genannten Voraussetzung zweifellos bereit, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen unter Sicherung des Daseinsrechtes der verschiedenen in Belgien wohnenden Nationalitäten und unter Garantien für die wirkliche Neutralität Belgiens, über die noch zu reden sein wird. Bis zur Entscheidung der Gesamtheit der Friedensfragen dient uns Belgien wie jedes andere besetzte Gebiet selbstverständlich unverfügt als Pfand. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler Donnerstag den 27. September im Reichstag über diese Frage sprechen wird.



## Die Kriegspolitik vor der französischen Kammer.

Neben Painlevés und Ribots.

Paris, 19. September.

Die Agence Havas meldet: Deputierter Brunet tadelt den Papst, weil er nicht zwischen Verbrechen und Recht unterschieden habe.

Deputierter Groussseau (liberal) unterbrach den Redner und sagte: Diejenigen, welche erklären, daß die Note des Papstes dem deutschen Einfluß entsprungen sei, sind im Irrtum. Die Note des Papstes verurteilt die deutschen Ansprüche und bestätigt die Vorherrschaft des Rechtes. Das ist eine Huldbigung für Frankreich! (Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Deputierter Renaudel (Sozialist) sagte: Die sozialistische Note zur internationalen Konferenz war unzweideutiger; aber man hat nicht verfehlt, von deutschem Einfluß zu sprechen. Jetzt ist die Reihe an den Katholiken, sich in ihrem religiösen Bewußtsein verletzt zu fühlen.

### Eine Rede Painlevés.

Ministerpräsident Painlevé antwortete dem Fragesteller. Er sagte: Aufgabe der Regierung ist es, einen Plan zu haben, sich daran zu halten und ihn auszuführen. Die Stunde gebietet zu handeln.

Redner erklärte weiter, er bedauere, die Mitwirkung der Sozialisten nicht erlangt zu haben und bestätigte seine Entschlossenheit, mit äußerster Energie alle Anschläge gewisser fremder Agenten zu verfolgen; die Gerechtigkeit werde ihren Lauf nehmen bis zum Ende. Er machte dann eine Anspielung auf die Gemeinschaft der Nationen und auf die Botschaft Wilsons und erklärte, daß Frankreich an solchen Grundsätzen festhalte. Es biete größte Beweise aufrichtiger moralischer Größe und von Selbstverleugnung dar. Der Ministerpräsident erklärte seine Uebereinstimmung mit Leméry hinsichtlich der Sprache, die Frankreich den Alliierten gegenüber gebrauchen könne. Die Seelengröße Frankreichs zeige sich deutlich vor aller Augen, und da es sich den Grundsätzen der Vereinigten Staaten anschließe, gebe es ein großes moralisches Beispiel. Die Regierung werde sich bemühen, der Nation würdig zu sein und sich bestreben, diejenigen, welche mit Frankreich kämpfen, auf den von Leméry gewiesenen Wegen mit sich fortzureißen.

Der Ministerpräsident fuhr sodann fort: Es ist sicher, daß die Politik Lemérys triumphieren wird und daß wir Ergebnisse erzielen werden, die Frankreich die Möglichkeit geben, allen Schwierigkeiten die Stirne zu bieten.

Der Ministerpräsident schloß mit der Bitte an die Kammer, der Regierung volles Vertrauen zu schenken.

Ein Abgeordneter forderte den Minister des Außern Ribot auf, sich über die zwischen den Alliierten getroffenen Abmachungen zu äußern, die den gemachten Versprechungen zuwider noch nicht veröffentlicht worden seien.

### Minister des Außern Ribot über die Verträge mit den Verbündeten.

Minister des Außern Ribot antwortete: Vor einigen Monaten sagte ich mit Zustimmung der ganzen Kammer, daß wir keine geheime Diplomatie hätten und daß Frankreich bereit sei, alles zu sagen, weil es bei der Aufhellung seiner Friedensbedingungen keiner Begehrlichkeit unterliege und weil es sein Recht fordere. Ich sagte, daß ich die bereitliegenden Urkunden veröffentlichen würde. Ich kann sie morgen veröffentlichen, aber es hängt nicht von mir allein ab. Wir haben Alliierte und müssen Hand in Hand und in vollem Vertrauen mit ihnen vorgehen. In dem Maße, wie wir uns dem Kriegsende nähern, müssen wir mehr und mehr darüber wachen, die von den Feinden zur Veruneinigung der Alliierten angewandten Kunstgriffe wirkungslos zu machen. Wir werden den Sieg erringen, wenn wir einig bleiben. Deutschland weiß das, und seine ganze Absicht ist darauf gerichtet, uns uneinig zu machen, um uns zu schwächen. Die Bitte, jene Veröffentlichung aufzuschieben, gelangte aus Petersburg an mich. In der schwierigen Lage, in der sich unser großer Verbündeter befindet, darf ich keine Schwierigkeiten nicht vermehren. Habe ich nicht deutlich genug geiprochen? Besteht irgendein Zweifel

wegen unserer Friedensbedingungen, wegen dessen, was wir fordern und was wir erreichen werden, denn wenn wir es nicht erreichen, würde es Tod und Entehrung für das Land bedeuten? Wir sind nicht mit Kriegszielen in dieses Ringen eingetreten; 45 Jahre lang wollten wir trotz der blutenden Wunde in unserer Seite den Frieden und heute, nachdem all dies französische Blut während des langen Ringens, das uns aufgezwungen worden ist, vergossen ist, was wollen wir heute? Das Recht! Frankreich will niemandem Gewalt antun, es fordert nur das Recht, und wenn man es nicht hörte, dann spreche man mir nicht von einem auf Recht gegründeten Frieden, von einer Gesellschaft der Nationen, von einem dauerhaften Frieden, denn tot wäre er von vornherein, dieser schon beim Abschluß durch Ungerechtigkeit vergewaltigte Friede.

### Eliaß-Lothringen und Wiedergutmachungen.

Wenn wir vor der Welt die Rückgabe Eliaß-Lothringens fordern, sind wir Vorkämpfer des verletzten Rechtes, fordern wir von der Welt eine unentbehrliche Vorbedingung für den dauerhaften Frieden, die Gutmachung der vor 45 Jahren begangenen Ungerechtigkeit, die 45 Jahre hindurch auf der Welt lastete. Und wenn man das nicht gewährt, gewährt man nichts. Das würde einen Waffenstillstand für einige Jahre bedeuten, während wir alle unsere Opfer nicht vergebens gebracht haben werden, wenn wir den Frieden auf das gründen, was ewig ist: Gerechtigkeit und Recht. Die Zurückgabe Eliaß-Lothringens genügt nicht, wir fordern Wiedergutmachung. Nicht Rache erstreben wir. Die Strafe, die wir unseren Angreifern aufzuerlegen wünschen, ist keine Geldstrafe, sondern ein Ersatz für die frebelhaften Zerstörungen, die sie angerichtet haben. Könnten wir erhobenen Hauptes in diese verwüsteten Gebiete zurückkehren, welche die Male der Barberei tragen, wenn wir für ihre Opfer nicht den schuldigen Ersatz gefordert hätten?

Ich habe hinzugefügt, daß auch Bürgschaften nötig sind, die in der Gesellschaft der Völker als solcher liegen. Welchen Wert würde die Unterschrift der deutschen Regierung haben, wenn hinter der ihrigen nicht die Unterschrift des deutschen Volkes stünde?

Aus Ihrem Beifall ersehe ich, daß ich Ihre Erwartungen nicht getäuscht habe. Frankreich mußte den ersten Stoß der Barbarei aushalten. Seine Opfer geben ihm das Recht, sein Haupt hoch zu tragen. Es verdient die Ausdrücke der Bewunderung, die ihm die Welt so reichlich zollt. Wir erreichen

den Abschluß des Krieges, wenn wir uns nicht in Schlingen fangen lassen, die man uns stellen wird.

### Die Papstnote.

Wenn wir dem Papst nicht geantwortet haben, so befinden wir uns im Einklang mit den Alliierten. Was sollen wir auch — trotz des hohen Ansehens des Papstes — auf alle diese Einladungen zu Verhandlungen antworten? Wo wünscht man besonders, daß wir antworten? Dort, wo man nicht hat antworten wollen! Als Wilson uns nach unseren Kriegszielen fragte, antworten wir? Wer antwortete nicht? Die Mittelmächte! Es wird angekündigt, daß sie dem Papste antworten werden. Warten wir die Antwort ab. Aber es ist wohlgethan, wenn wir sagen, daß selbst die Papstnote, was Belgien angeht, weit davon entfernt war, das Gewissen der Welt zu befriedigen. Ja, man soll uns sagen, was man will. Geht man darauf ein, Eliaß-Lothringen zurückzugeben? Geht man auf Wiedergutmachungen, auf die Gesellschaft der Nationen ein? Man soll es sagen. Wir brauchen die Gewißheit, daß man uns nicht in eine Falle verstrickt.

Der Minister des Außern schloß mit der Versicherung, daß er sich mit ganzem Herzen seiner Aufgabe, Frankreich würdig zu vertreten, widmen werde.

Deputierter Renaudel begründete die Zurückhaltung der Sozialisten und erklärte, daß die Regierung, sobald sie sich bewährt haben werde, ihr günstige Kundgebungen der Sozialisten wiederfinden werde.

Der Präsident verlas sodann eine Tagesordnung Laffont, welche besagt: Unter Billigung der Erklärungen der Regierung und im Vertrauen auf sie hinsichtlich der weiteren energischen Durchführung des Kriegsprogramms geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Diese von der Regierung gebilligte Tagesordnung wurde mit 378 gegen eine Stimme angenommen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.



21. IX 1917

**Meldung über Anschluß Spaniens an den Friedensschritt des Papstes.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. September.

Wie die „Bosnische Zeitung“ erfährt, hat die spanische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich dem Schritte des Papstes zur Anbahnung des Weltfriedens in aller Form anzuschließen.

Aus zuverlässiger Quelle wird dem Blatte weiter gemeldet, daß man im Vatikan von der formlosen Politik Wilsons auf das peinlichste berührt ist. Die Note, die vom Papste selbst unterschrieben war, also von Staatsoberhaupt zu Staatsoberhaupt ging, wurde mit einer Note beantwortet, die nicht Wilson, sondern nur Staatssekretär Lansing unterzeichnet hatte. Man sieht darin eine vielleicht ungewollte Herabsetzung der Souveränität des Papstes, zumindest aber einen Verstoß gegen das übliche diplomatische Zeremoniell.



22. IX. 1917

**Zwei Kaiserantworten.**

Die Antwort, die die österreichisch-ungarische Monarchie dem Papst gegeben hat, bringt eine freundliche Überraschung. Nicht darin besteht sie, daß mit einer Offenheit und Kraft, die nicht mehr überboten werden kann, die Bereitschaft zum Frieden ausgesprochen wird, auch nicht darin, daß Regierung und Kaiser einig sind, daß dieser Frieden ein dauernder sein muß und daß man sohin gleichzeitig alles beseitigen müsse, was seine Dauerhaftigkeit beeinträchtigen und den Krieg wieder herbeiführen könnte. Das alles hat nicht überrascht; wie wußten, daß man so denke und nur die vollkommenste Böswilligkeit konnte es leugnen. Hier ergibt sich der so seltene Fall, daß Herrscher und Beherrschte in einer entscheidenden Frage eines Sinnes sind. Auch darin liegt die Überraschung nicht, daß in der kaiserlichen Antwort von der Ausschaltung der Gewalt der Waffen, von der moralischen Macht des Rechtes, von der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit die Rede ist. Ähnliches hat man schon zu oft vernommen, als daß es in einem für Freund und Feind bestimmten Schriftstücke überraschen könnte.

Die Überraschung und, wie wir gerne gestehen, die freundliche Überraschung liegt in dem Ton, in dem das alles gesagt wird. Es macht den Eindruck vollster Aufrichtigkeit, nicht wie sonst die Satzschriften, die von kühl abwägenden zünftigen Diplomaten in der Abgeschlossenheit einer Hof- und Staatskanzlei verfaßt werden, sondern wie der Ausdruck einer ehrlichen Überzeugung und einer heißen Sehnsucht nach Frieden und wiederhergestellter Menschlichkeit. So erweckt das Schreiben zwei große Hoffnungen: es kann der belebende Windhauch sein, der die glimmende Glut der Friedenswünsche zur hellleuchtenden Flamme ansacht, und gleichzeitig das verheißungsvolle Morgenlicht einer Zeit, in der sich die Völker — mit den Königen einig — nicht mit Zerstörungsmitteln, sondern zu Friedenswünschen mit den Waffen des geistigen und sittlichen Fortschrittes rüsten werden.

Erheblich kühler im Ton ist die Antwort des Deutschen Kaisers. Vielleicht liegt es daran, daß die noch immer nicht überwundenen Förmlichkeiten einer veralteten Diplomatie gezwungen haben, statt von Mann zu Mann, von Staatskanzlei zu Staatskanzlei zu sprechen. Auch dieses Schreiben bringt eine Überraschung, wenn auch nicht eine erfreuliche: die Tatsache, daß man es für notwendig gefunden hat, die Schuld am Kriege von sich abzuwälzen. Allgemein ist die Überzeugung, daß die Frage nach der Schuld das schlimmste Hindernis des Verständigungsfriedens bildet und es ist deshalb nicht der geringste in der Reihe der diplomatischen Zwischenfälle, an denen die jüngste Zeit für das deutsche Volk so verhängnisvoll reich war, daß man den Feinden Gelegenheit geboten hat, den Mißklang der Schuldfrage wieder herauf zu beschwören. Hoffen wir, daß sich das Friedensbedürfnis stärker erweisen wird, als all die Fehler, die von Friedensfreunden gemacht werden.



### Die Verhandlungen der Regierung mit den Kosaken.

Petersburg, 21. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates begannen gestern auf direktem telephonischem Wege zwischen Petersburg und Nowotischerkask Unterhandlungen mit dem Wizehetman der Donkosaken Bogajewskij, um das Verhältnis zwischen der Regierung und der Selbstverwaltung der Kosaken zu klären. Die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates unterbreiteten dem Wizehetman folgende Forderungen:

1. Die Selbstverwaltung der Kosaken soll erklären, daß die Kosaken der provisorischen Regierung treu bleiben.

2. Jede Bewegung der Kosakentruppen ohne entsprechenden Befehl der Regierung ist sogleich einzustellen.

3. Es soll eine Untersuchung über die Angelegenheit des Hetmans Kaledin eröffnet werden, der sich gleichzeitig bereit erklären soll, mit seinen Offizieren vor dem Gerichtshof zu erscheinen.

In Beantwortung dieser Forderungen erklärte Bogajewskij:

1. Es ist unnötig, unsre Unterwerfung ausdrücklich zu versichern, denn wir haben keine gegenteilige Erklärung abgegeben.

2. Die Kosakentruppen haben keinerlei militärische Bewegungen durchgeführt.

3. Die Kosaken nehmen den Vorschlag, Kaledin dem Gericht zu überantworten, unter der Bedingung an, daß ihre Delegierten als Beisitzer des Gerichtshofes fungieren.

Die Besprechungen haben zu einem Einvernehmen geführt, in dem die wechselseitige Entsendung einer Abordnung vom Don nach Petersburg und umgekehrt vorgesehen wird.

#### Eine Rede Kaledins.

Nowotischerkask, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der gewöhnlichen allgemeinen Versammlung von Abgeordneten der Mitglieder der Selbstregierung der Kosaken hielt der Hetman Kaledin eine lange Rede, in der er seine Haltung gegenüber der vorläufigen Regierung auseinandersetzte und entschieden erklärte, er habe niemals nach einer Wiederherstellung des alten Regierungssystems noch nach einer politischen Trennung des Dongebietes von Rußland gestrebt. Er wiederholte seine kürzliche Behauptung, daß er über die Bewegung Kornilows vollends im

Unkenntnis gewesen sei. Der Hetman schloß mit folgenden Worten: „Ich will mich nicht hinter den Rücken der Kosakentruppen verstecken. Ich bin bereit, vor dem Gericht zu erscheinen, um vor der vorläufigen Regierung alle meine Handlungen zu erklären.“



## Der Bürgerkrieg in Rußland.

### Die Verwirrung in Petersburg.

Petersburg, 20. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die demokratische Konferenz, die der Arbeiter- und Soldatenrat für den 25. d. zur Bildung einer fest gegründeten, starken Regierungsgewalt einberufen hat, veranlaßt in verschiedenen Bevölkerungsklassen sowie in der Presse einen lebhaften Feldzug, in dem sich Feindseligkeit und Widerspruch ausdrücken, die augenscheinlich ein Ausfluß der Befürchtung sind, daß auf der Konferenz die maximalistischen Elemente obliegen und der Kongreß ein ausschließlich aus Sozialisten bestehendes Kabinett zur Folge haben könnte. Die sechs sozialistischen und antizimmerwaldischen Zeitungen haben sich dahin verständigt, durch Artikel und Aufrufe **inkräftig für die Not-**

wendigkeit der unbedingten Durchführung des Grundsatzes der Koalition bei der Bildung der neuen Regierung zu werben. Die Mitarbeiter dieser Zeitungen veranstalten zu demselben Zweck zahlreiche Versammlungen und politische Zusammenkünfte mit Tausenden von Teilnehmern.

Andererseits muß man auch ein Auseinandergehen der Ansichten verzeichnen, das durch die Spaltung der sozialistischen Parteien selbst hervorgerufen wird und sich augenblicklich in zwei verschiedenen Strömungen äußert, zu deren Wortführern sich **Assentiew** und **Tschernoch** in der gestrigen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates gemacht haben. **Assentiew** bestand darauf, daß es unbedingt nötig sei, eine Regierung auf der Grundlage einer breiten Koalition zu bilden. **Tschernoch** war der entgegengesetzten Ansicht und hielt seine Formel aufrecht, die ganze Macht gehöre den Arbeiter- und Soldatenräten, gestand aber schließlich zu, daß alle Gruppen und Klassen der Bevölkerung, selbst der bürgerlichen, die das ausgearbeitete Programm ehrlich befolgen wollten, für die Teilnahme an der Regierung erwünscht seien. Diese letztere Erklärung des ehemaligen **Neben-**bauministers wird lebhaft besprochen.



22. IX. 1917

# Die Antwort der Mittelmächte.

Die Antwort der Mittelmächte auf den Friedensschritt des Papstes liegt nun vor. Die Antworten bringen nicht das, was man wünschte, was die Gewißheit brächte, daß endlich zum Frieden ein herzhafter Schritt geschehen wird, was man also auch wohl erwarten durfte; aber indem sie die rückhaltlose Friedensbereitschaft der Mittelmächte zum Ausdruck bringen, werden sie dem Frieden doch wohl dienen und mithelfen, den Fäden der Verhandlungen weiter zu spinnen. Eine Antwort auf die vom Papste entwickelten Grundzüge und Bedingungen des Friedens geben sie allerdings nur in Umrissen, nur in einer recht unbestimmten Bemerkung; aber diese ist dennoch so geartet, daß in ihr die Anerkennung des Verständigungsfriedens, des Friedensschlusses auf Grundlage billiger und gerechter Abmachungen, sichtbar wird. Mehr Bestimmtheit, mehr Ausführlichkeit und Aufrichtigkeit über das, was man nicht will, nämlich nicht anerkennen will, hätte den Antworten freilich sehr genügt.

Die Antworten enthalten, nach eindringlicher Darlegung und Vorführung der friedlichen Absichten beider Herrscher, drei Gedanken, die die Anerkennung der vom Papste als Sinn und Inhalt des künftigen Verhältnisses zwischen den Staaten verkündeten Grundzüge sind. Erstens, „daß die künftige Weltordnung, unter Ausschaltung der Gewalt der Waffen, auf der moralischen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit ruhen müßte“. Daraus ergibt sich die Bereitwilligkeit zur Abrüstung: „die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften sollen gleichzeitig, wechselseitig und sukzessive auf ein bestimmtes Maß herabgesetzt werden“. Damit wird ein Grundsatz anerkannt, dem sich insbesondere Deutschland bisher hartnäckig verschlossen hatte, der aber von der Entente allmählich als eines der leitenden, wohl als das Hauptkriegsziel verkündet worden ist. Sie hat ihn in der herausfordernden Formel der „Vernichtung des preussischen Militarismus“ aufgestellt; wofür die Mittelmächte erklären ihre Bereitwilligkeit, die Menschheit von dem Fluche des Militarismus überhaupt erlösen zu wollen. Die Ausschaltung der „Gewalt der Waffen“ aus dem Bewußtsein der Menschen, die Beseitigung aller Gewalt hat zur Folge die zweite kardinale Anerkennung: die Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, der die internationalen Streitfragen zu unterwerfen wären. Auch hier sehen wir das Aufgeben von Ueberlieferungen, die den zwei Militärmächten bis zum Kriege gemein waren: sehen wir einen Sieg der Rechtsidee über die Vorstellungen der Macht. In diesen zwei gleichsam idealen Kriegszielen, deren Erfüllung aber wohl geeignet wäre, das Ansehen der Welt zu verändern, hat sich ohne Zweifel eine große Einigung vollzogen, und da insbesondere Wilson, heute die führende Kraft innerhalb der Entente, diese Kriegs- und Friedensziele vormals laut und feierlich vorgetragen hat, so kann von ihrer Anerkennung eine Einwirkung auf die Gegner immerhin gewärtigt werden.

Alles übrige, was der Papst gesagt und wozu er gemahnt hat, wird in der Antwort einfach übergegangen. Er hat geraten, auf Ersatz der Schäden und Kriegskosten vollständig und gegenseitig Verzicht zu leisten; er hat „die beiderseitige Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete“ als unerlässlich erklärt; er hat von Deutschland die Räumung Belgiens und Frankreichs, die physische und moralische Räumung begehrt, und von der Entente die Herausgabe der deutschen Kolonien; und er hat, wobei er die strittigen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien im Auge hatte, die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beteiligten „sie aus einer veröhnlichen Gesinnung heraus prüfen werden, dabei den Bestrebungen der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen Rechnung tragend“. Die Antworten unterlassen übereinstimmend jedes Eingehen auf die einzelnen Fragen und begnügen sich mit einer allgemeinen Formel: es könne nicht schwer fallen, sagt die österreichisch-ungarische Antwort, die „sonstigen zwischen den kriegsführenden Staaten noch zu regelnden Fragen im Geiste der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf die wechselseitigen Daseinsbedingungen einer befriedigenden Lösung zuzuführen“; es wird den Völkern gelingen, sagt die deutsche Antwort, „auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint“. Das ist, wenn man will, wenig, aber es ist doch wieder viel: denn daß diese Worte alle Anmerkungen und Kontributionen ausschließen, daß danach alles, was nach Vergewaltigung und Demütigung der Gegner aussieht, weit von sich gemieden wird, kann wohl ernstlich nicht bezweifelt werden. Kann

man, um von dem „Streitpunkt“ zu sprechen, der freilich nie eine strittige Frage hätte werden dürfen, danach meinen, Deutschland könne Belgien nicht freigeben wollen, so freigeben wollen, wie es der Papst verlangt: seine Räumung und die Garantie seiner vollen Unabhängigkeit? Jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen: das schließt wohl jeden Gedanken aus, dem Volke in Belgien Daseinsbedingungen aufzuerlegen, die es als eine Verflavung betrachten müßte und betrachten würde! Und wenn die österreichisch-ungarische Antwort „den Geist der Gerechtigkeit und billigen Rücksichtnahme auf die wechselseitigen Daseinsbedingungen“ anruft, so muß Oesterreich-Ungarn bereit sein, mit seinen Gegnern einen Frieden zu schließen, in dem sie alle eine befriedigende Lösung zu erkennen vermögen. Dabei ist der Nachdruck nicht zu übersehen, mit dem sich die deutsche Antwort auf die Friedenskundgebung des Reichstages beruft und hervorheben kann, daß sie die Beratung und Beantwortung „in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes getroffen hat“. Bei uns war, beiläufig bemerkt, davon keine Rede; unsere politische Armut wird uns immer von neuem beschämend klar. In jedem Fall scheint die allgemeine Formel die klare Bereitschaft zu einer Verständigung auszusprechen, die sich auf alle strittigen Fragen erstreckt und als deren Ziel die Erweckung eines veröhnlichen und brüderlichen Geistes zwischen den Nationen an gegeben wird. Mit diesem Ziele ist jeglicher Gedanke der Eroberung unvereinbar.

Tiefster und leidenschaftlichster Wille zum Frieden erfüllt die Völker und alle durchzieht die Entschlossenheit, dem sinnlosen Morden noch in diesem Jahre Halt zu gebieten. Es braucht nicht fortgehen, denn der Friede ist überreif; es kann nicht fortgehen, denn die Völker und Menschen können dieses Uebermaß des Leibes nicht mehr tragen; also darf es nicht fortgehen, wenn der Wille der Völker in dieser Welt noch etwas bedeutet. Das Verbrechen, den Krieg noch fortzuführen, da die Möglichkeit offenliegend ist, ihn ehrenvoll beendigen zu können, kann niemand wagen, denn diese Verantwortung wäre von Menschen nicht zu leisten. Die Völker wollen den Krieg nicht, und wehe allen denjenigen, die den Frieden zu hindern sich vermaßen! Das Volk würde sich erheben und sie zermalmen.



22./IX. 1917

**Das Programm des neuen russischen Kriegsministers.**

Petersburg, 21. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In der Programmrede, die der neue Kriegsminister Werschowski nach seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier im Bollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates hielt, gab er eine ausführliche Darstellung der Lage der Armee und sagte sodann: Es gibt zwei Wege, um die Regenerierung der Armee durchzuführen; der eine ist, sie durch blutige Repressivmaßnahmen zu reorganisieren, der andere, in die Heeresmassen die heiligen Ideen der Disziplin zu pflanzen. Der erste Weg, der des früheren Generalissimus Kornilow, war ein falscher und gefährlicher Weg, denn das jetzige Heer ist das ganze Volk in Waffen. Den zweiten Weg, den meinigen, habe ich in Mostan beschritten, wo er ausgezeichnete Ergebnisse zeitigte. Ich will ihn an allen Fronten und im Hinterland in die Tat umsetzen. Der Kriegsminister stellte sodann fest, daß das tolle Abenteuer Kornilows die Beziehungen zwischen den Soldaten und ihren Kommandanten von neuem ernstlich geschädigt habe. Um hier Beruhigung zu schaffen, habe die Regierung beschlossen, jeden Kommandanten, der sich nicht des Vertrauens der Truppen erfreut, durch andere Truppenführer, unabhängig von der Charge, zu ersetzen unter der Voraussetzung, daß sie in der Leitung militärischer Operationen versiert seien und keine Zweifel bezüglich ihrer politischen Richtung böten.

Der Kriegsminister fuhr sodann fort: Der Chef des Generalstabes Alexejew kann nicht auf seinem Posten bleiben, denn er versteht die Psychologie des heutigen Soldaten nicht. Das Hauptquartier wird reformiert werden. Ein anderes sehr wichtiges Problem ist das der Herabsetzung der Effektivbestände der Armee, deren zahlenmäßige Ausstattung nicht den wirtschaftlichen Kräften des Landes entspricht. Unser Volk kann die Last einer solchen Armee nicht auf seinen Schultern tragen. Der Grund hierfür ist die falsche technische Konstruktion. Tatsächlich steht nur ein Zehntel aller Mobilisierten an der Front, während sich neun Zehntel im Hinterlande befinden, die enorme Summen für ihre Erhaltung verschlingen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, die Effektivbestände der verschiedenen militärischen Organisationen an der Front und im Hinterlande um ein Drittel herabzusetzen, ohne an der Zahl der aktiven Soldaten, noch auch der der Geschütze und Maschinengewehre zu rühren.

**Uebereinkommen des Arbeiter- und Soldatenrates mit den Kosaken.**

Petersburg, 21. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates begannen gestern auf direktem telephonischen Wege zwischen Petersburg und Nowosibirsk Unterhandlungen mit dem Bizehetman der Donkosaken Bogajewski, um das Verhältnis zwischen der Regierung und der Selbstverwaltung der Kosaken zu klären. Die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates unterbreiteten dem Bizehetman folgende Forderungen:

1. Die Selbstverwaltung der Kosaken soll erklären, daß die Kosaken der provisorischen Regierung treu bleiben.
2. Jede Bewegung der Kosakentruppen ohne entsprechenden Befehl der Regierung ist sogleich einzustellen.
3. Es soll eine Untersuchung über die Angelegenheit des Hetmans Kalebin eröffnet werden, der sich gleichzeitig bereit erklären soll, mit seinen Offizieren vor dem Gerichtshof zu erscheinen.

In Beantwortung dieser Forderungen erklärte Bogajewski:

1. Es ist unnötig, unsere Unterwerfung ausdrücklich zu versichern, denn wir haben keine gegenteilige Erklärung abgegeben.
2. Die Kosakentruppen haben keinerlei militärische Bewegungen durchgeführt.
3. Die Kosaken nehmen den Vorschlag, Kalebin dem Gerichte zu überantworten, unter der Bedingung an, daß ihre Delegierten als Beisitzer des Gerichtshofes fungieren.

Die Besprechungen haben zu einem Einvernehmen geführt, in dem die wechselseitige Entsendung einer Abordnung vom Don nach Petersburg und umgekehrt vorgesehen wird.



22./X. 1914

## Die Antwort des Kaisers Karl auf die Friedensnote des Papstes.

### Bereitwilligkeit zu Verhandlungen.

Wien, 21. September.

Die Antwort des Kaisers auf die Note des Papstes hat die Sprache eines bisher unbekanntem Zeitalters. Grundsätze werden darin niedergelegt, die vom Gedankenkreise des vorigen Jahrhunderts so entfernt sind, als wären inzwischen viele menschliche Geschlechter aufeinandergefolgt und als würde eine neue Welt politischer Vorstellungen sich erschlossen haben. Die Umwälzung, die der Krieg in den Begriffen, in den Mitteln und Zielen der Politik hervor gebracht hat, kommt so recht zum Bewußtsein und zur Anschauung, wenn der Kaiser sagt, daß die künftige Weltordnung auf der sittlichen Macht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit ruhen müsse, während die Gewalt der Waffen auszuschalten sei. Das ist nicht ein hingeworfener Satz; der Kaiser erklärt, daß diese Gesinnung tief in ihm wurzle. Vor dem Ausbruche des Krieges hat kein Herrscher über eine Großmacht, kein Fürst, dessen militärisches Aufgebot in dem dreijährigen Kampfe vielleicht auf mehr als sieben Millionen geschätzt werden kann, solche Möglichkeiten für das wirkliche Leben in Erwägung gezogen. Jetzt hören wir ein Bekenntnis, welches das Rechtsideal dem Machtideal entgegenstellt und auf dieser Veränderung den Frieden aufbauen, die Entlastung der Völker durchführen und ihren Wohlstand vermehren will. Erinnern wir uns, um dem Eindrucke der Antwort des Kaisers eine persönliche Farbe zu geben, an den Grafen Kalnoky oder an den Grafen Lehrenthal, an Männer, die beinahe noch im Gesichtskreise sind und bei denen in einem weiteren Sinne die Geschichte des jetzigen Krieges anfangen müßte. Sie haben nicht geahnt, daß die Monarchie sich niemals dem allgemeinen Rechtsgefühl mit Ausschaltung der Waffengewalt anvertrauen wollte. Gewiß nicht bedingungslos. Der Kaiser verlangt Sicherheiten, bevor so entscheidende Maßregeln getroffen werden können. Die Abrüstung bis zu einem gewissen Maße soll zu Land und zu Wasser, in der Armee und in der Flotte nicht ohne Bürgschaften für die Allseitigkeit und Gefährlosigkeit durchgeführt werden. Der Militarismus zur See, die Gewalt, die England an sich gerissen hat und mit der es den Eingang zu den Meeresstraßen sperrt, sollen ebenfalls getroffen werden. Aber die natürlichen Einschränkungen aus Rücksicht auf den Ernst solcher Pflichten schwächen die Botschaft nicht ab, die an die Völker der Erde gerichtet ist und lautet: Wenn Ihr alle wollt, die österreichisch-ungarische Monarchie und deren Verbündete sind bereit, an der militärischen Entlastung mitzuwirken und mit der Kelle in der Hand die Grundsteine zum großen Völkerrechte der Zukunft zu legen.

Wenn der Friede nur vom Niedergange des Militarismus nach dem Kriege abhängig wäre, könnte er rasch geschlossen werden. Denn jede Milliarde, die er im Kriege verbraucht, wird er im Frieden weniger haben, und sollte der freie Wille ihn nicht herabdrücken, würde die finanzielle Not, deren Folgen kaum auszubedenken sind, sich gegen ihn wenden. Kaiser Karl hat in seiner Antwort die allgemeinen Vorschläge des Papstes ohne Rückhalt genehmigt. Er hat es getan, weil auch nach seiner Meinung die Völker nicht mehr ihr Auskommen haben werden, ohne, wie es der Papst empfiehlt, die Rüstungen zu vermindern, die Schiedsgerichte verbindlich zu machen und die Freiheit der Meere, die ein natürliches Recht aller Nationen ist, mit starken Schutzmitteln zu umgeben. Der Papst hat den Erfolg, daß eine alte Monarchie, welche durch ihre Zusammensetzung von jeder starken Bewegung in Europa mitgerissen wird und durch ihre weit ausgedehnten Landgrenzen so schwer zu verteidigen ist, dennoch seiner Botschaft die Türen öffnet und seine Worte in sich aufnimmt. Diese Ergründung, die den Weg zum Frieden bereitet, macht die Frage, die seit der Veröffentlichung der päpstlichen Note stets wiederkehrt, noch dringlicher: Welche diplomatischen Unterlagen hatte eine Rundgebung, die auch begrifflich wäre,

wenn sie nur der Ausfluß des Priesteramtes sein würde, nur aus der Erfüllung von ernstlichen Pflichten käme? Aber seit jeher haben die Päpste den Ruf scharfer Beobachter der weltlichen Ereignisse und ein berühmter Zeuge ist Leopold v. Ranke, der aus den Berichten der vatikanischen Diplomatie so viele Erkenntnisse geschöpft hat. Der jetzige Papst, der auf seinem Lebenswege durch manche Länder gewandert ist, gilt als besonders durchgebildeter Kopf. Er hätte nicht gesprochen, ohne den Widerhall zu bemessen und mit Wahrscheinlichkeiten zu rechnen. Die Note war die Rundgebung eines Oberhirten, der den richtigen Zeitpunkt zu wählen versteht und über die politischen Zusammenhänge zu urteilen weiß.

Der Kaiser sagt an zwei Stellen seiner Antwort, welches Verfahren er für nützlich halte, damit der von ihm seit der Thronbesteigung gewünschte und beständig empfohlene Friede einen Krieg beendige, den auch der Papst eine unnütze Mezelei nennt. Schriftliche Erklärungen, Noten und Antworten genügen nicht. Der Kaiser will, daß Verhandlungen eingeleitet werden, daß die Vertreter der kriegführenden Länder sich zusammensinden und daß dort mitgeteilt werde, was der eine will, damit der andere für sich daraus ableite, was er wollen dürfe. Der Papst hat in seiner Note neben den allgemeinen Vorschlägen, die der Kaiser in seiner Antwort billigt, auch sehr wichtige Einzelheiten hervorgehoben, die für den Abschluß des Friedens maßgebend werden sollen. Keine Kriegsschädigung, Rückgabe der besetzten Gebiete, Wiederherstellung von Belgien und Rückerstattung der deutschen Kolonien. Der Kaiser antwortet, daß wir die Sicherheit für die ungenommene weitere Entwicklung der Monarchie brauchen. Als der Krieg ausbrach, hat Kaiser Franz Josef in dem denkwürdigen Manifeste sich das Ziel gestellt, zu kämpfen, bis die Grenzen dauernd gesichert werden. Kaiser Karl fordert heute nicht mehr, obgleich der gefährlichste Todfeind der Monarchie siech geworden ist und der Gegner von ihrem Boden fast gänzlich vertrieben werden konnte. Der Friede soll uns Sicherung geben; können wir uns das verschaffen, dann wird die Verständigung unter den Mächten um keine Stunde verzögert werden. In der gesamten öffentlichen Meinung der Monarchie ist keine Spur von Begehrlichkeiten, die den Krieg verlängern und der Anstoß zu weiteren Menschenverlusten werden könnten. Die österreichisch-ungarische Monarchie würde in die Verhandlungen mit dem Willen eintreten, durch Mäßigung und Besonnenheit ein Beispiel für sämtliche Länder zu sein und den Frieden zu erleichtern. Aber sie will verhandeln; sie möchte von den papierernen Besprechungen zu mündlichen fortschreiten, wo die Einzelheiten aus der Verständigung hervorgehen werden. Vielleicht wird der Papst seine Anträge zu einem Vorschlage, in unmittelbare Verhandlungen einzutreten, ausgestalten.

Die Antwort, die der Reichskanzler im Auftrage des Kaisers Wilhelm gegeben hat, ist aus dem gleichen Sinne und aus der gleichen Stimmung wie die des Kaisers Karl. Die Friedfertigkeit der Mittelmächte kann nicht ernsthaft bestritten werden. Sie wird in der deutschen Note durch den Hinweis bekräftigt, daß sie in engster Fühlung mit der Vertretung des Volkes und im Einklange mit dem Beschlusse der Reichstagsmehrheit verfaßt worden sei. Die Antwort des Dr. Michaelis ist auf die Einzelheiten, die in der Papstnote angeführt werden, und auch auf die Räumung von Belgien nicht eingegangen. Allerdings waren Nachrichten in Deutschland verbreitet, worin die Vermutung ausgesprochen wurde, daß vielleicht noch eine besondere Mitteilung darüber gemacht werden könnte. Wir glauben jedoch, daß auch schon jetzt Deutschland, indem es sich dem Auslande gegenüber amtlich zum Beschlusse des Reichstages bekennt, die Legende von seiner ausgreifenden Eroberungspolitik widerlegt. Der Reichstag hat vor der Nation versichert, er wolle nur einen Frieden der Verständigung und dauernder Versöhnung der Völker ohne erzwungene Gebietswerbungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung. Das ist auch für Belgien gültig. Die Antwort der beiden Mittelmächte wird den Papst ermutigen, auf der Straße, die sein Fuß betreten hat, fortzuschreiten. Wird er die Mächte einladen, über den Frieden zu verhandeln? Er brauchte die Ablehnung nicht zu fürchten.



22./IX. 1917

### Ein Friedenstorso.

Das Interessanteste fehlt. Man hatte erwartet, daß die Antwort der Mittelmächte auf die Friedensnote des Papstes auf dessen Einzelvorschläge, besonders bezüglich der Kernfrage des Krieges, Belgiens, eingehen werde, und in der deutschen Presse hatte sich wegen der vermeintlichen Freigabe Belgiens schon ein erhitzter Federkrieg entsponnen. Der Papst hatte auch in seiner vom 1. August datierten und am 16. August veröffentlichten Note diese und andere heikle Fragen des Völkerstreites durch konkrete Vorschläge ihrer Lösung näherzubringen versucht. Er hatte als Voraussetzung eines dauerhaften Friedens „die Zurückgabe der gegenseitig in diesem Momente besetzten Gebiete“ verlangt, Belgien, sagte er, „müßte von Deutschland vollständig geräumt werden und seine vollständige politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber jeder in Betracht fallenden Macht gesichert werden, ebenso müßte das französische Gebiet geräumt werden“. Dagegen forderte der Papst auch Rück- erstattung der deutschen Kolonen. Das waren ganz klare Programmpunkte. Minder klar sprach er sich über andere territoriale Fragen, „wie zum Beispiel“, sagte er, „die zwischen Italien

und Oesterreich, zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden“, aus, er forderte da nicht in dem Muß-Stil, er gab nur „Hoffnungen Raum“, Hoffnungen auf Veröhnlichkeit. Noch weniger konkret äußerte er sich über Armenien, die Balkanstaaten und das „Königreich Polen“, für welches letzteres er besondere Sympathien in Anspruch nahm. Die vorliegenden Antworten unserer und der deutschen Regierung geben aber auf alle diese vom Papst angeregten Einzelfragen keine bestimmte Antwort, sie beschränken sich auf die Hoffnung, daß es den Völkern „nicht schwer fallen“ würde, diese Einzelfragen, die die „wechselseitigen Daseinsbedingungen“, wie die österreichisch-ungarische Note sagt, betreffen, „einer befriedigenden Lösung zuzuführen“, stellen die allgemeinen Fragen des künftigen Friedens in den Vordergrund und weichen so einer Aussprache über die konkreten Probleme aus, die die Gemüter am meisten erhitzen.

In diesem allgemeinen Teil, auf den sie eingehen, stimmen nun allerdings die Zentralmächte den Forderungen des Papstes, die im Verlauf des Krieges längst zum Gemeingut aller vernünftigen Menschen geworden sind, zu: dauerhafter Friede durch internationale Rechtsorganisation an Stelle des gegenwärtig im Verkehr der Staaten herrschenden Prinzips der Gewalt, Schiedsgerichte, Abrüstung, Freiheit der Meere (ein allerdings bis jetzt noch nicht genügend definierter Begriff). Die Antwortnoten beider Mächte betonen ihre längst betätigte friedliche Gesinnung, die deutsche Note zitiert die Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 19. Juli d. J.; die Note unseres Kaisers erinnert mit Recht an die wiederholten Friedens Anregungen, die von ihm und seiner Regierung gerade im letzten Jahre dieses Krieges — leider vergeblich — erlassen sind. Aber wenn man den Stil der heutigen Note mit der Thronrede und den öffentlichen Aussprüchen des Grafen Czernin, der die „sinnlose Fortsetzung“ des Krieges geißelte, oder auch mit der Note des Papstes vergleicht, der diesen Krieg eine Schlächterei nennt, so wird man den Ton der heutigen Note einigermaßen reserviert finden.

Die Vereinigten Staaten haben dem Papst mit einer prinzipiellen Ablehnung geantwortet, und die Note Sanjinaz ist der Ausgangspunkt einer

Protestbewegung im Deutschen Reich geworden, die den Gegensatz zu der amerikanischen Union wesentlich verschärft hat. Die Antwort der übrigen Ententemächte steht noch aus, aber sie kann nicht gut ausfallen, da England von Deutschland eine unzweideutige Aussprache über Belgien, Frankreich Elsaß-Lothringen fordert, beide also durch die Antwort Deutschlands nicht befriedigt sein werden. So muß man schon jetzt befürchten, daß dem autgemeinten Unternehmen des Papstes der volle Erfolg versagt bleiben wird. Der allgemeine Teil seines Friedensprogramms dürfte wohl so ziemlich allgemeine Billigung finden, er betrifft aber nur die Dauerhaftigkeit des Friedens, eine Zukunftssache, eine cura posterior, wie bedeutsam sie auch sein mag. Die eigentlichen Friedensvorschläge des Papstes jedoch bleiben vorläufig unbeantwortet, und so scheint es, daß sein Werk durch die Ungunst der Verhältnisse bestimmt ist, ein Torso zu bleiben.



23. IX. 1917

### Die Friedensfrage.

Von Grafen Julius Andrássy.

K. u. L. Geheimer Rat, königlich ungarischer  
Minister a. D.

Budapest, 22. September.

I.

Der englische Minister Bonar Law erklärte in den  
verfloffenen Wochen, bei uns herrsche deshalb Friedenslust,  
weil wir fühlen, daß wir geschlagen sind. Bonar Law hat  
unrecht. Es hat unter uns immer viele gegeben, die zum  
Abschluß eines Friedens unter billigen Bedingungen bereit  
waren. Ich meinerseits hielt es stets für die richtige Politik,  
unmöglich vor der endgültigen Entscheidung einen an-  
ständigen Frieden zu schließen. Denn ich war davon über-  
zeugt, daß der Monarchie keine Eroberung nützt, ja, daß  
eine über eine gewisse minimale Grenze hinausgehende  
Eroberung die Monarchie geradezu schwächen, ihre innere  
Kraft schmälern würde. Ich hielt Eroberungen, die für  
andere Großmächte eine unerträgliche Lage geschaffen und  
die Quelle eines neuen Revanchekrieges gebildet hätten,  
für einen großen Fehler. Ich leugne indes nicht, daß  
wir sowohl bei uns wie in Deutschland auch solche geneigt  
sind, einen Frieden unter billigen Bedingungen zu schließen,  
wenn in der Vergangenheit den Kampf bis zum vollständigen  
Sieg gepredigt haben. Die Ursache dieses Umschwungs  
liegt nicht in dem Argument, das Bonar Law vorbringt.

hervor, daß sie die Aufnahme der Friedensverhandlungen  
an Bedingungen knüpfen, die wir beim besten Willen nicht  
erfüllen konnten, wenn wir nicht Selbstmord begehen  
wollten. Die Entente erklärte rund heraus, sie verhandle  
mit uns nicht, ehe sie uns nicht besiegt, sie sagte deutlich,  
daß wir noch zu stark seien, daß wir durch unsere vermessene  
und verbrecherische Aggression — so charakterisierte sie  
unsere Haltung vor dem Kriege — noch nicht genügend  
zu Schaden gekommen seien, um unsere Lust an der Wieder-  
holung solcher Attentate für immer zu verlieren. Damit  
schuf sie bewußt eine unüberwindbare Kluft auf dem Wege  
zum Frieden, denn ich glaube kaum, daß irgend einer  
ernstlich von uns erwarten konnte, daß wir uns deshalb  
eilends schlagen lassen werden, damit wir die Friedens-  
verhandlungen ermöglichen.

Dem Präsidenten Wilson, der damals unseren Feinden  
noch zum Frieden riet, erteilten sie eine Antwort, in welcher  
sie namentlich Oesterreich-Ungarn nach Nationalitäten zer-  
stückeln wollten, was mit unserer Vernichtung gleich-  
bedeutend gewesen wäre. Sie setzten sich in ihrer Antwort  
Ziele, gegen die wir mit unserer äußersten Kraft zu allen  
Zeiten kämpfen werden und die man uns selbst nach  
unserer vollkommenen Besiegung höchstens zeitweilig auf-  
zwingen könnte, die aber eine Versöhnung und einen wirk-  
lich dauerhaften Frieden ausschließen würden, denn wir  
würden gegen die neue Landkarte stets mit allen Mitteln,  
mit Feuer und Schwert, mit Bomben und Dolchen kämpfen,  
bis wir die Vorbedingungen unseres Daseins, die Integrität  
unserer Staatlichkeit, zurückerobert hätten.

Seither schien sich der Standpunkt der Entente einiger-  
maßen zu mildern. Aber dasjenige, was wir von ihr  
offiziell zu hören bekamen, bietet uns nur geringe Hoff-  
nung. Die Milde offenbarte sich hauptsächlich Oester-  
reich-Ungarn gegenüber, aber sie scheint keineswegs dem  
Willen einer aufrichtigen Verständigung zu entsprechen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)



### Generalgouverneur v. Beseler über die Verhältnisse in Polen.

Warschau, 22. September. (Meldung des Wolffschen Bureaus.) Die „Warschauer Zeitung“ berichtet über den Empfang deutscher Reichstagsabgeordneter durch den Generalgouverneur von Beseler u. a.:

Gelegentlich ihres Aufenthaltes in Warschau wurden die Reichstagsabgeordneten Dr. Bell (Zentrum), Cohen (Reiz, Sozialdemokrat), Davidsohn (Sozialdemokrat), Böcher (Deutsche Fraktion), Schirmer (Zentrum), v. Trampaczynski (Pole), Warlo (Zentrum) und Weinhausen (fortschrittliche Volkspartei) vom Generalgouverneur v. Beseler im Stadtschloß empfangen. Der Generalgouverneur richtete an die Herren eine Ansprache, worin er sagte:

Sie haben wahrscheinlich den Eindruck gewonnen, daß wir hier mit unermesslichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Darin liegt das Charakteristische für unsere ganze Arbeit. Wir müssen diese ganze Frage hier so lösen, wie es einmal für unser Vaterland das Beste ist und wie dem Lande nach Möglichkeit eine gute Zukunft geschaffen wird. Das Land bekam von uns, von den Deutschen und den Oesterreichern-Ungarn, das große Geschenk der Freiheit. Es erfahren die Herren aus den Ereignissen der letzten Tage, daß unsere Regierungen und unsere Monarchen willens sind, dem polnischen Volke allmählich die Leitung seiner Angelegenheiten zu überlassen und zu übergeben. Daß wir das natürlich unter diesen kriegerischen Verhältnissen mit einer gewissen Vorsicht machen müssen, versteht sich von selbst.

Hierzu kommt, daß infolge der ganzen Entwicklung oder, richtiger gesagt, Nichtentwicklung, die das Land hatte, ihm im wesentlichen noch diejenigen Kräfte und Kräfte fehlen, die dazu nötig sind, ein geordnetes Staatswesen zu leiten. Wir gaben ihm Hochschulen und ließen uns im höchsten Grade die Fürsorge für sie angelegen sein. Leider bekamen wir eine schlechte Quittung darauf. Politische Machenschaften benachteiligten sich der Studenten, so daß sie uns schließlich erklärten, sie wollen mit den deutschen Behörden nichts zu tun haben. Wir mußten infolgedessen die Unübersicht und die technische Hochschule schließen, sind aber jetzt im Begriff, das ganze Schulwesen an die Polen zu übergeben. Da nun unter das Schulwesen auch die Hochschulen fallen, werden sie jetzt auch mit ihren Hochschulen allein weiterarbeiten müssen. Ich will ihnen wünschen, daß die Sache einen guten Fortgang nimmt.

In Erwiderung sagte Reichstagsabgeordneter Dr. Bell unter anderm: Das deutsche Volk, zu dessen Vertretung wir mitberufen sind, gedenkt mit berechtigtem Stolz des Siegers an zwei Fronten, des Erfürmers zweier der stärksten Festungen der Welt, die vordem für uneinnehmbar galten: Antwerpen und Romo-Georgiewsk. Heute begegnen wir Euer Erzellenz als Organisator des Generalgouvernements Warschau. Die wenigen Tage, die wir auf unserer Informationsreise hier verlebten, bestärkten uns in der Ueberzeugung, daß die hiesigen Militär- und Zivilbehörden wahrlich nicht auf Polen gebettet sind.

Aber vor der Schwierigkeit ihrer dornenvollen Aufgabe, deren Lösung nur durch wechselseitiges Sichverstehenlernen und tatkvolles Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Kreise durchführbar ist, ließen sich die deutschen Militär- und Zivilverwaltungen nicht zurückschrecken. Deutscher Fleiß, deutsche Gründlichkeit, deutsches Pflichtbewußtsein und deutsches Organisations-talent verrichteten eine Kulturarbeit, der die dankbare Anerkennung auch der einheimischen Bevölkerung nicht verjagt bleiben sollte.

Nicht verschweigen wollen wir freilich, daß wir in dem Bestreben, uns ein durchaus objektives Bild über die hiesigen Verhältnisse zu verschaffen, auch eine Reihe von Anregungen, Wünschen, Ausstellungen und Beschwerden aus den verschiedensten Kreisen der hiesigen Bevölkerung entgegengenommen und weitergegeben haben, die übrigens zum großen Teile nicht die hiesige Verwaltung, sondern andre Reichsstellen betreffen und den Wunsch aussprechen, daß die einheimische Bevölkerung den Militär- und Zivilbehörden mit Vertrauen entgegenkommt und sie in dem ehrlichen, aufrichtigen Bestreben, für das Wohl des Landes zu sorgen, durch tatkräftige Mitarbeit und Verständnis für die durch die Kriegsverhältnisse wie überall so auch hier unvermeidlich hervorgerufenen Erschwernisse unterstützt.



# Offen reden!

Die Ueberzeugung ist allgemein, daß die Antwort der Mittelmächte jeden Gedanken an gewalttätige Eroberungen und Demütigungen ausschließt. Man kann wohl auch meinen, daß sie das sagen will und daß sie nach Wendungen sucht, die das ausdrücken. Aber wenn es so ist, wenn man es so denkt und will: warum sagt man es nicht? Warum vermeidet man das offene Bekenntnis, da man doch wünscht, die Antwort solle so verstanden und aufgefaßt werden? Vielleicht meint man, daß dieser Umweg eine diplomatische Geschicklichkeit sei: man könne seine wahren und letzten Absichten nicht offen sagen, weil doch auch die Gegner nicht offen sprechen, nicht offen gesprochen haben und man sich, indem man sich vorzeitig demaskiert, in Nachteil setzt. Meint man so, so verfällt man einem schwerem Irrtum. Denn man darf doch nicht vergessen, daß man nicht bloß zu den feindlichen Regierungen, daß man auch zu den gegnerischen Völkern spricht, und zu diesen zu sprechen ist heute eigentlich das Wichtigste. Zu den Völkern muß man aber, um Mißdeutungen vorzubugen, offen und gerade reden; so reden, daß keine Böswilligkeit der feindseligen Regierungen es zu verdunkeln vermag. Mittelst Auslegungen und Ausdeutungen ist der betreffende Satz, der sich in der wärmeren Fassung in der österreichisch-ungarischen Antwort findet, ganz bestimmt als das Anerbieten zu einem Verständigungsfrieden festzustellen; aber da er, statt der deutlichen Erklärung, eine allgemeine Formel gibt, so ist eben auch allen Auslegungen der Feinde Tür und Tor geöffnet und die Möglichkeit heraufbeschworen, daß die gegnerischen Völker statt dem Friedenswort der Antworten die Entstellung und Verzerrung vernehmen, die ihren verstockten Regierungen genehm ist. Keine Annexionen und Kontributionen: diese Friedensformel des revolutionären Rußland wäre dagegen so klar, so eindeutig gewesen, daß kein französischer oder englischer Kriegslügner ihren Sinn hätte entstellen oder abschwächen können. Wohl kann man auch das, und ohne ihr Gewalt anzutun, aus der Note herauslesen, aber erst das deutliche und aufrichtige Wort hätte den Zugang zu dem Herzen der gegnerischen Völker gefunden.

Man ringt sich in Deutschland den Verständigungsfrieden nur schwer ab und muß anscheinend alte und eingefressene Vorstellungen fahren lassen, bevor man sich entschließt, sich auf den Boden der nüchternen Tatsachen zu stellen, die ergeben, daß der Krieg anders als in friedlich-schiedlicher Vereinbarung nicht beendet werden kann. Zu lange hat man mit Anspielungen und Andeutungen dem Annexionswahn Vorschub geleistet, zu stark sich dem Machtgedanken hingegeben, als daß man nun über die ganze Entschlossenheit verfügte, die nötig wäre, um über alle Eroberungspläne den Strich zu machen und dem Schwarm der Annexionsheher die Stirn zu bieten. Es ist wahr, daß man mit jeder Kundgebung weiter geht, aber es schiene nützlich, sich sogleich zu jener Anschauung zu bekennen, bei der man landen will; es zu vermeiden, daß es so aussähe, als würde der Zwang der Dinge die Auffassung herausbilden, die doch Vernunft und Sittlichkeit gleichermaßen gebieten. Dieses Ringen mit den imperialistischen Machtgedanken, mit denen man geliebängelt, die man genährt hat, ist der Antwort wohl anzumerken; nicht wegen der Feinde drüben zögert man, den Verzicht auf Eroberungen und Kontributionen auszusprechen, sondern wegen des Machttrautes, der im Innern tobt, wegen der eigenen Imperialisten, die über mannigfachen Einfluß gebieten und unterirdische Machtpositionen besetzt halten, die schwer in die Waagschale fallen. Man möchte sich zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und den Bekennern des Gewaltfriedens noch immer in der Mitte halten, und wenn der Schritt zur Einsicht und Klarheit, der mit der letzten Note unzweifelhaft geschehen ist, auch sehr erfreulich ist, so würde ein mutiges, ein jedem Zweifel entrücktes Wort doch erst das gewesen sein, das den Erfolg verbürgt. In dessen stellt die Antwort der Mittelmächte so viele Anknüpfungspunkte bei und ist ein so wirksames Be-

kenntnis zu einer neuen Ordnung in Europa, daß die Menschheit, aller grimmigsten Enttäuschungen ungeachtet, die ihre Hoffnungen bisher erfahren haben, doch erwarten darf, daß der Tag, der das graue Gemehel endigt, sich nähert.

Und wir vertrauen auf die gegnerischen Völker, die das freulerische Spiel mit ihrer ganzen Zukunft wohl ebenso zum Groll und zum leidenschaftlichen Entschluß führen wird wie uns alle, die ebenso erkennen müssen, daß die Fortführung des Krieges ein fluchwürdiges Verbrechen an der Menschheit wäre. Der Friede ist so nahe, daß er gleichsam mit Händen zu greifen wäre, und Tag um Tag geht, in einer der schändlichen Offensiven, das Blutvergießen weiter. Wohl fühlen wir, daß dieses unermessliche Leid die Kraft des Widerstandes zermüht und die Energien, die sonst so machtvoll sich äußerten, verschüttet hat. Aber indem die Völker in dem äußerlichen Anschein erkennen, daß jede, selbst die scheinbarste Notwendigkeit zur Weiterführung des Krieges geschwunden ist, indem sie erkennen, daß mit ihnen, mit ihrer Begeisterung und Tatkraft, eine elende Komödie aufgeführt wird, muß ihnen der Wille reifen, sich gegen die Staatslenker, die noch immer nicht Bernunft annehmen, zu erheben und mit unwiderstehlicher Macht zu künden: Bis hierher und nicht weiter!



24./IX. 1917

### Der Rücktritt des Präsidiums des Arbeiter- und Soldatenrates.

St. Petersburg, 23. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates brachten die sozialistisch-minimalistischen und die revolutionär-sozialistischen Parteien eine Entschliebung in Vorschlag, des Inhaltes, daß die am 13. September gefasste maximalistische Entschliebung lediglich rein zufällig angenommen worden sei und daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg volles Vertrauen zu seinem Bureau habe. Diese Entschliebung wurde in namentlicher Abstimmung mit 519 gegen 418 Stimmen abgelehnt, während 57 Abgeordnete abwesend waren. Der Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates, Tschaidse, erklärte, daß die Mitglieder des Bureaus ihr Amt niederlegen.

St. Stockholm, 22. September. (Meldung des Vertreters des I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Der Rücktritt des Präsidiums des Arbeiter- und Soldatenrates beweist das Anwachsen des Einflusses der Bolschewiken, welche bei den Sonntag stattfindenden Neuwahlen ihre Führer Trozki und Kamenev ins Präsidium kandidieren werden.



24./IX. 1917

### Eine kritische Woche.

A. Amsterdam, 22. September. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gibt folgende Meldung des „Daily Telegraph“ aus Petersburg wieder: Diese Woche ist die Woche des Kampfes zwischen den Hauptströmungen der Revolution.

Die Bolschewiki halten es für unbedingt notwendig, dem Kriege ein Ende zu machen. Sie sagen sich, daß zur Fortsetzung des Krieges eine starke Regierung nötig wäre und daß eine solche Regierung notwendigerweise antirevolutionär sein müßte. Deshalb verlangen sie eine sozialistische Regierung und sofortigen Waffenstillstand.

Die Extremen der anderen Richtung sagen: Die Arbeiter- und Soldatenräte haben das Land in einen chaotischen Zustand veretzt. Sie gefährden die Stellung Rußlands als Großmacht. Wir müssen also den Krieg fortsetzen und zu diesem Zweck die Disziplin wiederherstellen. Das kann aber nur durch eine Diktatur geschehen.

Zwischen diesen äußersten Gruppen stehen die Mittelparteien, die für eine Koalitionsregierung sind, aber augenblicklich sich im Hintergrund halten.

„Daily News“ melden aus Petersburg: Die am Montag zusammentretende demokratische Konferenz wird, wenn sie sich gegen ein Koalitionskabinett entscheidet, ein sozialistisches Ministerium beantragen, für das schon eine Ministerliste vorliegt. Kerenski würde in diesem Falle wahrscheinlich zurücktreten.



25. IX. 1917

158

## König Ludwig an den Papst.

Wie in der gestrigen Wendausgabe der „Boschischen Zeitung“ mitgeteilt, hatte Papst Benedikt XV. am Tage der Uebergabe der päpstlichen Note an den Kaiser auch dem König von Bayern durch den päpstlichen Nuntius eine Note überreichen lassen. König Ludwig hat Freitag dem Nuntius ein Schreiben für den Papst zukommen lassen, dessen Wortlaut jetzt von der „Korrespondenz Hoffmann“ bekanntgegeben wird. Das Schreiben lautet:

„Heiligster Vater!

Euere Heiligkeit haben mit Schreiben vom 2. August lfd. Js. an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker einen feierlichen Appell gerichtet, um durch einen gerechten und dauernden Frieden die Schrecknisse dieses fürchterlichen Krieges zu beenden und der Welt den Frieden wiederzugeben. Euere Heiligkeit haben die hohe Gnade gehabt, dieses hochbedeutfame Dokument auch an Mich gelangen zu lassen, wofür Ich Meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen bitte.

Mit tiefster Ergriffenheit habe Ich die Worte Euerer Heiligkeit vernommen. Aus jedem Sage dieses der Anbahnung des Friedens gewidmeten Schreibens spricht das heiße und innige Bestreben Euerer Heiligkeit, als Vertreter des göttlichen Friedensfürsten der leidenden Menschheit die Segnungen des Friedens wiederzubringen. Hiermit krönen Euere Heiligkeit in edelster Weise das Werk, das sich Euere Heiligkeit seit dem ersten Tage Ihres Pontifikats vorgesetzt haben: in allumfassender väterlicher Liebe und Unparteilichkeit nach Möglichkeit die Schrecknisse dieses Völkerringens abzukürzen und die Leiden des Krieges zu ändern. Der unvergängliche Dank der ganzen Menschheit ist Euer Heiligkeit für dieses unermüdlche, edle Wirken sicher. Jeden Schritt, den Euere Heiligkeit zur Anbahnung eines dauernden und für alle ehrenvollen Friedens unternahmen, habe Ich ebenso wie Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und alle anderen deutschen Bundesfürsten, wie das ganze deutsche Volk mit herzlichster Sympathie verfolgt. Die Geschichte beweist es, daß das deutsche Volk seit der Begründung des Deutschen Reichs keinen anderen und keinen sehnlicheren Wunsch gehabt hat, als in Frieden und in Ehren an der Lösung der höchsten kulturellen Aufgaben der Menschheit nach Kräften mitzuwirken und sich der ungestörten Entwicklung seines wirtschaftlichen Lebens zu widmen. Nichts konnte dem friedliebenden deutschen Volke und seiner Regierung dabei ferner liegen, als der Gedanke eines Angriffs auf andere Völker und als das Streben nach gewaltfamer Gebietserweiterung. Denn kein Sieg und kein Länderewerb konnte in seinen Augen auch nur im entferntesten die furchtbaren Schrecken eines Krieges, die damit notwendig verbundene Vernichtung kultureller und wirtschaftlicher Werte aufwiegen. Die in voller Uebereinstimmung mit den deutschen verbündeten Regierungen geführte Politik des Deutschen Kaisers und der Reichsleitung, die allezeit, oft bis hart an die Grenze des mit den deutschen Interessen Verträglichem, die Erhaltung und Sicherung des Friedens im Auge hatte, fand daher stets die vollste Billigung des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertreter. Erst als sich Deutschland in seiner Existenz bedroht betrachten mußte, als sich das deutsche Volk mit seinen treuen Verbündeten, von allen Seiten angegriffen sah, gab es keine andere Wahl, als mit dem Aufgebot aller Kräfte für Ehre, Freiheit und Dasein zu kämpfen.

Aber auch während dieses uns aufgezwungenen, nun mehr als drei Jahre wütenden Krieges ohnegleichen hat die deutsche Regierung unzweideutige Beweise ihrer Friedensbereitschaft geliefert, und zwar ganz besonders durch die im Verein mit unseren Bundesgenossen schon zu Ende des Jahres 1916 an die Feinde gerichtete feierliche Aufforderung, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn dieser erste, ernste Versuch, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen, gescheitert ist, so trifft dafür die Verantwortung unsere Gegner, die jedes Eingehen auf den Vorschlag ablehnten. Um so inniger sind die Wünsche, die Ich gleich Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, gleich dem ganzen deutschen Volke für einen Erfolg des von Euerer Heiligkeit jetzt unternommenen Schrittes hege, damit durch ihn zum Besten der ganzen Menschheit ein dauernder, für alle Teile ehrenvoller Friede angebahnt werden möge.

Ich habe die Ehre zu zeichnen  
Euerer Heiligkeit ganz gehorsamer Sohn  
L u d w i g.

München, den 21. September 1917.



# Die Rektoratsübergabe an der Universität.

Geheimrat Pendl über „Politische Grenzen“.

Die Berliner Universität beging heute mittag 12 Uhr die Feier der Rektoratsübergabe in gewohnter Weise mit einem Festakt in der neuen Aula. Besondere Bedeutung erhielt die Feier durch die Rede, mit der Geheimrat Albrecht Pendl, der berühmte Geograph, sein Rektorat antrat, nachdem sein Vorgänger, Geheimrat Ernst Bumm, den Jahresbericht erstattet und seinen Nachfolger mit den Abzeichen der neuen Würde geschmückt hatte. Geheimrat Pendl führte unter dem Titel „Ueber politische Grenzen“ in seiner Festrede u. a. folgendes aus:

Das ist das Kennzeichen dieses Krieges, daß er auf beiden unserer Gegner um die beiden Grenzen geführt wird, die der Mensch auf der Erdoberfläche zieht, um die politischen Grenzen der Herrschaft und um die Eigentumsgrenzen des Bestehes. Natürliche Grenzen bieten nicht das, was man so häufig von ihnen erwartet und verlangt: eine eindeutige Festlegung der Grenzlinie, wie sie der moderne Staat braucht, um sein Gebiet scharf und bestimmt festzulegen. Erst die Vermarkung verleiht den natürlichen Grenzen Eindeutigkeit. Keiner der zivilisierten Staaten begnügt sich heute mit bloßen natürlichen Grenzen: alle haben vermarkte, also künstliche Grenzen. Die genaue Grenzvermarkung aber wurzelt ursprünglich nicht bei der politischen Grenze, sondern bei der Besitzums- und Eigentumsgrenze.

In den Kulturländern Europas ist die Gesamtfläche des Staates auf Grundeigentümer verteilt. Der Staat tritt vielfach selbst als solcher auf. Die Ziehung neuer Staatsgrenzen steht in Europa seit langem in enger Abhängigkeit von den Grundbesitzverhältnissen. Frankreich lenkt, befangen von der Vorstellung, daß Flüsse im Flachlande die beste Grenze seien, seine Blicke nach dem Rhein als bessere Grenze. Hinter dem Rufe nach Elsaß-Lothringen verbirgt sich der Wunsch, Belgien zu gewinnen. Die Grenzen kleiner politischer Räume sind nach anderen Gesichtspunkten zu ziehen, als die größerer. Nicht entscheidet über die Güte einer Grenze, ob sie eine natürliche oder künstliche ist, sondern ob sie zu dem Staate paßt, den sie umspannt. An eine naturgemäße Grenze denken manche, wenn sie von einer natürlichen Grenze sprechen. Die naturgemäße Grenze eines Staatsgebietes ist der Ausdruck politischer Kräfte. Weitblickende Herrscher lenken die Entwicklung des Staates behutsam auf einen bestimmten Lebensraum, der die erforderlichen Grundlagen für das Gedeihen des Staates gewährt. Die Flüsse sind die Adern, in denen sich der Ausgleich zwischen den von der Natur verschieden ausgestatteten Teilen eines Lebensraumes vollzieht, und gehören daher zu dessen natürlichem Zubehör; mögen sie gute natürliche Grenzen sein, mögen sie wie nasse Gräben einen vortrefflichen militärischen Grenzschutz gewähren, mögen sie sich empfehlen bei der Aufteilung eines Landes mit Grundeigentum — naturgemäße Staatsgrenzen sind die Flüsse nicht.

Von den politischen Problemen, die Pendl behandelte, seien seine Bemerkungen über Oesterreich-Ungarn hervorgehoben. Der Gelehrte sprach von der „Verzahnung“, die entsteht, indem das Deutsche Reich in Schlessen und Südbayern gegen Oesterreich hin vorspringt und dieses in Böhmen und Tirol seinerseits ähnliche Vorsprünge aufweist: diese Verzahnung verknüpft die beiden Bundesgenossen aufs engste, wem Oesterreich zur Befestigung seines böhmischen Vorsprunges das tschechische Element kräftiger werden ließ, als im Interesse guter nachbarlicher Beziehungen zu Deutschland liegt. Während Italien seine Verzahnung mit Oesterreich als Reibungsfläche ansah, betrachten wir unsere Volksgenossen außerhalb des Reiches nicht als unerlöste Brüder; uns erscheinen Grenzvorsprünge immer mehr als Gebiete der Berührung, statt als solche der Reibung. In dem buntesten Völkergemisch der Donauländer ist der Zwang der geographischen Verhältnisse so stark, daß er hier zur Herauskristallisierung der österreichisch-ungarischen Monarchie führte, deren Wachstum allerdings an der Donau vorzeitig haltgemacht.

25. IX. 1914

161

Nicht ohne Sorge betrachtet der Kenner Oesterreichs die neuesten Wünsche nach Begründung eines tschechisch-slowakischen Reiches. Dieses würde den böhmischen Vorsprung der Donaumonarchie zu einem Dorn im deutschen Fleische machen. Eine einheitliche rumänische Nationalität existiert in Wirklichkeit gar nicht als zusammenhängendes Volksgebiet, sondern wird durch die menschenleeren Flächen der östlichen Karpathen und transylvanischen Alpen in zwei getrennte Volksgebiete: Siebenbürgen und Rumänien, zerlegt. Und wo die ethnographische Karte die große Fläche der Polen verzeichnet, da trifft man höchst selten rein polnische Bevölkerung, sondern letztere ist durchsetzt mit zahlreichen Juden und nicht wenigen Deutschen, ganz abgesehen von den Grenzgebieten, wo deutsche Dörfer mit polnischen vielfach wechseln, so daß der polnische Geograph v. Romer durch Anwendung einer dafür geeigneten Methode einen Ost polnischen Bevölkerung herauskonstruieren konnte, der sich bis zur Ostsee erstreckt, während die sorgfältige Untersuchung erweist, daß quer über jenen konstruierten Mi hinweg eine Verbindung der deutschen Bevölkerung Ostpreußens mit der der westlichen Provinzen des Königreiches vorhanden ist. Staaten im engen Lebensraum müssen auf Meeresgrenzen verzichten, ebenso jene Staaten, die auf rein nationaler Grundlage erwachsen, falls es sich um eine Binnenlandsnation handelt, wie z. B. die polnische. — Vielleicht, so betonte Pendl, ist die Zeit nicht fern, in welcher das gegenwärtig übermäßig gesteigerte, auf ethnographischer Grundlage beruhende Nationalbewußtsein der kleinen Nationen einem andern Gefühl weicht, das die Völker lange befehle und groß gemacht hat, nämlich die Liebe zur heimatlichen Scholle, die bei uns Deutschen so ausgeprägt vorhanden ist.

Die Seestaaten trachten stets nach einer mehr oder weniger ausschließlichen Beherrschung der See, die Landmächte verlangen Freiheit der Meere. Niemand wird den großen belebenden Einfluß verkennen, den die Seestaaten auf die allgemeine Entwicklung der Menschheit genommen. Aber daraus folgt noch nicht ihre Notwendigkeit; denn der befruchtende Einfluß kaltpft sich

weniger an den Seestaat als solcher, als an den Seeverkehr überhaupt. — Die friedliche Ausbreitung deutschen Besitzes und deutscher Unternehmung führte schließlich zu einem Konflikt mit der rücksichtslosen Ausdehnung der englischen Ueberseehegemonie. Es plakten die beiden Richtungen Weltgeltung und Weltmacht, Weltpolitik und Imperialismus aufeinander.

Der Verlust deutschen Vermögens in den feindlichen Ländern ist ganz ungeheuer. Wird doch allein das in englischer Hand befindliche deutsche Vermögen von den Engländern selbst auf 2,8 Milliarden Mark geschätzt. Aber es handelt sich dabei vor allem um den Verlust an Weltgeltung. Könnte ein Friedensschluß zwar die Wiedererstattung unserer Auslandsvermögen ausbedingen — kein Friedensvertrag kann uns die zerstörten Werte wiederherstellen. Volkstommen neu beginnen muß Deutschland seine Friedensarbeit von 80 Jahren auf dem Weltmarkt, und unter erschwerten Bedingungen. Viele Stätten der Rohstoffgewinnung sind im Kriege in feindliche Hände übergegangen, der Deutsche ist geächtet worden auf der ganzen Erde.

Man könnte deswegen trübe in die Zukunft blicken; denn kann unser Außenhandel nicht rasch wieder aufgebaut werden, so werden wir Rohstoffe in Zukunft teurer zahlen müssen und können die Erzeugnisse unseres Gewerbestandes nur schwer verkaufen. Das werden vor allem unsere Arbeiter zu spüren bekommen. Zunächst wird es zwar Arbeit in Hülle und Fülle geben. Aber bald wird sich zeigen, in welcher hohen Maße unsere überseeische Ausfuhr unsere Industrie beschäftigt hat, und die Löhne werden gedrückt, Abwanderung der Fabrikarbeiter in die Landwirtschaft, schließlich Auswanderung wird die Folge sein. Aber dieser Verlust kann abgewendet werden, selbst wenn es nicht gelingen sollte, den deutschen Handel wieder in der früheren Weise aufzubauen. Die bestehende Kriegslage berechtigt zu der Forderung, daß in dem zu schließenden Frieden unvermeidlichen Verlusten entsprechender Gewinn gegenübergestellt wird, daß wir vom eroberten Land behalten, was notwendig ist als Lebensraum für unser deutsches Volk, daß wir einen Kolonialbesitz erhalten, groß und reich genug, um uns mit umentbehrlichen Rohstoffen zu versehen. Das ist kein imperialistisches Streben, sondern Notwendigkeit, das Mindestmaß dessen, was wir für die Zukunft brauchen, ein kleiner Ersatz für das, was wir unrettbar verloren haben.



25. IX. 1917

### Die Aufnahme unserer Antwort auf die Papstnote im Ausland.

Nach der Auffassung in hiesigen diplomatischen Kreisen.

In hiesigen diplomatischen Kreisen erklärt man sich von der Aufnahme, welche die Antwort der Monarchie in den neutralen Blättern der Westschweiz, Norwegens und Hollands gefunden hat, und zwar selbst in jenen Blättern, welche sich uns nicht immer als wohlgesinnt erwiesen haben, vollauf befriedigt. Nur vereinzelt wurde der Vorwurf erhoben, daß die Antwort die interessantesten Einzelfragen nicht berühre und daher die Erwartungen enttäusche. Dabei übersehe man aber, daß der Papst selbst keine Antwort in den Einzelfragen erwartet habe. Besonders scharf wird von der neutralen Presse das Schweigen der reichsdeutschen Antwort zur

belgischen Frage in den Vordergrund gerückt. Diese ausländischen Blätterstimmen berücksichtigen nicht genügend die Tatsache, daß im Deutschen Reiche über die belgische Frage in mehr oder weniger offiziellen Blätterstimmen noch die Diskussion über diese Frage gerade in den letzten Tagen lebhaft geführt wird, so daß eine Stellungnahme in der Antwort um eine kurze Frist verfrüht gekommen wäre.

Die Verbandspresse läßt sich bis jetzt in ihrer allgemeinen Stellungnahme nur mit geringer Sicherheit beurteilen und noch schwerer ist es, in den zu uns herübergekommenen Einzelmeldungen die offizielle Intonation der Regierungen herauszufühlen. Von den italienischen Pressestimmen liegen bisher nur Auszüge aus Lugano vor. Aus Frankreich, England und Amerika liegen bisher nur Berichte der Agenturen Havas und Reuter vor. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form England antworten wird, ob durch eine Ministerrede oder ob England jetzt doch veranlaßt wird, die Papstnote zu beantworten, womit ein großer Schritt näher zum Frieden getan wäre.

\*

Aus Konstantinopel und Sofia werden Blätterstimmen gemeldet, welche die Antwort der Mittelmächte als aufrichtige Friedenskundgebungen erklären und ihnen durchaus zustimmen.



27. IX. 1917

**Der Sitzungsbericht.**

N Berlin, 26. Septbr. (Früh.-Tel.)

Der Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und gedenkt des Hinscheidens des Abg. Wassermann, der an den Arbeiten des Reichstages stets hervorragenden Anteil genommen habe und dem der Reichstag ein dankbares Andenken bewahren werde. Dann fährt der Präsident fort:

„Meine Herren! Schon einmal, am 2. Mai dieses Jahres, bin ich genötigt gewesen, die Annahme zurückzuweisen, die sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in seiner Botschaft an den Kongreß herausgenommen hatte, indem er einerseits eine Verbeugung hat eintreten lassen wollen zwischen unserem Kaiser und dem Volke und der Regierung, und indem er andererseits eine Einmischung versucht hat in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall.) Er hat jetzt diesen Versuch in seiner Antwort auf die Friedensnote Seiner Heiligkeit des Papstes wiederholt. Ich weise mit aller Entschiedenheit dieses Beginnen zurück. (Erneuter Beifall.) Mit gleicher Entschiedenheit wie damals rufe ich ihm zu: Wer es versucht, zwischen Kaiser, Volk und Regierung einen Keil zu treiben, der heißt auf Granit. (Wiederholter Beifall.) Deutschland hat trotz aller Herausforderungen der Welt den

Frieden erhalten, und der Suchomlinow-Prozess hat unzweideutige und schlagende Antwort gegeben auf die Frage, daß diejenigen, die jetzt die Friedensbestrebungen des Deutschen Reiches verdächtigen, den Weltbrand entfacht haben. Von Neuem lesen wir in der Note des Präsidenten Wilson Worte von Menschlichkeit und Menschlichkeit, in deren Interesse Amerika den Krieg gegen Deutschland führt. Wer wird diesen Worten glauben, wo er es in der Hand hatte, Hunderttausende von Menschenleben zu retten und zu erhalten, wenn er verhindert hätte, daß die Lieferung von Munition und Kriegsmaterial aus Amerika an die Ententemächte erfolgte. Auf wessen Seite stehen Menschenrecht und Menschlichkeit? Auf der Seite dessen, der, abgesehen von den ungeheuren Munitionslieferungen, durch seine fortgesetzte, allem Völkerrecht widersprechende unneutrale Haltung vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland den Krieg verlängert hat, der den Hungerkrieg Englands gegen deutsche Frauen und Kinder begünstigt hat? (Sehr wahr!) Und der sich nicht gescheut hat, zu den Angriffen der Engländer gegenüber dem Privateigentum und dem neutralen Staatseigentum (ich erinnere nur an die Postfäße) zu schweigen? Oder auf Seiten des deutschen Kaisers, der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, die offen und ehrlich die Hand zum Frieden den Feinden entgegenstreckt haben? (Beifall.) Wie kam der Präsident Wilson fortgesetzt von dem Schutze der kleinen Völker durch die großen Nationen sprechen? Hier haben wir die Tatsache, daß er das kleine Griechenland im Stich gelassen hat in seiner Not und seiner Vergewaltigung und keine Worte fand, um ihm zu helfen. (Sehr richtig!) Trotz der Monroe-Doktrin hat er in die europäischen

Verhältnisse eingegriffen. Die Monroe Doktrin gibt es nicht, wenn es zu Gunsten Englands geht. In seiner Note fügt dann der Präsident dem deutschen Volk, für das er so große Sympathien und Freundschaft zu hegen vorgibt, die schwersten Beleidigungen zu. Außerdem mischt er sich in dessen innere Verhältnisse ein. Wir sprechen im Namen des ganzen Volkes, wenn wir uns eine derartige Einmischung verbitten, (Lebh. Beifall) wenn wir den Verbeugungsversuch auf das schärfste zurückweisen. (Beifall.) Deutschland ist Mannes genug, um seine eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen und zwar so, wie es den eigenen Interessen Deutschlands und dem eigenen Charakter des deutschen Volkes entspricht. (Lebhafte Beifall.)

Wir stehen zu Lande, zu Wasser und in der Luft in den schärfsten Kämpfen um die höchsten Güter der Nation. Von den Fronten ist soeben eine ganze Anzahl unserer Mitglieber zurückgekehrt, die den Heldennut unserer tapferen Soldaten, Offiziere und Generale bewundert haben, die mit eiserner Zähigkeit und ungebrochener Offensivkraft länger als drei Jahre Uebermenschliches leisten. (Lebhafte Beifall.) Wir haben Einblick erhalten in die großartige Organisation des Generalstabes, der bis aufs Höchste vervollkommen ist. Wir staunen immer von Neuem über die Genialität der Obersten Heeresleitung (Lebhafte Beifall), die in dem System der Abwehrschlacht noch nie Dagewesenes geleistet hat. In diese Oberste Heeresleitung sehen Meer und Volk unerschütterliches und festestes Vertrauen. (Lebhafte Beifall.) In den Lüften haben wir die Oberhand gewonnen. Unsere kühnen Flieger verrichten ihr Amt in unvergleichlicher Weise. Unsere U-Boote, Mannschaften und Führer leisten nicht bloß das, was sie vermögen, sondern weit darüber hinaus. (Lebhafte Beifall.) Zu diesen Kräften gesellen sich ebenbürtige in der Heimat, in unserem Wirtschaftsleben und in unserem ganzen Leben. So rüstet sich ganz Deutschland, die siebente Kriegaanleihe zu einem ebenso großen Erfolge zu führen wie die früheren. Das sind die Grundlagen, auf denen wir suchen und schützen, was wir von unseren Vätern ererbt und was diese auf den Schlachtfeldern erworben haben, die Vollendung des jahrhundertelangen Sehns nach einem einheitlichen Deutschland, nach der Größe, Macht und dem Glanz des deutschen Vaterlandes. Wir schätzen unsere heiligsten Güter gegenüber der ganzen Welt. Niemand, auch nicht der Präsident Wilson, kann das unerschütterliche Vertrauen in die Größe unseres Landes brechen. Mit Vertrauen werden wir, wenn unsere Feinde unser Recht auf Leben und freie Entwicklung nicht anerkennen wollen, im Kampfe ausharren bis zum glücklichen Ende, für Kaiser und Reich. (Lebhafte Beifall.)

Wenigere Rechnungssachen werden ohne Debatte erledigt. Die Berichterstattung über die Deutschrift betreffend die Aufwandsausgaben für Deutsch-Südwestafrika gibt dem Abgeordneten **Moßke** Veranlassung, sein Debattieren darüber auszusprechen, daß die zur Nachprüfung der Ausgaben eingesetzte Reichstagskommission so selten einberufen wird, daß sie über die Vorarbeiten nicht hinausgekommen ist. Er regt die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission an.

Ministerialdirektor **Lewald** erklärt, daß es jetzt an Zeit für diese Arbeiten fehlt.

Abgeordneter **Dittmann** (Unabh. Soz.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten **Moßke** an, ebenso der Abgeordnete **Saehle** (Fortschr. Pp.)

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Es folgt die erste Lesung des Nachtragsstats.

Staatssekretär Graf von **Rebbern** begründet die Vorlage: Die Arbeit des Reichskanzlers hat sich in einem Maße vermehrt, daß er eine ständige Vertretung zur Seite haben muß. Das Stellvertretergesetz wird dadurch nicht berührt. Es handelt sich nur um eine persönliche Entlastung des Reichskanzlers. Die Teilung des Reichsamts des Innern beschäftigt die Öffentlichkeit schon seit Jahren. Die Schaffung eines eigenen Handelsamtes ist undurchführbar wegen der engen Verbindung der Konsulate mit dem Auswärtigen Amt. Wir haben uns zur Schaffung eines eigenen Reichswirtschaftsamtes entschlossen und dem bisherigen Reichsamt des Innern die Fragen vorbehalten, die in den Einzelstaaten dem Ministerium des Innern und dem Kultus zufallen. Entsprechend dem größeren Arbeitskreise des Wirtschaftsamtes ersuchen wir um die Schaffung von zwei Unterstaatssekretärstellen. Die Arbeit des Reichsfinanzamtes ist infolge des Krieges gewaltig gewachsen, und diese Arbeit wird nach dem Kriege fortdauern. Dem entspricht die Vorlage. — Der Staatssekretär fordert die Abgeordneten auf, das Reichsfinanzamt bei der Werbung für die neue Kriegaanleihe ebenso wie früher kräftig zu unterstützen.

Die Vorlage geht ohne Debatte an den Ausschuß, ebenso ohne Debatte der Nachtrag zum Revidierungsgesetz. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am 3.



## Die bulgarische Note an den Papst.

Sofia, 25. Septbr. (W. B.) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Die Antwort des Königs Ferdinand von Bulgarien auf die päpstliche Note hat folgenden Wortlaut:

Heiliger Vater! Mit ehrerbietigster Ergebenheit vernahmen wir den Aufruf, den Eure Heiligkeit getreu der göttlichen Mission an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten richteten, um sie zu veranlassen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und der so schwer geprüften Menschheit die Wohltat des Friedens wiederzugeben. Tief bewegt von der väterlichen Sorge, von der dieser neue, von Liebe und Menschlichkeit getragene Schritt eingegeben ist, haben wir mit kindlicher Andacht die Stimme Eurer Heiligkeit vernommen, die sich zu Gunsten des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker erhoben hat. In den 30 Jahren, seitdem die göttliche Vorsehung uns herief, die Geschicke des bulgarischen Volkes zu lenken, verloren wir keinen Augenblick die schicksalsschwere Bestimmung des bulgarischen Volkes aus den Augen und veranlassen keinen Augenblick die schwere Verantwortung, die uns diese höchste Aufgabe vor Gott und den Menschen auferlegt. Unser heißester Wunsch war immer der, diesem Volke die Möglichkeit zu geben, sich friedlich auf den Wegen des Fortschritts zu entwickeln, im Frieden und im guten Einvernehmen mit den anderen Völkern. Im Bewußtsein unserer Pflicht ermangelten wir niemals, die Umstände in Rücksicht zu ziehen, die das Ende dieses Krieges, dessen Schrecken nicht ihresgleichen haben, hätten beschleunigen können. Von den gleichen Beweggründen geleitet, richtete unsere Regierung im Einvernehmen mit den Regierungen unserer Verbündeten im Dezember 1916 an die gegen uns kämpfenden Mächte den Eurer Heiligkeit bekannten Appell, welcher bestimmt war, den Frieden in den internationalen Beziehungen wieder herzustellen. Seither, sowie früher, sind wir, unterstützt von unserer Regierung, unablässig bemüht, die Einheit des bulgarischen Volkes zu sichern und von dem Wunsche befeelt, Bulgarien die Wohltaten des Friedens wiederzugeben. Darum glauben wir auch mit Eurer Heiligkeit, daß der Abschluß eines dauerhaften Friedens, der geeignet wäre, diese Wohltaten zu sichern, nur möglich sein wird, wenn die Regierungen sich über die von Eurer Heiligkeit vorgeschlagenen Maßnahmen einigen. Die Gewalt wird in den internationalen Beziehungen dem Rechte und der Billigkeit weichen, sobald die Staaten, durchdrungen von den Menschlichkeitsgefühlen Eurer Heiligkeit, sich verständigt haben werden, um gleichzeitig den Stand ihrer Streitkräfte herabzusetzen und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren in allen internationalen Streitigkeiten anzunehmen, das heißt, sobald die Staaten die gleiche obligatorische Rechtsordnung untereinander werden anerkannt haben, die die privaten Beziehungen ihrer Untertanen beherrscht. In dieser Ueberzeugung und von unserer Regierung darin unterstützt, werden wir mit unserer ganzen Energie jeden solchen Vorschlag fördern, der den vitalen Interessen der bulgarischen Nation und ihrer Einheit nicht zuwiderläuft. In der Mitte der Balkanhalbinsel gelegen, im Osten und im Süden vom Meere umspült und offen für seine wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Bedingungen entsprechend, hat Bulgarien, das von dem Grundsatz der Freiheit der Meere geleitet ist, dank dem es seinen Wohlstand wird sichern können, keinen Grund, nicht zu wünschen, daß der Haß, der die Völker trennt, durch Frieden bezähmt und getilgt werde, durch einen auf gegenseitigem Verständnis und Mäßigung begründeten Frieden, durch einen Frieden, der allen Völkern den Fortschritt verbürgt, indem er das natürliche Streben aller nach einer größeren Freiheit und nach einem größeren Maß von Glück schützt und alle keine neuer Mißheiligkeiten und Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben, ausschließt. Voll Befriedigung ob der Feststellung, daß unsere Absichten, so wie wir sie eben zum Ausdruck brachten, mit dem Willen des Heiligen Stuhles übereinstimmen, und außerdem geleitet von dem Streben, im Frieden und Eintracht mit allen Völkern zu leben, wünschen wir aus vollem Herzen, daß das von Eurer Heiligkeit unternommene erhabene Werk von dem glänzendsten Triumph gekrönt werde, und daß die göttliche Weisheit in diesen entscheidenden Augenblicken jene erfüllen und erleuchten möge, die die Geschicke der durch die Schrecken des Krieges so grausam geprüften Völker lenken.

27. IX. 1917

170. 27



27. IX. 1917

172

# Die Friedensbemühungen des Papstes.

## Die Antwort des Königs von Bulgarien auf das Papstschreiben.

Sofia, 25. September. (Bulg. Tel.-Ag.)

Die Antwort des Königs auf die päpstliche Note hat folgenden Wortlaut:

„Heiliger Vater! Mit ehrerbietigster Ergebenheit haben wir den Ruf vernommen, den Eure Heiligkeit, getreu Ihrer göttlichen Mission an die Oberhäupter der kriegführenden Staaten gerichtet haben, um zu veranlassen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und der so schwergeprüften Menschheit die Wohltaten des Friedens wiederzugeben.

Tief bewegt von der väterlichen Sorge, von der dieser neue von Liebe und Menschlichkeit getragene Schritt eingegeben ist, haben wir mit kindlicher Andacht die Stimme Eurer Heiligkeit vernommen, die sich zugunsten des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker erhoben hat.

In den dreißig Jahren, seitdem die göttliche Vorsehung uns berufen hat, die Geschicke des bulgarischen Volkes zu lenken, haben wir keinen Augenblick die schicksalsschwere Bestimmung des bulgarischen Volkes aus dem Auge verloren, keinen Augenblick die schwere Verantwortung verkannt, die diese höchste Aufgabe uns vor Gott und den Menschen auferlegt, und unser heißester Wunsch ist es immer gewesen, diesem Volke die Möglichkeit zu geben, sich friedlich auf dem Weg des Fortschrittes zu entwickeln, in Frieden und gutem Einvernehmen mit den anderen Völkern.

Im Bewußtsein unserer Pflicht haben wir niemals erwanget, die Umstände in Rücksicht zu ziehen, die das Ende dieses Krieges, dessen Schrecken nicht ihresgleichen haben, hätten beschleunigen können. Von den gleichen Beweggründen geleitet, hat unsere Regierung im Einvernehmen mit den Regierungen unserer Verbündeten im Dezember 1916 an die gegen uns kämpfenden Mächte den Eurer Heiligkeit bekannten Apell gerichtet, der bestimmt war, den Frieden in den internationalen Beziehungen wiederherzustellen. Seither, so wie früher, sind wir, unterstützt von unserer Regierung, unablässig bemüht, die Einheit des bulgarischen Volkes zu sichern, und von dem Wunsche befeelt, Bulgarien die Wohltaten des Friedens wiederzugeben. Darum glauben wir mit Eurer Heiligkeit, daß der Abschluß eines dauerhaften Friedens, der geeignet wäre, diese Wohltaten zu sichern, nur möglich sein wird, wenn die Regierungen sich über die von Eurer Heiligkeit vorgeschlagenen Maßnahmen einigen. Die Gewalt wird in den internationalen Beziehungen dem Rechte und der Billigkeit weichen, sobald die Staaten, durchdrungen von den Menschlichkeitsgefühlen Eurer Heiligkeit sich verständigt haben werden, um gleichzeitig den Stand ihrer Streitkräfte herabzusetzen und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren in allen internationalen Streitigkeiten anzunehmen, d. h. sobald die Staaten die gleiche obligatorische Rechtsordnung untereinander werden anerkannt haben, die die privaten Beziehungen ihrer Untertanen beherrscht.

In dieser Ueberzeugung und von unserer Regierung darin unterstützt, werden wir mit unserer ganzen Energie jeden solchen Vorschlag fördern, der den vitalen Interessen der bulgarischen Nation und ihrer Einheit nicht zuwiderläuft.

In der Mitte der Balkanhalbinsel gelegen, im Osten und im Süden vom Meere umspielt, allen für seine wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Bedingungen entsprechend, hat Bulgarien, das von dem Grundsatze der Freiheit der Meere geleitet ist, dank dem es seinen Wohlstand wird sichern können, keinen Grund, nicht zu wünschen, daß der Haß, der die Völker trennt, durch den Frieden bezähmt und getilgt werde, durch einen auf gegenseitigem Verständnis und Mäßigung begründeten Frieden, durch einen Frieden, der allen Völkern den Fortschritt verbürgt, indem er das natürliche Streben Aller nach größerer Freiheit und nach einem größeren Maß von Glück schützt und alle Keime neuer Mißbilligkeiten und Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben, ausschließt.

Voll Befriedigung ob der Feststellung, daß unsere Absichten, so wie wir sie eben zum Ausdruck gebracht haben, mit dem Willen des Heiligen Stuhles übereinstimmen, und außerdem geleitet von dem Streben, in Frieden und Eintracht mit allen Völkern zu leben, wünschen wir aus vollem Herzen, daß das von Eurer Heiligkeit unternommene erhabene Werk von dem glänzenden Triumph gekrönt werde und daß die göttliche Weisheit in diesen entscheidenden Augenblicken seine Erfüllung und erleuchten möge, die die Geschicke der durch die Schrecken des Krieges so grausam geprüften Völker lenken.“



## Eine Rede des Großwesirs Talaat Pascha. Auf dem Kongress der Partei für Einheit und Fortschritt.

Konstantinopel, 24. September.

Der Kongress der Partei für Einheit und Fortschritt wurde heute geschlossen. Das Komitee wurde mit Stimmenmehrheit gewählt, und zwar Großwesir Talaat Pascha zum Präsidenten, zum Generalsekretär Midhat Schukri Bey. Entsprechend einem auf dem vorjährigen Kongress gefassten Beschlusse wurde dem Zentralkomitee ein Generalrat hinzugefügt, der aus Ministern, Senatoren und Deputierten der Partei besteht und dessen Wahlen nunmehr vorgenommen wurden.

Großwesir Talaat Pascha hielt eine Ansprache, in der er unter andern sagte: Unser Land, welches gezwungen war, an diesem Kriege in einem Augenblicke teilzunehmen, in dem es sich inmitten einer Evolution des staatlichen Lebens befand und noch die Wirkungen früherer Angriffe verspürte, mußte natürlich am meisten unter der Verlängerung des Kampfes leiden. Unsere Armee hat durch den Heroismus und die Tapferkeit, die sie während der verflochtenen drei Kriegsjahre in den Kämpfen auf verschiedenen Fronten entfaltet, nicht nur das Andenken ihrer Vorfahren zu segnen und zu glorifizieren verstanden, sondern auch die Achtung und Bewunderung der ganzen Welt zu gewinnen gewußt. Ein Staat, der sich auf eine Nation stützt, aus deren Schoß eine solche Armee hervorgegangen ist, hat sich ewiges Leben gesichert und seine Existenzberechtigung voll auf erworben.

Wir haben wiederholt betont, daß wir nur kämpfen um unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, für die freie Entwicklung und für unseren Fortschritt. Wir werden bereit sein, in Verhandlungen einzutreten, im Augenblick, da unsere Feinde uns wissen lassen werden, daß sie geneigt sind, diese Prinzipien anzunehmen.

### Das Verhalten der Armenier.

Unsere Feinde verbreiten überall die Fabel, daß wir die feindlichen Unterthanen und Gefangenen übel behandeln und sie sprechen von an Armeniern und Israeliten verübten Greueln, aber ehe diese Nachrichten von uns und von mehreren neutralen Persönlichkeiten, die nur im Dienste der Humanität und Gerechtigkeit handeln, demontiert wurden, hat sich die Wahrheit Bahn gebrochen und sind der Wert und der Ursprung dieser Verleumdungen Gott sei Dank vielfach richtig erfasst worden. Der Großwesir erörtert sodann eingehend die armenische Frage, wobei er auf die durch russischen Einfluß hervorgerufenen Zustände hinweist. Die Armenier, fährt er fort, von denen man nicht glaubte, daß sie in ihrer Kühnheit so weit gehen würden, vaterlandsverräterische Handlungen während dieses Weltkrieges zu begehen, wurden wie die anderen Bürger in die Armee eingereiht und Waffen an sie verteilt. Die Komitadschis, die bis zu unserem Eintritte in den Krieg sich ruhig verhalten hatten, gingen, sobald die Russen unsere Grenze überschritten und einige unserer Orte besetzt hatten, von Ruhe und Treue zur Revolution, Desertion und Angriffen gegen die Gendarmen und die muslimanische Bevölkerung über. Daraufhin hat die kaiserliche Regierung in Konstantinopel dem Patriarchen und den zum Komitee gehörigen Abgeordneten den Ernst der Lage auseinandergesetzt und ihnen Vorbeugungsmaßnahmen empfohlen. Die Regierung wartete noch anderthalb Monate auf das Ergebnis. Erst als vor der Armee der Aufstand von Wan und hinter der Armee der Aufstand von Zeitun ausbrach, begannen überall Hausdurchsuchungen, deren Notwendigkeit der Armeekommandant betont hatte. Man fand Waffen, Bomben und Explosivstoffe, zum größten Teile in Klöstern und Kirchen. Erst als es offensichtlich war, daß die Armee in ihrer Flanke und in ihrem Rücken bedroht war, schritt man, um die Armee zu schützen, zu Deportationen aus der Kriegszone.

### Die Verleumdungen gegen die Türken.

Die Städte Gaza und Jaffa waren aus militärischen Gründen evakuiert worden. Unsere Feinde, die diese Beweggründe veranlaßt haben, haben auf Grund dieser Evakuierung eine Geschichte von Verfolgungen und Grausamkeiten erfunden, die man sich unmöglich vorstellen kann. Die kaiserliche Regierung hatte bei der Anordnung dieser Evakuierung alle erforderlichen Schutzmaßnahmen ergriffen.

Eine Depesche des Österreichischen Bureaus meldete jüngst, daß der gewesene amerikanische Botschafter in Konstantinopel Morgenthau eine Reise nach Europa und dann nach Ägypten unternommen hätte, um die Mittel für die Schaffung einer jüdischen Regierung in Palästina sicherzustellen. Als wir diese Nachricht lasen, glaubten wir an eine Erfindung der genannten Agentur, denn dem Gedanken der Bildung einer jüdischen Regierung in einem Teile unseres Landes nachzulaufen, wäre eine große Undankbarkeit der jüdischen Welt. Man kann sagen, daß die osmanische Regierung die einzige ist, die den Juden den vollen Genuß ihrer bürgerlichen und politischen Rechte läßt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat jedoch die Pforte durch Vermittlung der schwedischen Gesandtschaft offiziell verständigt, daß Morgenthau keineswegs sich nach Europa und Ägypten aus den oben erwähnten Gründen begeben hätte und daß seine Reise durchaus anderen Zwecken gedient habe. England, das genau weiß, daß die Juden in Deutschland und Oesterreich-Ungarn geachtet sind, zielt mit diesen Umtrieben nur darauf ab, unsere Beziehungen mit unseren Verbündeten zu trüben. Ich hoffe zuversichtlich, daß die jüdische Nation, die ein gewissenhaftes Element darstellt, in die ihr gelegte Falle nicht gehen wird.

### Zustimmung zur Friedensnote des Papstes.

Nachdem ich die Natur der Verleumdungen, mit denen wir überhäuft wurden, dargelegt habe, möchte ich von der an die Monarchen und Staatsoberhäupter der kriegführenden Staaten gerichteten Note des Papstes sprechen, dessen

Handlungsweise von dem höchsten menschlichen Gedanken eingegeben war. Der Papst schlägt zur Beendigung des furchtbaren Krieges zwei Grundlagen vor, nämlich die allgemeine Abrüstung und die Lösung aller Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht. Wir verfolgen nur das Ziel, innerhalb unserer Grenzen alle unsere natürlichen und moralischen Reichtümer frei zu entwickeln und so unserem Glück und demjenigen der ganzen Menschheit zu dienen. Deshalb können wir erklären, mehr als alle anderen, daß wir Anhänger eines solchen Schiedsgerichtes sind, das sich bei der Urteilsfällung auf Gleichheit der Rechte aller Länder, der Kleinen wie der Großen, stützen werde. Bezüglich der Abrüstungsfragen werden wir uns keiner Lösung widersetzen, die mit unseren Lebensinteressen vereinbar ist. Unsere Antwortnote, die auf den im Gedankenaustausch mit den Verbündeten festgestellten Grundlagen verfaßt ist, wurde dem Papste übergeben.

Die allgemeine militärische Lage des Vierbundes ist für ihn günstig und sicherer als je. Was unsere politische Lage betrifft, so flößt sie sicherlich viel mehr Vertrauen ein, als diejenige unserer Feinde, die von Revolutionen und Unruhen heimgesucht werden. Unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage ist eine gute.

Wenn der Friede geschlossen werden wird, kann man heute nicht sagen, doch ist es augenscheinlich, daß wir uns dem Ende nähern. Wir erwarten demnächst, anhaltend und etwig bleibend, den endgültigen Sieg, der uns zu Unabhängigkeit und Befreiung führt.

### Wissenschaft und Moral die Grundlagen einer modernen Nation.

Der Großwesir schloß mit folgenden Worten: Die große Lehre dieses Krieges muß die Ueberzeugung sein, daß eine moderne Nation sich nur durch die Wissenschaft und Moral heben kann. Die soziale Erfahrung lehrt, daß die Souveränität des Gesetzes nur durch die Souveränität des Wissens und der Moral gesichert werden kann. Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist, eine auf dem Gesetze beruhende Gerechtigkeit und Freiheit zu schaffen, aber die Verwirklichung dieser Aufgaben ist nur möglich, wenn das Uebergewicht der Wissenschaft und der Moral wohl gesichert ist. Arbeiten an der Befestigung der Herrschaft des Gesetzes sowie gleichzeitig an derjenigen der Moral und zu diesem Zwecke die Leistungen der Wissenschaft zu achten, muß den heiligen Zweck der Partei bilden. Ich schreibe somit den Kongress, indem ich Sie auffordere, dieses heilige Ziel hochzuhalten.

Am Schlusse der Tagung hat der Kongress dem neuen polnischen Staate seine Grüße und seine Sympathie entboten.



### Eine Krise im Präsidium des Czechischen Verbandes.

Schon bei Beginn der Session des Reichsrates zeigte es sich, daß im czechischen Verbands eine Strömung das Übergewicht habe, die mit der bis dahin von der Leitung des Verbandes, vor allem von den Abgeordneten Stanek und Dr. Smeral verfolgten Richtung im Widerspruche stand. Die Neubildung einer aus den Jungezechen, den Nationalsozialen, Staatsrechtlern und der Stranzik-Gruppe bestehenden neuen staatsrechtlichen Partei scheint diese Krise akut gemacht zu haben, und es wird davon gesprochen, daß Abgeordneter Stanek seine Obmannstelle im czechischen Verbands niederlegen werde. Ebenso wolle auch Abgeordneter Dr. Smeral auf sein Amt als Obmannsstellvertreter des Verbandes verzichten und auch Abgeordneter Mastalka dürfte von seiner Stelle im Vorstande zurücktreten. Alle diese Funktionen der Leitung des Czechischen Verbandes werden von radikaleren Persönlichkeiten abgelöst werden.

Es verlautet, daß an die Stelle des Abgeordneten Stanek der Abgeordnete Prajchel zum Obmann, an Stelle des Abgeordneten Dr. Smeral der Obmann des neugegründeten staatsrechtlichen Partiklubs, Abgeordneter Alojat, zum Obmannsstellvertreter des Czechischen Verbandes gewählt werden wird.

### Die Schwierigkeiten im Polenklub.

In der gestrigen Sitzung des Polenklubs kam es zu überaus erregten Szenen, die damit endigten, daß die Mitglieder der konservativen Fraktion vorzeitig die Klub Sitzung verließen.

Bei Besprechung der nationalen Fragen wurden die Konservativen von den altpolnischen und sozialdemokratischen Rednern und insbesondere von den Abgeordneten Witos und Szymba in der heftigsten Weise angegriffen. Diese Angriffe steigerten sich zu persönlichen Vorwürfen und Drohungen. Man rief: „Wir werden mit euch schon fertig werden!“

Abg. Gembinski erwiderte auf diese Angriffe in heftigen Worten und verließ sodann das Beratungsjimmer. Sämtliche Mitglieder der konservativen Partei folgten ihm.

Dann erst brachte Abgeordneter Witos den Antrag auf eine oppositionelle Haltung des Klubs gegen die Regierung ein, der gegen die Stimmen der Demokraten angenommen wurde.

Die polnisch-konservative Partei trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der die gestrigen Vorkommnisse besprochen wurden.

Angeichts der Tatsache, daß die Beratung im Polenklub sich um die polnisch-nationalen Fragen handelte, unter denen die Angelegenheiten der polnischen Legion und des Obersten polnischen Nationalkomitees an erster Stelle stehen, wird auch aus der angeregten Umbildung des Polenklubs in einen Parteienverband eine Klärung der inneren Schwierigkeiten im Polenklub in konservativen Kreisen nicht erwartet, da der Zweck des Parteiverbandes die gemeinsame Vertretung in den nationalen Fragen wäre und gerade wegen der nationalen Fragen die weitgehenden Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen des Polenklubs entstanden sind.

### Eine Erklärung der polnischen Sozialdemokraten.

In der gestrigen Sitzung des Polenklubs wurde vom Abgeordneten Daszynski namens des sozialdemokratischen Klubs eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

Als Vertreter der polnischen Arbeiterklasse, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation anstrebt, betrachten wir den Beschluß der Versammlung der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten vom 28. Mai 1917 als den Ausdruck der Bestrebungen der ganzen polnischen Gesellschaft während des gegenwärtigen Weltkrieges.

Die von beiden Klassen am 5. November 1916 proklamierten Akte stellen sich als ein Mittel dar, welches während des Krieges nur an ein einziges polnisches Gebiet angewendet wurde. Soll dieser Akt sein Ziel erreichen, dann muß er im Königreich Polen polnische Staatseinrichtungen ins Leben rufen, die der Ausdruck des Königreiches wären und seine Kraft potenzieren würden. Eine wirkliche, vollständige polnische Regierung, deren Funktionen — mit Zustimmung der Polen — ausschließlich und einzig durch die Kriegsnöthigkeiten begrenzt werden könnten, eine Regierung, die das Recht hat, eine auf der breitesten Grundlage aufgebaute Volksvertretung einzuberufen, das sind in unseren Augen Kriterien der Zweckmäßigkeit des Aktes vom 5. November, der dem Königreich Polen die staatliche Unabhängigkeit in Aussicht stellt.

Die Wiedereinführung von Verhältnissen in den polnischen Legionen, welche der Ehre des polnischen Soldaten, seiner Tapferkeit, Heldentum und den dem Soldaten zukommenden Rechten entsprechen, die Verknüpfung des Schicksals der Legionen mit dem Schicksal der polnischen Regierung, die Ermöglichung, daß Legionen zum polnischen Heere ausgebildet werden, würden wir als einen Beweis des Vertrauens zum veränderten polnischen Staat ansehen.

Die von der polnischen Mehrheit bewohnten Gebiete Litauens erachten wir für ein Land, welches entweder dem polnischen Staate angehören muß oder aber in der Zukunft die Grundlage für ein engeres Bündnis zwischen Polen und Litauen abgeben soll.

Der Beschluß vom 28. Mai darf als der programmatische Ausdruck der Bestrebungen des polnischen Volkes zu keinen fremden Zwecken mißbraucht werden, sowie das polnische Volk und seine Kraft nicht ein Werkzeug irgendeiner fremden Politik werden soll, die dem Willen und den vitalen polnischen Interessen keine Rechnung trägt.



Abdruck  
27. IX. 1917

# Gegen einen Frieden um jeden Preis.

## Ein Aufruf an die Deutschen Oesterreichs.

Die im Deutschen Klub vereinigten Politiker und Mandatare der staatsstreuen deutschen Parteien Oesterreichs — es gehören dazu der Chef der christlichsozialen Reichspartei Landmarschall Prinz von und zu Mojs Liechtenstein, eine Reihe christlichsozialer Wiener Gemeinderäte, Hofrat Baron Eiselsberg, Seheimer Rat Dr. Pattai, Karl Fürst Auerberg, Seheimer Rat Herrenhausmitglied Graf Anton Pace, der gewesene Justizminister Alois Freiherr v. Spens-Boden, der niederösterreichische Landesauschuß Rudolf Graf Colloredo, und eine Reihe deutschnationaler Abgeordneter und Organisationsleiter, u. a. Dr. Beurle, Dr. Dinghofer, Dobernig, Goll, Michl, Mühlwerth, Richter, Spieß, Dr. Stölzel

Dr. Sylvester, Dr. Wichtel — veröffentlichen eben jetzt einen Aufruf „An die Deutschen Oesterreichs“, in dem u. a. gegen gewisse Friedensbestrebungen der roten und goldenen Internationale und gegen die Stimmungsmache der jüdischen Presse ausgeführt wird:

In ernstesten Tagen treten wir über die Schwelle des vierten Kriegsjahres. Noch immer müssen unsere Kämpfer mit ihren Leibern die Grenzen unserer Heimat decken und immer schwerer sind die Entbehrungen geworden die die Bevölkerung infolge der Knappheit an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu tragen hat. Aber unendlich groß ist auch die Zahl der Gefahren und Mühen, die wir sieghaft überwunden, und die Stunde der Entscheidung scheint in greifbare Nähe zu rücken. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn das Hinterland, das mit so bewundernswürdiger Kraft und Entschlossenheit durch drei Jahre ausgeharrt hat, nun im vierten Kriegsjahre durch Schwachmut und Erschöpfung der Ergebnisse des langen Schlachtenringens beeinträchtigt würde. Gerade die vollen und staatsstreuen Deutschen Oesterreichs haben die erhöhte Pflicht, darüber zu wachen, daß die Friedenssehnsucht und die Unzufriedenheit mit den bestehenden Lebensverhältnissen nicht von Parteien und Kreisen verschiedenster Art, die alle international gerichtet, die alle einem aufrechten deutschen Volkstume Feind sind, zu dessen Schaden für ihre Sonderzwecke ausgebeutet werden.

Die offen und aufrichtig geäußerte Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem billigen Friedensschluß wurde von unseren Feinden bisher stets nur als ein Zeichen der Schwäche gedeutet und mit Äußerungen haßerfüllten Hochmutes beantwortet. Die Stockholmer Sozialistenkonferenzen aber stehen offensichtlich unter dem Einfluß der Entente, und niemand kann glauben, daß auf dem so vorbereiteten Kongresse eine Mehrheit sich finden werde, die den Lebensinteressen der Mittelmächte gerecht werden könnte. Die Anhänger eines Friedens um jeden Preis, die in der volksfremden Presse das Wort führen, verlangen von uns und vom Deutschen Reiche nicht nur den Verzicht auf jede Gebietsvergrößerung und Entschädigung, sondern sie fördern auch unter dem Schlagwort der Demokratie und der Selbstbestimmung der Völker Umwälzungen im Innern des Reiches unter der Vorpiegelung, daß einem derartig umgestalteten Staate die Ententemächte Frieden zu gewähren bereit wären. In Wahrheit ersehnen die Wortführer der Entente nicht eine gedeihliche Umgestaltung unserer staatlichen Ordnung im Sinne eines wirklichen Fortschrittes, sondern einen völligen Umsturz und die Auflösung des staatlichen Gefüges, um die militärische Widerstandskraft der Mittelmächte dann umso leichter brechen zu können.

So berechtigt die allgemeine Friedenssehnsucht, so begreiflich die Abspannung unserer Körper und Seelen ist, so ist doch kein Grund vorhanden, mit Verzweiflung und Entschlossenheit in die Zukunft zu sehen. Die militärische Lage ist an allen Fronten so günstig wie je, und das verspätete Eingreifen Amerikas wird daran nichts zu ändern vermögen. Die Revolution

in Rußland, die Frachtraumnot in England, die Kriegsmüdigkeit in Frankreich und Italien müssen sich im Laufe der nächsten Monate immer mehr zu unseren Gunsten auswirken. Auch die Aussichten für unsere Ernährung sind weit günstiger als im Vorjahre, so daß bei geordneter Verwaltung und richtiger Verteilung das Auslangen um so mehr gesichert erscheint, als Oesterreich sowie von der vorigen auch von der diesjährigen großen rumänischen Ernte einen weit größeren Teil als das Deutsche Reich erhält.

Auch wir wollen den Krieg nicht um bloßer Landeroberungen willen verlängert sehen, aber wir haben die Ueberzeugung, daß nur ein solcher Frieden wirklich Dauer verspricht, der zugleich mit der militärischen Sicherung unserer Grenzen den Schutz unserer Wohlfahrt und unserer nationalen Entwicklung gewährleistet. Ein Verzichtsfriede, wie er von den Internationalen als Heilmittel für alle Nöte des Augenblickes gepredigt wird, würde nicht einmal die von uns allen gewünschte Besserung der Ernährungsverhältnisse für die nächste Zukunft herbeiführen vermögen. Er würde zunächst nur die Folge haben, daß wir ein weites Gebiet Rumaniens und Serbiens freigeben müßten, über das wir jetzt für unsere Ernährung verfügen, und daß wir zusehen könnten, wie die Ernte dieser Länder den uns feindlichen Staaten zugutekommt. Der Frieden, der uns dauernd auch in unserer materiellen Wohlfahrt sichern soll, muß uns deshalb gleich vor einem zukünftigen Wirtschaftskriege bewahren und neben der Möglichkeit der Lebensmittelfuhr auch die Sicherheit der Einfuhr aller jener Rohstoffe verbürgen, die wir für unser Wirtschaftsleben unbedingt brauchen; nur so können unsere Lebensverhältnisse wirklich gebessert, nur so können Millionen arbeitswilliger Menschen, die sonst bei uns und im Deutschen Reiche der Verelendung preisgegeben wären, in Zukunft Nahrung und Arbeit finden.

Nicht nachdrücklich genug kann betont werden, daß sich bei diesem Frieden unsere Ziele mit denen der Verbündeten und insbesondere denen des Deutschen Reiches völlig decken. Mit Entrüstung wenden wir uns gegen die offenen und versteckten Quertreibereien verschiedenster Art, die unser Treuverhältnis zum Deutschen Reiche erschüttern sollen.

Auch dagegen wollen wir uns schon heute kräftig verwahren, daß auf dem zukünftigen Friedenskongreß

unseren Kriegsgegnern die Möglichkeit gegeben werde, in unsere Innenverhältnisse einzugreifen und über die Formen mitzuberaten, in denen das Zusammenleben der Völker der Monarchie zu regeln wäre. Wir empfinden es als einen beschämenden Mangel an Selbstachtung, daß einzelne Parteien ohne Scheu beabsichtigen, die Fürsprache der feindlichen Mächte bei der Friedenskonferenz für ihre Sonderwünsche in Anspruch zu nehmen. Aus eigener Kraft und eigener Erfahrung wollen wir den Aufbau unseres Staates selbst besorgen. Vertrauensvoll auf die Einsicht der Krone, deren wahre Interessen auch die des deutschen Volkes in Oesterreich sind, geben wir noch nicht die Hoffnung auf, daß es aus allen Wirren heraus gelingen wird, eine Lösung zu finden, die der geschichtlichen Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich und den ungeheuren von ihm gebrachten Kriegsoffern gerecht wird. So gewiß es ist, daß die Gestaltung des Friedens für unsere weltpolitische wie innerpolitische Zukunft von größter Bedeutung ist, so gewiß ist es auch, daß sich auch dann, wenn schlecht beratene Staatsmänner eine für die deutschen Belange unheilvolle Umgestaltung der Monarchie versuchen sollten, das deutsche Volk in Oesterreich gegen alle Gewalten aufrecht behaupten wird.

In dieser Erkenntnis haben unsere Brüder an der Front bis heute unerschütterlich und sieghaft standgehalten. In dieser Erkenntnis wollen auch wir im Hinterlande trotz schwerer Entbehrungen und Nöte ungebroschen weiter ausharren und den Siegeswillen unserer Selben stärken, bis unsere Feinde sich zu einem Frieden bequemen, der zugleich mit unserem staatlichen Bestand auch die Weltgeltung des deutschen Volkes für alle Zukunft sicherstellt.



27 IX. 1917

### Was fehlt.

Wenn wir jetzt noch im Frieden leben würden, würde die in der Antwortnote Deutschlands an den Papst enthaltene Zustimmung zu allgemeinen Rüstungsbeschränkungen und zur obligatorischen Schiedsgerichtsprechung zweifellos in der ganzen Welt lauten Beifall erregen und dem Reich die allgemeinen Sympathien zuwenden, während sie gegenwärtig nach drei Kriegsjahren und mitten noch im Kriege bei den Feinden nur eine stille, bei den Neutralen auch bloß eine gewisse verächtliche Zustimmung findet. Die deutsche Regierung hat sich damit wohl endgültig einer großen internationalen geistigen Bewegung angeschlossen, der sie bisher ablehnend gegenübergestanden ist.

Beide Probleme waren Gegenstand von Beratungen auf den beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907. Das Abrüstungsproblem hat dort ein sehr ungünstiges Schicksal erfahren. Auf der ersten Konferenz einigte man sich wenigstens in dem frommen Wunsch nach Abrüstung und verschob die Prüfung konkreter Vorschläge auf einen späteren Zeitpunkt. Auf der zweiten Konferenz kam es aber nicht einmal zu einer Debatte. England hatte 1906 seine Absicht, das Problem zur Erörterung zu stellen, öffentlich angekündigt. In Deutschland sah man darin eine englische Intrige, die auf die Schwächung Deutschlands ausgehe, und der

Reichskanzler Fürst Bülow erklärte am 30. April 1907 im Reichstag, daß Deutschland sich an einer Erörterung der Frage auf der Konferenz nicht beteiligen werde. So kam es ehren- oder schandenhalber auf der Konferenz nur zur diskussionslosen Annahme einer von England vorgeschlagenen akademischen Resolution.

Auch dem Schiedsgerichtsproblem stand Deutschland von Anfang an mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Auf der ersten Haager Konferenz drohte die ganze Arbeit an dem prinzipiellen Widerstand der deutschen Delegierten zu scheitern. Erst in letzter Stunde bewirkte das persönliche Eingreifen des deutschen Kaisers die Zustimmung der deutschen Delegierten zur Errichtung des ständigen Haager Schiedsgerichts, jedoch nur unter der Bedingung, daß dieses Schiedsgericht bloß einen fakultativen und nicht, wie die anderen Staaten es damals schon gewünscht hätten, einen obligatorischen Charakter habe. Wie wertvoll schon dieser Anfang, die fakultative Schiedsgerichtsbarkeit, war, bewiesen die zahlreichen Schiedsgerichtsverträge, die in den folgenden Jahren zwischen verschiedenen Staaten abgeschlossen wurden. Deutschland hat allerdings nur einen einzigen Schiedsgerichtsvertrag, und zwar 1904 mit England, vereinbart. Doch hatte man sich immerhin zwischen den beiden Haager Konferenzen in Deutschland von den Vorzügen der Schiedsgerichtsbarkeit überzeugt, und der Hauptvertreter Deutschlands auf der zweiten Haager Konferenz Freiherr von Marschall gestand den früher von Deutschland in der Beurteilung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit begangenen Fehler offen ein. Doch blieb er bei dieser prinzipiellen Anerkennung stehen und vereitelte den von der Mehrzahl der Staaten gewünschten obligatorischen Weltschiedsvertrag, so daß die zweite Konferenz in diesem Punkt vollständig ohne Ergebnis blieb. Heute — allerdings nach der Rede Bethmann Hollwegs vom 9. November vorigen Jahres, aber immerhin vor der deutschen Antwortnote an den Papst — spricht es einer der Vertreter Deutschlands auf der Konferenz Professor Philipp Horn in einer kürzlich erschienenen Broschüre „Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit“ unumwunden aus, daß es „ein vollständiges Rätsel war, warum das Deutsche Reich und mit ihm Oesterreich-Ungarn“ das obligatorische Schiedsgericht in

der 1907 vorgeschlagenen Form abgelehnt hat und bezeichnet die dafür in den Verhandlungen beigebrachten Gründe als „sämtlich nicht stichhaltig“.

Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat gestern im Herrenhaus gesagt, daß, nachdem die Zentralmächte in ihren Antwortnoten die beiden Prinzipien der Rüstungsbeschränkungen und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit angenommen haben, nur die Zustimmung unserer Gegner dazu notwendig sei, um die Grundlage für den künftigen Frieden zu schaffen. Wie man aus obiger Darstellung ersehen mag, ist die Zustimmung der uns feindlichen Staaten zu den beiden Prinzipien, mindestens zu dem zweitgenannten, schon längst gegeben. Daran fehlt es nicht. Was fehlt, ist eine Einigung der kriegführenden Parteien über die konkreten Einzelprobleme, wie Belgien, Elsaß-Lothringen usw., und eine solche ist leider auch durch die Antwortnoten der Zentralmächte noch nicht angebahnt.



Alhandl  
27. IX. 1917

178

### Appell der indischen Moslems an den Papst.

Das Komitee der indischen Muselmanen beschloß in außerordentlicher Sitzung, an den Papst eine Resolution zu richten, in der die Aufmerksamkeit Seiner Heiligkeit auf die mohammedanischen Länder Marokko, Tunis, Algier, Tripolitanien, Aegypten, Persien, Kaukasus, Arim, Bukhara und Kiwa gerichtet wird, die unter einem tyrannischen fremden Joch seufzen, und besonders auf Indien, dessen 310 Millionen Einwohner unter Englands unbarmherziger Gewaltherrschaft erdrückt werden. Alle diese Länder haben nicht aufgehört, ihren festen Willen kundzugeben, daß sie in Freiheit leben wollen, einer Freiheit, die auf die Homogenität ihrer Bevölkerung und Einheit ihres Glaubens basiert ist. Diese Länder waren einst glänzende Mittelpunkte der Zivilisation und die Wiege großer Nationen, doch ist ihr gegenwärtiges Unglück vielleicht bedeutender als ihre vergangene Größe. Die Muselmanen erwarteten von der Initiative des Papstes, daß Seine Heiligkeit als Stellvertreter und erster Diener Christi, als Personifikation der Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht zugunsten dieser beraubten Nationen einschreite.



28. IX. 1917

### Asquith als Kriegsheber.

#### Eine Rede gegen Deutschland und gegen den Bestand der Monarchie.

Wien, 27. September.

Die Anhänger von Asquith wurden in England die alte Bande genannt. Man behandelte sie wie Schwächlinge, die das Gebot der Zeit nicht verstehen. Asquith selbst wurde in dem Dardanellenbericht mittelbar des Verrates beschuldigt. Lloyd-George war der aufgehende Stern, der Mann des sicheren Erfolges, der Organistator des Sieges. Heute ist jedoch sein Glanz verblichen. Er hat Asquith zu sich herüberziehen wollen, er hat ihm die Stelle eines Sprechministers angeboten, er wollte ihn zum Lord-Kanzler machen. Aber der alte Schlangkopf ist nicht in die Falle gegangen und ist frei geblieben, um das Erbe seines Gegners ohne Mitschuld an seinen Fehlern anzutreten. Das Blatt, das immer seine Meinungen zum Ausdruck brachte, schildert scheinbar bedauernd die schwierige Lage der jetzigen Regierung. Ueberall hört man abschällige Kritik, ein zänkischer Ton sei vorwiegend und fraglos beruhe er auf der Ueberzeugung, daß dem Kabinett die Schaffenskraft und die Fähigkeit einheitlicher Behandlung großer Fragen fehle. Lloyd-George habe das Vertrauen der Arbeiter verscherzt, und wenn die Unzufriedenheit so weiter steigt, könne bald der Fall eintreten, daß ein anderer die Nachfolge, die böse Nachfolge übernehmen müsse. Eine bedeutende englische Zeitschrift sagt, Asquith ist der Einzige, der die Fähigkeit hat, Friedensverhandlungen zu führen. Die ganze Stellung Lloyd-Georges beruht darauf, daß der Krieg mit solchem Erfolge geführt wird, daß noch im Herbst das Ende eintritt. Lloyd-George muß entweder seiner Verpflichtung nachkommen oder zurücktreten. Diese Worte der "Saturday Review" sind das deutliche Bild dessen, was in England vorgeht. Lloyd-George ist beinahe verbraucht, Asquith, der listige Taktiker, spürt die Gelegenheit und mit brutalem Griff will er das Vertrauen zurückerobern, das er verloren hat. Asquith will nicht mehr zur alten Bande gehören. Er will der Jüngste der Jungen sein, der Neueste der Neuen. Das ist die Erklärung seiner heutigen Rede.

Ander, als für innere Zwecke ist sie nicht zu verstehen. Vergebens bemüht man sich, eine Spur von Folgerichtigkeit in dieser Fülle bössartiger Gehässigkeiten zu finden, die dann wieder mit salbungsvollen Phrasen vom goldenen Zeitalter und von Recht und Gerechtigkeit abwechseln. Im vierten Kriegsjahre, nach allem, was auf den Schlachtfeldern gesehen ist, will er, daß Deutschland Elsaß-Lothringen zurückgibt, Belgien bedingungslos wiederherstelle und vollständig entschädige. Dabei versichert er, wie zum Hohn, daß er nicht die Absicht habe, Deutschland zu erniedrigen und zu vernichten. Dann aber wendet er sich gegen die Monarchie und beginnt von neuem über die Ansprüche Italiens und Rumaniens, über die Ausdehnung von Serbien, über die Vereinigung aller Polen und Südslawen zu sprechen. Sollte Asquith das oder jenes gehört haben, was bei uns in voller Deffentlichkeit erörtert wird? Präsident Wilson hat sich ausdrücklich gegen die Teilung irgendeines Staates verwahrt. Auch Balfour sagte in seiner letzten Rede, die Monarchie und Deutschland müßten die Probleme ihrer Staatlichkeit allein lösen. Das Schlagwort flatterte auf, diese Nationen müßten zwar befreit werden, aber wie man sie befreien werde, sei unbestimmt. Asquith betreibt jedoch Wettbewerb in der Demagogie mit Lloyd-George. Er möchte ihn womöglich in Hestigkeit besiegen und ihm den Wind aus den Segeln nehmen. Er wendet die Waffen an, die gegen ihn selbst gebraucht wurden: die Maßlosigkeit in den Forderungen, die Verachtung des Menschenlebens, die vollständige Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit auf dem Schlachtfelde. Er schreit noch lauter als Lloyd-George und versichert der ganzen Entente, er sei der Mann, der die wildesten Wünsche zu erfüllen und ihre ärgsten Uebertreibungen auszuführen wage.

Dieser Advokatenkniff, diese Verschlagenheit eines politischen Falschspielers kann jedoch selbst in England schwerlich mehr verfangen. Unruhen in Italien, wilde Bewegung in Rußland, wo die Anhänger des Friedens immer mächtiger werden und Kerenski der Boden unter

den Füßen wankt. Angriffe gegen Poincaré in Frankreich und endlich in England selbst: vermehrte Stimmen über die schauerlichen Opfer an Menschenleben, über eine Kriegsführung, von der ein Kenner behauptet, das Menschenleben ist von uns zu niedrig, der Menschenverstand zu hoch bewertet worden; wir tappen umher wie Amateure. England hat fünf Milliarden Pfund für den Krieg ausgegeben, hundertzwanzig Milliarden Kronen, und die regelmäßigen Ausgaben sind auf vierzehn Milliarden gestiegen. Der Lebensmitteldiktator klagt und jammert über die Verschwendung, er macht Höchstpreise und gibt Zuschüsse, um den Armen billiges Brot zu schaffen. In Australien liegen riesenhafte Massen von Baumwolle, Getreide und Fleisch und können nicht befördert werden, weil der Schiffsraum mangelt. Wie soll durchgeföhrt werden, was Asquith verlangt? Wer soll imstande sein, ein Volk nach solchen Opfern noch jahrelang im Joche zu halten? Als man John Burns am Tage seines Sturzes um seine Meinung fragte, antwortete er: Zuerst kommt die Wehrpflicht, dann der Schutz Zoll und dann die Revolution.

Für uns jedoch erwächst aus dieser Rede die wichtige Lehre, daß der Feind bei allem, was hier gesprochen wird, zuhört, daß er nur darauf lauert, unsere Schwächen auszunützen, und daß die alten Pläne so lebendig sind wie jemals. Das politische Spiel, das derartigen Reden den Stoff gibt, muß aufhören, die Monarchie darf sich nicht in einem Augenblicke bloßstellen, wo man feierlich in England von neuem die Frage ihres Bestandes aufwirft. Asquith will Ministerpräsident werden und deswegen macht er sich zum Wortführer aller Begierden und peitscht die Leidenschaften auf, denen niemals Erfüllung werden kann. Gibt es etwas Niedrigeres als solche Winkelzüge, für welche Hunderttausende bluten und leiden? Kann die Grausamkeit widerwärtiger sich verkörpern, als in einem Ehrgeizigen, der an dem Unglücke der Menschheit, an diesem Weltbrand seine kleinsten Ziele emporranft? Aber solche Aeußerungen haben vielleicht das eine Gute, daß sie die ganze Gefahr der Bestrebungen enthüllen, die an dem Zusammenhalt der Monarchie zu röhren wagen. Wieder einmal wird vor der ganzen Welt gezeigt, wo Friedlichkeit und wo der Wille zur Vernichtung ist. Asquith war nicht der Mann des Krieges, den er für England verschlampt und verlottert hat, er ist ebensowenig der Mann des Friedens, der kommen muß, trotz allem Gerede und trotz aller Verlogenheit. Die Entente wird die Ziele Asquiths nicht durchsehen. Aber der Zahntag wird kommen, wo das Volk Rechenschaft verlangen wird für das vergossene Blut und wo die Schuldigen an der Fortdauer dieses Krieges Sühne werden leisten müssen für ihr Verbrechen. Asquith wird den Frieden nicht aufhalten.



# Worte an Europa.

Reichskanzler Michaelis und Staatssekretär v. Kühlmann über die Friedensfrage.

Wien, am 28. September.

Die Hoffnung feindlicher Staatsmänner, zwischen Volk und Regierung im Deutschen Reiche einen Keil treiben zu können und durch einen in der Vergangenheit nicht seltenen Kampf Deutscher gegen Deutsche schließlich doch noch zu erreichen, was dem Aufgebot der ungeheuren militärischen und finanziellen Mittel des Verbandes versagt blieb, liegt in Scherben. Zu den vielen anderen Enttäuschungen dreier Kriegsjahre mögen die Verhandlungsregierungen auch diese neue reihen, die noch zermürbender sein mag als ihre Vorgängerinnen, da sich in der ganzen fürchterlichen Weite dem suchenden Blicke keine Stelle mehr zeigen will, um mit einiger Aussicht auf Erfolg Anker zu werfen und das Fähnlein neuer Zupersicht aufzupflanzen. Der in der deutschen Öffentlichkeit heftig entbrannte Meinungsstreit über die Kriegsziele, über die Neuorientierung, über die Parlamentarisierung und Demokratisierung hatte in der aufgehenden Verhandlungsmelt das Mißverständnis großgezogen, es bedürfe nur einer geschickten Mache, um hinter den Rücken der deutschen Krieger, an deren eherner Front das mütendste Trommelfeuer ergebnislos verhubst, Feuer an das deutsche Heim zu legen und es so gründlich zu verwüsten, wie es in Rußland gelungen ist und in Italien zu gelingen droht. Fast alle Kundgebungen in den feindlichen Parlamenten, Zeitungen und Nachrichtenagenturen waren in der letzten Zeit auf diesen erhabenen Zweck hergerichtet, bis schließlich Wilson in seiner Antwort auf die Papstinote die Bombe schleudern zu können vermeinte, die das Deutsche Reich in Flammen zu setzen vermöchte. Gründlicher hat sich feindliche Staatskunst während der Kriegsjahre noch nicht verrecknet. Die Erklärungen, die heute im Hauptausschuße des deutschen Reichstages sowohl vom Reichskanzler wie vom Staatssekretär des Auswärtigen abgegeben wurden und abgegeben werden konnten, dürften hinreichen, allen, bei denen es notwendig war, den Star zu stechen. Durch die erhoffte hohle Gasse innerer Selbstzerfleischung Deutschlands kommt keiner der Verhandlungsvögte durch zur Verwirklichung der Kriegsziele, die eben erst Lord Asquiths Mund in die Welt schrie.

Wie in unseren glaubensstarken Alpentälern feierliches Glockengeläute den mißtönigen Orgien des Unwetters erwidert und seine Wut zuschanden macht, so heben sich die heutigen Reden der beiden leitenden Staatsmänner des Deutschen Reiches von den Gistigkeiten und Maßlosigkeiten des Redners von Leeds ab, der Premierminister war, als England die Einkreisung vollendete und daraus den letzten herostratischen Schluß zog. Auch Lord Asquith führte das Wort vom Frieden im Munde, aber er will vorher das Deutsche Reich verkleinern, Oesterreich-Ungarn zersüßeln; ihm soll der Frieden die ungestörte Alleinherrschaft und Weltallmacht des angelsächsischen Zweibundes der Bettern zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans bringen. Wie ganz anders sprachen Reichskanzler Michaelis und Staatssekretär v. Kühlmann, den seine heutige Rede als einen Staatsmann von überragendem Rufe erkennen läßt, über die Friedensfrage! Der Ausdruck ihrer vollen Siegeszuversicht, die sich auf überzeugendere Argumente zu stützen vermag, als die Aufmunterungschoristik der Pariser und Londoner Staatsmänner, vermeidet jedes Wort, das bloß den Gegner zu verlegen und seine Friedenswilligkeit

zu mindern geeignet wäre. Im vollen Bewußtsein der unbefiegbaren Kraft des Vierbunds, in der Gewißheit baldigen Sieges, die aus der Ueber-sicht des Reichskanzlers über die Kriegslage und insbesondere aus seiner Feststellung der „sicheren unerbittlichen Wirkung des U-Boot-Krieges“ strahlt, bekunden die beiden Sprecher neuerlich des Reiches Bereitwilligkeit zu einem Frieden, der nicht nur die Sieger beglückt, sondern der allen, die guten Willens sind, zugute kommt, zu einem Frieden, der Europa vor dem drohenden Zusammenbruche rettet. Durch den rücksichtslosen Sacro egoismo von Einzelstaaten ist die Katastrophe über Europa hereingebrochen; ihm setzt Herr v. Kühlmann, einen Leitgedanken der Papstinote fortspinnend, das europäische Fühlen entgegen, das Denken an die allen Völkern und Staaten Europas gemeinsamen Interessen. Weht uns aus Asquiths Rede die eifige Luft chauvinistischer Selbstsucht an, so sprach der Sprecher des Deutschen Reiches als Sachwalter Europas und seiner Völkerfamilie. Europa, besinne und erhebe dich, auf daß du, bisher die Herrin der Welt, nicht rettungslos in den Abgrund verfinkest! Uneuropäisches Fühlen hat Truppen aus allen Ländern unseres Planeten nach Europa geschleppt, Angehörige aller Rassen, Farben und Stufen der Kulturlosigkeit, zum Kampfe wider Europäer und zur Verwüstung europäischen Bodens. Der Nordamerikaner Wilson gefällt sich in der Rolle eines Oberaufsehers über Europa, dem er keine Monroedoktrin zubilligt. Mit Wohlgefallen sieht der gelbe Japaner, zum Sprunge bereit, der Selbstzerfleischung Europas zu. Dem Bedruf des Papstes, der das europäische Gewissen aufmittelte, folgt nun das deutsche Echo. Im Herzen Europas lebt noch der Gedanke an Europa.

Nicht nur aufklärend nach außen, auch lustreinigend im Innern werden die heutigen Reden der beiden deutschen Staatsmänner wirken. Der öde Jank zwischen den Amerizionspfefforen und den Verzichtstheoretikern, den Anhängern des Gewalt- und jenen des Verständigungsfriedens — man erkennt unschwer, daß der Streit um hohle Formeln und Worte geht — drohte die für einen glücklichen Abschluß des Krieges unentbehrlichsten Inponderabilien zu verwirtschaften. Schon lockten Störer des konfessionellen Friedens ihr Süpplein an dem Meinungsstreit über den Inhalt und die Bedeutung des Papstschreibens. Kanzler und Staatssekretär, besonders der letztere, finden so herrliche Worte über die Note, daß das kleingläubige oder mißgünstige Getuschel, Gerede und Gepolter der politischen Simplitas damit wohl für immer erledigt ist. Noch gründlichere Belehrung erhalten jene Reumalweisen, die da glauben, den Frieden durch ein tägliches Herabblitzieren der Kriegsziele auf offenem Markt wie an einer Schnur herbeizerrren — zu können. Als Kriegsverlängerung nagelte Herr Michaelis dieses Treiben fest, das die Unterhändler des Vierbundes mit gebundenen Händen zur Aussprache mit den Vertretern der Feinde schicken möchte. Weder dem Biertrich noch den Schmodstuben kann die Formulierung der Friedensbedingungen überlassen werden. Wenn für irgendeine Frage, so ist eine Regierung, die ihren Namen verdienen will, für diese verantwortungsvolle Aufgabe zuständig.

Ein neuer Geist der Verhandlvölker, ein Geist, der die Hoffnung auf eine Demütigung der Mittelmächte als Wahn erkennt, ist, sagt Herr v. Kühlmann mit Recht, die unbedingte Voraussetzung für den Abschluß des Krieges. Es ist anzunehmen,

daß die heutigen Reden der beiden führenden deutschen Staatsmänner das Aufkommen dieses neuen Geistes fördern. Dann bedeuten auch sie eine wichtige Station mehr auf der schwierigen, hindernisreichen Fahrt in den Frieden.



29. IX 1917

## Vom Balkankriegsschauplatz.

### Lügenfeldzug über die österreichisch-ungarische Verwaltung in Serbien.

Aus dem L. u. L. Kriegspressequartier wird dem Ungar. Telegr.-Korr.-Bureau gemeldet:

Die Entente setzt mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig ist, den Verleumdungsfeldzug gegen die österreichisch-ungarische Monarchie fort. Nachdem die mehr oder minder geschickt erfundenen Lügen einzelner Publizisten, wie vor allem die des berüchtigten Professors Reisz aus Lausanne, durch die österreichisch-ungarische Regierung abgetan worden sind, wird die Sache in großem Stil betrieben. Eine Organisation, die sich, wie der *Nieuwe Courant* selbst unwillig bemerkt, in völlig unberechtigter Weise „Bund von neutralen Ländern“ nennt, verbreitet in der Presse einen ausführlichen Bericht, in dem sie die Regierungen der Donaumonarchie und der mit ihr verbündeten Staaten vieler Ungesetlichkeiten und Greuelthaten, Massendepортationen, Angriffe gegen die serbische Nation und Religion, sowie überhaupt Gewalttaten aller Arten beschuldigt. Die Quelle dieser Behauptungen ist die serbische Gesandtschaft in London, und als Beweis dienen „ausführliche Rapporte der serbischen Regierung und private Informationen“. Auf Grund dieser Berichte des Bundes neutraler Länder sind nun in holländischen Zeitungen einige Artikel erschienen, deren Behauptungen im folgenden hienüt richtiggestellt werden.

1. Es ist vollkommen unwahr, daß Mädchen aus Serbien nach der Türkei verschleppt und in die Harems türkischer Machthaber geschickt wurden.

2. Ebenso erlogen ist die Behauptung, daß schulpflichtige Kinder auf Grund von Anmeldungen zum Schulbesuche interniert wurden. Interniert wurden die wehrfähige männliche Bevölkerung vom 17. bis zum 55. Lebensjahre, sowie politisch kompromittierte Personen, gegen die positive Verdachtsmomente vorliegen. Das war ein selbstverständliches Gebot der Notwendigkeit, um die im Lande operierenden verbündeten Armeen, sowie die Tätigkeit der L. u. L. Militärverwaltung vor Nachschäften und Bandenbildungen im Rücken zu schützen. Die Internierten sind in eigenen Lagern untergebracht, in denen nach den Feststellungen der Verlustrierungskommissionen sowohl die Unterkünste als auch die Verpflegung völlig entsprechend sind. Am sporadischen Auftreten von Krankheiten trägt vor allen Dingen der Umstand schuld, daß in diesen Internierungslagern Personen gemeinschaftlich untergebracht sind, denen die Grundsätze hygienischer Vorsicht und Pflege zum größten Teil fremd sind. In dessen wurden Krankheiten, sobald sie sich zeigten, überall mit Erfolg bekämpft. Da man die Kinder internierter Eltern nicht allein in ihrer Heimat zurücklassen kann, wurden sie mit den Eltern gemeinsam in den Lagern untergebracht. Im Lager von Braunau besuchen die internierten Kinder eigens für sie errichtete Schulen. Von den seit Kriegsbeginn internierten serbischen Staatsangehörigen wurden bereits mehr als 10.000 in die Heimat entlassen. Eine weitere diesbezügliche Aktion ist im Gange.

3. Eine Anzahl von Papen wurde interniert, weil sie eine fanatische Hebe gegen die Monarchie betrieben. Dagegen ist es völlig erlogen, daß von seiten der L. u. L. Verwaltung in Serbien eine Propaganda für den Uebertritt zur römisch-katholischen Kirche eingeleitet wurde. Im Gegenteil, die orthodoxe Religion wird seit dem ersten Tage der Okkupation in allen ihren Rechten geachtet. Die hohen orthodoxen Festtage, wie das Wasserweihfest, werden im Beisein der Vertreter der L. u. L. Verwaltung gefeiert, der beste Beweis dafür, daß die orthodoxe Religion allen anderen gleich geachtet wird. Ferner ist es eine Unwahrheit, daß orthodoxe Kirchen für den katholischen Gottesdienst verwendet werden. Diese wurden, soweit sie durch kriegerische Ereignisse gelitten hatten, auf Kosten der L. u. L. Verwaltung ausgebessert, wieder gebrauchsfähig gemacht und dann den serbischen Kirchengemeinden übergeben.

4. Ferner macht man der Monarchie einen Vorwurf daraus, daß sie den Julianischen Kalender abgeschafft habe. Dies ist nur für den öffentlichen Verkehr geschehen, da für diesen allein der Gregorianische in Betracht kommen kann. Im Privatverkehr kann der Julianische Kalender auch weiterhin gebraucht werden.

5. Die kyrillische Schrift wurde im Amtsverkehr sowie in der Schule verboten, jedoch erscheint das Verordnungsblatt der Militärverwaltung sowie die Rundmachten ihrer Organe in kyrillischer Schrift, in der auch Eingaben an die Behörden gemacht werden können. Ferner ist die kyrillische Schrift in den Schulbüchern für den Religionsunterricht im Gebrauch geblieben.

6. Die Konfiskation von Büchern, die gegen die Monarchie heben, ist eine selbstverständliche Maßregel, die auch im feindlichen Auslande überall gegen Druckerzeugnisse analoger Tendenz gehandhabt wird.

7. Des weiteren wird in der Veröffentlichung des „Bundes der neutralen Länder“ behauptet, die L. u. L. Militärverwaltung habe die serbischen Schulen geschlossen. Jeder, der die serbischen Schulverhältnisse vor dem Kriege gekannt hat, wird gerade in diesem Punkte der Monarchie ungeheiltes Lob spenden müssen. Bekanntlich hat sich die letzte serbische Regierung um das Schulwesen fast gar nicht gekümmert. Infolge der fortwährenden Kriegsereignisse seit dem Jahre 1912 war ein großer Teil der Schulen im Lande seinem natürlichen Zwecke entzogen und für rein militärische verwendet worden. Die Schuljugend, ohne jede Aufsicht und Erziehung, vermißte zusehends. Als sich die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Serbien etablierte, war es ihre erste Sorge, diesem Mangel abzuhelfen. Längst geschlossene Schulen wurden wiedereröffnet und dort, wo kein Raum vorhanden war, wurden Gebäude für Schulzwecke adaptiert. Die Kinder wurden in den Schulen nicht nur unterrichtet, sondern, falls dies nötig war, auch gekleidet und mit Nahrung versehen. Im Anfang wurden auch einheimische Lehrkräfte verwendet. Als sich jedoch zeigte, daß die auslehrende Haltung und Tätigkeit der serbischen Lehrer die planmäßige Fortführung des Schulbesuches im okkupierten Lande gefährdeten, mußte von ihrer Verwendung abgesehen werden. Die Unterrichtssprache ist in sämtlichen Schulen die serbo-kroatische. Daß daneben auch Deutsch und Ungarisch gelehrt wird, entspricht nur dem wohlverstandenen Interesse der Schuljugend.

8. Die Korrespondenz zwischen den geflüchteten Serben und ihren im Lande gebliebenen Angehörigen ist nicht verboten. Selbst Briefe aktiver serbischer Soldaten an ihre Familien werden befördert und nach Maßgabe der Zensurvorschriften zugestellt.

9. Endlich wird auch gegen die Soldaten der Monarchie die Anschulldigung der Rohheit erhoben. Diese Vorwürfe sind aber so allgemein gehalten, daß sie einer ernsthaften Widerlegung nicht wert erscheinen.

Alle diese Lügen wurden bereits mehr als einmal gegen die österreichisch-ungarische Monarchie vorgebracht und in entsprechender Weise widerlegt. Es ist nur traurig, daß sich nun in neutralen Ländern Männer finden, die einer serbischen Regierung, deren Wahrheitsliebe ja zur Genüge bekannt ist, den Dienst erweisen, eine so niedrige Verleumdungskampagne zu unterstützen. Sie müssen es sich daher gefallen lassen, vor aller Welt der Lüge geziehen zu werden.



## Die Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für das Aeußere.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses.

Wien, 28. September.

Der Reichskanzler hat jede öffentliche Bindung in der belgischen Frage abgelehnt. Er will die deutsche Politik nicht festlegen, auf die freie Hand in den Friedensberatungen nicht verzichten und glaubt, daß ein aus dem Zusammenhange der künftigen Verhandlungen losgelöstes Zugeständnis den Krieg verlängern würde. Seit einigen Wochen hat sich in der öffentlichen Meinung eines großen Teiles von Deutschland das Gerücht festgesetzt, Dr. Michaelis werde im Hauptausschusse nähere Mitteilungen machen, unter welchen Bedingungen die belgische Selbständigkeit wieder hergestellt werden könne. Diese Erwartung wurde durch die leidenschaftlichen Vorwürfe gegen die Regierung, daß sie Belgien aufgegeben habe, verstärkt. Wie konnte eine solche Anklage sich verbreiten, nachdem der Reichskanzler von Belgien überhaupt nicht öffentlich sprechen und den Druck, welchen die besetzten Gebiete auf die Stimmungen der Feinde ausüben, als Machtmittel in der Friedenskonferenz gebrauchen will? Fast täglich kamen Nachrichten, was die deutsche Regierung tun wolle, und fortwährend wurde die Spannung gesteigert und so ist es natürlich, daß die Rede ein bißchen an den kalten Wasserstrahl, an eines der Lieblingsworte des Fürsten Bismarck, erinnert. Die Schweigsamkeit des Reichskanzlers hat gewiß ernste Gründe. Aus einer Stelle in der bemerkenswerten, gedankenreichen und schwingvollen Rede des Staatssekretärs für das Aeußere ist herauszuhören, warum die Regierung jetzt nicht sprechen will. Er sagte, daß schon in den nächsten Wochen die Entscheidung darüber fallen müsse, ob Freund und Feind vor den waffengewaltigen Gegnern den blutigen Degen senken oder weiter die Waffen anrufen wollen. Herr v. Rühlmann begegnet sich in dieser Auffassung mit Asquith, der in der Versammlung ebenfalls mitgeteilt hat, er glaube, daß wir uns dem Ende nähern. Vor dem Beginne des vierten Kriegswinters müssen alle leitenden Staatsmänner mit sich zu Ratze gehen, ob die von namenlosen Leiden heimgesuchten Völker einer noch härteren Probe unterzogen werden dürfen. Die Schilderung des Reichskanzlers von der wirtschaftlichen Not und der finanziellen Zerrüttung in den Ländern der Entente und die vielsagenden Aeußerungen des Staatssekretärs bestätigen den Eindruck, daß nach dem Urteile der deutschen Regierung der Augenblick des reisenden Friedens nicht mehr fern sein könne. Die Zeit des Handelns rückt näher. Deshalb wollte Dr. Michaelis über die besetzten Gebiete und über Belgien heute nichts sprechen.

Was er den Feinden nicht sagen wollte, hat er den Mitgliedern des Hauptausschusses, den Abgeordneten des Reichstages, nicht verborgen. Das blizt in dem Berichte auf, worin erzählt wird, der Reichskanzler habe die Ansicht eines freisinnigen Abgeordneten bestätigt, daß die Friedenspolitik der Regierung in dem denkwürdigen Mehrheitsbeschlusse des Reichstages festgelegt sei. Nur die Bindung nach außen hat Dr. Michaelis abgelehnt, aber nicht die Bindung nach innen; nur dem Feinde, der noch immer mit der Zerstückelung der Mittelmächte droht, will er nichts versprechen. Aber das Einvernehmen mit den Vertretern des deutschen Volkes und die sich darauf stützende Politik sind nicht geändert. Die Mehrheit des Reichstages hat erklärt, daß sie keine Eroberungen, keine politischen und wirtschaftlichen Gewaltthaten im künftigen Frieden wolle. In der Antwort auf die Note des Papstes ist auf die vom Reichskanzler geteilte Ueberzeugung vor ganz Europa hingewiesen worden. Diese Politik ist geblieben, was sie war, und Dr. Michaelis hat sie in der heutigen

Debatte bekräftigt. Der Staatssekretär hat den Gedanken weiter ausgeführt. Was er näher begründet und mit solcher Wärme und mit solchem Ausdrucksvermögen dargestellt hat, zeigt, daß die deutschen Staatsmänner sich von den Grundsätzen der parlamentarischen Mehrheit nicht entfernen wollen, wenn sie auch glauben, daß über Belgien nur am Friedentische verhandelt werden solle und daß frühere Zusagen die Ueberspannung der Feinde nur steigern und nicht mildern würden.

Ein Beweis für diese Auffassung ist die Rede des Staatssekretärs für das Aeußere. Die Note des Papstes war nach seiner Ansicht ein Markstein für die innere deutsche Entwicklung. Die Antwort war das Ergebnis der Verständigung zwischen den Staatsmännern, den Heerführern und den Volksvertretern. Niemals zuvor ist ein diplomatisches Schriftstück in solcher Vertraulichkeit mit den Parteien des Parlaments entworfen und so, wie es die Regierung vorgeschlagen hatte, beschlossen worden. Eine Politik, sagte der Staatssekretär, die nicht im Parlamente unterstützt und nicht vom Volke getragen wird, kann den schweren Kampf mit dem Auslande nicht durchführen. Deutschland hat, wie aus diesen Erklärungen hervorgeht, die Ansätze zu inneren Krisen, die vor einigen Monaten so bedrohlich schienen, überwunden. Nicht durch ein parlamentarisches Ministerium, sondern durch ein Verwachsen der Regierung mit dem Parlamente in der Kriegspolitik und in der Friedenspolitik, durch die Vaterlandsliebe und die Besonnenheit einer hochstehenden, ernstesten Volksvertretung. Nach außen will sich der Reichskanzler nicht binden, nach innen hat er sich heute wieder an den Mehrheitsbeschlusse des Reichstages, an den Frieden ohne Gewaltthaten und Eroberung gebunden. Die Parteien, die sich in dieser Kundgebung des Willens vor einigen Monaten zusammengefunden haben, denken im Herbst nicht anders wie im Sommer. Aber das Verlangen des Feindes, daß Belgien noch vor dem Friedensschlusse oder noch vor dem Beginne der Friedensverhandlungen geräumt und daß dessen Rückgabe verbürgt werde, ist zurückgewiesen worden. Asquith hat das deutsche Volk wieder bis aufs Blut gereizt; er hat in seiner Rede die Franzosen in die Kriegswut hineinpeitschen wollen und die Italiener gegen uns geheizt. Da konnte der deutsche Reichskanzler seinem Friedenswunsche nicht abringen, den Engländern schon jetzt die Sicherheit der Freigabe von Belgien zu bieten und auf einen Peitschenhieb mit der Rücksicht auf britische Kriegsziele zu antworten. Das wollte Dr. Michaelis nicht, weil er fürchtete, den Krieg zu verlängern.

Der Staatssekretär für das Aeußere hat eine Friedensrede gehalten und von der steten Friedensbereitschaft des deutschen Volkes gesprochen. Als vor nahezu fünfzig Jahren der Vertrag über das Schwarze Meer von Rußland eigenmächtig zerrissen wurde, seufzte Graf Bismarck: Es gibt keine Europa mehr. Der Staatssekretär nennt ein halbes Jahrhundert später Europa ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Diese Alte Welt schwebt in der Gefahr, ihre seit Jahrtausenden unbestrittene wirtschaftliche Herrschaft über die Erde zu verlieren und ein blutdurchtränkter Trümmerhaufen zu werden. Sind die europäische Gemeinwirtschaft, das europäische Bewußtsein verschwunden und soll der Schwerpunkt der menschlichen Entwicklung sich nach Amerika im Westen und nach Japan im Osten verschieben? Wer so zu Europa spricht, so denkt und fühlt, will keinen Umsturz, ist kein Anhänger der Eroberungspolitik, sondern ein Staatsmann, der mit dem Volke, mit dem Parlamente gehen will und an dessen Beschluß festhält. Der Reichskanzler hat die Auffassung, daß nach jedem Versprechen an die Feinde ein neues gefordert werden würde. Deshalb war er so wenig mitteilbar über Belgien. Er weiß jedoch, welche Pflicht er gegen das eigene Volk, gegen das eigene Parlament übernommen hat. Er ist dabei geblieben.



## Für Frieden und Demokratie.

Wir tragen noch die Berichte über zwei Versammlungen nach.

**Favoriten.** Der große Saal des Arbeiterheims war Dienstag von Arbeitern und proletarischen Frauen dicht besetzt. In dieser Massenversammlung im wahren Sinne des Wortes kam es zu einer mächtigen Friedenskundgebung. Es waren besonders viele Frauen gekommen; mit gespannter Aufmerksamkeit folgten sie den Ausführungen der Redner. Abgeordneter Neumann sprach über die verhängnisvollen Wirkungen des Absolutismus und die unter ihm verübten Rechtsbeugungen und führte aus: Es war nur natürlich, daß das Volkshaus die wichtigste Aufgabe in der Wiederherstellung staatsgrundgesetzlich garantierter Rechte erblickte. Dazu gehört vor allem die Justizpflege. Es mußte Sorge dafür getragen werden, daß die verfassungswidrigen Verordnungen, durch die die Schwurgerichtbarkeit durch drei Jahre eingestellt gewesen ist, aufgehoben werden. Es mußte verhindert werden, daß ein Staatsbürger seinem ordentlichen Richter entzogen und einer Judikatur unterworfen werde, die unzuständig ist. Dem Rechte soll die Willkür Platz machen, die in der Zeit des Absolutismus eingerissen ist. Das ist auch die Forderung, die die Sozialdemokraten im Parlament in der ersten Sitzung erhoben haben und die nun neuerlich erhoben wird. Wir fordern Recht nicht bloß für den Freund, sondern für alle, die unter den bisherigen Beugungen des Rechtes gelitten haben. (Stürmischer Beifall.) Der Redner besprach hierauf die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und das Programm der Regierung, das er kritisch beleuchtete. Die schönen Dinge, die wieder einmal versprochen werden, bedürfen aber zu ihrer Durchführung des Friedens, der heiß ersehnt wird von der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, die unter dem furchtbaren Kriege schwer leidet.

Das Friedensbedürfnis beherrscht die Bevölkerung aller kriegsführenden Staaten und unausbleiblich werde es sieghaft zum Durchbruch gelangen. Das Proletariat wird unentwegt für eine Verständigung eintreten, die dem Frieden den Weg ebnet. Nachdem Neumann noch der Kriegsfolgen gedachte, schloß er seine mit großem Beifall angenommene Rede. Tiefen Eindruck macht die Rede der Genossin Schlesinger, die von den Greueln des Krieges sprach. Auch sie betonte die Notwendigkeit einer energischen Friedenspropaganda und schloß mit einer Betrachtung über Friedrich Adler, dessen Tat vom Absolutismus gezeitigt worden ist. Vorhergehender Bötzger schloß die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in der er die leichtfertige Art der Lebensmitteltransporte einer scharfen Kritik unterzog. Unter stürmischen Zwischenrufen der Versammlungsteilnehmer besprach er kurz die traurige Tatsache, daß große Mengen Obst auf dem Transport zugrunde gingen.

**Währing.** Die Versammlung tagte in Ladners Saal unter dem Vorsitz Linders. Das Referat erstattete Abgeordneter Löw. Er erörterte ausführlich unsere Forderungen an das Parlament und die Regierung. Unser Ruf nach mehr Demokratie darf nicht mehr verstummen. Große Aufgaben stehen uns bevor, die gelöst werden müssen, insbesondere die Versorgung der Kriegswitwen und Waisen und der Kriegsbeschädigten. Ein neues Österreich wird entstehen müssen. Unter stürmischer Entrüstung schilderte Genosse Löw die Ernährungsverhältnisse in Westböhmen und besonders in Karlsbad, einem Dorado der Kriegswucherer. Die Kriegswucherer bekommen alle Lebensmittel, kaufen in der Umgebung alles auf, bezahlen für ein Kilogramm Butter hundert Kronen, pressen in Karlsbad und nehmen noch alle Lebensmittel mit. Die Arbeiterschaft bekommt jedoch nichts zu kaufen, hungert und wenn sie Kartoffeln kauft, so werden ihr diese im Bahnhof abgenommen. Unter immer größer werdender Erregung schilderte Genosse Löw noch das sonstige Prasseln der Kriegswucherer in Karlsbad unter Aufsicht der dortigen „Frau Bezirkshauptmann“. Mit einem Appell, der Partei Treue zu halten, und den Wünschen nach Frieden und Demokratie wurde die Versammlung geschlossen.



## Gschlechte Rede.

Wie hat man sich den Gang der Dinge mit der Papstnote vorgestellt? Es hat natürlich niemand geglaubt, daß die Antwort der Mittelmächte, wie immer sie gehalten sein möge, eine unbedingte Zustimmung der Gegner zur Folge haben werde. Man wußte und erwartete, daß sie aufschreien, widersprechen, sogar daß sie schmähen werden. Aber man werde aus der Antwort, sagte man sich, alles lärmenden Widerspruchs ungeachtet, doch erkennen, worauf es dem Gegner am meisten ankommt. Dann werden wieder die Männer der Mittelmächte das Wort nehmen, sie werden die Möglichkeit haben, die Unerbietungen, die sie in der offiziellen Antwort machen und die dort ganz allgemein gehalten sind, genauer darzulegen, dadurch auch zu verstärken; sie werden, wenn sie schon die Annexionen nicht klar und deutlich ablehnen wollen, doch es so andeuten können, daß zwar keine Bindung für die Mittelmächte, aber doch Sicherheit für die Gegner erwächst. So werde ein Wort das andere geben, man werde, wenn auch nicht unmittelbar, doch in dieser Weise verhandeln und so werden die Differenzpunkte zusammenschmelzen und der mögliche Friede sichtbar werden. Derart hat sich wohl jeder die Dinge vorgestellt; der Hoffnungsvolle hat nicht geglaubt, daß es anders gehen könnte; der Enttäuschte nicht, daß kein Fortgang möglich wäre.

Nun war für heute die Rede des deutschen Reichskanzlers in dem Hauptauschuß des Reichstages angefündigt und man nahm an, daß hier irgend eine Entwicklung angebahnt, ein Wort gesprochen werden wird, um das, was man gleich sagen hätte sollen, in der offiziellen Antwort aber angeblich nicht sagen durfte, den Gegnern zum Bewußtsein zu bringen. Aber jede Erwartung, die man auf diesen Herrn Dr. Michaelis setzt, ist ein Irrtum; dem Manne fehlt jede Wärme, jede Persönlichkeit, alles kommt so hölzern und steif heraus, daß seine Rede vorweg zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Der Staatssekretär, der danach redete und der für seinen Teil auch nicht viel mehr lieferte als poetische Floskeln, sprach davon, mit der Antwort an den Papst habe man eine „Atmosphäre“ herbeiführen wollen, die den Verhandlungen über den Frieden günstig wäre. Aber wie soll diese gute Luft entstehen, wenn der Reichskanzler es erst „zurzeit“ ablehnt, „unsere Kriegsziele zu präzisieren“, und daraufhin mit großer Umständlichkeit darlegt, Deutschland sei, was die Entscheidung über Belgien betrifft, frei und kein Beschluß sei ihm verwehrt? Bei der jämmerlichen Beschaffenheit der gegenwärtigen deutschen Politik ist es natürlich auch möglich, daß der Herr Michaelis damit nur eine den Alldeutschen wohlgefällige Bemerkung aussprechen wollte, denn daß dieses Unterstreichen der „Freiheit“, sich auch für die Behaltung Belgiens zu entscheiden, eine ernsthafte Annexionsabsicht aussprechen könnte, können wir nicht glauben; dann wären ja alle die Betenerungen, zu einem für alle ehrenhaften Frieden bereit zu sein, schon geradezu ein Schwindel. Aber wenn es nicht so gemeint ist, so muß doch, da Belgien nun der Angelpunkt geworden ist, diese zweideutige Bemerkung, dieses Liebäugeln mit der Annexion, höchst ungünstig wirken, selbst die geringen Möglichkeiten, die heute für Friedensverhandlungen gegeben sind, verschütten. Man hat ja schon so oft den Eindruck gehabt, daß Deutschland, wenn es einen halben Schritt zum Frieden gemacht hat, sogleich einen ganzen zurückmacht; nach jeder halbwegs verständigen Meinberung setzt die Kriegsheke ein und das Ergebnis ist unweigerlich das Zurückweichen der sogenannten maßgebenden Faktoren. Es ist nicht anders, als ob die Friedensäußerungen nur das Mißli sein sollten, das man zur Beruhigung der Volksmassen, zur Beschwichtigung insbesondere der Sozialdemokraten nicht entbehren kann, daß aber hinter ihnen doch eine recht andere Absicht, als der innere Entschluß, verborgen liegt. Gewiß ist nur, daß heute die Möglichkeit war, etwas für den Frieden zu tun, daß aber diese kalten Reden eher eine Abkehr von dem darstellen, was mit der Antwortnote angebahnt werden sollte. Wenn der famose Hauptauschuß auch diese Reden „vertraulich“ behandelt hätte, so wäre nichts von Wert der Welt vorenthalten worden.

In der Reichstagsmehrheit waltet bekanntlich das Bestreben, die Reden des Herrn Dr. Michaelis

durch „Interpretationen“ zu Bemühungen um den Verständigungsfrieden avancieren zu lassen. Aber es wäre vielleicht nützlicher, einmal ein festes Wort zu sprechen, ein hartes Nein gegen den Krieg, denn das würde mehr nützen, als an einer Mehrheit mitzuwirken, der offensichtlich die Tatkraft fehlt.



### Vereinfachung der Verwaltung in Preußen.

Berlin, 29. September.

In dem dem Landtage zugegangenen Gesetzentwurfe zur Vereinfachung der Verwaltung wird das Staatsministerium ermächtigt, während der Dauer des Krieges gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Ersparung von Arbeitskraft notwendig erweisen. Durch Herabsetzung der Beschlussfähigkeitsziffer von Behörden und Körperschaften, durch Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, Verminderung der Instanzen und Einschränkung der Staatsaufsicht soll Arbeit gespart werden. Die Beschlussfähigkeit der Kreisräte, der Stadtverordnetenversammlungen, des Magistrats und der

Gemeinderäte soll bereits bei Anwesenheit von einem Drittel der Mitglieder vorhanden sein. Im Verlaufe des Krieges sind durchschnittlich 40 bis 60 Prozent des Bestandes der Beamten der Staatsverwaltungsbehörden zum Heeresdienst einberufen worden. Zwei Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes tritt das Gesetz in Kraft.



### Das Bündnis mit dem Deutschen Reich.

Von Julius Meinel.

Die Grundbedingung für jede Politik der Deutschen Oesterreichs muß das Bündnis mit dem Deutschen Reiche sein, und zwar nicht aus gefühlsmäßigen Gründen, obwohl diese auch mitzusprechen haben, sondern aus Gründen der nüchternen Realpolitik. Es ist überflüssig, hier zu erklären, welche Vorteile in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung dieses Bündnis für die Deutschen Oesterreichs hat, überflüssig, näher auszuführen, wie durch dasselbe ihre

Stellung gestärkt, ja vielleicht bisher überhaupt erhalten wurde. Es ist daher Pflicht der Deutschen Oesterreichs (und zwar eine Pflicht, die die Vernunft vorschreibt), alles zu tun, was dieses Bündnis kräftigt und vertieft, alles abzuwehren, was ihm Schaden könnte.

Gestärkt und vertieft wird dieses Bündnis, wenn es den Deutschen gelingt, nicht durch Gewalt, sondern durch Vernunft alle österreichischen Slawen zu überzeugen, daß auch für sie dieses Bündnis von größtem Nutzen ist und ihnen ebensolche Vorteile bringen wird wie den Deutschösterreichern, ja vielleicht sogar größere.

Wenn man die Slawen Oesterreichs für den Bündnisgedanken erwärmen will, darf man nicht Zwang anwenden, man darf das Bündnis nicht als den Gesslerhut hinstellen, vor dem sie sich beugen müssen, man darf nicht jeden Slawen als Hochverräter brandmarken, der anderer Meinung, der gegen das Bündnis ist. Die meisten waren gegen das Bündnis nicht aus sachlichen Gründen, sondern lediglich aus Opposition gegen die Deutschen. Aber auch in Deutschland müssen wir weiter für den Bündnisgedanken werben, denn man darf sich nicht läuschen, es gibt in Deutschland eine Anzahl Leute, die keine Freunde des Bündnisses mit der Monarchie sind.

Schaden kann dem Bündnisgedanken eine schlechte Politik, die, sei es in Oesterreich-Ungarn, sei es in Deutschland, betrieben wird. Man konnte sich in Friedenszeiten schon sehr gut vorstellen, daß zum Beispiel ein rücksichtsloser Wirtschaftskampf von Seiten Deutschlands gegenüber Oesterreich auch die wärmsten Anhänger des Bündnisses mit der Zeit abkühlen hätte können, und jetzt im Kriege, wo es nicht mehr um wirtschaftliche Interessen, sondern um alles geht, könnte eine schlechte auswärtige Politik auf irgendeiner Seite das Bündnis selbstverständlich ernstlich gefährden.

Hätten wir im Frühjahr 1915 nicht unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Trento und anderes abzutreten, um Italien von der Kriegserklärung abzuhalten, so wäre man in Deutschland nachher nicht so freudig bereit gewesen, uns in allen schwierigen Lagen zu helfen, wie man es tatsächlich war.

Andererseits würde eine deutsche äußere Politik, die durch die Interessen der Schwerindustriellen, der Kriegsverdiener und der alldeutschen Schreier bestimmt wird, wenig Verständnis in Oesterreich finden und wäre ein Mittel, um das innige Verhältnis zwischen den beiden verbündeten Staaten nicht nur zu trüben, sondern ernstlich zu gefährden. Die österreichisch-ungarische Monarchie hält an dem Bündnisgedanken trenn fest, und so lange es gilt, die eigene Existenz und die Existenz des Deutschen Reiches zu verteidigen, werden es Oesterreicher und Ungarn als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen, durchzuhalten und zu kämpfen. Man kann es aber offen aussprechen, daß trotz der absonderlichen Voten, die manche unserer Volksvertreter einnehmen, hier in Oesterreich 95 Prozent der Bevölkerung kein Verständnis für Eroberungen und Kriegsenttäuschungen haben.

Außer einigen Kriegsgewinnern, gedankenlosen Menschen und den sogenannten ewig Blinden wird niemand in Oesterreich für Belgien oder Kurland kämpfen; damit steht die Majorität der Bevölkerung Oesterreichs ganz auf Seite der Majorität der Bevölkerung Deutschlands und auf Seite der jetzigen deutschen Reichsregierung.

Die Leute, die heute hier im Parlament den Anschein erwecken, daß sie oder weitere Kreise gegen einen Verständigungsfrieden und daher wohl für Annexionen und Kriegsenttäuschungen sind, betreiben eine Politik (wenn man so etwas überhaupt Politik nennen kann), die bedenklich an den Firkus erinnert. Leider sind die Zeiten zu ernst, als daß heute solche Clownsprünge irgend jemanden erheitern könnten. Jetzt muß man derartigen Unfug energisch abstellen. Wer sich hier in Oesterreich für Annexionen und Kriegsenttäuschungen ausspricht, fällt der deutschen Reichstagsmehrheit in den Rücken und arbeitet direkt gegen die Politik der jetzigen deutschen Reichsleitung, die sich endlich, man kann sagen Gott sei Dank, nach vielen Mühen gegenüber alldeutschen und schwerindustriellen Einflüssen durchgesetzt hat. Man macht der jetzigen deutschen Reichsleitung ihre Arbeit schwer, wenn man die Politik der Alldeutschen unterstützt, jener Alldeutschen, die es zuwege gebracht haben, daß man im Ausland vielfach eine ganz falsche Vorstellung von dem Wesen des deutschen Volkes bekam. Wer für die Alldeutschen und die Schwerindustriellen Politik betreibt, gefährdet im Sinne dieser Ausführungen das Bündnisverhältnis zum Deutschen Reiche, das wir Deutschen Oesterreichs mit aller Kraft erhalten wollen.



1/X. 1917

## Die demokratische Konferenz.

Die Sozialisten für die Koalition und für eine Kontrolle gegen die Diktatur.

Petersburg, 29. September. (Petersb. Tel.-Ag.)

Der frühere Arbeitsminister Skobelew (Sozialist) eröffnete die zweite Sitzung der demokratischen Konferenz, indem er sich für ein Zusammengehen mit dem gewerbetreibenden Bürgertum und selbst mit den Kadetten aussprach, mit Ausnahme jener Elemente unter ihnen, die in die Angelegenheit Kornilow verwickelt seien.

Der frühere Justizminister Jarudny (Kadett) sprach von der Stellungnahme der Kadetten gegenüber Kornilow und erklärte, daß sie sich ehrenhaft verhalten hätten, denn sie seien die ersten gewesen, die gesagt hätten, daß der einzige Ausweg die Diktatur Kerenskis sei. Redner sprach die Ansicht aus, daß die Konferenz Verhandlungen mit der Regierung einleiten solle, um eine Art Vorparlament zu schaffen, das alle Parteien einschließen sollte und dem das Kabinett verantwortlich wäre.

Der frühere Verpflegsminister Bjechanow erklärte, daß er außer in einer Koalition kein Mittel zur Lösung der Krise sehe, da die Arbeiterdemokratie allein nicht lange die Macht in ihrer Hand behalten könne. Er betonte die Notwendigkeit einer Mitarbeit der Kadetten.

Der frühere Minister des Innern und Vorsitzende des Rates der Bauernabgeordneten Ussentjew betonte die Notwendigkeit eines die Regierung kontrollierenden Organes, das mit dem Lande durch zahlreiche Fäden verbunden sei. Dieses Organ, eine Art Vorparlament, sagte Redner, soll sich aus Vertretern der Demokratie zusammensetzen. Damit es über die unumgänglich notwendige Autorität verfüge, muß es alle lebenden Kräfte des Staates in seine Berechnung ziehen; daher drängt sich in diesem Falle die Teilnahme der bürgerlichen Klassen auf.

Hierauf erklärte Tseretelli ebenfalls, die Konferenz müsse die Grundlage der neuen Regierung schaffen und ein Kontrollorgan begründen, daß dann das Vertrauen des ganzen Landes gewinnen und es vom Abgrunde reißen wird, dem es rasch zueile.

Der Abgesandte aller Frontausschüsse Kutjchin hielt eine lange Rede, worin er sagte: Das Land kann nicht gerettet werden, wenn die Kampffähigkeit des Heeres nicht wieder hergestellt und wenn das immer noch große Mißtrauen der Soldaten gegenüber den Offizieren nicht ausgerottet wird. Diese Aufgabe wird sehr erleichtert werden, wenn das Heer erfährt, daß sich die neue Regierung auf die Demokratie stützt.

Der militärische Abgesandte Wontinski stellte die peinliche Lage im Heere fest und empfahl einige praktische Maßnahmen zu dessen Wiedergeburt, vor allem bessere Verpflegung — denn hungernde Truppen könnten nicht siegen — ferner eine kluge Befreiung des Heeres

von den schädlichen Elementen, um nicht die Fahnenflucht zu steigern.

Am Schlusse stellte Kriegsminister General Werchowski unter allgemeiner Aufmerksamkeit fest, daß das Erntergebnis dieses Jahres zwar jenes des Vorjahres übertreffe, daß es aber der Armee gleichwohl an Brot und anderen Bedarfsartikeln fehle. Die Ursache liege in dem Mangel an Transportmitteln.

Es sprachen noch Delegierte verschiedener Armeebereiche und der Flotte; sie betonten alle die Notwendigkeit einer festen Gewalt, die zur Wiederherstellung der Disziplin an der Front wirksam beitragen könne. Der Vertreter der Kosaken erklärte, daß die Kosaken die russische Republik verteidigen und die Regierung unterstützen werden.



1/X. 1917

### Der Sultan an den Papst.

Konstantinopel, 30. September. Die Agence Telegraphique Milli meldet:

Das Handschreiben des Sultans in Beantwortung der Note des Papstes hat folgenden Wortlaut:

„Mit dem Gefühle hoher Achtung und dieser Sympathie haben wir von dem erregenden Appell Kenntnis genommen, den Euer Heiligkeit an mich sowie an die Oberhäupter aller übrigen kriegsführenden Staaten in der hehren Absicht gerichtet haben, dem gegenwärtigen Kriege, dem schrecklichsten, den die Welt jemals erlebt hat, ein Ende zu setzen und so Frieden und Eintracht unter den Völkern herbeizuführen. Die hochherzigen Gedanken, die aus den Mitteilungen Euer Heiligkeit hervorklachten, sowie die Gefühle höchster Nächstenliebe, die Euer Heiligkeit für die leidende und zerrüttete Menschheit befeelen, haben uns tief gerührt. Die von Wärme und Barmherzigkeit erfüllten Ermahnungen, die der Heilige Stuhl bisher immer wieder mit unbestreitbarer Unparteilichkeit erneuert hat, um dem grausamen Ringen ein Ende zu setzen, das seit mehr als drei Jahren die lebendigsten Kräfte so vieler Völker verwüstete, haben uns um so empfänglicher gefunden, als unsre Regierung, wie sie stets zu erklären den Mut hatte, kein unberechtigtes Ziel verfolgt, weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir sind gezwungen worden, für die Erhaltung der Existenz und Unabhängigkeit sowie der freien Entwicklung unsres Landes zu kämpfen. Dieses absolut berechnete Ziel, das hauptsächlich in der Sicherung der Rechte unsrer vollen und uneingeschränkten Souveränität über das ganze Gebiet unsrer nationalen Grenzen besteht, ist es, das wir noch heute verfolgen. Wir waren stets von dem heißen Wunsch befeelt, unser Land der Wohlthaten eines dauernden und billigen Friedens teilhaftig werden zu lassen und so, wie immer, im Einvernehmen mit dem Willen unsres Volkes, den Fortschritt und das Wohl unsres Reiches auf allen Schaffensgebieten in voller Harmonie mit den andern Staaten zu sichern.

Von diesen Gefühlen geleitet und im Bewußtsein unsrer Pflichten gegen den Allmächtigen und gegen die Menschheit hatten wir im Einvernehmen mit unsern Verbündeten im Laufe des Monats Dezember des vergangenen Jahres unsern Gegnern vorgeschlagen, in Verhandlungen einzutreten, um einen gerechten und ehrenvollen Frieden herbeizuführen. Obwohl unsre diesbezüglichen Absichten seither zu verschiedenen Malen zum Ausdruck gebracht wurden, haben sie doch bisher keinen Widerhall gefunden. Der Vorschlag Euer Heiligkeit, der im Grunde dahin geht, einen Frieden auf rationalen Grundlagen zu schaffen, einen dauernden Frieden, so wie wir ihn stets beantwortet haben, kann daher nur unsrer Zustimmung begegnen. Euer Heiligkeit verkünden, daß die künftige

Gestaltung der Welt gegründet sein müsse auf den Ausschluß der Gewalt der Waffen, auf der moralischen Macht des Rechtes, auf dem Triumph der internationalen Gerechtigkeit und der Gesetzmäßigkeit. Die Verwirklichung dieses so erhabenen Gedankens, die notwendigerweise zur praktischen Folge hätte, tatsächlich und unterschiedlos Recht und Gleichheit für alle Staaten, soweit sie Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sind, zu sichern, scheint uns das einzige Mittel, um die Menschheit vor künftigen Katastrophen zu schützen und Leiden und Zerstörungen als Folgen blutiger Konflikte zwischen den Völkern zu vermeiden.

Gleich Euer Heiligkeit denken wir, daß zur Erreichung dieses im höchsten Grade menschlichen Zieles künftige Verhandlungen darauf gestellt sein müßten, die praktischsten und wirksamsten Mittel zu suchen und zu finden, um gegenseitig und allmählich eine Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen und so die Reichtümer und Hilfsquellen aller Völker der Entwicklung des Fortschrittes, der Kultur und der Wohlthaten der ganzen Menschheit dienstbar zu machen. Eben diese Verhandlungen müßten wie Euer Heiligkeit sagen, auf billige Weise die Frage der Freiheit der hohen See, die gemeinschaftliches Gut aller Völker ist, regeln und endgültig für die Zukunft Vorkriegszustände beseitigen.

Der Vorschlag Euer Heiligkeit, internationale Streitigkeiten einem obligatorischen Schiedsgerichte zu unterbreiten, erschien uns gleichfalls von höchster Bedeutung. Ueberzeugt von der Größe dieses Gedankens und von den wohlthuenden Ergebnissen, die seine Durchführung mit sich bringen könnte, zögern wir nicht einen Augenblick, zu erklären, daß wir bereit sind, gelegentlich der Friedensverhandlungen die Mittel zu erörtern, wie internationale Konflikte beizulegen seien, wobei wir den Garantien Rechnung tragen wollen, die sich auf die souveräne Existenz und die freie Entwicklung der Völker beziehen.

So meinen wir, daß die Vorschläge Euer Heiligkeit feste Grundlagen enthalten, um den gegenwärtigen Konflikt beizulegen und einen allgemeinen und dauernden Frieden herbeizuführen. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn unsre Gegner von heute von den gleichen Gedanken und solchen Gefühlen befeelt sind, die mit unserm oben gekennzeichneten berechtigten Ziel vereinbar sind, der Einleitung von Friedensverhandlungen, wie Euer Heiligkeit es in dem Edelmute Ihres Herzens wünschen, nichts im Wege stünde.

Der Allmächtige erhalte stets Euer Heiligkeit in dem Adel Ihres Herzens! Der Allmächtige nehme Euer Heiligkeit stets in seinem göttlichen Schutz.“



2./X. 1917

## Die rote Internationale und der Friede.

### Zwei kleine Geständnisse.

Ueber den eigentlichen Zweck der Stockholmer Sozialistenzusammenkünfte wenigstens in den Augen der Sozialdemokratien der Westmächte, hat ein Wissender, ein Berufener, ein Führer, das gewesene Mitglied der französischen Kriegsregierungen Viviani und Briand, Genosse S e m b a t im Pariser Parteiorgan das sensationelle Bekenntnis abgelegt: Nicht für den Frieden zu wirken, war die Aufgabe der Zusammenkünfte, wie man es der Welt vorgemacht hat, sondern der Zweck wäre, die friedensfreundliche Richtung unter den russischen Sozialisten (Bolschewiki) für die Sache des Verbandes, also für die fernere ungeschwächte, ja verstärkte Teilnahme Rußlands am Kriege zu gewinnen.

Nun liegt eine zweite sozialistische Offenbarung vor, welche die „Frieden um jeden Preis“-Agitation sozialdemokratischer Gruppen in Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reiche in einem ganz neuen Lichte erscheinen läßt. Aus der Feder „eines Genossen, der aus Rußland zurückgekehrt ist (ParteiSekretär Dr. Bauer?)“ brachte die gestrige Wiener „N. Z.“ (Nr. 263) einen längeren Aufsatz über „Die russische Revolution und der Friede“. In diesem Aufsatz wird der Verlauf der russischen Revolution seit März, der Kampf um die Macht zwischen den in der Kadettenpartei organisierten bürgerlichen ganz- und halbrevolutionären und reaktionären Elementen und den sozialistischen Demokraten einerseits und zwischen den letzteren untereinander andererseits geschildert und schließlich festgestellt: die größte Gefahr für die russische Revolution, nämlich für die derzeitigen Machthaber in Rußland, sei die Fortsetzung des Krieges. Die wirtschaftliche Zerrüttung Rußlands sei bereits so groß, daß die Fortsetzung des Krieges völlig aussichtslos und zu schwersten Krisen, Anarchie und Gegenrevolution führen müßte. Noch größer für die Revolution würde die Gefahr dadurch, daß bei einer Kriegsfortsetzung getrachtet werden müßte, die Disziplin in der Armee wieder herzustellen — was bekanntlich die ständige Predigt Kerenskis und der andern Genossenminister ist — und daher „die revolutionären Soldaten wieder dem Kommando der zumeist gegenrevolutionären Führer zu unterwerfen, also die Armee aus einem Werkzeug der Revolution in ein Werkzeug der Gegenrevolution zu verwandeln“. Wenn der Friede, so sagt der aus Rußland zurückgekehrte Genosse, nicht in wenigen Monaten kommt, ist die Revolution verloren. Es werden dann die Gründe aufgezählt, die Rußland hindern, der allgemeinen Friedenssehnsucht der Bevölkerung Rechnung zu tragen (Mißtrauen gegen Deutschland, wirtschaftliche Abhängigkeit von den Verbündeten, Angst vor Japan, dem „Polizisten der Entente“ gegenüber Rußland) und daran die Schlußfolgerung geknüpft:

„Darum müssen die Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Italiens den russischen Genossen zu Hilfe eilen, indem sie ihre Regierungen zum Friedensschlusse treiben . . . Die russische Revolution kann nur dann siegen, wenn der Friede bald kommt. Unser Kampf um den Frieden ist zugleich Hilfe für die russische Revolution, er ist zugleich ein Kampf um die Errungenschaften der russischen Revolution . . .“

Also nicht aus Liebe zum Frieden schlechthin, nicht um der Bevölkerung Oesterreichs und Deutschlands endlich wieder die Segnungen des Friedens zu bringen, macht die sozialdemokratische Führung Friedenspropaganda, sondern um der russischen Revolution zu Hilfe zu kommen und um den russischen Genossenführern, die seit März alle paar Wochen und öfter eine neue Verteilung der Ministerstellen und sonstigen Staatsämter vorgenommen haben, ihre schönen Posten zu sichern. Das soll bestimmend sein für die Friedensbedingen der Mittelmächte, auf diese russischen Mühlen soll das in Strömen vergossene Blut unserer Vaterlandsverteidiger abgeleitet werden! Es wird sich bei solanen Umständen empfehlen, die Friedensarbeit der übrigen Bevölkerung, die weder für den entthronten, noch für den neuen vielköpfigen „demokratischen“ Zarismus schwärmt, von der Friedenspropaganda der sozialistischen Führer, die durch diese Bekenntnisse in eine ganz neue Richtung rücken, scharf auseinanderzubalten . . .



## Wer bezahlt die Kriegsbehe?

In Wien hat, wie bekannt, der Deutsche Klub die Leitung der Kriegshehe in Österreich übernommen. Schon in diesem äußeren Umstand erkennen die Unterrichteten, wie es mit der Sache der Überdurdurchhalter bei uns bestellt ist. Daß sie für ihr Treiben keinen anderen Mittelpunkt finden konnten, beweist, daß ihr Anhang sehr klein sein muß. Denn wie viele von den zwei Millionen Einwohnern Wiens und von den dreißig Millionen Österreichs hatten bisher vom Dasein des Deutschen Klubs eine Ahnung? Wem wußte diese Vereinigung deutschnationaler Bierbankpolitiker etwas zu sagen, wer kümmerte sich um das Dutzend Gesangsvereinsvorstände und Professoren, die dort jahrelang im Verborgenen der Geselligkeit und dem Bier lebten? Jetzt tritt der Deutsche Klub mit einer großen Angelegenheit vor die Öffentlichkeit. Er warnt die Deutschen Österreichs vor einem Verständigungsfrieden. Er, der Deutsche Klub, der sich bisher bestenfalls zu Kundgebungen über die tschechischen Schulen in Wien aufschwang, tritt jetzt als Mahner und Warner in den letzten Dingen der Menschheit vor das deutsche Volk und erläßt Aufrufe für eine Verlängerung des Krieges.

Man könnte sich über diesen Geistesausfluß nur freuen, wenn er nicht ein sehr verdächtiges Aussehen hätte. Mit der Größe der Aufgabe, die sich der Deutsche Klub gestellt hat, sind nämlich auch seine Geldmittel gewachsen. Die kriegsheherischen Aufrufe, die er veröffentlicht, müssen nach dem Anzeigentarif bezahlt werden, ebenso wie die Beilage, mit der am Sonntag das „Fremdenblatt“ seine Leser bedachte, und die wenigen Männer von Rang, die sich zur Unterzeichnung des Aufrufes hergaben, mögen schon daraus erkennen, wie beschaffen die Sache ist, für die sie — offenbar unbedachterweise — ihren Namen hergeben. Woher aber das Geld kommt, das zur Bezahlung dieser Aufrufe dient, diese Frage aufzuwerfen, ist öffentliches Interesse. Österreichische Fabrikanten und Finanzleute lassen sich ihre Überzeugung gewöhnlich nur Geld kosten, wenn sie sie für gewinnbringend halten. So kurzfristig ist aber nicht einmal ein österreichischer Fabrikant, um von einer Verlängerung des Krieges Vorteile zu erwarten. Das glauben nur noch die deutsche Schwerindustrie und die deutschen Konservativen. Woher kommt also das Geld, das zur Vorbereitung der Kriegshehe in Österreich zu fliegen beginnt?

Noch eines ist hier vorzubringen. Wenn das „Fremdenblatt“ einen Aufruf verbreitet, der sich gegen den Verständigungsfrieden wendet, so ist daran zu erinnern, daß diese Zeitung unbestritten als halbamtliches Blatt des Ministeriums des Außern gilt. Die Verbreitung eines Aufrufes von der Art des hier besprochenen durch das „Fremdenblatt“ ist daher im höchsten Maße bedenklich, um so mehr, als Herr Prinzhorn auch innerpolitisch effizient sein soll. Das muß endlich einmal klargestellt werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, ob die Meinung des „Fremdenblattes“ die Meinung der Schwerindustriellen Reglerin Schoeller oder der österreichischen Nebenregierungen am Wallhausplatz und in der Herren-gasse ist.

Gründungen von Parteien, um das Vaterland zu retten, um es insbesondere vor der Gefahr eines Friedensschlusses zu bewahren, werden jetzt auf dem Wege der Zeitungsanzeigen vollzogen. Vor uns liegt eine Beilage zur letzten Nummer der „Gartenlaube“, auf deren zweiter Seite der Aufruf der so rasch bekannt gewordenen Deutschen Vaterlandspartei als bezahlte Anzeige abgedruckt ist. Das kostet ziemlich viel Geld, denn die „Gartenlaube“ ist nicht billig, und wir wissen nicht, glauben aber kaum, daß die August Scherl G. m. b. H. in Berlin bereit sein dürfte, vom Belegpreise von Mk. 2.50 Erhebliches nachzulassen. So weit pflegt patriotische Begeisterung nicht zu gehen. Man darf also aus dieser Einschaltung zunächst den Schluß ziehen, daß die Gründer der neuen Partei über ausreichende Geldmittel verfügen. Dies ist weiter nicht mehr verwunderlich, dient sie doch in allererster Reihe der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft vom östlichen Ufer der Elbe. Diese Herren beteuern seitgedruckt, daß sie keinen Hungerfrieden wollen. Für sie war allerdings auch der Krieg kein Hungerkrieg, sondern einer, bei dem sie sich recht befriedigend fressen konnten. Bezeichnend ist aber sicherlich diese neueste Art, eine Partei zu gründen. Wer über den vollsten Geldsack verfügt, gewinnt.

(Soeben bringt man uns die „Leipziger Ill. Stz.“ mit derselben Anzeige. Ein wahrer Deutergoldregen, den die Vaterlandspartei über die Allos-fürs-Geld-Blätter ausgeschüttet.)



### Wiener Blätterstimmen.

Die, wie wir es von ihr hoffen möchten, epochale Rede unseres Ministers des Innern findet in der Wiener Presse — wie könnte es auch anders sein! — eine durchwegs freundliche, zum Teil begeisterte Aufnahme. Wer vermöchte sich dem Wunsche und dem Glauben, daß diese Rede mit ihrer neuen Botschaft, ihrer neuen, weltumspannenden und weltumgestaltenden politischen Lehre, ihrer neuen Methode und Taktik, ihrem neuen Tonfall, ihrer die leidende Menschheit aufrichtenden Zukunftsmusik nicht nur dem Glück der kommenden Generationen vorgebaut, sondern auch die gegenwärtige wieder um eine Station dem heißersehnten Frieden näher gebracht habe, zu entziehen? Leider bringt es der westlich gerichtete Teil der Presse auch diesmal nicht zustande, die Genugtuung über die Rede des Grafen Czernin zu hehnden ohne jene bereits gewohnte Gipsritzerlei nach Berlin, auf die man in London und Paris wartet. Es ist nicht nur geschmacklos, während die beiden Kaiser, die beiderseitigen Feldherrn und Staatsmänner keine Gelegenheit zur Bekundung der vollkommenen Uebereinstimmung zwischen Berlin und Wien vorübergehen lassen, nach Gegensätzen zwischen der Wiener und Berliner Politik, nach Widersprüchen zwischen den Erklärungen des Grafen Czernin und jenen der leitenden Staatsmänner des verbündeten Deutschen Reiches zu schnüffeln, sondern es ist dieses Tun auch gewissenlos und gefährlich. Die Rechnung der Verbandskriegspolitiker, die in die taktische Schule der Horatier gegangen sind, ist bekanntlich seit langem auf die Erzeugung von Zerwürfnissen zwischen den Mittelmächten eingestellt. Ausichtslos, — aber sie in ihren Hoffnungen zu bestärken, kann nicht Aufgabe von „Wiener“ Blättern sein. Den Reigen führt die „Zeit“ an, deren politischer Leumund allerdings von ihrer Serbenzeit her eindeutig feststeht:

Graf Czernin ist der Erste unter den Staatmännern nicht nur, sondern unter den amtlichen Personen unseres Verbundes überhaupt, der es wagt, sich, ohne die sonst üblichen verschämten Umschreibungen und denkbaren Verhüllungen, frank und frei zum Verständigungsfrieden und — bekrenzt euch alle ihr gottesfürchtigen Gewalt- und Wundpolitiker! — zur „großen pazifistischen Bewegung“ zu bekennen. Es ist gerade ein Jahr her, daß diese Ideen von den Staatsmännern des damals noch neutralen Amerika in die europäische Diskussion geworfen wurden. Damals stießen sie bei uns auf kein Verständnis... Graf Czernin hat wohl für uns auch das Friedensprogramm formuliert: Statusquo und keine Kriegsschädigungen. Aber das wichtigere sind wichtigste, das konträre Friedensprogramm Deutschlands, fehlt noch. Graf Czernin hat den Friedenslaxen wieder ein Stück weitergeschoben. Wird Dr. Michaelis ihn in seiner morgigen Rede endlich über den belgischen Berg bringen?

Das die Lage und der Beruf Oesterreich-Ungarns anderes ist und somit auch seine Methode eine andere sein darf, ja muß, als die des Deutschen Reiches, daß zweitens an gewisse Fragen erst gerührt werden darf, wenn sie zur Lösung herangereift sind, daß die Wiener und Berliner Methoden einander wirksam zu ergänzen vermögen, dafür fehlt der schablonenhaften Betrachtung der Dinge in der „Zeit“ das Verständnis. Auch ist es denn doch etwas anderes, wenn der Wortführer der amerikanischen Trüstmagnaten und Rüstungsindustriellen, der Assistent des britischen Marinismus salbungsvolle pazifistische Predigten hält, während er selbst nicht nur dem „Para bellum“ fröhnt, sondern mit dem leidenschaftlichen Eifer des Kriegsverdieners den Krieg der Kunden durch reichliche Lieferungen verlängert, als wenn der Papst, an dessen Unparteilichkeit und aufrichtiger Friedensliebe sich kein Zweifel heranzumagen kann, die Stunde für gekommen erachtet, die allgemeine gleichzeitige Abrüstung anzuregen. Wer Auser legen will, muß es an geeigneter Stelle tun. Wer sein Seil wahllos an den nächstbesten Hacken hängt, riskiert, unter den Trümmern einer einstürzenden Wand begraben zu werden. Der Papst, die höchste moralische Autorität der Welt, sprach das Wort von der Abrüstung, jetzt darf es ohne Mißtrauen auf die Fahne geschrieben

werden. Und die Mittelmächte haben es getan, am rückhaltlosesten Oesterreich-Ungarn, aber auch das Deutsche Reich in seiner Antwortnote und nicht minder unsere beiden Verbündeten in Südosteuropa. Wo aber bleiben jetzt die Verbandsmächte, wo selbst Wilson?

Auch die „Arbeiter-Zeitung“ schlägt, wenn auch mit größerer Vorsicht, in die gleiche Kerbe, wenn sie nach rückhaltloser Anerkennung der Budapester Rede des Grafen Czernin schreibt:

Die Grundzüge von denen Graf Czernin versichert, daß Oesterreich-Ungarn für ihre Verwirklichung mit allen Kräften eintreten will, nähern sich mit voller Unmittelbarkeit den prinzipiellen Forderungen, die, sofern in ihre Verteuerungen Verstranden gesetzt werden kann, von der Entente als jener neue Zustand angegeben wurden, der sich aus dem Kriege, wenn all das vergossene Blut nicht vergeblich geflossen sein soll, naturnotwendig entwickeln müsse... In dem Verlassen und Aufgeben dessen, was Czernin das „bisherige System“ nennt, kann die Entente, insoweit sie demokratisch fühlt, einen großen moralischen Sieg, die größte ideelle Eroberung erkennen, und das könnte sie wohl dazu führen, ihre bisherige Verstocktheit aufzugeben und den Weg zu Verhandlungen, der so frei daliegt, zu betreten.

Mit dem „Sieg“ des Verbandes in der Frage der Abrüstung und der Schiedsgerichte dürfte es sich verhalten, wie mit der Geschichte vom Gefangenen, den einer gemacht haben wollte und der ihn nicht mehr losließ. Auch das sozialdemokratische Organ hat dann, nachdem es aus Czernins Rede einen „großen moralischen Sieg der Entente“ herauskonstruiert hat — ohne derartige Liebesdienste für die Entente geht es nun einmal nicht — auf Berlin Los, wo man sich nicht vor Beginn der Friedensverhandlungen in dem vom Verbande und seinen publizistischen Müßtreibern gewünschten Maße die Hände binden will.

Das „Fremdenblatt“ schreibt u. a.:

Der unvermeidliche Zusammenbruch der Monarchie war ein Dogma der Politik unserer Feinde geworden, die Ueberzeugung, daß wir nicht widerstandsfähig seien, war in den Ententeländern ein Allgemeingut geworden, der Glaube an den Verfall Oesterreich-Ungarns war unausrottbar. Dieser Krieg aber hat den Beweis der Unzerstörbarkeit der Monarchie gebracht, er hat gezeigt, daß auch eine Welt von Feinden Oesterreich-Ungarn nicht zu vernichten vermag, er hat die unzerstörbare Kraft der beiden vielsprachigen Staaten in glänzender Weise an den Tag gelegt. Wir haben uns gegreicht verteidigt und wir brauchen uns für künftige Kriege nicht mehr zu rüsten, denn es die anderen auch nicht tun. Denn die Begrunde, Oesterreich-Ungarn sei ein morsches Haus, welches bei der leichten Erschütterung zusammenbrechen müßte, ist gründlich und für alle Zeiten zerlört. Oesterreich-Ungarn ist ohne Eroberungsabsichten in den Krieg gezogen und es freibt auch heute keine Erweiterung seines Gebietes an, wenn ein solcher Friede zustande kommt, der ihm die nötige Gewähr für seine Sicherheit und seine freie Entwicklung bietet. Solche Garantien liegen aber in jenen Ideen, die Graf Czernin gestern entwickelt.

Ähnlich sagt das „Neue Wiener Tagblatt“:

Unsere Monarchie hat bewiesen, daß sie ihren berechtigten Platz in Europa einnimmt, und sie darf nun an die anderen herantreten und ihnen sagen: Ihr habt euch überzeugt, daß ihr auch mit Waffengewalt uns nicht überwinden könnt — gehen wir vom bewaffneten Frieden über zum freiwilligen Frieden.

Die „N. Fr. Presse“ meint von den Ausführungen des Grafen Czernin über den Zwang zur Weltabrüstung:

Sie werden in London diese Stellen der Rede nicht ohne innere Bewegung lesen. Auch dort legen sich die finanziellen Sorgen schwer auf das Land, das eine so starke Bresche im Volkvermögen hat und dessen ernste Steuerpolitik sämtlichen Staaten als Beispiel dienen sollte. Graf Czernin verflüchtel ihnen die Hoffschast eines freiwilligen Abüttes des Militarismus. Das muß sie packen und ihnen die Fortsetzung des Blutergießens noch widerwärtiger machen. In den Stimmungen ist der Friede überall.

Das „Deutsche Volksbl.“ urteilt:

Die Erklärungen des Grafen Czernin sind ebensowenig ein neues Friedensangebot als ein Ultimatum, allein sie machen einen harten Einschnitt in die kriegspolitische Entwicklung, indem sie unseren ehrlichen Willen zu einem Verständigungsfrieden gewissermaßen begrenzen und unsere Gegner nicht im Zweifel darüber lassen, daß die mutwillige Fortsetzung des Krieges ihrerseits auch die Bedingungen ändern muß, die wir im kommenden Frieden stellen werden und stellen müssen.

Das „Neue Wiener Journal“ nennt die Rede „eine Tat, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist und über die kein Feind wird hinwegkommen können.“



## Die Abrüstung des Grafen Czernin.

Eins muß man dem f. u. t. Kollegen unseres Herrn v. Kühlmann lassen: Er hat seine Worte wirklich nicht dazu gebraucht, seine Gedanken zu verhüllen. Von Moskau bis Washington wird jeder, den es angeht, aus dieser Rede herausgehört haben, daß der Graf Czernin wirklich den Frieden und die Abrüstung auf jede Gefahr hin möchte. Wenn man's philologisch-formal untersucht, hat er nichts gesagt, was unserer Antwort an den Papst, nichts, was der Rede des deutschen Kanzlers im Hauptauschuß des Reichstags widerspräche. — Mit der Rede des Herrn v. Kühlmann bieten sich keine sachlichen Vergleichspunkte, da dieser sachlich ja kaum etwas gesagt hat. — Aber wenn man Ton und Stimmung auf sich wirken läßt, so ist der Eindruck dessen, was Graf Czernin in Wien-Brest gesagt hat, doch ein ganz wesentlich anderer als dessen, was Herr Michaelis in Berlin gesprochen hat.

Unsere Antwort an Rom und die Kanzlerrede im Hauptauschuß stellen allem andern voran die Erwachung des „neuen Geistes“ bei unseren Feinden. Sie hinterlassen den unwiderstehlichen Eindruck einer gesunden Skepsis gegenüber dem Gedanken an die Möglichkeit einer solchen angelsächsisch-keltisch-romanischen Wiedergeburt und keinerlei Zweifel daran, daß wir das Schwert Hindenburgs und Ludendorffs für das beste Friedensinstrument halten. Anders der Eindruck von der Rede des Grafen Czernin. Sie zeigt einen Mann, der mit großer Hartnäckigkeit auch an einstweilen gründlich ad absurdum geführten Lehrmeinungen festhält. Alles, was zwischen Orjova und Aachen freisinnig-demokratischen Doktrinen huldigt, wird entzückt sein. „Ich nehme nichts von dem zurück, was ich gesagt habe.“ Durch den rechthaberischen Ton des Wortes klingt hier dennoch das Eingeständnis der widerwärtigen Empfindung, daß er, der Graf Czernin, nach den Erlebnissen jüngster Monate manches zurückzunehmen haben könnte.

Man vergegenwärtige sich, daß mit die stärkste Quelle aller Friedensangebotspolitik, aller der gefährlichen Wellen von Laumacherei in Oesterreich floß. Und an der Quelle saß der Graf Czernin und kredenzte den Becher. Wie oft seitdem haben wir aus dem Munde solcher, die an verantwortlicher Stelle jene Friedenspolitik machten, das Eingeständnis gehört, daß die ausgestreckte Hand ins Leere griff, daß sie zur Seite geschlagen wurde, daß ein neues Friedensangebot bei unseren Feinden keinen Boden finde, daß es keinen Zweck habe, ja daß es Schaden stifte und den Krieg nur verlängere. Und jetzt stellt dennoch Graf Czernin, der eifrigste Wegemacher für Friedensangebote, allen seinen Ausführungen rechthaberisch das Wort voraus, daß er nichts zurückzunehmen habe.

Von der Kanzlerrede stellen neulich fortschrittliche Stimmungsanalytiker fest, daß sie allgemein enttäuscht habe; von der Rede Herrn v. Kühlmanns waren dieselben Stimmungskünstler entzückt. Die Rede des Grafen Czernin schließt sich formal an die Antwort des Kanzlers an Rom und seine Rede im Hauptauschuß an. Stimmungsmäßig wirkt sie nach der Richtung, in die Herr v. Kühlmann wies, indem er sagte, es gelte erst einmal die Atmosphäre des Friedens zu schaffen. Mit radikalen Mitteln will der Graf Czernin die politische Menschheit erneuern. Was in unserer Note an den Papst mit zweiseitiger Gelassenheit als eine theoretische Möglichkeit jenseits einiger praktischer Unwahrscheinlichkeiten, ja Unmöglichkeiten hingehalten wird, das behandelt Graf Czernin unter Außerachtlassung jener Unwahrscheinlichkeiten wie das allernächst Mögliche; Abrüstung bis zum Verschwinden der Kriegsflotten, Auflösung der Heere in eine heimische Straßenpolizei, Frieden „ohne Annexionen, ohne Entschädigungen“, Wirtschaftsfriede, Freiheit der See, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, internationale Kontrolle. Es gibt überhaupt nichts, was der Zehn-Gebote-Hoffmann oder Bertha Suttner oder Herr Wilson oder die „Friedenswarte“ diesem Programm noch hinzufügen könnten.

Natürlich haben all diese schönen Dinge immer und immer wieder zur Voraussetzung, daß die Wölfe zu Schafen werden. Während Herr Michaelis diese Voraussetzung und die Unwahrscheinlichkeit ihrer Erfüllung keinen Augenblick lang vergessen läßt, erwähnt sie Graf Czernin nur ungern und nur so kurz als möglich. Das ist der ganze Unterschied. Der aber ist gewaltig. Graf Czernin baut ein Schloß in die Luft. „Keinen Revanchekrieg mehr, von keiner Seite . . . Unter internationaler Kontrolle gleichmäßige Abrüstung . . . internationale vollständige Weltabrüstung . . . Freiheit des hohen Meeres . . . freie wirtschaftliche Betätigung . . .“ Man sieht die Kapitäle dieser Säulen am Lustschloß ragen; aber man fragt sich vergebens, worauf sie ruhen und fußen sollen. „Internationale Kontrolle!“ Sicherlich: die Wölfe werden die Schafe kontrollieren; über die Schafe die Wölfe?

„Ein großer Irrtum,“ sagt Graf Czernin, „zu glauben, daß die Welt nach diesem Kriege wieder dort anfangen wird, wo sie im Jahre 1914 aufgehört hat.“ Was will er mit dieser Binsenwahrheit beweisen? „Der Krieg als Mittel

3./X. 1914

der Politik muß bekämpft werden.“ Welche Maus soll dieser Käse die Schelle umhängen? Saß für Saß eine Gefahr für alle Geister, die in dieser Zeit geneigt sind, mit dem zu spielen, was sie träumen, statt an dem zu arbeiten, was hart vor ihnen liegt.

Eine große Wahrheit: „Wahrscheinlich wird die heutige Generation das Ende dieser großen pazifistischen Bewegung gar nicht erleben.“ Sehr wahrscheinlich. Aber haben wir heute keine dringlichere Sorge, als das zu erörtern, was diese Generation selbst nach dem Optimismus eines Grafen Czernin nicht mehr erleben wird? Ist das wirklich das Nächste? Graf Czernin sagt doch selbst: „Ich spreche für den Augenblick.“ Dem Augenblick aber, in dem ein Hindenburg gegen die „die noch weichlich und lau sind“, vom „letzten Siege“ spricht, liegt anderes näher als die Abrüstungsorgen der nächsten Generation.

Schließlich muß doch auch Graf Czernin den Vorbehalt der freien Hand und freien Entschließung machen für den Fall, daß die Feinde seiner Weise minder gläubig lauschen sollten als die deutschen Pazifisten. Wir werden ihn beim Wort zu nehmen haben.

F. S.



3./X. 1914

210

# Die Friedensnote des Papstes.

## Die Antwort des Sultans.

WTB Konstantinopel, 30. Sept. (Telegr.) Meldung der Agentur Mill. Das Handschreiben des Sultans auf die Note des Papstes hat folgenden Wortlaut:

Mit dem Gefühl hoher Achtung und tiefer Sympathie haben wir von dem ergreifenden Appell Kenntnis genommen, den Eure Heiligkeit an mich sowie an die Oberhäupter aller übrigen kriegsführenden Staaten in der hehren Absicht gerichtet haben, dem gegenwärtigen Kriege, dem schrecklichsten, den die Welt jemals erlebt hat, ein Ende zu setzen und so Frieden und Eintracht unter den Völkern herbeizuführen. Die hochherzigen Gedanken, die aus den Mitteilungen Eurer Heiligkeit hervorleuchten, sowie die Gefühle höchster Nächstenliebe, die Eure Heiligkeit für die leidende und zerrüttete Menschheit befehlen, haben uns tief gerührt. Die von Wärme und Loyalität erfüllten Ermahnungen, die der Heilige Stuhl bisher immer wieder mit unbestreitbarer Unparteilichkeit erneuert hat, um dem grausamen Ringen ein Ende zu setzen, das seit mehr als drei Jahren die lebendigsten Kräfte so vieler Völker verwüstet, haben uns um so empfänglicher gefunden, als unsre Regierung, so wie sie stets zu erklären den Mut hatte, kein unberechtigtes Ziel verfolgt, weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir sind gezwungen worden, für die Erhaltung der Existenz und Unabhängigkeit, sowie der freien Entwicklung unsers Landes zu kämpfen. Dieses absolut berechnete Ziel, das hauptsächlich in der Sicherung der Rechte unsrer vollen und uneingeschränkten Souveränität über das ganze Gebiet unsrer nationalen Grenzen besteht, ist es, das wir noch heute verfolgen. Wir waren stets von dem heißen Wunsche befeelt, unser Land der Wohltaten eines dauernden und billigen Friedens teilhaftig werden zu lassen und so, wie immer im Einvernehmen mit dem Willen unsers Volkes, den Fortschritt und das Wohl unsers Reiches auf allen Schaffensgebieten in voller Harmonie mit den andern Staaten zu sichern. Von diesen Gefühlen geleitet und im Bewußtsein unsrer Pflichten gegen den Allmächtigen und gegen die Menschheit, hatten wir im Einvernehmen mit unsern Verbündeten im Laufe des Monats Dezember vergangenen Jahres unsern Gegnern vorgeschlagen, in Verhandlungen einzutreten, um einen gerechten und ehrenvollen Frieden herbeizuführen. Obwohl unsre diesbezüglichen Absichten seitdem zu verschiedenen Malen zum Ausdruck gebracht wurden, haben sie doch bisher keinen Widerhall gefunden. Der Vorschlag Eurer Heiligkeit, der im Grunde dahin geht, einen Frieden auf rationalen Grundlagen zu schaffen, einen dauernden Frieden, so wie wir ihn stets befürwortet haben, kann daher nur unsrer Zustimmung begegnen. Eure Heiligkeit verkünden, daß die künftige Gestaltung der Welt gegründet sein müsse auf den Ausschluß der Gewalt der Waffen, auf die moralische Macht des Rechtes, auf den Triumph der internationalen Gerechtigkeit und der Gesehmäßigkeit. Die Verwirklichung dieses so erhabenen Gedankens, die notwendigerweise zur praktischen Folge hätte, tatsächlich und unterschiedlos Recht und Gleichheit für alle Staaten, soweit sie Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sind, zu sichern, scheint uns das einzige Mittel, die Menschheit vor künftigen Katastrophen zu behüten und Leiden und Zerstörungen als Folgen blutiger Konflikte zwischen den Völkern zu vermeiden. Gleich Eurer Heiligkeit denken wir, daß zur Erreichung dieses im höchsten Grade menschlichen Zieles künftige Verhandlungen darauf gestellt sein müßten, die praktischsten und wirksamsten Mittel zu suchen und zu finden, um gegenseitig und allmählich eine Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen und so die Reichtümer und Hilfsquellen aller Völker der Entwicklung des Fortschritts, der Kultur und der Wohlfahrt der ganzen Menschheit dienstbar zu machen. Eben diese Verhandlungen müßten, wie Eure Heiligkeit sagen, auf billige Weise die Frage der Freiheit der hohen See, die gemeinschaftliches Gut aller Völker ist, regeln und endgültig für die Zukunft Vorkriegsgefühle beseitigen. Der Vorschlag Eurer Heiligkeit, internationale Streitigkeiten einem obligatorischen Schiedsgerichte zu unterbreiten, erschien uns gleichfalls von höchster Bedeutung. Überzeugt von der Größe dieses Gedankens und von den wohlthuenden Ergebnissen, die seine Durchführung mit sich bringen könnte, zögern wir nicht einen Augenblick, zu erklären, daß wir bereit sind, gelegentlich der Friedensverhandlungen die Mittel zu erörtern, wie internationale Konflikte beizulegen seien, wobei wir den Garantien Rechnung tragen wollen, die sich auf die souveräne Existenz und die freie Entwicklung der Völker beziehen. So meinen wir, daß die Vorschläge Eurer Heiligkeit eine feste Grundlage dafür enthalten, den gegenwärtigen Konflikt beizulegen und einen allgemeinen und dauernden Frieden herbeizuführen. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn unsre Gegner von heute von den gleichen Gedanken und solchen Gefühlen befeelt sind, die mit unserm oben gekennzeichneten berechtigten Ziele vereinbar sind, der Einleitung von Friedensverhandlungen, wie Eure Heiligkeit es in dem Edelmute Ihres Herzens wünschen, nichts im Wege stünde. Der Allmächtige erhalte stets Eure Heiligkeit in dem Adel Ihres Herzens. Der Allmächtige nehme Eure Heiligkeit stets in seinen göttlichen Schutz.



H. X. 1917

## Deutsche Zustimmung zur Rede Czernins

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt

Die Gedanken, die in der Kundgebung des Papstes ausgesprochen, von den Zentralmächten in ihren Antworten aufgenommen worden sind, hat Graf Czernin in seiner Budapester Rede weitergesponnen und grundsätzlich formuliert. Mit Nachdruck lehnt er die Vorstellung ab, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen einfach da wieder anknüpfen könnte, wo sie durch den Ausbruch des Weltkrieges abgeschnitten wurde. In Worten, die von wahrer Menschlichkeit erfüllt sind, sucht er dem neuen Geist seine Bahn zu weisen, entwirft er ein Bild der neuen Weltordnung, wie sie seiner Ansicht nach zum Heile der kommenden Geschlechter aus diesem Weltkriege hervorgehen muß. Internationale Weltabklärung, obligatorisches Schiedsgericht, keine territorialen Vergrößerungen, unbedingte Wirtschaftsfreiheit, das sind die Prinzipien, deren gleichmäßige und allgemeine Durchführung die Welt vor der Wiederkehr der Katastrophe sichern würde, die wir durchgemacht haben und in der wir noch heute stehen. Wenn der österreichisch-ungarische Staatsmann mit dieser Sicherheit für die künftige internationale Ordnung eintritt, so steht er dabei auf dem festen Boden nicht mehr zu erschütternder Kriegsergebnisse. Zu ihnen zählt er vor allem die Beseitigung des Dogmas, daß Oesterreich-Ungarn ein sterbender Staat sei. Nur ein Staat, der kämpfend sein Lebensrecht erwiesen und seinen Platz in der Völkergemeinschaft gegen alle Angriffe sicher festgestellt hat, vermag die Hand zu Vereinarbeitungen zu bieten, die nur in rüchhaltloser gegenseitiger Anerkennung staatlichen Lebensrechts möglich sind. Das gilt, wie für Oesterreich-Ungarn, so für alle Glieder unseres Bundes.

Es entspricht dem Bewußtsein unserer gemeinsamen Stärke, wenn Graf Czernin erwartet, daß die gegnerischen Kriegsziele, von denen unsere Feinde schon vieles aufgegeben haben, noch weiter zusammenschrumpfen werden. Den großen Worten der feindlichen Staatsmänner setzt er die großen und starken Tatsachen entgegen, die uns die Sprache der Versöhnlichkeit gestatten. Aber auch darüber läßt Graf Czernin keinen Zweifel: Wollen die Feinde die Fortsetzung des Krieges, so sind auch wir in unseren Entschliehungen frei und an das jetzt aufgestellte Programm nicht gebunden. Noch warten wir darauf, ob auch auf der anderen Seite der neue Geist sich vernehmen lassen will. Daß diese Zeit des Wartens nicht unbegrenzt ist, hat Graf Czernin mit Kraft und Nachdruck ausgesprochen.



14./X. 1914

H

215

### Graf Czernin und der Friede

Die große Rede des österreichisch-ungarischen Außen-Ministers verdient sicherlich den Namen eines historischen Dokumentes. Sie hat insbesondere den Gedanken, der der Antwort der Zentralmächte auf die Papstnote zu Grunde lag, im weiteren ausgeführt, den Gedanken, daß vor der Regelung der territorialen Fragen die allgemeine Abrüstung und die bedingungslose Annahme des Grundsatzes der Schiedsgerichte beschlossene Sache sein müsse. Graf Czernin brachte seine interessanten Ausführungen auf ein Tatsachen-Material auf, dessen gute Fundierung sofort in die Augen fällt. Starkes Gewicht legte er auf die rein praktische Erwägung, daß kein Staat es auf die Länge aushalten könne, die gewaltige Erhöhung seines Militärbudgets, die der Krieg mit sich gebracht hat, weiter zu tragen — entweder abrüsten oder „Ruin aller Völker“: das sind die beiden Pole, zwischen denen man heute durchfahren muß. Nicht weniger zwingend erscheint die Argumentation, man brauche von „territorialen Sicherungen“ — worunter sehr wohl Eroberungen verstanden werden können — gar nicht mehr zu reden, wenn einmal der Grundsatz der Abrüstung durchgedrungen sei; denn dann seien sie gänzlich überflüssig.

Der ganze Gedankengang der Rede Czernins zeigt eine sehr bemerkenswerte Durchdringung mit neuen Ideen, von denen man vor dem Kriege in den Kreisen der offiziellen Diplomaten nicht viel wissen wollte. Vom Standpunkte aller derer aus, die einen Verständigungsfrieden herbeisehnen — und gerade wir in der Schweiz haben das größte Interesse an einem solchen — ist diese Kundgebung des Außenministers der Donau-Monarchie mit Freude zu begrüßen. Ob sie den gewünschten Erfolg hat und uns dem Frieden näher bringt, das steht allerdings auf einem anderen Blatte.



# Der Sitzungsbericht.

122. Sitzung, Sonnabend, den 6. Oktober 1918.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, v. Stein, Graf Noebern, Wallraf, Schwander.

Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

## Die Interpellationen über die alldeutsche Agitation.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten, die folgendem Inhalt lautet: „Ist dem Reichslanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstags betrieben wird? Was gedenkt der Reichslanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun? Mit dieser Interpellation wird verbunden eine weitere Interpellation der Sozialdemokraten, die lautet: „Ist dem Reichslanzler bekannt, daß von Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird?“

Abg. Landsberg (Soz.): In Friedenszeiten ist das Eindringen einer politischen Propaganda in das Heer nicht gebildet worden. Dieser Grundsatz scheint jetzt im Kriege aufgegeben zu sein, allerdings nicht völlig. Ein Zirkular der Sozialdemokraten Groß-Berlins an die „Vorwärts“-Leser im Waffenrock wurde verboten, ebenso eine Broschüre des Abg. Stücken. Die alldeutschen Bestrebungen aber werden durch unzählige Kanäle ins Heer geleitet und zwar unter hervorragender Mitwirkung der Behörden. Man weiß, daß die „Vaterlandspartei“ mit dem schönen Namen eine alldeutsche Gründung ist. Würde man nicht, daß der alldeutsche Verband hinter dieser Parteigründung steht, man würde es an der Annahme merken, die in den Namen dieser Partei liegt.

Es erregt die unangenehme Geslagsart, die von dem Alldeutschen oft von jeder Seite geübt worden ist, die Gegner der einen verlegenden Ideen als vaterlandsfeindlich zu bezeichnen. Sie behaupten, die Alldeutschen hätten allein das Recht zu bestimmen, was deutsch, was vaterländisch ist. Sie fragen: Sollen die gebrauchten Dichter nutzlos sein? Welche moralische Auffassung. Die Dichter sind gebraucht worden für die Rettung Deutschlands. Und das so nutzlos sein? Unsere Liebe zu unserem Vaterland geht so weit, das wir Kurland und Longow-Brizy nicht nachjagen wollen, auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren. (Beifall links und im Zentrum.)

Sie müßten sich doch darüber klar sein, daß Deutschland, so groß seine Kraft auch ist, ohne Bundesgenossen — so muß die Frage gestellt werden! (Sehr richtig! links und im Zentrum.) — nicht der ganzen Welt den Frieden diktieren kann. Immer wie er ist der Termin, an dem bestimmte Hoffnungen sich verwirklichen. Alten, hinausgeschoben worden, genau so, wie ein zahlungsunfähiger Schuldner einen Wechsel prolongiert, den er nicht bezahlen kann. (Große Unruhe rechts, Zustimmung links und im Zentrum.) Die Realisten in der Vaterlandspartei sollten sich auch fragen, was wir nun mit den eroberten Gebieten eigentlich anfangen können. Wir haben nicht das Talent zu moralischen Eroberungen.

Wir können uns in der Zukunft nur erhehlen, wenn es gelingt, den Zusammenschluß der Feinde zu sprengen. Das beste Mittel zur Festigung dieses Zusammenschlusses aber wären deutsche Gebietswerbungen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) So spreche ich zu den Idealisten in der Vaterlandspartei. Anders muß ich sprechen zu dem Wüster, die sich von einer Verbschäftigkeit, die Kriegsverlängernd wirken muß, dadurch nicht abhalten lassen, daß der Krieg ihnen materielle Vorteile bringt. Gewiß, sie können Leiden ertragen. Aber es sind die Leiden anderer. (Sehr gut! links und im Ztr. Unruhe rechts.) Geschäftliche Erfahrungen übertragen sie auf das politische Gebiet. Gelegentliche Drohungen, keine Kriegsanleihe zu zeichnen, wenn die Regierung nicht bezügliche Erklärungen abgibt, helfen nach. (Hört, hört! links.) Man muß sich wundern, daß sie für den Krieg immer noch Material liefern, obwohl er mit einem „Verzichtsfrieden“ auszugehen droht. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Aber so allwissend sind sie doch. (Weiterkeit links.)

Die Männer, deren Vermögensverhältnisse durch eine Kriegsverlängerung so günstig beeinflusst werden, wie es die Dividenden täglich zeigen, und die glückselig für Eroberungen eintreten, möchte ich zur Scham rufen. (Großer Lärm rechts, leb. Zustimmung links und im Ztr.) Mit der Verfassung eines Millionenfonds will man den Geist des deutschen Volkes fälschen. (Großer Lärm rechts.) Zurufe rechts: Unschärf! Abg. v. Graefe: Stempel! Abg. Landsberg (fortsetzend): Man will die Bestrebungen auf Vermehrung der Geltung unseres Volkes niederhalten. Angeblich will man den inneren Zwist vermeiden. Aber solange die Vaterlandspartei besteht, hat sie nichts anderes getan, als inneren Zwist zu säen. (Stürmische Zustimmung links. — Abg. Ebert: (Soz.): Es ist ihre einzige Aufgabe! Man will dem deutschen Volk die Parteien

verleiten, die Staat und Volk zu einer Einheit machen wollen. Dieser Krieg, wie er auch ausgehen mag, ist Not und Elend zur Folge haben. Das wissen die Herren sehr gut, und deshalb stellen sie Kriegsziele auf, an die sie selbst nicht glauben, aber um hinterher die Reichstagsmehrheit für all das Elend verantwortlich zu machen, das auf das Konto des Krieges kommen wird. (Sehr richtig! links.)

Das haben die liberalen Männer nicht begriffen, die der Vaterlandspartei beigetreten sind. Es ist noch gar nicht lange her, daß einer von diesen Männern, Ludwig Thoma, nach konservativen Wünschen vor das Reichsgericht in Leipzig wegen Verleumdung gestellt werden sollte, weil die Franzosen deutsche Arbeiter in Flugblättern mit Bildern aus dem „Einfachstimmus“ der Friedenszeit zu beweihe suchen. (Hört, hört! links.) Sie haben in der Zeit zu beweisen suchen. Der Vorschlag des Freiherrn v. Wangenheim, die Gegensätze ruhen zu lassen, hätte den liberalen Männern in der Vaterlandspartei zu denken geben sollen. Wenn wir für größere Freiheiten auch jetzt im Kriege eintreten, so deshalb, weil wir die Freiheit für die Quelle der größten und gewaltigsten Kräfte halten, weil wir den Siegeswillen des deutschen Volkes steigern wollen. (Lebhafte Beifall links.)

Eine Flut von Beschimpfungen ist über den Reichstag niedergegangen. „Friedensgewinnel“, „Krieglinge“, bezahlte Agenten des Auslandes“ und so fort. (Hört, hört! links.) Scheidemann ist im englischen Golde stehen. (Lache links.) Diese Menschen innen nicht begreifen, daß sich jemand politisch für etwas anderes klärt, als für Geld. (Sehr gut! links — Lärm rechts.) Man hat den Reichstag eine „Biotanast“ genannt, von einer „Schmachfriedens-Entscheidung“ gesprochen. Und beim Falle von Riga wurde die taktvolle Bemerkung gemacht, die Mehrheit empfinde Betrübnis ob dieses militärischen Ereignisses. (Psittakus links.) Die „Deutsche Tageszeitung“, dasjenige deutsche Blatt, über dem das moralische Minimum liegt, hat die Zustimmung links, großer Lärm rechts, spricht sich gegen die Hungerrückstände. (Psittakus links.) Es scheint, daß einem nicht unerschlichen Teil der Klasse, deren Interessen die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt, der Gedanke, daß das eigene Volk hungert, nicht allzu große Pein macht. (Großer, anhaltender Lärm rechts. Psittakus rechts.) Abg. v. Graefe: Schamlos! Wiederholte Zustimmung links.) Der Deutsche Reichstag wird über die Beschimpfungen zur Tagesordnung übergehen. Wenn die Herren von der Vaterlandspartei meinen, daß man den Krieg nicht nur gegen die ganze Welt, sondern auch gegen die Mehrheit des deutschen Volkes führen kann, dann wollen wir sie davon nicht abbringen.

Sie könnten allerdings sich einmal überlegen, inwieweit sie das friedliche deutsche Volk in den Auf kriegerischer Reigungen gebracht haben. Die Kriegszustimmung in Amerika ist durch einen Artikel des Herrn von Ginzang in den Alldeutschen Wäutern lebhaft gesteigert worden, weil er die 30 Millionen Deutschamerikaner aufforderte, mit der Faust zugunsten Deutschlands in den Krieg einzugreifen und Kanada nicht zu vergessen. Er mochte sie auch, sich mit den Iren strotzend selbständig zu machen. Bei uns hat man über bedächtige hanebüchene Unsinn gelacht, in Amerika aber hat man vor Amt geschäumt. Bethmann hat recht, der Krieg hat den Mangel an Einsicht bei den Alldeutschen ins Groteske gesteigert. Dabei ist der Alldeutsche Verband zum Protest gegen die Besitzergreifung Helgolands gegründet worden. Hätte damals die alldeutsche Agitation Erfolg gehabt, so würden die Engländer jetzt den Grundstein des Alldeutschen Verbandes ein Denkmal auf dem Trafalga-Square in London setzen. (Weiterkeit.) Dem Kriegsverlängerern im Auslande könnte man keinen größeren Gefallen tun, als wenn man einen Alldeutschen zum Kanzler ernennen würde. (Zurufe: Herr Kaempff oder noch in gesteigertem Maße den Großen Revolutions. Das deutsche Volk will diese Atmosphäre des Hasses nicht.)

Man hat der Reichstags-Mehrheit vorgeworfen, sie habe die Lage als hofflos bezeichnet. Das ist eine gefährliche Unwahrheit. So groß unsere Sehnsucht nach Frieden ist, so betonen wir immer wieder, daß wir um den Preis einer Verstillung, einer Bergewaltigung Deutschlands ihn nicht erkaufen wollen. (Beifall links und im Ztr.) Aber das Joch, gegen das wir uns wehren, wollen wir auch anderen Völkern nicht auferlegen. Wenn man glaubt, daß Deutschland ohne Kriegsschädigung nicht bestehen kann, so ist das eine manomorphische Auffassung.

Wir verbitten uns die Agitation der Behörden für die Vaterlandspartei. Aus allen Teilen Deutschlands kommen Hilferufe unglücklicher Menschen, die von Ihren Vorgesetzten zum Beitritt zur Vaterlandspartei gezwungen werden. In einer ganzen Reihe von Orten sind die Reichs- und Provinzial-Beamten agitiert für sie. Sie sollten sich lieber um die Kohlen- und Lebensmittelversorgung kümmern! (Beifall links und im Ztr.) In Breslau ist die Geschäftsstelle der Vaterlandspartei im Amtgebäude der Provinzialverwaltung, in Potsdam im Gebäude der königlichen Regierung.

Nun die Agitation im Heere. Von allen Seiten wird gemeldet, daß die militärischen Vorgesetzten unter den Soldaten Mitglieder werben. In alldeutschen Versammlungen werden Soldaten abkommandiert, z. B. in Freiberg i. Sachsen. Solche Agitation wird uns weiter gemeldet von der Inspektion des Kriegsgefangenenlagers des 10. Armeekorps, aus fast sämtlichen Militärbüros in Hannover, vom Jägerbataillon 14, vom Stabe des Infanterie-Regiments 346, vom 2. Landsturm-Inf.-Bataillon Insterburg, selbst aus Magdeburg. (Weiterkeit.) Auch bei der chemischen Abteilung des Kriegsministeriums ist eine Liste mit der Aufforderung zum Beitritt zur Vaterlandspartei herumgegangen. Und



# Was will die Deutsche Vaterlandspartei?

Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei hat Gelegenheit genommen, nachdem nacheinander die Organisation der Partei überall in die Wege geleitet und die Satzung auf dem ersten Parteitag endgültig festgestellt worden ist, Ziele und Aufgaben der Partei in einem Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen nochmals klarzulegen. Entgegen der weitverbreiteten Meinung, die wegen der Zugehörigkeit der Gründer zu einer bestimmten politischen Gruppe entstehen konnte, daß die Vaterlandspartei eine Schutzgruppe der rechtsstehenden Parteien werden wolle und auch in der innern Politik sich im Sinne dieser Parteien betätigen werde, heißt es in dem Rundschreiben:

Maßgebend für das Ziel der Partei ist der § 2 der am 24. September 1917 auf dem ersten Parteitag festgestellten Satzung. Nach ihm bezweckt die Vaterlandspartei „die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der sonstigen politischen Parteilichung“ und „will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichen Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß. Die Deutsche Vaterlandspartei will mit den bestehenden politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten. Mit ihnen will sie zur Stärkung des Siegeswillens und zur Überwindung aller ihm entgegnetretenden Schwierigkeiten Hand in Hand arbeiten“. Erschöpfende und authentische Erläuterung dieser Sätze findet sich in den demnächst im Druck erscheinenden Reden des Ehrenvorsitzenden, des Ersten und Zweiten Vorsitzenden der Partei in der Versammlung am 24. September 1917 in Berlin. Hiernach ergibt sich folgendes:

1. Die Deutsche Vaterlandspartei hat kein andres Ziel als das: alle Deutschen unter der Fahne des Kampfes gegen den äußern Feind zu sammeln, den deutschen Siegeswillen zum überwältigenden Durchbruch zu bringen und den Beweis zu liefern, daß nicht eine kleine Gruppe mit parteipolitischen oder egoistischen Beweggründen, sondern die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes entschlossen ist, bis zu einem Frieden weiterzukämpfen, der Entschädigung bringt für die erlittenen Verluste und die Grundlagen schafft für eine freie Entwicklung deutscher Wirtschaft und Kultur in der Welt. Mit der Gründung der Vaterlandspartei hat die Volksabstimmung begonnen, die die wahre Mehrheit des deutschen Volkes feststellen wird!

2. Die Deutsche Vaterlandspartei ist eine Einigungspartei und eine Volkspartei. Sie will Angehörige aller Parteirichtungen, Konfessionen und Berufsstände unter der Fahne des deutschen Sieges sammeln. Sie hat daher nichts mit innerer Politik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu tun. Sie läßt jedem seine Überzeugung auf diesem Gebiete. Sie mißt sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten der Bundesstaaten und nimmt daher auch keine Stellung zu der preussischen Wahlrechtsreform. Sie ist auch nicht in der Lage, zu verhindern, daß, nachdem einmal innerpolitische Fragen aufgerollt worden sind, diese zwischen den Parteien erörtert werden. Wohl aber will sie verhindern, daß solche Erörterungen zu dem unheilvollen Zustande dauernden innern Zwistes führen, unter dem wir vor dem Kriege gelitten haben, und den das deutsche Volk auf dem besten Wege ist, auch im Kriege wieder herbeizuführen. In diesem Sinne verpflichtet die Deutsche Vaterlandspartei im § 3 der Satzung alle Mitglieder, „mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht“. Es sollen also nicht Streitigkeiten um die Reichsverfassung mitten im härteren Daseinskampf im Vordergrund stehen und unsere Kräfte zerreißen, sondern alle Deutschen sollen unermüdet das Hauptziel ins Auge fassen: den Kampf gegen den äußern Feind! Sie will ferner den unheilvollen Hader zwischen den Berufsständen, zwischen Stadt und Land bekämpfen und dafür sorgen, daß die deutschen Erwerbsstände ihre Zusammengehörigkeit unter dem Gesichtspunkte des großen Zieles erkennen und beweisen. Ebenso will sie an ihrem Teil dazu beitragen, daß jeder religiöse Streit im Kriege schweigt. Sie macht also ausdrücklich keinerlei Unterschied zwischen den Konfessionen.

3. Die Deutsche Vaterlandspartei will in keiner Weise in die vielfach schon bestehenden Verbände und Einzelorganisationen eingreifen. In der großen Schlachtlinie ist Platz für viele. Die Deutsche Vaterlandspartei sammelt alle Kräfte auf das eine große Ziel, identifiziert sich aber nicht mit den einzelnen Organisationen.

4. Die Deutsche Vaterlandspartei will weder auf Hurra-patriotismus, noch auf große Worte und Maßlosigkeiten hinaus. Was sie braucht, ist eiserne, selbstlose Arbeit. Zeit läßt nicht mehr zu verlieren! Der Welt muß gezeigt werden, daß nach drei schweren Kriegsjahren das deutsche Volk in ungebrochenem Siegeswillen fest entschlossen ist, sich den Frieden zu erkämpfen, den es braucht! Es ist nicht leicht, zu der Vaterlandspartei die Stellung zu gewinnen, die dem deutschen Staatsbürger das einzige Ziel, das er heute mehr als je unvertuscht im Auge haben muß: das Glück und Heil unsers Vaterlandes, vorschreibt. Die Sammlung aller der Bürger, die einen solchen Zusammenstoß als das Bedürfnis des Augenblicks empfinden und durch ihn kundtun möchten, daß nach ihrer Meinung die Bestrebungen der Parteipolitik vor den vaterländischen Notwendigkeiten im Hintergrund zu bleiben haben, wird schon dadurch erschwert, daß an der Spitze der neuen Partei Namen von Männern stehen, die die Kampfgruppe der Ullrichschen — ob mit Recht oder Unrecht sei hier nicht untersucht — zu den übrigen rechnet. Welo, die dem Programm, wie es jetzt vorliegt, zustimmen, werden sich dadurch von dem Beitritt abhalten lassen. Die Deutsche Vaterlandspartei schließt ausdrücklich die Behandlung der innern Politik, der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik aus ihrer Betätigung aus. Damit hält sie sich zwar des Sprengpulver fern, das ihrer Zukunft verderblich werden müßte; aber sie deckt damit auch ihre Schwäche auf. Daß wir unsern Bognern auf den Leim gegangen sind, als wir der innern Politik bei der Erörterung der Kriegsführung und der Kriegsziele einen immer breitem Raum räumten und Versammlungsfragen mit der Hilfe besprachen, als ob unter Staat inolge einer höchsten Verfassung zusammen-

gebrosen sei, das sehen nachgerade wohl alle ein. Diesem Streit haben wir den Widmut in unsern Reihen zu danken, von dem Hindenburg in seinem Geburtstags-Dank sagt, daß er die Hoffnungen unsrer Feinde stärke. Auch die Sozialpolitik läßt sich im Kriege, wo sie sich doch einen Abbruch gefallen lassen mußte, aus den Besprechungen ausscheiden. Wie man aber Leute aus den verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Lagern sammeln will, um mit ihnen das wünschenswerte Kriegsziel zu erkämpfen, ohne sich auf wirtschaftspolitische Ziele festzulegen, ist uns unerfindlich. Wie dieser Krieg zum guten Teil aus wirtschaftlichen Gründen entstanden ist, so wird man auch für sein Ende bestimmte wirtschaftspolitische Forderungen aufstellen müssen. Ob jemand das Deutschland nach dem Kriege für wirtschaftlich stark genug hält, den Kampf um den Weltmarkt wieder aufzunehmen, oder ob man in der Verteilung der Umschläge unsrer Feinde auf unsre wirtschaftliche Zukunft ein Hauptziel des Krieges sieht, wie man zu der Notwendigkeit einer Kriegsentenschädigung steht, das sind Fragen, die klar beantwortet werden müssen, wenn man sich zu den Zielen der Deutschen Vaterlandspartei bekennen will. Jedenfalls wird die neue Partei ohne eine ganz bestimmte Stellungnahme, wie sie sich unsre wirtschaftspolitische Zukunft denkt, nicht arbeiten können. Wenn diese Arbeit nützlich werden soll, so wird sie gerade auf diesem Gebiete aufklärend wirken müssen. Hier kann sie wirklich eine Einigkeit erzielen, wenn sie den Volke beweist, daß all seine Teile, die Arbeiter und Angestellten ebenso wie die Gewerbetreibenden und die Landwirte, einer trostlosen Zukunft entgegengehen würden, wenn wir uns durch Nachgeben einen Frieden aufzwingen ließen, der wirtschaftlich und finanziell für uns Siechtum oder Tod bedeutete. Diese Aufklärung, was aus uns werden würde, wenn wir die Pläne der feindlichen Staatsmänner nicht zum Schritern bringen, ist allerdings eine Aufgabe für die neue Partei, die ihren Dank in sich selbst trägt. Freilich haben sich die bürgerlichen Parteien und ihre Presse schon bisher auch dieser Aufklärungspflicht unterzogen und müssen sich ihr auch weiterhin widmen. Das positive Programm der Einigungspartei enthält deshalb auch nichts, was nicht ebensogut Zentrumspolitiker wie Nationalliberale und Konservative unterschreiben könnten. Es gibt nur wieder, was wir alle meinen. Was dagegen von dieser neuen Partei, die ihre Bestandteile aus allen andern Parteien holt, zu erhoffen wäre, ist, daß es ihr vielleicht gelingen wird, den innern Streit zum Verstummen zu bringen, die Parteien auf die gemeinsame Plattform der vaterländischen Interessen zu bringen. Dem steht aber auf der andern Seite die Gefahr gegenüber, daß eine ungeschickte Leitung der Vaterlandspartei die Anhänger der Sozialdemokratie, die sie nicht um sich sammeln kann, von der gemeinsamen Sache, an die sie durch eine vorausschauende Politik des Kaisers und des Kanzlers gefettet worden sind, abstoßen kann. Wir wollen hoffen, daß es der Deutschen Vaterlandspartei gelingen wird, dem innern Frieden zu dienen und damit unsre Kraft zu verdoppeln. Sie gerade muß deshalb in besonderm Maße beherzigen, daß wir nur einen äußern Feind haben, und daß die Mitbürger, die über das Ende und das Ziele des Krieges anders denken als die Patrone der Vaterlandspartei, deshalb keine innern Feinde sind, sondern Leute, die auf anderm Wege dasselbe Ziel, das Beste für das Vaterland, suchen. Was man den Konservativen nachsehen konnte, daß sie in ihren Auseinandersetzungen mit der Linken die alten Gegensätze verpflanzten und dadurch den Kampf um die Kriegsziele vergifteten, das dürfen wir nach dem Bekenntnis der neuen Partei zur innern Einigkeit nicht mehr hinnehmen. Befragt es ihr aber, das Volk zu sammeln, ohne große Volksteile von sich zu stoßen, dann wird ihre Arbeit segensreich sein.



**Die Friedensresolution der Demokraten.**

Petersburg, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der letzten Sitzung der Demokratischen Konferenz führte der Delegierte Dan aus, die Konferenz könne nicht schließen, ohne sich über den Frieden auszusprechen. Er schlug daher namens der minimalistischen Fraktion der sozialistischen Partei vor, einen Aufruf an die Demokratien der ganzen Welt zu richten.

Dieser Aufruf stellt zunächst fest, daß Rußland gezwungen ist, an zwei Fronten Krieg zu führen, nämlich gegen den äußeren und den inneren Feind, das heißt

gegen die Gegenrevolution, die aus dem Unglück des Vaterlandes Nutzen zu ziehen sucht. Vor sechs Monaten, heißt es in dem Aufruf weiter, hat die russische Demokratie die Notwendigkeit eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verstanden. Damals war Rußlands militärische Lage verhältnismäßig günstig. Die Mittelmächte suchten, mit Rußland einen ehrenvollen Frieden zu schließen, aber dieses wies den Gedanken eines Sonderfriedens mit dem Vorbehalt des Imperialismus zurück in der Hoffnung, daß die Völker der beiden Mächtegruppen sich erheben und ihre Regierungen zu einem allgemeinen, demokratischen Frieden zwingen werden. Dieser Friede kam jedoch nicht, und seit jener Zeit hat sich die militärische Lage Rußlands bedeutend verschlechtert. Die Deutschen besitzen Rußlands Desorganisation, dringen ins Innere des Landes ein und ermutigen dadurch die militärische Gegenrevolution. Der Aufruf verweist sodann auf die alarmierenden Gerüchte, die das russische Volk aufregen und in denen behauptet wird, es bestehe die Absicht internationalistischer Kreise, einen Frieden auf Kosten Rußlands zu verwirklichen und durch einen Sonderfrieden das gegenseitige Gemehel unter den Kulturvölkern zu beendigen.

Die russische Demokratie, erklärt der Aufruf, wird sich mit allen Kräften der Ueberflutung des Vaterlandes durch fremde Armeen entgegensetzen und nicht zulassen, daß man ihm seine Gebiete entreiße oder seine Unabhängigkeit antaste. Aber die Sache der Verteidigung des revolutionären Rußland ist auch die einer jeden Demokratie der Welt. Die Unterdrückung der russischen Revolution würde den Frieden bedeuten auf Kosten der Verraubung eines der kriegführenden Länder und die Welt vor neue Revanchedrohungen und neue Rüstungen stellen. Deshalb richtet die demokratische Konferenz den Gedanken einer internationalen sozialistischen Konferenz begründend, an die Demokratien der ganzen Welt den Appell, zu den Friedensbestrebungen der russischen Revolution beizutragen.

Nachdem der Vorstand der Konferenz über den Aufruf beraten hatte, gab der Vorsitzende folgende Erklärung ab: Die demokratische Konferenz bestätigt den festen Willen der gesamten russischen Demokratie, für die Verwirklichung eines Friedens ohne

Annexionen und Entschädigungen zu kämpfen, und spricht den Wunsch aus, daß dieser Wille in einem Manifest zum Ausdruck gelange, das von den durch Vertreter aller an der Konferenz teilnehmenden Parteien ergänzten Vorstand abzufassen ist.

Diese Anregung wurde unter den lebhaftesten Aufen: Es lebe der internationale Friede! mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Die erste Sitzung des Vorparlamentes findet heute im Rathhause statt.

**Das Vorparlament.**

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das im Stadthause gestern zusammengetretene Vorparlament wählte Tschaidse zum Vorsitzenden. Das Bureau des Vorparlamentes besteht aus zehn Mitgliedern, unter denen sich die früheren Minister Assentiew und Tschernow sowie die Maximalisten Trotski und Kamenev befinden. Der Vorsitzende schlug vor, den Bericht der Verhandlungen des Vorparlamentes über ihre Verhandlungen mit der Regierung wegen der Neubildung der Regierungsgewalt zu erörtern. Ein Vorschlag Tzeretellis, in geheimer Sitzung zu beraten, wurde mit 105 gegen 70 Stimmen angenommen.

In der geheimen Sitzung legte Tzeretelli den Gang der Verhandlungen der Abgeordneten der demokratischen Konferenz, der Vertreter der Moskauer Industriellen und der Kadettenpartei mit den Regierungsmitgliedern dar und teilte mit, daß die Besprechungen zu einer schnellen Verständigung

über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Vorparlament gegenüber, die eine lange, lebhafteste Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entscheidung geeinigt, in der es heißt, das Vorparlament sei offiziell von der Regierung zusammenberufen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen müsse. Die Regierung sei formell und juristisch dem Vorparlament nicht verantwortlich, aber sein Kabinett könne ohne das Vertrauen des Vorparlamentes bestehen.



# Die Verhandlungen des Hauptauschusses.

## Staatssekretär v. Capelle über den U-Boot-Krieg.

### Eine neue Zentrumsrede über den Verständigungsfrieden. — Erklärungen des Vizefinanziers Dr. Helfferich.

Im weiteren Verlauf der Beratungen des Hauptauschusses des Reichstags über auswärtige Fragen trat ein national-liberaler Redner dafür ein, daß der Betrieb von Schriften an der Front den Parteien überlassen bleiben müsse, die militärischen Stellen darauf keinen Einfluß üben sollen, insbesondere gelte dies für Abhandlungen über die Kriegszielefrage. Redner begründete sodann die Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen und verlangte eine feste und stetige Politik. Falsch und den deutschen Interessen schädlich sei es, daß die Presse, wie es dem neuen Staatssekretär gegenüber geschehen sei, Artikel veröffentlichte, die den Eindruck machten, wie wenn es sich um eine Persönlichkeitsfrage handle, die ihren Aufgaben nicht gewachsen wäre. Die Beziehungen zu den Neutralen gut zu gestalten, wünsche auch er. Aber die Lieferungen von Kohle ins neutrale Ausland erfolge so billig, daß die heutige Preislage unberücksichtigt bleibe. Bei Liquidationen fremder Unternehmungen solle Vorzugsrecht getroffen werden, daß sie auch in Oesterreich durchgeführt werden. Redner wünschte Auskunft über die Verluste, die Deutschland und Deutsche aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Chinas und anderer Länder erlitten; hier handele es sich um Millionenwerte. Daß man sich von sozialdemokratischer Seite in Zeitartikeln für serbische Wünsche habe einlassen können, sei ihm völlig unverständlich; das habe in Bulgarien einen schlechten Eindruck gemacht.

Mit Freude habe er die Offensiv des Reichstanzlers begrüßt, die die Anzeigenspläne unserer Feinde, die Absichten der feindlichen Staatsmänner auch vor ihren eigenen Wählern aufgedeckt habe. Etwa noch vorhandenes Material solle ebenfalls veröffentlicht werden. Die Entschliebung des Reichstags vom 19. Juli gese zweifellos auf eine weite politische Wirkung hin; wichtiger aber sei es, daß unsere militärische Kraft, unser Vorgehen in Gallien die Absichten unserer Feinde zunichte gemacht hätten. Auch

#### der U-Bootkrieg

habe die Friedensneigung, namentlich in England, mehr gestärkt. Die Not in England, besonders in London, mache sich immer mehr geltend. In letzter Zeit hätten in London an einem Tage 13 Straßendemonstrationen stattgefunden, und die dortigen Gewerkschaften hätten in einer Eingabe mitgeteilt, daß die Arbeiterschaft Englands nicht mehr ein Drittel der Fleischkosten haben könnte. Der Redner kam sodann auf die gestrigen Äußerungen des Staatssekretärs über Macht und Recht in der Politik zu sprechen. Der Satz, daß eine Politik der Macht keinen Bestand habe, sei falsch. England habe sich seine Macht, die Unterwerfung der Völkerschaften, nicht im Namen der Gerechtigkeit erringen können. Ein Machtfrieden, zusammen mit der Pflege von Bündnissen, werde sehr wohl von Dauer sein können. Er warnte, über die Unbedachtlichkeiten zu spotten, deren Ideen in weiten Kreisen und in allen Parteien vorhanden seien. Zum Schluß wandte er sich gegen die konservative Presse, die die Beteiligung der National-liberalen an den interfraktionellen Besprechungen gewissermaßen als im englischen Interesse liegend dargestellt habe. Solche ver-giftende Politik solle besser unterlassen werden.

#### Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann

äußerte sich in längeren, vertraulichen Ausführungen über eine Reihe von Fragen, die in der Erörterung zur Sprache gebracht worden sind. Er ging dabei im einzelnen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren Bundesgenossen und zu den neutralen Staaten durch. Der Staatssekretär machte Mitteilungen über den Stand der handelspolitischen Besprechungen mit Oesterreich-Ungarn und mit verschiedenen neutralen Staaten und ging dann auf die mit Argentinien wegen der Schiffverlustungen schwebenden Verhandlungen ein. Weiter teilte er in Beantwortung einer Anfrage mit, daß über die Schädigungen, die dem deutschen Eigentum und Arbeitskraftleben von unseren Feinden zugefügt worden sind, sorgfältig Buch geführt wird. Die Rechnung wird feinerzeit den feindlichen Regierungen vorgelegt werden.

#### Der Staatssekretär des Reichsmarineamts

stellte nach einigen vertraulichen Mitteilungen über die Zahlen der in Dienst und im Bau befindlichen U-Boote fest, daß die Verluste in dem abgelaufenen ersten halben Jahr des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sich unter dem Vorschlag gehalten hätten, und daß der augenblickliche Bestand unserer in der Front tätigen U-Boote 10% höher sei als Anfang Februar. Wie aus der letzten Veröffentlichung bekannt, seien in den vergangenen sechs Monaten rund 5 1/2 Millionen Brutto-Registertonnen versenkt worden, das heißt durchschnittlich im Monat 920 000 Tonnen, ein Ergebnis, das die Erwartungen der Marine um über 50% übertraffen habe. Im Wesen, in der Technik des U-Boot-Krieges liege es, wenn in den einzelnen Monaten Schwankungen in den Ergebnissen eintreten. Die Ansicht, die auch der englische Ministerpräsident Lloyd George vertritt, daß schönes Wetter, in landläufigem Sinne gesprochen, der U-Boot-Tätigkeit besonders günstig wäre, sei ein Irrtum. Glatte See und wenig oder kein Wind seien mit Rücksicht auf die Abwehrrmaßnahmen der Gegner, insbesondere die Flugzeuge, recht unangenehm für die U-Boote. Auch die sehr langen heißen Sommernächte hätten, da die Boote zum Ausladen der Akkumulatoren auch über Wasser fahren müßten, ihre Nachteile. Jedenfalls ist ein Teil unserer U-Bootskommandanten der Ansicht, daß sich der U-Boot-Krieg bei nicht allzu schönem Wetter und längeren Nächten mit noch besserem Erfolg führen ließe. Unsere Gegner machten nach wie vor gewaltige Anstrengungen, der U-Boote Herr zu werden. Ein Radikalmittel hätten sie nicht gefunden. Die mehr und mehr in Aufnahme gekommenen, unter Sicherung fahrenden Begleitkräfte erschwerten den U-Booten naturgemäß ihre Arbeit, brächten aber

auch für unsere Gegner erhebliche Nachteile, da sie eine direkte Verringerung des Frachtraumes bedeuten. Das Zusammenstellen der Begleitkräfte, das notwendige gleichzeitige Laden und Löschen, die Herabsetzung der Geschwindigkeit aller

Dampfer eines Konvoys auf die des langsamsten Schiffes, die In-handlichkeit eines Verbandes von Handelschiffen, die Schwierigkeit, U-Bootsangriffen schnell auszuweichen, die gegenseitige Behinderung im Gebrauch der Geschütze, das alles seien doch Nachteile, die in weitem Maße die unteufelbar vorhandenen Vorteile auswägen. Naturgemäß werde voraussichtlich, da der Seeverkehr geringer werde und die Tonnagezahl immer mehr zusammenschrumpfe, allmählich auch eine Abnahme der Versenkungen in die Erscheinung treten. Demgegenüber weise er aber auf einen Umstand hin, der vielfach nicht genug Beachtung fände, nämlich den, daß sich heute die Versenkung auch nur eines Schiffes für die Entente in viel schärferer Form fühlbar mache, als zu Beginn des U-Boot-Krieges.

Der Staatssekretär wandte sich dann den halbamtlichen englischen Auslassungen, die in der „Times“ vom 4. August wieder-gegeben sind, über die Frachtraum-Verluste Englands zu und stellte bei seinen Vergleichen unserer Zahlen mit den englischen fest, daß die Angaben unseres Admiralsstabes auch nach der englischen Berechnung als zutreffend anzusehen sind. Die Rede Lloyd Georges, welche den Verlust macht, diese Zahlenangaben zu leugnen und damit Beunruhigung und Zweifel auch in das deutsche Volk zu tragen, sei, soweit sie sich mit dem Unterseebootkrieg beschäftige, ein gefälschtes Operieren mit Zahlen. Je nachdem ein Lloyd George in seine Beweisführung passe, führe er die Verluste

#### als Nettoverluste oder als Bruttoverluste an,

wobei er dann noch je nach Bedürfnis Brutto-Registertonnen und Netto-Registertonnen für seine Rechenansätze in Anwendung bringe. Das Verhältnis von Netto-Registertonnen zur Brutto-Registertonne sei bekanntlich im Frieden etwa das von 1:1,7. Im Kriege sei dieser Unterschied wegen der rüchschichtigeren Ausnutzung des Schiffsraumes etwas geringer. Lloyd George vermeide es ängstlich, positive Angaben über die britischen Gesamtverluste an Tonnage zu geben, Angesichts der Veröffentlichung vom 4. August in der „Times“ konnte er dies auch nicht, ohne sich gewissermaßen selbst zu widersprechen. Von besonderem Interesse in Lloyd Georges Rede sei die Bemerkung, daß aller Schiffsraum, der aus der militärisch requirierten Tonnage versenkt sei, ersetzt werden müßte aus dem Schiffsraum, der für Handelszwecke zur Verfügung stehe. Den Angaben Lloyd Georges über den britischen Schiffsbau müßte man mit größtem Zweifel begegnen. Sehr bemerkenswerte Angaben über die durch den Unterseebootkrieg hervorgerufene Schiffsraumnot Frankreichs haben in den französischen Kammerberatungen von Ende Juli der Unterstaatssekretär de Monzie und der Ministerpräsident Ribot gemacht: „Erhalte Frankreich Schiffsraum, so werde es leben und siegen. Erhalte es nicht, so werde die weitere Kriegsführung schwierig und notwendigerweise unmöglich werden, weil die Versorgung unterbrochen würde. Zur Vollendung von 17 bereits seit dem Jahre 1914 auf 17 großen Werften in Bau befindlichen Schiffen fehlten 12 000 Tonnen Material. Die englische Admiralität hätte dafür 2600 Tonnen versprochen, bis jetzt aber nur 500 Tonnen liefern können. Von der großen japanischen Handelsflotte hätten bisher nur drei Schiffe angekauft werden können; der Eintritt Amerikas in den Krieg habe wider Erwarten die Lage noch verschlimmert, da die meisten japanischen Schiffe lieber den Weg nach Amerika als nach dem Westen einschlagen. Die Berechnungen in der bekümmerten Frage des Frachtraumes seien noch nicht abgeschlossen. Von den 700 Schiffen, die Frankreich England zur Verfügung gestellt habe, verlange es angesichts der Tonnageverluste und verstärkten eigenen Bedürfnisse einen Teil zurück.“

Der Staatssekretär wies darauf hin, daß der größte Teil der von Monzie gemachten Feststellungen, im besonderen die Schwierigkeit der für den Schiffsbau und Schiffsreparatur benötigten Rohmaterialien und Arbeitskräfte auch für England zuträfe. Im übrigen betonte der Staatssekretär, daß für die Fortsetzung des U-Boot-Krieges im weitesten Umfange das nötige Material und Personal bereitstünde, so daß in militärischer Beziehung keinerlei Zweifel über seine weitere wirksame Durchführung bestehen könnten.

Hier unterbrach der Vorsitzende die Beratung, um den Arbeitsplan bekanntzugeben, der sofort eingehalten werden soll. Es sollen der Reihe nach behandelt werden: Kohlen- und Rohstofffrage, politische Zensur und Vereinsrecht, Fragen der besetzten Gebiete.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wünschte dem Ausschuss Gelegenheit zur Aussprache über die Pappnote zu geben, noch bevor der Unterausschuss sich damit befaße; ferner die Frage der Kartoffelversorgung in den Arbeitsplan aufzunehmen.

Ein Redner der Konservativen widersprach mit dem Hinweis, daß gerade wegen der beikanten Natur der Friedensfrage der Unterausschuss zur Behandlung der päpstlichen Note in Aussicht genommen sei. Für Lebensmittelfragen sei ein besonderer Ausschuss da und der Ernährungsbeirat. Von der Behandlung von Fragen, die die besetzten Gebiete berühren, verspreche er sich keine Vorteile. Man solle diese Fragen zu dem vom Vorkomitee feinerzeit in Aussicht genommenen Zeitpunkt, 8 Tage vor Zusammentritt der Vollversammlung, Ende September, zur Behandlung stellen.

Ein Unabhängiger Sozialist trat dagegen für alsbaldige Behandlung der bezeichneten Fragen, außerdem von militärischen Fragen ein. Der sogenannte Unterausschuss sei nur ein Privatausschuss, dessen Mitglieder der Kanzler ausgesucht habe; die Pappnote müsse so schnell wie möglich im Hauptauschuss beraten werden; ebenso die Art der Stellenbesetzung hoher Reichsämter.

Ein Fortschrittler unterstützte die Vorschläge des Vorsitzenden. Die von ihm bezeichneten Fragen böten so umfassenden Stoff, daß man sehr nicht auch noch militärische Fragen auf die Tagesordnung setzen könne, zumal man in 4 Wochen wieder zusammenkomme.

Der Vorschlag des Vorsitzenden wurde gutgeheißen, der feinerseits glaubte, Montag nächster Woche die Beratungen abschließen zu können.

In Fortsetzung der sachlichen Beratungen betonte ein Mitglied des Zentrums, daß nach der gestrigen Erklärung des Reichstanzlers dreierlei feststehe: 1) daß der Reichstanzler unverrückt festhalte an seiner Rede vom 19. Juli 1917, die in ihren Hauptteilen und ihrer Tendenz den Mehrheitspartei vorher bekannt gewesen ist; 2) daß der Reichstanzler einen Verständigungsfrieden anstrebe; 3) daß der Reichstanzler die Antwort auf die Pappnote im Benehmen mit dem Reichstag, einem von dessen Ausschüssen festzustellen bereit ist.

Dieses positiven Erklärungen des Reichstanzlers gegenüber müßten alle Abbrüdelungsversuche zuschanden werden. Wäre es anders, so sei die inner- und außerpolitische Lage geändert, und das würde der Reichstag zu berücksichtigen haben. Die Mehrheitspartei ständen entschlossen und fest auf dem Standpunkt eines Friedens der Verständigung und Veröhnung der Völler. Ob die gestrigen Erörterungen im Interesse des Vaterlandes gewesen seien, die Frage lasse er offen. Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Organ einer reich mit Kapital ausgestatteten Clique, ihm die Schuld daran in die Schuhe zu schieben versuchten, so müsse er das entschieden zurückweisen. Seine Unterredung in Zürich sei gestört und unrichtig verbreitet worden. Der Hinweis auf die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei in Frankfurt dürfe den Konservativen keinen Anlaß zu Hoffnungen geben. Der Redner erkannte sodann die guten Wirkungen des U-Boot-Krieges an, aber alles bewirke, das könne der U-Boot-Krieg nicht. Die Entschliebung des Reichstags werde in dieser Beziehung eine weitere gute Wirkung ausüben.

#### Erklärungen Dr. Helfferichs.

Nach kurzen Erwidern Admirals v. Capelle bemerkte der Vertreter des Reichstanzlers Dr. Helfferich auf die Ausführungen des Redners, daß im Jahre 1917 der deutsche Welthandel voraussichtlich den englischen erreicht haben würde, sieht aber gerade in dieser Entwicklung den wesentlichen

#### Grund zum Eintritt Englands in den Krieg.

da ja Englands Politik stets gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent und gegen jeden ernsthaft aufkommenden Wettbewerber in seiner Stellung im Welthandel gerichtet gewesen sei. Der Krieg sei das Ergebnis einer Spannung, die dadurch entstanden sei, daß England ein immer schreierendes Mißverhältnis zwischen seiner überlegenen See- und Weltmacht und der wirtschaftlichen Kraftentwicklung Deutschlands empfunden habe. Die Verhandlungen auf kolonialem und wirtschaftlichem Gebiete zwischen Deutschland und England vor dem Kriege waren Veruche, diese Spannung in einer unschädlichen Weise zu entladen. Man müsse sich unbedingt klar sein, daß in diesem Kriege Englands Ziel unsere wirtschaftliche Unterdrückung sei — sich hierüber Illusionen hinzugeben, wäre verhängnisvoll.

Weiterhin behandelte der Vizefinanzler in vertraulicher Weise einige wichtige wirtschaftliche Fragen, darunter unseren Ein- und Ausfuhrverkehr mit den neutralen Ländern. Er berührte ferner das Abkommen zwischen uns und der Donamonarchie über den rumänischen Ernteüberschuß und die noch schwebenden wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Endlich weist er den Vorwurf als unberechtigt zurück, jemals bezüglich der Wirksamkeit des U-Bootkrieges sich auf irgendwelche Prophezeiungen eingelassen zu haben, das Prophezeien habe er den Engländern überlassen. Lloyd Georges Statistiken in seiner letzten Rede seien Spiegelbild seiner Behauptungen.

Wenn Lloyd George im Gegensatz zu seinen Ausführungen im April die Lage günstig darstelle, obwohl sie doch sicherlich nicht günstiger geworden sei, so beweise das einmal, daß die Stimmung in England der Beruhigung dringend bedürfe, und außerdem, daß Lloyd George es für nötig halte, auf die deutsche Stimmung einzuwirken. Dieser Eindruck werde bestätigt durch die naheliegende Erwägung, daß nur das Gefühl einer unmittelbaren intensiven Bedrohung trotz der Aussicht auf die amerikanische Hilfe im nächsten Frühjahr den ungeheuren Ansturm an der Westfront mit seinem Masseneinsatz an Material und Menschen genügend erklären könne. Diese Bedrohung liege wohl nicht so sehr auf dem Lande oder in der Luft, als vielmehr auf dem Wasser.

Ein anderes Mitglied der Deutschen Fraktion besprach die Wirkungen der Reichstagsentschliebung vom 19. Juli, die doch in weiten Kreisen Anlaß zu Mißverständnissen gegeben habe. Die Stimmung werde gehoben durch Ausdruck eines entschlossenen Siegeswillens; dennoch müßte er nicht wünschen, daß Schriften dieser Art allmählich verbreitet, andere Zeitungen und Schriften aber darin gehemmt würden. Mit England zu einer Verständigung zu kommen, werde schwer sein, da es unsere wirtschaftliche Kraft fürchte; die Macht und der weitere eingeschlossene U-Boot-Krieg würden den Frieden mehr fördern als die besprochene Entschliebung. Deshalb begrüße er die Ausführungen des Admirals v. Capelle und dessen Mitteilungen über den weiteren Ausbau unserer U-Boot-Waffe. Unsere Presse stünde gegenüber der Auslandspresse nicht auf gleicher Höhe; die letztere verstehe es, die öffentliche Meinung in weit höherem Maße zu beeinflussen. Dazu komme die Sensationsucht eines Teiles unserer Presse, die gestern wieder Organe habe feiern können dank der parlamentarischen Büros Bädler und Guttman.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes machte auf weitere Anfragen Mitteilungen über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien, insbesondere über die spanische Frachtausfuhr und Fruchtwerverwertung. Es sei der Arbeit der Entente zu verdanken, wenn unser weites Entgegenkommen in dieser Sache für Spanien nutzlos geblieben sei.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter äußerte sich über die Lebensverhältnisse in England im Vergleich zu den unseren. Es wäre ein Unglück für die Regierung, wenn sie die Verhältnisse in England ungünstiger einschätzen wollte, als sie dort seien. Trotz der Ergebnisse von gestern dürfe er sagen,



24. VIII. 1917

# Post.

**Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:**  
 monatlich . . . . . K 4.50  
 vierteljährlich . . . . . 12.—  
 halbjährlich . . . . . 26.—

**Für Österreich-Ungarn:**  
 bei täglich zweimaliger Postver-  
 sendung  
 monatlich . . . . . K 5.50  
 vierteljährlich . . . . . 18.—  
 halbjährlich . . . . . 30.—

**bei täglich einmaliger Postver-  
 sendung**  
 monatlich . . . . . K 4.50  
 vierteljährlich . . . . . 12.—  
 halbjährlich . . . . . 26.—

**Für Deutschland:**  
 viertel. Kreuzbandfend. K 12.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 ausliegenden Postzeitungsliste.

**Blätter des Weltpostvereins:**  
 viertel. Kreuzbandfend. K 22.—  
 und durch die Postämter laut dort  
 ausliegenden Postzeitungsliste.

**Einzelpreise für auswärtig:**  
 Morgenblatt . . . . . 16 h  
 Nachmittagsblatt . . . . . 6  
 Nachmittagsblatt separat . . . . . 6

reich-Ungarns.

17

XXIV. Jahrgang

## Sofschlacht.

### die feindliche Generaloffensive.

#### Verminderung der Rüstungen.

Von Reichsratsabgeordneten Dr. Heinrich Mataja,  
Mitglied des Wiener Stadtrates.

An die Spitze seiner Friedensvorschläge stellt der Heilige Vater die Forderung der gleichzeitigen und allseitigen nach einem bestimmten System und unter bestimmten Garantien durchzuführenden Einschränkung der Rüstungen bis auf jenes Ausmaß, das erforderlich und hinreichend ist, um im Innern jedes Staates die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Oesterreich-Ungarn, das seit Jahrzehnten in den Fragen der auswärtigen Politik eine defensive Haltung einnimmt, und das heute vor dem schwierigen Problem der Wiederherstellung seiner Volkswirtschaft steht, hat an und für sich allen Anlaß, diese Verhandlungsgrundlage zu begrüßen. Unsere Rüstungen zielen lediglich auf unsere Verteidigung ab. Der Augenblick, in dem wir dieser Notwendigkeit entbehren wären, würde uns eine ungeheure Entlastung, ja geradezu die Verwirklichung eines Ideals bringen. Gleichwohl müssen wir uns gegenwärtig halten, wie wir es auf den galizischen Schlachtfeldern von 1914 und 1915 schwer büßen mußten, daß wir noch zu wenig gerüstet waren. Zur Frage des Systems und der Bürgschaften gesellt sich noch die Frage des Vertrauens und der Kontrolle; denn die Ereignisse haben uns gelehrt, welche Rüstungen und welchen Aufmarsch das russische Reich in seinen riesigen Gebieten durchzuführen imstande war.

Die Politik Rußlands ist auf uns gelegen wie ein Alpdrück. Der Ausbreitungstrieb dieses riesigen Reiches von achtzehn Millionen Quadratkilometern (gegen vier-einhalb Millionen Quadratkilometer, die ganz Europa ohne Rußland umfaßt) mit rund 150 Millionen Einwohnern ist ein geradezu unsägliches. Seit Jahrhunderten ist kaum ein Jahrzehnt vergangen, in dem Rußland nicht irgend ein Gebiet seiner Herrschaft unterworfen, oder dies doch versucht hätte; am Kaukasus und in Armenien, an der unteren Donau, in Mittelasien und in Ostasien. Dabei war es unablässig an der Arbeit, die unterworfenen Völker aufzusaugen, ihr nationales Leben zu unterdrücken, die staatlichen Einrichtungen zu vereinfachen, um aus ihnen eine homogene Nation und damit ein fürchtbares Werkzeug für die immer weiter schreitende Expansion zu schaffen. Eines seiner Hauptziele bildete die Balkanhalbinsel. Denn gleichwie die deutschen Könige des Mittelalters sich als Erben der römischen Cäsaren betrachteten, so traten die russischen Zaren als die Erben des byzantinischen Reiches auf, seit Iwan III. den zwelfköpfigen Adler von Byzanz in das russische Wappen aufnahm. Das Repertoire der russischen Mittel bestand aus drei Stücken: Krieg, Mord, Bestechung. Diese hat es am Balkan in reichstem Ausmaß zur Anwendung gebracht; unser bulgarischer Vindobogenweife weiß davon ein Liedchen zu singen.

Der russische Ausbreitungstrieb machte an den österreichisch-ungarischen Grenzpfählen nicht Halt. Die unausgesetzte Wüßharrbeit Rußlands und seines Exponenten Serbien sind zu bekannt, als daß sie hier in Beispielen erörtert werden müßten. Auch wollen wir uns nicht in Beschwerden verlieren, sondern nur unseren Standpunkt klarlegen. Die österreichisch-ungarische Monarchie stand Jahrzehnte hindurch unter dem Druck der Angriffsdrohung eines Riesenstaates, der über ein Millionenheer verfügte, der eine gewalttätige und expansive Politik verfolgte, der schrankenlos in seinen Zielen, strupellos in seinen Mitteln war. Frankreich hat nach 1871 Rußland an sich herangezogen, England seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zur Einkreisung

was den Bund der Mittelmächte betrifft, so die Staaten aller Bundesgenossen gewissermaßen olossale Einheit. Von Tag zu Tag wir einander mehr kennen und schätzen. Die der Feinde, die hier und da versuchen, einzuschleichen und Unruhen anzustiften, nen der Festigkeit des dnisses nichts anhaben. Sie das harmonische Einverständnis nicht fördern. jährenden Männer in jedem Staate kennen die be der Agenten der Feinde und wenden die Wachsamkeit auf, um ihre Manöver zu vereiteln. Was den Frieden betrifft, so ist er sicher, daß nicht wir, sondern auch unsere Gegner Frieden wünschen. Wir werden es sehr ern, wenn er nicht so bald eintrifft, wie wir en, und wir sehen mit ruhiger Zuversicht dem entgegen, an dem die Entente einen Vermittler wird, um den Frieden anzubieten. Dieser kann nicht mehr weit sein, wir sind über die in den Entente-m herrschenden Ereignisse genau unterrichtet.

#### Der Papst und der italienische Volksverein.

Wie aus Lugano gebrähtet wird, hat Benedikt XV. Präsidenten des italienischen Volksvereines, Grafen La Torre, in langer Audienz empfangen. Nach „Corriere d'Italia“ hatte vorher eine Versammlung Katholischen Volksvereines Italiens stattgefunden, um Friedensnote des Heiligen Vaters zu besprechen. Es de der Beschluß gefaßt, dem Papst in Form e Subdigungsadresse die Zustimmung bekanntzu- n und gleichzeitig an die italienische ierung ein Schriftstück einzusenden, um von ihr die olische Lösung des Konfliktes in Uebereinstimmung mit Anprüchen Italiens zu verlangen. Die beiden Schrift- ke, unterzeichnet von Della Torre, werden veröffentlicht den. Nach der „Italia“ hat sich der katholische eßverein der „Buona Stampa“ an den gesamten hesanklerus gewendet mit der Bitte, ein von dem rein herausgegebenes Flugblatt zu verbreiten. isselbe enthält den Text der päpstlichen ste und einen kurzen Kommentar, der be- eckt, der Agitation jener Kreise vorzubeugen, : grundsätzlich jede Aktion des Heiligen Vaters miß- uten. Der „Secolo“ versichert, die katholischen Orga- nationen hätten Weisungen erhalten, die Friedens- opaganda unter den organisierten Massen zu ver- ppeeln. Ein Leitartikel desselben Blattes, in dem die egierung aufgefordert wird, keine kriegsgegnerische Propa- anda des Klerus zur Popularisierung des päpstlichen riedensgedankens zu dulden, trifft mit einem Rund- breiben des Ministers Comandini an die Präfecten isammen, der diese auffordert, dafür zu sorgen, af die militärische Widerstandskraft durch keine kersuche, die moralische Kraft des Volkes herab- umindern, gefährdet werde. In vatikanischen Kreisen egt man die Ueberzeugung, daß die jetzige elfte Nonzo- ffensive von Italien unternommen wurde, um der nter dem Eindruck der Vorbereitungen für die Stock- olmer Konferenz und der päpstlichen Friedens- umgebung drohend zunehmenden Friedensbewegung utgegenzuwirken. Es soll um jeden Preis ein Erfolg egen Oesterreich erreicht werden, um so den Friedens- orderungen die Grundlage zu entziehen. Einige Blätter emerken, daß zum ersten Male seit der Einigung

Italiens eine päpstliche Note dem König von Italien als solchen nenne und des italienischen Staates ohne der Anklage der Usurpation Erwähnung tue.



Neues

Journal

## Vergütung der Kriegsschäden.

Von Bartholomäus v. Pányi,

Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Den Krieg führt der Staat und nicht die einzelnen Staatsbürger. Deshalb treffen alle materiellen Verluste und Nachteile, welche der Krieg verursacht, in erster Reihe den Staat und die einzelnen Staatsbürger haben diese Nachteile nur als Mitglieder des Staates nach Maßgabe und im Verhältnis ihrer Mitgliedschaft zu tragen. Zu den materiellen Verlusten und Nachtheilen, die mit der Kriegführung verbunden sind, gehören vor Allem die Kriegskosten, d. h. die Mehrausgaben, um welche sich das gewöhnliche Militärbudget in Folge des Krieges steigert. Ebenso wie in normalen Zeiten das Militärbudget als ein Theil des gesammten Staatsbudgets in einer Summe festgestellt und der Bedarf auf die einzelnen Staatsbürger zumeist in Form von Steuerbeiträgen ausgeworfen wird, belasten auch die Kriegslasten das ganze Land und für ihre Bedeckung hat die Staatsgesamtheit zu sorgen, ohne Rücksicht darauf, welcher Theil des Staatsgebietes vom Feinde bedroht wurde und verteidigt werden mußte.

Der gleiche Grundsatz sollte auch auf die Kriegsschäden entsprechend angewendet werden. Unter Kriegsschäden verstehen wir hier nicht diejenigen materiellen Verluste und Nachteile, die der Krieg dem ganzen Staat und dem ganzen Volke zum Beispiel durch Beeinträchtigung des Nationalvermögens, der Industrie und des Handels zugefügt hat, sondern die unmittelbare Schädigung von Vermögens- und sonstigen Gütern, welche einzelne Landesgebietstheile und einzelne Staatsbürger durch kriegerische Operationen oder durch feindliche Okkupationen erleiden mußten. Darüber, daß solche Schäden der Staat ersetzen müsse, besteht zwar kein positives Gesetz, die Ersatzpflicht ist jedoch eine notwendige Folge der rechtlichen Eigenschaft des Staates als des kriegsführenden Subjektes. Die Ereignisse und den Zustand, welche die Schädigung bewirkt haben, hat die Aktion des Staates heraufbeschworen, der Staat als solcher hat daher den Beschädigten gegenüber die Verantwortung zu tragen, daß die ihnen zugefügte Interessenverletzung geheilt werde. Demgegenüber könnte sich vielleicht Jemand darauf berufen, daß man im Sinne der allgemeinen privatrechtlichen Normen die Schadenersatzpflicht nur dann als begründet betrachten kann, wenn die schädigende Handlung eine rechtswidrige war und daß man das Recht des Staates, behufs Wahrung seiner Daseinsinteressen zu den Waffen zu greifen und dadurch das Land oder einzelne Theile in den Kriegszustand zu versetzen, beziehungsweise den Eventualitäten und Wechselfällen des Kriegszustandes auszusetzen, keineswegs

in Abrede stellen kann. Demgegenüber muß jedoch bemerkt werden, daß die Handlung, mit welcher der Krieg herbeigeführt wurde, eigentlich ein Akt des Staatsnothrechtes ist; das Staatsnothrecht berechtigt zwar dazu, das Privateigenthum — auch außer den Fällen der vorherigen Enteignung — in Anspruch zu nehmen, zu vernichten, zu beschädigen oder Vernichtungen und Beschädigungen auszusetzen, es ist aber eine allgemein anerkannte Rechtsregel, daß man dafür den betreffenden Privateigenthümer schadlos halten müsse. Die Verpflichtung des Staates, die Kriegsschäden zu vergüten, ist übrigens nicht nur ein Postulat des strikten Rechts, sondern ein unaufhaltbares Ergebnis des Solidaritätsgesetzes, welches vermöge der gemeinsamen Aufgabe der Vaterlandsverteidigung die Bevölkerung des ganzen Landes und alle Schichten der Gesellschaft nicht bloß mit den steifen Klammern der staatlichen Zusammengehörigkeit, sondern mit den Banden der Interessengemeinschaft vereinigt. Diejenigen Landesgebietstheile und diejenigen Bevölkerungsschichten, die der Krieg in direkte Mitleidenschaft zieht, sichern den ruhigen Fortbestand der übrigen unbehelligten Gebiete und Volksmassen. Eine Ausgleichung der durch den Krieg gestörten Lebensverhältnisse ist demnach eine moralische Pflicht und Aufgabe ersten Ranges.

Diese Pflicht wurde im Laufe des jetzigen Krieges allgemein anerkannt. Als die russischen Heerschaaren in einzelne Theile Ostpreußens eingedrungen sind, hat der Deutsche Kaiser Wilhelm II. keinen Augenblick gezögert, feierlichst zu verkünden, daß es die dringendste Aufgabe des Deutschen Vaterlandes sein wird und sein muß, die Leiden zu lindern und die Wunden zu heilen, welche der dortigen Bevölkerung zugefügt wurden. Als selbstverständlich wurde es betrachtet, daß sowohl die in den okkupirten Gebieten Galiziens, als auch die gelegentlich des Eindringens der Russen in einige oberungarische Komitate verursachten Schäden vergütet werden. Nicht allein im offiziellen Wege, sondern auch im Wege einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Aktion wurden Maßnahmen getroffen, damit die Schadloshaltung und die Rekonstruktion in den betreffenden Gebieten auf einer breiten Basis durchgeführt werde. Ähnliches haben wir hinsichtlich der durch das Eindringen der Rumänen betroffenen siebenbürgischen Landesgebietstheile zu verzeichnen.

Vorüber noch immer eine Kontroverse besteht, das ist das *Ausmaß* und der *Modus* der Vergütung. Was den ersten Punkt anbelangt, so wird beschwerdeweise darauf hingewiesen, daß die ungarische Regierung bloß 20—30 Prozent des faktisch erlittenen Schadens zu vergüten geneigt ist. Nach allgemeinen Rechtsbegriffen wäre ganz gewiß der volle Schadenersatz am Platze. Die Reduzierung der Schadenersatzsumme auf ein gewisses Maß könnte nur durch die Erwägung gerechtfertigt werden, daß es im Staate Niemanden gibt, dessen Lebens- und Vermögensverhältnisse der Krieg in irgendeiner Hinsicht nicht geschädigt hätte; — eine vollkommene *restitutio in integrum* dürfte daher Niemand beanspruchen. Dieser Auffassung gemäß sollen dann gerechterweise Diejenigen, die sich in Folge der Kriegskonjunkturen eines erheblichen Vermögenszuwachses erfreuen, dazu verhalten werden, einen Theil ihres Gewinnes dem Staate abzugeben.

Der Entschädigungsmodus wird besonders in



# Der Reichskanzler über die Neuorientierung

## Die innerpolitischen Probleme im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages trat am Sonnabend vormittag 10 Uhr zur Beratung innerpolitischer Fragen zusammen. Von der Regierung waren der Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich und die Staatssekretäre von Kühlmann, von Capelle und Dr. von Krause erschienen.

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Reichskanzler sein Erscheinen angekündigt habe, daß aber der Zug, der ihn nach Berlin gebracht habe, mit erheblicher Verspätung angekommen sei. Es empfehle sich daher, die Ausschlußberatungen bis zum Eintreffen des Kanzlers auszu-  
sehen. Der Ausschuß erklärte sich damit einverstanden.

Kurz vor 11 Uhr traf Reichskanzler Dr. Michaelis im Reichstage ein, und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Der Vorsitzende brachte ein Schreiben des W. T. B. zur Verlesung, in dem sich dieses Büro gegen den Vorwurf, über die Reichstagsverhandlungen vom 19. Juli im neutralen Auslande tendenziös berichtet zu haben, wehrt, und alle Angriffe als un-  
berechtigt zurückweist.

### Erklärungen des Reichskanzlers.

Sodann nahm Reichskanzler Dr. Michaelis das Wort, um dem Ausschuß die Richtlinien seiner inneren Politik auseinanderzusetzen. Er habe eine enge Fühlungnahme zwischen der Regierung und den großen Parteien des Hauses angestrebt, soweit es die konstitutionellen Grundlagen gestatten. In die Regierung seien Männer berufen worden, die das Vertrauen der großen Parteien genießen. In Aussicht genommen sei, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates, an der nicht zu zweifeln ist, eine freie Kommission, die aus sieben Mitgliedern des Reichstages und sieben Mitgliedern des Bundesrats bestehen und unter dem Vorsitz des Reichskanzlers tagen soll. Es handele sich um eine freie Kommission, deren Mitglieder nicht etwa anzusehen seien als Vertreter des Reichstages oder Bundesrats. Die Einrichtung sei als ein Versuch gedacht, der lehren müsse, ob sie beizubehalten und noch auszugestalten sei. Er verspreche sich von ihm eine Befruchtung des politischen Lebens und eine wertvolle Unterstützung für die Lösung der bevorstehenden großen Aufgaben. Diese Kommission soll am kommenden Dienstag zum ersten Mal tagen. Unser Verfassungsleben sei der Reform nicht so bedürftig, daß während des Krieges Ueberstürzungen notwendig wären. Der Kanzler erinnerte an den Aufsatz Friedrich Naumanns über „Die Freiheit in Deutschland“, der die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland zutreffend schildert. Die jetzige Zeit sei für Verfassungskämpfe nicht geeignet, und man streite sich ja auch während eines Hochwassers nicht über ein Deichstatut. Alle Volksklassen müssen zusammenarbeiten. Die Regierung und der Reichskanzler hätten für diese Fragen jetzt auch gar keine Zeit, die Arbeitslast sei ohnehin erdrückend. Eine Verschleppungspolitik in der preussischen Wahlrechtsfrage liege dem preussischen Staatsministerium und dem Kanzler fern. Die Reform werde entsprechend der königlichen Votschaft erfolgen. Die Durcharbeitung der Friedensbedingungen, der künftigen Regelung des Finanzwesens, der Uebergangswirtschaft usw. enthalte eine Fülle von Problemen und Aufgaben. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens der einzelnen Ressorts mit dem Kanzler, und aus dieser Erwägung heraus sei die Schaffung eines ressortlosen Vizekanzlers geschaffen worden. Der Kanzler bat um wohlwollende Prüfung dieser neuen Organisation. Die durch die Änderungen in der Regierung notwendig gewordenen Mittel würden nachgefordert werden.

### Fortschrittliche Forderungen.

Ein fortschrittlicher Redner erklärte sich mit diesem Programm im allgemeinen einverstanden. Niemand wolle den konstitutionellen oder bundesstaatlichen Charakter des Reiches antasten. Allerdings hätten sich seine Freunde den Anfang der Parlamentarisierung anders gedacht. Zu begrüßen sei, daß in Preußen die Minister, die gegen eine Wahlreform gewesen wären, ausgeschlossen worden sind. Nun möge man die Wahlrechtsvorlage auch rechtzeitig, d. h. bald einbringen. Die neu in die Reichsregierung berufenen Männer seien zweifellos tüchtig. Aber man wisse nicht, in welchem Geiste sie ihr Amt führen werden. Fast sieht es so aus, als ob man allzuviel Klarheit über die Politik und die Absichten der Regierung nicht auskommen lassen wolle. Ob das zweckmäßig ist, müsse bezweifelt werden.

Nach wie vor fehle jeder Einfluß des Parlaments auf die Zusammensetzung und die Politik der Regierung. Es sei unzweckmäßig, wenn die an leitenden Stellen stehenden Mitglieder der Regierung politisch und parlamentarisch unerfahren sind. Dadurch entsteht eine vielfach bedenkliche äußerliche und auch innere Unsicherheit. Materieell mag bei der Regierung die Geneigtheit bestehen, den Wünschen der Volksvertretung entgegenzukommen, formell aber habe sie die Sache falsch angefaßt. Es wirke wie ein schlechter Scherz, daß man in ein Reichsamt einen preussischen Parlamentarier und umgekehrt einen Reichstagsabgeordneten in ein preussisches Ministerium berufen habe. Das ist es nicht, was wir wollen. Nötig ist die Befestigung des Hindernisses, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein kann. Dies ist eine der wichtigsten innerpolitischen Forderungen, die durchgesetzt werden müsse, auch gegen den Widerstand der Regierung, die darin ganz unverständlicherweise eine Verminderung ihres Ansehens erblicke. Die Regierung sage, daß diese Männer dann in Gewissenskonflikte kommen können. Einmal ist kaum zu erwarten, daß tatsächlich unlösbare Konflikte entstehen werden, aber selbst wenn es geschieht, soll man es den Männern selbst überlassen.

### Für rasche Neuorientierung.

Die neugeschaffene Einrichtung einer freien Kommission ist dankbar zu begrüßen, wie jedes Mittel bis zu einer definitiven staatsrechtlichen Regelung. Von einer Ueberstürzung innerer Reformen solle man im vierten Kriegsjahre nicht reden. Gerade der Krieg zeigt, daß diese Dinge so schnell und so gründlich wie möglich geregelt werden müssen. Der Vergleich mit dem Hochwasser ist nicht glücklich. Die Regelung müsse rechtzeitig erfolgen, damit wir aus der gegenwärtigen Lage der Dinge herauskommen. Der Sonderauschuß ist sicher ein praktischer Fortschritt, seine

staatsrechtlichen Grundlagen könnten späterhin geprüft werden. Auch das könne man abwarten, ob und wie sich später diese Einrichtung auswirken werde. Seine Partei wünsche die Berufung von Parlamentariern als solchen in Staatssekretärposten ohne Portefeuille, erst dadurch würde ein dauernder Konnex zwischen Regierung und Parlament hergestellt. Vielleicht genüge es, vorläufig diese Posten nur kommissarisch zu besetzen. Mancherlei persönliche und sachliche Schwierigkeiten würden dadurch vermieden.

Natürlich müßten die Staatssekretäre à latere nur aus den Mehrheitsparteien genommen werden, denn ein Koalitionsministerium haben wir nicht nötig. Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung müßten mehr kollegialisch gestaltet werden. Die Besorgnis, daß dadurch an den Rechten des Bundesrats etwas geändert werde, sei unbegründet. Auch die Ministerverantwortlichkeit müsse geregelt werden. Alle diese Aufgaben müßten gelöst oder ihrer Lösung entgegengeführt werden trotz der Arbeitslast, die auf dem Reichskanzler liege. Die vom Kanzler zitierten Naumannschen Äußerungen müßten aus dem Zusammenhang heraus verstanden werden. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß die jetzt geschaffenen Ausschüsse den Reichstag nicht von der Pflicht entbinden, die Forderung der Parlamentarisierung weiterhin zu vertreten.

### Eine sozialdemokratische Kritik.

Ein Sozialdemokrat (Dr. David) kritisierte die Art, wie die neue Regierung uns beschert worden ist. Mit der neuen Regierung seien vielleicht die Wünsche des Kanzlers erfüllt worden, nicht aber die Wünsche des Volkes. Ruhe und Sicherheit im Innern sei jedenfalls nicht eingetreten. Der Generalstabschef der Heimatarmee — das sei der Reichskanzler — müsse so gut innerpolitische Erfahrungen haben wie der Generalstabschef der Armee militärische Erfahrungen. Man muß für die politische Führung eines Volkes gleich hohe Ansprüche an einen Staatsmann stellen, wie die Führung eines Heeres an den Chef des Generalstabes. Der neugebildeten Regierung fehle es an Homogenität, an einem einheitlichen Gesicht. Homogenität aber sei notwendig.

Die sachliche Qualifikation der neuen Männer werde sich später ja zeigen. Für den Augenblick aber habe die Neubildung der Regierung die Krisis nicht restlos gelöst. Der Redner ist über-  
rascht von der Mitteilung des Kanzlers, daß in dem Sonderauschuß auch der Bundesrat vertreten sein soll. Soll denn daneben der Bundesausschuß für auswärtige Angelegenheiten weiterbestehen? Und was soll es heißen, daß die dem Reichstage entnommenen Mitglieder nicht Vertreter ihrer Parteien sein sollen? Gerade daß sie dies sind, ist doch das Wertvollste für das Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung. Wir werden in der neuen Einrichtung mitarbeiten, aber unseren Forderungen genügt sie in keiner Weise.

Die dem Parlament gegenüberstehende Beamtenregierung bedeutet das System des notwendigen gegenseitigen Mißtrauens und außerdem einer Verschwendung von persönlicher politischer Energie. Die Kontrolle einer Beamtenregierung ist von außen gar nicht durchführbar. Es handelt sich gar nicht um eine bloße Erweiterung der äußeren Machtsphäre des Parlaments, sondern um eine innere politische Notwendigkeit. Für die moderne Zeit und die moderne Denkweise eignet sich nur das System der Volksregierung, das System des Vertrauens zwischen Volk, Regierung und Krone. Formell ist jetzt die Krone unverantwortlich, tatsächlich aber trägt sie die Verantwortung. Will man die Krone wirklich schützen, so muß man zur Volksregierung übergehen. Das alte System besteht jetzt allein noch in Deutschland.

Wir müssen daher das Veräumdete schnell nachholen, noch während des Krieges. Das Deutsche Reich selbst ist ja nur ein verfassungsmäßig rasch hergestellter Kriegsnotbau. Es handelt sich nicht nur um eine persönliche Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament, sondern um eine organische Verbindung dieser beiden Faktoren. Der Reichstag ist zwar  
aber er wird mächtig sein. Wenn eine geschlossene Majorität ihm etwas will, dann ist die Reichsregierung abhängig und ohnmächtig. Gewiß können sich beide Instanzen gegenseitig hemmen, aber das ist doch kein normaler Zustand. Das parlamentarische System muß kommen.

In der Uebergangszeit muß der Reichstag bei der Besetzung der leitenden Posten in der Regierung gestagt werden. Die Schaffung des Vizekanzlerpostens war eine revolutionäre Tat. Der Reichstag werde die Stellvertreterfrage sorgfältig zu prüfen haben, namentlich den Wirkungsbereich des Vizekanzlers. Ist es nicht ein Verlust, daß bei uns die gewissen Minister mit ihrer Erfahrung und ihrer Sachkunde dem Parlament fehlen? Deshalb muß der Artikel 9 der Reichsverfassung geändert werden. Der Krieg ist eine Belastungsprobe für alles, was besteht. Das Ansehen der Regierung ist geringer, das des Parlaments größer geworden. Der Reichstag habe das Reich im Innern gerettet. Seit dem 19. Juli haben wir den Kryptoparlamentarismus. So kann es nicht bleiben, die Regierung darf sich der Weiterentwicklung nicht entgegenstellen.

Nach dem sozialdemokratischen Redner erklärte ein Mitglied des Zentrums (Erzberger), daß ein ständiger Reichs- oder Staatsrat beim Zentrum auf unüberwindlichen Widerstand stoßen würde. Das Zentrum mache seine Haltung den neuen Männern gegenüber abhängig von ihren Taten. Der Redner beklagt die Entlassung Batockis und führte schließlich Beschwerde über eine allgemeine Zurücksetzung des Zentrums und der katholischen Volkskreise bei der Besetzung hoher Regierungsstellen. Der nächste Redner war der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann.

Nach Dr. Stresemann griff nochmals der Reichskanzler in die Debatte ein.

### Die Reichstagsmitglieder der „Freien Kommission“.

In den vom Reichskanzler vorgeschlagenen Siebener-Auschuß („Freie Kommission“) wird, wie wir erfahren, der Reichstag folgende Abgeordnete entsenden:  
Vom Zentrum die Abgg. Fehrenbach und Erzberger, als deren Stellvertreter die Abgg. Trimborn, Herold und Mayer (Kaufbeuren);  
von den Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann (Stellv. David und Mollenbuhr);  
aus der Fortschrittlichen Volkspartei den Abgeordneten v. Rayer und als Stellvertreter den Abgeordneten Dr. Wiemer;



# Das Friedensschreiben des Papstes und die Katholiken.

Herr Dr. O. M. schreibt uns folgende „Gedanken zum Friedensschritte des Heiligen Vaters“:

Das Sendschreiben des Heiligen Vaters an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten ist in erster Linie eine diplomatische Aktion. Als solche unterliegt sie der freien Beurteilung aller Katholiken; man kann über ihre Zweckmäßigkeit und über die Einzelheiten des Schrittes auch unter Katholiken verschiedener Meinung sein. Nur die Pflicht der Ehrerbietigkeit gegenüber dem Stellvertreter Christi zeichnet die Grenzen der Kritik und Diskussion.

Aber die Stellung des hohen Friedensvermittlers als Oberhaupt der Kirche verleiht dem Schritte ungleich höhere Bedeutung als dem Vermittlungsversuche einer andern neutralen Macht. Völkerrechtlich bloß ein Souverän gleich anderen, ist doch der Papst politisch Respektsperson für Millionen von Untertanen kriegsführender Staaten. Er ist die einzige wirkliche internationale Autorität. Wohl stammt seine Macht aus einem Reiche, das „nicht von dieser Welt ist“ — aber gerade deshalb, und oft je weniger irdische Machtmittel sie stützen, ist sie im Ringen der Erdengewalten doppelt stark. Der griechische Philosoph wollte den Erdball von der Stelle rücken, wenn man ihm nur einen festen Standpunkt außerhalb desselben gäbe. Im machtpolitischen Gebiete des Völkerlebens ist die Kirche die einzige, die diesen festen Standpunkt außerhalb der irdischen Kräfteysteme haben kann. Darum blicken heute so viele, die ihr sonst fremd gegenüberstehen, auf ihr Vermittlertum.

Uns Katholiken aller Zungen sollte das Sendschreiben des Heiligen Vaters mehr sein, als bloß ein freudiges Ereignis inmitten des furchtbaren Tosen des Kampfes. Das „Sentire cum ecclesia“ sollte uns veranlassen, zu bedenken, mit welcher Haltung wir den Gang der Dinge zu begleiten haben. Unsere Solidarität mit dem Oberhaupt der Kirche verlangt, daß wir mit ganzer Kraft das Mittleramt Benedikt XV. stützen helfen. Die inneren, seelischen Beziehungen, die jeder von uns zur Kirche hat, verbieten es, selbst wenn wir Bedenken gegen das Sendschreiben hätten, die Mitarbeit zu verweigern. Der Souverän Benedikt XV. ist für uns vom Papst Benedikt XV. nicht getrennt. Binden uns auch keine Glaubenspflichten an das diplomatische Vorgehen des Nachfolgers Petri, so mag uns in diesem Augenblicke die Pflicht ritterlichen Beistandes gegenüber dem höchsten Friedensmittler doppelt bewußt werden, dessen reinste Absichten nicht zu bezweifeln sind. Würde ein neutraler Staat heute die Mittlerrolle in ebenso ehrlicher Absicht auf sich nehmen, so wäre es Sache aller treuen Bürger, zu unterlassen, was die außenpolitische Arbeit stören könnte, zu fördern, was sie vorwärts bringt. Wie viel mehr ist es unsere Aufgabe, dem Oberhaupte der Kirche zur Seite zu stehen, mit dem wir durch ungleich vergeistigtere Bande verbunden sind, als es die staatlichen Untertanspflichten zu sein pflegen.\*)

Der Friedensschritt des Heiligen Vaters verlangt von uns zunächst, daß wir uns wieder zur geistigen Auffassung der Probleme bekennen, die um uns zur Lösung drängen. Der Aberglaube an die letzte Entscheidung des Kampfes durch Menschenmassen, technische Hilfsmittel, Eroberungen und Zerstörungen, in dem wir alle tief stecken, der zu Riesenrüstungen, Wirtschaftskriegen und zur Vergötterung aller äußeren Kultur führen muß — dieser materialistische Gedankengang muß ersetzt werden durch den herzhaften Glauben an die Möglichkeit, das Leben der Völker unter höheren Ordnungen, nach Recht und Gerechtigkeit zu gestalten. Auch künftighin werden äußere Machtmittel nötig sein, um die Beziehungen der Völker zu regeln und zu sichern. Aber sie sollen im Dienste ordnender Gewalten stehen und nicht mehr dem Gutdünken des einzelnen Staates restlos ausgeliefert sein. Das ist der Grundgedanke des Schiedsgerichtswesens; seine Bedeutung liegt in dem Siege geistiger Macht über die Gewalt der Faust. Wenn uns von höchster kirchlicher Stelle dieses Prinzip vorgehalten wird, so ist es an jedem einzelnen von uns, zu prüfen, ob er nicht doch zu sehr an die Macht der Welt geglaubt und an die Gewalt des Geistes, an den Triumph des Aufstandenen im Kulturfortschritt der Jahrhunderte ver-gessen habe.

Das Sendschreiben weist weiter darauf hin, daß sich viele Konflikte in gütlicher Vereinbarung regeln ließen. Seine Größe liegt darin, daß es die Konflikte zwischen den Völkern voll anerkennt und damit auch die Schwierigkeit ihrer Lösung. Es will keinen „Status quo“ und keinen „Status quo ante“ mechanisch herstellen, es will vielmehr staats- und weltbürgerliche Arbeit im stärksten Sinne des Wortes. Vereinbarungen statt gewalttätiger Auseinandersetzung, offene Aussprache statt Mißgunst, Entgegenkommen statt Hinterhältigkeit. Das heißt neuerlich: Glauben an die Kraft katholischer Sitte auch im Völkerverkehr. Wieder ist's an uns zu fragen, ob dieser Glaube stets in uns lebendig war, oder ob wir ihn zwar in der Theorie verkörpelt, uns aber mit dem stillen Hintergedanken getröstet haben, daß man ihn doch nur praktizieren könnte, wenn auch der Gegner auf demselben Standpunkte stünde oder wenn die Menschheit aus lauter Heiligen zusammengesetzt wäre. Und das Prinzip der Vereinbarungen setzt auch voraus, daß wir die Konflikte mit aller Selbstüberwindung restlos durchdenken, neue Lösungsmöglichkeiten zu finden suchen, nie auf den Gedanken rasten —

die Vereinbarung verlangt oft vielmehr innere Kraft und Arbeit, als alles Dreinschlagen mit der Faust.

Schließlich ist es der Geist der Veröhnlichkeit und des gegenseitigen Verzeihens, der aus dem Sendschreiben durchklingt. Davon ob wir den Mut haben, in dieser Beziehung Christus wirklich nachzufolgen, hängt die schließliche Gestaltung der Dinge ab. Innerste Verzeihung ist die größte Kraftprobe, die man von einem Menschen fordern kann — sie dürfte restlos ohne Gnade von oben gar nicht möglich sein. Abbau des Hasses, Gerechtigkeit und Liebe gegenüber allen Gegnern, kann nur aus tiefster christlicher Seele erwachsen. Nur dessen Gewissen stets davor zittert, die Nächstenliebe zu verletzen, ist im Stande, die jahrelange Selbstzucht auf sich zu nehmen, die uns nach dem Kriege zu einer seelischen Annäherung der Völker bringen könne. Ist nicht auch das ein Hochziel katholischer Geistesbewegung? Zu Kriegsbeginn erzählte mir ein junger Priester, es hätten viele im Beichtstuhl sich des Hasses oder häßlicher Aeußerungen über die Gegner angeklagt. Mag diese Selbstanklage nur recht lebendig bleiben — dann wird aus unseren Kreisen die beste Arbeit für die Völkerverständigung geleistet.

Für die ruhigen, vornehmen Naturen in anderen Lagern ist heute das päpstliche Sendschreiben ein wichtiger Beweis des unerschütterten Glaubens an die Gewalt des Christentums als Völkerveröhnung. An uns Katholiken tritt die Frage, ob wir der geistigen Größe unseres Oberhauptes gewachsen sind. Ob wir gleich ihm, uns zu den tiefsten Grundlagen unserer Religion bekennen und über alle Tagesbedenken hinaus dieses Bekenntnis zur Seele einer geistigen Bewegung zu machen vermögen, die dem Sendschreiben die tausendfältige Kraft einer Jüngerschaft gibt, welche ihm nicht nur zustimmt, sondern es in die Tat umsetzen hilft. Nicht darum handelt es sich, die politischen Einzelheiten zu besprechen oder ängstlich darauf bedacht zu sein, nicht am Ende zu friedfertig zu erscheinen. Was not tut, ist der Glaube an die Grundsätze und an den geistigen Inhalt der Botschaft, die an die Welt ergangen ist. Jeder einzelne der die persönliche Entscheidung für diese Grundsätze in sich vollzieht, arbeitet mit am Vermittleramt. Jeder, der die Bedeutung des Schrittes als neuen seelischen Elementes in der Entwicklung der Dinge verkennet und darin höchstens einen willkommenen diplomatischen Versuch sieht, erschwert die Arbeit. Mögen die Katholiken sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein!

\* Hier sei, um bei unseren Lesern keine Unklarheit aufkommen zu lassen, den beherzigenswerten Darlegungen des geschätzten Verfassers eine ergänzende Bemerkung eingeschaltet:

Das Papstschreiben ist ein politisch-diplomatischer Akt und „an die Staatsoberhäupter der kriegsführenden Völker“ gerichtet. Diese Tatsache mit allen ihren Folgerungen besteht selbstverständlich auch für die Katholiken in vollem Umfange. Sie stehen vor dem Ereignis als Katholiken, welche mit Ehrfurcht die Stimme ihres Heiligen Vaters vernehmen, und als treue Bürger des Staates, zu dessen Oberhaupt sie spricht. Das Papstschreiben enthält nicht nur Grundsätze, die der Katholik als gegeben hinnimmt, und Anschauungen, die er als solche der ihm höchsten und verehrungswürdigsten Autorität schätzt, sondern auch Vorschläge und Aro-gungen politischen Charakters, die sich an den politischen Verstand wenden und das politische Urteil der Katholiken als Staatsbürger und treue Vaterlandes beschäftigen wollen. Auf Oesterreich angewendet: Als Katholiken ist uns gestattet, was uns als Oesterreichern Pflicht ist: die gewissenhafte Erwägung der von so autoritativer Stelle erhalteten politischen Vorschläge, welche nicht die Friedensformel zu sein beanspruchen, sondern sich als mögliche Grundlage zu Verhandlungen über den Frieden geben. Das „Sentire cum ecclesia“ ist keine Generaldispens vom „Sentire cum patria“, sondern vielmehr dessen Stütze und Maß. D. Red.



# Die Entwicklung des Kriegsgedankens in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. Otto Pollak u. Farnegg.

## I.

Wie es hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo doch ein großer Teil der Bevölkerung deutschen Stammes ist, der Gedanke eines Krieges gegen Deutschland entwickelt? In den Vereinigten Staaten befinden sich mehr als eine Million nicht naturalisierte Deutsche und Österreicher und zirka 20 Millionen naturalisierte Deutsche und Österreicher, u. zw. entweder naturalisiert in der ersten Generation oder in der zweiten Generation. Die Gesamtbevölkerungszahl der Vereinigten Staaten beträgt heute am Festlande über 100 Millionen. Wie kommt es nun, daß bei einer so bedeutenden Minderheit von nahezu 25 Millionen Deutschen und Österreichern, oder deren Abkömmlingen, sich der Kriegsgedanke, das heißt der Gedanke eines Krieges gegen Deutschland, derart entwickeln konnte; gibt es doch in den Vereinigten Staaten noch viele andere Nationen, die nicht englisch sind, sondern im Gegenteil antienglisch fühlen, wie die Iren, die einen großen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen, naturalisierte Scandinavier, Holländer, deren Sympathien in diesem Kriege zumindest geteilt waren. Auch ist in den letzten Jahrzehnten der größte Prozentsatz an Aus-

wanderern aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn gekommen, die sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen und dort eine Familie gegründet haben.

Gleich zu Beginn des Krieges war es unmöglich, den über den Einzug der Deutschen in Belgien gemeldeten Greueln entgegenzutreten. Die deutschen Kabel wurden gleich nach Kriegsbeginn abgeschnitten und die amerikanische Presse, schon damals stark im Solde Englands stehend, verbreitete hauptsächlich Berichte der Entente, und wenn auch die deutschen Berichte nicht vollkommen verschwiegen wurden, so wurden sie doch derart verdeckt gebracht, daß nur die wenigsten Leute etwas anderes erfuhren, als was in den *Head Lines* (Zeitungsüberschriften) speziell auf der ersten Seite der Zeitungen in deutsch-feindlichem Sinne gedruckt war. Darauf ist natürlich zu erwidern, daß es auch eine größere Anzahl deutsch geschriebener Zeitungen gibt, wie z. B. die „New-Yorker Staatszeitung“, doch ist der Prozentsatz der in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen im Verhältnis zu den in englischer Sprache erscheinenden ein ungemein kleiner.

Es war mir leider infolge der in Halifax durch die Engländer vorgenommenen Durchsuchung nicht möglich, eine Sammlung der seit Kriegsbeginn erschienenen *Head Lines* mitzunehmen und kann eine solche erst nach Kriegsende gemacht werden.

Bei jeder Gelegenheit wurden die für die Entente ungünstigen Momente herborgehoben, dagegen die für die Deutschen günstigen Momente womöglich unterdrückt. Um ein anderes Beispiel der Unterdrückung der Wahrheit anzuführen, sei auf die in der *Times Square* und auf dem *Columbus Circle* erschienenen Kriegsberichte mit nebenstehenden großen Karten der Kriegsschauplätze hingewiesen. Diese verschwanden mit dem Moment, als infolge der von den Zentralmächten errungenen Siege die Karten in einem für sie günstigem Sinne verändert werden mußten, wie zum Beispiel nach dem Vorstoß der Deutschen und Österreicher in Rußland und Serbien usw. Bei der Eroberung Rumäniens gab es überhaupt keine Karten mehr; dieselben waren auf dem anderen Wege ins russische Innere aufgehört.

Bis zur „Lusitania“-Affäre konnte man noch mit dem größeren Teil der anglo-amerikanischen Bevölkerung den europäischen Krieg diskutieren. Auch war bis dahin die Stimmung nicht eine solche, daß man von einer direkten Feindschaft gegen die Deutschen sprechen konnte. Gewiß machten die Propagandaveruche der Herren Dernburg und Genossen viel böses Blut, während die englische Propaganda als etwas Selbstverständliches von niemandem im geringsten beanstandet wurde. Daß sukzessive aus Scotland Yard aus London scharenweise Detektivs nach den Vereinigten Staaten kamen, in alle Zweige des Lebens und des Handels ihre Klauen hineinsteckten, wurde von niemandem beanstandet. Ja die Proteste gegen Wilson, als er auf den Export von Baumwolle und Nahrungsmitteln nach Deutschland nicht bestand, obwohl gerade der Süden durch den enormen Preissturz in Baumwolle und die immens großen Lager, die man nicht loswerden konnte, sehr litt, gingen ziemlich spurlos vorbei. Auch als England Baumwolle als Konterbande erklärte, wurde dies ziemlich lässig aufgenommen, nachdem sich die Preise inzwischen ziemlich gebessert hatten.

Wie aber bereits erwähnt, änderte sich mit der „Lusitania“-Affäre die Situation zusehends.

Die bei vielen Leuten latent gewesene Abneigung gegen Deutschland trat jetzt stark hervor. Wie bei jedem großen Schiffungslück so wurden auch bei dem Untergang der „Lusitania“ die Einzelheiten stark übertrieben und nebenbei die von den Deutschen in Belgien und Nordfrankreich angeblich

begangenen Greuel immer wieder von neuem in schauerlichen Farben geschildert. Lord Bryce, der frühere englische Botschafter in Amerika, wiederholte ständig bei jeder Torpedierung eines amerikanischen Schiffes, wobei Menschenverluste zu beklagen waren, durch mehr oder weniger alle Zeitungen, die von den Deutschen begangenen Greuelstaten in Louvain (Belgien) sowie in anderen belgischen Städten und in Nordfrankreich.

Gleich zu Anfang des Krieges ging Hand in Hand mit den Berichten die Anwerbung von Amerikanern für das amerikanische Hospital in Paris (Neuilly) vor sich, welches im Laufe des Krieges immer mehr und mehr erweitert wurde, so daß zur Zeit des Eintrittes Amerikas in den Krieg der größte Teil des Automobil-Sanitätsdienstes an der französischen Front und einem Teil der englischen Front in Frankreich von der besten Gesellschaft angehörenden Amerikanern besorgt wurde. Diese Ambulanzen wurden in der Weise aufgebracht, daß reiche Leute der englisch-amerikanischen Gesellschaft je eine Ambulanz oder mehrere komplett stifteten, während junge Amerikaner vollständig ausgerüstet nach Frankreich gingen, um dort Sanitätsdienste zu verrichten.

Aber nicht allein der Ambulanzdienst wurde schon zu Beginn des Krieges mit amerikanischer Hilfe eingerichtet, nicht zu sprechen von den enormen Zuwendungen der Amerikaner an die Belgier, sondern es ließen sich auch viele Amerikaner für die französische Fremdenlegion anwerben und hat die Zahl der amerikanischen Aviatiker sowohl an Qualität als auch an Quantität immer größere Fortschritte gemacht. Daß natürlich alle diese Amerikaner, welche in Frankreich Ambulanzdienste verrichteten und nach Amerika zurückkehrten, eine starke Propaganda für die Sache der Entente betrieben, derart, daß ein deutscher Protest bei der Erzählung von deutschen Grausamkeiten unmöglich war, ist klar. Der Erfolg einer solchen Vorführung war meistens der, daß unter dem Eindruck der geschilderten Grausamkeiten neue Ambulanzen gestiftet wurden.

Ein weiterer, die Sache der Entente fördernder Umstand, von dem alle Bevölkerungsschichten berührt wurden, war das stetige Anwachsen der Kriegsindustriewerte und der mit derselben verbundenen Industrien. Schon im Frühjahr 1915 begannen bisher der Geschäftswelt fernstehende Kreise sich mit der Spekulation zu beschäftigen, bis im September 1915 die Spekulation und die Quantität der per Tag umgesetzten Aktien ihren Höhepunkt erreichte. Männer und Frauen aus allen Gesellschaftsklassen warfen sich auf die Spekulation und es ist natürlich, daß, wenn bei einem mehr oder weniger großen Erfolg der Deutschen ein Rückschlag eintrat, die Wut der Leute gegen die Deutschen sich steigerte, bedeutete doch jeder Erfolg der Deutschen eine eventuelle Verkürzung des Krieges und eine minder große Luftknotigkeit und Produktion der Kriegs- und der mit ihr zusammenhängenden Industrien. Die Rückeroberung Przemyßls gab Anlaß zu den wildesten Szenen auf der New-Yorker Börse und als eines Tages jenes berühmte deutsche U-Boot in Newport ankam und nach seiner Abfahrt mehrere Schiffe in der nächsten Nähe der amerikanischen Küste versenkte und dadurch einen großen Preissturz an der New-Yorker Börse hervorrief, da kannte die Wut der Leute keine Grenzen mehr. An der New-Yorker Baumwollbörse erfolgte der größte Preissturz Ende Jänner 1917, als Deutschland den unbeschränkten U-Bootkrieg ankündigte, wodurch Millionäre über Nacht verarmten.

Von großer Bedeutung ist ferner der Umstand, daß die besten Geschäfte natürlich durch die Ordres der Entente gemacht wurden und dies gilt nicht nur für die Munitionsindustrie, sondern auch für die Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie zc. zc. Die Folge war auch, daß sich die Sym-

pathien der Amerikaner ihren besten Kunden, also der Entente, zuneigten.

Bei dem sich immer schwieriger gestaltenden Brief- und Telegrammverkehr mit Deutschland bekamen sowohl Zeitungen als auch Private den weitaus größten Teil der Nachrichten aus den Ländern der Entente-Staaten und als England schließlich auch die Schiffe der holländischen und skandinavischen Schiffahrtsgesellschaften nach Kirkwall zur Untersuchung brachte und dabei den Inhalt der Postfäde beschlagnahmte, hörte auch der Briefverkehr mit Deutschland fast vollkommen auf, so daß nur für Deutschland ungünstige Nachrichten nach Amerika gelangten.



26. VIII. 1917

ost.

Ungarns.

17

XXIV. Jahrgang

# ite San Gabriele chkanzler Michaelis über Reiche.

## Die Wiedergeburt des Völkerrechtes.

Von Hofrat Dr. Fr. v. Lentner.

Professor an der Universität Innsbruck.

Nicht bloß der einzelne Mensch, auch Nationen und Völker und die Menschheit überhaupt bilden einen Organismus, der die Bestimmung hat, sich immer mehr zu entfalten und zu vervollkommen und dessen Leben und Bewegung durch gottgegebene, der menschlichen Natur innewohnende Gesetze geleitet und geregelt wird. Die Grundformen und Grundregeln für die menschliche Entwicklung im gesellschaftlichen Zusammenleben beruhen in dem unverlierbaren Sittengesetze, das zwar auf den untersten Stufen nur in wenigen allgemeinen und noch rohen Zügen und Ausprägungen sich kundgibt, im Laufe fortwährender Kultur aber immer mannigfaltiger, reicher und reiner wird, wenn nicht zu demjenigen, was der Entzückung der Nationen und Völker von der Vorzeitung vorgezeichnet ist, der Mensch in seinem Streben aber aus der Verkehrtheit seines Willens das selbstverschaffene Böse als verderbliche Mitgift hinzufügt. Auch ist der Fortschritt des Menschengeschlechtes nicht etwa ein geradliniger, sondern ein der Schraubenlinie vergleichbarer, in welcher die Bewegung in Kreisform umkehrend, zwar niemals wieder zum Ausgangspunkt zurückkommt, emporstrebend, zuweilen auch niedertwärts biegend, weiter und weiter höhere Punkte gewinnt. In solchen Zeiten der Abirrung von der geraden Richtlinie, in Tagen der Unruhe, Unrast und Ungewißheit leben wir. Alle die großsprecherischen Verheißungen, es werde im Zeitalter der Maschinen und der technischen Fortschritte die menschliche Wohlfahrt zu einer Höhe emporwachsen, vor der wir kaum noch eine Ahnung besitzen, haben sich als trügerisch erwiesen. Nicht einmal in ökonomischer Hinsicht ist ein Zuwachs erfolgt, an welchem die Allgemeinheit unerschlechtslos teilhätte und auch nicht im Punkte der geistigen und sittlichen Erhöhung der Menschheit. Die Höhe der geistigen Entwicklung wächst überhaupt nicht mit den Zeiten, und gerade in fern liegenden Epochen haben hochbegabte Naturen, erfüllt von schöpferischen Ideen und nicht beirrt und zerstreut durch die später bis ins Unendliche angewachsene Mannigfaltigkeit der Eindrücke und Verhältnisse, in mächtiger Konzentration und frischer Ursprünglichkeit (die wahrhafte Staatsweisheit), so erfaßt und ausgeprägt, daß die späteren Geschlechter aus dieser Gedankenfülle selbst für ihre praktische Betätigung, Belehrung und Nutzen zu ziehen nicht unähnlich konnten und das auch gegenwärtig nicht verschmähen können, wofern sie überhaupt für die Wahrheit empfänglich sind.

Nirgends zeigt sich das so klar als beim Völkerrechte, namentlich bezüglich jener Parie, die vom Kriege und der Kriegführung handelt. Es ist nur zu begreiflich, daß das Vertrauen in die rechtliche und tatsächliche Geltung des Völkerrechtes auf das tiefste erschüttert ist, selbst bei solchen, die diese Materie zu kodifizieren und zu lehren den Beruf haben, indem sie Zeugen sind, wie dieses unerhörte Völkerringen mit unerbittlicher Gewalt zernimmt, was für Jahrhunderte als fest zum Himmel ragend gedacht war. Dieser Krieg zwingt förmlich zu dem Einbekenntnisse, mag dies auch für manchen belästigend und peinlich sein, daß unsere europäischen Verhältnisse mit samt dem modernen Völkerrecht der zivilisierten Staaten an einem Wendepunkt angelangt sind. Jones vielgepriesene europäische internationale

für das auch in geistiger Hinsicht dieselben Verhältnisse sich ergeben, nicht von Willkür und Quibunkeln abhängt, sondern eine Naturnotwendigkeit und die Grundbedingung der Entwicklung des Menschengeschlechtes ist, so können die Gesetze und Formen hierfür nicht erst von den Menschen geschaffen werden, sondern in Wahrheit nur ethische sein. Die Anwendung des Sittengesetzes auf die besonderen Verhältnisse, Personen wie Sachen, erzeugt das Recht und die Rechtsbildung wird um so vollkommener und mannigfaltiger, je mehr die höhere Kulturstufe eines Volkes das Sittengesetz klarer hervor treten und erfassen läßt. In gleicher Weise ist die Rechtsbildung für ein einzelnes Volk oder gleichartigere Völkergruppen leichter und einfacher, weil das Sittengesetz in bezug auf diese gattungsgleichen Elemente sich deutlicher offenbart, sie wird schwieriger, wenn größere Staaten mit mannigfaltigen Verhältnissen und Volkselementen in Frage kommen, am schwierigsten, wenn große Mächtegruppen miteinander in Konflikt geraten.

Daß das Völkerrecht überhaupt hinter jeder anderen Art von Rechtsbildung zurücksteht, ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß es keinen höheren Standpunkt des Sittengesetzes einnehmen kann, als den niedrigsten der noch vom Völkerrechte umfaßten Nationen und Staaten, ja daß selbst Staaten von hoher Zivilisation tiefer noch unter das sittliche Niveau sinken können, das noch unkultivierte Stämme einnehmen, die am „Mitgenuß“ des Völkerrechtes noch nicht Anteil haben, weswegen sie kaum zu bemitleiden sind. Nordamerika stand jedenfalls ehrenhafter da, als es sich gegen die strikte Anwendung des europäischen Völkerrechtes noch sträubte.

Daß die vielgerühmte „Öffentliche Meinung“, von Freveln gegen das Völkerrecht und von der Ueberflutung von Vergewaltigungen abhalte, ist ein Phantasiengebilde, dem die Wirklichkeit nicht entspricht. Die Erfahrungen und Enttäuschungen dieses hartnäckigen Krieges, wie ihn fessellos die Weltgeschichte nicht zu vergeichnen hat, zeigen das Gegenteil.

Nach allen dem wird denjenigen zugestimmt sein, welche wünschen, daß man sich wieder auf die christlichen Grundlagen des Völkerrechtes befragen möge. Jener einfache Grundgedanke der Sicherung und Erhöhung der Wohlfahrt des vereinzelt Menschen wie der Völker durch die Hingabe des Eigenthums an den Willen, der das große Ganze lenkt, er wird nicht für immer schwinden, um einer Gesellschaft neuerlich Platz zu machen, welche ihr Ziel erreicht zu haben glaubt, wenn sie ihrem Verstande immer neue Kampfmittel und ihrem Ehrgeiz immer neue Erfindungen verdankt. Dann erst wird das Ideal der Gerechtigkeit und Freiheit, wird ein gesicherter, dauernder, vollkommener Friede zur Wahrheit werden und auch das Völkerrecht aus Schutt und Trümmern neu erstehen. Dazu gibt jetzt die Papstnote den Anlaß.



## Die Staatskonferenz in Moskau.

Eröffnung unter militärischem Schutze. — Eine Diktatorrede Kerenskis.

Moskau, 25. August. (Petersburger Telegr.-Ag.)

Zur Eröffnung der Staatskonferenz trafen heute um 10 Uhr vormittags unter Führung Kerenskis Minister des Innern Afsentiew, Finanzminister Nekrasow, Ackerbauminister Tschernow und Ernährungsminister Pjeschchonow hier ein und stiegen im Kreml ab. In den Straßen der alten Hauptstadt herrscht lebhaftere Bewegung, namentlich in der Umgebung der großen Oper, wo die Konferenz zusammentrat. Der Platz vor dem Theater ist dicht gefüllt. Die Menge legt eine durchaus ruhige, friedliche Haltung an den Tag. Infolge alarmierender Gerüchte, die tags zuvor von der Möglichkeit von Unruhen sprachen, waren vom Militärgouverneur von Moskau umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen worden. Kavallerieabteilungen hatten das Theater umstellt, dessen Zugänge bewacht waren. Der Einlaß wurde streng kontrolliert. Die Oper war für die Zwecke der Konferenz besonders hergerichtet worden. Eine Stiege stellte die Verbindung zwischen dem Theatersaale und der rot ausgeschlagenen Bühne dar.

Um 3 Uhr nachmittags wurde die Konferenz durch eine Ansprache Kerenskis eröffnet. Er begann seine Rede mit der Erklärung, daß die Regierung die Bürger eines großen, freien Landes nach Moskau einberufen habe, nicht zu politischen Debatten oder Erörterungen von Parteistreitigkeiten, sondern um ihnen offen und frei die Wahrheit darüber zu sagen, was das Vaterland erwartet und wie sehr es in diesem Augenblick leidet. Die Regierung habe dies aber auch getan, damit kein Bürger später sich damit entschuldigen könne, daß er die wahre Lage des Staates nicht gekannt habe. Kerenski fuhr fort: Jeder Versuch, die Konferenz dazu auszunützen, um die nationale revolutionäre Gewalt, die in der provisorischen Regierung verkörpert ist, anzugreifen, würde ohne Erbarmen mit Feuer und Schwert unterdrückt werden. Jene, die den Augenblick für gekommen erachten, die revolutionäre Gewalt zu stürzen, täuschen sich und mögen sich in acht nehmen, denn unsere Autorität stützt sich auf das unbegrenzte Vertrauen des Volkes und von Millionen von Soldaten, die uns gegen die deutsche Invasiön (!) verteidigen.

Hierauf ergriff Minister des Innern Afsentiew das Wort, worauf Finanzminister Nekrasow ein Bild über die finanzielle Lage Rußlands gab.

Moskau, 26. August.

Kerenski sagte in seiner Eröffnungsrede auf der Moskauer Staatskonferenz weiters: Ich wiederhole euch, wir werden euch nichts verhehlen, denn seit der Revolution kommen wir zum erstenmale hierher, um frei-

mütig zu euch zu sprechen und euch zu sagen, wie unermesslich und gewaltig die Verantwortung ist, die wir tragen, trotz aller Schläge, die wir auszuhalten haben.

Bürger! Der Staat macht jetzt eine Stunde der Todesgefahr durch. Ich will nicht mehr darüber sprechen, denn jeder unter euch fühlt es, aber auch ihr wißt alle, daß das Problem, dessen Lösung euch obliegt, nämlich der Kampf gegen einen mächtigen unversöhnlichen und organisierten Feind, große Opfer an Selbstverleugnung, tiefe Vaterlandsliebe und ein Vergessen der inneren Streitigkeiten verlangt. Leider wollen nicht alle, die es vermögen, dieses Opfer auf dem Altar des durch den Krieg ruinierten Vaterlandes bringen und machen so mit jedem Tag die kritische Lage des Landes noch schwieriger. Im politischen Leben ist dieser Prozeß der Desorganisation noch stärker, indem er sogar gewisse Nationalitäten, die Rußland bewohnen, dazu verleitet, ihr Heil nicht in enger Verbindung mit dem Mutterlande, sondern in separatistischen Aspirationen zu suchen. Und schließlich wurde all das gekrönt durch das große Unglück an der Front, wo russische Truppen, ihre Pflicht gegen das Vaterland vergessend, ohne einen Schwerförmigen dem Ansturm des Feindes wichen und damit für ihr Volk neue Ketten des Despotismus schmiedeten.

Wir sind so tief gefallen, weil wir uns von der unglückseligen Erbschaft des alten Regimes, das wir zwar haßten, dem wir aber gehorchten, weil wir es fürchteten, nicht befreien können. Selbst jetzt, da sich die Gewalt auf die Freiheit und nicht auf die Bajonette stützt, übertragen wir gleichwohl auf die neue Gewalt das ererbte Mißtrauen. So wenden sich jene, die früher vor der autokratischen Regierung zitterten, jetzt kühn mit bewaffneter Hand gegen die Gewalt, aber sie mögen wissen, daß unsere Geduld ihre Grenzen hat und jene, die sie überschreiten, werden auf eine Gewalt stoßen, die ihnen die Zeiten des Zarenismus in Erinnerung bringen wird. Wir werden unversöhnlich sein, da wir überzeugt sind, daß allein die oberste Gewalt das Wohl des Vaterlandes sichert. Und darum werden wir jeden Versuch, das nationale Unglück Rußlands auszunützen, mit aller Kraft hindern und was immer für Ultimaten an mich gerichtet werden sollten, nicht werde sie der obersten Gewalt und ist: mir, ihrem Oberhaupt, zu unterwerfen dem wissen.

Kerenski sprach sodann über die russische Armee, die zurzeit des alten Regimes ein Körper war mit tönernen Füßen und fast ohne Kopf gewesen sei, und schilderte die Opfer der Selbstverleugnungen, die die Offiziere bringen, indem sie bis zum äußersten gegen die Anarchie und Desorganisation in der Armee kämpften, seit welche die Aufgabe des russischen Volkes und seiner Regierung, nämlich die Freiheit und das Vaterland zu schützen, so schwierig machen.

Vor einiger Zeit haben wir mit Entrüstung die den Vorschlag eines Separatfriedens zurückgewiesen. Und vor einigen Tagen waren wir Zeugen eines neuen ähnlichen unwürdigen Versuches, der gegen unsere Verbündeten gerichtet war. Aber sie haben ihn mit der gleichen Entrüstung zurückgewiesen. Im Namen des großen russischen Volkes sage ich unseren Verbündeten: Das ist die einzige Antwort, die wir von euch erwartet haben. (Die Versammlung brach hier in stürmische, anhaltende Beifallskundgebungen für die erschienenen Vertreter der Verbündeten aus, die den Charakter einer Ovation annahmen. Die ganze Versammlung hatte sich von ihren Sitzen erhoben und applaudierte die verbündeten Diplomaten.)

Kerenski sollte sodann insbesondere dem russischen Volke Worte der Bewunderung, das soviel unter dem Kriege gelitten hat, und sagte: Wenn es gezwungen ist, vorübergehend ein Mutterland zu verlassen, wird es in Rußland Gastfreundschaft finden.

Auf die nationale Frage übergehend, erklärte Kerenski, daß trotz der wenig freundlichen Haltung gegenüber dem Mutterlande seitens gewisser Nationalitäten, die einen Teil des russischen Staates bilden, die Demokratie Rußlands ihnen gleichwohl alles gewähren wird, was sie ihnen durch das Organ der provisorischen Regierung versprochen hat und was die Konstituante ihnen noch wird gewähren wollen; aber dort, wo der Kampf die Grenzen des Zulässigen überschreiten sollte, dort, wo man unsere Verlegenheiten dazu auszunützen wollte, um Rußlands freien Willen rufen, setzen wir ein Hände weg!

Kerenski sprach sodann über die finnländischen Frage und bestätigte, daß die Regierung die Wiedereröffnung des aufgelösten Landtages mit Gewalt hindern werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das ganze Land diesen Entschluß der Regierung billigen werde. (Bravorufe und lebhafter Beifall.)

Kerenski fuhr sodann fort: Die Regierung wird die Armee gegen umstürzlerische Einflüsse, die jedes militärische Ehrgefühl aus dem Herzen der Soldaten hinaustreiben, zu schützen suchen und gegen die Maximalisten und jeden Versuch von ihrer Seite, die Disziplin zu untergraben, energisch ankämpfen.

Der Ministerpräsident schloß; Meine Kollegen wollen Euch ein Bild der tiefen Desorganisation geben, in der sich das ganze Land befindet. Um ihr zu steuern, müßt Ihr alle notwendigen Opfer bringen und auf Eure persönlichen und Parteinteressen verzichten.



Dienstag, 28. August 1917

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

auf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein &amp; Co. Moritzplatz 11 600

11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 297

## in Flandern.

brer Stellungen über die Rakitna geworfen.

### Parlamentarisierung.

Von

Dr. Gustav Stresemann,

Mitglied des Reichstages.

Wir machen unsere Leser nachstehend mit den Auffassungen des bekannten nationalliberalen Führers über Parlamentarisierung bekannt, die er auf unseren Wunsch niedergeschrieben hat. Daß wir nicht in allem mit ihm übereinstimmen, brauchen wir nach den hier noch in den letzten Tagen gemachten Ausführungen wohl nicht zu betonen. Wir weisen namentlich auch hinsichtlich der Bedeutung, die wir der Parlamentarisierung für die augenblickliche Führung der auswärtigen Politik beimessen, von den Auffassungen des Herrn Dr. Stresemann ab.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses des Deutschen Reichstages haben dazu geführt, daß ein Gremium von fünfzehn Mitgliedern zur Beratung der Antwortnote an den Papst eingesetzt worden ist. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers werden sich am 28. August sieben Mitglieder des Bundesrats und sieben Mitglieder des Reichstags versammeln, um gemeinsam zu beratschlagen, in welcher Form Deutschland zu der Friedensnote des Herrschers des katholischen Kirche Stellung nehmen soll. Zum ersten Male wird der Reichstag in dieser Form mitberatend zur Entscheidung über derartige diplomatische Aktionen zugezogen. Von der Art und Weise des Zusammenwirkens in dieser Frage soll die Ausbildung dieser Institution vielleicht zu einer Art Reichsrat für spätere Zeiten abhängig gemacht werden.

Viel Spott und Hohn ist über das neue Gebilde ausgegossen worden, ehe es noch zum ersten Male in Wirklichkeit trat. In unserer schnelllebigen Zeit, in der nach den Kognomaten die Sonnenpferde der Zeit, wie von unsichtbaren Geistern gepörscht, mit unseres Schicksals leichtem Wagen durchgehen, sind viele geneigt, das Errungene als geringfügig anzusehen. Wenn man den Blick aber nur wenige Jahre rückwärts schweifen läßt, kann man sich dem nicht anschließen. Was ist seitdem in diesem Deutschland und Preußen alles vorgegangen! Ein Sozialdemokrat als Unterstaatssekretär im Kriegswirtschaftsamt, fortschrittliche Oberbürgermeister auf Ministerposten, in Preußen ein Staatsministerium, in dem zum ersten Male konservativer Einfluß nicht pramvaliert, im Hauptauschuß des Reichstages eine Debatte, die sich mit der Form der Regierung in einer Weise beschäftigt, welche das kommende Gleichgewicht einer willensfähigen Mehrheit gegen die Regierung erkennen läßt, und bei einer weltpolitischen Aktion anstelle der geheimen Diplomatie ein Zusammenwirken zwischen Vertrauensmännern der Fraktionen, dem Bundesrat und dem Reichskanzler! Man kann in geistreichen politischen Feuilletons Jahrhunderte der Entwicklung leicht in wenigen Sätzen überspringen, aber man darf nicht erwarten, daß man eine Staatsform in Deutschland wie ein Gewand von einer Nacht zum anderen Tage vertauschen kann. Noch wissen wir nicht, wohin die Entwicklung letzten Endes sich wendet, aber die Entwicklung selber zeichnet sich am Horizont ab.

Ohne Parteibeschlüsse als Dogmen zu werten sehe ich auch für meine eigene persönliche Stellung diese Entwicklung am besten aufgehoben, wenn sie sich nach den Grundsätzen bewegt, die in einer Konferenz der Landesvorstehenden der nationalliberalen Partei dahin ausgesprochen wurde: „Ohne Uebertragung des parlamentarischen Systems fremder Länder ein enges vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen Regierung und Parlament sicherzustellen.“ Die ersten Anfänge zu einem solchen Zusammenwirken glaubte der Reichskanzler Dr. Michaelis darin zu finden, daß er Mitglieder der verschiedensten Fraktionen in Ministerposten und ähnlich geordnete berief. Der Reichsrat oder wie man das kommende Gremium nennen mag, sollte die Ergänzung zu diesen Berufungen sein. Nach zwei Richtungen ist hieran Kritik geübt worden: an dem fehlenden Konnex zwischen den in die Regierung eintretenden Parlamentarikern, die der parlamentarischen Wirksamkeit entzogen werden, und an dem Gebilde des Reichsrats, das als ungenügender Ersatz für wirkliche Parlamentarisierung angesehen wird. Dringend ist der Ruf erhoben worden, statt diesen die Führer der Parteien zu Staatssekretären ohne Portefeuille zu berufen und damit die Zeit des Parlamen-



## Geschichtsquellen.

Von Eudo W. Hartmann.

Wenn es ein Geschichtsschreiber unternimmt, aus ihm vorliegenden Quellen den äußeren Vorgang der Ereignisse darzustellen, so liegt ihm die Pflicht ob, zunächst möglichst unabhängig von vorgefassten Meinungen diese Quellen selbst zu untersuchen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Echtheit, sondern auch um die Bestimmung von Zeit, Ort und Ursprung der Entfaltung und, auf Grundlage der so erlangten Erkenntnisse, um die innere Wertbestimmung der Quellen. Man fragt nach der Persönlichkeit des Verfassers, nach dem Einfluß, den Zeit und Ort haben können, und beurteilt die Zuverlässigkeit zunächst nach diesen Umständen, dann nach der Übereinstimmung oder den Abweichungen, die verschiedene, unabhängig voneinander entstandene Quellen aufweisen. Das sind etwa die anerkannten Arten der Quellenkritik, wie sie zum Beispiel in dem „Lehrbuch der historischen Methode“ von B e r n h e i m zusammengefaßt sind. Erst wenn diese Arbeit gewissenhaft geleistet ist, kann innerhalb der gegebenen Möglichkeiten die Auffassung des Geschichtsschreibers zur Geltung kommen. Er kann nun erst versuchen, die psychologischen Verbindungen zwischen den feststehenden Tatsachen herzustellen, und wird selbst der Möglichkeit um so näher kommen, je weniger er voreingenommen ist und je mehr er seine Phantasie in den Schranken zurückhält, die durch die allgemeinen Erfahrungen des Lebens und der Geschichte gegeben sind.

Wenn man diese Merkmale auf die Geschichte des Ursprungs des Weltkrieges und auf die sogenannte Schuldfrage anwendet, wird man sich sofort der ungeheuren Schwierigkeit der Aufgabe bewußt. Wer nicht vollständig neutral ist — und wer könnte sich heute rühmen, es zu sein? — der wird unwillkürlich und mit bestem Willen in der Ausdeutung der Tatsachen von seiner vorgefassten Meinung beeinflusst sein, insbesondere da die Möglichkeiten trotz der scheinbar so großen Fülle der gegebenen Quellen noch zahlreicher sind und die feststellbaren Tatsachen keineswegs lückenlos aneinander schließen, so daß der verbindenden Phantasie noch ein ziemlich weiter Spielraum geboten ist.

Aber auch die Grundlagen der Kritik der vorliegenden Tatsachen sind noch keineswegs gewissenhaft gelegt. Der Haufe der verschiedenen Buntbücher und sonstigen offiziellen und offiziellen Veröffentlichungen besteht aus sehr mannigfaltigen Bestandteilen. Die schriftlichen und mündlichen Äußerungen der leitenden Staatsmänner — angenommen, daß nicht nur die parlamentarischen Reden, sondern auch die diplomatischen Noten und Weisungen genau und ohne Auslassungen wiedergegeben sind — sind zwar im ganzen echt und gestatten einen Schluß auf das, was ihre Verfasser sagen wollten, sie sind aber keineswegs durchaus dazu bestimmt, deren wirkliche Absichten zu offenbaren; jedenfalls wird in ihnen mancherlei absichtlich oder unabsichtlich verschwiegen; und es läßt sich sogar nachweisen, daß manche tatsächliche Behauptungen in diesen amtlichen Schriftstücken unwichtig sind; in der deutschen Kriegserklärung an Frankreich wird zum Beispiel behauptet, daß französische Flieger Bomben auf die Bahn in der Nähe von Nürnberg niedergeworfen hätten — was, wie zum Beispiel die französischen Sozialisten in ihrer Antwort auf den Fragebogen des holländisch-standinavischen Komités mit Recht hervorheben, erwiesenermaßen

falsch und nur die Wiedergabe eines in jenen Tagen der Aufregung aufgelaarten Gerüchtes ist. Die Berichte der Botschafter der feindlichen Mächte an ihre Regierungen — an deren wortgetreuer Wiedergabe man schon mehr recht hat zu zweifeln — erwähnen gleichfalls unbeglaubigte Gerüchte und sind durch ihre partielle Auffassung unwillkürlich gefärbt; auch wird man behaupten können, daß sie mit Vorliebe so berichteten, wie es ihrer vorgefassten Regierung nicht unangenehm war; ein Widerspruch zwischen ihnen und dieser wird sich in den seltensten Fällen nachweisen lassen. Noch schlimmer steht es natürlich mit den Stimmungen und Geheimberichten ungenannter französischer Agenten, die im französischen Gelbbuch abgedruckt sind, während andererseits die von der deutschen Regierung veröffentlichten Berichte des belgischen Gesandten von vornherein eher auf Glaubwürdigkeit Anspruch erheben können, weil ihr Verfasser keine Veranlassung hatte, seine neutrale Regierung unrichtig zu informieren.

Mit der eigentlichen Kritik der Buntbücher und ihrer Glaubwürdigkeit haben sich aber, soweit ich sehe, nur J. N e h t i in einer preisgekrönten Arbeit des historischen Seminars der Universität Bern: „Zur Geschichte des Kriegsausbruches“ (1916) und auch der jetzige Vizelanzler K. H e l f f e r i c h in seiner Broschüre: „Die Entstehung des Weltkrieges“ (1915) befaßt. Beide weisen auf die folgende Tatsache hin: Als Beilage zu Nr. 105 des englischen Blaubuches vom 30. Juli 1914 wird eine Mitteilung des französischen Ministers des Äußeren an den französischen Botschafter in London, die dieser wieder Sir Edward Grey überreicht hatte, abgedruckt; sie soll beweisen, daß schon damals Deutschland mit seinen Kriegsvorbereitungen an der französischen Grenze begonnen hatte, und beginnt mit den Worten: „Die deutsche Armee hatte gestern (F r e i t a g) ihre Vorposten direkt an unsere Grenzen vorgeschoben und deutsche Patrouillen sind zweimal auf unser Gebiet übergetreten.“ „Gestern“, der 29. Juli, aber war ein M i t t w o c h. Der Schluß ist also naheliegend, daß die Mitteilung, die vom Freitag als „gestern“ spricht, erst am Samstag den 2., also am 1. August, verfaßt und abgesendet worden ist. Dadurch, daß aber der Anschein erweckt wird, daß sie vom 30. Juli stamme, wird beim Leser der Glaube erweckt, daß Deutschland am 29. Juli seine Truppen schon vorgeschoben hatte, was natürlich dem Endzweck entspricht, Deutschland als zum Kriege längst entschlossen und als Angreifer darzustellen. In der deutschen Ausgabe des Blaubuches, die das Auswärtige Amt in London veranlaßt hat, ist dann der falsche „Freitag“ zwar weggelassen, aber eine Erklärung für dieses Vorgehen auch nicht anmerkungsweise hinzugefügt worden.

B e r n h e i m sowohl in seiner Ausgabe als auch H e l f f e r i c h machen ferner auf das folgende Mißgeschick aufmerksam, das dem Verfasser des französischen Blaubuches zugestossen ist. Er druckt eine vom 30. Juli 1913 datierte, an den französischen Minister des Äußeren gerichtete Note über die öffentliche Meinung in Deutschland auf Grund der Berichte der diplomatischen und konsularischen Agenten ab. Hier heißt es: „... so war Herr v. Kiderlen im vergangenen Winter der bestgehabte Mann in Deutschland. Indes beginnt er nur noch mißachtet zu werden, denn er läßt durchblicken, daß er seine Rache nehmen werde.“ Nun war aber Herr v. Kiderlen schon am 30. Dezember 1912 gestorben. Es konnte also unmöglich irgend ein Diplomat oder Agent am 30. Juli 1913 von ihm als einem lebenden Menschen sprechen. Das Dokument muß also zum Zwecke der Veröffentlichung im Gelbbuch ziemlich stark „redigiert“ worden sein.

Die Franzosen selbst weisen in ihrer Antwort auf den Stockholmer Fragebogen darauf hin, daß das telegraphische Schiedsgerichtsangebot des Zaren, in welchem vorgeschlagen wurde, den österreichisch-serbischen Streitgegenstand der Haager Konferenz zu übergeben, erst mehrere Monate nach der Kriegserklärung bekannt wurde, da sowohl die russische wie die deutsche Regierung „in ihrem Buntbuch diese kapitalen Tatsachen verheimlicht hatten“ — nämlich sowohl das Anbot als auch den Mangel einer Antwort. Da wird wohl die Frage gestattet sein, wie viele andere „kapitale Tatsachen“ uns auch heute noch verborgen sind.

H e l f f e r i c h weist in dem russischen Orangebuch noch andere offensbare Lücken nach. So fehlt zum Beispiel, wahrscheinlich aus guten Gründen, jede Mitteilung von der russischen Mobilisation an die russischen Botschafter im Ausland; und unzweifelhaft muß doch eine solche erfolgt sein. Ebenso weiß man aus den anderen Quellen, daß sich die österreichisch-ungarische Regierung auf Drängen Deutschlands am 30. Juli dem russischen Wunsche nach einer Diskussion über ihr Ultimatum an Serbien fügte — was Sir Edward Grey mit großer Genugtuung zur Kenntnis nahm — und somit die Hauptbeschwerde Rußlands aus dem Wege räumte; auch davon findet sich im russischen Orangebuch keine Spur, weil diese Tatsache die Rechtfertigung der russischen Mobilisation noch mehr erschwert hätte.

Aber auch andere Stellen in den Buntbüchern erregen beim kritischen Leser Anstoß. Wenn es in der auch sonst in mancher Beziehung auffallenden Depesche des Gesandten Freiherrn v. Giesl aus Belgrad vom 21. Juli an den Grafen Berchtold (österreichisches Notbuch Nr. 6) heißt: „... es muß von Anfang an der starke und feste Wille bestehen, d u r c h z u h a l t e n“

— so erregt das Wort „durchhalten“, das in Österreich nicht üblich war und erst durch die Berliner Kundgebungen bei Kriegsbeginn in die amtliche Sprache eingeführt wurde, Bedenken. Auch sonst würde wahrscheinlich die Stilvergleichung noch mancherlei zu Tage fördern, was auf nachträgliche Redaktionen hinweist.

Das kritische Urteil über die vorliegenden Quellen kann also nur sehr ungünstig sein. Sie sind in mancher Beziehung unzweifelhaft verunrechnet; ihre Zeugnisse sind, wo es sich nicht um wirkliche Tatsachen handelt, außerordentlich subjektiv, und wo es sich um Tatsachen handelt, durchaus unvollständig. Braucht noch daran erinnert zu werden, daß auch heute noch nicht einmal der Dreibundvertrag vollständig veröffentlicht ist; daß über die Geheimverträge zwischen Rußland und Frankreich erst in letzter Zeit etwas Licht verbreitet wurde; daß über die Vorgänge am Zarenhof in den kritischen Tagen nichts Zuverlässiges bekannt ist; daß die diplomatische Korrespondenz zwischen Belgrad und Petersburg größtenteils fehlt, ebenso wie die zwischen Berlin und Wien? Man kommt zu dem Schluß, daß man zwar einige Hauptpunkte in der Abwicklung der äußeren Ereignisse bis zum Kriegsausbruch mit Sicherheit feststellen kann, daß es aber bei dem heutigen Stande der Quellen nicht möglich ist, außer durch Kombination die Tatsachenreihe ununterbrochen festzustellen, ohne daß eine andere Kombination entgegengehalten werden könnte, die, wenn auch weniger wahrscheinlich, doch nicht durch dokumentarische Zeugnisse widerlegt werden könnte.

Erst wenn die Geheimverträge und die diplomatischen Korrespondenzen vollständig benutzbar sein werden oder wenn es gar möglich wäre, die handelnden Personen gerichtsordnungsmäßig einzunehmen, wird es möglich sein, die Tatsachen



### Bericht des Bürgermeisters

Hochgeborener Herr Obergespan!  
Löblicher Municipalausschuß!

Ueber den Monat August l. J. beehre ich mich folgendes zu berichten:

Nachdem Se. k. und k. apostolische Majestät mit allerhöchster Entschliebung ddato Budapest den 20. August l. J. die Abdankung des Ministeriums anzunehmen geruhte, ernannte er den Geheimrat Dr. Alexander Bekerle zum Ministerpräsidenten und betraute ihn mit der Bildung des Ministeriums. Aus diesem Anlasse beglückte wir Se. Erzellenz, den Ehrenbürger unserer Stadt namens der Stadtgemeinde auf telegraphischen Wege, worauf wir von Sr. Erzellenz folgendes Antworttelegramm erhielten: Für Ihre freundliche Begrüßung danke ich aufrichtig und erwidere dieselbe wärmstens. Bekerle.

### Der Finanzminister in Pozsony.

Am 23. August nachmittag hielt sich Se. Erzellenz Finanzminister Dr. Gustav Graf einige Stunden in unserer Stadt auf. Obgleich der Aufenthalt des Herrn Ministers privater Natur war, empfing und begrüßte zweiter Bürgermeister Theodor Kumlik, nachdem er von der Ankunft erfuhr, Se. Erzellenz am Bahnhofe und benützte gleichzeitig die Gelegenheit und erstattete über die am Morgen desselben Tages stattgefundenen Demonstration der Zigarrenfabrikarbeiterinnen Bericht und ersuchte unter Einem den Herrn Minister, zu dessen Portefeuille die Tabakfabriken gehören, zu verfügen, daß die Fabrikleitung sowie die übrigen Fabrikbetriebe Sorge tragen, für die Arbeiter der Fabrik alle jene Nahrungsmittel einzuschaffen, deren Beschaffung im Großen möglich ist. — Der Herr Finanzminister erklärte, daß er bezüglich der Verpflegung der Tabakfabrikarbeiter dringend verfügen werde.

### Die Demonstration der Zigarrenfabrikarbeiterinnen.

Die eben erwähnte Demonstration betreffend berichte ich, daß sich am 23. August morgens meh-

tere hundert Arbeiterinnen der hiesigen Zigarrenfabrik am Batthyanyplatz vor dem Rathause versammelten und forderten, man solle sie mit Lebensmitteln versehen.

Die Arbeiterinnen wollten alle das Bürgermeisterramt aufsuchen, was jedoch die Polizei nicht gestattete, sondern die Arbeiterinnen aufforderte, ihre Wünsche durch eine Deputation vorzubringen. Die Arbeiterinnen entsandten hierauf eine Abordnung in das Bürgermeisterramt, wo sie ihre Klagen vorbrachten. Die Demonstration der Tabakfabrikarbeiterinnen hatte teilweise den Charakter einer Lohnbewegung. Der Betrieb der Fabrik wurde nämlich schon vor einem Jahre eingeschränkt, was eine Herabsetzung der Arbeitszeit von täglich 10 auf 7 Stunden nötig machte. Nachdem die Arbeiter der Tabakfabrik im Afford arbeiten, beeinflusste die Verkürzung der Arbeitszeit ihren Verdienst in unvorteilhafter Weise. Darum wurden sie schon damals (nach der herabgesetzten Arbeitszeit) mit 30 Heller per Stunde, zusammen daher mit 90 Heller per Tag entschädigt. Jetzt wurde der Betrieb der Fabrik neuerdings gesteigert, die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden erhöht und demzufolge die auf die eine Stunde entfallenden 30 Heller Entschädigung eingestellt. Dies geschah auf ministerielle Verordnung. Für die 30 Heller jedoch, welche den Arbeiterinnen entgingen, entschädigt sie die Erhöhung ihres Verdienstes infolge der verlängerten Arbeitszeit. Die Arbeiterinnen sind jedoch mit dieser Lösung nicht zufrieden, was hauptsächlich darin seine Erklärung findet, daß heute die Beschaffung der Lebensmittel gewöhnlich viel Zeit in Anspruch nimmt, sie jedoch infolge der verlängerten Arbeitszeit weniger Gelegenheit haben, sich solche zu beschaffen. Besonders beklagen sie sich, daß sie morgens und abends Milch und Grünzeug nur schwer oder überhaupt nicht erlangen können. In Angelegenheit der durch die Zigarrenfabrikarbeiterinnen vorgebrachten Klagen erschien in Beauftragung der Abordnung auch Stadtpräsident Paul Wittich beim zweiten Bürgermeister und orientierte ihn über die Lage der Arbeiterinnen. Nach Besprechung mit dem Bürgermeister und Johann Ludwig beruhigte Paul Wittich die Arbeiterinnen und es gelang auch sie zu bewegen, in die Fabrik zurückzukehren und die Arbeit fortzusetzen.

### Die Kohlenforge.

Löblicher Municipalausschuß! Se. Hochgeborenen Herr Obergespan, wie selber auch gelegentlich seiner Installation zu erklären geruhte, interessiert sich freudig und wärmstens für unsere öffentlichen Angelegenheiten und besonders für die

in den heutigen schwierigen Zeiten wichtigsten und vitalsten, für die Angelegenheiten der Ernährung und Versorgung. Diesem Interesse können wir es verdanken, daß gelegentlich unseres letzten Aufenthaltes in Budapest Seine Hochgeborenen mit zu Dank verpflichtender Bereitwilligkeit so freundlich war, in Angelegenheit unserer Ernährung und Verpflegung mit mir bei den Ministern für Handel und Ackerbau sowie bei dem Präsidenten des Landeszentralernährungsamtes vorzusprechen und meine namens der Stadtgemeinde vorgebrachten Bitten wirkungsvoll zu unterstützen. Seinem Interesse, seiner freundlichen Intervention und Unterstützung können wir es verdanken, daß unsere Bitten teils sofort günstig erledigt wurden, teils deren günstige Erledigung in sichere Aussicht gestellt wurde.

Am 25. August haben wir mit Sr. Hochgeborenen dem Herrn Obergespan in Angelegenheit der Versorgung unserer Stadt mit Kohlen bei dem Handelsminister Grafen Bela Serenyi vorgesprochen. Ich brachte den schon vorher unterbreiteten Generalversammlungsbeschuß und unsere durch Se. Hochgeborenen den Herrn Obergespan warm befürwortete Bitte vor, daß der Kohlenbedarf unserer Bevölkerung und der städtischen Werke sichergestellt werde. Se. Erzellenz der Herr Minister erklärte, daß er sich ständig mit der Frage der Kohlenversorgung beschäftige und die Verhandlungen bezüglich des Kohlenbedarfes des Landes mit Deutschland und Oesterreich jezt im Zuge seien. Von den Ergebnissen dieser Verhandlungen wird es abhängen, in welchem Maße es möglich sein wird, die Ansprüche unserer Stadt zu befriedigen. Der Minister verließ der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen anfangs September erfolgreich beendet werden und in Angelegenheit der Versorgung unserer Stadt mit Kohle die nötigen Verfügungen getroffen werden können.

Ebenfalls in Angelegenheit der Kohle, und zwar im Interesse der Gaskonsumierung der für unser Gaswerk in den österreichischen Gruben gebunden liegenden Kohlen sprach ich am 7. August in Wien im österreichischen Arbeitsministerium vor. Mein Vorgehen war zum Teil erfolgreich, insofern das genannte Ministerium unser Gaswerk mit Restrikt vom 10. August verständigte, daß für dasselbe bis 31. Dezember ausnahmsweise Lieferung von Kohlen, und zwar von wöchentlich 220 Tonnen aus den Gruben der österreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft und 170 Tonnen aus dem Hoheneggergrube, zusammen daher per Woche die Lieferung von 390 Tonnen Kohle gestattet wurde und auch die entsprechende Anzahl von Waggons zur Verfügung gestellt wurden. Ich bezeichne den Erfolg als teilweise günstig, weil laut dem Restrikt diese Begünstigung in dem Maße ins Leben tritt, in dem die Produktion und Lieferung möglich ist. Mit Hinsicht darauf ersuchte ich das österreichische Arbeitsministerium unter gleichzeitigem Ausdruck meines Dankes das in den einzelnen Wochen eventuell nicht lieferbare Wochenquantum in den nächsten Wochen nachzuliefern.

### Der direkte Getreideeinkauf.

Am der Konferenz, welche am 14. August in Budapest im Landeszentralernährungsamte in Angelegenheit des direkten Getreideeinkaufes der Städte abgehalten wurde, nahm ich über Aufforderung des Präsidenten des genannten Amtes in Vertretung der Stadtgemeinde ebenfalls teil. Auf dieser Konferenz bildete diejenige Bitte der Städte, daß einestells die Einkaufsbezirke erweitert werden und der Bevölkerung der Städte es möglich gemacht werde, ihren Getreidebedarf auch außerhalb des Stadtgebietes decken und auch in den Nachbarkomitat einkaufen zu können, ferner das Ansuchen, daß hinsichtlich der Kopfquote kein Unterschied gemacht wurde, zwischen jenen, die Getreide kaufen können und jenen, die es nicht können, den Gegenstand eingehender Besprechung.

Nachdem der Präses des Landeszentralernährungsamtes, der persönlich präsierte, erklärte, daß er infolge der die allgemeine Verpflegung des Landes gefährdenden Mißbräuche, welche bei den Einkäufen konstatiert wurden, zu seinem größten Bedauern eine Ausdehnung der Einkaufsbezirke nicht gestatten könne, anderenteils jedoch die gleiche Kopfquote für gerecht und billig anerkenne, kam auf der Konferenz folgendes Uebereinkommen zustande:

„Zur Sicherstellung des Mehlbedarfes der nicht versorgten Einwohner erhalten die Städte

auf Grund der Anweisung des Präsidenten des Landeszentralernährungsamtes auf Grund der Kopfquote von 12 Kilogramm von der Kriegsproduktengesellschaft das Getreide, und zwar wenigstens in dreimonatlichen Vorhineinraten.

Bezüglich des Vermahlens dieses Getreides ist es nötig, daß die Städte mit der Kriegsproduktengesellschaft auf Grund einheitlicher Prinzipien Verträge schließen, welche der Präsident des Landeszentralernährungsamtes genehmigt.

„Die vermahlene Mehlquantitäten erhalten die Städte nach Ablauf der ersten zwei Monate in monatlichen Raten von der Kriegsproduktengesellschaft so, daß ständig ein zweimonatlicher Vorrat zur Verfügung stehe.“

„Wie viel von der beim Mahlen entstehenden Kleie für die Schweizereten, welche für den allgemeinen Konsum der Städte produzieren, zurückgehalten werden darf, bestimmt der Präses des Landeszentralernährungsamtes.“

### Verschiedene städtische Angelegenheiten.

Die im laufenden Jahre zur Verteilung gelangenden Interessen der Sophie Lothischen Brautgeschenkstiftung im Betrage von 1600 Kronen sprach ich auf Grund der Reminierung seitens des Magistrates den Geschäftstellern Margarethe Kovits und Stephanie Schindler zu Das Brautgeschenk übergab in meiner Abwesenheit zweiter Bürgermeister Theodor Kumlik den Beschenkten im Sinne des Stiftungsbriefes am 15. August mittags 19 Uhr in feierlicher Weise.

Das Postamt berichtete, daß am 1. August nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr in der alten Au aus unbekannter Ursache ein Waldbrand entstand, welcher jedoch durch den dortigen Aushilfsforstwart unter Mithilfe eines Arbeiters gelöscht wurde, so daß die Feuerwehr nicht zu intervenieren brauchte. Der verursachte Schaden beträgt zirka 150 Kronen.

Auf Ansuchen des Portiers der städtischen Redoute Georg Bammer erhöhte der Magistrat den Tageslohn des Geschäftstellers mit Hinsicht auf die vermehrten Ausgaben und die herrschende Teuerung vom 1. August l. J. angefangen von 4 auf 5 Kronen per Tag.

Auf Antrag der städtischen Buchhaltung vollierte der Magistrat dem Wirtschaftsstellvertreter Franz Gabris für die Zeit, als selber die Ausgaben des Marktdirektors versieht, monatlich 100 Kronen und dem Warenverwalter Johann Mihalyi für die Leitung des Verkaufes der Produkte der städt. Küchengärtnerei und des Eises ebenfalls monatlich 100 Kronen Manipulationszulage.

Der Leiter des staatlichen Aichamtes verständigte den Magistrat, daß der kön. ung. Handelsminister den Mietvertrag bezüglich der durch das bezeichnete Amt innehabenden Lokalitäten im Hause Futterergasse Nr. 4 genehmigt habe.

Nachdem die Kupferbestandteile der Eigentum der Stadt stehenden Gebäude im Sinne des Erlasses des kön. ung. Honvedministers Zl. 22190 für Kriegszwecke requiriert wurden, übergab der Magistrat im Sinne der mit der Militärbehörde diesbezüglich getroffenen Vereinbarung die selben gegen Ankauf mit anderen Materialien.

Der kön. ung. Minister des Innern genehmigte mit Erlaß Zl. 72766 den Generalversammlungsbeschuß bezüglich der neuerlichen Kriegsunterstützung der nach dem 1. November 1916 in Dienst getretenen städtischen Verwaltungsangestellten und stellte den staatlichen Beitrag mit 3216 Kronen 70 Heller fest.

Derselbe Minister genehmigte mit Erlaß Zahl 79.980 jenen Generalversammlungsbeschuß, mittels welchem dem gewesenen Nachwächter der Markthalle Karl Konninger vom 1. Juni l. J. angefangen ein Gnadengehalt von jährlich 480 Kronen votiert wurde.

Auf die sub Zahl 19135 l. J. an ihn gerichtete Vorstellung verständigte der k. u. Handelsminister mit Erlaß 56623 die Stadtgemeinde, daß er die der Propellertonzessionarin Witwe Heinrich Hönes die zeitweilige Erhöhung der Ueberfuhrgebühr auf 14 Heller mit Hinsicht auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse gestattet habe und nachdem diese außergewöhnlichen Verhältnisse sich bislang nicht änderten bezüglich Außerfraktierung dieser Erlaubnis derzeit nicht verfügen könne.

Ich bitte den löblichen Municipalausschuß, diesen meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Pozsony, am 1. September 1917.

Theodor Brolich m. p.,  
k. Rat, Bürgermeister.



### Die Ablehnung der päpstlichen Friedensnote durch Wilson.

In der Antwort des Staatssekretärs Lansing.

Wien, 1. September.

Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Friedensnote des Papstes muß mit der Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons verglichen werden. Die Heuchelei, die jedes Wort des Präsidenten kennzeichnet, der gänzliche Mangel an Wahrhaftigkeit in seinen Handlungen und Kundgebungen dürfen nicht davon abschrecken, den Verstecktheiten in der Note der Vereinigten Staaten an den Papst nachzuspüren, damit erkennbar werde, ob nicht doch eine Regung von Friedenswillen, so schwach er auch sein mag, sich zeige, ob nicht doch der Wunsch zu erkennen sei, die Tür nicht ganz zuzuschlagen und eine Spalte offen zu lassen. Diese Untersuchung muß auf das Tatsächliche gerichtet sein und darf nicht von den Flegelien beirrt werden, auch nicht von der dem deutschen Volke zugefügten Beleidigung, daß es seine Freiheit sich von Wilson, von einem Fremden werde vorschreiben lassen, ein Dünkel, der schon an sich als Entartung gebrandmarkt, als beispielloser Massenhochmut gegenüber einem Volke von siebenzig Millionen empfunden werden muß.

Die gegenständliche Vergleichung, losgelöst von Entstellungen und Rüpelien, ergibt folgendes: Die Entente hat in der Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson verlangt die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen des Wiederaufbaues Europas, Bürgschaft für einen dauernden Zustand, der sowohl auf die Achtung der Nationalität und der Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist, sowie räumliche Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seeprovinzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Verbündeten durch Gewalt ohne den Willen ihrer Bevölkerung entzogen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen Tyrannei der Türkei unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist.

Das sind die Kriegsziele, welche die Entente in der Antwort auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson mitgeteilt hat. Vergleichen wir damit die Antwort des Präsidenten Wilson auf die Friedensnote des Papstes, so ergibt sich das Folgende:

Die Vereinigten Staaten haben nicht den Standpunkt der Entente in der Frage der Kriegsschädigung, der Genugtuung und der sogenannten Sühne. In der Note wird gesagt: „Eine Schädigung als Strafe, eine Aufteilung von Reichen und die Aufstellung des selbstfüchtigen Grundsatzes wirtschaftlicher Ausschließung halten wir für unzumutbar, für schlimmer als nutzlos und für keine geeignet Basis irgendwelchen Friedens, vor allem eines dauerhaften Friedens.“ Die von den Ententemächten so häufig wiederholten Friedensbedingungen der Rückgabe, Wiederherstellung und Strafe sind in der Antwort des Präsidenten auf die Friedensnote des Papstes nicht enthalten, und so gewalttätig diese Forderungen waren und wie stark sie der militärischen Lage widersprachen und so gering ihre Ausführbarkeit veranschlagt werden mochte, muß der Unterschied dennoch beachtet werden. Die Veränderung ist schon deshalb bemerkenswert, weil Wilson in einer Mitteilung an die russische Regierung, datiert vom Juni, ausdrücklich als Friedensbedingung bezeichnet hat, daß vorher der Schaden gutgemacht werden müßte. Auch von Entschädigung und Wiederherstellung hat er noch im Juni gesprochen und spricht er im August nicht mehr. In dieser Botschaft an Rußland hat er ferner auf das entschiedenste die Rückkehr zum Status quo ante, zum Zustande vor dem Kriege, abgewiesen und mit Nachdruck erklärt, dieser Zustand müsse geändert werden. Auch darüber sagt er dem Papste nichts, wie er in seiner Antwort die Einmischung in die Gebietsstreitigkeiten der europäischen Länder vermeidet, was er seit dem Ausbruch des Krieges mit solcher Annäherung häufig getan hat.

In seiner Botschaft an den Kongreß vom April hat er auch den Dynastien den Krieg erklärt und heftig auf das Beispiel von Rußland hingewiesen. In seiner Botschaft an Rußland vom Juni sagt er mit der gleichen Absicht: „Wenn die Kräfte der Autokratie uns trennen können, so werden sie uns überwältigen.“ Die Antwort auf die Friedensnote des Papstes ist ebenfalls ein Versuch, in das Verhältnis zwischen dem deutschen Kaiser und dem deutschen Volke eine Keilung hineinzubringen. Aber die Fassung ist hinterhältig und absichtlich so zweideutig, daß auch eine andere Auslegung möglich ist. Er sagt, ein dauerhafter Friede könne auf das bloße Wort des Herrschers — dessen strenge Wahrheitsliebe, nebenbei bemerkt, in dem Prozesse gegen den russischen Kriegsminister eine schlagende Bestätigung erfährt — nicht gegründet werden. Es brauche nämlich das Wort die Unterstützung durch den „beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes“. Präsident Wilson ist nach seiner unerhörten Falschheit im ganzen Verlaufe des Krieges, nach seiner offenen Gehässigkeit gegen die Mittelmächte im Frieden so vermessend, zu erklären, daß ihm das Wort des deutschen Kaisers nicht genüge und daß er ihm nicht ver-

traue. Er würde jedoch vertrauen, wenn das deutsche Volk es bekräftigen sollte. Deutschland hat einen Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, er ist für die Vollstimmigkeit mindestens so beweiskräftig wie das Repräsentantenhaus in Washington. Das Problem ist nicht unlösbar, die Friedensbedingungen des deutschen Volkes, die bereits von einer Mehrheit festgestellt worden sind, auch als allgemeinen Friedenswillen an derselben Stelle zu bekräftigen.

Präsident Wilson hat die Friedensnote des Papstes abgelehnt. Auf sein Haupt kommt das Blut, das durch die Verlängerung des Krieges vergossen wird.



1./X. 1917

30

Zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. St. Quentin lag wieder unter französischem Feuer.

**Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz:** In der östlichen Hälfte des Chemin-des-Dames-Rückens war die Feuerstätigkeit lebhaft. Vor Verdun ging das Störungsfeuer auf beiden Maasufeln abends wieder in starken Artilleriekampf über, ohne daß es bisher zu neuen Angriffen kam.

#### Defilierter Kriegsschauplatz.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:** Nordwestlich von Dinaburg stießen russische Streifabteilungen unter Feuerbeschuss bei Flugt vor; unsere Grabenbesatzung schlug den Feind zurück. Ebenso vergeblich blieben russische Unternehmungen am Karoczsee. Bei Skala setzten einige unserer Kompanien über den Jbrucz, brachen in die russischen Linien ein und lehrten nach Zerstörung der Grabenanlagen mit Gefangenen und Beute über den Fluß zurück. Zwischen Dnjester und Donau ist die Lage unverändert.

**Mazedonische Front:** Bei großer Hitze hielt die gesteigerte Gefechtsstätigkeit an. Am Dobropolje wurden serbische Abteilungen, südwestlich des Doiransees englische Bataillone unter schweren Verlusten abgewiesen.

#### Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 31. August.

Das Wolffsche Bureau meldet:  
31. August 1917, abends.  
Lage unverändert.

## Die sogenannten italienischen Provinzen Oesterreichs.

Von L. Staatsarchivdirektor Univ.-Prof. Dr. M. Mayer,  
Landtagsabgeordneter (Jundbrud).

Wer den letzten großzügigen Friedensvorschlag des Papstes unbefangen liest, gewinnt den unzweifelhaften Eindruck, daß zunächst nur eine Grundlage für die Wiederaufnahme des Verkehrs und einer allmählichen friedlichen Verständigung der kriegsführenden Mächte gefunden werden soll. Inhalt und Fassung der Leitfäden der päpstlichen Note verraten die klare Erkenntnis, daß das einzige Kriegsziel der führenden Macht England die Vernichtung des deutschen Handels und der deutschen Industrie sei, daß die Schlagworte von der „Befreiung der Völker“ und der „Demokratisierung der Staaten“ für England nur die Behüllung der wahren Absicht bedeuten sollen. Daraus ergibt sich die logische Folgerung: ein Weltfrieden von längerer Dauer kann in absehbarer Zeit nur dann zustande kommen, wenn zwischen Deutschland und England eine eheliche Verständigung und ein billiger Ausgleich in bezug auf die wirtschaftlichen Interessengegenstände erreichbar ist. Der große Widerstreit dieser wirtschaftlichen

bündeten bleiben für England gewiß mehr oder minder Nebensache.

Dementsprechend kommt den im dritten Teile der päpstlichen Note gemachten Vorschlägen über die Lösung von territorialen Fragen vorläufig, wie schon die ganze Fassung des Schriftstückes ergibt, nur eine sekundäre Bedeutung zu. Das gilt auch von dem klug gefaßten päpstlichen Wunsche, es sollen territoriale Streitfragen, z. B. zwischen Italien und Oesterreich, verständig gelöst werden und es soll „in möglichst gerechtem Maße den Wünschen der Völker (les aspirations des peuples) Rechnung getragen werden“. Damit erscheint das einseitige Diktat eines rohen Nationalitätsprinzips, das über die territoriale Zugehörigkeit von Nationen oder Nationsteilen ohne jede Rücksicht auf deren Geschichte, wohl-erworbene Rechte von Staaten und Wünsche der Bevölkerung selbst entscheidet, wie es ein moralisch verwerflicher Irredentismus lehrt, als entscheidender Faktor ausgeschaltet und der ruhigen und gerechten Erwägung der vorliegenden Tatsachen wieder Raum geboten.

Das Königreich Italien erhebt Ansprüche auf den Besitz der sogenannten „italienischen Provinzen Oesterreichs“, worunter Dalmatien, Triest mit dem ganzen Küstenland und Wälschtirol (von der Irredenta und ihren weilslosen Nachbetern fälschlich Trentino genannt) zu verstehen sind. Die Grundlage für diese Forderung bildet hauptsächlich das im Jahre 1866 durch den größten Revolutionär und den größten Feind Oesterreichs, Josef Mazzini, formulierte Irredentaprogramm. Dasselbe führt fünf Punkte ins Treffen, die das Recht auf Befreiung dieser Länder von Oesterreich und ihre Angliederung an Italien begründen sollen: 1. das Nationalitätsprinzip; 2. das Bedürfnis Italiens nach „natürlichen“ Grenzen; 3. die angeblich im Jahre 1866 erfolgte Eroberung Wälschtirols durch Italien; 4. die angebliche Unterdrückung der in Oesterreich lebenden Italiener durch die kaiserlichen Regierungen und 5. die Kompensationstheorie.

Die Mehrzahl dieser Begründungen sind schon äußerlich höchst sadenscheiniger Natur, so, wenn Italien alt-österreichische Länder als „Kompensation“ verlangt, weil Oesterreich-Ungarn auf Wunsch und mit Zustimmung Europas Bosnien-Herzegovina befreit hat, oder weil Garibaldi im Jahre 1866 einen geringfügigen Teil von Wälschtirol besetzt hatte, infolge der österreichischen Siege und der Bestimmungen des Friedensschlusses aber daraus wieder abziehen mußte. Es erscheint kaum glaublich, daß ernste Kreise willkürliche Forderungen auf solch banale Argumente zu stützen wagen. Ueber die angebliche Unterdrückung der Oesterreicher italienischer Nationalität urteilt sogar der bekannte italienisch-irredentistische Schriftsteller A. Bivante (Irredentismo Adriatico, Florenz 1912): Frankreich habe im italienischen Nizza die wenigen Italiener, die sich dort noch als solche zu fühlen wagten, weit schlechter behandelt als der österreichische Zentralismus und fahre in dieser Behandlung noch heute fort. In einer jüngst erschienenen Schrift des unparteiischen Schweizer Publizisten S. Ammann (Die Italiener in der Schweiz,



## Die Entwicklung des Kriegsgedankens in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. Otto Pollak v. Pornegg.  
III. \*)

Schon im Jahre 1915, nach der „Lusitania“-Affäre, begaben sich sehr viele junge Amerikaner aus der ersten Gesellschaft nach dem Camp Plattsburg (State of New York), um dort zu Offizieren ausgebildet zu werden. Das wiederholte sich in stark vergrößertem Maßstabe im Jahre 1916, und schließlich erging auch die Aufforderung, in eigens von der Kriegsmarine zur Verfügung gestellten Kriegsschiffen Volontärdienste zu verrichten. Die Einsätze von mexikanischen Truppen in Texas und New-Mexiko, welche von General Villa geführt wurden, veranlaßte die Regierung, den größeren Teil des regulären Heeres und auch der Miliz, welche sich aus Männern der besten Gesellschaft zusammensetzte, an die mexikanische Grenze zu werfen. Diese Truppen wurden bis zum Eintritt der Verwicklungen mit Deutschland im Felde behalten, so daß also im März 1917 der Regierung viele Tausende von Soldaten mit einer nach amerikanischer Auffassung gewissen Felddienstauglichkeit zur Verfügung standen. Wie in England, so wurde auch in Amerika nach der Kriegserklärung im ganzen Land die Werbetrommel gerührt. So war z. B. jedes Taxi verpflichtet, Plakate mit dem Aufsatz „to enlist“ (sich als Volontär anwerben zu lassen) zu tragen und bemerkte man überhaupt stark das englische Vorbild, da England nach Ausbruch des Krieges ähnliche Mittel versucht hatte, um Soldaten anzumerben. Diese Propaganda zeitigte aber keinen Erfolg. Es wurde vielmehr ein unglaubliches Hinausschnellen der sich beim Heiratslizenzannte Meldenden beobachtet, dagegen eine sich täglich mindernde Anzahl von Rekrutenanmeldungen, bis diese schließlich so tief herabsanken, daß nur durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wonach jeder zehnte unverheiratete Mann im Alter von 19 bis 40 Jahren zum Militärdienst verpflichtet war, daran gedacht werden konnte, eine Armee aufzustellen.

Es hatte wenig genügt, daß Damen aus der besten amerikanischen Gesellschaft von ihren Automobilen aus Ansprachen an die Bevölkerung hielten, um diese zu veranlassen, sich freiwillig zu melden. Die Leute hörten gerne zu, aber bei der Aufforderung, ihre Namen in die Listen eintragen zu lassen, stoben sie auseinander.

Um jedoch zu verhindern, daß sich Männer durch rasches Heiraten dem Militärdienst entziehen, wurde bestimmt, daß nur diejenigen Männer als vom Militärdienst befreit gelten sollten, welche noch vor Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verheiratet gewesen waren.

Der Eindruck der deutschen Note, die den unbeschränkten U-Bootkrieg ankündigte, war ein niederschmetternder. Die Erlaubnis, nur einmal in der Woche an einem bestimmten Tag und bestimmt gekennzeichnet ein Schiff von Amerika nach England gehen zu lassen, wurde von vielen Amerikanern wie ein Faustschlag empfunden, als eine direkte Beleidigung, nachdem man der Ansicht war, daß es doch gar nichts ausgemacht hätte, eine größere Anzahl von Schiffen zwischen Amerika und England verkehren zu lassen, wenn diese Schiffe keine Bannwaren an Bord hatten und nur friedliche Reisende.

Dagegen wurde die österreichisch-ungarische Note, die einige Wochen später eintraf, viel günstiger aufgenommen, und hatte auch zur Folge, daß die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn nicht abgebrochen wurden, obwohl sich die Note in den Kernpunkten mit der deutschen vollkommen deckte. Die österreichisch-ungarische Note erklärte in ausführlicher Weise die Notwendigkeit des unbeschränkten U-Bootkrieges als Folge der verheerenden Aushungerung der Völker der Zentralmächte durch die Blockade, die den ersten Schritt der Verletzung des internationalen Rechtes darstelle. Es wurde in derselben auch hervorgehoben, daß wiederholt österreichisch-ungarische Handelsschiffe von U-Booten der Ententestaaten ohne vorherige Warnung versenkt worden waren.

Daß sich Oesterreich-Ungarn gegen Rußland zur Wehr zu setzen hatte, war den Amerikanern klar, und die Meinung war ungeteilt, daß der Eintritt Italiens in den Krieg einen schönen Treubruch gegenüber den Zentralmächten bedeute. Wir sehen also, daß bis zur Kriegserklärung mit Deutschland in Amerika drei Hauptmomente gegeben waren: 1. Das sogenannte ethische Moment, der Freiheits- und Humanitätsgedanke, der von Wilson in drastischer Weise dem amerikanischen Volk eingepflanzt werden mußte, 2. das Finanzmoment, die Furcht, die der Entente geliehenen Gelder verlieren zu müssen, und das Bestreben der großen Waffen- und Munitionsfabriken sowie der übrigen Kriegsindustriellen, zum Zwecke der weiteren Bereicherung den Krieg auf jede Weise zu verlängern, und das dritte und wohl wichtigste Moment, welches darin liegt, daß die Entente, welche ihren militärischen und finanziellen Zusammenbruch voraussah, über die sich vorbereitende Revolution in Rußland nur zu gut orientiert war, sich die größte Mühe gab, unter der Führung Englands, welches noch immer das Weltmeer beherrschte, Wilson und damit Amerika in den Krieg hineinzuziehen.

Neben diesen Momenten haben aber auch noch andere Umstände mitgewirkt. Es wird hier allgemein hervorge-

hoben, daß die Rüstungen Amerikas nicht so sehr gegen die Zentralmächte als gegen Japan gerichtet seien, welches stets als größte Gefahr für Amerika gegolten hatte. Werden doch hier mit einem Schlag zwei Fliegen getötet.

Eine Rüstung direkt gegen Japan, gegenwärtig ein Verbündeter der Ententestaaten, konnte in Amerika unmöglich durchgeführt werden. Japan hat, obwohl es zu den kriegführenden Staaten gehört, von allen Staaten der Welt während des Krieges im Verhältnis zu seinem Staatsvermögen am meisten verdient und die größten Goldzufuhren gehabt. Es hat sich nicht allein durch Lieferung von Kriegsbedarf an Rußland bereichert, sondern es hat auch, indem es die Weltmärkte mit früher von Deutschland gelieferten Massenartikeln versorgte, ganz unglaubliche Gewinne erzielt. Daß Japan diesen Wohlstand benützt hat, um auch sein Heer und seine Flotte nach Möglichkeit zu kräftigen, ist begreiflich, aber es ist dadurch auch eine gesteigerte Gefahr für die U. S. A. geworden. Man wird die Politik Amerikas besser verstehen, wenn man bedenkt, daß es sich durch den Eintritt in den Krieg den besten Bundesgenossen zur See, nämlich England, gesichert hat. Mit England zusammen hofft es, zu einem späteren Zeitpunkte einen Schlag gegen Japan führen zu können. Von großer Bedeutung ist auch die enorme Steigerung der Arbeitslöhne in den U. S. A. seit Inanspruchnahme eines großen Teiles der Arbeiterschaft für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie für die anderen Kriegsindustrien, welche die Ententeheere mit allen möglichen Hilfsmitteln versorgen. Die Waffen- und Munitionsfabriken, welche bald nach Kriegsausbruch wie Pilze aus dem Boden schossen, waren, um genügend Arbeiter zu bekommen, gezwungen, jeden Lohn zu bewilligen und haben dadurch auch ein enormes Hinausschnellen der Löhne in den anderen Industrien bewirkt. Die Löhne bewegen sich heute zwischen einem Mindestlohn von 5 Dollar bis zu einem Höchstlohn von 20 Dollar per Tag und garantieren den Arbeitern ein bedeutendes Jahreseinkommen. Es lag daher die große Gefahr vor, daß die schon vor dem Kriege verdorbenen amerikanischen Arbeiter, die während des Krieges ihren Lebensstandard ganz verändert hatten und ein geradezu luxuriöses Leben führten und sich an dieses Leben gewöhnt hatten, mit dem Eintritt normaler Zeiten, die notwendigerweise ein Herabsinken der Löhne verursachen mußten, schwere Unruhen hervorrufen konnten, gegen welche die Arbeiterunruhen vor dem Kriege nur ein Kinderpiel gewesen waren. Es ist daher natürlich, daß die Regierung eines solchen Riesenlandes, um gegen jede Eventualität nach außen und nach innen gesichert zu sein, den günstigen Moment erfaßt, um durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn auch nur Los-Wehrpflicht, ein ständiges Heer zu schaffen und haben diese Gesichtspunkte viele Leute veranlaßt, dieser „Preparedness“-Bewegung zuzustimmen. Uns drängt sich natürlich die Frage auf, wieviel Zeit die U. S. A. brauchen werden, um ein schlagbereites Heer zu schaffen und wann und in welcher Weise dasselbe auf dem europäischen Kriegsschauplatz wird eingreifen können.

Wie ich aus letzter Quelle erfahre, wird die allgemeine Musterung am 5. Oktober 1917 stattfinden, dagegen werden die ersten Einberufungen erst ab 25. Oktober 1917 stattfinden. Zu erklären wäre dieser verspätete Termin damit, daß es dem amerikanischen Kriegsministerium an Bekleidung, Ausrüstung etc. für ein großes Heer mangelt. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die amerikanischen Rüstungsindustrien, wie schon hervorgehoben, bisher nahezu ausschließlich für die Staaten der Entente gearbeitet hatten. Es müssen daher in Amerika für die Bekleidung und Ausrüstung eines großen Heeres erst die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, ehe man daran denken kann, die Mannschaften einzuberufen. Man wollte diesbezüglich nicht in denselben Fehler wie England verfallen, welche tausende von Rekruten einberief, ohne vorher in genügender Weise für deren Bekleidung und Ausrüstung gesorgt zu haben. Schließlich steht der Regierung auch jetzt ein Rekrutentontingent von 74.000 Mann zur Verfügung, welche sich in der Zeit von Anfang April bis Mitte Mai d. J. freiwillig gemeldet hatten.

Zu erwähnen wäre auch, daß die Ausrüstung der Miliz und des stehenden Heeres nicht eine solche war, um dieselben ohne weiteres auf einem europäischen Kriegsschauplatz zu verwenden. Verschiffungen von amerikanischen Sanitäts- und Ingenieurtruppen wurden schon jetzt in größerem Maßstabe vorgenommen, welche den Ententeheeren wertvolle Hilfe leisteten. Zuzufolge eines von Joffre und Balfour ausgesprochenen Wunsches werden auch amerikanische Milizmannschaften nach Europa geschickt, um die schon sehr gesunkene Moral der Ententetruppen heben zu helfen.

\*) Siehe „Stemden-Blatt“ vom 26. und 29. August 1917.



2./X. 1917

## Vom Völkerhaß.

Von Professor Dr. Justus Donath.

Budapest, 1. September.

Wenn einst die Geschichte dieses Weltkrieges geschrieben wird, alle Tatsachen und Dokumente offen zu Tage liegen, dann werden nicht nur pragmatische Historiker, Militärs, Ärzte, Techniker, Volkswirtschaftler zur Feder greifen, auch die Psychologie wird ihr gerüttelt Maß beanspruchen dürfen. Es wird namentlich festzustellen sein, welche Rolle die Leidenschaft des Hasses, blinde Wut und sinnlose Rachgier hier gespielt haben, von welcher Seite und mit welchen Mitteln sie geschürt wurden und wessen Zwecke sie zu fördern hatten.

Doch soll gleich hier zur Ehre der Menschheit vorweggenommen werden, daß auch die Liebe einen herrlichen Anteil an diesem Krieg genommen hat, und zwar auf beiden Seiten der Kriegführenden, und auch in reichlichem Maße bei den Neutralen, was vor allem wir Ärzte mit unseren verwundeten und erkrankten Kriegern als Zeugen des Samaritertums und der Fürsorgedienste bewundern konnten. Ja noch mehr: wenn wir uns vor Augen halten, wie oft von den Helden auf beiden Seiten der Schützengräben wohlwollende Gesinnung, Freundschaftsdienste einander bezeigt wurden, wie man in den Kampfpausen friedlich zueinander trat und miteinander Aussprache hielt, sich gegenseitig beschenkte, wie Konzerte und Gesellschaftsabende veranstaltet wurden, Russen auf unsere Verbandplätze kamen und um Verbandzeug baten; wenn wir das Aufhören jedes Hasses, mindestens unsererseits, gewahren, sobald man Gefangenen gegenübersteht, die genau gleiche Behandlung, die wir in unseren Lazaretten unseren und den gefangenen Verwundeten und Kranken, sowie auch unsere Bevölkerung den bei ihr in Arbeit stehenden Kriegsgefangenen zuteil werden lassen: so muß man zugeben, daß Mitgefühl auch dem Feinde gegenüber eine größere Rolle in diesem Kriege gespielt hat, als im Hinterlande, fern von den Kriegseignissen, von Zeitungslesern und Privatpolitikern gemeinlich angenommen wird. Ich selbst pflege bei unseren Austauschinvaliden, so oft nur möglich, mich zu erkundigen, wie sie in Feindesland behandelt wurden. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle lautet die Antwort, daß sie sich in den Spitälern von den Ärzten einer guten Behandlung zu erfreuen hatten, mit der Kost sei es oft knapp, mitunter auch schlecht gewesen, aber die Russen hätten es dann meist selbst nicht viel besser gehabt. Besonders wurde ich ergriffen von der Erzählung eines Verwundeten, der, obgleich kein Austauschinvalid, sich kurze Zeit in russischer Gefangenschaft befunden hatte. In der Deckung des Schützengrabens war er schwer verwundet liegen geblieben. Die hereingebrochenen Russen legten ihn sorgsam in eine Erde und kämpften weiter. Als er um Wasser wimmerte, brachte ihm ein russischer Kämpfer eine Flasche Mineralwasser, deren Hals er abschlug und neben ihn stellte; dann holte er sein schimmeliges Brot aus dem Rucksack hervor und teilte es mit ihm. Dadurch, daß die Russen von den Anrighen halb darauf wieder vertrieben wurden, entging er der weiteren Gefangenschaft.

Unter den Tausenden von Verwundeten und Erkrankten, mit denen ich es in den verschiedenen Kriegsspitälern zu tun hatte, darunter so vielen tödlich Verletzten oder mit verbrecherischen Dumdumgeschossen Verstümmelten, ist mir nie Feindeshaß begegnet; die seelische Ursache liegt wohl darin, daß man den Feind in derselben Pflichterfüllung begriffen und denselben Gefahren ausgesetzt weiß. Ganz besonders offenbart sich diese Wertschätzung des Gegners bei den Fliegern, dieser modernsten und wohl gefährlichsten Waffe, bei der der Kämpfer schon beim Auszuge, ehe er noch einen Feind zu Gesichte bekommt, in fortwährender Lebensgefahr schwebt. War es nicht erhebend, als deutsche und französische Flieger sich gegenseitig benachrichtigten, wo der Absturz eines Kameraden erfolgt sei, und Kränze mit ehrender Widmung niedersandten? Wenarius erzählt in Deutscher Wille, Oktoberheft 1915: „Es war am 16. Juli g. J., daß sich zwischen Freiburg und Romont in der Schweiz die Austauschzüge mit französischen und deutschen Verwundeten begegneten, die einen wie die anderen von Schweizern reich mit Blumen beschenkt. In dem kleinen Bahnhofe von Matran standen die beiden Züge der bisher Gefangenen, die heimkehrten, plötzlich nebeneinander still. Die Wagen mit invaliden französischen Offizieren auf den Geleisen unmittelbar gegenüber denen mit invaliden deutschen. Alles Neben verstummte, alles schwieg. Langsam setzten sich die Züge wieder in Bewegung. Da, plötzlich, warf ein Franzose einen Blumenstrauß zu den Deutschen hinüber. Und diese einfache Handlung ergriff in diesem Augenblick diese Menschen wie eine Erleuchtung. Ein Blumenwerfen, ein

beglücken muß von Wärme, denn, von Seiten der Deutschen hin und her und setzte sich unter herzlichsten Zurufen fort, solange man aus den beiden Invalidenzügen einander erblicken konnte. So taten die, die gekämpft und gelitten hatten.“

Wenn aber die Menschenliebe die zarte Blüte ist, die erst nachträglich den zermalmenden Spuren des Kriegswagens mühsam entsproßt, ist es der Haß, der eine seiner mächtigsten Triebkräfte bildet, ohne aber die wichtigste oder auch nur hauptsächlichste zu sein. Auch zerstört der Kriegshaß unendlich mehr, als die Liebe wieder aufrichten kann. Jedoch darf wieder nur rühmend hervorgehoben werden, daß die Neußerungen wütenden Hasses, die verübten Greuel, die Werke sinnloser Zerstörung, die übrigens schon in den vorangegangenen Balkankriegen in bluterstarrender Weise prälabierten, nur von verhältnismäßig wenigen aus eigenem Antrieb vollführt wurden und meist auf Anstachelung interessierter nationaler Hezer des in Gold stehenden Teils der Ententepresse und ähnlich beschaffener Kriegsliteratur, oder sogar auf direkten Befehl der Vorgesetzten erfolgt sind. Die verräterischen, meuchlerischen Ueberfälle und Schredenstaten, die von der belgischen Bevölkerung, Männern und Frauen, an deutschen Soldaten, Verwundeten, zu Gaste geladenen Offizieren begangen und von der deutschen Regierung unter Zuziehung der belgischen Amtsbehörden festgestellt wurden, waren zum großen Teil durch die endlosen systematischen Lügengerüchte der belgischen, englischen und französischen Presse über deutsche Vergewaltigungen und Greuel hervorgerufen, Verleumdungen, die von den betreffenden Regierungen ausgingen und die leicht entzündliche Bevölkerung aufregen sollten, was ihnen leider auch vollständig gelungen ist. In Galizien, in der Bukowina, wo Tausende in grausamster Weise verstückelt, ermordet oder weggeschleppt, in Ostpreußen, wo allein 80.000 Wohnungen geplündert, Städte und Dörfer ohne jeden ersichtlichen Nutzen aus bloßer bestialischer Zerstörungswut vernichtet wurden, konnten diese meist von Kosaken verübten Greuelstaten nur durch vorherige Versprechungen reicher Beute, durch Duldbung und sogar Befehlerteilung und Beteiligung ihrer Offiziere erfolgen. Selbst gebildete und humane russische Offiziere warnen die unglückliche Bevölkerung vor diesen Raub-, Mord und Sengerbanden.

Christentum, Zivilisation und Saager Abmachung zum Troz sollten Lüge, Verleumdung, Beraubung und Ermordung von friedlichen Bewohnern, Vernichtung von privatem Hab und Gut, sowie Einäschung der Saaten als „Kriegsraison“ dienen, um auch die friedliche Bevölkerung in jeder Weise zu erschrecken, zu entmutigen und hilflos zu machen. Der russische Heerführer Rennenkampf erließ am 25. August 1914 einen Funkpruchbefehl, alle preußischen Förster zu erschließen, und von General Martos, der später in Gefangenschaft geriet, wurde ein schriftlicher Befehl vorgefunden, „alle Ortschaften im Bereich der russischen Truppen zu verbrennen und alle männlichen Einwohner zu erschließen, auch wenn diese sich nicht am Kampfe beteiligen, noch die Herausgabe von Nahrungsmitteln verweigern“. Nennenkampf steht übrigens gegenwärtig unter kriegsgerichtlicher Anklage, unter anderem wegen der riesenhaften Diebstähle, die auf seinen Befehl und zu seinen Zwecken in Ostpreußen begangen wurden. Die Konzentrationslager für die feindlichen Staatsangehörigen, eine englische Erfindung im Burenkriege, um über Frauen und Kinder des feindlichen Volkes in ehrlichem Kampfe verteidigenden Volkes Not und Tod zu bringen und es müde zu machen, wurden von Franzosen und Italienern in geschicklicher Weise nachgemacht, auch die geschäftlichen und industriellen Niederlassungen der feindlichen Staatsangehörigen konfisziert, wovon selbst Amerika, trotz anfänglicher Versprechungen, keine Ausnahme machte. Auch die Unterdrückung oder Fälschung von Bildern und Illustrationen selbst von Zeitungen wurde in diesem Kriege auf Feindeseite erfunden. Die Grausamkeiten und Herzlosigkeit, die vom „Baralong“ und „King Stephen“ an deutscher Unterseebootmannschaft begangen wurden, die hilflos mit dem Ertrinkungstode kämpften, waren von deren Kommandanten anbefohlen — aber auch diese handelten wahrscheinlich nur unter dem Einfluß der Haß predigenden englischen Chauvinistischen Presse, und ihre Handlungen wurden von dem Bischof von London auf der Kanzel gepriesen und auch mit Prämien belohnt. Das von den Russen bei ihren Angriffen praktizierte Vorsichtertreiben friedlicher Bevölkerung, um unsere Truppen vom Schießen abzuhalten, das zum selben Zweck geübte Verfahren der Franzosen, gefangene Deutsche als Brustwehr zu benützen, oder Gefangene, in Käfigen eingeschlossen, den feindlichen Fliegerangriffen auszusetzen, konnten nur auf Befehl der Vorgesetzten erfolgen. Gegen all dies, wie auch gegen die Behandlung unserer und der deutschen Kriegsgefangenen seitens der Franzosen und der Italiener mußten unsere Seeresleitungen immer wieder Protest erheben und die Abstellung der Roheiten oft erst durch Repressalien erzwingen. Sicher gehört auch die unwürdige Behandlung, die deutsche Missionäre angesichts der afrikanischen Eingeborenen zu erfahren hatten, daß Weibe mit ihren Frauen von farbigen Truppen eskortiert und ihrem Belieben überantwortet wurden — all dies im Gegensatz zu internationalen und interkolonialen Abmachungen.

Diese Orgien des Völkerhasses in diesem Kriege mögen uns einige wichtige Lehren beherzigen und zu wertvollen Folgerungen führen lassen. Wir können daraus lernen, daß ein hemmungsloser nationaler Chauvinismus nicht etwa höher bewertet werden darf als Glaubensfanatismus, denn beide können trotz fortgeschrittener Kultur zu denselben Greuelstaten führen. Daß ferner die heutigen Kriege aufgehört haben, autokratische, dynastische oder Kabinettskriege zu sein, vielmehr das Werk mächtiger Finanzinteressen sind. Vor allem das ewige russische Geldbedürfnis, das die korrupte Beamten- und Militärhierarchie für ihre Zwecke bei der französischen Hautebanque



2./X. 1917

Wilson antwortet . . . (Originalzeichnung von Theo Zasche.)



Im Hafen schaukelt die schlante Nacht,  
 "Majflower" heißt sie, mit aller Pracht,  
 Die sonst der Dichter nur dichtet,  
 Hat Wilson sie eingerichtet.

Er sitz nach dem Diner, es perle der Setz,  
 Der ihn nach Whisky am besten schmückt,  
 Was kümmern Menschen und Geere  
 Den Sklaven der Milliarden?

Er schreibt und denkt und spricht nur für sie,  
 Anbetend beugt er vor ihnen das Knie,  
 Mit scheinbar ehelichen Mienen  
 Den Gouds und Hochfellers zu dienen.

Er stimmt wie die anderen, man trägt und blüht  
 Nach dem einzigen Grundlag: Geschäft ist Geschäft.  
 Das dient ihm zu seiner Erbauung  
 Und hilft ihm bei der Verdauung.

Am Ende steht rings um sein Schiff,  
 "Majflower" heißt sie, mit aller Pracht,  
 Sie sind gekandert auf seltsamem Riff.  
 Sie haben warnend gewunken,  
 Dieweil sie zum Teil schon ertrunken.

Und über die Nacht zieht tausend der Wind,  
 Wer weiß, wo er Halt und Ankerpunkt find',  
 Und ob nicht am Ende zerissen  
 Auch Schiffer und Schiff in den Wellen.

— adg.



2/IX. 1917

# Beratung über Stockholm.

Am 29. und 30. August fand im Bartelshaus in Wien eine Zusammenkunft der bisher für die Stockholmer Konferenz bestimmten Delegierten statt, die in der Voraussicht einberufen war, daß die Konferenz unmittelbar bevorstehe, und zum wesentlichen Zwecke hatte, über die technischen Fragen, die dort zur Entscheidung kommen, miteinander Fühlung zu nehmen und sich über einige wesentliche Punkte zu verständigen. An der Konferenz nahmen teil die Vertreter der nationalen Exekutiven Oesterreichs, Ungarns und Bosniens und die von ihnen entsendeten Delegierten; anwesend waren alle österreichischen Parteien, die der österreichischen Sektion der Internationale angehören (Deutsche, Tschechen, Slowenen, Italiener, Ruthenen), außerdem als Vertreter der reichsdeutschen Sozialdemokratie die Genossen Ebert und Scheidemann, von der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Bulgariens Janfow und Dr. Djidrow. Die Voraussetzung und die Gelegenheit dieser Zusammenkunft war das unmittelbare Bevorstehen der Stockholmer Konferenz, die, wie sich allerdings in den letzten Tagen herausstellte, nun mit Wahrscheinlichkeit verschoben werden dürfte, was als sehr bedauerlich befunden wurde. Man kam einstimmig überein, es sei notwendig, daß auch von den sozialistischen Parteien jener Länder, die nicht der Entente angehören, darauf gedrungen werde, daß endlich nach diesen mehrfachen Verschiebungen ein definitiver Termin für eine Veranstaltung, an die sich so viele Hoffnungen knüpfen, festgesetzt werde. Das Ergebnis dieser Diskussion, die die Stockholmer Dinge von allen Seiten beleuchtete, war der Brief an die Veranstalter des Kongresses, an das holländisch-standinawische Comité in Stockholm, dessen Wortlaut wir unten folgen lassen.

Außerdem kam man einmütig zu dem Urteil, daß die Erfüllung des insbesondere von den französischen Genossen gestellten Verlangens, die Stockholmer Konferenz möge die Erörterung der Frage, wer an dem Kriege schuld sei, in den Vordergrund stellen, die Arbeiten und den Zweck der Konferenz nicht fördern könnte. Es wird also versucht werden, die Konferenz davon zu überzeugen, daß diese Methode zur Einigung des Proletariats in diesem entscheidenden Moment nicht beitragen kann, daß die Voraussetzungen für ein allseitig begründetes Urteil gegenwärtig überhaupt noch fehlen und daß dadurch nur der große Zweck der Konferenz, für den Frieden zu wirken, beeinträchtigt werden kann. Niemand will der Erörterung der Schuldfrage ausweichen. Vielmehr wird sie nach dem Kriege in jedem einzelnen Lande Gegenstand sehr eingehender und rücksichtsloser Erörterungen sein müssen. Es wird also, und darüber herrschte volle Uebereinstimmung, vor der einläßlichen Behandlung der Schuldfrage gewarnt werden. Falls aber das vergebens sein sollte, so müßte mindestens darauf bestanden werden, daß ein Urteil nicht früher abgegeben und ein Beschluß nicht gefaßt werden kann, bevor alle Geheimverträge und Korrespondenzen sowie sonstige für die Vorgeschichte des Krieges wichtigen Dokumente im vollen Umfang vorliegen. Einig war man sich darüber, daß alle Arbeit in Stockholm der Abklärung des Krieges und der Herbeiführung von Friedensverhandlungen mit Zurücksetzung aller anderen Rücksichten zu dienen habe und daß diese gemeinsame Bemühung auch am besten dem künftigen Wiederaufbau der Internationale dienen werde. Das Ziel der Herbeiführung des Friedens wird um so leichter erreicht werden, je höher und je mehr man es steckt, zu seiner Voraussetzung die Aufrichtung einer allgemeinen internationalen Rechtsordnung macht, die vor allem Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte und Verkehrsfreiheit zum Inhalt haben muß.

Auch für die Sozialdemokraten in Oesterreich-Ungarn, deren Vertreter seit längerer Zeit zum erstenmal Gelegenheit hatten, gemeinsam zu beraten, war der Anlaß gegeben, die äußere und innere Politik einer Erörterung zu unterziehen. Es ergab sich volle Uebereinstimmung darüber, daß wir von der Regierung verlangen müssen, daß sie mit noch größerer Bestimmtheit und Unzweideutigkeit als bisher öffentlich feststellt, daß sie bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten unter den

bekanntem Voraussetzungen: Keinerlei Annexionen und Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Mehr noch, es wird von der österreichisch-ungarischen Regierung erwartet, daß sie ihren Einfluß innerhalb der verbündeten Regierungen dahin geltend macht, daß auch von ihnen dieser Standpunkt mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck kommt. Es wurde begrüßt, daß die politischen Ereignisse der letzten Zeit in Deutschland in dieser Richtung einen Erfolg der Tätigkeit unserer Partei versprechen. Die sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs sind sich trotz gewisser Verschiedenheit der Auffassungen im einzelnen darüber klar, daß eine vollständige und gründliche Neugestaltung Oesterreichs auf Grundlage der Demokratie und des Rechtes der Völker eine Lebensbedingung für das Proletariat aller Nationen ist und daß jede Bestrebung und jeder Erfolg in dieser Richtung auch einem dauernden Frieden dienen wird.

Die Verhandlungen waren durchaus vom Geiste der brüderlichen Solidarität getragen und von dem Bewußtsein, daß dem Proletariat aller Völker große, schwere, vielleicht opfervolle Kämpfe bevorstehen, auf die sich mit allem Ernst, mit aller Besonnenheit, aber auch mit aller Energie vorzubereiten die erste Pflicht der sozialdemokratischen Vertrauensmänner ist.

## An das holländisch-standinawische Comité in Stockholm.

Werte Parteigenossen!

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Parteien Oesterreich-Ungarns-Bosniens und die bulgarische geeinigte sozialdemokratische Partei sind hier zu einer Besprechung versammelt, um über wichtige, wesentlich formale und technische Vorbereitungen für Stockholm einen Gedankenaustausch zu pflegen. Die Besprechung wurde gerade für den jetzigen Zeitpunkt einberufen, weil wir in ihm den Vorabend der Stockholmer Konferenz sahen. Wir finden uns nun in der bedauerlichen Lage, daß eine abermalige Verschiebung der Konferenz zu befürchten ist. Wir sehen allerdings voraus, daß die zur selben Stunde stattfindende Konferenz der Sozialisten der Ententeländer einhellig beschließen wird, dem Widerstand ihrer Regierungen zum Troste Stockholm zu beschiden. Wir setzen weiter voraus, daß unsere Genossen in England, Frankreich und Italien den Widerstand der Herrschenden gegen die proletarische Aktion in Stockholm nur als eine Aufforderung mehr ansehen werden, ihre sozialistische Pflicht zu tun, und daß sie auch Einfluß, Macht und Energie genug haben werden, um die Hindernisse, die ihnen gerade in den Ländern, die sich ihrer Demokratie rühmen, in den Weg gelegt werden, zu überwinden. Die Verweigerung der Pässe wird, wie wir mit Sicherheit erwarten, nicht aufrecht gehalten werden können.

Aber, Parteigenossen, wir, die wir die konsequente Zähigkeit und die Umsicht des holländisch-standinawischen Comité's anerkennen, die wir unsererseits von Anfang an mit der größten Bereitwilligkeit und mit der größten Geduld alles getan haben, um zu bewirken, daß das Zusammentreffen der Sozialisten aller Länder ermöglicht und dem Frieden der Weg bereitet werde, die wir uns sorgfältig gehütet haben, irgend etwas zu tun, was diese so bedenklich langsame Entwicklung stören könnte, müssen euch jetzt um so dringender bitten, noch einmal alles daranzusetzen, um ein definitives Datum für unsere Konferenz, und zwar für einen möglichst nahen Termin, festzusetzen und sodann unverrückbar festzuhalten. Es war uns in diesen auch innerpolitisch so kritischen Zeiten nicht leicht, uns auf die wechselnden Termine einzurichten; wir haben auch große Schwierigkeiten bei unserer Parteiarbeit und der Erfüllung unserer parlamentarischen Pflichten überwinden müssen, haben Parteitage und ähnliche Veranstaltungen wiederholt verschoben und es des großen Zweckes halber gern getan.

Aber wenn wir die Einberufer der Stockholmer Konferenz, die sich ein so großes Verdienst um die Internationale erworben haben, dringend ersuchen, nunmehr auch auf diejenigen Parteien Rücksicht zu nehmen, die vom Anfang an Stockholm gewollt und gewünscht haben, so geschieht es nicht nur, um die uns erwachsenden technischen Schwierigkeiten künftig zu vermeiden, sondern weil wir der Ueberzeugung sind, daß die wiederholte, wenn auch noch so begründete und

unvermeidlich gewesene Verschiebung des Konferenztermins dem heiligen Zweck unseres Unternehmens aufs schwerste schädigt. Millionen von Proletariern, Millionen von leidenden Menschen warten sehnsüchtig und mit vertrauensvoller Hoffnung auf die Zusammenkunft und das Zusammenwirken des sozialistischen Proletariats für den Frieden. Diese Hoffnungen werden enttäuscht, diese Begeisterung muß dem Zweifel und der Gleichgültigkeit Platz machen, wenn sich die Massen einer immer wiederkehrenden Verschiebung gegenübersehen.

Die sozialistische Internationale war nicht imstande, dem Krieg zu verhindern; das ist ihr Schicksal, nicht ihre Schuld. Und wenn Schuld besteht, ist es heute nicht an der Zeit, über ihr Ausmaß und den Anteil jedes einzelnen Landes an dieser Schuld zu rechten. Aber wie dem auch sein möge, es ist doppelt und hundertfach die Pflicht jedes Sozialisten und jeder sozialistischen Partei, alles zu tun, um dem Kriege ein Ende zu machen, und mit Aufgebot aller Kraft und aller Selbstverleugnung den Frieden zu fördern, der dem Entsetzen ein Ende macht, daß die Völker bis an den Hals im Blute waten. Wir sehen voraus, daß diese Gesinnung unsere Genossen in allen Ländern besetzt und daß trotz alledem auch in jenen Ländern, die am schwersten für die Beteiligung an der Konferenz zu gewinnen waren, die Massen die gemeinsame Arbeit für den Frieden wollen und daß ihre verantwortlichen Vertrauensmänner, sich ihrer höchsten und dringendsten sozialistischen Pflicht bewußt, dieses Ziel über alle Bedenken schiegen lassen werden.

Wir appellieren daher an euch sowie an die russischen Genossen, die als Mitveranstalter die Konferenz in so zielbewußter und tüchtiger Weise gefördert haben, daß ihr vereint in euren Bemühungen nicht nur fortfahrt, sondern sie endlich zu einem definitiven Abschluß führt. Weitere Ungewißheit würde zu unserem größten Leidwesen und sehr zum Schaden der großen proletarischen Sache und des Friedens unser Werk nicht nur im Bewußtsein der Welt zurückdrängen, sondern seinen Erfolg ernstlich gefährden.

In der Ueberzeugung, daß ihr diesen unseren Appell würdigen werdet als eingeleitet von rein sachlichen, aus unserer internationalen sozialistischen Ueberzeugung fließenden Beweggründen und von dem festen Vertrauen in eure so oft bewiesene Muth, Umsicht und Energie, zeichnen wir

mit sozialistischem Gruß

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Fritz Ebert. Philipp Scheidemann.

Für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich:

Ferdinand Staret. Viktor Adler.

Für die sozialdemokratische Partei Ungarns:

Desider Bokan. Dr. Siegmund Kuny.

Für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich:

Rudolf Merta. Viktor Stein. Eduard Burjan.

Für die rumänische sozialdemokratische Partei in Oesterreich:

Georg Grigorovici.

Für die italienische sozialdemokratische Partei in Oesterreich:

Valentino Pittoni.

Für die südslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich:

Dr. Heinrich Tuma. Anton Kristan.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Oesterreichs:

Wladimir Lemnyzh.

Für die Vereinigte sozialdemokratische Partei Bulgariens:

V. Janfow. Dr. B. Djidrow.



2./X. 1917

39

## Wie der Krieg kam.

Wie ist das arme Europa in diesen entsetzlichen Krieg hineingekommen? Wen hat die europäische Menschheit für dieses dreijährige Morden und Verwüsten anzuklagen, wer ist verantwortlich für dieses unermessliche Blutbad, das Schmerz und Trauer in Millionen Familien hineingetragen hat? O wir kennen all die Erklärungen, die die Ursache in politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen suchen und den Krieg auf die unpersönlichen Tatsachen schieben möchten, denen wir alle untertänig seien und gegen die, als gegen ein übermächtiges Schicksal, wir allzusammen machtlos wären. Aber jene wirtschaftliche Entwicklung, jene aus ihr hervorgewachsene politische Spannung, die alleinig den Krieg hervorgerufen haben soll, ist doch nicht erst in dem unglückseligen Juli des Unheilsjahres 1914 entstanden, da auch zu keinem Höhepunkt gelangt; warum soll sie also gerade da den Krieg naturnotwendig erzeugt haben? Nein, der Weltkrieg ist, aller Tatsachen ungeachtet, aus denen er erwuchs, doch immer das Werk von Menschen, das bewusste Werk von Menschen; aber werden wir sie nach diesen drei Jahren, die mit Schauder und Entsetzen bis zum Rande gefüllt sind, noch Menschen nennen? Nein, es sind Ungeheuer, es sind Verbrecher, deren Missetat alles übersteigt, was je an der Menschheit an Unrecht und Bosheit verübt wurde. Wie aber war es möglich, daß sich die Menschen dagegen nicht zur Wehr gesetzt haben, als sich das Unheil drohend aufreckte, daß sie, die Bürger einer geistig-freien Zeit, es zugelassen haben, daß ihnen dieser graue Krieg, in dem für alle Beteiligten auch nicht ein Gran Vernunft steckt, um den Hals geworfen wurde? An den Enthüllungen in dem Prozeß Suchomlinow, des russischen Kriegsministers, dem nun wegen riesiger Betrügereien der Prozeß gemacht wird, haben wir ein Beispiel, wie der schmachwürdige Krieg ins Werk gesetzt ward.

Aus den Aussagen des Stabschefs des Sächsischen Kommandierenden, des Generals Januschewitsch, erfährt man, daß in Rußland ursprünglich die Absicht bestand, nur die vier Südwestbezirke mobil zu machen; die Mobilisierung sollte die Drohung gegen Oesterreich-Ungarn sein, mit seinem Vorgehen gegen Serbien nicht zu weit zu gehen. Suchomlinow aber gelang es, den Zaren zu überzeugen, daß es notwendig sei, auch Deutschland „unsere Haltung bestimmt zu zeigen“. Der Zar unterzeichnete nun am 30. Juli den Befehl zur Gesamtmobilisierung und händigt ihn Januschewitsch ein, der ihn dem Ministerrat überbringt. Inzwischen erhält der Zar die Depesche des deutschen Kaisers, worin dieser sein Wort gibt, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland würden freundschaftlich bleiben, wenn die allgerneine Mobilisierung nicht erklärt wird. Der Zar schwankt und fragt nach in der Nacht den Januschewitsch, ob es denn doch mit einer Teilmobilisierung nicht ginge. Und dem Kriegsminister, eben dem Suchomlinow, gibt er den gemessenen Auftrag, die allgemeine Mobilisierung aufzugeben. Nun treten die drei Spießgesellen Suchomlinow, Januschewitsch und Sazonow zusammen und beschließen, sich um den Auftrag des Zaren nicht zu kümmern und der allgemeinen Mobilisierung den Lauf zu lassen. Der Zar wurde Tags darauf einfach belogen: der Kriegsminister spiegelte ihm vor, daß sich die Mobilisierung auf die vier Bezirke beschränke. Und schließlich wurde dem Selbstherrscher am selben Tage „eine andere Uebersetzung beigebracht“; er stimmte nun der allgemeinen Mobilisierung zu. Der Weltkrieg war entbrannt.

Wir sehen an diesem elenden Beispiel die Kriegspartei deutlich am Werke. Das sind die Generale, deren erstes Wort der Krieg ist, denen jeder ein schwachgemuter Feigling scheint, der bei dem Kriege auch an das furchtbare Elend denkt, das er im Gefolge hat, und der deshalb für jeden Konflikt eine andere Austragung und Lösung empfiehlt als die allgemeine Mehelei; das sind die Kriegsmilitärs, denen der Krieg eine treffliche Einrichtung der sittlichen Weltordnung dünkt, eine Auffrischung der Menschheit, die ihr zu ersparen nur Trümmern und Narren sich bemühen können. Daß sie, die uns den Krieg bereiten konnten, dabei alles andere denn große Tyrannen sind, gemeinlich ganz windige Gesellen, die dabei nicht einmal an Ruhm, viel eher an Avancement und sonstigen Kriegsprofit denken, ist die graue Ironie dieses Zustandes, in dem das Schicksal der Menschheit solchen Lumpen ausgeliefert ist. Und die jämmerliche Haltung des Zaren, so nebenbei ein belehrendes Exempel, auf was für Charakteren der Absolutismus sich manchmal aufbaut, sagt uns wieder, daß es auch nur ein trügerischer Trost ist, sich auf die friedliche Gemütsart des Monarchen zu berufen, aus seinem dem Kriege abgeneigten und dem Frieden zugewendeten Sinn die Gewähre sich holen zu wollen, daß die Politik von kriegerischen Einflüssen nicht bestimmt werden konnte. Wenn man sich vorstellt, wie in jener Schicksalsnacht nicht bloß der Friede, sondern doch auch der Krieg an einem Haare gehangen ist, wie leicht es möglich gewesen wäre, diesen Krieg zu vermeiden, den nun, nach drei Entsetzensjahren, zu beendigen alle Kraft und aller Scharfsinn unvermögend ist: so erfährt man nur namenlose Wut über eine Staatsordnung, in der das Schicksal der Welt der Spielball von ein paar, oft gar nicht erfahbaren, Menschen ist. So kann es nicht mehr bleiben in dieser Welt; das muß sich von Grund aus ändern.

Man komme nicht mit dem albernen Einwand, daß sich doch auch in den demokratischen Staaten der Wille des Volkes nicht geäußert, nicht durchgesetzt habe. Wissen wir doch, daß, bevor diese Parlamente zusammengetreten waren, in ganz Europa schon mobilisiert und der Krieg an vielen Punkten bereits erklärt war. Und selbst wenn die Parlamente vor der von den Kriegsparteien entfachten Kriegsleidenschaft kapituliert hätten, so wäre es doch ganz anders in der Welt, wenn der Grundsatz, daß ohne Willen des Volkes, ohne Zustimmung der Parlamente und ohne unmittelbare Befragung des Volkes, kein Akt geschehen darf, der Kriegsvorbereitung oder Krieg ist, also ohne ausdrückliche Zustimmung des Volkes weder mobilisiert noch Krieg erklärt werden darf, allgemein gültig wäre; wenn dieser Grundsatz in der Rechts- und Staatsordnung überall fest verankert wäre, dann wäre der Krieg unmöglich, wäre ein Krieg unmöglich, bei dem niemand mehr weiß, warum er ihn führt, sich seine „Kriegsziele“ vielmehr mühsam und künstlich zusammenklauben muß. Und weil ein Zustand, aus dem dieser sinnlose Krieg hervorgegangen ist, nicht aufrecht bleiben darf, und weil der Zustand, in dem das Volk und jedes Volk über seine Geschicke frei und selbständig entscheidet, gerade durch den Weltkrieg als eine eberne Notwendigkeit bezeugt ist: darum ist das Verlangen Wilsons, daß die Regierung „durch den beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absicht des Volkes selbst unterstützt wird“, durchaus begreiflich, wohlwogend und keiner Anfechtung zugänglich. Wohl beschränkt sich der amerikanische Präsident mit seinem Verlangen auf Deutschland und sagt nur von dessen

„gegenwärtigen Beherrschern“, daß ihr Wort „nicht als Bürgschaft für irgend etwas angenommen werden kann, was dauerhaft sein soll“; aber ganz unabhängig von dem Deutschen Reiche, in dem das Mißverhältnis zwischen Volkswillen und Regierungssystem, zwischen Reife des Volkes und Ohnmacht des Volkes, zwischen den demokratischen Notwendigkeiten und den traditionellen Gewalten am kräftigsten und aufreizendsten auftritt, ganz unabhängig davon ist es dieser Grundsatz, der die Ordnung, die uns der Krieg beschert hat, von der Ordnung scheidet, in der der Krieg undenkbar sein wird. Es ist wohl Gott nicht zum wenigsten das absolutistisch-militaristische Regieren, das den Krieg vorbereitet, organisiert, beschloß und bewirkt hat; es ist die Ohnmacht des Volkes, die Anebelung und Fesselung seines Willens durch all die Mittel, über die die Mächte des Herkommens verfügen, die den Krieg nicht zu hindern vermochte. Dieser ganze politische und soziale Zustand, der den Kriegseliquen die Entfesselung des Weltkrieges möglich machte, der muß und wird verschwinden.



2./X. 1917

**Journal.**

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.

Redaktion und Administration:

Vilmos esközár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.

Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—31.

**Demokratischer Sumbug.**

Schon die französische Republik hat den Beweis dafür geliefert, daß die republikanische Staatsreform keineswegs als Garantie für die Erhaltung des Friedens gelten kann. Dieser Beweis ist aber rein ein Kinderspiel im Vergleich mit der neuesten Leistung der demokratischen Republik der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Die Antwortnote Wilson's auf die Friedensvermittlungsnote des Papstes fördert nicht nur nicht das Friedensbestreben der durch den Krieg aus Millionen Wunden blutenden Völker, sondern ganz im Gegenteil, Wilson wirft eine neue Brandfackel in das europäische Kriegslager, er möchte dem europäischen Krieg durch die Anschaffung eines deutschen Bürgerkrieges womöglich noch die Krone aufsetzen. Die Kaiserkrone erhielt Wilhelm I. aus den Händen der verbündeten deutschen Fürsten im Wege des Reichstages, der durch ein vollkommen demokratisches, allgemeines Wahlrecht gewählt wird. Es ist dieselbe Kaiserkrone, die auf dem Haupte Wilhelm's II. ruht. Kaiser und Volk sind in Deutschland eine organische Einheit, die durch keinen Sprengkeil der Welt entzweiigert werden kann. Wenn Wilson mit dem deutschen Volke ohne den Deutschen Kaiser verhandeln will, dann knüpft er seine Friedensbedingungen an solche Umwälzungen im größten Festlandsstaate Europas, die außerhalb aller Erwägungen einer realen Politik stehen müssen. Wilson knüpft seinen Frieden an Utopien, dies beweist, daß er den Frieden überhaupt nicht will. Die nordamerikanische Union fühlt sich offenbar finanziell sehr wohl, wenn die europäischen Staaten sich gegenseitig zerfleischen. Wilson stellt das ganze Prestige seines Staates in den Dienst der amerikanischen Trusts, und diese werden ihm wahrscheinlich für seine letzte Note Dank wissen, während die friedensdürstenden Völker Europas in Wilson von jetzt an ihren



2./X. 1917

## Wien, 2. September.

Es wird wohl kaum zwei offizielle Schriftstücke geben, die einen größeren Gegensatz aufweisen, als die Note des Papstes, des Oberhauptes der großen katholischen Demokratie und die Antwort des Herrn Wilson, Präsidenten des angeblich demokratischsten Staates der Welt, der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Benedikt XV. hat einen leidenschaftlichen Appell an die Staatsoberhäupter der kriegsführenden Mächte gerichtet, den Schrecken des Weltkrieges ein Ende zu setzen. In herzbewegenden Worten hat er das furchtbare Unglück, welches die Menschheit heimsucht, geschildert und er hat Vorschläge gemacht, durch dessen Annahme, seiner Meinung nach, der gepeinigten Menschheit Ruhe und Erholung verschafft würde. Die hochherzige Tat des Papstes hat bei uns und in Deutschland den lebhaftesten Widerhall gefunden und wenn auch eine offizielle Beantwortung der Note Benedikt XV. durch die Zentralmächte bisher nicht erfolgte, so weiß man doch, daß beim Vierbunde der Schritt des Papstes auf volles Verständnis gestoßen ist. Die erste Großmacht, welche sich beeilte ihre Stellung gegenüber der Friedensaktion der Kurie zu kennzeichnen, sind die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Wenn die Worte des Papstes aufrichtige Friedensliebe, wahre Menschlichkeit und tiefe Trauer über das große Weltunglück atmen, so hat der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Antwort auf die Note Benedikt XV. den Standpunkt unversöhnlicher Gehässigkeit, äußerster Ungerechtigkeit und maßloser Ueberhebung eingenommen. Herr Wilson, der augenblicklich Diktator der Vereinigten Staaten ist, scheint den Ehrgeiz zu haben, auch in unserem Weltteile das letzte und entscheidende Wort sprechen zu wollen. Kriegsziele, wie sie in der letzten Kundgebung des Präsidenten der Vereinigten Staaten proklamiert werden, stehen einzig in der Geschichte da. Herr Wilson nimmt für sich das Recht in Anspruch, die innere Politik des Deutschen Reiches nach seinem Belieben zu gestalten und er gesteht offen ein, daß er das amerikanische Volk zu den Waffen gerufen habe, um im Deutschen Reich eine Umwälzung hervorzurufen. Er ist so gnädig, dem deutschen Volke zu versprechen, wenn dieses sich seinem Geheiß fügsam erweisen sollte, dafür zu sorgen, daß es keinen Verlust an Land zu erleiden, daß es keine Kriegsentwädigung zu tragen und keinen Handelskrieg nach Friedensschluß zu fürchten haben werde. Er behandelt Deutschland so, wie etwa Nikaragua und Ecuador. Der Inhalt der Note des



Rhein-Marnelkanal hatte vollen Erfolg. Außer blutigen Verlusten blühten die Franzosen Gefangen ein.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: An der Düna, vor allem bei Illust, ferner bei Smorgon und Baranowitschi war gestern die Gefechtsstätigkeit trotz ungünstiger Witterung lebhafter als sonst. Nördlich der Bahn Kowel-Luck stellten unsere Erkunder gute Wirkung unserer Minenwerfer und Artillerie in den feindlichen Gräben fest, aus denen Gefangene geborgen wurden. Bei Tarnopol und Husiatyn wurden russische Streifabteilungen im Nahkampf vertrieben.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Im Gebirge nordwestlich von Focsani warfen deutsche Truppen die Rumänen aus einer zähe verteidigten Höhenstellung. Bei Maginani am unteren Sereth brachen deutsche und bulgarische Sturmabteilungen in die russischen Stellungen ein, machten die Besatzung nieder und lehrten mit einer großen Zahl von Gefangenen zurück.

Mazedonische Front: Im Cernabogen griff ein italienisches Bataillon bei Paralowo an. Deutsche Truppen warfen den Feind zurück und nahmen ihm Gefangene ab. Am Dobropolje scheiterten mehrere serbische Angriffe, westlich des Bardar französische Vorstöße vor den Stellungen der Bulgaren.

**Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.**

Berlin, 1. September.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„1. September 1917, abends.“

Im Westen bei regnerischem Wetter nichts Besonderes.

Im Osten an mehreren Stellen der Dünafront, bei Smorgon und Baranowitschi lebhafteste Gefechtsstätigkeit.“

# Religion und Politik.

Wien, am 1. September.

In den bis zur Stunde fortlaufenden Debatten über die Friedensnote des Papstes spielt eine Hauptrolle die Frage, inwieweit das päpstliche Rundschreiben zu betrachten sei als politische Handlung eines neutralen Souveräns, inwieweit als religiös-kulturelle Rundgebung des obersten Hirten der Christenheit. Damit ist die Frage vom Verhältnis zwischen Religion und Politik angeschnitten. Die Lösung der Frage gibt von selbst die Richtlinien für die Stellungnahme zur Papstaktion.

In der Neuzeit herrschte die Theorie von der freien souveränen Politik, von der Notwendigkeit ihrer Lösung von der Religion. Politik wurde ausgegeben als eine Sache für sich, als eine Republik mit notwendig eigener Gesetzgebung, als etwas, das so wenig mit Moral und Kirche zu tun habe, wie irgend ein technisches Geschäft oder eine Maschine. Diese Theorie wurde von der herrschenden liberalen Presse so ununterbrochen und mit solcher Selbstverständlichkeit gepredigt, daß sie zu guter Letzt selbst Tiefere und Gutmeinende glaubten und nachbeteten, obgleich nur ein bißchen Psychologie ausreicht, die ganze Unhaltbarkeit solchen Standpunktes darzutun. Politik ist nie etwas Indifferentes, Freies, sondern immer Ausfluß eines bestimmten Kredo's. Sie ist nicht ein Abstraktes, sondern sie wird gemacht

von konkreten Menschen mit ganz bestimmter Weltanschauung, mit bestimmten Grundauffassungen über Gott und Welt, Menschheit und Menschheitsaufgabe. Ist in der Politik nicht das Christentum ausschlaggebend, so wird eben irgendwie Materialismus, Atheismus, Skeptis, Judentum den Ton angeben. Jene eine Philosophie, eine Metaphysik, eine Art „Religion“ wird immer hinter der Politik stehen. Der Mensch wäre ein komischer Kauz, der seine heiligsten Ueberzeugungen nur für stille Kontemplationen innerhalb der eigenen vier Wände hätte und nicht für das Ganze seines Tuns und Wollens. Und die Weltanschauung, bezw. Religion, die nicht den Anspruch machte, immer und überall, nicht nur in der Sakristei und im Besaal, sondern auch im öffentlichen Leben, in Schule und Parlament, auf Thronen und in den Gemächern der Diplomaten bestimmend zu sein. In diesem Sinn hat denn auch ein Liberaler selbst, Dr. Johansen in München, gelegentlich bekannt, wer im Ernste behaupte, Religion und Politik hätten nichts miteinander zu tun, sei ein Narr. Es wäre ja eine oberflächliche Politik, die nicht auf eine feste Weltanschauung sich gründe, und es wäre eine jämmerliche Weltanschauung, die nicht auf das politische Handeln Einfluß übe. „Entweder ist im Handeln der Menschen, in ihrem Treiben auf dem Markt und auf der Bühne des öffentlichen Lebens, in Familie, Gemeinde und Parlament Religion, oder die Menschen haben überhaupt nicht das, was den Namen Religion verdient. Es gibt zwar Leute, welche die Religion in sanfte, stille Gefühle, denen man nur im stillen Kämmerlein oder im Gotteshause sich hingeben sollte, auflösen wollen und welche die Religion für ein zartes Ding erklären, das unmöglich in das öffentliche Leben eingeführt werden könne. Was diese Leute Religion nennen, verdient den Namen Nachtgeschirr-Religion, denn diese Religion würde zeitlich mit der Benutzung besagten Instrumentes ziemlich zusammenfallen und etwa auf die gleiche Höhe der sittlichen Bedeutung wie diese gestellt werden.“

Tatsächlich wurde im Zeitalter des Lärms um die freie, souveräne Politik, diese nicht etwa frei und indifferent; sie wurde nur, je mehr die Verbindung mit christlichen Ideen und christlicher Religion gelöst wurde, um so mehr Leute irgend modischer Weltanschauungen, bis sie endlich ganz und gar auf die Weltanschauung der Händler, auf die irdisch gewandten Messiasträume eines Haupthändlertyps zugeschnitten war. Und der ganze Lärm der neueren liberalen Weltpresse, die ganzen Kämpfe gegen „Merikale“ Gefährdung der Politik hatten eigentlich nur den Zweck, das große Publikum nicht merken zu lassen, wie bestimmend die „Religion“ der internationalen Plutokratie für unsere Kultur-, Gesellschafts-, Wirtschaftspolitik wurde, wie das Endresultat doch nur das war, daß an die Stelle christlicher Ideen mammonistische traten, an die Stelle der Philosophen und Priester die Literaten und Professoren der Gnade der Börse und Synagoge, an die Stelle des Einflusses von Bischöfen der Einfluß von Bankdirektoren, an die Stelle der Machtgeltung des inter-bezw. übernationalen Papsttums die Machtgeltung der internationalen Weltplutokratie mit dem Haus Rothschild an der Spitze. Stützt die Gesetzgebung betreffend Schule, Kirche, Bahntarife, Banken, Börse, Goldwährung, Aktiengesellschaften, Kartelle, Kriegsgewinne — statt vom christlichen Kredo sind sie vom Händlerkredo bestimmt. Und so sehr in der Außenpolitik jene christlichen Ideen zu herrschen aufhörten, welche ideale Werte wie Religion, Legitimität, Autorität zum Ausgangspunkt von Staatsaktionen machten, so sehr wurde die Außenpolitik nicht etwa frei, sondern nur Sklavin der Ver-



Das Jahrbuch enthält 12 Hefen.  
Für Deutschland vierteljährig 20 K.  
Für die übrigen Länder des Weltpost-  
vereines 22 K.

Bei den Postämtern vierteljährig:  
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz  
Fr. 12.50, Bulgarien Fr. 14.50.

Inserate übernehmen alle renommier-  
ten in- und ausländ. Annoncenbureau.

51. Jahrgang.

## Die Kriegsschuldigen.

### Die Enthüllungen im Prozeß Suchomlinow.

Berlin, 1. September. Zum Prozeß Suchomlinow erfährt das „Berliner Tageblatt“ aus Stockholm folgende Ergänzung zu den Aussagen Januschke-witsch und Suchomlinow's und über den Streit zwischen diesen, wer den Zaren zur Mobilisierung überredet habe:

Januschkewitsch sagte: Ich hatte beobachtet, daß man in Deutschland über alle heimlichen russischen Kriegsvorbereitungen unterrichtet war und habe den Zaren gebeten, den Gesamtmobilisierungs-befehl nicht rückgängig zu machen. Aber Kaiser Wilhelms Ehrenwort wirkte mehr. Ich benachrichtigte Sazonow, und dieser setzte beim Zaren die Einwilligung zur Nachprüfung der Mobil-machungsfrage durch. Eine Kon-ferenz der Minister des Krieges, der Marine und des Innern ent-schied in zehn Minuten den Krieg.

Suchomlinow erklärte ebenfalls, dem Zaren von der Aufhebung der Gesamt-mobilisierung abgeraten zu haben, weil Kaiser Wilhelms Telegramm nichts garantiere; aber der Zar bestand auf der Aufhebung.

Die „Münchener Post“ fragt: Was werden die Ententesozialisten jetzt zu dieser Feststellung sagen? Sie werden wenigstens eingestehen müssen, daß der Versuch der Entente, dem Deutschen Reich ganz einseitig die Kriegsschuld anzubürden, trotz aller vermeintlichen „Enthüllungen“ der „Times“ möglich möglich ist.

Berlin, 2. September. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Zeugenaussage des Generals Januschkewitsch im Prozeß Suchomlinow ist bisher nur in einem unvollständigen Auszuge wiedergegeben worden. Wir übermitteln hiemit nach der „Nowoje Wremja“ den vollen Wortlaut:

Am 29. Juli, als der Beschluß über die Mobilisierung gefaßt wurde, beauftragte mich der frühere Zar, dem deutschen Botschafter Grafen Bourtales zu sagen, daß die Erklärung der Mobilisierung durch Rußland kein feindseliger Akt gegenüber Deutschland sei, und beauftragte mich, dem deutschen Botschafter die Versicherung abzugeben, Rußland habe die Absicht, freundschaftliche Beziehungen zu Deutsch-land aufrechtzuerhalten.

Ich machte davon Sazonow Mit-teilung. Der Minister war einer sehr geringen Meinung über den früheren deutschen Bot-schafter. Er sagte mir, daß Graf Bourtales das in seiner Weise auslegen werde, und riet, lieber mit dem deutschen Militär-attaché Rücksprache zu pflegen, der in diesen Fragen mehr verstehe. Der Militär-attaché erschien auf meine Einladung im Generalsstab. Früher war er stets in Militär-uniform pünktlich zur angegebenen Stunde erschienen und hatte nur Russisch gesprochen. An diesem Tage ließ er mich eine Stunde warten, erschien in Zivil und sprach nur Französisch. Ich wies darauf hin, daß Ruß-land Deutschland gegenüber keine aggressiven Ziele verfolge.



H. IX. 1917

### Zu Wilsons Antwortnote an den Papst.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In hiesigen politischen Kreisen wird die Wilsonsche Note an den Papst nach wie vor lebhaft besprochen und mit Interesse auch die Stellungnahme verfolgt, die die Weltpresse ihr gegenüber einnimmt. Was die neutralen Länder anbelangt, so ist es selbstverständlich, daß der Standpunkt, den sie bei dieser Gelegenheit wie schon bei früheren ähnlichen Anlässen wählen, von ihren ganz bestimmten und mit dem der Kriegführenden natürlich nicht parallel laufenden Interessen abhängig ist. Nun hat zwar ein Teil der neutralen Presse die amerikanische Antwort auf die Papstnote sogleich, ebenso wie dies von seiten des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung der Monarchie geschehen ist, als eine kaum verhaltene Ablehnung der vom Vatikan versuchten Friedenspolitik aufgefaßt und verurteilt. Ein anderer Teil dieser Presse hat sich Mühe gegeben, in der amerikanischen Note die freundlicheren und für den Frieden günstigeren Elemente als jene hinzustellen, in denen die wahren Absichten Wilsons am ehesten zum Ausdruck gelangen. Was nun die Mittelmächte selbst betrifft, so konnte für ihre Stellungnahme unmöglich das eine oder andere von den immerhin konträren Momenten in der amerikanischen Note vorwiegend maßgebend sein. Für sie kann und muß immer in Betracht kommen die Tatsache, daß Wilson in seiner Antwort auf die Papstnote als Vorbedingung dafür, daß Amerika sich in Friedensverhandlungen einlasse, eine Forderung gestellt hat, die sich auf die innere Politik unseres deutschen Verbündeten bezieht. Es heißt jetzt, daß in Europa zwei Versionen der Wilsonschen Note verbreitet wurden, und daß die eine das Ergebnis einer fälschenden Umredigierung in der Redaktion der Agence Havas sei; die beiden Fassungen sollen nicht unerheblich gerade in den Punkten abweichen, in denen die Note sich mit den inneren Verhältnissen Deutschlands und den Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke befaßt. Aber selbst wenn man vorläufig und bevor die Nachprüfung, für die das Material wohl schon in kürzester Frist vorliegen dürfte, vorgenommen werden kann, die mildere Version zur Grundlage des Urteils macht und demnach annimmt, daß Wilson neue Kundgebungen über die Absichten der Mittelmächte und nicht der „Völker der Mittelmächte“ abzuwarten erklärt, in welcher letzterer Wendung der Wunsch nach der Revolutionierung des deutschen Volkes nach seiner gewalttätigen Erhebung gegen die gegenwärtige Regierungsform mit allzugroßer Kühnheit angedeutet erschiene, selbst dann bleibt noch die Tatsache einer versuchten Einmischung in die innere deutsche Politik bestehen, ein Versuch, der, in welcher Form immer unternommen, schließlich unerträglich ist und unter keiner Bedingung geduldet werden kann. Der Eindruck, der durch dieses Verfahren der Wilsonschen Diplomatie hervorgerufen wird, ist ein so un-

günstiger, daß die Beurteilung gar nicht bis an die anderen Punkte seiner Note gelangt, sondern schon vorher haltmacht und entweder die Absicht Wilsons feststellt, durch unannehmbare Vorbedingungen eine ernstliche Friedensdiskussion unmöglich zu machen, oder aber zum wenigsten die Wirkung, die darin besteht, daß ein Volk von kräftig entwickeltem Selbstbewußtsein einer derartig angeleiteten Einladung unmöglich Folge leisten kann.

Es ist eine andere Sache, wenn in der Besprechung der Wilsonschen Note einzelne deutsche Organe sich mit eben der Frage befassen, die Wilson in den Mittelpunkt seiner Note gestellt hat und wenn einige von diesen Organen auch bei diesem Anlasse wieder die Demokratisierung der deutschen Regierungsformen verlangen. Man darf diesen Vorgang nicht etwa dem Präsidenten Wilson zuschreiben, ihn dadurch entschuldigt halten, als ob er, indem er seine Forderung erhebt, nichts anderes getan habe, als was die Zeitungen, die die Meinung des erheblichen Teiles des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen, zu gleicher Zeit und im Anschluß an seine Note ebenfalls tun. Es gehört in den staatsbürgerlichen und politischen Rechtskreis eines jeden Deutschen, seine Meinung über die Regierung und Verfassung seines Landes zu sagen und bestimmte Wünsche und Forderungen auszusprechen. In den Rechtskreis des Präsidenten Wilson fällt dies aber gewiß nicht, und es darf ihm auch um des Friedens willen aus dem einfachen Grunde nicht eingeräumt werden, weil davon, wenn schon nicht unbedingt die Ausgestaltung des Friedens, mit dem dieser Krieg abgeschlossen werden wird, so doch auf jeden Fall die künftige weltpolitische Stellung Deutschlands abhängen muß, von der die der Monarchie unmöglich getrennt werden kann. Man braucht sich nur vorzustellen, daß in dem künftigen Friedensschluß schon die Anfänge jener internationalen Rechtsorganisation, die von den Friedensfreunden ersehnt wird und für die maßgebende Stellen in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland ihre Sympathien offenbart haben, erhalten sein könnten und welches innerhalb einer solchen Organisation die Stellung von Staaten wäre, deren Vertreter ihr Mandat, zumindest indirekt, durch die Ingerenz anderer Staaten mit voraussichtlich noch für lange Zeit entgegengesetzten Interessen erlangt haben würden, um die bare Unmöglichkeit einzusehen, Herrn Wilson oder der Entente auf diesem Gebiete auch nur die leiseste Einräumung zu machen. Die Mittelmächte haben niemals in ihrer politischen Vergangenheit Anlaß genommen, einen der Monroe doktrin entsprechenden Grundsatz zu verkünden. Sie haben aber allen Anlaß, einer Entwicklung, die sie am Ende dahin bringen müßte, sich durch eine Politik geharnischter Erklärungen und Verwahrungen gegen den Eindruck fremder Einmischung zu sichern, schon in den jetzt sichtbar werdenden Anfängen so entschieden als möglich entgegenzutreten.

Auch eine Betrachtung, die sich mit möglichst Unbefangenheit über den Streit der beiden Kriegslager zu erheben versucht, muß doch fragen, mit welchem Rechte Wilson und die Entente Deutschland gegenüber die Ver-

trauensfrage aufwerfen und auf die Beglaubigung etwaiger Vertreter Deutschlands bei Friedensverhandlungen Einfluß zu nehmen Anspruch machen. Ist es den Mittelmächten jemals eingefallen, der Entente gegenüber diese Vertrauensfrage aufzuwerfen und nur Regierungen von einem bestimmten Prinzip der Entfagung für die Friedensverhandlungen zuzulassen, Regierungen einer anderen Art aber oder gar bestimmte regierende Persönlichkeiten von vornherein abzulehnen? Wer oder was gibt Herrn Wilson und der Entente das Recht, diesbezüglich einen Vorrang in Anspruch zu nehmen, um den wir selbst uns nicht bewerben? Ist das, was schon vor Kriegsausbruch in den einzelnen Ententeländern heimlich hinter dem Rücken der Völker und Parlamente vor sich gegangen und erst später als freibende Ursache des Krieges bekannt geworden ist, so beschaffen, daß die gegnerischen Regierungen dem Ergebnis einer von uns über ihre Beschaffenheit angestellten Prüfung mit aller Ruhe entgegensehen könnten? Wenn aber Herr Wilson der vor ihm schon in unzähligen Sezblättern der europäischen Ententepresse ausgesprochenen Meinung beitreten und behaupten konnte, daß die Mittelmächte am Ausbruch des Krieges schuldig und daß die ihnen entgegenstehenden Mächte darum berechtigt seien, von ihnen erst Beweise der Vertrauenswürdigkeit zu verlangen, so hat er den Moment zur neuerlichen Entwicklung dieser an sich recht fragwürdigen Theorie sehr ungünstig gewählt. Auch wenn man die bisher vorliegenden Ergebnisse des Prozesses Suchomlinow, die Auslösen russischer Militärs, die zu Beginn des Krieges verhängnisvoll entscheidende Rollen innehatten, nicht allzu stark betonen und selbst bei diesem gewiß verlockenden Anlaß einer Erörterung der Schuldfrage aus dem Wege gehen will, so wird man immerhin darauf hinweisen müssen, daß aus dem Titel der Schuldfrage einen Unterschied zwischen vertrauenswürdigen Regierungen und solchen, die weder die Anhänglichkeit ihrer, noch das Vertrauen der anderen Völker verdienen, zu machen, ein mehr als gewagtes Unternehmen ist.

Nachdem dieser Vorbehalt, der sich auf die Grundidee der Wilsonschen Note bezieht, gemacht ist, wird man immerhin anerkennen dürfen, daß sie im übrigen in der Tat einen gewissen Fortschritt gegen die bisherigen Kundgebungen aus dem Lager unserer Gegner anzudeuten scheint. Sie vermeidet insbesondere in den so heißen territorialen Fragen eine schroffe Stellungnahme und zeigt sowohl in der Ablehnung der Idee, daß die Mittelmächte angeblich Sünden mit hohen Selbststrafen zu büßen hätten, als auch in der Verwerfung des Gedankens eines wirtschaftlichen Krieges nach dem Waffenfriede Zeichen einer verhältnißmäßigeren und gemäßigteren Gesinnung, die über die Leidenschaften der Gegenwart hinaus der Förderung eines Dauer verheißenden und die Völker allmählich einander wieder näherbringenden Friedens Rechnung tragen möchte. Ueber alle diese praktischen Dinge in der Note Wilsons würde man vielleicht in eine

Erörterung eintreten können, wenn das hauptsächlichste Bedenken, das sich gegen den die Note beherrschenden Leitgedanken richtet, entkräftet würde. Es liegt in der Hand Wilsons, seiner Note die Auslegung zu geben, die er für wünschenswert hält, und daraus, welche Auslegung er ihr geben wird, wird zu erkennen sein, ob es ihm ernstlich um die Abhahnung des Friedens oder nur um schon klingende Vorwände für eine Friedensverweigerung zu tun ist.



4./IX. 1918

Schweizerische Stimmen.

Zürich, 2. September. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ kommen heute nochmals

auf die Bemerkung Wilsons von der Torheit, den vom Papst gezeichneten Weg zu gehen, zurück. Das Blatt weist nach, daß sämtliche positiven Friedensvorschläge, welche in den Wilsonschen Dokumenten während des Krieges bisher enthalten waren, sich in allen wesentlichen Punkten vollkommen mit den päpstlichen Vorschlägen deckten. Diese beinhalten genau den gleichen Friedensweg, den Wilson in seinen Dokumenten als einzig möglichen, sicheren und guten bezeichnet hat. Wer den Friedensweg des Papstes als „Weg der Torheit“ zu bezeichnen sich unterjängt, hätte zunächst Wilson selber der Torheit zu zeihen. Das Blatt macht dann geheimnisvolle Andeutungen über die Ursachen der Wandlung, die Wilson seit Jänner dieses Jahres zeigt, sowie über die Frage, woher der mit einer Flut von schimpflichen Vorwürfen vermengte, unverschämte, daß Wilsons gegen das deutsche Herrschertum rührt, und fährt dann fort: Es sind uns freilich seither Verlautbarungen aus völlig autoritativen amerikanischen Quellen zugegangen und von andern Seiten bestätigt worden, welche den Bruch mit Deutschland in anderm Licht erscheinen lassen, fast wie ein finsternes, tragisches Verhängnis, herbeigeführt durch ganz unerhörte Mißgriffe, die nicht bei Wilson oder auf amerikanischer Seite lagen und seine Handlungen von damals wenn auch nicht rechtfertigen, so doch wenigstens menschlich begreiflich erscheinen lassen.

Solange Wilson selbst die Bezeichnung jener Mißgriffe als Weisheit im Röcher behält, haben andre keine Ursache, daran zu rühren. Wilson muß sich aber sagen, daß sie nicht im deutschen Regierungssystem oder im Monarchismus wurzeln, sondern in der Eigenart einer Persönlichkeit, für welche Wilson umso weniger jenes System oder gar das deutsche Volk büßen lassen darf, als er selbst genau die nämliche Eigenart in hervorragender Weise besitzt und seit Februar betätigt. Was am 12. Dezember 1916 und am 31. Jänner 1917 geschah, berechtigt Wilson noch lange nicht zu einem tödlichen Verdikt über die heutigen Regierenden Deutschlands, obwohl Wilson sich damals mit einigem Grund als zweimal in den edelsten Bestrebungen bitter getäuscht fühlen mochte. Wilson muß sich ehrlicher Weise sagen, daß mehr als jene persönlichen Mißgriffe eine tragische Verfehlung der Umstände Schuld am Scheitern seiner Friedensbemühungen im Jänner 1917 war. Noch — schließt das Blatt — ist es nicht zu spät, denn so hart die Note Wilsons klingt, bedeutet sie nicht den Schluß der Diskussion.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ behaupten, nach ihren Informationen werde der Papst seine begonnene Aktion nicht ruhen lassen.

Die Auffassung in Schweden.

Stockholm, 2. September. In Besprechung der Antwort Wilsons auf die Kabinete weist die Presse zunächst auf den

garantie ist, wie wir aus den Enthüllungen über die heimliche Diplomatie parlamentarisch regierter Länder erfahren haben.

Widerstandslos akzeptiert das liberale Blatt Wilsons Grundsätze über die Beschaffenheit des künftigen Friedens, welche Kontributionen, Zerstückelung von Staaten und wirtschaftlichen Kampf verwerfen. Diese Grundsätze widersprechen den im Winter von den Ententemächten proklamierten Kriegszielen, woraus unbedingt die Notwendigkeit einer Revision der Kriegsziele folgt, wenn die Entente auf die Unterstützung Amerikas rechnen will. Das Blatt meint, Wilsons Note biete den deutschen Friedensfreunden einen Anknüpfungspunkt, und hofft, daß vielleicht der bald zusammentretende Reichstag die Situation klären werde.

Besonders scharf kritisiert „Åstons Bladet“ die Antwortnote Wilsons, den das Blatt den „kriegführenden Friedensapostel“ nennt und der Heuchelei beschuldigt. Wenn Wilson wirklich von edlen Gefühlen durchdrungen wäre wie der Papst und nicht unbarbarisch durch Waffenlieferungen für die Entente noch vor der eigenen Kriegserklärung zur Vergrößerung des Kriegselendes beigetragen hätte, dann wäre kein Grund vorhanden, die Vorschläge des Papstes zurückzuweisen. Das Verlangen Wilsons, das deutsche Volk solle seinen Kaiser ablehnen und die Regierung entfernen, sei natv. Was würde er antworten, wenn beispielsweise die Zentralmächte als Bedingung für den Beginn von Friedensverhandlungen die Absetzung der amerikanischen gesetzlichen Regierung verlangen würden oder vorerst die Befreiung Finnlands, Irlands, Indiens und Ägyptens? Dies wäre vielleicht die richtigste Antwort auf Wilsons Note.

unterschied  
ut stark  
kriti-  
lions,  
Helm

meint,  
en Aus-  
reff. Es  
einer  
blatt be-  
persön-  
ihm nur  
ung war,  
ste fern-  
Noment“  
kalistische

onen sei  
deute an,  
deutschen  
ärker  
des  
r soll es  
r Neu-  
auch der  
riedens-



## Die Reform der Reichsämtcr. Reichswirtschaftsamt und Auswärtiges Amt

Man schreibt uns von sachverständiger Seite:

Aus Anlaß der bevorstehenden Abzweigung des Reichswirtschaftsamts vom Reichsamt des Innern, die bei der nächsten Tagung des Reichstags sanktioniert werden soll, ist von verschiedenen Seiten die Frage erörtert worden, ob nicht die zweite (die sogenannte handelspolitische) Abteilung des Auswärtigen Amtes von diesem abzutrennen und mit dem Reichswirtschaftsamt zusammenzulegen wäre. Man macht für diese Forderung geltend, daß eine ungerechtfertigte Duplizität beseitigt werden müsse, die bestehe, wenn neben jenem Reichsamt auch noch eine „handelspolitische“ Abteilung des Auswärtigen Amtes sich mit den gleichen Angelegenheiten befasse. Solche Duplizität würde dem für den Erfolg erforderlichen einheitlichen Vorgehen beim Abschluß von Handelsverträgen nachteilig sein.

Diese Auffassung ist aus mehreren Gründen unzutreffend. Es ist zunächst nicht richtig, daß eine ungerechtfertigte Duplizität in der Sachbehandlung besteht. Die zweite Abteilung des Auswärtigen Amtes ist keineswegs nur mit Angelegenheiten des Handels im engeren Sinne befaßt. Soweit dies aber der Fall ist, hat sie diese Angelegenheiten aus einem besonderen Gesichtspunkt zu behandeln. Die Handelsbeziehungen haben von jeder im Zusammenhang mit den allgemeinen politischen Beziehungen zu gestanden. Im Laufe der Zeit ist dieser Zusammenhang immer enger geworden und diese Entwicklung wird aller Voraussicht nach in Zukunft weiteren Fortgang nehmen. Es wird immer weniger möglich werden, die allgemeinen politischen Beziehungen von den Handelsbeziehungen zum Ausland oder diese von den ersteren loszulösen. Aus diesem Grunde muß die Stelle, die mit der Behandlung der allgemeinen politischen Beziehungen befaßt ist, — dies ist bei uns das Auswärtige Amt — auch von den Handelsbeziehungen zum Ausland Kenntnis nehmen und Einfluß auf sie besitzen, damit der einheitliche Charakter der deutschen Außenpolitik gewahrt bleibt.

Ferner gehört zur Behandlung der Handelsbeziehungen zum Ausland, insbesondere zum Abschluß von Handelsverträgen, eine genaue Kenntnis nicht nur der sachlichen, sondern vor allem auch der persönlichen Verhältnisse im Ausland. Diese Kenntnis zu vermitteln, ist gleichfalls Sache des Auswärtigen Amtes. Diese besonderen Aufgaben ergänzen, aber durchkreuzen nicht die Aufgaben, die der Handelsverwaltung des Reiches, das heißt bisher dem Reichsamt des Innern und künftig dem Reichswirtschaftsamt, obliegen. Einerseits greift das Auswärtige Amt nicht in die inneren Handelsangelegenheiten ein, insbesondere nicht in die Beziehungen zu den Handel- und Gewerbetreibenden. Andererseits wird der Reichshandelsverwaltung der nötige Einfluß auf die materielle Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland nicht geschmälert. Bei dem Abschluß von Handelsverträgen haben beide Dienststellen zusammenzuwirken. Der Reichshandelsverwaltung liegt

besonders die materielle Seite der Verhandlungen ob, vor allem die Feststellung, welche Ziele bei den Verhandlungen erstrebt werden müssen und welche Zugeständnisse gemacht werden können. Dem Auswärtigen Amt fällt eine mehr formelle, aber für das Ergebnis nicht minder wichtige Aufgabe zu. Es brauchen keinerlei Gegensätze und Reibungen beider Dienststellen hervorzutreten. Unrichtig wäre es auch, wollte man annehmen, daß bisher solche Gegensätze hervorgerufen seien. Im Gegenteil hat die Geschäftsteilung, seitdem das Reich besteht, keineswegs zu Störungen geführt, sondern sich vielmehr durchaus bewährt. Auch für die Zukunft sind Zwistigkeiten nicht zu befürchten. Sollten Ansätze zu solchen hervortreten, so wäre es Sache des Reichskanzlers, dem beide Dienststellen unterstehen, ihnen im einzelnen Fall vorzubeugen oder Abhilfe zu schaffen.

Das Auswärtige Amt kann nicht auf Beteiligung an der Behandlung der Handelsbeziehungen zum Ausland verzichten. Es befindet sich hierbei in der gleichen Lage wie die auswärtigen Ministerien der anderen Großstaaten. Ueberall findet man besondere Abteilungen der auswärtigen Ministerien, die sich mit den Handelsbeziehungen zum Ausland zu befassen haben, so in Österreich-Ungarn, in Italien, in Frankreich und auch in England. Ganz unrecht haben sich die Vertreter der Ansicht, daß die zweite Abteilung des Auswärtigen Amtes zu beseitigen sei, auf das Beispiel Englands berufen. In London hat stets neben dem Handelsamt (Board of Trade) eine besondere Abteilung des Auswärtigen Amtes (Foreign Office) bestanden, die sich mit den Handelsbeziehungen zum Ausland und insbesondere mit den formalen Seiten des Abschlusses von Handelsverträgen zu befassen hatte. Während des Krieges ist eine Aenderung eingetreten, aber gerade nach der Richtung, daß ein großer Kreis materieller Zuständigkeiten vom Board of Trade abgetrennt und dem Foreign Office übertragen worden ist.

Wie erwähnt, beschränkt sich die Tätigkeit der zweiten Abteilung unseres Auswärtigen Amtes nicht auf Angelegenheiten des Handels im engeren Sinn. Es werden dort auch viele andere Wirtschaft- und Verkehrsangelegenheiten bearbeitet, soweit sie Beziehungen zum Auslande haben, so z. B. die Angelegenheiten der Gesundheits- und Veterinär-Polizei, die Post- und Eisenbahn-Sachen, die Auswanderungssachen, die Angelegenheiten des geistigen und gewerblichen Eigentums usw. Für die innere Verwaltung dieser Angelegenheiten sind andere Stellen als das künftige Reichswirtschaftsamt zuständig. Auch aus diesem Grunde ist es ausgeschlossen, daß die zweite Abteilung des Auswärtigen Amtes mit dem Reichswirtschaftsamt zusammengeworfen werden könnte.

Man könnte wohl die gegenwärtigen Beamten der zweiten Abteilung in das Reichswirtschaftsamt versetzen. Das Auswärtige Amt wäre aber dann gezwungen, sich sofort aus neuen Beamten eine neue Abteilung für Verkehrs-, Wirtschafts- und Handels-Sachen zu bilden, für die es die gleichen Zuständigkeiten wie für die jetzige zweite Abteilung in Anspruch nehmen müßte. Der „Hydra“ würde das abgeschlagene Haupt sofort von neuem wachsen, und die ganze vermeintliche Reform wäre ein Schlag ins Wasser, der dem Reiche nur eine Summe weiterer Beamtengelder kosten würde.

A. W. So weit die Zuschrift. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Auswärtige Amt unter keinen Umständen der eigenen handelspolitischen Fachmänner entzogen laun, deren Aufgabe es künftig sein wird, erst recht die Einheitlichkeit unserer auswärtigen Geschäftsführung und die enge Verbindung zwischen der auswärtigen Politik und dem Reichswirtschaftsamt herzustellen. Etwas anderes ist es, ob wir nicht mit der Zeit doch dazu übergehen müssen, innerhalb unseres Auswärtigen Amtes eine grundsätzliche Reform dahin vorzunehmen, daß an Stelle der bisherigen Teilung in eine politische, eine handelspolitische und eine Rechtsabteilung, die Teilung nach Ländergruppen tritt. Gerade bei der steigenden Verschmelzung der politischen und wirtschaftspolitischen Arbeitsgebiete springen die Vorzüge dieses Ländergruppensystems gegenüber der bisherigen Trennung in gesonderte Fachabteilungen in die Augen. Es wird auf diese Weise ein Stab von Fachmännern für die einzelnen großen Ländergruppen des Auslandes gebildet, der die Kenner der politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sonstigen Verhältnisse der betreffenden Ländergruppe eng in sich vereint und dadurch eine Zusammenarbeit garantiert, wie sie das bisherige System der getrennten Abteilungen häufig leider vermissen ließ. Auch bei dieser Organisation wäre außerdem die Vereinigung der verschiedenen handelspolitischen, bzw. politischen oder juristischen Referenten zu gemeinsamen Fachkonferenzen unter Leitung eines Unterstaatssekretärs zur Lösung grundsätzlicher gemeinsamer Fragen jederzeit möglich. Eine Gefährdung der Einheitlichkeit unseres Gesamtauftretens in politischer, handelspolitischer oder völkerrechtlicher Beziehung ist also nicht zu befürchten. Die Einheitlichkeit der Gesamttradition wird überdies ja durch den Staatssekretär, bzw. den Reichskanzler verkörpert. Andererseits würde die in der obigen Zuschrift angenommene Möglichkeit eines sich herausbildenden Gegensatzes zwischen der Handelspolitik des Auswärtigen Amtes und der Handelspolitik des Reichswirtschaftsamtes so gut wie ganz beseitigt, wenn die handelspolitischen Fachmänner des Auswärtigen Amtes auf ihre einzelnen Spezialländergruppen verteilt werden. Die bisherigen Stellen des Direktors der handelspolitischen, bzw. Rechtsabteilung würden unserer Meinung nach hierbei zweckmäßig in Unterstaatssekretariate verwandelt, so daß dem Staatssekretär insgesamt drei Unterstaatssekretäre, ein politischer, ein juristischer und ein handelspolitischer, zur Seite ständen, der leitend mit der ausgesprochenen Bestimmung, die Verbindung zwischen Auswärtigem Amt und Reichswirtschaftsamt herzustellen.



# Parlamentarisierung.

Von

Dr. Eduard David,  
Mitglied des Reichstags.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David hat in einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses eine bemerkenswerte, programmatische Rede gehalten. Wir geben die wesentlichen Stellen daraus als Beitrag zu den Auseinandersetzungen wieder, die an dieser Stelle über das gleiche Thema erschienen sind.

Das parlamentarische System ist im Gegensatz zu einer Beamtenregierung ein System, bei dem es keinen dauernden Gegensatz zwischen Volksmehrheit und Regierung geben kann. Bei dem parlamentarischen System ist die Wahl des Parlaments auch zugleich die Wahl der Regierung. Dadurch bekommt die Wahl eine ganz andere Bedeutung, die Masse des Volkes wird ganz anders politisiert und jeweils eingestuft auf die großen Fragen, die der Führung einer Staatsgemeinschaft gestellt sind. Die Wähler übernehmen damit auch die Mitverantwortung für die Regierung. In einem entwickelten modernen Staat ist ein anderes System gar nicht mehr möglich. Das Staatsgefühl im höheren und modernen Sinne kann sich in den Massen nur dann bilden, wenn sich der einzelne durch sein Wahlrecht mit verantwortlich fühlt für die Leitung und das Wohlergehen des Ganzen.

Dieses System liegt auch im Interesse der Krone. Bei dem heutigen System ist die Krone allein verantwortlich für die Regierung, und alles, was die Regierung an Fehlern begeht, gegen die sich die Regierten auflehnen, fällt der Krone zur Last. Das parlamentarische System verbürgt am ehesten die Sicherheit der Krone. Das absolutistische System stützt die Krone nicht, wie man in Rußland gesehen hat. Es ist ganz falsch zu sagen, das parlamentarische System entspreche nicht der Eigenart des deutschen Volkes. Das deutsche Volk ist schon zweimal, nach den Freiheitskriegen und 1848, auf dem Wege zu einer Volksregierung gewesen. Aber nach den Freiheitskriegen war der russische Zar der Sieger und Herr in Deutschland; im Bunde mit ihm hat die preussische Reaktion eine moderne Verfassung verhindert. Der Jazismus ist jetzt abgegan. Jetzt steht Preußen-Deutschland mit seinem veralteten Regierungssystem ganz allein in der Welt da.

Es ist höchste Zeit, daß eine durchgreifende Umgestaltung und organische Fortbildung unseres Regierungssystems eintritt. Diese notwendige Entwicklung muß rasch vollzogen werden, noch während des Krieges. Man wende nicht ein, die Kriegszeit sei dafür nicht geeignet. Das ganze Deutsche Reich ist ja doch ein Kriegsnotbau. Unsere Verfassung ist längst veraltet und überholt. In der ursprünglichen Verfassung steht nichts von Reichsämtern und Staatssekretären; die sind erst nach und nach ohne verfassungsmäßige Grundlage aus dem Reichskanzleramt herausgequollen. Auch viele andere Bestimmungen der Verfassung sind längst in der Praxis überholt.

Eine eigentliche Reichsregierung gibt es überhaupt nicht. Formell gibt es nur die „verbündeten Regierungen“, und die eigentliche Regierung sitzt im preussischen Staatsministerium. Die Reibungsmöglichkeiten zwischen der Reichsleitung und Preußen müssen möglichst rasch beseitigt werden durch die Aenderung des preussischen Wahlrechts.

Die vom Reichskanzler angekündigte engere persönliche Fühlung zwischen Regierung und Reichstag genügt nicht, sondern es muß eine organische Verbindung zwischen beiden eintreten. Im Vergleich zu den Parlamenten moderner Staaten ist der deutsche Reichstag jetzt ein Scheinparlament. Aber eine große Gewalt hat der Reichstag. Das ist das absolute Veto. Dieses Vetorecht genügt zwar, sobald der Reichstag eine geschlossene Mehrheit zeigt, eine widerstrebende Regierung lahmzulegen; keine Regierung kann sich dem Willen des Reichstages dauernd entziehen. Beide Instanzen, Reichsleitung und Reichstag, können sich also gegenseitig total hemmen. Diese negative Verhältnis ist für beide Teile kein befriedigender Zustand.

Eine „unabhängige“ Beamtenregierung, von der jetzt öfter geschrieben wird, gibt es nicht. Diese Beamtenregierung ist auf der einen Seite abhängig von der höheren rein persönlichen Gewalt und auf der anderen Seite vom Reichstage. Eine solche Stellung,



sondern Friedensgedanken vertreten werden, die mit jenen des Papstes sehr gut zu vereinigen sind.

Wie der Heilige Vater der katholischen Kirche, so stellen auch diese Stimmen aus wesentlich protestantischen Kreisen die Idee der Herrschaft des Rechtes selbst für das Verhältnis der Staaten und Völker zueinander in den Vordergrund. Die kriegsführenden Völker, unsere Feinde so gut wie wir selbst, haben bei keiner Gebietsveränderung einen Vorteil, der dem allen gemeinsamen Vorteil gleichkäme, einen folgenden Krieg zu verhüten. Wenn dieser Grundgedanke von den Völkern und Regierungen angenommen wird, dann werden andere Fragen, die jetzt unlösbar scheinen, „unendlich einfach“ sich darstellen.“ (Westminster Gazette, 31. Juli.) „Das hohe Ziel besteht nicht darin, ein oder das andere Gebiet zu gewinnen oder Grenzen zu ziehen, die uns beim nächsten Kriege vorteilhaft sein könnten; das Ziel ist, einen nächsten Krieg unmöglich zu machen, soweit menschliche Vorsehung dazu imstande ist, die Welt zu befreien, von dem Druck der Bewaffnung und die Nationen zu schützen gegen die Drohungen ihrer Nachbarn.“ (Westminster Gazette, 4. August.) Und der Manchester Guardian vom 4. August erinnert an die letzten Worte der für ihr Vaterland sterbenden Miss Cavell vor ihrer Hinrichtung: „Vaterlandsliebe ist nicht genug“ und knüpft an sie die Folgerung, daß „Menschen notwendig sind, die neben der nationalen auch die internationale Auffassung sich erhalten.“ „Der Friede muß einen bleibenden Völkerbund bringen zu gegenseitigem Schutz, zur Handhabung des Friedens und zur Entwicklung der allgemeinen, internationalen Interessen.“ Von diesen Anschauungen, die die Ueberzeugung weiter und einflussreicher Kreise der englischen Nation wiedergeben, erfahren wir aber nichts aus jenen Berichten, die jede Getreide des walisischen Heißsporns Lloyd George uns in extenso übermitteln. Nur in einer Forderung stimmen auch sie mit ihm überein, in der nach der vollen Selbständigkeit Belgiens. Neben dieser tritt die nach der Wiederherstellung Serbiens, die meistens gleichzeitig erwähnt wird, stark in den Hintergrund. Ein Blick auf die Karte zeigt den Unterschied in dem Interesse, das England und Frankreich an beiden Problemen haben. In Serbien hatte das zarische Rußland ein Interesse, aber keine andere Großmacht; auch nicht Italien, dem es als Abriamacht höchst unbequem werden müßte. Was aber Belgien betrifft, so verlangt auch der Manchester Guardian vom 6. August die Wiederherstellung seiner Freiheit, wie sie vor 1914 gewesen, und bedauerte die Daily News bei Besprechung der zweiten Rede des deutschen Reichskanzlers es aufs tiefste, daß er auf Asquiths Frage über Belgien, keine Antwort gegeben und die „brachvollste Gelegenheit, der Welt seine gute Absicht zu beweisen, verfaßt habe.“

Auch die Frage von Elsaß-Lothringen ist nach jenen Enunziationen für Großbritannien keine solche ersten Ranges. Das Mitglied des Unterhauses Noel Barton protestiert vielmehr im Manchester Guardian vom 3. August gegen die Anschauung, daß in dieser Frage der Wille Frankreichs für die Verbündeten Gesetz sein müsse. „Die elsaß-lothringische Frage kann nicht gelöst werden, indem ihre Entscheidung dem französischen Chauvinismus oder dem augenblicklichen französischen Empfinden über den Krieg überlassen wird.“

In all diesen Fragen stimmen also die führenden Organe der liberalen Partei — im Gegensatz zu der Northcliffe-Presse — mit der päpstlichen Note, die ihnen zur Zeit, als sie jene Aufsätze veröffentlichten, noch unbekannt war, überein. Nach telegraphischen Nachrichten, die jüngst eingetroffen sind, haben sich seither auch konservative Organe, wie insbesondere die in den Grafschaften sehr verbreitete und einflussreiche Northshire Post, dieser Richtung angeschlossen. Unterrichtete Gewährsmänner wissen sogar davon zu erzählen, daß im englischen Kriegskabinet eine Spaltung eingetreten sei, indem Balfour und Lord Robert Cecil der Friedenspartei zuneigten. Und in der Tat hat das britische Reich einen ausschlaggebenden Grund, Frieden schließen zu wollen, bevor die amerikanische Macht in die Schicksale Europas eingreift. Schon durch den bisherigen Verlauf des Krieges ist Großbritannien unter die finanzielle Notmäßigkeit der Union geraten. Das Mutterland, das der größte Gläubiger seines Tochterstaates gewesen, ist zu dessen größtem Schuldner geworden. Kommen aber die amerikanischen Heere auf die Schlachtfelder Europas, so ist auch die politische Macht und das Ansehen des britischen Reiches gebrochen. Schon längst hat Kanada eine bedenkliche Neigung gezeigt, sich an seinen mächtigen Nachbarn in Süden anzuschließen; die Freiheitsbewegung, die in Indien, wie anderwärts, aus kulturell-literarischen Tendenzen, wie denen der Vedanta-Gesellschaft in New-York, hervorgegangen ist, hat in Amerika ihre kräftigsten Stützen, wo Tausende von Hindus in Colleges und Universitäten „im Geiste des Strebens nach Wiederherstellung ihrer nationalen Freiheit und ihres alten Ruhmes“ erzogen werden. Bort Swami Abhedandas in der Widmung seines Buches über die Völker Indiens). „Was würde im Falle eines durch japanische Hilfe errungenen Sieges aus unserem Weltreich werden?“ Diese bange Frage mag den Lords Balfour und Cecil Angst machen vor den Geistern, die sie unbedacht gerufen oder die sie vielleicht nicht gerufen haben, die sich ihnen aufgedrängt haben und die sie nun nicht abwehren können. Die Verbissenheit Lloyd Georges allerdings scheint der Annahme zu widersprechen, als ob England mankend geworden wäre. Das scheint aber wohl nur so. Gerade diese Verbissenheit dürfte vielmehr das letzte Mittel sein, um den ins Wanken geratenen Nationalgeist aufrechtzuerhalten. Für

### Ueber Friedensstimmungen in England.

Von Prof. Dr. Lammasch.

Der Ministerialrat im holländischen Justizministerium Jonkheer de Koning von Beek en Dona beklagt in einem leitenden Artikel der Tijds die einseitige Information, die der holländischen Presse aus den kriegsführenden Staaten über den Stand der Friedensausichten zukommt. Er beginnt damit, über die von Reuter und Wolff verbreiteten Nachrichten zu klagen: „Am liebsten verbreiten diese Telegraphenbureaus jene Neußerungen, die eine feste Entschlossenheit zur Fortführung des Krieges verkünden. Aus Artikeln gemäßigter Blätter bringen sie meist nur kurze Auszüge, in denen sie übrigens auch noch die dem Gegner unangenehmsten Worte in den Vordergrund stellen.“

Die Zeitungen der kriegsführenden Staaten selbst kommen nur mit bedeutender Veripätung nach Holland, so daß sie, weil ihre Ausführungen durch jene Auszüge überholt erscheinen, oft nicht mehr jene Beachtung finden, die sie verdienen. Insbesondere schlecht steht es in dieser Beziehung mit den englischen Zeitungen, weit schlechter als mit den deutschen. Die einer Annäherung zwischen den Kriegsparteien geneigten Blätter, Labour Leader, Nation und Common Sense, werden in England zurückgehalten; ihre Versendung ins neutrale Ausland ist verboten und erfolgt nur ab und zu auf Schleichwegen. Aber auch Daily News, Manchester Guardian und Westminster Gazette brauchen mindestens eine Woche, mitunter auch zwei und drei Wochen, bis sie in die niederländischen Redaktionsbureaus kommen. Die Note des Papstes gibt nun Herrn de Koning den Anlaß, Stimmen der gemäßigten englischen Presse aus der Zeit ihrer Absendung mit ihr selbst zu vergleichen. Er will durch diese Vergleichung zeigen, daß, obwohl die Reuter-Berichte den Eindruck machen, als ob das ganze englische Volk, mit Ausnahme der nicht sehr zahlreichen Gruppe prinzipieller Pazifisten um Ramsay Macdonald und Trevelyan, auf die Fortsetzung des Krieges eingestimmt wäre, auch in England die Friedens-

unsere Politik ergibt sich aus dieser Situation das Dilemma: Sollen wir Lloyd Georges Rodomontaden überbieten und der Forderung der Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und des Sturzes der Monarchie im Deutschen Reich die andere der Zertrümmerung des britischen Reiches und der Vernichtung der französischen Macht für alle Zeiten entgegenstellen, oder sollen wir auf die Note des Papstes eine Antwort erteilen, wie sie der Vernunft und der Wahrheit entspricht? Darf man, um den Frieden zu erreichen, wirklich nie von ihm sprechen? Wenn aber beide Teile diese Politik befolgen, wie soll es denn zum Frieden kommen? Gewiß würdelos winselnd sich dem Gegner entgegenwerfen, wäre das schlechteste Mittel, das Ziel zu erreichen. Aber immer nur mit dem eigenen Siege sich brüsten und dem Gegner Forderungen auferlegen wollen, die man selbst für unersüßbar erkennt, ist nicht minder schlechtes. Der Weg der Aufrichtigkeit ist auch hier der beste.



## Der Kern der Friedensfrage.

Wien, am 7. September.

Durch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses und die sonstigen Aufdeckungen der jüngsten Zeit über das Werden und den Ausbruch des Weltkrieges ist das Interesse für die Schuldfrage mächtig belebt worden. Während die gepeinigete Menschheit schauernd Zeuge ward von urkundlichen Bloßstellungen gewissenloser Regierungen und furchtbaren Schuldgeständnissen politischer Unmoral, drang an ihr Ohr eine Stimme aus einer andern, reineren Welt, die Stimme des Völkerhirten, die den Völkern klang wie die erste Weihnachtsbotschaft aus Engelsmund den Hirten auf Bethlehems nächtlichen Hügeln. Der gerichtlich angeprangerten Unmoral, die den Krieg herbeiführte und die Menschheit in ein Meer von Leiden stürzte, tritt entgegen die Ethik, deren vornehmster Lehrer und Hüter die Welt und ihre irdischen

leben und sich unbehindert voll und ganz entwickeln, auch die großen wollen es. Nicht bloß die kleineren, wie z. B. das polnische und serbische, haben ein Recht auf Selbständigkeit, die ihnen großmütig das Entente-programm verspricht, nicht sowohl aus Liebe zu ihnen, sondern aus Haß und Scheelsucht den Mittelmächten gegenüber, die sie zu schwächen wünschen! — auch das große deutsche Volk, wie jedes andere, hat das Recht, die Produkte seiner großartigen Industrie über ferne Meere weiten Völkern zu bringen und kein Volk der Erde darf die Ozeane, wie das angelsächsische, zu eigenen Binnenseen umgestalten und die mohammedanische und mongolische Welt zu Schemeln ihrer Füße verwenden wollen.

Seit Hugo Grotius haben Gelehrte materialistischer Richtung wie Gumpel, Haedel, Schallmayer u. v. a. auf Grund des Beispiels der organischen Natur behauptet, daß auch im Verhältnis menschlicher Gemeinschaften zu einander nur die physische Macht Ueberlegenheit gewähre; sie übersahen jedoch, daß die ethischen Kräfte es sind, die im Verlaufe des Weltgeschehens langsam aber stetig an Terrain gewinnen.

Der Sieg des Christentums über das mächtige und lebensfrohe Heidentum, die Aufhebung der Sklaverei und Leibeigenschaften, die erreichte Gleichberechtigung aller vor dem Gesetze, die gewaltsame Umstürzung des Absolutismus allerwärts, die immer weitere Ausdehnung des aktiven Wahlrechtes, die Berufsorganisation der Arbeiter, die Schaffung und Ausgestaltung der Sozialversicherung, der Schutz der Sanitätsanstalten und Austausch der Zivilgefangenen im Kriege, die Einführung der Progressiv- und Wertzuwachs- sowie der Kriegsgewinnsteuern, das Preistreibeis- und Wuchergesetz, das sind alles eben so viele Kronzeugen des allmählichen Sieges ethischer Prinzipien im Bereiche des öffentlichen Lebens.

Bismarck hat Windthorst einen großen General ohne Armee genannt, die er, wie einst Wallenstein, aus der Erde gestampft hat und mit ihr seine unvergänglichen Siege erfochten. Dieser Windthorst, der sein Leben dem Kampfe für Treu und Glauben in der Politik gewidmet hat; unser Lueger, dieser Volksführer sonder Furcht und Tadel gegen das Blutsaugertum und die Uebergriffe des mobilen Kapitals; Tocqueville, der in seinem unsterblichen Buche über die Demokratie in Amerika sagte, daß es eine Demokratie ohne Religion nicht geben könne, und daß nur die gläubigen Nationen leben, die ungläubigen zum Tode verurteilt sind; Donoso Cortes, der berühmte spanische Staatsmann, welcher sagte, daß die menschliche Gesellschaft einem Sterbenden gleiche, dem die Ärzte aus der Apotheke des Nationalismus einen Löffel Arznei verabreichen; von den Alten Polibius und Plato; Voetius, nach dem Urteil Montaignes der größte Mann des 16. Jahrhunderts; Fénelon in seinem berühmten Briefe an Ludwig XIV. — sie alle und viele andere legen Zeugnis ab von der ewigen Wahrheit, sie alle sind Verkünder des ethischen Fortschritts und mit ihm des einstigen des Gottesreiches auf Erden, weil sie alle verlangen, daß im öffentlichen Leben dieselben Grundsätze zur Geltung gelangen, die jedes geordnete Staatswesen bereits in den Beziehungen zwischen einzelnen Menschen als bindend anerkannt. Wenn Fénelon in seinen Gesprächen mit Jakob III. eine große Revolution

vorhersagt, 75 Jahre vor ihren Ausbruch, als Folge einer unmoralischen Politik, die ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz über Leichen wandert, so hat er tiefer in die menschliche Seele geschaut als Nikolaus Macchiavelli, von dem der religiös indifferente Bodin sagt, daß nach ihm die zwei Fundamente des Staatslebens der Unglaube und das Unrecht bilden. Tatsächlich hat der Verfasser des „Fürsten“ sein Buch, in dem er aller Unmoral im Verhältnis der Völker zu einander und der Herrscher zu seinem Volke das Wort redet, bloß zum Zweck geschrieben, um bei Lorenzo de Medici einen Sekretärposten zu erhalten und seine 25jährigen Erfahrungen als „Realpolitiker“ ins richtige Licht zu stellen. Der Verfasser der pornographischen Komödien: „Mondragora“ und „Elizia“, welcher wohl im „Fürsten“ die Medizäer aufforderte, die „Barbaren“ aus Italien zu vertreiben, aber in Privatbriefen diesen Gedanken als unausführbares Traumgebilde bezeichnete, hat wohl selbst nicht vermutet, daß seine Gelegenheitschrift ernst genommen und in der Politik großer Staaten, die sich mit ihrem Christentum brüsten, als Richtschnur angesehen und befolgt werden wird. Wie anders wäre zu erklären, daß England und zwar auch die Vereinigten Staaten Millionen unschuldiger Menschen im Bereiche der Zentralmächte zum Hungertod verurteilen, damit die deutsche Industrie und Schifffahrt der englischen und nordamerikanischen weiche!

Wird jetzt auf Grund des Friedensvorschlages des Heiligen Vaters nicht Frieden geschlossen, dann sieht Nordamerika und Australien der Ueberflutung durch japanische Einwanderer, England in absehbarer Frist dem indischen Aufstand entgegen und die Monopolstellung beider Weltreiche, welche durch den Eintritt des Deutschen Reiches nur eingeschränkt, nicht gefährdet worden wäre, wird in absehbarer Zeit durch diese „unabwendbaren Ereignisse untergraben werden. Die Verteilung der afrikanischen Völker am Weltkrieg hat fortan die bisherige Ausbeutungsmethode der Kolonialwirtschaft unmöglich gemacht. Auch ein ethisches Ergebnis des Krieges. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

L. C.

## 875 Jahre Mariabrunn.

Von Dr. Erhard (Mariabrunn).

Man muß noch ein Kinderherz haben, um jene aus Engelsfarnen herüberfliegenden Seelenworte zu verstehen, die ich vor drei Jahren vernahm, als ich — damals ganz Litzan — nach einer meiner damals täglich öfteren Eisenbahnfahrten zu meinem schwerkranken, erdmüden Vater, durch das Lächerlswarten, Heil- und Gurrageschrei deutscher Soldaten hindurch, just alsbald in einem verbonnenen ehemaligen Wiener Vorortegäßchen einen vom Herbstjonnenduft umflossenen Goldloedenbus vor mir stehen sah, der einen Frauenläserl, es auf seinem Finger frei herumprozieren lassend, vertrauensvoll zusang:

„Frau'nläserl, Frau'nläserl,  
Flieg' nach Mariabrunn,  
Bring' uns heut' oder morg'n  
A' schöni Sunn!“

Gerührt blieb ich stehen und lauschte:

„... Flieg' nach Mariabrunn,  
Bring' uns heut' oder morg'n  
A' schöni Sunn!“

Ich hätte damals ausschreien können vor Weh: kam ich ja eben — wie täglich — von dorthen, um meinem schwerkranken Vater noch Frohsinn und Sonnenglid zu bringen. — Seitdem sind Jahre vergangen; mein Vater längst tot. Sooft mir aber im täglichen Eisenbahnzug der ichlanke Mariabrunner Kirchturm und die Weidlingauer Friedhofskapelle zuwinkten, zieh' ich gar andachtsvoll meinen Hut und grüße hinüber zur Mutter der Gnaden und dann zu meinem Vater, der g'rad' in einem ehemaligen Wiener Vorortefriedhofe dort drüben sanft bei den Seinigen ruht... Und noch immer seh' ich im Herbstjonnenschein den Goldloedenbus vor mir und vernehme sein Lied:

„Frau'nläserl, Frau'nläserl,  
Flieg' nach Mariabrunn,  
Bring' uns heut' oder morg'n  
A' schöni Sunn!“

Schon als Knabe hab' ich dies Wiener Volksliedchen hergetrillert vor mir, verstanden aber hab' ich die ganze Seelentiefe, den Klang der schönen, innigen Minne doch erst als Mann, wenn ich andachtsversunken die Stürme der



8. IX. 1917

62

### Wilson an den Papst.

Bern, 6. September. Einer Korrespondenz zufolge meldet die „Morning Post“ aus New-York: Wilson hat seiner Antwortnote an den Papst ein persönliches Handschreiben beigelegt, welches dem Papst ermöglichte, trotz der formalen Ablehnung der Friedensvorschläge seine Bemühungen um den Frieden auf Grund der Wilsonschen Note fortzusetzen. Wilson sprach in dem Handschreiben die Bereitwilligkeit aus, weitere Friedensvorschläge des Papstes entgegenzunehmen.

Die „Morning Post“ bemerkt hierzu: Der Schritt des Papstes bringe noch nicht den Frieden, aber alle Völker dem Frieden näher. Der Weg könne nicht mehr weit sein, wenn der deutsche Reichstag zu den nötigen Verständigungsschritten die Macht haben werde.



## Autonomie in Polen.

Von Georg Gothein.

Mitglied des deutschen Reichstages.

Berlin, 7. September.

Die Mandatsniederlegung des polnischen Staatsrats hat die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Verhältnisse in Polen gelenkt. Durch die Zweikaiserproklamation war die Wiedereinrichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens feierlich in Aussicht gestellt worden, aber der vollen Verwirklichung dieser Zusage während des Krieges stellten sich sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Polen liegt in nächster Nähe des östlichen Kriegsschauplatzes, und es ist selbstverständlich, daß darüber die Militärgewalt jetzt nicht zugunsten einer neu einzusetzenden nationalpolnischen Zivilgewalt völlig abdanken kann. Man muß sich darauf beschränken, einen Verwaltungszweig nach dem andern aus den Händen der Okkupationsmächte in die polnische Eigenverwaltung überzuführen. Zu diesem Zweck hat man in den Städten die Selbstverwaltung eingeführt, hat man den Staatsrat — zunächst als beratende Behörde der Okkupationsgewalt — eingeführt, hat vor wenigen Tagen das Gerichtswesen in die polnische Hand übergeführt, wobei Vorkehrungen getroffen worden sind, daß die bisherigen von der Okkupationsgewalt niedergesetzten Gerichte die bei ihnen anhängigen Prozesse noch zu Ende führen. Der Versuch, eine eigene polnische Armee zu bilden ist im wesentlichen vorläufig gescheitert. Es war ausgeschlossen, daß diese Armee im Kriege völlig unabhängig von den verbündeten Mittelmächten blieb. Die Eidesformel, welche die polnischen Soldaten leisten sollten, ist übrigens in ihrem Wortlaut derart, daß man nicht begreifen kann, wie auch der ärgste Nationalpole daran Anstoß nehmen konnte. Es war gewissermaßen ein Blankoeid, der auf den zukünftigen polnischen Herrscher und auf die spätere Verfassung abgelegt wurde; daneben enthielt er das eigentlich selbstverständliche Gelöbniß, während des Krieges die verbündeten Mittelmächte mit den Waffen zu unterstützen. Aber eine lebhafteste Agitation setzte gegen diese Eidesformel ein. Der als Führer der polnischen Legionen wegen seiner glänzenden militärischen Leistungen in den nationalpolnischen Kreisen rasch zur Popularität und Berühmtheit gelangte Brigadier Pilsudski spielte nach Ausbruch der russischen Revolution gegenüber der deutschen und österreichischen Militärverwaltung eine höchst zweideutige Rolle; er ist angeklagt, Verbindungen mit dem russischen Feinde angeknüpft zu haben, und es erfolgte seine Verhaftung, die bei seiner Popularität naturgemäß tief verstimmt. Die polnischen Legionen — übrigens größtenteils aus galizischen Polen bestehend — wurden bei dem Wiederaufleben der Feindseligkeiten an der Ostgrenze an der Front gebraucht; man ließ nur das notwendige Ausbildungspersonal in Polen zurück. Auch das verstimmt. Der Staatsrat, der an sich im polnischen Volke nicht allzuviel Popularität besaß, wollte augenscheinlich nicht auch nur scheinbar das Obium dieser unpopulären Maßnahmen auf sich nehmen. Er verlor die Nerven, trat zurück und übertrug seine Funktionen einem Ausschuss, der den Titel Regenschaftsrat annahm. Man kann annehmen, daß der Staatsrat den überakten Schritt schon heute bedauert. Erfolgte dieser doch in einem Moment, wo die Autonomie Polens einen gründlichen Schritt vorwärts machte.

Das polnische Problem bietet während des Krieges ebenso wie nach ihm die größten Schwierigkeiten. Allgemein sagt man: „Wie man es auch macht, es wird falsch sein.“ Und richtig daran ist, daß es eine befriedigende Lösung nicht gibt.

Zunächst ist eine definitive Lösung während des Krieges nicht möglich. Erst der Friedensschluß kann diese bringen. Er kann allerdings sanktionieren, was während

des Krieges auf diesem Gebiete geschehen ist. Aber natürlich nützt die Rücksicht auf den späteren Friedensschluß die Mittelmächte zu einer gewissen Zurückhaltung.

Die russische Revolution hat sich mit der Verfestigung Polens abgefunden, sie hat aber damit gleichzeitig den Okkupationsmächten große Schwierigkeiten bereitet. Die Polen, welche ihre spätere Unabhängigkeit der Eroberung durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn verdanken, glauben jetzt vielfach, diese ohne weiteres von der russischen Revolution bekommen und damit sofort eine größere Freiheit erhalten zu können, als diese unter der Okkupation möglich ist. Das ist ein großer Irrtum. Die russische Revolution ist eine Folge des deutschen Sieges, und solange Rußland mit uns und unseren Verbündeten nicht Frieden schließt, muß Polen militärisch und politisch in unserer Hand gehalten werden. Für Polen selbst könnte es aber gar kein größeres Unglück geben als eine erfolgreiche russische Offensive, sie würde das Land aufs fürchterlichste verwüsten. Zum Glück für Polen ist sie ausgeschlossen.

Als eine besondere Schwierigkeit erweist sich die Trennung Polens in ein deutsches und österreichisches Verwaltungsgebiet, die beide voneinander durch eine nur unter sehr umständlichen Paktbedingungen zu überschreitende Zollgrenze getrennt sind. In den beiden Verwaltungsgebieten herrschen verschiedene Verordnungen, verschiedene Steuern. Das österreichische Verwaltungsgebiet umfaßt die fruchtbarsten, weniger dicht bevölkerten Teile Polens, das deutsche die großen Städte und dicht bevölkerten Industriegebiete mit ärmeren Böden. Der Nahrungsmittelüberschuß des österreichischen Verwaltungsgebietes darf nicht in das deutsche ausgeführt werden, obgleich in diesem außerordentlicher Mangel und — namentlich in den Arbeiterkreisen und bei der zahlreichen jüdischen Stadtbevölkerung — eine schwere Unterernährung herrscht. Das wirkt natürlich stark deprimierend auf die Stimmung dieser Kreise ein. Polen — ein überbevölkertes Industrieland — hat schon in Friedenszeiten seinen Nahrungsmittelbedarf nicht durch Eigenzeugung gedeckt. Wenn jetzt die Defizitgebiete von ihren natürlichen Versorgungsgebieten abgesperrt werden, so ergeben sich unhaltbare Zustände. Es ist unerlässlich, daß die Zwischengrenze schleunigst beseitigt wird.

Dazu kommt, daß die Zerteilung der Verwaltungsgebiete ständig dem an sich durchaus ungerechtfertigten Verdachte Nahrung gibt, es sei eine Aufteilung Polens zwischen Oesterreich und Deutschland geplant; natürlich denkt man bei uns ebensowenig daran wie in Oesterreich. Von allen Lösungen des polnischen Problems wäre das die unmöglichste. Aber auch in Verwaltungsbeziehung erweist sich die Zerteilung der Kriegsverwaltung als ein ständiges Hemmnis allen Fortschrittes auf dem Gebiete der Selbstverwaltung Polens. Die Einsetzung eines polnischen Ministeriums, einer Volksvertretung hat das Fallen der Zwischengrenze, hat das einheitliche Verwaltungsgebiet zur Voraussetzung. Zur Gesundung der Verhältnisse, zur Hebung der Stimmung ist es dringend geboten, daß eine Einigung darüber zwischen Oesterreich und Deutschland alsbald zustande kommt.

Ist das der Fall, so sehe ich in dem Rücktritt des Staatsrates kein großes Unglück. Er hatte — wie gesagt — wenig Boden im Volke. Man hatte ihn einseitig aus den Notabeln der polnischen Aktivistpartei berufen, das heißt überwiegend aus dem Adel. Eine Notabelvertretung ist nie eine Vertretung des Volkes, am wenigsten in Polen, wo der Gegensatz zwischen grundbesitzendem Adel und Bauern, zwischen Industriellen und Fabrikarbeitern besonders groß ist, wo ersterer von den Russen nach dem Prinzip des Divide et impera geflüchtig genährt worden ist. Der polnische Bauer hat letzten Endes zum deutschen Beamten und Richter mehr Vertrauen als zum polnischen Edelmann. Es kommt weiter hinzu, daß im sogenannten Kongresspolen die Polen nur 72 Prozent ausmachen, daß

daneben noch über 15 Prozent Juden, die nach Sprache, Religion und Sitten keine Polen sind, daß eine beträchtliche Zahl von Deutschen, Litauern und Ukrainern als nationale Minderheiten zwischen ihnen wohnen. Außer einem Juden, der aber im Gegensatz zu der großen Masse seiner Glaubensgenossen Assimilant, das heißt bewußter Nationalpole ist, und der, weil seine Kinder als Christen getauft sind, des Vertrauens der Juden entbehrt, wies der Staatsrat keine Vertreter der nationalen Minderheiten auf. Damit aber kann er auch bei diesen das notwendige Vertrauen nicht haben. Will man den für ein gutes Verhältnis nötigen Konnex mit der Bevölkerung haben, so muß man sich zur Wahl einer Volksvertretung entschließen, wobei durch das Wahlsystem für eine angemessene Vertretung der nationalen Minderheiten Sorge getragen werden müßte. Andernfalls wäre leicht deren Vergewaltigung zu befürchten, denn ein Volk geht aus dem Zustand der Knechtschaft in den der freien Selbstbestimmung nicht ohne seltsame Sprünge über. Durch den Rücktritt des Staatsrates ist die Bahn für die Volksvertretung frei.

Zu einer solchen gehört dann auch ein eigenes Ministerium, in dem die Rechte der einzelnen nationalen Minderheiten durch besondere von diesen zu bestimmende Vertreter wahrgenommen werden müßten. Nicht zu verkennen ist, daß Volksvertretung und eigenes Ministerium in einem eroberten Lande, das als Staatswesen doch ein Provisorium sein würde, das von unseren und den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt ist und besetzt bleiben muß, nicht ohne Bedenken ist. Man wird neben die polnischen Minister und wichtigeren Beamten Beamte der Okkupationsmächte setzen müssen, die für ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Militärbehörden zu sorgen hätten. Es ist nicht ganz sicher, ob die Polen so viel realpolitisches Verständnis haben werden, um die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme während des Krieges einzusehen. Sie müßten sich aber sagen: Der Krieg ist ein Ausnahmezustand; er stellt besondere Anforderungen, denen sich manche an sich berechnete Wünsche unterordnen müssen.

Das Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Beamten der Okkupationsmächte dürfte um so notwendiger sein, als es in Polen selbst an eingearbeiteten Beamten fehlt. Als solche wurden vor dem Kriege nur Russen zugelassen, die sämtlich geflohen sind. Man war daher zunächst hier ganz außerstande, so wie in Belgien mit einem vorhandenen Beamtenapparat zu arbeiten. Die Polen aber versagten sich, aus Sorge im Falle der Wiedereroberung durch die Russen gehängt zu werden. Diese Sorgen hegen sie heute nicht mehr. Man wird daher Beamte aus ihnen wählen können nach dem Grundsatz: „Wem der Herr ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand.“ Und schließlich wird die Bevölkerung über manche Mängel dieser Beamten hinweggehen, wenn sie dem eigenen Volke angehören. Da aber die militärischen Stellen auf exaktes Arbeiten der Amtsstellen den größten Wert legen müssen, wird eine Mitarbeit von Beamten der Okkupationsstaaten an gewissen Stellen unentbehrlich sein. Selbstverständlich würde sie mit der Räumung des besetzten Gebietes nach Friedensschluß aufhören.

Es ist dringend erwünscht, daß über all diese Dinge endlich eine Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland stattfindet. Die Polen müssen aus diesem Zustand der Unklarheit und Ungewißheit herauskommen.

Freilich die Unklarheit der zukünftigen Grenzen des polnischen Reiches bleibt. Sie kann erst im Friedensschluß beseitigt werden. Klar ist für uns Deutsche nur das eine: Eine Zuweisung deutscher Landesteile, auch solcher, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Polnisch spricht, ist ausgeschlossen. Auch solche Grenzkreise unserer Ostmarken, wo das der Fall ist, weisen sehr starke deutsche Minderheiten auf. Und unsere Grenzen nach Osten machen es unmöglich, westpreussische, posensche oder schlesische Kreise abzutreten. Auch die Polnisch sprechende Bevölkerung dieser Kreise will



9./X. 1917

68

# Deutscher Parlamentarismus.

Von

Georg Bernhard.

Es ist nützlich, hin und wieder die Bilanz zu ziehen. Man soll es besonders dann tun, wenn eine Zeitlang hinüber und herübergeredet ist. Es weiß dann keiner mehr recht, was die Kernpunkte waren. Besonders beim Defer besteht die Gefahr, daß er seine Auffassungen und Gedanken mit dem vermischt, was er wo anders gehört hat. Und schließlich erscheint ihm so das Wollen seiner Zeitung nebelhaft und verflücht.

Die Frage der Parlamentarisierung und des Parlamentarismus ist schon lange reif für die Bilanzziehung. Die in dem erregten Diskussionen über sie zutage geförderten Werte müssen überprüft und endgültig bewertet werden. Der Schlussposten wird auf solche Weise erst richtig gewonnen und läßt uns erkennen, ob ein Gewinn als Rest bleibt.

Die Kontrolle der Regierung durch das Volk und die Teilnahme des Volkes an der Regierung liegt in der Entwicklungslinie jedes Staates. Wir entwickeln uns auf diesem Wege seit 1848 in Preußen. In anderen deutschen Ländern seit früher. Die weitere Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Form und Tempo dieser Entwicklung hängt nicht von denen ab, die vorwärtsdrängen. Die Entscheidung darüber lag in allen ähnlichen Fällen immer bei denen, die sich zur Wehr setzten. Welche Wegungen, die man nicht aufhalten kann, soll man führen, welche Besitz, den man sicher einmal verlieren muß, soll man rechtzeitig teilen. Der absoluten Monarchie bieten sich zwei historische Sackgassen: Untergang oder Uebergang zur Festlegung ihrer Machtgrenzen durch die Konstitution.

Die deutschen Dynastien sind bis auf ganz vereinzelte den letzten Weg gegangen. Für sie und alle diejenigen, die dem monarchischen Grundgedanken huldigen, entsteht nun die Frage: sollen sie weitergehen? Bisher bestand nur Mitwirkung der gewählten Vertreter des Volkes an der Gesetzgebung. Das, was erstrebt wird, heißt: Mitverantwortung der Volksvertreter für die Regierung. Fremdwort: Parlamentarismus.

Die mit der geschichtlichen Entwicklung Vertrauten sagen: Der Weg zur Mitverantwortung ist unabwendbar. Sie raten: dieser Weg führt zur Befestigung, nicht zur Schwächung des monarchischen Gedankens. Denn Parlamentarismus bedeutet Befreiung der Dynastie von den Schwächen des einzelnen Dynasten. Der unzulängliche König vermag ohne Parlamentarismus das ganze Geschlecht, ja die ganze Einrichtung zu schwächen. Denn Verantwortung für alles, was geschieht, trägt ohne Parlamentarismus die Regierung, also zuerst der König als ihr Besteller. Die Mitverantwortlichkeit des Parlaments deckt die Person des Königs. Nur die begabten Regenten treten noch als Persönlichkeiten hervor und breiten ihren Glanz auch über die Fehler der unbedeutenden.

Die Gegner eines Parlamentarismus weisen warnend auf die romanischen Staaten: Das Hin und Her der politischen Zettelungen verschlingt dort jährlich mehrere Duzend Minister. Sie sind verbraucht, bevor sie arbeiten können. Die Leistungen an Fürsorge sind dort gering, die Steuern verteilen sich ungleich. Die größte Gefahr aber zeigt sich in Frankreich: die Politiker wechseln schnell, die bürokratische Maschine bleibt ewig, sie ist unkontrolliert, faul, auffässig und bildet das Element der dauernden Rückständigkeit der Verwaltung inmitten des schnell wechselnden Fortschrittes der Regierung.

Die Freunde und die Gegner haben recht. Nur ein Regierungssystem kann echt sein, das organisch aus der Entwicklung des einzelnen Staates herauswächst. Nur dann umfaßt der Fortschritt alles. Nur konservativer Fortschritt ist fruchtbar. Konservativ nicht im Parteisinn, sondern entwicklungs-geschichtlich genommen: Gewesenes muß erhalten werden, wenn es weiter Frucht tragen kann. Das Neue aber muß Frucht sein, die aus dem treibt, was war. Keine Laune, kein Einfall, kein geistreicher Gedankenblitz, der, weil er nicht in Schmerzen geboren wurde, auch nicht selbst wieder gebären kann.

In diesem Sinne gibt es echten Parlamentarismus nur in England und vielleicht auch in Ungarn. Daher dort auch das



10. IX. 1918

# Aufbruch der Deutschen Vaterlands-Partei.

Ehrenvorsitzender:  
Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg.

1. Vorsitzender:  
v. Tirpitz, Großadmiral.

2. Vorsitzender:  
Dr. Rapp, Generallandschaftsdirektor a. D.  
Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat.

Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.

Wen gäbe es, der nicht mit heißem Herzen den Frieden ersehnte! Nervenschwache Friedenskluggebungen verzögern aber nur den Frieden. Unsere auf die Vernichtung Deutschlands bedachten Feinde erblicken in ihnen nur den Zusammenbruch deutscher Kraft. Und das zu einer Zeit, da wir nach dem Zeugnis unseres Hindenburg militärisch günstiger dastehen denn je zuvor. Sichern wir dem Feinde zu, daß für ihn jederzeit ein ehrenvoller Verständigungsfriede zu haben ist, so kann er durch Fortsetzung des Krieges nur gewinnen und nichts verlieren.

Unsere Regierung befindet sich nach den Beschlüssen der Vergangenheit in einer Zwangslage. Ohne einen starken Rückhalt im Volk kann die Regierung allein der Lage nicht Herr werden. Sie braucht für eine kraftvolle Reichspolitik auch ein kraftvolles Werkzeug. Ein solches Werkzeug muß sein eine große, auf weiteste vaterländische Kreise gestützte Volkspartei.

Nicht Sonderbestrebungen zur Erringung parteipolitischer Macht dürfen jetzt das Deutsche Reich zersplittern, der unbeugsame, nur auf des Vaterlandes Sieg bedachte Wille muß es einen! In dankbarem Ausblick zu unserem unvergesslichen geliebten ersten Kaiser und seinem eisernen Kanzler, den Einigern der deutschen Stämme, eingedenk des Titanenkampfes gegen den verderblichen Parteigeist, den Otto v. Bismarck mit flammenden Worten vor Gott und der Geschichte anklagte, haben die unterzeichneten ostpreussischen Männer, treu den Ueberlieferungen ihrer Vorfäter, die

## Deutsche Vaterlands-Partei

gegründet, um das deutsche Vaterland in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte vor dem Erbübel der Uneinigkeit und Parteilung zu schützen und zu sichern.

Die Deutsche Vaterlands-Partei bezweckt die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung. Sie besteht aus vaterländisch gesinnten Einzelpersonen und Vereinigungen. Sie will Stille und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß!

Die Deutsche Vaterlands-Partei will mit vaterländisch gerichteten politischen Parteien nicht in Wettbewerb treten. Mit ihnen will sie zur Stärkung des Siegeswillens und zur Ueberwindung aller ihm entgegretenden Schwierigkeiten Hand in Hand arbeiten. Die Deutsche Vaterlands-Partei ist eine Einigungspartei. Sie sieht deshalb von der Aufstellung eigener Kandidaten für die Volkswertretung ab. Mit dem Tage des Friedensschlusses löst sie sich auf.

Wir wollen keine innere Zwietracht! Ueber inneren Haber vergessen wir Deutsche zu leicht den Krieg. Der Feind vergift ihn keinen Augenblick! Die in der Deutschen Vaterlands-Partei zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht. Mag der einzelne zu den innerpolitischen Streitfragen stehen, wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit nach dem Kriege vorzubehalten. Dann sind unsere Tapferen aus dem Felde heimgekehrt und können am inneren Ausbau des Reiches mitwirken. Jetzt gilt es nur zu siegen!

Wir leben nicht, wie unsere Feinde fügen, unter autokratischem Absolutismus, sondern unter den Segnungen eines konstitutionellen Staates, dessen soziales Wirken alle Demokratien der Welt beschämt und dem deutschen Volk die Kraft gegeben hat, der ungeheuren Uebermacht seiner Feinde zu trotzen. Deutsche Freiheit steht himmelhoch über der unechten Demokratie mit allen ihren angebliehen Segnungen, welche englische Heuchelei und ein Wilson dem deutschen Volke aufschwagen wollen, um so das in seinen Waffen unüberwindliche Deutschland zu vernichten. Wir wollen nicht Englands Geschäfte besorgen.

Wir wissen, es geht um unseres Volkes Bestehen und Machtstellung in der Welt! Dem deutschen Volke geht es nicht, wie England, nur um das Geschäft! England, der Anstifter und beharrliche Schürer dieses Weltbrandes, ist in verzweifelter Lage. Zu Wasser und zu Lande sind wir die Sieger! Durch den U-Boot-Krieg in seinem Lebensnerv getroffen, hofft England noch in letzter Stunde auf deutsche Unzufriedenheit und Uneinigkeit. In nicht zu ferner Zeit wird sein Hochmut gebrochen sein, wenn wir nur ausharren und trügerischen Friedenslockungen widerstehen!

Wir wissen, und auch die Feinde wissen es, wieviel Deutschland seiner militärischen Erziehung durch Preußens Könige aus dem Hohenzollernhause verdankt. In dem Kaiserthum erblickten die Feinde das Haupt Hindernis für Deutschlands Niederringung. Mit allen Mitteln der List und Lüge wollen sie Deutschlands Söhne zum Verlassen ihres kaiserlichen Führers be-

stimmen. Sie wissen nicht, was deutsche Treue heißt, wie die deutschen Bundesfürsten und Stämme, durch Blut und Eisen zusammengeschweißt, bis zum letzten Atemzug zu Kaiser und Reich stehen! Sie ahnen nicht, wie kriegerische Zucht uns Deutschen kein Opfer, sondern freiester Stolz ist.

### Wir wollen keinen Hungerfrieden!

Um einen Frieden bald zu erreichen, müssen wir nach Hindenburgs Gebot die Nerven behalten. Tragen wir willig Not und Entbehrungen, so wird dem deutschen Volk ein Hindenburgfrieden zuteil werden, der den Siegespreis ungeheurer Opfer und Anstrengungen heimbringt. Jeder andere Friede bedeutet einen vernichtenden Schlag für unsere Zukunftsentwicklung. Die Berkümmernng unserer Weltstellung und unerträgliche Lasten würden unsere wirtschaftliche Lage und vor allem die Aussichten unserer Arbeiterschaft vernichten. Statt hochwertiger Waren auszuführen, wird Deutschland dann wieder seine Söhne in Scharen auswandern sehen!

Die Gründer der Deutschen Vaterlands-Partei haben Seine Hoheit den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und den Großadmiral v. Tirpitz gebeten, die Führung der Partei zu übernehmen.

An alle, die auf dem Boden dieser Anschauungen stehen, richten wir den Ruf, sich der Deutschen Vaterlands-Partei anzuschließen! Jeder, der helfen will, ist willkommen. Die Ziele der Partei müssen sofort verwirklicht werden. Kein Augenblick ist zu verlieren:

## Es gilt Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft!

Königsberg i. Pr., im Yorcksaal der Ostpreussischen Landschaft, am Tage von Sedan 1917.

Dr. Baumgart-Königsberg i. Pr., Universitätsprofessor, Geheimer Regierungsrat. Dr. Brandes-Althof, Kreis Insterburg, Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen. Broddeck-Amalienau, Generalleutnant z. D. v. Brünnel-Königsberg i. Pr., Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen. Dr. Dirschtel-Königsberg i. Pr., Gymnasialdirektor, Stadtverordnetenvorsteher. Graf Dönhoff-Friedrichstein, kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Landhofmeister im Königreich Preußen. Ebel-Pr. Eylau, Superintendent. Freiherr v. d. Goltz-Kallen, Kreis Fischhausen, Dr. Hansen-Königsberg i. Pr., Universitätsprofessor, Geheimer Regierungsrat, Prorektor der königlichen Albertus-Universität. Heumann-Königsberg i. Pr., Kommerzienrat, i. Fa. Waggonfabrik S. Steinfurt G. m. b. H. Dr. Rapp-Bilzen, Kreis Pr. Eylau, Generallandschaftsdirektor a. D., Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat. Dr. Körte-Königsberg i. Pr., Oberbürgermeister. Otto Meyer-Königsberg i. Pr., Vorsitzender des Vorsteheramts der Kaufmannschaft. Rudolf Meyer-Königsberg i. Pr., Kaufmann und Stadtrat. D. Dr. v. Plehwe, Kanzler im Königreich Preußen, Oberlandesgerichtspräsident a. D. Pohl-Tilfit, Oberbürgermeister. Freiherr v. Tettau-Tollz, Obermarschall im Königreich Preußen, Vorsitzender des Provinzial-Landtages. Tiefen-Königsberg i. Pr., Bürgermeister. Witrin-Königsberg i. Pr., Geheimer Studienrat, Realgymnasialdirektor. Dr.-Ing. Ziese, Geheimer Kommerzienrat, Inhaber der Schichau-Werke. Zisch-Allenstein, Oberbürgermeister.

Beitrittserklärungen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlands-Partei, Berlin W. 10, Viktorstraße 30. Fernsprecher: Lühow 5549.

Zahlstellen: Kaiserl. Postsekamt Berlin, Nr. 35 300; Deutsche Bank, Depositenkass. C, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 134a. Jahresmitgliedsbeitrag 1 M.

\*

In Königsbergs hügeligen Gassen, im niedrigen Saal des alten ostpreussischen Ständehauses, hat das Preußentum schon einmal eine Auserstehung erlebt. Das war kurz nach dem Tage von Taurroggen, im harten Winter 1813, als Deutschlands Herz im äußersten Osten zwischen Memel und Pregel schlug, denn in Berlin wachten die welschen Schergen und hielten die Vaterlandsfreunde nieder, legten ihren lähmenden Druck auf den Königshof und säten die Saat des Zweifels und der Entmutigung.

Preußen im Januar 1813 und Deutschland im vierten Jahre des Weltkrieges 1917, welsch ein Unterschied, welsch die Umkehrungen europäischer Geschichte! Damals hatten die Preußen kurze Monate vorher als Feinde vor Riga gestanden, waren über die Düna geschritten, um die Baltendstadt zu unterwerfen, nicht als Abgesandte des Deutschtums, sondern als die Büttel des Korjens, als Hilfskorps des Weltzeroberers Napoleon. Der Erfolg blieb versagt, unrühmlich zogen sich die preussischen Fahnen zurück, lagen im Rückzug hart an der litauischen Grenze, und die Wachsfeuer von Taurroggen grüßten das Jahr, das ein neues Zeitalter heraufzuführen sollte. In der Mühle von Taurroggen zettelte der truzige Geheimbündler Nord auf eigene Faust ein Bündnis an, das seinen König und seine Regierung in ärgste Verlegenheiten stürzte, das dem General den Kopf kosten mußte, wenn der ungeheure Plan mißglückte. Aber auf die Expedition von Taurroggen folgte im Ständesaal zu Königsberg der erste Akt, in Breslau erlebte das deutsche Volksdrama seinen Höhepunkt in des Königs „Aufbruch an mein Volk“, und bei Leipzig nahm das Schauspiel einen brausenden Ausgang, die deutsche Befreiung ward sein triumphierender Schlusssakord.

Alle Analogien der Geschichte sind lendenkahl, jede Tat wird einmal geboren und lehrt nie wieder. Was jetzt am Sedantag in Königsberg geschah, ist ein Neues, nur vom



11. IX. 1912

77

12 Heller

für Wien

Mittagsblatt S. Keller.

Abonnementbedingungen:  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus.  
 Wöchentlich 70 h.  
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—.  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Tabak-Handlungen und Vertriebsstellen:  
 Monatlich K 3.—.

Provinz und Ungarn:  
 Monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 14.40.  
 Für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 18.—.  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rode:  
 Wien: 97, und in den Filialen:  
 I. Schultergasse 19, Telefon 9191  
 II. Baumgasse 80, Tel. 40223  
 X. Wickenburgplatz 5, Telefon 58244  
 XIV. Wientingerplatz 6, Tel. 86126  
 XVI. Mariahilfergasse 24, Telefon 54149  
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17173  
 XXI. Angererstraße 14.

Für die an fremde Austräger oder  
 Vertriebsstellen bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

# ung

erreich.

nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

## Die Schuldfrage in der Antwort der Franzosen.

Von Ludo W. Hartmann.

Die französische Sozialdemokratie hat ihre Antwort auf den holländisch-standinavischen Fragebogen in der „Humanité“ veröffentlicht und ihrer Gesamtauffassung entsprechend hat sie die Behandlung der sogenannten Schuldfrage an die Spitze gestellt, in der Ueberzeugung, daß nur wenn die Schuldigen ausfindig gemacht sind, auch die Wiederholung des Übels gehindert werden könne. Sie verkennt zwar die tieferen, von allen Sozialisten anerkannten Ursachen nicht, aber sie legt doch von jenem Standpunkt aus auf die unmittelbaren Veranlassungen besonderes Gewicht. Auch bemühen sich die französischen Genossen bei der Beurteilung der entfernteren imperialistischen Vergangenheit, Schatten und Licht möglichst gleichmäßig zu verteilen und verabsäumen es nicht, wie sie es ihrer eigenen Vergangenheit schuldig sind, auch Frankreichs Gewaltstreich in Marokko gebührend zu brandmarken. Ja sie gestehen, daß dank der geheimen Diplomatie auch in den demokratischen Ländern, zu denen Frankreich gehört, die Völker nur allzusehr in Unwissenheit über die äußere Politik der Regierungen gehalten worden seien. Um so naiver mutet es dann an, wenn sie annehmen und zu beweisen trachten, daß sich in dem demokratischen Frankreich plötzlich im Augenblick der unmittelbaren Gefahr ein Umschwung vollzogen habe; der einzige Beweis, der dafür angeführt wird, ist, daß die französischen Sozialisten unmittelbar vor der deutschen Kriegserklärung ihre Regierung dazu bewegen haben, die Truppen zehn Kilometer von der Grenze entfernt zu halten, um Grenzzwischenfälle zu vermeiden, und mit der Kriegserklärung nicht vorzugehen. Naiv ist es auch, anzunehmen, daß in den anderen Ländern die Völker getäuscht worden seien und daß, während die Franzosen den Verlauf der Dinge klar überblicken, die Deutschen jetzt nach allen Aufklärungen noch entweder so verblendet sind, nicht zu sehen, oder so schlecht, nicht sehen zu wollen. Demgegenüber muß immer wieder scharf betont werden, daß bei der Lage der Quellen von einer lückenlosen Darstellung der Vorgänge unmittelbar vor dem Kriege nicht die Rede sein kann — wohl aber kann man nachweisen, daß die Darstellung der Franzosen, auf welcher sie ihr folgenschweres Urteil aufbauen, sehr einseitig und außerordentlich lückenhaft ist. Sie liest sich wie das Plaidoyer eines Staatsanwalts, der sich vor Berufsrichtern bemüht, die Taten eines Angeklagten in einige Paragraphen des Strafgesetzes hineinzupressen, keineswegs wie das Urteil eines gerechten Richters. Es scheint den Franzosen in ihrer Selbstgerechtigkeit gar nicht in den Sinn zu kommen, daß es vielleicht auch möglich wäre, den Staatsanwalt auf die Anklagebank zu bringen.

Für die Franzosen gibt es nur ein einziges Merkmal der Schuld am Kriege: Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichtes, und sie berufen sich dafür auf die Erläuterungen von Jaurès zu den Stuttgarter Beschlüssen der Internationale. Es ist richtig, daß Serbien in seiner Antwort auf das österreichische Ultimatum vorschlug, die noch strittigen Punkte dem Haager Schiedsgerichtshof oder den Großmächten zur Entscheidung zu überlassen. Es soll nun hier keineswegs das Ultimatum verteidigt, noch auch untersucht werden, ob in diesem Stadium die Annahme des Schiedsgerichtes durch Oesterreich möglich und nützlich gewesen wäre; jedenfalls hätte es damit ein Beispiel gegeben, wie es in ähnlicher Weise noch kein Großstaat gegeben hätte. Aber die Franzosen legen nicht auf dieses Angebot das Hauptgewicht, sondern auf das Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm vom 29. Juli, in dem es heißt: „Es würde richtiger sein, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben.“ Denn es ist in der Tat nicht so sehr der Ursprung des österreichisch-serbischen Krieges zu untersuchen wie der Ursprung des Weltkrieges. Dieser entwickelte sich daraus, daß der serbisch-russische Konflikt nicht isoliert blieb, sondern weil sich der russisch-panslawistische Imperialismus das Recht anmaßte, sich in die Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. In einer ähnlichen Lage hatte der Konarab von Basel im Herbst 1912



M. IX. 1917

Vorschlägen des auswärtigen Amtes entsprechende Depesche Kaiser Wilhelms an den russischen Zaren.

Kaiser Wilhelms Telegramm an den Zaren.

„Seit geraumer Zeit bedroht die englische Presse Deutschland, damit es unter keinen Umständen gestatte, daß an Dein baltisches Geschwader, das jetzt auf der Ausreise ist, Kohlen gesendet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die japanische und die englische Regierung einen gemeinsamen Protest gegen unsere Versorgung Deiner Schiffe mit Kohlen einlegen, verbunden mit der Aufforderung, jede weitere Tätigkeit einzustellen. Das durch eine solche Kriegsdrohung Englands angestrebte Ergebnis wäre, daß Deine Flotte völlig festgelegt und daß es ihr durch den Kohlenmangel unmöglich gemacht würde, ihr Ziel zu erreichen. Dieser neuen Gefahr würden Rußland und Deutschland gemeinsam zu begegnen haben. Deinem Bundesgenossen Frankreich hätten sie dabei an die Verpflichtungen zu erinnern, die er in dem Zweifundvertrage mit Dir übernommen hat, an den Casus foederis. Es ist ausgeschlossen, daß Frankreich angesichts einer solchen Aufforderung versuchen sollte, seiner selbstverständlichen Verpflichtung gegen seinen Verbündeten auszuweichen. Obwohl Delcassé geschworener Anglophile ist, wird er klug genug sein, um zu begreifen, daß die englische Flotte ganz außerstande ist, Paris zu schützen. Auf diese Weise würde eine machtvolle Vereinigung der drei stärksten Festlandsmächte gebildet werden, die angreifen sich die anglo-japanische Gruppe zweimal überlegen würde.

Die Flotten Englands wegen unserer Kohlenversorgung für russische Schiffe sind um so weniger gerechtfertigt, als England seit Kriegsbeginn, nachdem es Japan die zwei Panzerschiffe „Mitschin“ und „Kajuga“ unter englischen Offizieren und Besatzungen geschenkt hat, ständig die japanische Flotte mit ihren Kohlen versorgt und ihnen nicht weniger als 80 Dampfer verkauft hat. Die Seeschlachten, die Togo liefert, werden mit Cardiffkohlen geliefert. Es würde natürlich für uns viel angenehmer sein, wenn die Engländer so klug wären, dies alles zu bedenken und uns allein und in Frieden zu lassen. Aber ich werde nicht einen Augenblick vor einer ungerechtfertigten Drohung zurückweichen.

Ich bedaure den Unfall in der Nordsee. Wenn die Flotte nächtliche Angriffe fürchtet, so meine ich, daß Scheinwerfer allein genügen würden, um die Schiffe vor Überraschungen zu schützen, wenn alle außerhalb des Geschwaders liegenden Sektoren beleuchtet werden. Aber der Gebrauch der Geschütze sollte besonders in europäischen Gewässern so viel als möglich eingeschränkt werden. Meine Nachrichten aus London besagen, daß die Presse und die Straße Lärm schlagen und daß die Admiralität sich etwas aufregt, daß aber die Regierung, der Hof und die Gesellschaft mit großer Ruhe das Ereignis als einen bedauerlichen Unfall betrachten, der aus zu großer Nervosität entstanden ist.

Ich habe sichere Nachricht aus Italien, daß der Fern-Schiffbau (Terni, Odero, Orlando) drei schnelllaufende Hochseepanzerschiffe von je 12.000 Tonnen, für eine fremde nicht genannte Macht, wahrscheinlich Japan, baut. Dies erinnert mich an meinen früheren Vorschlag, daß Du nicht vergessen solltest, ebenfalls neue Linienschiffe zu bestellen, um einige fertig zu haben, wenn der Krieg vorüber ist. Sie werden während der Friedensverhandlungen eine vorzügliche Ueberredungskunst ausüben. Unsere Privatfirmen würden sich sehr freuen, Aufträge zu erhalten.

Ich habe Lamsdorff Deine Befolge zugesagt, wie Du dies freundlicherweise für mich mit Schebelo getan hast. Ich bin sehr dankbar für Deine freundliche Anerkennung meines Verhaltens gegen Dich und gegen Rußland und versichere Dir: Du kannst Dich stets auf meine unbedingte und treue Loyalität verlassen. Beste Grüße an Allg.“

Die Antwort des Zaren.

Am 29. Oktober 1904 ließ der Zar dem Kaiser folgende Drahtantwort zugehen:

„Dein Telegramm trifft in einem sehr ernsten Augenblick ein. Natürlich kennst Du die ersten Einzelheiten des Nordsee-Zwischenfalles aus dem Telegramm unseres Admirals. Selbstverständlich ändert dies vollständig den Charakter der Ereignisse. Ich habe keine Worte, um meine Entrüstung über Englands Verhalten auszudrücken. Es scheint, daß die Festlandsmächte in ähnlichen Fällen Gefahr laufen, daß keine (Englands) öffentliche Meinung die verständigere Haltung seiner Regierung überwindet. Letztere muß ihr folgen. Die Minister des Landes unternehmen gewagte Schritte. Sie senden freche Noten mit ganz unannehm-

baren Bedingungen. Das ist die Folge davon, daß man nach der Eingebung des ersten Augenblickes handelt!

Seule befahl ich Lamsdorff, meinem Londoner Botschafter den Vorschlag zugehen zu lassen, die ganze Frage einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten, wie im Protokoll der Haager Konferenz bestimmt ist. Ich stimme völlig Deinen Beschwerden über Englands Verhalten hinsichtlich der Kohlenversorgung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer bei, während es sich auf Bestimmungen verweist, die Neutralität auf seine eigene Art zu wahren.

Es ist sicherlich hohe Zeit, dem ein Ende zu machen. Das einzige Mittel wäre, wie Du sagst, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sogleich über eine Abmachung verständigen sollten, um die englisch-japanische Annäherung und Uberschämtheit zu nichten zu machen. Möchtest Du die Umrisse eines solchen Abkommens niederlegen und abfassen und es mir mitteilen? Sobald es von uns angenommen ist, wird Frankreich genötigt sein, sich seinem Verbündeten anzuschließen. Diese Verbindung schwebte mir oft vor. Sie wird den Frieden und die Ruhe der Welt bedeuten. Beste Grüße von Allg.“

Wie bereits erwähnt, war der obige Depeschentausch unmittelbar durch die herausfordernde, in keiner Weise gerechtfertigte Kriegsdrohung Englands und Japans an Deutschland veranlaßt. Der Wortlaut der Depesche des Kaisers zeigt, daß ihr Absender weder offen noch auch nur andeutungsweise mehr eritrebt als die Sicherung Deutschlands gegen einen vom Zaun gebrochenen Angriff.

Die Antwort des Zaren bestätigt, daß auch der Empfänger nichts anderes aus der Depesche des Kaisers herausgelesen hat. Erst dem schlechten Gewissen unserer Feinde ist es vorbehalten geblieben, sie dreizehn Jahre später, während des Weltkrieges, den sie verhüten sollte, in einer auf dessen Verlängerung hinstellenden Weise umzudeuten.

Kaiser Wilhelm und der Zar.

Englische Drohungen gegen Deutschland.

WB Berlin, 10. September.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung setzt die Aufzählung über den Depeschentausch zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren fort. Danach entfachte der Geschäftsneid der englischen Schiffahrtsgesellschaften gegen die deutschen Reedereien, die vor den übrigen Mitbewerbern den Auftrag zur Kohlenlieferung an die russische Flotte, besonders für das baltische Geschwader, nach neutralen Häfen von den russischen Privatfirmen erhalten hatten, einen Sturm der Entrüstung über dieses angeblich unneutrale Verhalten Deutschlands, obgleich englische Firmen zu gleicher Zeit den Japanern große Kohlenmengen zuführten, die aber nicht etwa an neutrale Häfen, sondern direkt nach Japan, ja sogar unmittelbar an die japanische Flotte lieferten. Schon damals war man, genau wie heute, in London der Ansicht, daß die Freiheit der Meere nur für England Günstigkeit habe.

Man bemühte sich infolgedessen, Deutschland einzuschüchtern. Die Presse erging sich in Drohungen. Lord Lansdowne erklärte dem deutschen Botschafter rund heraus: Wenn Japan sich wegen der angeblichen Neutralitätsverletzung Deutschlands zum Kriege gegen uns veranlaßt sehen sollte, werde England auf Japans Ersuchen hinten Bündenfall als für gegeben ansehen. Die englische Regierung verstieg sich sogar dazu, deutsche Dampfer, die in englischen Häfen Kohlen einnahmen, am Auslaufen zu verhindern und begründete dies mit dem Vorwand, daß die Neutralitätspflicht dies verlange. In Japan, das durch seine Siege übermütig geworden war, bedrohte man all Neutralen, die den Gegnern Kohlen lieferten, ganz offen mit kriegerischem Einschreiten.

Es bestand mithin unmittelbare Gefahr, daß Deutschland, wenn es nicht durch diese Einschüchterungsversuche sich von der Ausübung des unantastbaren Rechtes auf überseeische Handelsfreiheit abjähren lassen wollte, mit England und Japan in einen von diesen Mächten herausgeforderten Krieg verwickelt würde. Unter diesen Umständen war es natürlich und selbstverständlich, daß Deutschland bei der Wahrung seines Rechtes bei dem sehr empfindlich mitberührten Rußland Anlehnung suchte. Dies geschah am 27. Oktober 1904 durch folgende den



schlagen hätten, daß jedoch die Heeresleitung, obwohl rechtzeitig gewarnt, keine genügenden Maßnahmen gegen den deutschen Angriff auf Riga getroffen hätte. Und unschwer lieft man aus dieser Antwort des Sowjet die Anschulldigung heraus, daß die Niederlage von Riga für Kornilows Diktaturliste erwünscht kam und einen willkommenen Vorwand ergab. Wie aber wird sich die Armee in diesem nun offenkundigen Kampfe zwischen Kornilow und dem Sowjet verhalten? Um sie fest in die Hand zu bekommen hat Kornilow mit Kerenski die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Armee gegen den Sowjet durchgesetzt; ist die Disziplin in russischen Heere dadurch schon soweit gefestigt, daß sie das Heer zu einem gefügigen Werkzeuge des Generalissimus gemacht hat? Vor wenigen Tagen ist Kornilow in Moskau über Drängen Kerenskis erschienen und trat dort mit majestätischem Pompe auf, indes Kerenski im Kreml, dem Symbole des Zarismus, abstieg. Die Moskauer Staatskonferenz hat die inneren Gegensätze Rußlands statt gemildert, nur verschärft und heute steht Kornilow im schroffsten Kampfe sowohl mit Kerenski wie mit dem Sowjet. Am unsichersten erscheint dabei die Stellung Kerenskis, der Kornilow gegen den Sowjet unterstützt hat, und nun auf den Sowjet gegen Kornilow angewiesen ist. Die einzige Stütze Kerenskis sind heute noch die Kadetten, die Miljukow-Partei; diese sind durch die neuerliche Umbildung der Regierung wieder zur Macht gelangt, haben aber zugleich bei den Gemeindevahlen in Petersburg eine entscheidende Niederlage erlitten, zu der wohl das abermalige Bündeln mit der Konstantinopler Frage, die unsichtbare Machtgier des Panславismus, wesentlich beigetragen haben mag. Es ist daher leicht verständlich, daß Kerenski, vom Sowjet mit Mißtrauen beobachtet, von den Maximalisten leidenschaftlich bekämpft und gehaßt, auf eine Minderheit gestützt, als erste Maßnahme in diesem Kampfe auf Leben und Tod den Kriegszustand über Petersburg verhängte. Zugleich wird Petersburg von der Außenwelt streng abgesperrt und teilweise geräumt, unter dem Vorwand, daß keine Lebensmittel vorhanden seien. Tatsächlich sah sich Kerenski zu dieser Maßregel von der Furcht vor seinen Gegnern gedrängt; diese werden jetzt sämtlich aus Petersburg abgeschoben. Die Not in Petersburg und in den Städten ist aber ein schlechter Bundesgenosse Kerenskis, gefährlicher noch als die Freundschaft Miljukows. Seit Wochen redet und spricht Kerenski nur von der Gefahr der Gegenrevolution. Der Bruch mit Kornilow ist ein ernstes Zeichen und mit Eintritt der strengen Jahreszeit werden sich die wirtschaftlichen Nöte Rußlands noch erheblich steigern. Diese Wahrheit konnte selbst Noyb Georges Schönfärberei nicht mehr verbergen, der in Birkehead das Ausscheiden Rußlands aus der Reihe der kriegsführenden Mächte zugestand.

### Kornilow fordert die Diktatur.

Petersburg, 8. September. (Petersb. Tel.-Ag.)

Generalissimus Kornilow forderte durch einen Sonderabgesandten, den Dumaabgeordneten Lwow, daß Kerenski dem Generalissimus die gesamte Zivil- und Militärgewalt behufs Bildung einer neuen Regierung übergebe.

Da die provisorische Regierung hierin einen Versuch sah, im Lande ein gegenrevolutionäres Regime herzustellen, beschloß sie, Kerenski zu beauftragen, die notwendigen dringenden Maßnahmen zu ergreifen, um die revolutionären Rechte der Bürger zu schützen.

Kerenski befahl sofort dem Generalissimus Kornilow, sein Amt dem Oberkommandierenden der Nordfront General Klembowski zu übergeben, und verhängte über Stadt und Bezirk Petersburg den Kriegszustand.

### Kerenskis Befehl.

Petersburg, 9. September. (Petersb. Tel.-Ag.)

Ministerpräsident Kerenski hat folgenden Aufruf erlassen:

„Am 8. September ist das Mitglied der Duma Lwow in Petersburg angekommen und hat mich im Namen des Generals Kornilow aufgefordert, die gesamte Zivil- und Militärgewalt dem General Kornilow zu übergeben, der eine neue Regierung nach seinem Belieben bilden werde. Die Authentizität dieser Aufforderung Lwows ist mir sodann durch den General Kornilow selbst in einem auf der direkten telephonischen Zeitung Petersburg-Großer Generalstab geführten Gespräch bestätigt worden.“

Da die provisorische Regierung diese in meiner Person an die provisorische Regierung gerichtete Aufforderung als einen Versuch gewisser Kreise der Bevölkerung betrachtet, die schwierige Lage des Landes auszunutzen, um in demselben einen den Eroberungen der Revolution entgegen gesetzten Zustand zu schaffen, hat sie als notwendig erkannt, mich zu beauftragen, zum Wohle des Vaterlandes, der Freiheit und des republikanischen Regimes die unerläßlichen dringenden Maßnahmen zu treffen, um alle Attentate gegen die oberste Gewalt und die durch die Revolution errungenen Rechte der Bürger im Keim zu ersticken. Daher ergreife ich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Lande alle Maßnahmen, die ich der Bevölkerung zu gelegener Zeit mitteilen werde. Gleichzeitig befehle ich:

1. Dem General Kornilow, sein Amt dem Oberkommandierenden der Armeen an der Nordfront, die den Zugang nach Petersburg sperren, zu übergeben, und dem General Klembowski, provisorisch die Funktionen eines Generalissimus zu übernehmen, wobei er in Pskow verbleibt;

2. Erkläre ich über Stadt und Bezirk Petersburg den Kriegszustand.

Ich richte an alle Bürger den Aufruf, ruhig zu bleiben, die für das Wohl des Vaterlandes sowie der Armee und Flotte notwendige Ruhe aufrechtzuerhalten und ihre Pflicht, das Vaterland gegen den äußeren Feind zu verteidigen, ruhig und getreu zu erfüllen.“

### Das Oberkommando des Verrates beschuldigt.

Petersburg, 9. September. (Petersburger Tel.-Ag.)

Ein Mitglied des Soldatenkomitees der 12. Armee, die Riga verteidigt hatte, erstattete dem Zentralvollzugsausschusse der Arbeiter- und Soldatenräte einen Bericht über die Ereignisse an dieser Front. Es heißt darin: Brussilow war seit längerer Zeit durch eine besondere Abordnung davon unterrichtet worden, daß die russische Front längs der Düna in der Gegend von Riga nicht genug widerstandsfähig sei und leicht durchbrochen werden könnte. Der Abordnung wurde aber die Antwort zuteil, daß, sobald das Hauptquartier Nachrichten haben werde, daß die Deutschen dort eine Offensive vorbereiten, diese Front unverzüglich werde verstärkt werden. Indessen seien keine Maßnahmen ergriffen worden, und die deutschen Truppen seien in den Abschnitten, wo der Durchbruch erfolgte, zahlreicher gewesen als die russischen Kräfte. Nachdem die Deutschen eine große Zahl Batterien konzentriert hatten, griffen sie eine aus unzulänglich ausgebildeten Landsturmpuppen gebildete Division heftig an. Die Deutschen wußten nicht nur, wo die Russen am schwächsten waren, sondern hatten auch genaue Angaben über die Lage der russischen Batterien, die sämtlich fast sofort außer Gefecht gesetzt wurden. Das deutsche Feuer war von unerhörter Heftigkeit. Die giftigen Gase, die die Deutschen gebrauchten, waren von einer solchen chemischen Zusammensetzung, daß die Gasmasken keinen Schutz boten. Das Feuer der Deutschen vernichtete in kurzer Zeit alle Telephon- und Telegraphenleitungen und Beobachtungsposten, so daß die russischen Batterien nur auf Serate wohl zuhelfen, ohne dem Feinde nennenswerte Verluste zuzufügen.

General Bani (?) wurde beauftragt, die strategische Lage wieder herzustellen. Er befahl der (?) Division in den Durchbruchabschnitt zu marschieren, aber der Divisionskommandant führte den Befehl nicht durch. In dem Berichte heißt es weiter, daß man, anstatt alle Truppen in Massen zum Gegenangriff einzusetzen, einzelne Regimenter ins Feuer sandte, die von den Deutschen nacheinander vernichtet wurden. Soldaten und Offiziere kämpften heldenmütig, zahlreiche Truppenkörper, die den Befehl zum Rückzug erhielten, wollten nicht gehorchen, da sie an einen Verrat des Oberkommandos glaubten.

Nach Anhörung des Berichtes beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, die Regierung aufzufordern, sofort eine besondere Untersuchungskommission unter Teilnahme von Vertretern der demokratischen Militärorganisationen einzusetzen.

### Aufforderung, Petersburg zu verlassen.

Petersburg, 9. September. (Petersburger Telegr.-Ag.)

Die Entlastung der Hauptstadt von einem Teile ihrer Bevölkerung, die die provisorische Regierung gegenwärtig beschäftigt, ist nicht auf die militärischen Erfolge der Deutschen zurückzuführen, die bisher keine ernstliche Bedrohung für die Hauptstadt geschaffen haben, sondern vielmehr auf die Schwierigkeiten des Ernährungsproblems. Beweis dafür ist der Aufruf, den der von der Regierung mit der Entlastung beauftragte Minister für Post und Telegraphen, Nikitin, erlassen hat. In dem Aufruf heißt es:

Die Gerüchte von dem angeblichen baldigen Eintreffen des Feindes in der Hauptstadt sind unbegründet. Das einzige, was aus dem Vorrücken der Deutschen sich ergeben kann, ist eine neue Verwicklung der Ernährungsfrage. Der Minister fordert daher jene Einwohner, die durch ihre Beschäftigung an die Hauptstadt gebunden sind, auf, weiterhin ihren Geschäften nachzugehen, empfiehlt dagegen den nicht beschäftigten Einwohnern, nach und nach die Stadt zu verlassen, wobei ihnen alle möglichen Begünstigungen bei der Abfahrt versprochen werden.

Was die Frage anbelangt, ob die Regierung infolge der Ereignisse an der Front Petersburg verlassen soll, so wird sie von der Mehrheit der Regierungsmitglieder als verfrüht betrachtet, da sie den Ansicht sind, daß die Verlegung des Sitzes der Regierung eine ganz und gar unbegründete Panik hervorrufen könnte: denn weder die Oberste Heeresleitung noch die kompetenten Militärkreise sehen vor dem Frühling irgendwelche Gefahr für Petersburg voraus. Selbst wenn diese Frage in nächster Zeit wieder aufgerollt und in positiver Weise gelöst werden sollte, werde die Abreise der Regierung erst nach 6 Wochen stattfinden.

### Eine Erklärung des neuen Generalissimus.

Diese Erwägungen der Regierungsmitglieder finden auch eine Bestätigung in dem Interview, das der Oberkommandierende der Nordfront General Klembowski der Presse gewährt hat. Der General erklärte u. a.:

## Absetzung Kornilows.

Der Bruch zwischen Generalissimus und Regierung vollzogen.

Der russische Generalissimus Kornilow, der schon in Moskau des Strebens nach der Diktatur bezichtigt wurde, hat nun tatsächlich den Bruch mit der provisorischen Regierung und mit seinem Nebenbuhler Kerenski vollzogen. Offenbar als Folgerung der russischen Niederlage bei Riga hat er die Uebertragung einer Militärdiktatur verlangt und die Petersburger Regierung hat mit seiner Absetzung und mit der Ernennung des Generals Klembowski geantwortet, zugleich über Petersburg den Kriegszustand verhängt. Mit aller Schärfe ist damit in Rußland der Gegensatz zwischen Armee und Regierung neuerlich ausgebrochen und es ist kaum anzunehmen, daß Kornilow den Bruch herausgefordert hat, ohne sich eines starken Rückhaltes in der Armee oder der Schwäche der Regierung versichert zu haben. Kornilow, dessen Energie die Offensive von Stanislaw mit den zerrütteten Revolutionstruppen ermöglicht hat, ist für die Petersburger Regierung kein so leicht zu nehmender Gegner wie der schwächliche Zar.

Kornilow hat den Zeitpunkt für seinen Staatsstreich sehr günstig gewählt und Flug vorbereitet. Die Berichte der obersten russischen Heeresleitung sprachen Leim Rückzug von Riga von „aufgelösten Soldatenhorde“ und schilderten die Wirkung der demokratischen Einrichtungen in der Armee in den düstersten Farben. Der Arbeiter- und Soldatenrat, gegen den diese Darstellungen sich richteten, antwortete jedoch mit der Feststellung, daß die Truppen sich auch bei Riga gut ge-



12. IX. 1917

Menschen und sie stehen Trieb, dem Ziel aller dieser Kämpfe, noch immer in gleicher Entfernung gegenüber.

Für die Italoarmee bedeutet diese letzte Abwehrschlacht, die an den einzelnen Mann und die Führung dieses größten Aufgabens stellte, die stärkste Leistung dieses Krieges. Denn sie trotzte einer zahlenmäßigen Ueberlegenheit an Kämpfern, die durch die modernste Technik Frankreichs, Englands und Amerikas unterstützt, alles einsetzten, den Erfolg diesmal an sich zu reißen.

**Italienische Eingeständnisse.**

R. Lugano, 10. September. Die Frontberichte der Zeitungen gelangen endlich zu der Anerkennung, daß die österreicherisch-ungarischen Gegenangriffe mehrmals die italienischen Karstlinien durchbrochen haben und zu deren Berichtigung zwingen. „Secolo“ meint jedoch, daß die Phase der österreicherisch-un-

garischen Gegenangriffe großen Stills abgeschlossen sei und ergeht sich in Darstellungen der ungeheuren Widerstände, welche die italienische Karstfront überwinden müßte, nämlich den starken und verblüffend kriegerischen Feind, der auf dem Karst so zahlreich sei, wie es nötig ist, um seine Verteidigungsanlagen zu sättigen und der unter Generaloberst Wurm mit dem Karst so vertraut geworden sei, daß er ihn tattisch Meter für Meter auszunutzen verstehe; ferner die unvergleichlich natürlichen Schwierigkeiten und endlich die unabweisbaren Verteidigungsanlagen, wovon der Umstand einen Begriff vermittelt, daß etwa 10 Kilometer Front in der Luftlinie mindestens 300 Kilometer verworrener Schützengräben und 600 Kilometer Drahtverhau zu bedeuten haben. Der Bericht glaubt schließlich, den Italienern empfehlen zu müssen, bei der Bewertung der Schlattergebnisse zu vergessen, daß gewisse besonders bekannte und geschätzte Ziele nicht erreicht worden sind.

**Bürgerkrieg in Rußland.**

**Kornilow im Anmarsch auf Petersburg.**

Eine englische Meldung.

R. Amsterdam, 11. September. Das Netherische Bureau meldet aus Petersburg unter dem 10. September, 8 Uhr abends: Auf der Linie Luga — Petersburg wurden die Eisenbahnschienen aufgerissen.

Die ersten Abteilungen der Truppen Kornilows sollen bereits in Luga, 100 Werst von der Hauptstadt, wo sich die regierungstreuen Truppenkontingente befinden, eingetroffen sein.

Die sogenannte „wilde Division“, die Kornilow befehligte, hat Pflow verlassen und sich in der Richtung auf die Hauptstadt in Bewegung gesetzt. Sie kam im Bahnhof von Wyrika, 54 Werst = 57 Kilometer von Petersburg an der Linie Petersburg — Rybinsk an, wo der ganze Zugverkehr stillgelegt wurde.

**Die beiden Lager.**

R. Bern, 11. September. Zu den Ereignissen in Rußland schreibt der russische Mitarbeiter des „Bund“: Kornilow, der einen offenen Konflikt mit Kerenski magt, stütze sich nicht bloß auf gewisse Truppen, insbesondere die Artillerie und Kosaken, sondern auch auf das Offizierskorps, namentlich Offiziere des Infanteriekorps, deren Kongress unlängst in Kiew abgehalten wurde, sondern vielmehr auf diejenigen politischen Führer in Rußland, die auf der letzten Moskauer Konferenz Kornilow so stürmisch begrüßten, die Reden Kerenski aber mit Schweigen begleiteten.

Nach der erfolglosen Konferenz in Moskau war es Kerenski klar, daß er sich nur auf die Arbeiter- und Soldaten- sowie die Bauernräte noch stützen könne, nicht aber auf jene Kreise, die die Diktatur Kornilows schon offen verlangten. Kerenski müsse jetzt rasch handeln.

**Gegenrevolutionärer Kongress in Kiew.**

R. Bern, 11. September. Die „Russische Pressekorrespondenz“ meldet: Den Kiewer Blättern zufolge fand in Kiew ein Kongress der aristokratischen Gegenrevolutionäre statt. Eine Gruppe von Gardeoffizieren strebe die Einführung der militärischen Diktatur, die Auflösung der Sowjets und der ukrainischen Rada sowie die Wiederherstellung der Monarchie an. Die Untersuchungsorgane der Kiewer revolutionären Parteien stellen fest, daß in einem der feinsten Hotels Kiews 33 Gardeoffiziere wohnen, meistens Träger gräflicher oder fürstlicher Titel, die vor einiger Zeit die Front verließen und in Kiew gesessenen Sitzungen veranstalteten, angeblich um den Plan der Umwälzung Michael Romanows zum Kaiser zu besprechen.

In einer Privatitzung der Dumamitglieder nahmen sich Maslennilow und Burischewitsch offen als überzeugte Monarchisten.

**Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch.**

R. Kopenhagen, 11. September. Wie „Politiken“ aus Helsingfors meldet, erhält sich in Petersburg hartnäckig das Gerücht, daß Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von seinem Gute im Kaukasus geflüchtet sei, da er fürchtete, verhaftet zu werden. Man glaubt, daß er an der gegenrevolutionären Bewegung beteiligt sei.

**Kerenski ermordet?**

Widersprechende Nachrichten.

R. Stockholm, 10. September. „Aftonbladet“ verzeichnet mit aller Reserve das von seiner Seite bestätigte, in Tornea verbreitete Gerücht, daß Kerenski Sonntag oder Sonntag ermordet worden sei. Die vorläufige Regierung verheimlicht die Nachricht, welche sich höchst schnell verbreitete. In Petersburg herrsche ungeheure Verwirrung und Panik.

Kornilow weigere sich, seinen Posten zu verlassen und suche alle bürgerlichen und patriotischen Kreise für sich zu gewinnen.

Gr. Frankfurt, 11. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Der Stockholmer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ drahtet: Heute nachmittags ist bei den Entente-Gesandtschaften die Nachricht aus Petersburg eingetroffen, daß Kerenski Sonntag abends durch einen Anhänger Kornilows, einen Kosaken, ermordet worden ist.

Berlin, 11. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Stockholm: In der russischen Botschaft ist bisher noch keine Bestätigung der Nachricht eingetroffen, daß Kerenski ermordet wurde. Auch der Vertreter der russischen Telegraphenagentur beim „Swensken Telegrafiska Büro“ scheint diesen Gerüchten keinen Glauben, findet es aber sonderbarerweise nicht einmal der Mühe wert, sich nach Petersburg um Aufklärung zu wenden. Auffassend ist auf jeden Fall, daß seit halb 10 Uhr vormittags, da die Proklamation Kerenskis aus Petersburg gedruckt wurde, keine weitere Nachricht mehr gekommen ist.

Gr. Berlin, 11. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Das Berliner „Achtuhrblatt“ meldet aus Kopenhagen: Seit gestern fehlen alle direkten Nachrichten aus Petersburg.

Der englische Gesandte Paget soll die Nachricht erhalten haben, daß Kerenski auf der Straße von Kosaken überfallen und getötet worden sei. Angeblich stammt die Nachricht des englischen Gesandten aus Petersburg selbst und soll in einem Telegramm Buchanan's enthalten sein.

Wie dem immer sei, tatsächlich ist der Bürgerkrieg bereits entbrannt. Eine ganze Reihe englischer Blätter berichten, daß Kornilow seine Absetzung nicht angenommen habe, sondern weiterhin trachtet, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, die provisorische Regierung zu veranlassen, die Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen und, gestützt auf die ihm ergebenen Truppen, die Militärdiktatur zu verkünden.

**Demission des Kabinetts.**

R. Amsterdam, 11. September. Das Netherische Bureau meldet aus Petersburg ohne Angabe eines Datums: Infolge der vom Generalissimus Kornilow an die provisorische Regierung gerichteten Forderung hat das ganze Kabinettdemissioniert, um Kerenski volle Aktionsfreiheit zu geben. Alle Minister führen die Geschäfte vorläufig fort. Morgens war die Stadt ruhig.

**Kundgebungen für die provisorische Regierung.**

R. Petersburg, 11. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Anlässlich der Abberufung des Generalissimus Kornilow hat der Kommandant der Baltischen Flotte Admiral Razwosow in einem Tagesbefehl vom 10. d. die Flotte aufgefördert, gegen den Feind wachsam zu sein, Uneinigkeit zu vermeiden und sich den Anordnungen der provisorischen Regierung zu fügen.



## Der schwedisch-amerikanische Zwischenfall.

Die Unterschlagung der Post des schwedischen Gesandten in Argentinien.

R. Berlin, 12. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Zur Klarstellung“: Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Washington hat das Staatsdepartement den Wortlaut dreier Telegramme veröffentlicht, die der deutsche Gesandte in Buenos Aires im Mai und Juli 1917 durch Vermittlung der dortigen schwedischen Gesandtschaft abgefaßt hat und die unsere Beziehungen zu Argentinien betrafen. Die Veröffentlichung ist offenbar der durch die militärische Lage, durch die jüngsten deutschen Enthüllungen und durch die friedliche Beflegung des Terej-Zwischenfalles erzeugten schlechten Laune.

Im feindlichen Lager verfolgt man einen doppelten Zweck: Einmal, eine neue Krise in den deutsch-argentinischen Beziehungen zu erzeugen, sodann, der schwedischen Regierung Ungelegenheiten zu bereiten. Gegen letztere richtet sich der neueste Depeschendiebstahl, dessen sich die amerikanische Regierung rühmen darf, in erster Linie, und der gesamte Chorus der Entente-Pressen bezieht sich, die wildesten Vorwürfe gegen ihr angeblich Neutralitätswidriges Verhalten zu erheben.

Zur Klarstellung sei Folgendes bemerkt: Die deutsche Regierung hat in der Tat gelegentlich die Hilfe der schwedischen Regierung in Anspruch genommen, um Nachrichten von und nach den neutralen Ländern gelangen zu lassen, von denen sie durch das völkerrechtswidrige Verhalten der britischen Regierung und ihrer Bundesgenossen abgeschnitten ist. Während nämlich die deutsche Regierung, entsprechend dem internationalen Grundsatz, wonach die über See versendeten Briefposten der Neutralen und der Kriegführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, unverletzlich sind, den Nachrichtenverkehr auf neutralen Schiffen auch dann unbehelligt ließ, wenn Briefe von einem feindlichen Gebiet in ein neutrales oder von einem neutralen Gebiet in ein feindliches befördert wurden, hat die britische Regierung in vollem Widerspruch zu Artikel 1 des von ihr ratifizierten Haager Abkommens über gewisse Einschränkungen und die Ausübung des Seebeuterechtes im Verein mit ihren Verbündeten von Kriegsbeginn an nicht nur den unmittelbaren Briefverkehr der Gegner mit den neutralen Ländern, sondern sogar den Nachrichtenverkehr zwischen den neutralen Ländern selbst in der rücksichtslosesten Weise unterbunden.

Es ist daher selbstverständlich, wenn neutrale Regierungen ihr gutes Recht, den Nachrichtenverkehr der Kriegführenden mit anderen Neutralen zu vermitteln, auch in der Form ausüben, daß sie deren amtlichen Chiffrentelegramme weiterbefördern. Das hat sogar die Regierung der Vereinigten Staaten getan, als sie ihre äußere Neutralität noch aufrecht erhielt, indem sie in zahlreichen Fällen die Beförderung chiffrierter deutscher amtlicher Telegramme übernommen hat. Für Schweden lag ein Anlaß zu einem solchen Entgegenkommen gegenüber Deutschland umso eher vor, als es seiner natürlichen Lage als Durchgangsland zwischen Rußland und England entsprechend auch den Nachrichtenverkehr dieser Feinde Deutschlands in weitgehendem Maße vermittelte. Wie in dem der schwedischen Presse zugegangenen und auch hier veröffentlichten Communiqué mit Recht hervorgehoben wird, liegt in einem solchen Verhalten keine Neutralitätsverletzung vor, zumal Schweden, wie aus dem Communiqué erhellt, ähnliche Dienste auch den Vereinigten Staaten für den Telegraphenverkehr durch Deutschland nach dem Orient geleistet hat.

Eine Erklärung des schwedischen Ministeriums des Außern.

R. Stockholm, 11. September. (Meldung des Svenska Telegrammbüros.) Infolge der Anschuldigungen des Staatssekretärs Banjing hat das schwedische Ministerium des Außern am Montag abends folgende Erklärung abgegeben: Das Ministerium des Außern hat keine Mitteilung über die Übermittlung der in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erwähnten Telegramme erhalten. Das königliche Ministerium kann daher auch keine endgiltige Stellung zu den Fragen nehmen, die sich daraus ergeben können.

Zunächst ist es richtig, daß zu Beginn des Weltkrieges der damalige Minister des Außern die Erlaubnis zu erteilen sollte

glaubte, daß ein deutsches Telegramm über die Zivilbevölkerung von Ostpreußen weitergeleitet werde, und daß eine derartige Erlaubnis den Vertretern beider Kriegführenden Parteien unabhängig von einander gewährt wurde. Schweden war mit der Wahrung der Interessen der beiden in Kriegszustand befindlichen Länder betraut, was unzweifelhaft einen bedeutenden Telegramm- und Briefverkehr mit sich bringt.

Was nun die Vereinigten Staaten anlangt, so hat der Gesandte der Vereinigten Staaten in Stockholm bei wiederholten Gelegenheiten im Laufe dieses Jahres verlangt, daß Briefe und Telegramme von oder nach der Türkei weitergeleitet werden, was auch bewilligt wurde. Dieses Ersuchen wurde selbst zu einer Zeit gestellt, da die Türkei sich nicht in Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten befand und die schwedische Gesandtschaft noch nicht damit betraut war, die Interessen der Vereinigten Staaten zu wahren. Diese Telegramme wurden über Deutschland befördert. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten hat durch einen Brief des amerikanischen Gesandten in Stockholm vom 14. April seinen Dank für die ihm bewiesene internationale Courtoisie aussprechen lassen.

Bereits im Laufe des Sommers 1915 wurde von Seiten Englands der Wunsch ausgesprochen, daß die Übermittlung von Telegrammen zwischen Deutschland und Nordamerika aufhöre. Eine formelle Reklamation wurde nicht erhoben, aber der damalige Minister des Außern glaubte, dem ausgesprochenen Wunsche Rechnung tragen zu sollen. Dagegen war der Minister des Außern, der mit dem englischen Gesandten eine Besprechung gehabt hatte und über die Tragweite dieser Verhandlungen auf dem Laufenden war, nicht der Meinung, daß ein Hindernis vorläge, Telegramme nach anderen neutralen Ländern, wie z. B. nach Argentinien, zu senden. Infolgedessen haben Transmissionen von Telegrammen mit diesem Lande stattgefunden.

Nach der amerikanischen Mitteilung waren die jetzt in Frage stehenden Telegramme in Geheimsprache abgefaßt und infolge dessen für den transmittierenden Teil nicht entzifferbar. Wir sind nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Telegramme jenen Inhalt hatten, der ihnen zugeschrieben wird. Die erste Maßnahme ist notwendigerweise die, eine Aufklärung von Deutschland zu erlangen. Es ist gewiß, daß für den Fall, als bewiesen werden sollte, daß Mißbräuche vorgekommen sind, die entsprechenden Maßnahmen werden getroffen werden, um eine Wiederkehr solcher Fälle auszuschließen, und zwar unabhängig von etwaigen Schritten, Weber von Seiten der Vereinigten Staaten, noch von Seiten Englands ist — sei es früher, sei es jetzt — ein Schritt wegen Unterlassung der Transmission von Telegrammen zwischen Schweden und Argentinien unternommen worden. Nichtsdestoweniger ist die Angelegenheit von der Presse vor die Öffentlichkeit gebracht worden. Ein von zuständiger Stelle in offizieller oder halb-offizieller Weise zum Ausdruck gebrachter Wunsch hätte gleichwohl unverzüglich eine günstige Aufnahme gefunden.

Die Ententeagitation bei den schwedischen Wahlen.

R. Berlin, 12. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Die Veröffentlichung der chiffrierten Depeschen des deutschen Geschäftsträgers in Buenos Aires, die unter den Briefschaften des schwedischen Gesandten gefunden wurden, hat zweifellos den Zweck verfolgt, jetzt, zur Zeit der schwedischen Reichstagswahlen, den schwedischen Ententeaktivismus zu stärken.

Die Außerachtlassung aller Formen der internationalen Höflichkeit durch Banjing, der die Note der amerikanischen Regierung an die schwedische Vertretung in Washington der Presse zur Verfügung stellte, bevor noch die Regierung sich geäußert hatte, beweist, daß es der Union nur darum zu tun war, Schweden zu brüskieren.

Dieser Meinung verleiht auch die schwedische Presse Ausdruck. Auch das offizielle Reuter-Telegramm beschuldigt die schwedische Regierung in dürren Worten, die Rolle einer deutschen Telegraphenstation übernommen zu haben. Der „Socialdemokrat“ meint sogar, daß auch in Stockholm dienstwillige Empfänger und Vermittler der Meldungen des deutschen Geschäftsträgers vorhanden sein müssen.



### Der Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem gewesenen Zaren. Die Bemühungen Kaiser Wilhelms zur Sicherung des Friedens.

Berlin, 12. September.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ setzt die Mitteilungen über den Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem ehemaligen Zaren von Rußland fort.

Die Zusammenkunft in Bjorkoe am 24. Juli 1906 gab den Staatsoberhäuptern Deutschlands und Rußlands Gelegenheit, sich über die bisher zwischen den Regierungen beider Reiche erörterte Frage einer der jetzteren Wahrung des allgemeinen Friedens dienenden Verständigung gründlich auszusprechen. Das Ergebnis davon war die Befestigung der Tatsache, daß die benachbarten Kaiserreiche durch keinen ihre Lebensnotwendigkeiten berührenden Interessen Gegensatz an der Weiterverfolgung und Vertiefung einer Politik des freundschaftlichen Einvernehmens verhindert waren. Die beiden Kaiser versicherten einander, daß sie alles in ihrem Machtbereich Liegende tun würden, um diese Uebereinstimmung der beiderseitigen Volksinteressen im Falle einer drohenden Kriegsgefahr auch durch die Tat zu bekunden, indem sie fremde Friedensstörer gemeinsam zur Ruhe verweisen und, wenn dies erfolglos bleiben sollte, einander nötigenfalls auch mit den Waffen Beistand gewähren würden. Sie kamen ferner dahin überein, daß versucht werden sollte, Frankreich zum Anschluß an diese die Wohlfahrt Europas besser als jede Kriegsstiftung sichernde Politik des Zusammengehens in der Abwehr aller friedensfeindlichen Machenschaften zu bewegen.

Im Laufe der Besprechungen kam die Rede dann auch auf die nordischen Länder. Von diesem Teil der Gespräche, in denen der Zar sich eingehend mit der voraussichtlichen Rolle Dänemarks in einem europäischen Kriege beschäftigte, handelt ein Brief, den der Kaiser am 25. Juli an den Reichskanzler schrieb. Der Brief lautet:

Ueber Norwegen war der Zar sehr beunruhigt. Auf die Mitteilung, daß es König Oskar gleichgültig sei, wer sein Nachbar werde, und daß der König auch nichts gegen eine Republik habe, schlug er die Hände über dem Kopf zusammen und rief aus: „Ach das noch! Na, das fehlte gerade noch! Als ob wir nicht schon genug Republiken in der Welt hätten!“ Er meinte, wenn kein schwedischer Prinz hingehe und Kopenhagen dabei uninteressiert sei, könne ja Prinz Waldemar hingehen. Der habe einige Lebenserfahrungen, eine elegante, nette Frau und schöne, stramme Kinder. Ich pflichtete ihm bei, machte aber darauf aufmerksam, daß nach Privatmitteilungen aus Kopenhagen der König von England bereits der eventuellen Wahl seines Schwiegerjohnes sein Einverständnis erteilt habe. Der Zar war sehr unangenehm davon überrascht und schien nichts davon zu wissen. Er meinte, sein Better Karl sei völlig ungeeignet für diesen Posten, da er nirgendwo gewesen, keine Lebenserfahrung habe und indolent sei. Waldemar sei viel besser. Bei Karl werde England „by his means or foul“ die Finger nach Norwegen hineinstecken, Einfluß gewinnen, Intrigen beginnen und am Ende durch die Besetzung von Christiansund das Skagerrak und damit uns alle von der Ostsee abschließen. Ebenso seien dann im Norden die Murmanhäfen erledigt. Es wurde auch viel über Dänemark gesprochen. Dabei drückte der Zar den Wunsch aus, wir möchten in Erwägung ziehen, ob nicht irgendeine Form zu finden wäre, durch die wir beide König Christian im Falle kriegerischer Verwicklungen Hilfe leisten und seinen Länderbestand garantieren könnten, damit wir sicher seien, daß wir im Kriegsfall die Verteidigung der Ostsee nördlich von den Baltien führen könnten. Die Neutralitätserklärung würde uns nichts nützen, wenn dabei die Dänen, ihrer Ansicht nach mit Recht, feindliche Schiffe direkt in die Ostsee vor unsere Häfen lassen könnten. Der Gegner werde, falls er die Neutralität Dänemarks nicht respektiere, was bei der großen Schwäche des Ländchens anzunehmen sei, sofort Hand darauf legen und das neutrale Reich sei auf Seiten des Feindes zum Mittun gezwungen und gemächte ihm eine vorzügliche Basis für Operationen gegen unsere Küsten. Dänemark sei nun einmal ein Ostseestaat und keine Nordseemacht. Ich konnte mir seine Auffassung zwar nicht zu eigen machen, versprach aber, mit Ihnen darüber zu beraten. In Kopenhagen werde ich Schöden befragen, um feststellen zu können, was man sich dort unter Neutralität denkt.

Der in diesem Brief angekündigte Besuch in Kopenhagen kam schon wenige Wochen später zustande. Die Eindrücke, die der Kaiser in der dänischen Hauptstadt gewonnen, teilte er dem Zaren am 2. August durch folgende Depesche mit:

Mein Besuch verlief gut. Die ganze Familie, namentlich auch Dein lieber alter Großvater, erwiesen mir außerordentliche Freundlichkeit. Nach meiner Ankunft erkannte ich bald aus Presseberichten, dänischen und fremden, daß eine sehr starke Strömung von Mißtrauen und Besorgnis gegen meinen Besuch erzeugt war, besonders von England, aber auch von Frankreich. Der König war so eingeschüchtert, daß er nicht in der Lage war, die Fragen zu berühren, wie ich sie, wie wir ausgemacht hatten, ihm gegenüber erwähnen sollte.

Der britische Gesandte, der mit einem meiner Herren dinierte, erging sich in sehr lebhaften Ausdrücken gegen mich, beschuldigte mich der gemeinsten Pläne und Intrigen und erklärte, jeder Engländer wisse und sei überzeugt, daß ich auf den Krieg gegen England und auf Englands Vernichtung hinarbeite. Du kannst Dir denken, was für Unsinn ein Mann wie dieser in die Köpfe der dänischen Königsfamilie, des Hofes und des Volkes eingeträufelt haben mag. Ich tat alles, was in meiner Macht stand, um die Mißtrauenswolke zu verschleppen, indem ich mich ganz uninteressiert verhielt und keinerlei Anspielungen auf ernste politische Fragen machte. Auch schenkte ich mich in Anbetracht der sehr großen Zahl von Kanälen, die von Kopenhagen nach London führen, und bei der Möglichkeit einer Indiskretion am dänischen Hofe irgend etwas über unsere Vereinbarung, die noch geheim bleiben soll, zu sagen.

Wie ich einem langen Gespräch mit Iswolsky entnehmen konnte, sind jedoch der gegenwärtige Minister des Äußern Graf Raben und eine Anzahl einflußreicher Personen bereits zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Dänen im Falle eines Krieges und bevorstehenden Angriffes einer fremden Macht auf die Ostsee (da sie offenbar vollkommen außerstande sind, auch nur den Schein der Neutralität einer Invasion gegenüber aufrecht zu erhalten) erwarten, daß Rußland und Deutschland sofort militärische Schritte und entsprechende Flottenbewegungen unternehmen würden, um ihre Interessen zu wahren, indem sie Hand auf Dänemark legen und es während des Krieges besetzen würden, indem sie gleichzeitig den Besitz und Fortbestand von Dynastie

und Land gewährleisteten würden. Die Dänen beginnen sich langsam mit dieser Alternative abzufinden und sich darauf einzustellen. Da dies gerade das ist, was Du gewünscht und gehofft hast, hielt ich es für angebracht, dieses Thema den Dänen gegenüber nicht zu berühren und unterließ auch jede Anspielung, denn es ist besser, wenn der Gedanke sich in ihren Köpfen entwickelt und ausreift und wenn es ihnen selbst überlassen bleibt, die Schlußfolgerung zu ziehen. Sie versallen dann aus eigenem Antrieb darauf, sich an uns anzulehnen und mit unseren beiden Ländern zusammenzuhalten. Tout vient à qui sait attendre.

Die Angelegenheit, daß Karl nach Norwegen geht, ist bis in die kleinsten Einzelheiten geregelt, da England zu allem zustimmte, und es läßt sich nichts mehr an der Sache ändern. Ich sprach mit Karl über seine Aussichten und fand ihn sehr besonnen und ohne alle Illusionen über seine Aufgabe.

Was sagst Du zu dem Programm der Festlichkeiten Deiner Alliierten in Cowes? Die gesamten Krimveteranen sind eingeladen, mit ihren früheren Waffenbrüdern zusammenzutreffen, die mit ihnen gegen Rußland gekämpft haben! Sehr taktvoll fürwahr! Es zeigt sich, daß ich recht hatte, als ich Dich vor zwei Jahren vor der Neubildung der alten Krimkombination warnte. Sie ist jetzt wieder im besten Entstehen. Das Wetter war prächtig. Beste Grüße an Mir.

Die beiden oben wiedergegebenen Schriftstücke zeugen davon, daß es sowohl dem Kaiser wie der selbstverständlich an allen seinen Schritten beteiligten Reichsregierung dringend am Herzen lag, das wünschenswerte Einvernehmen mit Dänemark unter keinen Umständen anders als mit lauterer, die volle Unabhängigkeit des weniger mächtigen Nachbarn währenden Mitteln herbeizuführen. Das Wesen der in den vertraulichen Mitteilungen zum Ausdruck kommenden Politik ist — neben dem ehrlichen Wunsch nach Sicherung des Friedens — der Gedanke, daß dauerhafte, zuverlässige Abmachungen im Verkehr der Völker untereinander nur dann zu erreichen sind, wenn beide Teile aus freier Entschließung handeln und wenn neben dem natürlichen Schwergewicht der Macht auch das des Rechtes in die Waagschale fällt. In der Zeit nach der Zusammenkunft in Bjorkoe ist es, obgleich von deutscher Seite mancher entgegenkommende Schritt unternommen wurde, niemals möglich gewesen, Frankreich von seiner immer schärfer gegen Deutschland gerichteten Politik abzubringen. Der stetig zunehmende Chauvinismus der französischen Regierung machte die Absicht einer Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich zu einer dauernden Erhaltung des europäischen Friedens zunichte. Die Abmachungen von Bjorkoe sind damit hinfällig geworden. Als festes Bollwerk der Eintracht wäre der geplante deutsch-russisch-französische Dreiverband, der die bestehenden Bündnisse unberührt lassen sollte, naturgemäß dem Inselreich unwillkommen gewesen, das seit Jahrhunderten die Völker Europas gegeneinander zu heken pflegt, um aus ihrem Haber Vorteil zu ziehen. Wir wissen heute nur zu gut, daß auch in diesem Falle es letzten Endes England gewesen ist, das eine europäische Verständigung dadurch unmöglich machte, daß es planmäßig in Frankreich die Revanchelust nährte.



13./IX. 1917

# Der Generalissimus Alembowski für Kornilow.

Amsterdam, 12. September.

Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Den Blättern zufolge sollen sich der neuernannte Generalissimus Alembowski und die an der Westfront kommandierenden Generale an Kornilow angeschlossen haben.

## Kornilows Vortruppen 30 Kilometer vor Petersburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 12. September.

Nach einer Reuter-Meldung stehen die ersten Truppenabteilungen Kornilows bereits in Gatschina, dreißig Kilometer vor Petersburg. General Kaledin, der Führer der Donkosaken, soll die Petersburger Regierung ersucht haben, das Ultimatum Kornilows anzunehmen, andernfalls würde die Verbindung zwischen Petersburg und Moskau unterbrochen werden.

Nach einer anderen Meldung enthält die von Kornilow vorgeschlagene Ministerliste außer Vertretern der Rechten und verschiedenen Namen unbekannter Leute auch den Namen von Uladin, einem Arbeiterabgeordneten aus der ersten Duma, dem Kornilow das Justizministerium zudachte.

## Entfernung der revolutionären Truppen aus Petersburg.

### Beschluß des Arbeiterrates auf Verhaftung der Dumakommission.

Amsterdam, 12. September.

Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 10. d.: „Zvezdita“ schreibt, daß Kornilow in den letzten Tagen, um sich den Erfolg zu sichern, allmählich die revolutionären Truppen aus Petersburg entfernte und durch Kosaken und andere Reiterei ersetzte. Den Blättern zufolge wußten die Truppen nicht, worum es sich handelte, und glaubten, daß ein maximalistischer Aufstand unterdrückt werden soll. Der Generalstabschef Kornilows, Sakomski, telegraphierte an Kerenski, daß die Lage an der Front sehr ernst werden würde, wenn die Regierung die Forderungen Kornilows nicht erfüllte.

Die Nachricht von Kornilows Ultimatum wurde erst gestern spät abends bekannt und verursachte großes Aufsehen. Der Ministerrat beriet gestern abends und während eines großen Teiles der Nacht. Auch das ausführende Komitee des Arbeiter- und Soldatenrates versammelte sich gestern abends und beschloß unter Beifall, die vorläufige Dumakommission zu verhaften.

## Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts.

Petersburg, 11. September.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: „Njetsch“ meldet: Miljukow und der gewesene Generalissimus Alexejew stellten Kerenski einen Besuch ab und boten ihm ihre Vermittlung zur Beschwörung des beginnenden Bürgerkrieges an. Kerenski erklärte jedoch, es sei unmöglich, mit Persönlichkeiten zu verhandeln, die das Gesetz verletzt haben; er wäre jedoch nicht gegen die Uebergabe der Gewalt an ein neues Kabinett, das mit Kornilow Unterhandlungen einleiten könnte.

Nach einer privaten Erörterung mit den zurückgetretenen Ministern wurde die Idee Kerenskis als der sicherste Weg zur Beendigung der inneren Wirren anerkannt und der gewesene Generalissimus Alexejew als eventueller Chef des neuen Kabinetts bestimmt. Indessen verzichtete trotz des Drängens der Kadettenminister Kerenski schließlich darauf, Alexejew die Gewalt anzuvertrauen, und begann Verhandlungen mit Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates. Man glaubt, daß in der neuen Regierung die sozialistischen Elemente in größerem Umfange vertreten sein und daß von den nichtsozialistischen Ministern bloß der Minister des Außern Tereščtschenko und Finanzminister Khrassow ihre Posten behalten werden.

Der Leiter des Kriegsministeriums Saminkow ist zum Militärgouverneur von Petersburg ernannt worden an Stelle des Generals Wassilkowski, der der provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt worden ist.



# Der staatliche Aufbau Polens.

## Das kaiserliche Handschreiben.

Der Kaiser hat das nachstehende vom 12. September 1917 datierte Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

„Lieber Graf Szeptycki!

In voller Uebereinstimmung mit Meinem erlauchtem Bundesgenossen Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser bin Ich willens, den Ausbau des polnischen Staates, entsprechend dem Manifeste vom 5. November 1916, unentwegt fortzuführen, damit das vom schweren Joche befreite Land, soweit die Kriegslage es irgend gestattet, schon jetzt zur segensreichen Entfaltung seiner reichen staatsbildenden, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte gelange.

Noch ist es, der schweren Kriegszeiten wegen, die wir durchleben, nicht möglich, daß von Neuem ein polnischer König als Träger der allhehrwürdigen ruhmbedeckten Krone der Pfaffen und Jagellonen in die Landeshauptstadt einziehe und daß eine auf demokratischen Grundsätzen aufgebaute Volksvertretung zum Wohle des Landes in Warschau toge. Aber schon jetzt sollen, den Wünschen der Nation entsprechend, an die Stelle der bisherigen Institutionen mit gesetzgeberischer und ausführender Gewalt ausgestattete Organe des polnischen Königreiches ins Leben gerufen werden, so daß von nun ab die Staatsgewalt in der Hauptsache in den Händen einer nationalen Regierung ruhen wird. Den Okkupationsmächten werden in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszeit erforderlich.

Möge dieser neue bedeutende Schritt zur Vollendung des Aufbaues des polnischen Staates vom Segen des Allmächtigen begleitet sein und dazu beitragen, daß die Zukunft des freien Polen im selbstgewählten Anschluß an die Mittelmächte, die das Land vom russischen Joche befreit haben, glücklich und der großen Vergangenheit der polnischen Nation würdig sei.

Demgemäß ermächtige Ich Sie, das beiliegende Patent, betreffend die Staatsgewalt im Königreiche Polen, gemeinsam mit dem kaiserlich deutschen Generalgouverneur in Warschau zu erlassen.

Karl m. p.

Ein gleichlautendes Handschreiben hat der deutsche Kaiser an den kaiserlichen Generalgouverneur in Warschau gerichtet.

## Das kaiserliche Patent.

Das in diesem Handschreiben erwähnte Patent, welches heute gleichzeitig in den Amtsblättern in Lublin und in Warschau kundgemacht wird, lautet wie folgt:

„Patent vom 12. September 1917,

betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen.

### Artikel I.

1. Die oberste Staatsgewalt im Königreich Polen wird bis zu ihrer Uebernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte einem Regentschaftsrat übertragen.

2. Der Regentschaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden.

3. Die Regierungssäfte des Regentschaftsrates beizufügen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

### Artikel II.

1. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Regentschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates des Königreiches Polen nach Maßgabe dieses Patentes und der hienach zu erlassenden Gesetze ausgeübt.

2. In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen ist, können gesetzgeberische Anträge nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat behandelt werden. In diesen Angelegenheiten kann neben den nach Ziff. 1 berufenen Organen des Königreiches Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unabwieslich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, sowie ihre verbindende Kundmachung und Durchführung auch durch Organe der polnischen Staatsgewalt vornehmen. Die Verordnungen des Generalgouverneurs können nur auf demselben Wege, auf dem sie erlassen sind, aufgehoben oder abgeändert werden.

3. Gesetze sowie Verordnungen der Polnischen Staatsgewalt, die Rechte und Pflichten für die Bevölkerung begründen sollen, müssen dem Generalgouverneur der Okkupationsmacht, in deren Verwaltungsgebiet sie in Kraft treten sollen, vor ihrer Erlassung zur Kenntnis gebracht werden und können nur bindende Kraft erlangen, wenn dieser nicht dagegen innerhalb 14 Tagen nach Vorlage Einspruch erhebt.

### Artikel III.

Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes gebildet, das der Regentschaftsrat mit Zustimmung der Okkupationsmächte erläßt.

### Artikel IV.

1. Die Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung werden, soweit sie der polnischen Staatsgewalt überlassen wird, durch polnische Gerichte und Behörden, im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmacht ausgeübt.

2. Der Generalgouverneur kann in Angelegenheiten, die die Rechte oder Interessen der Okkupationsmacht berühren, die Ueberprüfung der Gesetz- und Rechtsmäßigkeit von Entscheidungen und Verfügungen der polnischen Gerichte oder Behörden im gesetzmäßigen Instanzenzuge veranlassen und bei der Schöpfung des Urteils oder der Entscheidung in oberster Instanz die betroffenen Rechte oder Interessen durch einen Vertreter geltend machen.

### Artikel V.

Die völkerrechtliche Vertretung des Königreiches Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

### Artikel VI.

Dieses Patent tritt mit der Einsetzung des Regentschaftsrates in Kraft.

Gez.: Graf Szeptycki. Gez.: v. Beseler.

## Der Regentschaftsrat.

### Der Staatsrat — Vorläufer des polnischen Landtages.

Gleichzeitig hat der k.u.k. Militärgeneralgouverneur in Lublin an die geschäftsführende Kommission des polnischen Staatsrates den folgenden Erlaß gerichtet:

Die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und des Deutschen Reiches haben die Vorschläge des Provisorischen Staatsrates vom 3. Juli 1917 über die vorläufige Organisation der polnischen Obersten Staatsbehörden ihren Herrschern unterbreitet. Hierauf haben Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn und der deutsche Kaiser uns beauftragt, das anruhende Patent zu erlassen, das für die vorläufigen verfassungsmäßigen Einrichtungen des polnischen Staates die Grundzüge festlegt.

Die verbündeten Regierungen sehen in einem Regentschaftsrat ein geeignetes Mittel, nicht nur dem polnischen Staatswesen eine allgemein anerkannte Vertretung zu geben, sondern auch die künftige Monarchie vorzubereiten. Denn der Regentschaftsrat gilt bis zur Berufung des Staatsoberhauptes als oberster Vertreter des polnischen Staates

und übt, unter dem Vorbehalte der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte, die Rechte des Staatsoberhauptes aus.

Die erste Aufgabe des Regentschaftsrates wird die Berufung eines Ministerpräsidenten sein, den zu bestätigen die verbündeten Mächte sich vorbehalten. Der Ministerpräsident wird unverzüglich alle erforderlichen Schritte unternehmen, um in den Verwaltungszweigen, die der polnischen Staatsgewalt überlassen sind, die Organisation der Ministerien zu verwirklichen und die Organisation der polnischen Staatsbehörde auch im übrigen durch Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden zum Abschluß zu bringen.

Um den Wünschen und Interessen aller Kreise des polnischen Volkes eine Vertretung zu sichern, soll der Staatsrat in neuer erweiterter Gestalt und mit vermehrten Rechten wieder aufleben. Erst der Vorläufer des polnischen Landtages: seine Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Während die Verordnung vom 26. November/1. Dezember 1916 dem provisorischen Staatsrat nur eine beratende Stimme einräumt, soll dem Staatsrat auf dem legislativen Gebiete eine beschließende Stimme zustehen. Er wird von dem Regentschaftsrat zu Sitzungsperioden einberufen. Die Rechte des Staatsrates und die Prärogativen der Okkupationsmächte sind in dem Patente näher umschrieben.

Die verbündeten Mächte vertrauen, daß der hienach in Verwirklichung des Aktes vom 5. November 1916 eingeleitete weitere Ausbau des polnischen Staates die tätige Anteilnahme der breitesten Schichten der polnischen Volksgemeinschaft finden wird; sie gehen sich der Hoffnung hin, daß die über alle Einzelheiten der Organisation noch zu führenden Verhandlungen einen raschen Verlauf nehmen und daß die weitere günstige Entwicklung der Verhältnisse dazu führen wird, die Regierungsgewalt in fortschreitendem Maße in die polnischen Hände zu legen.



15. IX. 1917

## Undiplomatische Gedanken über die Antwort Amerikas.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt.

Präsident der Brünner Handels- und Gewerbetammer.

Wien, 14. September.

Will man die amerikanische Antwort auf die Friedensnote des Papstes leidenschaftslos beurteilen, dann muß man sie in zwei Teile zerlegen, deren Inhalt miteinander in einem ziemlich schroffen Gegensatz steht.

Die Einleitung der Note ist nichts anderes als eine Wiederholung der von der gesamten Entente bis zum Ueberdruß wiederholten Verleumdungen der deutschen Regierung. Ihre Aufnahme in ein so ernst zu nehmendes offizielles Schriftstück wie die Note des amerikanischen Staatssekretärs kann nur dadurch einigermaßen entschuldigt werden, daß man annimmt, der leitende Staatsmann eines im Kriege mit Deutschland befindlichen Staates wollte sich dadurch vor der mächtigen Kriegspartei im eigenen Lande entschuldigen und gewissermaßen für mildernde Umstände für sich selbst plädieren wegen der Vorschläge, die er im zweiten Teile seiner Note zu machen wagt. Denn diese Vorschläge weichen weit ab von allem, was wir bisher aus dem Munde der leitenden Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens über die den Mittelmächten vorzuschreibenden Friedensbedingungen gehört haben.

Ich halte es daher für zweckmäßiger, sich mit dem ersten Teile der Note jezt gar nicht zu beschäftigen, vielmehr die Widerlegung aller dieser Verleumdungen der mündlichen Aussprache der Diplomaten auf dem zu gewärtigenden Friedenskongresse vorzubehalten.

Nach all den Beweisen, die unsere Regierungen aus den belgischen und serbischen Archiven in Händen haben, zu denen der eben jezt in Rußland abgeführte Prozeß des gewesenen Kriegsministers Suchomlinow unfreiwillig neues wertvolles Material hinzugefügt hat, wird es den Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns kaum schwer fallen, die Unwahrheit der amerikanischen Verleumdungen nachzuweisen und Herrn Lansing die Inkonsistenz vor Augen zu führen, die darin liegt, daß er den Worten der deutschen Regierung, die niemals ihr Wort gebrochen hat, nicht trauen zu können erklärt, daß er hingegen sich nicht scheut, mit einer Regierung, deren Vertreter von den Gerichten des eigenen Landes überführt wurde, dem deutschen Militärattache ein falsches Ehrenwort gegeben, den Zaren belogen und hiedurch die vermittelnde Tätigkeit des deutschen Kaisers zunichte gemacht zu haben, im engsten Bundesverhältnisse zu stehen.

Lassen wir also die Erörterung dieses Teiles der Note ganz beiseite. Die Diskussion darüber kann nur Verbitterung erzeugen, die ja im gegenwärtigen Stadium so viel als möglich vermieden werden soll, und wenden wir uns nun den praktischen Friedensvorschlägen des Herrn Robert Lansing zu:

Da müssen wir zunächst ein wichtiges Zugeständnis seinerseits feststellen.

Er gesteht offen, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht besiegt sind. Wenn er dieses Zugeständnis auch durch den Nachsatz abzuschwächen trachtet, daß wir durch den bisherigen Verlauf des Krieges enttäuscht sein müssen, ändert das nichts an der Wichtigkeit desselben. Herr Lansing braucht sich darüber, ob der bisherige Verlauf des Krieges uns enttäuscht hat oder nicht, wahrlich nicht den Kopf zu zerbrechen und kann die Beurteilung dieser Frage uns und unseren führenden Generalen überlassen.

Wenn er aber glaubt, die Kriegsbegeister im eigenen Lande, die täglich Jubelhymnen über die von ihren Generalstäben gemeldeten Siege ausstimmten, dadurch beruhigen zu müssen, daß er uns als zwar nicht besiegte, aber enttäuschte Feinde hinstellt, so wollen wir ihm diese Freude ruhig gönnen.

Gehen wir nun im einzelnen die Vorschläge durch, welche Lansing als Grundlage für die Friedensverhandlungen vorschlägt, und suchen wir vom Standpunkte der Mittelmächte dazu Stellung zu nehmen.

Er sagt: „Der Friede müsse auf den Rechten der Völker, groß oder klein, schwach oder mächtig, auf ihrem gleichen Rechte auf Freiheit, Sicherheit und Selbstregierung und auf einer auf billige Bedingungen gegründeten Teilnahme an den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Welt bietet, das deutsche Volk natürlich eingeschlossen, beruhen.“

In diesem Satze ist nichts enthalten, was das deutsche Volk in Deutschland oder Oesterreich abzulehnen gezwungen wäre. Speziell wir in Oesterreich haben die Gleichberechtigung aller Völker staatsgrundgesetzlich schon längst anerkannt und der Wunsch nach Selbstregierung eines jeden Volkes, also nach nationaler Autonomie, bildet bekanntlich einen Hauptpunkt des Programms der Deutschen in Oesterreich.

Die Anerkennung des Verlangens nach nationaler Autonomie seitens der Entente ist für uns Deutschösterreicher sogar von der allergrößten Wichtigkeit, weil es dem national-österreichischen Programm nach Wiederaufrichtung des selbständigen und ungeteilten Königreiches Böhmen, dessen Erfüllung die radikal-österreichischen Parteien bekanntlich von der Friedenskonferenz erhoffen, direkt widerspricht.

Das ungeteilte Königreich Böhmen mit seiner unbeschränkten Vorherrschaft des östlichen Volkes ist damit endgültig begraben und aus der Welt geschafft. Der Grundsatz von der Teilnahme aller Völker an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Welt bedeutet aber speziell für uns Oesterreicher noch, daß unsere Verdrängung von der Meeresküste nicht in den Intentionen Amerikas liegt, somit die Ansprüche Italiens auf Triest und Fiume von Amerika nicht anerkannt werden.

Lansing fährt weiter fort: „Eine Schädigung als Strafe, eine Aufteilung von Reichen und die Aufstellung des selbstfüchtigen Grundsatzes wirtschaftlicher Ausschließung halten wir für unzweckmäßig, für schlimmer als nutzlos und für keine geeignete Basis irgendwelchen Friedens, vor allem eines dauerhaften Friedens.“

Was sagen die Herren Lloyd-George, Ribot und Sonnino zu diesem Grundsatz? Ist er nicht die klarste und bestimmteste Desavouierung all dessen, was wir aus dem Munde dieser Staatsmänner bisher gehört haben? Wo bleibt die Bestrafung des Deutschen Reiches für seine angeblichen Missetaten? Wo bleibt die Aufteilung Oesterreich-Ungarns zugunsten seiner habgierigen Nachbarn? Wo bleibt der in der Wirtschaftskonferenz der Entente zu Paris beschlossene Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte und unsere Ausschließung vom Welthandel? Sollten sich England, Frankreich und Italien tatsächlich zu diesem Grundsatz bekehren, dann haben die Mittelmächte wahrlich keinen Grund, sich ihm gegenüber ablehnend zu verhalten, denn er enthält sehr viel von dem, wofür wir die Waffen zu ergreifen gezwungen waren.

Besonders wichtig scheint mir die ausdrückliche Erklärung, daß jedem Volke die Teilnahme an den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Welt bietet, gesichert bleiben muß und daß ein Ausschließen vom Welthandel nicht ge-

duldet werden darf. Das hat zur Voraussetzung die Freiheit der Meere. Speziell England muß durch diesen Grundsatz schwer getroffen werden, denn sein Zweck war es ja, als es in den Krieg eintrat, Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch gründlich zu schwächen und ihm durch schrankenlose und rücksichtslose Ausübung der Seeherrschaft den Bezug überseeischer Rohstoffe, die es für seine Industrie braucht, unmöglich zu machen. Gegen diese Vergewaltigung hat Deutschland vor allem mit England zu kämpfen.

Auch von gewaltsamen Annexionen und Eroberungen ist in Lansing's Note keine Rede. Er sagt vielmehr ausdrücklich, daß kein Friede auf politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen sicher ruhen kann, die auf einem Nachsehen begründet sind und den Zweck haben, einige Nationen zu begünstigen und andere zu benachteiligen und zu lähmen.

Also nichts von einer Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, nichts von einer Abtretung österrösterreichischer Gebiete an Italien, Serbien oder Rumänien.

Daß die Wiederherstellung dieser beiden Staaten implizite von Lansing vorausgesetzt wird, braucht für uns kein Hindernis sein, um in die Friedensverhandlungen einzutreten. Denn in Oesterreich hat gewiß niemand ernstlich daran gedacht, die eroberten Gebiete Rumäniens zu behalten, und was Serbien betrifft, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß sich ein Modus findet, welcher ein wiedererstandenes Königreich Serbien in ein erträgliches nachbarliches Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn bringt, insbesondere wenn das serbische Volk keine allzugroße Sehnsucht nach der Wiederkehr der Dynastien Karageorgievic und Njegus äußern sollte. Was aber die Eroberungen Bulgariens auf der Balkanhalbinsel betrifft, so umfassen sie fast ausschließlich nur Gebiete, die von Bulgaren bewohnt werden, also auf Grund des von der Entente verfolgten Nationalitätenprinzips zu Bulgarien geschlagen werden müßten, oder solche, die den Bulgaren früher durch ihre Nachbarn entrissen worden sind, wie insbesondere die Dobrußtscha und der Kreis von Riça und Pirot.

Was endlich die Türkei betrifft, so würde die von Lansing abgelehnte Aufteilung von Reichen auch die Rückgabe von Mesopotamien und Bagdad an dieselbe beinhalten.

Nun knüpft Lansing allerdings den Eintritt in Friedensverhandlungen an eine Bedingung, und diese lautet: „daß der Friede nicht mit der gegenwärtigen deutschen Regierung, sondern nur mit den wirklichen Vertretern des deutschen Volkes verhandelt werden könne, weil dem Worte der unverantwortlichen deutschen Regierung seitens der Entente kein Vertrauen entgegengebracht werden könne.“

Er verlangt daher eine klare und unzweideutige Willenserklärung des deutschen Volkes für den Frieden. Diese Bedingung ist eine Annahme, die vom deutschen Volke nicht widerspruchlos hingenommen werden kann. Wer als der richtige und wahre Vertreter des deutschen Volkes zu betrachten ist, hat nur das deutsche Volk allein zu entscheiden, und keiner fremden Macht steht es zu, die Legitimation dieser Vertreter in Zweifel zu ziehen, wenn ihre Bestellung auf legalem und verfassungsmäßigem Wege vor sich gegangen ist. Ebenjowenig hat Herr Lansing ein Recht dazu, das deutsche Volk darüber zu belehren, daß es mit seiner gegenwärtigen Regierung nicht zufrieden sein darf und sich andere, seiner Meinung nach freiere Regierungsformen schaffen muß. Auch diese Frage hat nur das deutsche Volk allein zu entscheiden und es wird sich diese freiere Regierungsform schaffen, wenn und wann es ihm paßt. Den auf Grund



Wien, 15. September.

Die Generalausprache über die Kriegszentralen im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses ist beendet. Wir möchten aus der Fülle der interessanten Darlegungen, die diese Debatte gebracht hat, ein Wort des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Geheimen Rates Riedl vor allem herausheben, der sagte, daß die Zentralen und Kriegsverbände in manchen Zeitpunkten durch ihre Tätigkeit die Situation geradezu gerettet haben, da die Möglichkeit des Durchkommens ohne sie nicht gegeben gewesen wäre. Damit wurde den Zentralen ein Zeugnis ausgestellt, das ihnen allein schon eine gerechte Würdigung ihrer Wirksamkeit sichern sollte. In der Erklärung des Generalkommissärs kommt der Respekt vor dem zum Ausdruck, was man in Deutschland als den „Sieg der Methode“ bezeichnet hat. Unwillkürlich erinnert man sich daran, daß ein förmlicher Legendenfranz die Tätigkeit Walter Rathenaus umgeben hat, der im Moment des Kriegsausbruchs die organisatorischen Maßnahmen getroffen hat, die Deutschland seine Rohstoffversorgung verbürgen sollten. Die Zentralen sind historische Kategorien, geboren aus der eisernen Notwendigkeit der Zeit, Zweckgründungen, die, wenn sie auch nicht den Anspruch auf Vollkommenheit erheben können, doch wichtige Kriegsaufgaben erfüllen. In der Tat sind ja auch diese kriegswirtschaftlichen Organisationen bei der Generalbesprechung im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss nicht schlecht weggekommen, es konnte ausdrücklich festgestellt werden, daß nur ein einziger Redner sich gegen die Zentralen als Solche ausgesprochen, ein Redner, der in merkwürdiger Verkennung der Tatsachen, in merkwürdiger Verkennung der sich ergebenden unheilvollen Folgen die Aufhebung der Zentralen befürwortete. Ungeteilte Zustimmung fanden die Ausführungen, daß die Zensurverhältnisse die Tätigkeit der Zentralen so lange im Dunkeln gelassen, falsche Vorstellungen im Publikum von ihrer Wirksamkeit erweckten, daß, wie Sektionschef Riedl zutreffend äußerte, die Unterbindung der sachlichen Erörterung in der Öffentlichkeit um so üppiger die schleichende Verdächtigung wuchern ließ.

Wenn aber auch einzelne Regierungsvertreter der Tätigkeit der Zentralen Gerechtigkeit widerfahren ließen, so haben doch im Verlaufe der Debatte mehrere Redner eine klare Stellungnahme der Regierung mit Bedauern vermisst. Das ist begreiflich, wenn man sich die Veranlassung der ganzen Enquete vor Augen hält. Die schleichende Verdächtigung hatte üppig genug gewuchert, und deshalb wünschten die Zentralen diese Aussprache herbei, die sie vor der großen, bisher nicht informierten Öffentlichkeit rechtfertigen sollten. Von der Regierung aber, die vollständigen Einblick in die Gebarung von Anbeginn an hat, glaubten sie eine vorbehaltlose, präzise Feststellung der Grundlosigkeit der gegen die Organi-



16./IX. 1917

Morgenblatt.

# Neuzeitpost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

**Bezugspreise:**  
 bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:  
 monatlich K 4.50  
 vierteljährlich 13.—  
 halbjährlich 28.—  
 für Oesterreich-Ungarn:  
 bei täglich zweimaliger Postverendung  
 monatlich K 5.20  
 vierteljährlich 16.—  
 halbjährlich 30.—  
 bei täglich einmaliger Postverendung  
 monatlich K 4.50  
 vierteljährlich 13.—  
 halbjährlich 28.—  
 für Deutschland:  
 vierteljährlich, Kreuzbandend. K 13.—  
 und durch die Postämter laut dort aufsteigender Posttarifliste.  
 Länder des Weltpostvereins:  
 vierteljährlich, Kreuzbandend. K 22.—  
 und durch die Postämter laut dort aufsteigender Posttarifliste.  
 Einzelpreise für auswärtig:  
 Morgenblatt . . . . . 16 h  
 Nachmittagsblatt . . . . . 8  
 Nachmittagsblatt separat . . . . . 8

i und  
 a von  
 t Be-  
 Um-  
 stunft  
 e Be-  
 t und  
 Auf-  
 erden,  
 den."  
 t der  
 t eng-  
 ir die  
 und  
 elcher  
 drucht  
 Ver-  
 einem  
 innen  
 welche  
 übrig  
 Ber-  
 einen  
 stand  
 vom  
 e an  
 statt  
 innen  
 fligt  
 men  
 die  
 t sie  
 wif-  
 poln  
 i i-  
 loh-  
 zon  
 die  
 kro-  
 quip-  
 pon  
 md  
 den  
 zur  
 die  
 en.  
 HL-  
 ng  
 nt-  
 n)  
 en  
 en  
 n  
 g  
 er,  
 m  
 is  
 m  
 ke-  
 se  
 de  
 ge-  
 ka

Sonntag, den 16. September 1917 XXIV. Jahrgang

## Frieden und gegen die Geheimverträge.

für die vom Kriege am schwersten heimgesuchten - Verbesserungen in der Versorgung.

### Polens Aufbau.

Wien, am 15. September.

Seit Stanislaus Pontatowski, tapfer mit seinen Polen die Flucht des bei Leipzig geschlagenen napoleonischen Heeres deckend, schwer verwundet in den Fluten der Elster ertrank und der Wiener Kongress bald darauf das Großherzogtum Warschau, den Rest des einstigen polnischen Königreiches auslöschte, irrte die politische Sehnsucht des Polentums wie die ruheloze Seele eines Verstorbenen mit Unrast und Verzweiflung in Europa umher. Auf den blutgetränkten Gefilden von Ostrolenka ersticke ihre letzte große Hoffnung, und was immer dann noch das Polentum in seinem durstigen Verlangen nach Wiederkehr nationalpolitischer Selbständigkeit, in den Aufständen der Vierziger Jahre, den Verschwörungen mit Mazzini, den Revolutionsbewegungen in den Jahren 1861 bis 1863 begann, reihte sich zu einer Kette schwerster Enttäuschungen, die den polnischen Traum fast zur Utopie machten. Mieroslawskis nationalrevolutionäre Diktatur dauerte nur zwölf Tage, die seines Nachfolgers Lanke-wicz nur zehn. Kläglich war das Ende. So herb waren diese Enttäuschungen, daß selbst unter den schwer bedrückten Polen Rußlands, welche die ganze Härte einer babylonischen Gefangenschaft erlebten, die opportunistische Richtung der Mgodowce sich bilden konnte, die mächtige wirtschaftliche Kreise des Polentums umfassend, sich mit dem politischen Schicksale ihres Volkes abfand und nur mehr in kluger Diplomatie innerhalb des zaristischen Rußlands die Erfüllung ihrer bescheidenen politischen Ansprüche erwartete. Das Polentum Rußlands zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts stand im Zeichen elegischer Resignation und wenn man von den hoffnungslosen Bemühungen einzelner radikaler, aber nicht ausschlaggebender Parteien absieht, brach nur in den Werken wahrhaft bedeutender Künstler und Poeten die Flamme des polnischen Geistes lodern durch. In diesen Zeiten der Trübsal und dumpfen Ergebenheit in das Schicksal war Oesterreich die einzige Zufluchtsstätte freien polnischen Geistes, großer nationaler, wissenschaftlicher und politischer Entfaltung und wenn es eine Dankbarkeit im Leben der Völker gibt, so verpflichten das polnische Volk, nicht nur Oesterreichs, heilige Gewissensschulden der Habsburger Monarchie.

Die Siege der Mittelmächte im Weltkriege haben auch den polnischen Staatsgedanken von den Toten wiedererweckt. Der Kanonendonner von Gorlice-Tarnow, der Wiedereroberung von Lemberg, der Schlacht von Kamienka und des Falles von Warschau war der Schall, der dem Polentum die nationalstaatliche Wiederauferstehung verkündigte. Mit dem Blute aller Völker Oesterreich-Ungarns und aller deutschen Stämme von den Alpen bis zum Nordmeere, vergossen auf den Walstätten zwischen der Weichsel und dem Podlesje, ist der Boden befruchtet, auf dem der Genius Polens die Erde wieder betreten durfte. Die beiden erlauchten Kaiser haben mit ihrem geschichtlichen Akte vom 5. November 1916 die Wiedererrichtung des freien Polen verkündet. Die heute in Wien und Berlin veröffentlichten kaiserlichen Patente führen das damals gegebene Werk seiner Verwirklichung näher, soweit näher, als dies überhaupt in Kriegszeiten möglich ist, in denen weite Ländereien des neuzubildenden Staates noch engeres Kriegsgebiet bilden. Der Inhalt der Patente ist durch die Hauptmerkmale gekennzeichnet: Er rückt die Begründung eines freien, nach allen Seiten unabhängigen polni-

schen Staates außer allem Zweifel, er stellt als die künftige Staatsform ein neues polnisches Königstum fest, das „die ruhmbedeckte Krone der Piasten und Jagellonen“ wieder aufnehme, und er umkleidet den Regentschaftsrat im Verein mit dem neuzubildenden Staatsrat mit gesetzgebender Gewalt, dadurch das bloß beratende Botum des alten Staatsrates wirksam erweiternd. Ebenso wie in den kriegsführenden Verfassungsstaaten selbst die Militärgewalt zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen unmittelbare Verfügungsrechte hat, ebenso findet auch die neue gesetzgebende Gewalt des besetzten Polens ihre natürliche Grenze in allen Angelegenheiten, die solange Krieg ist, nicht allein Interesse des polnischen Volkes, sondern auch der Besatzungsmächte sein müssen. Das ist selbstverständlich und vermag keinem objektiven Politiker die volle Tragweite der kaiserlichen Patente zu verkleinern.

Die grundsätzliche Festlegung der künftigen polnischen Staatsoberhoheit zerstreut wohl endlich die mißgünstigen Stimmungen, die von außen eifrig begünstigt, in dem stark zerrissenen polnischen Parteileben einen fruchtbaren Nährboden für Unzufriedenheit und scheußlichen Pessimismus fanden. Man kann nicht verhehlen, daß die politischen Verhältnisse, wie sie sich in Polen seit dessen Befreiung durch die Mittelmächte ausgebildet haben, viel weniger idealen Schwung zeigten, als die große Befreiungstat erwarten ließ. Die Vorgänge in einzelnen Teilen der polnischen Legion bis zur Affäre Pilsudski, häßliche Strömungen in der Warschauer Gesellschaft, die Bildung einer passivistischen Partei, die, anstatt an dem nationalen Aufbau mit den Befreiern des Landes zu arbeiten, politische Abstinenz betrieb und den Rücktritt des ersten Staatsrates Ende August mit sich brachte, die nervöse Ungeduld, mit der alle politischen Probleme beurteilt und behandelt wurden, — das alles hat die Rolle der Befreiermächte zu einer mühereichen und dornenvollen, freilich umso verdienstlicheren und höherwertigen gemacht.

Der künftige polnische Staat wird ein erbliches Königstum sein, wie die Verufung der kaiserlichen Handschreiben auf die Geschichte der Piasten und Jagellonen andeutet. Es gibt starke Strömungen in Polen, die mit aller Gewalt der Republik zustrebten. Sie werden sich bescheiden müssen. Sie erhalten mehr, als ihnen einst der Abgott Boniatowski, Napoleon, für ihren Nationaltraum zumaß, als er während des Feldzuges gegen Rußland zu Narbonne sagte: „Die Polen sind eine heldenmütige Rasse, aber ich mag ihre beratschlagenden Versammlungen, ihr Liberum veto, ihre Reichstage zu Pferd und mit bloßen Säbeln nicht, ich will nichts von alledem. Ich will in Europa keinen republikanischen Herd bei einem Volk wiederherstellen, das zwanzig Millionen stark, das kriegerisch und ohne Industrie ist, das an Böhmen grenzt, diese alte Heimat der Hussiten und Taboriten, das fähig wäre, sich aus einer mystischen oder demokratischen Phantasie zu Dingen hinreißen zu lassen, die uns keineswegs willkommen sein können.“ Auch Napoleon wollte die Republik Polen nicht, aber er verhiß den Polen weniger, als ihnen heute die beiden Kaiser schon geben: einen modernen, freien Staat mit eigenem Herrscher und verfassungsmäßigen Einrichtungen, die zum erheblichen Teile schon jetzt während des Krieges in Kraft treten. Wo ist jemals von Kriegsführenden eine derartige selbstlose Tat geschehen, zu schweigen von den Vergewaltigungen aller Völker, die sich jetzt mit der Entente eingelassen haben oder einlassen müssen!

Ueber die Grenzen des neuen Staatsgebietes und deshalb auch über die Ausscheidung ukrainischen Bodens



16. IX. 1917

### Ein Sieg der Friedensbewegung in Rußland.

Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat mit einer großen Mehrheit einen Antrag der Maximalisten angenommen, der den sofortigen Vorschlag eines demokratischen Friedens und die Aufhebung der Geheimverträge fordert. Die Erhebungen, die auf eine Militärdiktatur abzielten, sind in Rußland gescheitert und Kornilow sowie Kaledin sind niedergeschlagen, aus den langsam sich klärenden Meldungen erhellt jedoch, daß nicht die Pose Kerenskis, sondern die feste Haltung der Arbeiter- und Soldatenvertreter Kornilows Truppen umgestimmt und die Freiheit Rußlands gerettet hat. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Sieger, sein Wort hat sich als das heute mächtigste in Rußland erwiesen. Und eine der ersten Taten nach diesem großen Erfolge ist ein Beschluß, sofort einen Friedensvorschlag zu fordern und die geheimen Verträge mit dem Verbanne aufzuheben. Diese Forderung war bisher der Kampfruf der Maximalisten, die Kerenski deshalb als Feinde des Vaterlandes blutig verfolgt hat. Im Augenblicke, da aber die Freiheit auf dem Spiele stand, haben auch die Maximalisten im Sowjet sich entscheidend für die Revolution eingesetzt und Kerenski unterstützt. Kerenski wird als ein Mann der raschen Impulse geschildert; um so mehr muß diese Erscheinung auf ihn Eindruck machen. Die Forderung der Maximalisten, die mit den Sieg der Revolution behaupten halfen, ist heute

das Verlangen der Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrates. Wird Kerenski zurückfinden zum Ausgangspunkte, zur Grundlage seiner revolutionären Laufbahn? Hat er in der Gefahr der gegenrevolutionären Erhebungen sich besonnen und ist er bereit, die Stimme des Volkes zu hören und die Einflüsterungen der Entente endlich abzuschütten?

Kerenski ist eben mit der Umbildung seiner Regierung beschäftigt. Er stößt dabei auf den Widerstand der Kadetten, die ihm neuerlich die Gefolgschaft verweigern und die Teilnahme an der Regierung ablehnen wollen. Die Kadetten, die Partei Miljukows, waren stets das größte Hindernis des Friedens in Rußland, sie haben vor ihrem Eintritte in das letzte Kabinett Kerenskis die Konstantinopler Frage, das pan-slavistische Testament Peters des Großen, wieder zur Sprache gebracht und den Beitritt der russischen Revolution zu dem Londoner Vertrag gegen einen Sonderfrieden erzwungen. Kerenski sah damals überall Anschläge gegen die Revolution und flehte das russische Bürgertum an, die Freiheit nicht zu verraten und nicht auf die Sozialisten allein aufzubauen. Er zahlte den Kadetten den Tribut, jedoch der Erfolg in der Stunde der Gefahr war gering. Die Oktrobisten wandten sich offen gegen die Petersburger Regierung, die den ersten Ministerpräsidenten der Revolution, den Fürsten Iwow verhaften lassen mußte; die Kadetten versuchten ein doppeltes Spiel und haben Kornilow ebenso getäuscht wie sie Kerenski zu verraten bereit waren. Darum ist Kerenski heute auf den Sowjet angewiesen, den er vorher mit Kornilow gemeinsam allmählig von der Macht verdrängt hatte. Und der Sowjet besteht nun Kerenski den Frieden vorzubereiten und die Geheimverträge zu zerreißen. Unter diesen Geheimverträgen sind bisher zwei am meisten hervorgetreten: Das Londoner Uebereinkommen gegen den Sonderfrieden, dem Kerenski unter dem Drucke der Kadetten neuerlich beigetreten ist, und der Vertrag Briands mit dem Zaren, den Reichskanzler Dr. Michaelis enthüllt hat und der die Annexion des westlichen Rheinuferes durch Frankreich zum Ziele hatte. Die Dinge brauchen in Rußland lange Zeit um auszureifen, aber es ist kein Zweifel, daß der Beschluß des Sowjet eine Folge der Enthüllungen Dr. Michaelis ist. Der Sowjet hat das Wort vom Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen geprägt und kann ehrlicherweise nicht dulden, daß das russische Volk weiter für die Annexionsgelüste des französischen Chauvinismus sich verblute. Ebenso war der einhellige Widerstand des russischen Volkes, der in so erstaunlich kurzer Zeit über den populärsten Heerführer triumphiert hat, eine gewaltige Kundgebung für den inneren Frieden, der ohne Frieden nach außen niemals gesichert werden kann. Solange Rußland im Felde steht, ist die Revolution den Wechselfällen der Kriegslaute und den Mächenschaften der Verbündeten im Innern ausgeliefert und gefährdet. Die russische Presse hat die Erhebung Kornilows, die das Reich zugleich an allen



Vertrauen zu rauben, sie als unwaterländisch, als unlogisch und sogar als gefährlich hinzustellen. Berta v. Sutner wies einmal darauf hin, daß der Ausdruck „Friede um jeden Preis“ aus England importiert wurde, wo man die Mitglieder der Friedensgesellschaften und der interparlamentarischen Union als „peace at any price-men“ bezeichnete und bekämpfte. „Geben wir acht,“ schrieb sie damals prophetisch! „Es wird nun das Schlagwort sein, das gegen die Friedensbewegung auch bei uns in Anlauf kommen wird. Es soll ausdrücken, daß diejenigen, die einen wahrhaft dauernden Frieden wollen, zu jeder Niedrigkeit, zum Aufgeben aller vitalsten Interessen bereit sind, es soll eben ein schlechter Name sein. Die Engländer wissen, wie das wirksam ist. Give a dog a bad name“ sagt das Sprichwort. Will man einem Hund schaden, braucht man ihm nicht das kleinste Steinchen nachzumerzen, man ruft nur: „Ein wütender Hund! Ein wütender Hund!“, da bejagt das Steinwerfen schon die Menge.“ Damit ist wohl das Richtige getroffen. Man wollte die Pazifisten und ihre Lehre verächtlich machen. Aber diese Absicht hatte noch einen anderen Beweggrund. Die Gegner suchten durch die Erweckung jenes Verdachts ihre eigene Freihandigkeit zu erlangen, bei ihrer Betreibung der Kriegsbüchse sich die lästigen Aufklärer vom Leibe zu halten. Sie suchten die Vernunftkräfte, die für den Frieden walteten, auszuschalten, indem sie ihnen den Kredit raubten. Das Schlagwort vom „Frieden um jeden Preis“ hatte nur den Zweck, die Freiheit zum Kriegsführen vor lästigen Gemütsissen zu bewahren.

Auch während des Krieges ist diese Phrase nicht außer Kurs gekommen. Galt sie vor dem jenen, die den Krieg verhüten wollten, wird sie jetzt denen als Knüttel zwischen die Beine geworfen, die den Krieg beendigen wollen. In diesem Fall ist das Manövrieren mit jenem Schlagwort um so gefährlicher, als unter dem Druck der langen Kriegsdauer und ihrer Leiden in der Tat zahlreiche Menschen dem Elend ein Ende gemacht sehen wollen, was es auch koste. Der Sprachgebrauch begehrt in allen Ländern die Fälschung, daß er dieses Streben nach Beendigung eines Krieges immer als pazifistisch bezeichnet, während die Pazifisten doch nur ein solches Ende des Krieges ins Auge fassen, das nicht nur diesen Krieg, sondern der Institution des Krieges überhaupt ein Ende macht. Wenn sie dieses Ergebnis eher von einem Verständigungsfrieden erwarten als von der Wiederingung einer der kriegsführenden Gruppen, so verstehen sie damit keineswegs den „Frieden um jeden Preis“, sondern nur einen solchen, als dessen Preis nicht ein völlig vernichtetes und für immer als Kulturfaktor ausgeschaltetes Europa hingegeben werden muß.

Eine andere Phrase ist es, die wir heute in zahlreichen Neuerungen der Politiker, in jedem Zeitungsblatt, ohne Unterschied der Länder, wiederfinden. Es ist die Phrase vom „ehrenvollen Frieden“, die in hohem Kurs steht. Der Begriff ist militärischen Ursprungs und bedeutet eigentlich einen Fegefeuer, über den Gegner triumphierenden Frieden, einen Frieden mit trosten Vorteilen für das siegreiche Volk, sei es an Gebietszuwachs oder Entschädigungen. Will man als „ehrenvollen Frieden“ nur einen solchen bezeichnen, der bloß das militärische Prestige befriedigt, der ruhmvolle militärische Taten ohne greifbare Erfolge, Ruhm ohne Sieg, bedeutet, so tut man dem Begriff erschütterlich Gewalt an. Der militärische Ruhm allein ist ein Ergebnis, das mit den unangeheuren Opfern dieses Krieges offenbar zu teuer bezahlt ist. In militärischem Sinne ist es auch ausgeschlossen, daß beide kriegsführenden Teile sich eines ehrenvollen Friedens erfreuen können, denn das, was die Ehre des einen ausmacht, ist der Verlust des Prestiges für den anderen. Bei klarer Ueberlegung ist ein wirklich ehrenvoller Friede, nur ein solcher, der vor der Kriegsführung abgeschlossen worden ist jene Ueberkommen streitender Staaten, die einen Krieg verhindern. Ein ehrenvoller Friede in diesem wahren Sinne war der, den 1878 zu Genf das Alabama-Schiedsgericht zwischen England und den Vereinigten Staaten schloß, oder jener, den 1905 eine internationale Untersuchungskommission ohne Blutvergießen hervorbrachte, als sie den aus Anlaß der Hutter Affäre entstandenen Konflikt zwischen Rußland und England schlichtete. Die Geschichte der Friedensbewegung kennt mehrere solcher Friedensschlüsse, die vor einem Krieg auf Grund von Recht und Vernunft abgeschlossen wurden. Ein Friede, der nach einer so mörderischen Katastrophe abgeschlossen werden wird, nach mehrjährigem Vernichtungskampf auf dem teuren Kulturboden Europas, nach sieben Millionen Toten, vierzehn Millionen Krüppeln, dreihundert Millionen Kosten und einer ebenso hohen Summe an vernichteten Werten, kann vom Standpunkt der praktischen Vernunft angesehen, überhaupt kein „ehrenvoller“ mehr sein, und man sollte die kostbare Zeit nicht vergeuden, um ihn zu erringen. Nur in einem einzigen Fall wäre die Ehre des Friedens noch zu retten, wenn die streitenden Staaten alle zu der Einsicht gelangten, daß sie einem Phantom nachjagen, wenn sie zugeben wollten, daß sie sich gegenseitig nicht besiegen können, daß sie das Mittel der Gewalt als ein unumanliches erkennen und zu einem Vertrag gelangen würden, der auf Grund dieser Erkenntnis eine Gesellschaft der Nationen begründet, in der die Gewalt nicht mehr an Stelle des fehlenden, sondern im Dienst des über den Vertragsteilnehmern sich bildenden Rechtes stehen würde. Durch einen solchen Vertrag würde der pazifistische Ehrbegriff den militärischen verdrängen, und es könnte durch ihn für alle Streitenden der Fall eintreten, daß zwar alles verloren wäre, „nur die Ehre nicht“.

Aber an einen solchen Frieden trauen sich jene noch immer nicht zu denken, die sich etwas auf ihr Realpolitikertum zugute tun. Die Dauerhaftigkeit eines internationalen Friedenszustandes, die durch das Recht zwischen den Völkern begründet wird, erscheint ihnen noch immer als Quackratur des Frikels, deren Entdeckung zu suchen bekanntlich als ein Zeichen geistiger Minderwertigkeit angesehen wird. Da sie aber alle behaupten, den Krieg zu führen, um den künftigen Frieden zu sichern, so nehmen sie die Ausflucht zu der Phrase von der ja h r z e h n t e n langen Dauer des zu erstrebenden Friedens. Die sich dieser Phrase bedienen, haben keine Ahnung vom wahren Frieden. Dessen Kriterium liegt nicht darin, wie lange er ungedrungen währt, sondern in dem durch Organisation der Teile bestimmten Wesen des zwischenstaatlichen Zustandes. Der von vornherein nur für eine willkürliche Frist während gebliebene Friedenszustand wird ebensowenig ein Friede sein, wie jener Zustand der europäischer Staatenwelt es war, der mit den verhängnisvollen Fultagen des Jahres 1914 sein Ende erreichte. Dieser Friede würde, wie damals, nur ein latenter Krieg sein, der geistert sein würde durch wechselseitiges Ueberbieten an Gewaltmitteln, durch die Angst eines jeden Staates vor einem Ueberfall seitens der anderen, und der allein erhalten werden könnte durch ein Hin- und Her aller jener produktiven Kräfte der Staaten, die zur Erhöhung des Lebensalters der Völker dienen sollten, für die möglichst lange hinauschiebung einer fälschlich Frieden genannten Zwischenzeit zwischen dem eben beendigten und dem nächsten Krieg. Wie ein Mensch nicht als gesund angesehen werden kann, der auf eine im voraus bemessene Frist von einer akuten Krankheit befreit wird, so ist die Staatenwelt nicht befriedet durch eine Umwandlung des akuten Kriegszustandes in einen nur latenten, von dem man weiß, daß er sich wieder zum akuten Krieg zurückwandeln muß.

Es ist nicht notwendig, einen „ewigen Frieden“ einzuführen, aber immerhin ist es notwendig, einen Zustand zwischen den Völkern zu schaffen, der ebensowenig aufhört ein Friedenszustand zu sein, selbst wenn er einmal abbrochen werden sollte, wie der innerstaatliche Friede seinen Charakter und seine Bedeutung nicht verliert, wenn das ihn bildende Recht durch einzelne Verbrecher, oder, im großen Umfang, durch Revolutionen erschüttert wird. Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen dem befristeten, nur so benannten Frieden und jenem Zustand der Organisation, der gar nicht als ewig angesehen werden muß, um dennoch den Völkern die Wohltaten eines wahren Friedens zu gewähren. Der selbst durch gewalttätige Auflehnung unterbrochene Organisationszustand wird niemals ein latenter Krieg sein mit allen seinen fürchterlichen Folgen, er wird nicht die Volkskräfte nur für die Vorbereitung in Anspruch nehmen, sondern wird sie frei lassen für fruchttragende Wirksamkeit. Und selbst die im Rahmen eines solchen Zustandes als möglich zugegebene Gewaltanwendung wird kein Krieg sein, sondern nur ein Kampf der Rechtsordnung gegen ihre Verlezer, ein Kampf, der keine Niederlage kennt, sondern nur eine Wiederherstellung der verletzten Ordnung. Die Phrase von der im voraus befristeten Friedensdauer ist eine der gefährlichsten, weil sie den Sinn des wahren Friedens, der allein erstrebenswert ist, verschleiert.

Und noch einer Phrase gilt es auf den Vorkurs zu rufen, jener uralten, wonach der Krieg der Vater aller Dinge sei, daß er Geschichte macht und die Menschheit fortentwickelt. Diese wohlgefällige Phrase ist auch heute wieder in Kurs gesetzt, und es gibt der Interessenten genug, die die unerhörten Opfer mit ihr rechtfertigen wollen. Aber ihre Rechnung ist falsch, ihre Logik ein Trauschluß, und selbst ihre philologische Nichtigkeit ist nicht einwandfrei. Denn das zitierte Wort des Heraklit spricht nicht vom Krieg, sondern vom Kampf, der der Vater aller Dinge ist, eine Wahrheit, die niemand bestreiten wird. Nicht jeder Kampf ist Krieg. Unser so unendlich lebendig bewegtes Zeitalter wäre nicht möglich, wenn es nur aus den doch nur seltenen Kriegen unserer Zeit seinen Antrieb erhielte, statt von dem in jeder Minute sich abspielenden millionenfachen Kampf aller Wesen des Alls. Der Krieg ist nur eine besondere Art des Kampfes, war die alleinige Kampfsmethode niedriger Kulturstufen, der, auf hochentwickelter Stufe der Menschheit angewendet, zum Vernichter aller Dinge wird, wie die Vorgänge der letzten drei Jahre anschaulich darstellen.

Aber auch das ist ein Trauschluß, daß der Krieg Weltgeschichte macht und die Entwicklung beschleunigt. Ein gefährlicher Trauschluß, der daher rührt, daß wir die Wirkung des Krieges erst dann ins Auge fassen, wenn er in seiner akuten Form Staaten und Völker erschüttert. Uebersehen wir doch nicht, daß ehe diese Form seines Wesens in Erscheinung tritt, eine Periode seines latenten Daseins vorhergegangen ist, die Periode der Kraftanstrengung, der Ableitung der Arbeit von ihrer fruchtbringenden Bestimmung zu der unfruchtbaren der Kriegsvorbereitung, die Periode der Kämpfungen, der Antagonismen, der kulturellen und sozialen Lähmung, die mehr Glück raubt und mehr Leben, mehr Werte verbraucht als die Periode des akuten Krieges. In dieser Zeit der latenten Auswirkung schafft nun der Krieg alle jene Kämpfungen und Störungen, die bei dem plötzlichen Umwandeln in die akute Form geprennt werden. Diese plötzliche Erregung der Kräfte, durch den Krieg selbst angezielt, bewirkt die große Lähmung der fortschritterzeugenden Kraft des Krieges. Der Krieg schafft nichts, fördert nichts, er löst nur das durch ihn selbst Verhinderte, Verdrängte, Geberdete plötzlich aus und errent so den Anschein, als würde er fördern und entwickeln. Erst wenn die Menschheit befreit sein wird von der Geißel des Krieges, wird sie seine schädliche und retardierende Gewalt erkennen; denn dann wird sie erst sehen, wie ungehindert sich das Leben zu entfalten vermag, wie befruchtend es wirkt, wenn die Kräfte nicht mehr verausachtet werden wie im latenten Krieg zur Vorbereitung des akuten, sondern Raum gewonnen wird zu heftigem Kampf gegen die feindliche Umwelt der Naturkräfte, der allein Leben zu spenden, Werte zu schaffen und die Entwicklung zu fördern vermag.

Im Kampf gegen den Krieg ist die lähmende Phrase die festeste Schutzwehr des zu bekämpfenden Feindes. Wer den Frieden vorbereiten will, den wahren Frieden, nicht den Rükke- und Rükke-Frieden, muß in erster Linie die Phraseologie des Friedens überwinden lernen.

### Die Phraseologie des Friedens.

Von Dr. Alfred S. Fried.

Als wir noch im sogenannten Frieden lebten, suchte man die Kämpfer für eine zwischenstaatliche Organisation und eine Verständigung zwischen den Völkern durch den falschen Vorwurf zu treffen, daß sie den Frieden um jeden Preis“ aufrechterhalten wollten. Dieser Vorwurf sollte die Pazifisten im Sinne der Vaterlandsliebe verächtlich machen. Er schloß den Gedanken ein, daß die Pazifisten den Krieg auch dann zu vermeiden bereit wären, wenn Befand, Ansehen und Vorteil des Vaterlandes dadurch geschädigt würden. Es sollte die Ansicht verbreitet werden, als handelten die Pazifisten in besinnungslosem Fanatismus, ähnlich wie die Rechtsfanatiker der Vergangenheit, die den Satz prägten: „Fiat justitia, pereat mundus.“ Danach wären die Pazifisten bei ihrem Streben nach Vermeidung des Krieges bereit gewesen, den Frieden auch dann noch zu erhalten, wenn dadurch ein größeres Uebel gezeitigt worden wäre, als der Krieg. Das wäre natürlich widersinnig gewesen, hätte Vernunft zu Unfimm, Wohlrat zur Blage gemacht. Aber diesen Widersinn behauptete man zu einer Zeit, als man noch gar nicht ahnte, welche ungeheure Last und welche entsetzliche Vernichtung der moderne Krieg mit sich bringt, und wie hoch demnach der Wert, das ist der „Preis“ des Friedens zu veranschlagen war. Heute bestet man darüber, früher kaum geahnte, Erkenntnisse, und gar mancher wird zugeben, daß der Friede um keinen Preis zu teuer erkauft worden wäre, wenn er auf anständige Weise hätte bewahrt werden können.

Aber auf das Rechenexempel kam es den Gegnern der Friedensbewegung ja gar nicht an. Auch nicht auf die Logik, denn sie hätten ja leicht erkennen müssen, wie sehr ihr Vorwurf mit der Vernunft in Widerspruch steht. Ihnen lag in erster Linie daran, den Pazifisten in der Öffentlichkeit das



# PESTER LLOYD

## ABENDBLATT

Bureau: J. Blockner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Heyn, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehme Anzeigen für den Pester Lloyd.  
Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.  
Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang.

Budapest, Montag, 17. September 1917

Nr. 231

### Rechenschaftsbericht des Grafen Michael Karolhi.

Budapest, 17. September.

Der Rechenschaftsbericht, den Graf Michael Karolhi am gestrigen Tage seinen Wählern in Cegléd erstattet hat, ist zum überwiegenden Teile der Erörterung der Fragen der internationalen Politik gewidmet. Im ersten Teil dieser Ausführungen trachtete Graf Karolhi seine entente-freundliche Haltung vor dem Kriege mit der Begründung zu rechtfertigen, er habe durch seine und seiner Partei Stellungnahme dem Ausbruch des Krieges vorbeugen wollen. Auf die Frage, ob dies überhaupt möglich war, ob der gute Wille nicht des Grafen Karolhi und seiner Partei allein, sondern auch ganz Ungarns, ja sogar unserer Monarchie, auch wenn sich ihm ein gleichgerichteter Wille Deutschlands gefolgt hätte, ausreichend gewesen wäre, sei für den Augenblick nicht eingegangen; sie zu erörtern, behalten wir uns für einen späteren, sehr baldigen Anlauf vor. Selbstam ist nur, daß Graf Karolhi sich auch heute noch zu seiner damaligen Ansicht bekennet, wiewohl seither einerseits die französischen Kriegsziele, die nicht bloß Elsass-Lothringen, sondern auch die Abtretung des linken Rheinufers fordern, und andererseits auch die klar ausgetretenen Ziele des zarischen Imperialismus, die sich nur auf den Trümmern Oesterreich-Ungarns verwirklichen ließen, durch die Kraft unwiderleglicher Urkunden erhärtet worden sind.

Geradezu bizarr aber berührt in den auslandspolitischen Ausführungen des Cegléd-er Redners, daß er unserer Monarchie, also einer der kriegsführenden Parteien, die Rolle des Friedensvermittlers vindiziert. Wie der Herr Graf sich das technisch durchführbar denkt, wird schwer zu erraten sein. Jedenfalls hat es bisher, seitdem Kriege und Friedensschlüsse auf Erden waren, schwerlich einen Fall gegeben, in dem ein Staat, im Kriegszustande mit anderen Staaten, diesen eine Vermittlung zum Abschluß des Friedens angeboten hätte, daß eine kriegsführende Macht zugleich Subjekt und Objekt einer Friedensvermittlung gewesen wäre. Die Idee des Grafen Karolhi entbehrt zwar nicht des Reizes der Neuheit, doch steht leider ihre Durchführbarkeit im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Originalität.

Graf Karolhi gab zwar zu, daß Graf Czernin sich mit seiner wiederholten Friedensanregung ein Verdienst erworben habe, aber er macht dem Minister den Vorwurf, auf halbem Wege stehen geblieben zu sein, da seinem ersten Schritt kein zweiter gefolgt sei. Vor dem Tribunal des gesunden Menschenverstandes wird dieser Vorwurf nicht bestehen. Den zweiten Schritt nämlich hätten ausschließlich die Ententemächte, um können, denn das Friedensangebot war an sie gerichtet und das Schicksal des Friedens mithin in ihre Hand gelegt. Ergriffen sie den ihnen dargebotenen Anlaß nicht, so ist schwer abzusehen, was nun unserer Seite für den Frieden sonst hätte geschehen können, als eben das, was wir und unsere Verbündeten nach der ablehnenden Haltung des Feindes taten, nämlich, durch Fortführung des Krieges dahin zu streben, daß der Friede, der auf gutlichem Wege nicht erreichbar war, durch die Gewalt der Waffen erzwungen werde. Das ist die Politik der Monarchie und ihrer Verbündeten. Sie wollen den Frieden, aber sie müssen weiterkämpfen, weil unsere Feinde eben den Frieden noch nicht wollen.

Daß zu einem Friedensschluß zwei gehören, scheint Graf Karolhi in Cegléd vergessen zu haben.

Cegléd, 17. September.

Der Abgeordnete der Stadt Cegléd und Präsident der Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei Graf Michael Karolhi ist gestern früh in Begleitung mehrerer Abgeordneten in Cegléd eingetroffen. Im Bahnhofe wurde er von einer großen Volksmenge erwartet und vom Bürgermeister Gombos herzlich begrüßt.

Nach einer kurzen Antwort des Abgeordneten erfolgte der Einzug in die Stadt. In dem geräumigen Hofe des Stadthauses wurde eine Volksversammlung veranstaltet. Oberhaupt Dr. Ludwig Gombos eröffnete die Versammlung, worauf Graf Michael Karolhi seinen häufig von Kundgebungen des Beifalls und der Zustimmung unterbrochenen Rechenschaftsbericht erstattete.

Recht, Brot, Boden — und Frieden.

Vor drei Jahren — sagte der Redner — entwickelte ich hier als Ihr Abgeordnetermein Kandidat mein Programm, auf Grund dessen Sie mich auch gewählt haben (Ejzenrufe) und in dem ich drei Kardinalpunkte des mit neuen Ideen und neuem Inhalt gefüllten Programms der Unabhängigkeits- und Achtundvierzigerpartei hervorhob, und zwar: Recht, Brot und Boden für das Volk. (Stürmischer Applaus.) Schon damals sagte ich, ohne Verwirklichung dieser drei Schlagworte sei es nicht möglich, ein selbständiges oder ein unabhängiges neues Ungarn mit zeitgemäßem, sozialem Inhalt zu schaffen, aber schon heute muß ich feststellen, daß dieses Programm nicht mehr vollkommen ist, weil in ihm der Gedanke des Friedens fehlt. (Begeisterter

Applaus und Ejzenrufe.) Wir haben seither gelernt, daß jeder Friede, der sich nur auf die militärische Macht stützt, unsicher wäre, daß der Satz: Si vis pacem, para bellum, nur den Krieg bedeutet. Wir haben gesehen, daß der Krieg um so fürchterlicher ist und um so mehr den bloßen Barbarismus bedeutet, je entwickelter die Nationen in Kultur und Technik sind.

### Die Haltung Karolhis vor dem Kriege.

Redner will erst über den Krieg und über den Standpunkt sprechen, den er sowie seine Partei dem Krieg gegenüber einnehmen, und weist darauf hin, daß er schon zur Zeit des Balkankrieges unser auswärtiges Regime heftig angegriffen habe, weil er gesehen hatte, daß diese Politik uns keine Freunde zu verschaffen vermöge, daß sie nicht selbstständig und im Dreibunde nur das fünfte Rad war. Da er sah, wie machtlos und unvermögend unser auswärtiges Regime war, daß dessen Politik nur in eine Sackgasse führe und daß der Friede gefährdet war, entschloß er sich, auf wirtschaftlicher Grundlage eine Annäherung zwischen Ungarn, Oesterreich und Frankreich herbeizuführen, da er hoffte, dadurch die Gefahr eines Krieges zu vermindern. (Applaus.) Von dieser Hoffnung erfüllt, trat er dann seine Reise nach Amerika an, vor der er schon das große Werk in Angriff genommen hatte. Die Verhandlungen, die er in Paris mit Politikern und mit Finanzkapazitäten geführt hatte, überzeugten ihn von dem großen Verständnis und der starken Sympathie, die seiner Idee dort entgegengebracht wurden. Bald darauf war ganz Europa ein Flammenmeer und der Redner wurde von der Partei der nationalen Arbeit direkt der Kriegshetze und des Verrats verdächtigt, während doch sein Verbrechen gegen das Vaterland nur darin bestand, daß er nicht den Krieg, sondern den Frieden wollte, eine Annäherung an den Feind suchte. (Lebhafte Zustimmung.) Und nachdem wir schon in den Krieg hineingerissen waren, wollte er nichts unberücksichtigt lassen, damit wir ihn ebensolos würden. Redner vermochte nicht die Ansicht zu teilen, man dürfe während des Krieges nicht vom Frieden sprechen und die Beschgebung müsse sich während des Krieges ausschließlich darauf beschränken, mit dem Krieg eng zusammenhängende Aufgaben fast nur administrativer Natur zu erledigen, über die Gegenstände und über die Uebelstände aber schweigen, wie auch über all das, was geeignet ist, während des Krieges Unzufriedenheit hervorzurufen, und daß wir auch unsere inneren Uebelstände nicht entzählen dürfen, um nicht dem Feind neue Nahrung zu bieten. All das hielt und hält Redner für unrichtig, da es nach seiner Ansicht immer ein kleineres Uebel ist, gewisse Schwächen aufzudecken, als sie unkontrolliert zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

### Die Politik der freien Hand.

Die eigentliche Ursache der neuen Parteigestaltung bildete daher, abgesehen davon, daß wir die demokratische Umgestaltung rascher und energischer durchzuführen wollten, eigentlich die Art, wie die Friedensfrage behandelt werden soll, und der Gedanke, daß wir uns weder politisch noch finanziell oder wirtschaftlich irgendjemand gegenüber binden, sondern die Politik der freien Hand befolgen.

Redner will sich jetzt nicht mit einer weitgehenden Kritik unserer kriegerischen auswärtigen Politik beschäftigen und auch die Frage der Verantwortlichkeit der Zukunft überlassen. Jetzt ist die Frage die dringendste, was im Interesse des Friedens getan werden soll und muß. Dennoch muß er betonen, daß es nach seiner Auffassung keine Erpressung gewesen wäre, wenn die Führer der ungarischen Nation im Augenblicke des Kriegsausbruchs die Befriedigung der berechtigten nationalen Aspirationen gefordert hätten. Hätte man damals der Nation gewährt, was ihr mit Recht zukommt, hätten die ungarischen Soldaten die Nationalfahne in Händen halten können, so würden sie ihre Pflicht noch mit viel größerer Begeisterung und Befriedigung erfüllt haben. Der Ungar erfüllt wohl auch so seine Pflicht, doch würde diese Forderung jedenfalls laut geworden sein, wenn der Redner damals im Lande gewesen und seine Partei so kristallisiert gewesen wäre wie jetzt.

### Unsere Monarchie als Friedensvermittlerin.

Vor allem bemerkt Redner, daß nur von einem auf Vereinbarung beruhenden, durch ständige Einrichtungen bekräftigten, möglichst dauerhaften Frieden die Rede sein kann. Um einen Frieden, der mit Eroberungen endet, der nur weiteren Haß und den Revanchegedanken birgt, ist es für uns nicht der Mühe wert, zu kämpfen, denn das war nur eine kürzere oder längere Waffenruhe. Vor allem wirft sich die Frage auf, wer am geeignetsten wäre, die Rolle des Friedensvermittlers zu spielen. Aus praktischem Gesichtspunkt müssen wir anerkennen, daß diese Rolle nur ein amtliches Forum übernehmen kann. Die Sozialisten, die Feministen, wie auch Seine Heiligkeit der Paps können sehr heilsam dabei mitwirken, die öffentliche Meinung für den Frieden geneigt zu machen, im Endergebnisse aber können doch nur die Mächte über den Frieden verhandeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Das erste Erfordernis für die Vermittlung ist das Vertrauen sämtlicher Parteien in der Richtung, daß sie faktisch keine Eroberungsabsicht haben, dann bedarf es einer gewissen Elastizität, über die nicht jeder Staat verfügt. Ferner ist es notwendig, daß der vermittelnde Staat nicht im Zentrum der Feindseligkeit stehe, und daß er schließlich über das entsprechende Gewicht verfüge. Die neutralen kleinen Staaten sind nach der Ansicht des Redners nicht geeignet. Da aber die Großmächte alle

beteiligte Parteien sind, ist zu erforschen, welche Großmacht es wäre, von der der Feind am meisten geneigt sein würde, zu glauben, daß sie keine Eroberungsabsicht habe. Es gibt nur eine solche Großmacht, das ist die Monarchie, von der jedermann glauben kann, daß ihr Eroberungsabsichten fern liegen, nicht nur weil sie das erklärt hat, sondern weil jedermann weiß, es sei ihr wohlverstandenes Interesse, nicht zu annektieren, und zwar um so mehr als schon ihre Zusammensetzung derart ist, daß sie eine weitere Annexion nicht vertragen könnte. Da sie außerdem nie eine überseeische Kolonialpolitik befolgt hat, kann auch diese Frage kein Hindernis bilden. Wenn auch anfangs der Zweck des Jarrismus war, über die Monarchie Konstantinopel zu erobern, so hat der im Interesse dieser Absicht eingestellte Panflavismus nach dem Sturz der Zarenmacht keine Aktualität mehr. Aus all diesen Gründen würde der Redner es gern sehen, daß unsere Monarchie die Friedensvermittlung in die Hand nähme. Er vertraue auch darauf, daß Graf Czernin diese Richtung einhalten werde, als er antlich unsere Geneigtigkeit zum Frieden ohne Annexions- und Entschädigung kundgab. Redner glaubte und hoffte, das bedeute den Beginn der hier skizzierten Politik, den Beginn einer selbständigen Aktion, infolge deren der Ruhm, die Grundlage für den Frieden geschaffen zu haben, Oesterreich-Ungarn zuteil würde. Graf Czernin ist aber, wie es scheint, auf halbem Wege stehen geblieben, doch ist es auch möglich, daß er nie so weitgehende Pläne hatte. Eine Weile, es ist gar nicht so lange her, gab ich mich der Hoffnung hin, unser derzeitiger Minister des Auswärtigen habe seinen großen Beruf erfüllt, ich war des Glaubens, daß die Proklamation, in der Graf Czernin die Bereitwilligkeit der Monarchie zu einem annektions- und entschädigungslosen ständigen Frieden offenbarte, als Beginn dieser Politik anzusehen sei und der Herr Minister des Auswärtigen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern diesen Pfad weiter beschreiten werde, das weiße Friedensbanner in der Hand, ohne Ruh und Rast, ehe es ihm gelungen sein würde, für Oesterreich und Ungarn die Vermittlerrolle zu erlangen und die weiße Friedensfahne zu hissen, zum größeren Ruhme Oesterreichs und Ungarns, die demokratische Umgestaltung und den Selbweg des Friedens den zivilisierten Nationen der Welt gebracht zu haben. Leider habe ich mich, wie es den Anschein hat, in diesem Glauben getäuscht. Ich sage, es hat den Anschein, denn ich kann bloß aus Nuancen folgern. Aus diesen aber erkenne ich, daß dem ersten Schritte des Ministers des Auswärtigen kein zweiter gefolgt ist. (Zustimmung.) Eher ist eine Stagnation eingetreten, ein Zurückfallen in die ursprünglichen Fehler, die stets bezeichnet waren für die möglichste Politik unserer Minister des Auswärtigen. Leider charakteristischer abermals Jaudern, Unentschlossenheit, ein Hin- und Herbasten und besonders der Mangel an Selbstständigkeit unsere auswärtige Politik. (So ist's!) Neben dieser angebotenen offiziellen Aktion sind auch die offiziellen Friedensstimmen von großer Wichtigkeit. Alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft mühten an diesem großen Werke teilzunehmen und es ist wünschenswert, daß möglichst viel Friedenskongresse veranstaltet werden und daß diese sämtliche Faktoren der Gesellschaften der im Felde Stehenden vereinigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch Redner erhielt eine Einladung zu dem am 15. Oktober in der Schweiz stattfindenden Kongreß der zu diesem Zweck veranstaltet wird, er hat die Absicht, in Bern zu erscheinen, da er die höhere Hoffnung hegt, die jetzige demokratische Regierung werde seine Reise nicht hindern, was umso natürlicher ist, als doch auch die Sozialdemokraten ungehindert nach Stockholm reisen konnten, um dort über den Frieden zu verhandeln. (Zustimmung.)

### Innerpolitische Fragen.

Redner glaubt, der Friede habe noch eine sehr wichtige Vorbedingung, und das sei die faktische Einführung der lautereren, wahren Demokratie, der auf parlamentarischer Verantwortlichkeit beruhenden Regierungsform, und nun kommt Redner auf unsere innere Politik und auf das Verhältnis zu sprechen, in dem er zu der gegenwärtigen Regierung steht. Er beschäftigt sich in erster Reihe mit dem Wahlrechtsblock und seinen Zwecken, mit dem Kompromiß, das mit der Regierung zustande gekommen ist und von dem auch nicht ein Buchstabe nachgelassen werden kann. Die Regierung kann auf die Unterstützung durch den Block rechnen, so lange dessen Beschluß Geltung hat, doch kann nach Ansicht des Redners eine gesunde Lage nur durch Neuwahlen geschaffen werden, die in jedem Falle notwendig sind, denn wenn auch Wähler eine Majorität für die Wahlreform erhielte, so wäre diese nur klein und unsicher. Auch die jetzt geplante neue Parteibildung sei kein gesunder Gedanke, denn auch diese Partei könnte nur aus den alten Männern gebildet werden, die sich sieben Jahre lang jedem demokratischen Fortschritt hartnäckig verschlossen haben und jetzt im letzten Augenblicke in die neue Partei einspringen wollen. Es ist nur natürlich, daß Redner demgegenüber kein Vertrauen haben kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Die jetzige Lage ist unhaltbar und kann nur zum parlamentarischen Verfall führen. Das Abgeordnetenhaus aber erniedrigt sich zu einer ihr Mandat hütenden Rückversicherungsgesellschaft mit beschränkter Haftung. (Heiterkeit und Beifall.) Das ist kein Argument gegen die Wahlen, daß die Nation im Krieg keine so große Erschütterung ertragen kann; wenn wir die Erschütterungen des Krieges ausgehalten



18. IX. 1917

113

## Die Konferenz in Stockholm.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Stockholm, 17. September.

Das Manifest des Konferenzkomitees an die der Internationale angeschlossenen Parteien führt aus:

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hält es für angemessen, nach Rückkehr der vom Arbeiter- und Soldatenrat Russlands nach London, Paris und Rom gesendeten Delegation den sozialistischen und Arbeiterparteien, die sich der internationalen Konferenz angeschlossen haben, eine kurze Erklärung über die Lage zu geben. Das Komitee erklärt zunächst klar und entschieden, daß der Plan, in Stockholm eine internationale sozialistische Konferenz einzuberufen, weder preisgegeben ist, noch es werden wird. Wenn die englische und die französische Delegation Pässe erhalten hätten, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden. Die Konferenz wird stattfinden, sobald die Passfrage geregelt ist, und das Datum wird dann sofort festgesetzt werden.

Die russische Delegation war in der Lage, sich in Großbritannien, Frankreich und Italien davon zu überzeugen, daß die Arbeiterklasse der Idee der Stockholmer Konferenz ergeben ist und bleibt, und daß die Bewegung zu Gunsten einer gemeinsamen Aktion für einen gerechten und dauerhaften Frieden in allen Kreisen im Wachsen ist. Das Proletariat ist überzeugt, daß der dauernde Friede, der weder die Interessen der schwachen Völker denen der starken noch die Interessen des Proletariats denen der Bourgeoisie aufopfert, nur durch gemeinsames Bemühen erringbar ist. Eine brutale Verweigerung der Pässe, die in aller Augen als Widerschein einer wachsenden Reaktion erschienen ist, vermag das Klassenbewußte Proletariat nicht abzuschrecken, das noch größere Schwierigkeiten zu überwinden vermocht hat und das begreift, daß es sich in Wirklichkeit darum handelt, daß man die Arbeiterklasse hindern will, ihre geschichtliche Rolle zu erfüllen.

Aus diesem Grunde appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, den Kampf einer elementaren Freiheit, der Freiheit des Meinungs-austausches, nicht zuzulassen. Es geht im Grunde um die Gedankenfreiheit, eine Freiheit, die zu den kostbaren Errungenschaften der französischen Revolution gehört und worauf die organisierten Arbeiter ohne moralischen Selbstmord nicht verzichten können. Um unsere Aktion zu hemmen, haben die Gegner des Sozialismus besonders in der letzten Zeit zu ihren hergebrachten Mitteln gegriffen. Um das Schwinden der Kriegshypnose zu bekämpfen, handhaben sie gegen uns abwechselnd Unterschiebung und Verleumdung. Sie beriefen sich sogar auf nichtregistrierte Dokumente, um auf die Arbeitermassen Eindruck zu machen. Überall wurde das Monopol der Post- und Telegraphenverbindungen mißbraucht, um unsere Erklärungen zurückzuhalten oder zu fälschen. Dieser ganze Feldzug ist jämmerlich mißglückt und mit Verachtung und Stolz stellen wir fest, daß der Wille der Arbeiterklasse nicht erschüttert worden ist. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten auf der Londoner Konferenz der Verbündeten war für Stockholm, und wenn man die Beschlüsse von Manchester vom Beginn dieses Jahres, wo sich drei Viertel der Delegierten gegen jede internationale Konferenz aussprachen, mit der Resolution von Blackpool im September 1917 vergleicht, wo das Prinzip von Stockholm sozusagen keine Gegner mehr gefunden hat, kann sich das Komitee zu der Entwicklung, die sich vollzogen hat, beglückwünschen.

Andererseits ist das Schicksal der Stockholmer Konferenz eng verknüpft mit der russischen Revolution. Die Reaktion hat versucht, die Revolution für die Anarchie verantwortlich zu machen, in die der Zarismus Rußland geworfen hat, und unkluge Leute haben die Gegenrevolution durch ein bedauerliches Verhalten und Handeln noch gestärkt. Wir senden unseren Genossen, den Arbeitern und Bauern Rußlands, den Ausdruck unserer Bewunderung und unserer Solidarität und sprechen den heißen Wunsch aus, daß sie alle ohne Ausnahme in die Reihe treten mögen, um die Demokratie und das revolutionäre Rußland zu verteidigen. Die Arbeiterklassen aller Länder, die den Sturz des Zarismus mit Begeisterung begrüßt haben, werden — wir sind dessen gewiß — dem Treiben der internationalen Reaktion widerstehen, die schon den Bemühungen der Gegenrevolution Beifall klatscht.

Wir geben zugleich der festen Hoffnung Ausdruck, daß die Sozialisten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihre sozialistische Pflicht erfüllen und energisch gegen jeden Plan und gegen jede Taktik protestieren werden, die die Revolution untergraben und Deutschland zum Mitschuldigen der Gegenrevolution machen möchte.

Die an Stockholm angeschlossenen Parteien werden begreifen, daß es uns im Angesicht dieser Ereignisse unmöglich ist, in diesem Augenblick eine präzise Antwort zu geben auf das Telegramm der sozialistischen Partei Frankreichs, das uns volle Freiheit des Handelns gelassen hat, und auf den Brief der sozialistischen Parteien Oesterreichs, Deutschlands (sozialdemokratische Partei), Ungarns, Böhmens, Bosniens und Bulgarischens, die auf die Bestimmung eines endgültigen Datums



Land, Bulgarien... Postämtern in Deutschland... Belgien Fr. 1866... Italien L. 1147... Rumänien Fr. 1860... Serbien Fr. 1860... Bulgarien Fr. 1866... Griechenland... Türkei... Aegypten... Dänemark... Schweden... Norwegen... Finnland... Holland... Belgien... Frankreich... England... London... New York... Paris... Für die an Agenten, Anstifter oder Verächter bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

1917.

Die belgische Frage.

Von Georg Gothein.

Mitglied des deutschen Reichstages.

Breslau, 14. September.

Darüber, daß die Frage, wie sich in Zukunft das Schicksal Belgiens gestalten soll, für die Friedensverhandlungen die wichtigste ist, besteht kaum irgendwo ein Zweifel. Sie befriedigend zu lösen, ist nicht leicht. Belgien ist im Fall eines deutsch-französischen Krieges das Aufmarschterrain und das Einfallstor für beide kriegsführende Teile. Die französisch-deutsche Grenze ist durch Natur und Befestigungsanlagen so stark, daß ein deutscher Einmarsch in Frankreich dort aussichtslos erscheint. Umgekehrt ist die Trouée de Belfort für Frankreich eine sehr günstige Ausfallspforte nach dem Oberrhein. Auch die belgisch-französische Grenze bietet den Franzosen sehr viel günstigere Verteidigungsmöglichkeiten als den Deutschen die deutsch-belgische Grenze. Diese Nachteile würden sich nach den Erfahrungen dieses Krieges zum Teil durch entsprechende Befestigungsanlagen auf deutscher Seite ausgleichen lassen — vorausgesetzt, daß die Niederlande neutral bleiben und ihre Neutralität auch von unseren Feinden streng gewahrt würde. Im Bewußtsein seiner wesentlich stärkeren Volkskraft könnte Deutschland unzweifelhaft strategische Nachteile auf sich nehmen, wenn es sich bei der kriegerischen Auseinandersetzung nur um Deutschland und Frankreich handeln würde. Aber ein um feindliches Belgien ist auch das Aufmarschgebiet für England und für jeden überseeischen Feind Deutschlands. Und was das zu bedeuten hat, nachdem England zur allgemeinen Wehrpflicht übergegangen ist, zeigt uns dieser Krieg mit vollster Deutlichkeit.

Allerdings hat Belgien keinen für große Kriegsschiffe zugänglichen Hafen. Antwerpen liegt an der Schelde, deren Mündung in holländischer Hand und von dieser stark besetzt ist. Die der sonstigen belgischen Küste vorgelegene Sandbank „Het Sand“ gestattet keine dauernd offen zu haltende Fahrrinne von solcher Tiefe, daß sie großen Schiffen das Ein- und Auslaufen ermöglichte. Aber über die französischen Häfen kann das englische Heer durch Belgien die deutsche Grenze erreichen und dort gemeinsam mit dem französischen eine der deutschen überlegene Streitmacht bilden. Schließlich sind die belgischen Häfen Zeebrügge, Ostende und Neuport zu Truppenlandungen mit flachgehenden Schiffen geeignet.

Umgekehrt fühlt sich auch England durch ein in deutscher Hand befindliches Belgien bedroht. Ueber den Kanal können von Belgien aus jederzeit Flugzeuggeschwader nach England gelangen und dort durch Bombenwürfe schweren Schaden verursachen. Freilich gegen solchen Angriff durch Seeflugzeuge gibt es selbst für das meeresumschlungene Albion keinen Schutz. Für Torpedoboote, Minenboote, kleinere Unterseeboote und flachgehende Monitore genügt schließlich die genannten belgischen Seehäfen, und können wir von ihnen aus einen England sehr lästigen Kleinkrieg führen. Freilich bei der technischen

Entwicklung, die das U-Boot in diesem Krieg genommen hat, kann dieser Kleinkrieg mit gleichem Erfolg auch von Helgoland, Wilhelmshaven oder Borkum aus geführt werden. Man baut dann eben große U-Boote mit weitem Aktionsradius.

Sedenfalls haben Deutschland, Frankreich und England ein gerechtfertigtes Interesse, Belgien nicht militärisch und politisch in der Hand eines der andern von ihnen zu sehen. Das natürlichste ist demnach die Neutralisierung von Belgien. Die hat vor dem Krieg bestanden; sie ist von uns nicht beachtet worden, als wir uns der furchtbaren Uebermacht von Rußland, Frankreich und England gegenübersehen. England erklärte sich auch dann zur Neutralität nicht bereit, wenn wir die belgische Neutralität respektierten. Und Belgien selbst hatte mit England die aufgefundenen militärischen Geheimabmachungen getroffen.

Wir haben kein Interesse, Belgien militärisch in Deutschland einzubeziehen, einmal weil dadurch unsere Grenze höchst unglücklich gestaltet werden würde. Sodann weil damit das Mißtrauen Hollands gegen uns so rege gemacht werden würde, daß es in einem zukünftigen Krieg auf die Seite unserer Feinde treten würde. Die Belgier würden auch nur gezwungenermaßen, widerwillig und von feindseligsten Gefühlen beseelt, sich der deutschen Herrschaft fügen. Wir würden uns damit ein Irland zulegen, das uns ständig die größten Schwierigkeiten bereiten würde. Es ist keine Annehmlichkeit, einen Igel in der Hosentasche zu tragen.

Wir haben weiter kein Interesse, Belgien wirtschaftlich Deutschland anzugliedern. Unsere Ernährungsbasis würde damit wesentlich verschmälert werden. Belgien ist in noch höherem Maße als Deutschland überwiegender Industriestaat, also auf Nahrungsmittelzufuhr angewiesen. Konkurrenz unserer Industrie, die dessen, von jedem Schutz-zoll befreiten Wettbewerb auf dem Inlandmarkt jedenfalls zu wünschen keine Ursache hat. Wir haben dagegen allerdings ein starkes Interesse daran, daß Belgien mit uns dauernd im Meistbegünstigungsverhältnis steht, und ein noch stärkeres, daß die Funktionen Antwerpens als wichtigster Einfuhr- und Ausfuhrehafen des west- und süd-deutschen Ueberseehandels im Frieden sofort wieder in Tätigkeit treten. Trotz aller Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz wird das auch der Fall sein. Das belgische Interesse deckt sich hier mit dem deutschen. Antwerpen würde seine Bedeutung als Welthafen sofort einbüßen, wenn es den deutschen Verkehr verlöre. Rotterdam und Amsterdam würden an seine Stelle treten. Ihr Wettbewerb zwingt Antwerpen, zwingt Belgien alles zu tun, um sich die Vermittlung des deutschen Verkehrs zu erhalten. Ohne ihn würden die belgischen Staatsbahnen und Wasserstraßen veröden, würden die ersteren ihre Rentabilität einbüßen. Man kann zur Sicherheit in den Friedensvertrag die volle — nicht nur auf Zölle beschränkte — Meistbegünstigung aufnehmen, kann die Freiheit der Durchfuhrgüter von Transitzöllen bestimmen, niedrige Tarife für den Durchgangsverkehr festlegen. Belgien wird sich dagegen nicht sträuben, ist es doch zugleich sein eigenes Interesse.



Morgenblatt.

Mittwoch den 10. September



19./IX. 1917

### Die Programmklärung Painlevés

Paris, 18. September. (Meldung der Agence Havas.) Nachmittags wurde folgende Erklärung des Ministeriums in den beiden Kammern verlesen:

Die Stunde eignet sich weder zu langen Reden, noch für lange Programme. Alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation für den entscheidenden Augenblick des Ringens zusammenzufassen, ist eine Pflicht, der die Regierung sich ganz und gar widmen muß und will. Der Krieg, der sich immer länger hinzieht, verlangt von allen völlige Selbstverleugnung und größten Opfermut. Je mehr wir uns dem Ende nähern, umso mehr wird die moralische Widerstandsfähigkeit der Nation ein ausschlaggebendes Mittel des Sieges werden. Gerade gegen diese moralische Widerstandsfähigkeit erklären die Feinde, die uns auf den Schlachtfeldern nicht besiegen konnten, ihre Angriffe verdoppeln zu wollen. Sache der Regierung ist es, die Wachsamkeit gegen diese hinterlistigen Unternehmungen und die Energie gegenüber denjenigen, die diese Unternehmungen unterstützen würden, zu verdoppeln. Die Gerechtigkeit wird in den bereits eröffneten Untersuchungen ebenso wie in denen, die folgen könnten, ihren Weg ohne Zaudern und ohne Schwäche, ohne Rücksicht auf die Stellung irgend jemand's verfolgen. Wer sich zum Mitschuldigen des Feindes macht, muß die Strenge der Gesetze fühlen.

Die Regierung zählt auf die Vaterlandsliebe aller und auf die Selbstbeherrschung der öffentlichen Meinung, damit die Gerechtigkeit ihr Werk in Ruhe und Würde vollbringe und unvorsichtigen Verallgemeinerungen und eigensüchtigen Bestrebungen im heftigen Meinungsstreit der Parteien entrückt bleibe. Welches auch das Ende dieser traurigen Vorgänge sein mag, sie werden keine Partei treffen.

Aber auch keine Manöver des Feindes, keine Fehler einzelner Persönlichkeiten können Frankreich von seinem unerschütterlichen Entschluß abbringen, der von den lautersten Ueberlieferungen unserer Rasse, von den erhebenden Grundsätzen der Freiheit eingegeben ist, welche die Revolution unter den Völkern zum Ausdruck gebracht hat und die heute die zivilisierte Welt gegen den deutschen Imperialismus einigt.

Wenn Frankreich diesen Krieg fortsetzt, so geschieht es weder, um zu erobern, noch um sich zu rächen, es geschieht, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zugleich mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Welt zu verteidigen. Frankreichs Forderungen sind die des Rechtes selbst; sie sind unabhängig vom Lose der Schlachten.

Frankreich hat sie im Jahre 1871 feierlich verkündigt, als es besiegt war, es verkündet sie heute, wo es seine Angreifer die Wucht seiner Waffen hat fühlen lassen. Desannexion von Elsaß-Lothringen, Ersatz für die Schäden und Zerstörungen, die der Feind anrichtet, Abschluß des Friedens, nicht eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der einen nächsten Krieg in



22./IX. 1917

halb. 10 K, viertel, 5 K, monatlich 2 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus...

PESTER LLOYD MORGENBLATT

Bureau: Blockner, E. Eckstein, Györi & Nagy, Julius & Co., Gsb. Leopold, Ant. Wezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland...

64. Jahrgang.

Budapest, Samstag, 22. September 1917

Nr. 236

Die Antwort der Monarchie auf die Friedensnote des Papstes.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Der stärkste militärische Mächteblock im alten Europa, der auf hundert Schlachtfelder des gegenwärtigen Krieges als auf Zeugen seiner Unüberwindlichkeit hinweisen kann, erklärt sich in der denkbar feierlichsten Form für Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit, Freiheit der Meere. Diese Erklärung steht, in deutlichen und starken Worten ausgedrückt, in dem Antwortschreiben des Kaiser-Königs Karl an den Papst...

Die Antwort des Monarchen an den Heiligen Vater ist kurz, ohne eine Spur diplomatischer Spitzfindigkeiten, jedermann aus dem Volke ohne weiteres verständlich. Der Papst hat den kriegführenden Staatsoberhäuptern bestimmte Vorschläge gemacht, wie nach seiner Meinung ein dauernder und zugleich gerechter und ehrenhafter Frieden zustande kommen könne...

stimunte Annahme der Klagen und bestimmten Vorschläge des Papstes: das ist der Inhalt des heute veröffentlichten österreichisch-ungarischen Schriftstückes. Der Herrscher erinnert den Papst daran, daß er vom ersten Tage seiner Regierung an nach eben demselben Frieden gestrebt habe, wie ihn die Papstnote in unvergänglichen Umrissen gezeichnet hat: nach dem Veröhnungs- und Verständigungs-frieden. Er verweist mit berechtigter Genugtuung darauf, daß er mit dem Papst nicht nur in dem letzten Ziel der Friedenspolitik, sondern auch in den von Benedikt XV. vorgeschlagenen Mitteln zur Erreichung dieses Zieles übereinstimme...

Der Friedenswille der Monarchie wird ebenso sehr bezeugt durch das, was in dem Schreiben des Kaiser-Königs enthalten ist, wie durch das, was manche in ihm werden vermissen wollen. Einen höheren Grad von Friedensliebe konnte der Herrscher nicht bekunden, als indem er in den Mittelpunkt der österreichisch-ungarischen Politik den Wunsch nach allmählicher Abrüstung und nach dem Schiedsgericht stellt. Die Monarchie hat schon früher und mit aller Entschiedenheit erklärt, daß ihr Streben nicht nach Gebietsvermehrung gehe. Diese Erklärung brauchte in dem Schreiben des Herrschers nicht wiederholt zu werden...

sand, mit ruhiger Bestimmtheit ins Auge faßt. Allermal ist den Staatsmännern leichter zu vertrauen, die offen bekennen, daß sie ihren Vorteil suchen und worin sie diesen ihren Vorteil erblicken. Die Monarchie ist in dem Krieg gegangen, weil sie in ihrer Sicherheit bedroht wurde, und sie hat aus zahllosen Kundgebungen der Gegner während des Krieges erfahren müssen, daß man sie nicht nur im Friedensschluß auf das äußerste schwächen, daß man ihr auch für alle Zeit die Möglichkeit der Wiederaufrichtung rauben und das natürliche Recht auf Entwicklung abschneiden will. Daraus sind die Kriegs- und Friedensziele der Monarchie entstanden: unter einem Verständigungs-frieden kann sie nach all den bitteren Erfahrungen der ferneren und der näheren Vergangenheit unmöglich einen bloßen Frieden dulziger Veröhnungs-meierei verstehen. Sie braucht und verlangt den für sich wie für die anderen gesicherten Frieden. Wenn daher heute der Herrscher der österreichisch-ungarischen Monarchie im Einvernehmen mit seinen Verbündeten die bestimmten Vorschläge des Papstes: Abrüstung, Schiedsgericht und Meeresfreiheit als geeignete Grundlage für Verhandlungen mit den Gegnern annimmt, so tut er es in der bestimmten Annahme und Ueberzeugung, auf diesem Wege könne die Monarchie gegen künftige Ueberfälle auf ihre Grenzen, gegen künftige Anschläge auf ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung hinreichend gesichert werden...

Die Antwort des Kaiser-Königs an Benedikt XV. geht nicht weiter in Einzelheiten ein. Nach dem eben Gesagten ist es klar, warum dies nicht geschah. Es wäre nicht nur überflüssige Zutat, es wäre stillschweigend gewesen und ein Widerspruch zu dem wahren Sinne und Inhalt der Antwort. In England hat die Presse angekündigt, die Monarchie werde diese Gelegenheit zur Erstattung neuer Friedensvorschläge benutzen. Man begreift nicht, wodurch diese Erwartung geweckt wurde. Der Papst hat Vorschläge gemacht und eine Antwort darauf, ja oder nein, nicht aber Gegenvorschläge erwartet. Die Antwort ist da, sie lautet bejahend und zustimmend, und jeden Tag können Verhandlungen eines Art und eines Geistes beginnen, wie noch nie nach einem Kriege Verhandlungen zwischen Staaten und Völkern geführt wurden, Verhandlungen auf einer durchaus neuartigen Grundlage, neuartig auch dann, wenn man die dürftigen Ansätze ähnlicher Gedanken und Bestrebungen in der Vergangenheit nicht außer acht lassen will. Auch über den Gegenstand solcher Verhandlungen kann nicht der mindeste Zweifel bestehen. Wenn bisher von der Möglichkeit von Friedenskonferenzen die Rede war, ereiferte sich die internationale Presse darüber, welche Fragen zur Beratung kommen, welche schon vor der Konferenz erledigt sein müssen. Diesem Herumtasten hat die Papstnote — und das ist ihr



# Die wirtschaftlichen Grundlagen des Krieges in Deutsch-Ostafrika.\*)

Von Dr. E. Krentel.

Zu Beginn in den ersten Wochen des Krieges trachtete man danach, den Strafen militärischen Vorbereitungen im Innern und an den Grenzen durch eine feste wirtschaftliche Organisation des Landes, das voraussichtlich jeder Zufuhr aus Deutschland entbehren mußte, eine natürliche Grundlage zu geben. Obgleich die unumgängliche Notwendigkeit, diese wirtschaftliche Verteidigung des Landes der militärischen zur Seite zu stellen, nicht überall mit der nötigen Schärfe erkannt wurde, hat sich die im ersten Vierteljahr des Krieges in großen Zügen geschaffene Wirtschaftsorganisation doch voll bewährt; sie hätte die Kolonie befähigt, noch jahrelang das ganze Gebiet zu verteidigen. Nur die von Deutschland seiner Kolonie gebotene militärische Ausrüstung hat sich als unzulänglich erwiesen.

Die kriegswirtschaftliche Organisation der Kolonie stellte sich etwa folgende Ziele: Ausgiebige Dienstbarmachung der natürlichen Hilfsquellen des Landes an Menschenkraft und Bodenprodukten, so durch Förderung des Anbaus von Getreide und Heranziehung der Eingeborenen zu Arbeiten und Trägerdiensten; Ein- und Verkauf von Lebensmitteln und andern Bedarfsgegenständen, unter möglichster Ausschaltung des farbigen Zwischenhandels bei Festsetzung von Höchstpreisen zur Vermeidung wucherischer Preistreiberien; Regelung des Verbrauchs an Lebensmitteln, Stoffen, Petroleum, durch Festsetzung des monatlichen Zuständigkeitsquantums; schnelle Schaffung von Verkehrsadern, um die natürlich weniger begünstigten Bezirke — wie die Küstendistrikte — und die militärisch stark besetzten Gebiete rasch mit Lebensmitteln versorgen zu können.

Die Regelung des Verbrauchs an Lebensmitteln erwies sich bald als notwendig, um Verschwendung von Waren zu verhüten, die in der Kolonie nur in geringen Mengen zu beschaffen und aus Europa nicht mehr zu erwarten waren. Lebensmittelarten wurden in Ostafrika nicht eingeführt, da eine Kontrolle des Verbrauchs der weißen Bevölkerung leicht durchzuführen war. Die Schutztruppe bestimmte durch ihre großen Etappenverwaltungen, welche Mengen an Mehl, Öl, Zucker, Butter und andern Artikeln, wie Petroleum, Streichhölzer, Tabak, Seife, jedem Schutztruppier aus den Magazinen monatlich zustand und zu welchen Einheitspreisen; die anfangs reichlichen Rationen mußten allmählich heruntergesetzt werden. Ende 1915 war das Verzeichnis der verkauften Lebensmittel schon sehr kurz geworden und beschränkte sich auf die notwendigsten Dinge; selbst diese wie Kartoffeln und Zucker waren oft monatelang nicht zu bekommen. Das Gouvernement ging mit einer Rationierung für die Zivilbevölkerung erst recht spät vor. Diese war im Gegensatz zur Truppe auch auf den freihändigen Einkauf angewiesen, so daß sie häufig kaum mehr das Notwendigste zu angemessenen Preisen erstehen konnte. Schließlich entschloß sich auch das Gouvernement, Lebensmittelverkaufsstellen bei den Bezirksämtern einzurichten, um den ständigen Klagen der Zivilbevölkerung, sie werde dem Militär hintangestellt, ein Ende zu bereiten.

Die Militärverwaltung dagegen hatte durch Schaffung großer, das ganze Land überspannender Etappen und zahlreicher, diesen angegliedert Magazine den Einkauf von Lebensmitteln, Vieh, Petroleum, Stoffen und die Verteilung der eingekauften Borräte über das ganze Land in größtem Maßstabe begonnen. Dabei fand sie fast überall die Unterstützung der weitläufigen Elemente, besonders die der Bezirksämter. Hier ist eine ganz gewaltige, durch die Natur des Landes häufig recht erschwerte Arbeit geleistet worden. Der große Bedarf der Truppe und der Zivilbevölkerung reizte dazu, die Preise in die Höhe zu treiben. Diesen oft wucherischen Preistreiberien weißer und farbiger Händler suchte man durch Festsetzung von Höchstpreisen entgegenzuwirken. Diese Höchstpreise, meist von den Bezirksämtern für ihren Verwaltungsbezirk festgesetzt, brachten neben einer festen Einkaufsgrundlage zwar viel Besserung der Mißbräuche, doch waren manche Auswüchse nicht auszurotten. Selbst schwere Geldstrafen konnten die Umgehung der Höchstpreisverordnungen nicht immer verhindern, vor allem im Verkauf von Stoffen, die eine unheimliche Wertsteigerung erfuhren.

Daß Ostafrika ein an natürlichen, der Ausbeutung immer noch harrenden Schätzen reiches Land ist, hat der Krieg mit aller Klarheit gezeigt. Von der Verwendung der Eingeborenen als Wirtschaftsfaktor während des Krieges soll später die Rede sein. Was aber gab uns Ostafrika an Bodenprodukten, nachdem es von der Außenwelt abgeschlossen war, zur Verteidigung des Landes? In vielen Gegenden der Kolonie wird Reis gebaut, doch deckt er nicht den Bedarf des Landes, so daß er schiffsladungsweise aus Indien eingeführt wurde. Das Fehlen der indischen Einfuhr zwang, diese als Eingeborenennahrung wie für den Haushalt des Europäers so wichtige Körnerfrucht in großen Mengen anzubauen. Die Reiskultur ließ sich in kurzer Zeit so steigern, daß Mangel niemals eingetreten ist. Die Ulangabene, die Umgebung von Tabora,

\*) Der Verfasser befand sich bei Ausbruch des Krieges auf einer geologischen Expedition in Deutsch-Ostafrika und wurde Ende 1916 von den Belgiern in Tabora gefangen genommen. Von dort wurde er nach Frankreich gebracht und in diesem Sommer nach der Schweiz ausgetauscht.

Ganz unberührt von der Zeiten Wandlung spinnt das Thalia-theater den alten Faden seiner wohlfeilen Erfolge fort. Die neueste Gefangensposse Egon und seine Frauen, für deren Text wieder der Direktor Joan Kren und der Wiener Bernhard Buchbinder verantwortlich zeichnen, ist die hundertmal auf den Brettern abgehaspelte Geschichte von den Nöten des heiratslustigen Junggesellen, den die Huldinnen seiner Liebesabenteuer in den Brautstand verfolgen, wobei auf irgendwelche Logik der Geschäfte keinerlei Rücksicht genommen wird. Der Komponist Leo Fischer ist von gleicher Anspruchslosigkeit in der musikalischen Erfindung und reißt, da eine strenge Zensur ein verehrliches Publikum für das sonstige Verbot von Tanzlustbarkeiten aufs ausgiebigste auf den Brettern zu entschädigen gestattet, eine schmalzige oder aufreizende Tonfolge in Dreiviertel- oder Voltatakt unter hörbarer Begeisterung der Wiederholung der Couplets verlangenden Zuschauer an die andre. Heinrich Stümcke.

## Hamburger Oper.

Ein durchgreifendes „Revirement“ hat mit Beginn der neuen Spielzeit neue Männer an die musikalische Oberleitung unsrer Oper gebracht. Als Generalissimus mit weitgehenden künstlerischen Befugnissen ist jetzt der soeben von Amerika zurückgekehrte Kapellmeister Egon Pollak tätig, der gleich in der ersten von ihm geleiteten Aufführung, einer Fidelio-Vorstellung, sich als Dirigent von eiserner Willenskraft, von großer Energie und zugleich als musikalisch-dramatischer Gestalter modernen Einschlags sehr in Respekt zu setzen vermochte. So sachlich ernst und so zielbewusst ist seit Gustav Brechers Schelden im Hamburger Stadttheater kaum jemals musiziert worden wie unter Pollak; besonders erfreulich war dabei die Wahrnehmung, daß nicht nur diejenigen, die im wesentlichen auf Befriedigung ihrer Ansprüche an Klangschönheit und laubere musikalische Werte Wert legen, auf ihre Kosten kommen werden, sondern daß auch alle Wünsche, die man an die künstlerische Phantasie und den lebendigmachenden Geist des Dirigenten zu stellen berechtigt ist, bei Pollak ihre Erfüllung finden. Nicht minder groß ist der Gewinn einzuschätzen, der sich für unsre Oper aus der Berufung des Kapellmeisters Werner Wolff ergeben hat, eines Dirigenten von allerfeinstem Stilgefühl, von wirklich echter Musikultur und von fortwährendem Temperament, das sich namentlich an einigen von Werner Wolff geleiteten Verdi-Aufführungen zündend entfaltete. Als Dritter im Bunde hochbegabter Dirigenten ist der junge Karl Alwin zu nennen, dem es vielleicht noch etwas an der technischen Überlegenheit und an der Beherrschung des weitverzweigten Opernapparates gebricht, der aber trotz allem als Musiker und Dirigent von Persönlichkeitswert Aufmerksamkeit verdient und auch fand. Als erste Neuenstudierung brachte die Oper eine neue Inszenierung von Figaros Hochzeit, die alle hervorragenden Merkmale Loewenfeldscher Inszenierungskunst aufwies, und die besonders durch den sehr geschickten Versuch fesselte, die tiefen Probleme Mozartscher Inszenierungen im allgemeinen und einer Figaro-Inszenierung im besondern befriedigend zu lösen. Die Erkenntnis, daß der Dichter Beaumarchais und der Komponist Mozart sich im Figaro nicht konzentrisch decken, daß vielmehr zwischen dem Ankläger und Sittenschilderer Beaumarchais



kann die Erhaltung des Friedens jetzt nur noch mit einer schweren nationalen Demütigung erkaufen, denn jedes Verhandeln unter dem Druck der russischen Mobilmachung ist gleichbedeutend mit einer nationalen Demütigung.

Diese Ausführungen des Generalobersten machte mir erst den ganzen Ernst unserer Lage klar. Unter ihrem Eindruck entfuhr mir die Worte: „Gute Exzellenz! Wenn dem so ist, so ist unsere nationale Existenz aufs höchste bedroht, jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande.“ Aus der Zustimmung des Generalobersten glaubte ich entnehmen zu dürfen, daß ihm diese lebhaft empfundenen und lebhaft geäußerten Worte eine gewisse Erleichterung in seinem Ringen um den folgenschweren Entschluß brachten. Dieser Krieg, so fuhr Seine Exzellenz jedoch mit großem Ernste fort, wird sich zu einem Weltkrieg auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über Umfang, Dauer und Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand. Die vorausschauende Erkenntnis des Generalobersten und die ihm innewohnende Gabe, die Dinge klar und nüchtern so zu sehen, wie sie wirklich waren, und nicht, wie man sie zu sehen wünscht, ließen ihn schon damals klar erkennen, daß Deutschland vor seinem schwersten Existenzkampf stand. „Morgen Mittag“, so schloß er die Unterredung, „fällt die Entscheidung über Krieg und Frieden. Ehe ich jedoch Seiner Majestät die Mobilmachung anraten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung abwarten.“

Dieser Bericht zeugt mit klarer Eindeutigkeit von dem hohen sittlichen Ernst, mit dem der deutsche Generalstabchef im Bewußtsein seiner Riesenverantwortung vor Gott, seinem Kriegsherrn und dem deutschen Volke mir zögernd, erst durch die äußerste Notwendigkeit gezwungen, sich zu dem schweren Entschluß der Mobilmachung durchrang, von der strengen deutschen Gewissenhaftigkeit, mit der er vor der entscheidenden Beratung der Krone die Meldung von der russischen Mobilmachung noch ein drittes Mal nachprüfen ließ. Er steht im schroffen Gegensatz zu der verbrecherischen Leichtfertigkeit der an dem Ausbruch des Weltkrieges schuldigen verantwortlichen militärischen Ratgeber der russischen Krone, wovon der nachfolgende

#### Bericht des damaligen deutschen Militärattachés

in Petersburg von Eggeling über ein Zusammentreffen mit den Generalen Suchomlinow und Januschewitsch Zeugnis ablegt. Major von Eggeling berichtet u. a.:

Am 25. Juli 1914, dem Tage nach der Veröffentlichung des österreich-ungarischen Ultimatus an Serbien, befanden sich die fremden Militärattachés im Uebungslager von Krahoje-Selo zu Truppenübungen im Beisein des Zaren Nikolaus. Für Nachmittag war eine Besichtigung angesetzt, die sich wegen eines unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Kronrates um mehr als eine Stunde verzögerte. Nachdem sie in abgekürzter Form stattgefunden hatte, wurde bekanntgegeben, daß die Lagerübungen hier und im ganzen Reich abgebrochen werden und die Truppen in ihre Standorte zurückkehren sollen. Dieser Befehl löste unter den russischen Offizieren helle Begeisterung aus, konnte diese Maßregel für sie doch nur bedeuten: Mobilmachung! Krieg! Die im unmittelbaren Anschluß an die Besichtigung durch den Kaiser vollzogene vorzeitige Ernennung der Zöglinge der Petersburger Militärschulen zu Offizieren steigerte die Stimmung. Diese Begeisterung kam bei dem der Besichtigung folgenden Diner auch mir gegenüber in naiver Form unverhohlen zum Ausdruck: Junge Offiziere sprachen mir ihre Freude aus, daß es nun endlich „gegen Oesterreich“ losgehe, andere machten ihrer Wut gegen „Oesterreichische Annahmung“ Luft. Auch der gerade anwesende Prinz Peter von Montenegro glaubte mir versichern zu müssen, daß in seinem Lande helle Kriegsbegeisterung herrsche und die Mobilmachung in vollem Gange sei. Kein Mensch schien sich mehr zu entsinnen, daß wir mit Oesterreich-Ungarn im Bündnis standen! An diese Tafel schloß sich eine Theatervorstellung, der ich nicht beiwohnen konnte. Später wurde mir erzählt, daß diese Vorstellung zu einer wilden Kriegsdemonstration unter der Leitung des Großfürsten Nikolai benützt wurde. Am 27. Juli gegen Abend telephonierte mich General Suchomlinow in meiner Wohnung an und bat mich, abends zu einer Unterredung zu ihm zu kommen. Er empfing mich mit herzlichster Wärme, wie immer. Sazonow sagte er, bat ihn, mir über die militärischen Absichten Rußlands Aufschluß zu geben, damit ja keine Mißverständnisse entstehen könnten. Der Kaiser habe die Mobilmachung der gegen Oesterreich-Ungarn gelegenen Militärbezirke für den Fall in Aussicht genommen, daß Oesterreich-Ungarn Serbien angreife. Singsingen solle in den gegen uns gerichteten Militärbezirken Warschau, Wilna und Petersburg keine Mobilmachung stattfinden. Mit Warschau sei es zunächst zweifelhaft gewesen, da dieser Militärbezirk an beide Reiche grenzte. Der gewesene Minister habe aber ausdrücklich darauf bestanden, von der Mobilmachung in Warschau abzusehen, um unter keinen Umständen irgendwelches Mißtrauen bei uns zu erwecken; so sei es auch genehmigt worden. Man wünsche auf jeden Fall, mit Deutschland Frieden und traditionelle Freundschaft zu erhalten. Ich versicherte dem Minister, daß ich diese Mitteilung sofort nach Berlin weitergeben würde und überzeugt sei, daß man dort die freundlichen Absichten gegen uns nach ihrem vollen Wert würdigen werde, ich müsse aber gleichzeitig mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß jede gegen unseren Bundesgenossen gerichtete Maßnahme auch eine Drohung gegen uns selbst darstelle und auch nur so in Berlin aufgefaßt werden könne. Ich könne deshalb nicht umhin, vor so bedenklichen Maßnahmen eindringlich zu warnen. Suchomlinow wandte lebhaft ein, die Auffassung von irgendwelcher Bedrohung solle eben vermieden werden, darum gebe er mir so offenherzig Aufschluß, damit ich in Berlin die freundschaftlichen Absichten Rußlands kundgeben könne. Es solle alles klar und aufrichtig zwischen uns sein. Auch sei die Mobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn ja „nur für einen gewissen Fall in Aussicht genommen“, aber bis jetzt weder begonnen, noch befohlen. Bis jetzt sei nichts geschehen, kein Pferd, kein

## Das Werden des Weltkrieges.

Neue reichsdeutsche Dokumente über Rußlands Schuld.

Berlin, 21. September.

Zur Beurteilung der Frage der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, ist eine Unterredung von Bedeutung, die der verstorbene Chef des Generalstabes der Armee, Generaloberst v. Moltke, in der Nacht zum 31. Juli 1914 mit dem damaligen Major im Generalstabe v. Haefsten hatte. Der jetzige Oberstleutnant v. Haefsten berichtet hierüber auf Grund einer vom Generaloberst v. Moltke persönlich verfaßten, noch nicht veröffentlichten Denkschrift, die sich in seinem Besitz befindet, und auf Grund von Aufzeichnungen, die er sich am 2. August 1914 über diese Unterredung gemacht hat, unter anderem:

In der Nacht zum 31. Juli 1914 wurde ich zum Chef des Generalstabes gerufen. Er erteilte mir einen Auftrag militärpolitischer Art. Ich bemerkte, daß ich zur Erledigung meines Auftrages einer genaueren Kenntnis der augenblicklichen politischen Vorgänge bedürfte. Der Generaloberst überreichte mir daraufhin eine von ihm eigenhändig niedergeschriebene Denkschrift über die militärpolitische Lage.

Rußland, so heißt es wörtlich in der Denkschrift, trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa zwölf Armeekorps, in der kürzesten Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden der deutschen Grenze und an der Ostsee. Man kann nicht leugnen, daß die Sache von Seite Rußlands geschickt inszeniert ist. Unter fortwährenden Versicherungen, daß es noch nicht mobil mache, macht es sich so weit kriegsbereit, daß, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, es zum sofortigen Vormarsch fertig sein kann. Falls Deutschland vor der amtlichen Verkündung der russischen Mobilmachung seinerseits mobil macht, wird Rußland der Welt gegenüber sagen: „Ich habe den Krieg nicht gewollt, aber Deutschland hat ihn herbeigeführt.“ So werden und müssen sich die Dinge entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde den Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europa auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen, die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzeltsten Gefühle der Bundesstreue in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen sollte, der über dessen Existenz entscheiden muß.

Inzwischen, so fügte der Generaloberst ergänzend hinzu, liegen zwei zuverlässige, voneinander unabhängige Meldungen vor, wonach in Rußland die Mobilmachung der gesamten bewaffneten Macht bereits angeordnet ist. Deutschland



22/X. 1917

143

# Die Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 21. September.

Das Wollfische Bureau meldet:

Die Antwort der kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedenskundgebung Sr. Heiligkeit des Papstes lautet wie folgt:

Berlin, 19. September 1917.

Herr Kardinal!

Eure Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. d. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit, voll Kummer über die Verheerungen des Weltkrieges, einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtet. Se. Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Eure Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Beantwortung aufzutragen.

Seit geraumer Zeit verfolgt Se. Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit, im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritte Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Ruf Erfolg beschieden sein möge.

Das Bestreben des Papstes Benedikt XV., eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und überzeugungsvolle Unterstützung durch Se. Majestät rechnen, als der Kaiser von der Uebernahme der Regierung an seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichstages am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Heer und seine Stellung zu demselben ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit würde. Das deutsche Heer solle uns den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen.

Der Kaiser hat das Gelöbniß, das er damals ablegte, in 26 Jahren segensreicher Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erhärtet. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte, ist das Bestreben Sr. Majestät bis zum letzten Augenblick dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten. Nachdem der Krieg gegen seinen Wunsch und Willen ausgebrochen war, hat der Kaiser im Verein mit seinen hohen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben. Hinter Sr. Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichgeachteten Nationen.

Ein ungehemmtes Spiel der friedlich in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommnung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsreichen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernst und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen. Die besonderen Maßnahmen, die sie in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Frage getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufes, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der Kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen.

Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinjamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, aufstauende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte,

sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geiste geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzeln noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiedernäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt. Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Ermägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näherzutreten.

Genehmigen Eure Eminenz usw.

Dr. Michaelis.

Seiner Eminenz dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. Herrn Kardinal Gaspari, Rom.

# Fremd

Schriftleitung: L. Schulerstraße Nr. 14, Eingang Grünangegraben Nr. 2. — Haupt-V. L. Schulerstraße 14. — Aufnahmestellen für Bezugsanmeldungen und Inserate: I. Straße 14 und XV., Neubaugürtel 21. — Inserate übernehmen auch alle bekannten und ausländischen Inseratenstellen.

Einzelne Nummern: Morgen-Ausgabe 14 h., Abend-Ausgabe 6 h. Das „Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen. „Die Vedette“ ist jeder Samstag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

Nr. 260

# Kaiser

## Die Antwort auf die Friedensnote des Papstes.

Der Minister des kaiserlichen Hauses und des Außern Graf Czernin hat am 20. d. M. dem päpstlichen Nuntius Hgr. Conte Valfrè di Bonzo folgende Antwort des Kaisers auf die Note des Heiligen Vaters vom August übergeben:

Très Saint Père,

C'est avec les sentiments respectueux dus à Votre Sainteté et avec une émotion profonde que Nous avons pris connaissance de la nouvelle démarche qu'Elle a entreprise auprès de Nous et auprès des chefs des autres Etats belligérants dans la noble intention de conduire les peuples tant éprouvés à une union qui leur rendrait la paix, démarche qu'Elle a faite en accomplissant la sainte tâche que Dieu Lui a confiée. Nous accueillons d'un coeur reconnaissant ce don nouveau de la sollicitude paternelle que Vous, Très Saint Père, ne cessez d'accorder à tous les peuples sans distinction, et Nous saluons du fond de Notre âme l'appel si émuvant que Votre Sainteté a adressé aux Gouvernements des peuples belligérants.

Durant cette guerre cruelle Nous avons toujours élevé Nos regards vers Votre Sainteté comme vers l'auguste personnage qui, en vertu de sa mission dégagée de toute préoccupation temporelle, et grâce à sa haute conception des devoirs qui lui incombent, se trouve placée bien au dessus des peuples belligérants, et qui, inaccessible à toute influence, saurait trouver le chemin qui pourrait mener à la réalisation de Notre propre désir, à une paix durable et honorable pour tous.

Dès Notre avènement au trône de Nos ancêtres pleinement conscients d'être responsables devant Dieu et devant les hommes du sort de la Monarchie austro-hongroise, Nous n'avons jamais perdu de vue le noble but de procurer, si tôt que possible à Nos peuples les bienfaits de la paix. C'est ainsi que, peu de temps après le commencement de Notre règne, Nous avons pu entreprendre, de concert avec Nos alliés et dans l'intention de frayer le chemin à une paix honorable et durable, une dé-

heutigen Nummer ist die „Vedette“ beigegeben.

## Feuilleton.

### Die innere Grundlage der modernen Baukunst.

Von Professor F. v. Selbegg.

Daß kein kultur- oder kunstgeschichtlicher Umschwung Produkt erst jener Lage ist, in denen er für uns sichtbar Erscheinung tritt, ist wohl eine der ausgemachtesten alten Wahrheiten. Und so ist auch die moderne Kunst, im besonderen Baukunst, entgegen dem Scheine, keineswegs das Ergebnis der verflochtenen zwei bis drei Dezennien, sondern ruht auf den letzten Ausläufern der großen Aufklärungsepoche an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Das drängte sich den führenden Geistern mächtiger als als zuvor — die Renaissancezeit vielleicht ausgenommen — die Erkenntnis auf, daß die Welt nicht allein eine äußere, objektive, sondern auch eine innere, subjektive Seite habe. Man erkannte wieder einmal deutlich, daß der naive Realismus oberflächlich urteilt, wenn er in seiner Rechnung des objektiven Faktors ermangelt, wenn er vergißt, daß jedes Ding, auch das scheinbar von uns unabhängigste, das Produkt unseres Geistes, unserer Art, zu sehen, wahrzunehmen und somit das Produkt unseres subjektiven Wesens ist.



22. IX. 1917

144

## Unsere Antwort an den Papst.

Die Antwort des Kaisers auf den letzten Friedensvorschlag des Papstes liegt nun vor, und sie enthält nicht nur eine eingehende dankbare Würdigung und Anerkennung der edlen und menschenfreundlichen Absichten, welche den Heiligen Vater geleitet, als er seine Friedensmahnung in die Welt sandte, sie legt nicht nur die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Monarchie dar, dem Blutbergießen ein Ende zu machen, sondern die Antwort Oesterreich-Ungarns stellt sich bereitwillig und zustimmend — wenigstens was die hauptsächlichsten Friedensvorschläge des Papstes betrifft — durchaus auf jenen Standpunkt, welchen die Note Benedikt XV. eingenommen hat. Zwischen dem, was der Papst, geleitet von seinem Pflichtgefühl und den Rücksichten seines geistlichen Hirtenamtes, vortrug und dem, was die Note Oesterreich-Ungarns ausbricht, besteht eine

böllige grundsätzliche Uebereinstimmung. Und dies ist die Hauptsache. Denn es war nicht der Zweck der päpstlichen Note, engumschriebene, greifbare Vorschläge von den Kriegführenden zu provozieren, und es konnte daher auch nicht die Aufgabe unserer Antwort sein, mit ganz bestimmten Friedensvorschlägen zu antworten.

Der Papst führte in seiner Note aus, sein Streben gehe dahin, einen gerechten und dauerhaften Frieden anzubahnen. Er entwickelte deshalb fünf Grundsätze: Der erste betraf die Freiheit der Meere, der zweite die Abrüstung, und zwar die gleichzeitige und allgemeine Abrüstung, der dritte die Einführung eines Schiedsgerichtes zur Verhütung weiterer Kriege, und der vierte und fünfte sprachen die Absicht aus, einen Frieden zustande zu bringen, ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung. Daneben waren allerdings noch, gewissermaßen in zweiter Reihe stehend, gewisse Vorschläge des Papstes, die sich auf territoriale Veränderungen und Verschiebungen bezogen haben. Prüft man nun an der Hand der Vorschläge des Papstes die leitenden Grundsätze, welche die Antwort unserer Regierung ausspricht, so wird man finden, daß sie sich mit jenen des Papstes durchaus decken. Unsere Note erinnert mit Recht daran, daß Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten schon selbst mit Friedensvorschlägen hervorgetreten sind, die jenen des Papstes gleichen, daß wir es waren, die den Grundsatz: „Ohne Annexionen und ohne Entschädigungen“ ausgesprochen haben, und daß wir aufrichtig und ehrlich nichts anderes anzustreben erklärten, als einen dauernden, für alle Teile ehrenhaften Frieden, der uns selbstverständlich die Sicherung und die gesicherte Fortentwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Existenz verbürgen soll.

Die Note spricht es nun ausdrücklich aus, daß Oesterreich-Ungarn gern bereit ist, die ersten drei der oben erwähnten päpstlichen Vorschläge zu den Seinigen zu machen. Wenn wir übereinstimmend sein können, daß die Freiheit der Meere von allen respektiert wird, daß die allgemeine und gleichzeitige Abrüstung durchgeführt und auf dem übereinstimmenden Willen aller Kriegführenden ein Schiedsgericht eingesetzt wird, so werden wir darin eben jene Bürgschaften erblicken und Befriedigung finden, die uns

eine gesicherte Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet. Wir können uns also unter der Voraussetzung, daß dies möglich ist, ohne Bedenken und willig auf den Boden der päpstlichen Note stellen. Die beiden Vorschläge der Papstnote, die von dem Verzicht auf Annexionen und Kriegsschädigungen sprachen, erwähnt unsere Antwort allerdings nicht. Aber es bedurfte einer neuerlichen Erwähnung nicht mehr, da wir ja ohnedies, wie schon oben bemerkt wurde, schon lange vor der Kundgebung des Papstes das Lösungswort gleichen Inhaltes ausgegeben hatten.

Es ist also klar, daß die päpstlichen Vorschläge und unsere Antwort eine gemeinsame Grundlage zur Weiterarbeit im Sinne des Friedens gebe. Eine gemeinsame Grundlage, die zu benutzen wir uns bereit erklären. Stellen sich alle Beteiligten auf den gleichen Boden, so wird es wohl gelingen, wie unsere Note sehr richtig bemerkt, daß die anderen Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und die noch schwebend bleiben zwischen den Kriegführenden, im Geiste der Gerechtigkeit gelöst werden. Es ist noch nicht die Zeit gekommen, sich mit den Einzelheiten, territorialen Abgrenzungen u. eingehend zu beschäftigen, und es muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden, darüber zur vollen Klarheit zu gelangen. Die Note sagt, daß diese Frage im Geiste der Gerechtigkeit gelöst werden soll. Diesem Geiste der Gerechtigkeit würde es gewiß widersprechen, wenn wir zum Beispiel aufgefordert werden sollten, die italienischen Raubgelüste zu befriedigen, und derartiges liegt auch gewiß nicht in den Absichten unserer offiziellen Kreise. Allen diesen Angelegenheiten kann und soll heute, da die kriegerischen Ereignisse noch im Fluß sind, jene logische Entwicklung zuteil werden, die sich nach dem Rechte, aber auch nach der Sachlage ergibt. Für heute ist es als ein Erfolg auf dem Wege zum Frieden zu buchen, daß zwischen dem Papst und unseren Verbündeten eine übereinstimmende Grundlage besteht. Man kann nun mit Spannung und Interesse den Antworten entgegensehen, welche unsere Feinde dem Papst erteilen werden.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note Benedikt XV., die uns noch nachts übermittelt wurde, ist in demselben friedliebenden Sinne gehalten, wie die unseres Kaisers.



# Post.

reich-Ungarns.

Beständig zweimaliger Zustellung für Wien:	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—
Für Oesterreich-Ungarn:	
bei täglich zweimaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—
bei täglich einmaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—
Für Deutschland:	
viertel, Kreuzband (ab. K 18.—	
und durch die Postämter laut dort	
ausliegender Postzustellungssche.	
Bücher des Weltpostvereines:	
viertel, Kreuzband (ab. K 22.—	
und durch die Postämter laut dort	
ausliegender Postzustellungssche.	
Einzelpreise für auswärtig:	
Morgenblatt	16 h
Nachmittagsblatt	6 h
Nachmittagsblatt separat	6 h

1917

XXIV. Jahrgang

## an den Papst.

### hen. — Behauptung der Abweisung eines italieni-

länder. Doch von all dem schweigt bescheiden der Kaiser. Er spricht nur von dem Friedenswillen und von der Anbahnung einer wirklichen Verständigung. Kein Wort von stolzen Erfolgen; das für den Gegner eine Demütigung bedeuten und einen zur Verfühlichkeit Geneigten verletzen könnte.

Papst Benedikt XV. hatte konkrete Vorschläge gemacht, wie der Welt ein gerechter und dauerhafter Friede wieder zu schenken wäre: durch Herabminderung der Rüstungen, Sicherung der Freiheit der Meere, obligate Schiedsgerichte, gegenseitigen Verzicht auf territoriale und finanzielle Vergewaltigungen und auf Entschädigungen. Das waren die konkreten Vorschläge der Papstnote. Wenn die Kriegführenden die Papstnote als Grundlage für weitere Friedensverhandlungen annehmen wollen, so müssen sie in diesen Punkten mit Benedikt XV. übereinstimmen. Dies war und bleibt Prüfstein und Angelpunkt der ganzen Friedensaktion. Und da gibt des Kaisers Antwortschriften vollen und unabweislichen Ausschluß. Er nimmt diese Grundzüge ohne Hinterhalt an.

Das Wesen der Papstnote liegt in diesen konkreten Vorschlägen; auf jene Wünsche, die nach der abschließenden Aufzählung der Vorschläge der Papst beifügt, jene Bemerkungen von territorialen Aspirationen, von Elb-Lothringen, vom Balkan und von Armenien brauchte deshalb das kaiserliche Antwortschreiben nicht mehr im einzelnen einzugehen. Der große Gedanke, der Benedikt XV. befeuerte, als er nach fleißigen Vorarbeiten seiner geschulten Diplomaten, nach geschickten Taktversuchen und mit der scharfen Beobachtungsgabe und der geschickten Wertung aller Umstände, die ihn auszeichnet, die Friedensnote an Völker und Regierungen richtete, war nicht der, detaillierte Gegenanschläge der Völker zu veranlassen, sondern die klare Erkenntnis, daß ein festes Fundament von Grundzügen, das bis jetzt bei allen Friedensbesprechungen und auch bei den unterdessen gescheiterten Vorarbeiten für die Stacholder Sozialistenkonferenz fehlte, geschaffen werden müßte. Ist eine Einigung über diese allgemeine Basis für die kommenden Friedensverhandlungen erzielt, dann wird es Sache des Papstes sein, die Streitpunkte noch näher zusammenzuführen. Und diesen Grundgedanken des päpstlichen Friedensvorschlages hat unser Kaiser aufgegriffen und die Antwort Deutschlands ist von jener bundesbrüderlichen Übereinstimmung, die in allem die großen Handlungen der Mittelmächte auszeichnet. Wenn anders bei unseren Gegnern ein wirklicher Friedenwille besteht, dann ist zur Erreichung und Anbahnung des Weltfriedens mit der erfolgten Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote der erste und wichtigste Schritt getan.

Kaiser Karl erklärt die vollste Bereitwilligkeit, die drei entscheidenden Momente des Papstvorschlages: Abrüstung, Freiheit der Meere, Schiedsgerichte auch seinerseits als Grundlage für die Sicherheit der Monarchie und aller Staaten Europas zu betrachten. Oesterreich-Ungarn ist gewillt, die Abrüstung in demselben Augenblick vorzunehmen, in dem auf der Seite unserer Gegner nach ehrlichem Übereinkommen in derselben Weise diese Abrüstung erfolgt. Die Antworten Deutschlands, Bulgariens und der Türkei geben dieselbe Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zur Abrüstung. Wenn es unsere Gegner, wenn England und Amerika es nicht

## Der Kaiser an den Papst.

Wien, am 21. September.

Kaiser Karl hat ein Handschreiben voll Ehrfurcht, aufrichtiger Herzlichkeit und zugleich getragen von Majestät und ernstem Pflichtgefühl an Papst Benedikt XV. gerichtet. In dieser würdigen Weise beantwortet Oesterreichs Herrscher jene Friedensnote des Papstes, der zu erwidern Ministerpräsident Ribot in der französischen Kammer für überflüssig erklärte, während Wilson unhöflich genug war, durch den Staatssekretär Lansing in einer Form zu antworten, welche einer Ablehnung der Souveränität des Papstes gleichkommt. Unseres Kaisers Antwort auf die Papstnote stellt die Krönung jener Friedensarbeit dar, die unser Herrscher seit seinem Regierungsantritt eingeleitet hat und die in wiederholten feierlichen Regierungserklärungen einen herabden Ausdruck fand. Sie ist ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung; in des Kaisers Worten tritt die alte Tradition jener österreichischen Regierungsgewalt und großzügigen Welt diplomatie lebenskräftig hervor, welche die Gerechtigkeit als das Fundament aller Reiche bezeichnet. Papst und Kaiser, die höchste geistige und moralische Macht und der Fürst aus Europas ältestem Herrscherhaus, finden sich zusammen in der Festlegung jener Grundlinien einer ehrlichen Verständigung der Völker, die dem Kriegsgequälten und in dampfendem Gefilde nach Ruhe dürstenden Europa einen dauerhaften und gerechten Frieden geben soll. Es ist der Fürst eines katholischen Staates, ein gläubiger Herrscher, den wir zum Oberhaupt der Weltkirche sprechen hören. Nach den entscheidenden Völkerprüfungen des Weltkrieges spricht Kaiser Karl im Namen und im Geiste jenes Reiches, dessen Glaubensstärke und dessen Opfermut sich so wunderkräftig erwiesen haben. Es ist, als ob er die Worte aus dem Herzen und aus dem Munde seiner Völker nehmen würde; so und nicht anders muß nach der Ueberzeugung von Oesterreichs Völkern unser jugendlicher, von religiöser Pflichttreue erfüllter Kaiser sprechen. Erhebend sind die einleitenden Worte des Dankes und der Ehrfurcht vor dem Stathalter Christi und durchdrungen von dem Gedanken des gottgewollten, in überweltlichem Glauben fest verankerten Kaiserthums die hoffnungsvollen Schlußworte. Kaiser Karl, der oberste Führer siegreicher Truppen, konnte stolz pochen auf die errungenen zahlreichen Siege, auf die Proben glänzenden Heldenmutes, die seine Soldaten im Kampfe gegen feindliche Raublust gegeben haben, auf die besiegten Nationen und eroberten







fühnes und die staatliche Souveränität untergrabendes Attentat a limine zurückgewiesen. Und anstatt reale Exekutivmittel einzuführen, gab die Konferenz im Artikel 37 des Abkommens bloß der Hoffnung Ausdruck, daß die Staaten den erhaltenen Schiedsspruch in gutem Glauben auch erfüllen werden: „Le recours à l'arbitrage implique l'engagement de se soumettre de bonne foi à la sentence“.

bi  
ste  
de  
gr  
ei  
st

Schon aus diesem Rückblick geht zur Genüge hervor, welchen Schwierigkeiten der internationale Studienkongress in seinen Bestrebungen, den dauerhaften Frieden mit neuen Reformmitteln zu sichern, begegnen wird, und welche Hoffnungen er auf die staatliche Verwirklichung der von ihm zu propagierenden radikalere Reformen setzen kann.

n  
se  
u  
a  
F  
e  
z

Dem Kongress sind diese Schwierigkeiten nicht unbekannt. Wie aus dem vorliegenden Programm ersichtlich ist, vertritt er sich durchaus nicht bis zur Grenze der Utopie. Im Gegenteil; der Kongress will sich mit der Rolle bescheiden, für den kommenden allgemeinen Diplomatenskongress ein wissenschaftliches Dossier zu sammeln, da zurzeit keine andere internationale Institution sich mit dieser wichtigen Vorarbeit beschäftigt, zumal auch die Vorbereitungs-kommission für die III. Haager Konferenz während des Krieges ihre Arbeiten eingestellt hat.

n  
n  
E  
h  
E  
t

Wenn wir die Hauptpunkte des Programms überblicken (Problem des Plebiszits; der freie Außenhandel; das obligatorische Schiedsgericht; kollektive Zwangsaktion für den Fall, daß ein Staat, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten, militärische Maßnahmen ergreift; die Kontrolle der Parlamente in betreff der auswärtigen Politik usw.), so wird es sofort klar, daß die eigentlichen radikalen Reformen sich bloß auf drei neue Einrichtungen beschränken, und zwar:

auf das bez. Anexion vorangehende obligatorische Plebiszitem;

auf die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit im zwischenstaatlichen Streitfälle

und schließlich auf die Inanspruchnahme gewisser Zwangsmittel, falls der sich der Kompetenz des Schiedsgerichtes nicht unterwerfende Staat militärische Maßnahmen ergreift.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß diese Probleme in juridischer Hinsicht bereits definitiv geklärt sind und daß es sich bloß um den Entschluß der Staaten handelt, diesen Institutionen zur Verwirklichung zu verhelfen. Die Einführung dieser Reformen in das zwischenstaatliche Rechtsweisen steht in einem engen Zusammenhange mit grundlegenden juridischen Vorfragen, hinsichtlich deren bisher selbst die Spezialisten des Völkerrechtes keinen einheitlichen Standpunkt eingenommen haben. Eine positive Entscheidung in diesen Fragen würde sogar — um uns des Ausdrucks der International Law Association zu bedienen — zu der sogenannten „Soziologisierung“ des Völkerrechtes führen.

Inwiefern das Völkerrecht, gleich der Rechtsphilosophie, als Bestandteil der Soziologie anzusehen ist und wie weit die Soziologie im Laufe der Entwicklung der Gesellschaft die beiden Wissenschaften aufsaugen wird, können wir jetzt nicht erörtern. In dieser Stelle möchten wir bloß auf die Streitfragen hinweisen, deren Entscheidung der Einführung der oben erwähnten drei Hauptinstitutionen vorangehen muß.

Diese juridischen Vorfragen gruppieren sich um zwei Kernpunkte:

Ob es mit dem Begriff der staatlichen Souveränität vereinbar ist, daß die Gesellschaft durch das Plebiszit den

staatlichen souveränen Entschluß zur Anexion einschränken kann?

Ob es nach den Prinzipien des Völkerrechtes zulässig ist, eine neue internationale Gewalt über die Einzelstaaten zu stellen, die dem Staat die Kompetenz des Schiedsgerichtes aufzwingt?

Was die Entscheidung der ersten Frage betrifft, müssen wir folgendes erwägen:

Die staatliche Souveränität ist weder vom Standpunkte der Dogmatik, noch von dem der Kasuistik der Geschichte und des Völkerrechtes aus ein Begriff, der keine Einschränkung zuläßt.

Zur Bekräftigung dieser These berufen wir uns auf zwei Umstände.

Das Völkerrecht sanktioniert die Einschränkung des Begriffes der staatlichen Souveränität durch die Institution des halbsoveränen und des neutralen Staates.

Die halbsoveränen Staaten (z. B. Bulgarien nach seiner Verfassung nach dem Berliner Vertrag, ferner alle unter dem Kolonialprotektorat stehenden Staaten) können keine selbständige auswärtige Politik treiben, sogar ihre Jurisdiktion ist zumeist durch die Konsulargerichtsbarkeit eingeschränkt; was aber den neutralen Staat betrifft, ist dieser zur Inanspruchnahme seiner Militärkraft nur für Zwecke der Selbstverteidigung berechtigt; außerdem ist im Sinne des Völkerrechtes die Souveränität des neutralen Staates auch in wirtschaftlicher Beziehung begrenzt, so daß zum Beispiel der Eintritt des neutralen Luxemburg in den deutschen Zollverein seinerzeit bloß als Ausnahme bewilligt wurde.

Der zweite Umstand, auf den wir uns zur Entscheidung der ersten Frage berufen, bildet die geschichtliche, philosophische Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Vom Standpunkte dieser Theorie ist nämlich die Feststellung nicht von der Hand zu weisen, daß im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung die staatliche Souveränität stufenweise an meritörischem Gehalt verloren hat. Betrachten wir nämlich entweder die ideale Entwicklung der Sozialität (das heißt die Verbreitung der humanitären Ideen) oder ihre reale Entwicklung (die intellektuelle und ökonomische Entfaltung), so können wir uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Staaten einen hervorragenden Teil ihrer Souveränität zweifellos zugunsten der Gesellschaft und in ihrem Interesse aufgegeben haben. Als symptomatische Erscheinungen führen wir bloß die Beispiele auf, daß die souveränen Rechte der Staaten auf die Hinrichtung der Kriegsgefangenen, ferner auf die Bestimmung der Religion der Staatsbürger und schließlich auf die Beschränkung des Außenhandels im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung aufgegeben wurden. Diese Betrachtungen führen zu der Schlussfolgerung, daß die Kritik, die staatliche Souveränität dulde keine Einschränkung, den geschichtlichen und den völkerrechtlichen Beweisen gegenüber nicht standhalten kann.

Nach dem Völkerrecht hatten die bisher bekannten vier Fälle des Plebiszits volle Geltung; Plebiszite fanden im Jahre 1859 in Nizza, 1860 in Savoyen, 1863 auf den Ionischen Inseln und 1877 auf der Insel St. Barthélemy statt.

In allen diesen Fällen wurde die Anexion vom Beschlusse, das heißt von der Stimmenmehrheit der interessierten Gemeinschaft abhängig gemacht, was eine typische inhaltliche Einschränkung der staatlichen Souveränität für das betreffende Territorium bedeutet.

Selbstverständlich ist es eine andere Frage, ob die Staaten aus politischen Gründen und in Erwägung der durch einen Krieg verursachten nationalen Opfer zu einem Plebiszit ihre Zustimmung erteilen. Die Erörterung

### Der bevorstehende Berner internationale Studienkongress.\*)

Von Rechtsanwalt Dr. Edouard Malet,

Berichterstatter der VII. Kommission des Kongresses.

Es ist schon an sich nicht leicht, im internationalen Staatenverkehr eine Reform zustande zu bringen, so sind die Schwierigkeiten hundertfach größer, wenn die Reform die Beschränkung der staatlichen Souveränität zur Folge hätte. Die ängstliche Vorsicht, die die Staaten derartigen Reformen gegenüber bekunden, ist gekennzeichnet durch die Worte der an die erste Haager Konferenz gerichteten russischen Note: „Wir finden es natürlich, daß die auf die Sicherung eines dauerhaften Friedens abzielende Arbeit der Konferenz sich höchstens auf den Ausbau der schon bestehenden Mittel erstrecken wird und keinesfalls neue Mittel sucht, die weder erprobt noch durch die Praxis sanktioniert sind (... au lieu de rechercher des moyens nouveaux qui n'auraient pas été éprouvés et consacrés par la pratique).“

Dieser schroffe staatspolitische Standpunkt fand eine noch schärfere Betonung, als man über einzelne Details zu entscheiden hatte. Als zum Beispiel das VI. Haager Abkommen die Institution des fakultativen Schiedsgerichtes einführt, wurde im Laufe der Beratungen auch der Vorschlag unterbreitet, für die Erfüllung des Schiedsspruches im Abkommen eine gewisse Frist festzustellen; diese Anregung wurde jedoch als ein neues, noch nicht erprobtes,

\* Der Internationale Kongress zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens wird am 15. Oktober l. J. zu Bern stattfinden. Zum Kongress sind alle bedeutenden internationalen wissenschaftlichen Verbände eingeladen.





23. IX. 1917

In ungestümem Stoß wurde der Feind gegen den Fluß zurückgeworfen; er gab unter dem Druck unserer Truppen den 40 Kilometer breiten und etwa 10 Kilometer tiefen Brückentopf auf dem Westufer der Düna auf und flüchtete eilends auf das östliche Ufer.

**Saobstadt ist in unserer Hand.**

Bisher sind mehr als 4000 russische Gefangene, über 50 Geschütze als Beute gemeldet.

### Mazedonische Front.

Im Berggelände zwischen Ohridasee und Skumbital griffen starke französische Kräfte an. Deutsche und österreich-ungarische Truppen warfen in hartem Kampf den Feind zurück.

**Der Erste Generalquartiermeister:  
Ludendorff.**

Berlin, 22. September.

Das Wolffsche Bureau meldet:

22. September, Abends.

Der Feuerkampf in Flandern dauert an.

In der Verfolgung der weichen den Russen wurde von Lienenhof fluhabwärts überall die Düna erreicht.

## Große Politik in großen Augenblicken.

Wien, am 22. September.

In vielen aus- und manchen inländischen Aufsätzen zur Kriegslage und zu den Friedensmöglichkeiten spuckt immer noch der Geist Machiavells. Es ist ein Politisieren, das fast nur mit Technik, mit Länderverwerb, mit Telegraphenlinien, U-Booten und neuamerikanischen Militarismus rechnet; ein Politisieren, in seinen Wertungen bestimmt vom Stand der materiellen Machtmittel, in seinen Träumen bedingt von vorwiegend industriellkommerziellen Interessen, in seiner Moral höchst lax gegenüber allen Tatsachen politischer Unmoral. Solches Politisieren dient weder der Kriegslage noch den Friedensaussichten. So gewiß die moralischen Kräfte die stärksten im Kriege sind, so gewiß heißt Mißachtung dieser Kräfte Schwächung der Vaterlandsverteidigung. Und so gewiß der Dauerfriede eine Sache der Seelen, Sache eines neuen Glaubens der Völker über Sinn und Zweck von Nationalitäten, über den Sinn des Menschenlebens und der Völkercultur; so gewiß der Dauerfriede nur kommen kann aus jenem christlichen Kredo, das alle Menschen als Brüder anzuerkennen zwingt, das über der irdischen Heimat und ihren Wirtschaftssorgen eine höhere geistige und himmlische als wahre Heimat aufleuchten läßt, so gewiß muß eine Politik, die sich ins Nur-Nationalistische und ins Nur-Materielle verbeißt, gerade zum Gegenteil eines Dauerfriedens führen. Die beste Politik ist heute nicht die sogenannte „Realpolitik“, sondern die Politik des christlichen Idealismus. Des christlichen Idealismus, der Menschen macht und Staatskraft erhöht, weil er sie in der Uebervelt verankert; der alle Kräfte aber auch wieder bindet, weil er ihr Wirken im Einklang hält mit den echten Lebensinteressen anderer Völker, mit den höheren Interessen der Gesamtheit des christlichen Idealismus, der den Frieden und die Harmonie der Menschheit um so eher herbeizuführen und zu sichern fähig ist, je mehr er gewillt ist, das Materielle dem Geistigen, die Kraft der Tugend, die Zeitinteressen den Dauerinteressen des Wahren, Guten und Schönen unterzuordnen. Im christlichen Idealismus liegt heute der stärkste Antrieb zum Durchhalten, weil er umschließt die Freude am Opfer, die Hoffnung an Gräbern, den Trost

des Gebetes. Es liegt in ihm zugleich die stärkste Friedenspropaganda, weil die Propaganda der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Eine gewisse Aufklärung überschwemmt die Welt mit Darstellungen materialistischer Politikerideale und Politikergrundsätze. Dieser Modeaufklärung tritt nun in den Antworten der Mittelmächte auf die Friedensnote des Papstes selbst eine offizielle idealistische und christliche Auffassung von Politik entgegen. Eine Auffassung, die an die schönsten Beispiele sittlicher Politik früherer Tage erinnert; sie erinnert an Politiker und Grundsätze, die mit dem Mut die Demut, mit der Kraft und dem Sieg die Gerechtigkeit, mit der Enttäuschung das Verzeihen, mit der hohen Schätzung des Irdischen die viel höhere des Seelischen, mit dem materiellen Vermögen den Gottesglauben und das Gebet, mit den Arbeiten des Tages das Betrachten sub specie aeternitatis verbindet. Von diesen schönsten geschichtlichen Beispielen wieder einmal etliche Fälle aufzuzählen und zu schildern, ist nicht nur Aufreicherung von Geschichte, es ist zugleich Steigerung und Vertiefung der Freude an der neuen diplomatischen Aktion der Mittelmächte.

Als Margareta ihre Tätigkeit als Regentin der Niederlande aufgab, schrieb sie an ihren Bruder, den König Philipp von Spanien: „Gnade ist eine göttliche Eigenschaft. Eine je größere Macht ein Monarch besitzt, um so mehr nähert er sich der Gottheit und desto mehr soll er sich bestreben, die göttliche Milde und Barmherzigkeit nachzuahmen. Ein hartes Verfahren wird nur Unheil über das Land bringen.“ — An die Worte der Dichterin Vittoria Colonna, „Nicht die Größe der Reiche bringt die wahre Ehre, sondern der gerade Weg des Rechtes und der Tugend“ erinnert das Verhalten Maria Theresias gegenüber der von ihrem Minister mitbetätigten Politik der Teilung Polens. Sie ist voller Unruhe, ihr Gewissen sträubt sich gegen bloße Machtpolitik; Ehre und guter Ruf sind ihr wichtiger als Gebietserwerbungen. Sie klagt — ihrem Sohn, dem Kaiser Josef — bitter: „Wir waren stets doch wenigstens beflissen, uns wahrhaft und billig zu zeigen, uns zu mäßigen und Treue zu halten. Dies hat uns das Vertrauen, ich kann wohl sagen, die Bewunderung Europas, die Achtung und die Verehrung unserer Feinde eingebracht; seit einem Jahre haben wir dies alles verloren. Ich gestehe, daß ich das kaum ertragen kann, und daß mich nichts so kränkt als der Verlust unseres guten Rufes. Leider muß ich Ihnen bekennen, daß wir ihn verdienen und daß ich deshalb wünsche, es wieder gut zu machen, indem wir jeden Gedanken, diese Verwirrungen für uns auszumühen, als schlecht und verderblich von uns abweisen und überlegen, wie wir so rasch als möglich und mit möglichst geringen Opfern aus diesem Unglück kommen, nicht an Erwerbungen für uns denkend, sondern bloß daran allein, unseren guten Ruf und den Glauben an unsere Rechtmäßigkeit wieder herzustellen.“ — Ferdinand II. von Oesterreich schätzte wahrhaftig politische Macht, aber höher als Länder und Siege stand ihm das Geistige, die Religion. Zum Herzog von Bayern sagte er in Ingolstadt, er würde lieber Land und Leute fahren lassen und im bloßen Hemde dahinziehen, als zu Bewilligungen sich verstehen, welche die Religion schädigten. Aus ähnlichem Idealismus heraus nahm Maria Stuart das Todesurteil entgegen mit den Worten, sie habe ihre königliche Würde von Gott empfangen und schätze sich glücklich, ihr Blut auf Verlangen der Feinde der Kirche zu vergießen. Aus ähnlichem Idealismus heraus erklärte Maria die Katholische Königin von England, gegenüber den Ministern, die ihr sagten, die Krone sei zu sehr verarmt, als daß sie die der Kirche abgenommenen Güter wieder zurückgeben



23. IX. 1917

## Des Kanzlers religiöses Milieu.

Von G. v. Verlach (Berlin).

Der deutsche Reichskanzler ist nach noch nicht zweimonatiger Amtstätigkeit bereits Ehrendoktor geworden. Und zwar ist ihm das Ehrendoktorat der Theologie von der evangelisch-theologischen Fakultät in Münster verliehen worden. Das könnte für einen Staatsmann als etwas auffallende Ehrung erscheinen, da der Zusammenhang zwischen Theologie und Politik nicht ohne weiteres gegeben erscheint. Wer jedoch die bisherige Tätigkeit des Dr. Michaelis kennt, wird zugeben, daß gerade das Ehrendoktorat der Theologie das einzige war, auf das er sich bisher sozusagen einen Rechtstitel erworben hat.

Herr Michaelis ist einer der führenden Männer in jenem Teil des Protestantismus, der unter dem Namen der Gemeinschaftsbewegung bekannt ist.

In jungen Jahren, als ich politisch und religiös noch ganz rechts stand, hatte ich einmal Wahlversammlungen für den Hofprediger Stöcker, den Vorsitzenden der christlichsozialen Partei, in seinem im südlichsten Teil Westfalens gelegenen Wahlkreis Siegen abzuhalten. Ich kam bei der Gelegenheit nach dem Städtchen Freudenberg, von dem mir berichtet worden war, daß dort der Anhang Stöckers sich durchweg aus Gemeinschaftsschriften zusammensetzte. Wohnung fand ich bei einem Fabrikanten. Ich saß mit ihm und seiner Familie einige Stunden vor der Versammlung zusammen. Unser Gespräch wurde etwa alle halbe Stunde durch die Aufforderung des Fabrikanten an seine Tochter unterbrochen: „Niesche, sing' uns e Liedche!“ Worauf sich das junge Mädchen an das Harmonium setzte und ein geistliches Lied anstimmte, in das die ganze Familie einfiel. Dann ging die Unterhaltung weiter. In ihrem Verlauf wurde ich gefragt, wann ich mich „befeht“ hätte. Als ich darauf keine rechte Antwort zu geben wußte, berichtete mir der Hausherr auf Jahr und Tag genau, wann er und jedes einzelne Familienmitglied sich befehrt hätten.

Das Datum der Befehrung ist, wie ich später bei näherem Eindringen in das Wesen der Gemeinschaftsbewegung erfuhr, für die Angehörigen dieser christlichen Richtung von höchster Wichtigkeit. Bedeutet es doch den entscheidenden Wendepunkt im Leben, nämlich die Abkehr von der „Welt“ und die Hingabe an das Reich Gottes. Von der Befehrung ab tritt ein Zustand der Sündlosigkeit ein. Man ist ein Kind Gottes geworden und hat damit völlige Seelenruhe bis zum Lebensende gewonnen.

Für meine Versammlung am Abend erteilte mir der Fabrikant, der Führer der Stöckerianer am Ort, noch zwei Instruktionen. Einmal, ich solle nicht, wie es sonst in den Versammlungen der Rechtsparteien üblich ist, ein Hoch auf den Kaiser ausbringen, da es der christlichen Auffassung der Leute widerspreche, irgendeinen Menschen, und sei er noch so hoch gestellt, derart persönlich zu ehren. Sodann, ich solle — es war eine Wahlversammlung! — so wenig wie möglich von Politik sprechen. Die interessiere die Zuhörer ganz und gar nicht, da sie ein weltliches Geschäft sei. Ich solle nur möglichst viel von Stöckers christlicher Tätigkeit berichten, dabei aber die Kirche aus dem Spiel lassen, da die Gemeinschaftsschriften von ihr nicht viel hielten.

Ich habe mir die erdenklichste Mühe gegeben, in diesem Sinne meine Wahlrede zu halten.

Kein Zeichen des Beifalls begleitete meine Ausführungen. In eisigem Schweigen, wie sie dagehessen hatten, entfernten sich die zahlreichen Zuhörer wieder. Ich hatte infolgedessen einen ziemlich deprimierenden Eindruck. Aber man versicherte mir, ich hätte meine Sache ganz gut gemacht. Die Leute seien zufrieden, daß ich ihnen so viel von Stöckers Stadtmision erzählt hätte, und würden ihn sicher vollzählig wählen. Was auch geschah.

Das war mein erstes praktisches Zusammentreffen mit der Gemeinschaftsbewegung. Ich habe später eine ganze Reihe ihrer Führer kennen gelernt: im „Massen Engel“, einem kleinen aristokratischen Konventikel, das seinen Spitznamen der Zeit Friedrich Wilhelms IV. verdankt, wo ein Kreis junger Offiziere und Referendare regelmäßig erst den Gottesdienst im Dom zu besuchen und sich dann in einer Weinstube zu treffen pflegte; in den christlichen Vereinen junger Männer, die die jungen Leute aus den „unteren“ Ständen vor den Verführungen der Großstadt zu bewahren suchten; in der Christlichen Gemeinschaft St. Michael, in der Laien ohne irgendwelche Vorbereitung geistliche Ansprachen hielten; im Hause des Gospelsprechers Stöcker, der zumal mit den amerikanisch-englischen Leitern der Gemeinschaftsbewegung, wie v. Schlumbach und Peabody, enge Verbindung unterhielt. Zumeist waren es Aristokraten, die in Deutschland an der Spitze der Bewegung standen: frühere Offiziere, wie Jasper v. Derkzen, Oberstleutnant v. Knobelsdorff, Oberst v. Viebahn, frühere Beamte, wie Oberförster a. D. v. Rohlfkirch, aktive Staatsbeamte, wie Regierungsrat Graf Büdler und Geheimrat Oberregierungsrat Graf Andreas Bernstorff, allgemein bekannt unter dem Namen „der heilige Andreas“. Auch einzelne Geislliche der Landeskirche beteiligten sich an der Bewegung.

Die Gemeinschaftsbewegung steht der offiziellen Landeskirche kühl bis ans Herz hinan gegenüber. Die meisten ihrer Mitglieder treten allerdings aus ihr nicht aus. Sie nehmen sogar an den Gottesdiensten teil. Aber sie haben gar keinen Respekt vor der Theologie, sehen in den angestellten Geisllichen in der Hauptsache Staatsdiener, betrachten das ganze Kirchtum als etwas Neuzerliches und Nebensächliches. Ihre wahre Erbauung finden sie in ihren eigenen Zusammenkünften (Gebetstunden, Gemeinschaftsversammlungen, Evangelisationsversammlungen). Mit höchstem Eifer und unendlicher Pflichttreue widmen sie sich den Vereinigungen, die sie mit ihrem Geiste zu durchdringen hoffen. Von Dr. Michaelis wußte zum Beispiel eine Zeitung zu berichten, daß er während seiner Tätigkeit als Oberregierungsrat in Breslau jeden Sonntag, nachmittags halb 5 Uhr, eine Ansprache in dem evangelischen Junglingsverein gehalten habe. In der Sache der Jugendpflege, des Kampfes gegen den Alkoholismus, gegen die Prostitution und bei ähnlichen praktischen Arbeiten leisten sie beträchtliches. Alles natürlich auf dem Boden des orthodoxesten Christentums.

Mit der Theologie haben sie nichts zu schaffen, weil sie in ihr eine verstandesgemäße Beschäftigung mit der Religion erblicken und selbst nur gefühlsmäßig an sie herangehen. Ein Wort, das ich oft in ihrem Kreise hörte, lautete: „Zweifel kommt vom Teufel.“ Die Grundlage ihres Lebens ist ausschließlich die Bibel, die sie wörtlich nehmen. Theologisch ausgedrückt: sie huldigen der Theorie von der Verbalinspiration. Da sie von dem Zeitpunkt ihrer Befehrung an sich für sündlos halten, so haben sie ein starkes Gefühl der Ueberlegenheit allen anderen Menschen gegenüber. Das gibt ihnen auf der einen Seite eine große Sicherheit, auf der anderen Seite verführt es natürlich leicht zu Selbstgerechtigkeit. Sie leben nur für das Reich Gottes. Zwischen sich und der „Welt“ ziehen sie einen unüberschreitbaren Strich. Die Dinge der „Welt“, als da sind: Kunst, Wissenschaft,

Geselligkeit usw., achten sie gering oder gar nicht. Wie weit man der Welt praktische Konzessionen machen dürfe, darüber gehen in ihren eigenen Reihen die Meinungen auseinander. Es gibt auch bei ihnen Nuancen. Ich erinnere mich zum Beispiel sehr lebhaft der Diskussion darüber, ob ein Bekehrter ins Theater gehen oder tanzen dürfe.

Um Politik kümmern sie sich im allgemeinen nicht. Stöcker hat sich die größte Mühe gegeben, die doch immerhin nach vielen Zehntausenden zählenden Gemeinschaftsschriften für die Politik im Sinne seiner christlichsozialen Partei zu interessieren, indem er ihnen klar zu machen versuchte, daß sie als „Sauerkeig“ unter den Kindern der Welt zu wirken hätten. Es ist ihm nur in bescheidenem Maße gelungen. Da die zur Wahl stehenden Kandidaten in der Regel einer wie der andere Kinder der Welt waren, so erschien es den Gläubigen ziemlich gleichgültig, wer in Reichstag oder Landtag einziehe. Es ist mehrfach vorgekommen, daß sie Wahlzettel mit dem Namen Jesus abgegeben haben. Wenn sie ernsthaft an einer Wahl teilnehmen, so geschieht es geschlossen zugunsten der Kandidaten der äußersten Rechten. Legen sie doch auf wenige Bibelworte so großes Gewicht wie auf das Gebot: Seid untertan der Obrigkeit! Das Autoritäre bei den streng Konserwativen zieht sie besonders an.

Zur äußeren Politik nehmen sie nur aus christlichen Motiven heraus Stellung. So eng sonst ihr Gesichtskreis ist, vor einem beschränkten Nationalismus bewahrt sie die Erinnerung an den amerikanisch-englischen Ursprung ihrer Bewegung. Bis zum Ausbruch des Krieges haben lebendige persönliche und geistige Beziehungen zwischen ihnen und drüben, zwischen den Gläubigen in Deutschland und denen jenseits des Kanals und des Atlantiks bestanden. Um des überstaatlichen Christentums willen haben sie zum Beispiel einst in Sachen der Armenierverfolgungen tapfer ihre Stimme erhoben.

Auß dem Ideenzirkel der Gemeinschaftsbewegung heraus hat Dr. Michaelis, als er noch nicht Kanzler war, auch Stellung zum Kriege genommen. Im Oktober 1916 schrieb er darüber in der „Furche“, dem Organ der deutsch-christlichen Studentenvereinigung (dem deutschen Zweigverein einer internationalen Vereinigung, die in New-York ihren Sitz hat):

Die „mit Ernst Christen sein wollen“, müssen hier den warnenden Finger Gottes sehen. Sie wissen, daß Gott diesen fürchterlichen Krieg als ein Strafgericht für unsere Sünde geschickt hat. Wer die Sünde nur bei anderen — bei anderen Massen, anderen Parteien — sucht, der verachtet sich den Segnungsabsichten, die Gott mit unserem Volke hat. Nur wenn Gott die Augen dafür aufstun kann, daß er seine Mitschuld an der Sünde des Volkes erkennt, ist berufen, die Hand anzulegen, um „ein Neues zu pflügen“.

Konkretionen, heißt, daß vielen die Winde von den Augen gerissen werde! Soht zu, daß ihr in Erkenntnis eurer Mitschuld an der Not der Zeit dem auch rückhaltlos anvertraut, von dem die Bibel sagt: „Wer der Sohn freimacht, der ist recht frei!“ Und wenn ihr so freie, freundliche Menschen geworden seid, los von allen Gebundenheiten, von der Herrschaft materieller Bedürfnisse, falschen Standes- und Klassenurteilen, frei von Selbstsucht und falschem Ehrgeiz, dann helfst dem deutschen Volke zu herrlicher Wiebergeburt — dann kann Gott auch Frieden schenken!

Für die Stellungnahme zu den grundlegenden Problemen der inneren Politik ist typisch ein anderer Aufsatz des Kanzlers in demselben Organ. Es heißt da im Dezemberheft 1914:

„Auch im öffentlichen Leben muß die Schuld der alten Zeit erkannt werden, um eine neue Zeit heraufzuführen. Welcher Demokrat kann nach dem täglichen Fiasco des Parlamentarismus in England, der republikanischen Verfassung in Frankreich die Forderung nach parlamentarischer Herrschaft in Deutschland er-



Oltend  
24. IX. 1917

# Die Friedensanregung des Papstes.

## Die Friedensversammlung der ungarischen Katholiken.

Budapest, 24. September.

Unter außerordentlich großer Teilnahme fand gestern nachmittag die Friedensversammlung der ungarischen Katholiken statt. Tausende strömten nach dem Redoutengebäude, wo schon lange vor Eröffnung der Versammlung sämtliche Säle und Galerien überfüllt waren, so daß viele Besucher gezwungen waren, wiederkehrt zu machen. Die Straßen der Stadt waren vielfach besetzt. Im Mittelsaal hatten gegen 6 Uhr Kardinal Fürstprimas Esernoch, die Bischöfe Graf Gustav Mailáth und Graf Nikolaus Széchenyi, Minister Szilbes, Prälat Dr. Gieswein, die Abgeordneten der Volkspartei, zahlreiche Universitätsprofessoren und Politiker Platz genommen. Als erster erhob sich Fürstprimas Dr. Johann Esernoch.

Der Fürstprimas führte aus: Die katholische Religion war stets eine Religion des Friedens. Die Botschaft des Erlösers kündete den Menschen Frieden auf Erden und diese Botschaft bewirkte es, daß in allen gesitteten Gemeinwesen der Erde das Glück und die Wohlfahrt der Bürger auf friedlichem Wege erstrebt wurden. Dieser friedlichen Sendung ist die katholische Kirche bis auf den heutigen Tag treu geblieben und der Papst hat auch in diesem Weltkriege unausgesetzt daran gearbeitet, die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen. Schon Pius X. hat in diesem Sinne seine Stimme erhoben, und sein erhabener Nachfolger, Papst Benedikt XV., hat unlängst erst — und nicht zum ersten Male — die kriegführenden Völker ermahnt, den Weg des gegenseitigen Verständnisses und der Versöhnung zu betreten. Er hat in seiner letzten Note auch die Richtlinien einer Verständigung gezeigt, die einen dauernden, gerechten Frieden herbeiführen und den Ausbruch erneuter Streitigkeiten vermeiden sollen. Doch schon vor diesem Appell an die Völker hat Seine Heiligkeit nichts verabsäumt, um die Schrecken des Krieges zu lindern. Seiner väterlichen Fürsorge ist es zu danken, daß invalide Krieger heute ausgesaucht, daß kranke Kriegsgefangene in die Schweiz gebracht werden, sein Werk ist auch das Informationsbureau des Vatikans, das schon Tausende in allen Ländern über das Schicksal ihrer Angehörigen beruhigt hat. Wir dürfen dankbar anerkennen, daß der Papst als Mensch und als Souverän alles getan hat, um den Frieden anzubahnen, und wir dürfen überzeugt sein, daß sein Mühen von Erfolg gekrönt sein wird. Je mehr dies von den Völkern der Erde erkannt wird, je freundlicher seine Vermittlungsaussichten aufgenommen werden, um so näher sind wir dem Frieden. Wir ungarische Katholiken aber, die wir in unabhanglicher Treue zum Herrscherhaus und zum Vaterlande, allerdings weiterkämpfen werden, solange eine Handbreit des Bodens der heiligen Stefanskirche gefährdet ist, die wir aber dennoch immer friedliebend gesinnt waren, wir müssen es zuerst aussprechen, daß wir die jugendreichen Bemühungen des Papstes freudig und mit kindlichem Danke begrüssen. Um diesen Dank und diese Friedensliebe laut zu manifestieren, sind wir heute hier zusammengekommen. Im fünften Jahrhundert war Nordafrika der Schauplatz großer geistiger Kämpfe. Die Lehre des Pelagius und Zolotius von der göttlichen Gnade vernichtete den religiösen und gesellschaftlichen Frieden des blühenden Landes. Heftige Streitigkeiten wurden gewechselt. Synoden folgten Synoden, bis schließlich nach erbitterten Kämpfen die Entscheidung Rom übertragen wurde. Der Bischof von Hippo, Augustinus der Heilige, teilte die den Streit entscheidende Note des Papstes Vinzenz I. seinen Getreuen mit folgenden Worten mit: „Aus Rom kam die Antwort. Die Angelegenheit ist beendet. Möge nun endlich auch der Irrtum ein Ende nehmen.“ Auch wir sagen heute nach anderthalbtausend Jahren: Aus Rom kam die Friedensnote. Möge nun schon auch mit einem ehrenvollen Frieden die kriegerische Verwirrung ein Ende nehmen. Möge Gott uns dazu verhelfen, daß diese feilsche Friedensbereitschaft der Millionen, die hinter uns stehen, uns dem Ende des Krieges näher bringt. (Sanganhaltender Beifall.)

Der Furstrprimas meldete sodann, daß der deutsche Abgeordnete Matthias Erzberger, der gleichfalls in der Reihe der Redner vorgemerkt war, sein Fernbleiben entschuldigen ließ und die Versammlung begrüßte.

Die Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Furstrprimas teilte dann noch mit, daß der reichsdeutsche Abgeordnete Matthias Erzberger am Erscheinen verhindert sei und diesen Umstand in einem Schreiben an die Versammlung entschuldigte. Er verlas auch mehrere Begruungsdepeschen, darunter Telegramme des Unterrichtsministers Grafen Albert Apponyi und des Ministers am allerhöchsten Hoflager Grafen Mabar Pichay. Hiernach forderte der Furstrprimas dem Grafen Josef Mailath auf, seinen Vortrag zu halten. Graf Josef Mailath ergriff so Wort.

Der Weltkrieg — so führte er aus — ist der Verteidigungskampf der Christlichkeit und Sittlichkeit gegen die Offensive der Unsitlichkeit und der Selbstsucht. Ungarn ist in diesen Krieg im Verbands der Zentralmächte eingetreten, weil es die Empfindung hatte, daß die Provokationen einer kleinen Nachbarmacht, die von größeren Mächten geleitet wurde, nicht mehr geduldet werden dürften. Unser Krieg war ein Ver-

teidigungskrieg ohne Abicht auf Eroberung nur von dem Streben zur Sicherung des dauernden Friedens geführt. Heute, da die Sehnsucht nach dem Frieden in allen Staaten mit elementarer Kraft hervortritt, findet die Note, die der Friedensfurist Papst Benedikt XV. am 1. August L. J. an alle Kriegsparteien richtete, und in der der Heilige Vater im Namen der Nächstenliebe alle Kriegsparteien zur Beendigung des blutigsten, verheerendsten und unbarmherzigsten Krieges der Weltgeschichte aufforderte, ungeteilte Würdigung. Es ist erkannt, daß dieser Krieg, wenn er in seiner Furherlichkeit weiterbauern sollte, zur Vernichtung von Völkern und Staaten führen würde. In den Büchern des Ivinus finden wir das Bild ähnlicher Kriege, das Bild solcher Art und solcher Ergebnisse. Angesichts dieser Gefahr muß darauf hingewiesen werden, daß alle Faktoren der Weltpolitik die Weltfreiheit und den Weltfrieden, die ungehemmte kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Völler als höchsten Schatz der Menschheit kennzeichnen. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika als Apostel des Weltfriedens auftritt, kann betont werden, daß die Zentralmächte dasselbe Prinzip nicht minder laut verkünden und nur geleitet haben von dem Willen zur Selbstverteidigung. Warum also kann trotz dieser Harmonie der Gesinnungen der Friede nicht zustande kommen? Weil den Staatsmännern der feindlichen Staaten die Aufrichtigkeit fehlt. Weil ein Widerspruch besteht zwischen dem Prinzip, das sie verkünden und den Kriegszielen, die sie sich gesetzt. Der Freiheit der Völler und dem Weltfrieden kann nicht gebient werden mit der Erniedrigung einzelner Völler oder mit der Vernichtung der wirtschaftlichen oder militärischen Macht der betreffenden Nationen. Es kann dem Frieden nicht genügt werden mit der Forderung, daß diese Nationen ihre Regierungsformen verändern oder daß einheitliche Gebiete zerstückt, alle Staatsformen aufgelöst werden. Das Grundprinzip der Demokratie und der Freiheit ist, daß die geschichtlich gewordenen Staaten ihre Nationalitatenverhaltnisse, ihre Regierungsform selbst regeln und ihre wirtschaftlichen und politischen Verbindungen selbst aufstellen. Der unter Führung des Redners stehende Verband ungarischer Genossenschaften, der nahezu sämtliche ungarischen Genossenschaften vereinigt, hat bereits früher die Aufforderung an den internationalen Verband der Genossenschaften gerichtet, in die Aktion für den Frieden einzutreten. Doch die Grundlage des Friedens kann nur die unbedingte Achtung der Selbstbestimmungsrechte der Völler und ihrer Freiheit sein. Auf dieser Grundlage konnte heute der auf gegenseitiger Verständigung und Vereinbarung beruhende ehrenvolle Frieden geschaffen werden. Die Note des Papstes Benedikt XV. erhält ihre außerordentliche Bedeutung besonders durch den Umstand, daß niemand an ihrer Aufrichtigkeit zweifeln kann, denn der Heilige Vater ist als eine wirklich neutrale Macht berufen, die Seelen zu leiten, und er verugt über die sittliche Macht, seinen Worten auf der ganzen Welt ohne Unterchied der Konfession ernsteste und würdigste Aufmerksamkeit zu sichern. Die Katholiken Ungarns nehmen diese Note mit Huldigung entgegen, in der Ueberzeugung, daß sie als Grundlage des Friedens dienen werde. Wenn Papst Leo den heidnischen Barbarenfursten Attila zur Umkehr bewegen konnte, so wird, Redner zweifelt nicht daran, Papst Benedikt XV. sein Ziel erreichen und die christlichen Fürsten und Regierungen ausfohnen, auf daß Wahrheit und Liebe regiere und Frieden werde der wohlwollenden Menschen auf Erden.

Der Vortrag des Grafen Josef Mailath wurde mit lauter Beifallskundgebung begrüßt.

Als dritter Redner erhob sich Abgeordneter Prälat Dr. Alexander Gieswein.

Die furherliche und so problematische soziale Krankheit des Krieges — so führte er aus — kann nur geheilt werden, wenn wir ihre Ursache kennen. Diese Ursache aber liegt nicht, wie man oft glaubt, im Eroberungswahn oder im Expansionsbedurfnis der Völler, sondern in dem Mangel von Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Ländern. Alle Ethik hatte bisher immer nur innerhalb der Grenzen eines Landes Geltung. Wir erkennen das am besten, wenn wir daran denken, wie sehr die auswärtige Politik stets als ethisch-territoriales Gebiet betrachtet wurde. Im Namen dieser internationalen Gerechtigkeit hat der Vater der Christenheit seine Stimme erhoben und die Völler daran gemacht, wieder Brüder im Gedanken der Menschlichkeit zu werden. Nur aus dem Boden der christlichen Ethik kann jene Verständigung erblühen, die zum Frieden führt.

Hierauf verlas Abgeordneter Karl Szjar Entwürfe von Huldigungstelegrammen an den Papst und an den König, die angenommen wurden.

Die Depesche an den Papst lautet: In der Hauptstadt Ungarns versammelt, beschäftigten sich Tausende der katholischen Gesellschaft des Landes mit den der Menschheit Segen bringenden Bemühungen der an die kriegerischen Staaten gerichteten Friedensnote Euerer Heiligkeit. Mit der Freude unseres katholischen Herzens betrachteten wir seit der Thronbesteigung Euerer Heiligkeit bis zu den letzten Tagen alle Schritte, die Sie im Interesse des Friedens getan und in denen sich die Liebe des Vaters der Völler in so hehrer Weise offenbart. Ein Vorfahre glorreichen Andenkens Euerer Heiligkeit, Leo IX., war zu uns Ungarn noch Pozsony gekommen, um dem Lande den Frieden zu bringen. Möge Gott Euerer Heiligkeit geben, daß Ihre Bemühungen den Frieden der Welt fördern. Die ungarische Nation verdient einen gerechten und ehrlichen Frieden, der

die ruhige Entwicklung sichert, und ist hierzu geneigt und bereit, und wir versichern Euerer Heiligkeit in tiefster Ehrfurcht, daß die angegriffene glorreich kämpfende Nation den Sieg der Gerechtigkeit und der Verständigung wünscht. Der Allmächtige krone den Schritt Euerer Heiligkeit, auf daß die Nationen sich der Segnungen des beruhigenden und dauernden Friedens recht bald erfreuen mögen.

Die Depesche an den König lautet:

Tausende der ungarischen Katholiken kamen in der Hauptstadt des Landes zusammen, um im Einklang mit den Friedensbestrebungen des Heiligen Vaters den kindlichen Gefühlen zum Heiligen Stuhle Ausdruck zu verleihen. Die hehre und von Friedensliebe durchdrungene Seele unseres hohen Herrn und apostolischen Königs hat auf die Friedensnote des Heiligen Vaters so bereitwillig und in so warmer Empfindung geantwortet, daß die ungarischen Katholiken den edlen und großen Zielen Ew. Majestät zu dienen glauben, da sie ihrer Sympathie für den allen gerecht werdenden und dauerhaften Frieden Ausdruck verleihen. Zu treuer und dankbarer homagialen Ehrfurcht danken wir Ew. Majestät für die Verständigung, Ihren Ländern die Segnungen des Friedens zurückzugeben, und wir bitten den Allmächtigen, daß die auch mit dem Zeitgedanken des Heiligen Vaters übereinstimmende hehre Friedensbestrebung Ew. Majestät zugunsten Ihrer Länder und der Menschheit von Erfolg gekrönt sein möge.

Es sprach noch Reichstagsabgeordneter Mikolajcsik Borah.

Er wies darauf hin, daß Ungarn gegen seinen Willen in den Krieg verstrickt worden sei, in dem es noch immer siegreich und ungeschwächt dastehe. Wir wollen keinen ehrlosen, demütigenden Frieden. Die Sitzung spiegelte die Menschenfreundlichkeit, also das wahre Wesen des ungarischen Volkes. Schließlich sprach er dem Furstrprimas, den erschienenen Prälaten und allen Anwesenden den Dank für ihre Teilnahme aus.

Bischof Graf Gustav Mailath sprach hierauf vom Dank, den wir den Soldaten schulden, durch deren heldenmutiges Ausdauern wir in der Lage sind, heute vom Frieden sprechen zu können. Er forderte die Versammlung auf, dem Führer der siebenbürgischen Grenze verteidigenden Streitkräfte, Erzherzog Josef, und dem Kommandanten der königlich ungarischen Honved ihre Ehrfurcht, Bewunderung und Dankbarkeit für die Taten der Honveds und dem Chef der gesamten bewaffneten Macht ihren tiefgefühlten Dank laut auszusprechen, daß nun das Erbe des heiligen Stefan ganz vom Feinde geaubert ist.

Dieser Antrag wurde mit großer Begeisterung angenommen. Hiernach wurde die Versammlung geschlossen.



und durch die Postämter laut dort  
aufgelegter Postzeitungsliste.  
Händler des Weltpostvertrages:  
vierteljährlich, Kreuzbandfend, K 22.—  
und durch die Postämter laut dort  
aufgelegter Postzeitungsliste.  
Eingelbrette für auswärtig:  
Morgenblatt . . . . . 16 h  
Nachmittagsblatt . . . . . 16 h  
Nachmittagsblatt separat . . . . . 8 h

# im Sowjet.

## hte in der Entente-Prese.

Elß-Lothringen an Frankreich, von Südtirol und weis-  
er Himmel noch was, an irgend einen andern Beute-  
erigen zusichern sollen. Das heißt, sie sollen aussprechen,  
iß nur die Entente aus diesem Kriege mit  
nderwerb herausgehen dürfe und daß sie, die  
ittelmächte, bereit seien, aus ihrem Eigentum  
esen Ländererwerb zu bezahlen. Mit andern  
orten heißt dies, die Sieger auf allen Kriegsschauplätzen,  
deren Hand die tatsächlichen militärischen Er-  
erungen sind, sollen sich für besiegt erklären, indem sie  
cht nur selbst auf Gebietserwerb verzichten, sondern  
erdiess noch sich selbst berauben lassen. Solange die  
werkennbare Mißdeutung der edlen Beweggründe der  
ittelmächte im Lager unserer Gegner über die tat-  
chliche Lage täuscht und solange diese immer noch  
einen, uns in diesem Kriege ein Joch aufzuzwingen  
ad mit erzwungenen Abtretungen das Schicksal von  
unterlegenen bereiten zu können, solange sind allerdings  
alle Friedensnoten der Mittelmächte für die Entente-  
regierungen vergeblich.

Mit welchen Gesinnungen die Ententestaaten jeden-  
mit der Papstnote in Zusammenhang stehenden Akt des  
Friedenswillens aufnehmen würden, hatte übrigens schon  
Aufnahme der Papstnote selbst in der Presse dieser  
Länder und ihre Behandlung durch Wilson und Ribot  
gezeigt. Die Mittelmächte konnten nicht er-  
warten, daß ihre Kundgebungen von  
ihren Feinden vorurteilsloser und  
freundlicher aufgenommen werden, als  
die von dem großen Völkerhirten auf  
Petri Stuhle stammende Friedensnote  
von ihnen aufgenommen worden ist.  
Ein Londoner Blatt liefert den besten Motivenbericht  
für die Ablehnung der Antworten der Mittelmächte,  
indem es sagt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
einen Vergleich für gut halten, genüge schon, um einen  
Vergleich abzulehnen. Wenn jeder Vorschlag zur Güte  
und zum Frieden deshalb abgewiesen wird, weil ihn ein  
Teil der Kriegführenden für angemessen hält — dann  
gibt es in der Tat keinen Frieden der Verständigung,  
sondern nur den der Gewalt.

Trotzdem nach dem mißtönigen Echo, das bisher  
die Antworten der Mittelmächte gefunden haben, auf  
einen unmittelbaren praktischen Erfolg dieser Schritte  
nicht zu hoffen ist, werden ihre Friedensworte nicht  
umsonst gesprochen sein. Auch in den feindlichen Ländern  
gibt es heute, wenn sie auch nicht in den Regierungen  
sitzen, genug unbefangene Freunde des Friedens, die ihr  
Urteil nicht nach dem Zuschnitt der offiziellen Meinungen  
einrichten; man wird die Kundgebungen der Mittel-  
mächte prüfen und finden, daß sie hundertmal mehr  
Praktisches für den Frieden enthalten, als je auch nur  
eine einzige Ententerregierung für den Frieden getan hat.  
Und in einem Zeitalter, in dem so viel an die Demokratie  
appelliert wird, wird man nicht ständig die Meinungen  
des Volkes unterdrücken können, das von dem Blutrausch  
der Ententerregierungen nicht befangen ist.

### Die Auffassung in der Presse Englands.

Amsterdam, 23. September.

In Besprechung der Osterreich-ungarischen und  
der deutschen Antwort an den Papst weist die liberale  
„Westminster Gazette“ auf Wilsons Erklärung in der  
Note an den Papst hin, daß das Wort des gegen-  
wärtigen Herrschers Deutschlands ohne vollgültige Be-  
stätigung des deutschen Volkes keine Gewähr  
sei für etwas, das von Dauer sein solle. Die „West-  
minster Gazette“ nennt es jedoch höchst be-  
zeichnend, daß die Regierungen der Mittelmächte  
im Prinzip sich zur Abrüstung und zum Schiedsgericht

### Die Aufnahme der Antwort.

Wien, am 24. September.

Es ist unverkennbar, daß die Antwort der Mittel-  
mächte an den Papst im allgemeinen in der Zeitungs-  
öffentlichkeit Englands und Frankreichs — die Berichte aus  
den anderen kriegsführenden Ländern liegen noch nicht vor  
— und des neutralen Auslandes keinen freundlichen  
Empfang gefunden hat. Wenn dies auch von  
einem Teil der Presse der neutralen Länder gesagt  
werden muß, und selbst von neutralen Blättern, deren  
gute Gesinnung für die Mittelmächte sich öfter bewährte,  
so offenbart dies, wie stark die organisierte Stimmungs-  
mache der Entente auf die Neutralen wirkt und wie sehr  
es die Entente verstanden hat, die Neutralen das Problem  
des Friedens nur durch das gefährte Glas der Ententeauf-  
fassungen betrachten zu lassen.

Fast einmütig gehen die Einwendungen gegen die  
Antworten der Mittelmächte dahin, ihre Er-  
widerungen an den Papst und die darin ent-  
haltenen neuerlichen Bekundungen der Friedens-  
bereitschaft müßten wirkungslos bleiben, weil die Mittel-  
mächte sich über die praktischen Friedensbedingungen nicht  
ausgesprochen, namentlich nicht über das Schicksal Elß-  
Lothringens, Belgiens und Serbiens. — Man muß es  
als ein Verhängnis zum Schaden des internationalen  
Friedensgedankens beklagen, daß immer noch eine so  
einseitige Erfassung der Dinge die englische Presse und  
die von ihr beeinflusste Welt beherrscht. Die Mittelmächte  
haben feierlich ihren Willen zu einem „für alle gerechten  
und dauerhaften Frieden“ bekundet, ihre Bereitschaft  
zur Abrüstung und zu obligatorischen Schiedsgerichten  
ausgesprochen und mit besonderer Betonung hervor-  
gehoben, daß an die Stelle der Macht der Waffen die  
moralische Macht des Rechtes gestellt werden müsse.  
Diese Grundsätze im Verein mit der zustimmend auf-  
genommenen Papstnote und der bekräftigten Resolution  
des deutschen Reichstages sagen genug über den  
Geist und die Absichten, mit denen die Mittel-  
mächte die Friedensverhandlungen aufnehmen wollen.  
Allerdings: die Noten enthalten keine Einzel-  
heiten aus dem künftigen Friedensvertrage, sie  
sprechen nicht von künftigen Grenzen und Landgebieten.  
Aber sind nicht damit, daß die Mittelmächte einen  
Frieden der Verständigung, einen Frieden ohne gewalt-  
same Annexionen und ohne Beraubungen als das  
Ziel ihres Strebens erklären, auch für die  
Lösung dieser Fragen die deutlichen Umrisse  
gegeben? Es heißt den Mittelmächten eine voll-  
ständige Vertauschung der Rollen zumuten, wenn  
man von ihnen begehrt, daß sie ausdrücklich für sich  
den Verzicht auf Belgien, Serbien, Montenegro usw.  
aussprechen, in einem Atem aber die Abtretung von



## Das Schiedsgerichtsangebot vom 29. Juli 1914.

Von Dr. Alfred S. Fried.

Der Führer der deutschen Vertretung auf der ersten Haager Konferenz, Fürst Münster, war ein Gegner der Schiedsgerichtsbarkeit. Er war voll Mißtrauen über die Aufgaben jener Konferenz, zu der er entsendet war, und machte aus seinen recht verärgerten Anschauungen kein Hehl. Deutschland, so äußerte er sich zu einem bekannten Diplomaten im Haag, besitzt den technischen Vorzug, von allen europäischen Staaten sein Heer am schnellsten mobilisieren zu können. Der Versuch einer friedlichen Lösung durch ein Schiedsgericht würde diesen Vorzug veretteln und die rasche Mobilisierung hindern. Alle Bindungen der Schiedsgerichtsbarkeit wären daher für Deutschland nur ein Nachteil. Ueber Fürst Münster, der sich auch über die Gelehrten lustig machte, die der Diplomatie ins Handwerk pfeuschen wollen, und auch noch über andere Fortschritte, wie über die Mikrobenlehre und über technische Errungenschaften, wie sie durch Telephon und Telegraphie erzielt wurden, äußerte sich einer seiner Haager Kollegen, daß er mit Anschauungen erfüllt war, die um ein halbes Jahrhundert zurücklagen.

Und dennoch scheint der Geist des Fürsten Münster in jenen kritischen Julitagen des unheilvollen Jahres 1914 vorgeherrscht zu haben, als es sich darum handelte, den drohenden Weltkrieg zu vermeiden. Gerade an dem Tage, an dem in Potsdam der berühmte Kronrat zusammengetreten war, dessen Entscheidung durch das am nächsten Tage veröffentlichte vorläufige Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers“ gekennzeichnet ist, traf jene Depesche des Zaren in Berlin ein, in der er vorschlug, den Konflikt Oesterreich-Ungarns mit Serbien dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Militärs haben darin nur eine Berechtigung der raschen Mobilisierungsfähigkeit erblickt und bekannten sich zu der Ansicht, wie sie Ludo Hartmann kürzlich (Arbeiter-Zeitung vom 11. September) vertrat, daß dieses Anerbieten nur ein „Manöver“ wäre, um die Zentralmächte „hinzuhalten, bis Rußland militärisch bereit war“.

Diese Behauptung bleibt eine Vermutung, die durch nichts bewiesen werden kann, auch nicht durch die Enthüllungen im Suchomlinow-Prozess, wo wir allerdings eine kriegslüsterne Militärpartei am Ruder sehen, die alle Hebel in Bewegung setzt, um den schwachen Zaren zu ungarischen und ihm die Cirwilligung zum Krieg abzurufen. Wir erleben aber auch, daß dieser Zar, der, wie er selbst an Kaiser Wilhelm telegraphierte, einen schweren Kampf gegen seine Umgebung führen mußte, infolge des Kaisertelegramms vom 30. Juli die Mobilisierung, die ihm abgelehnt war, rückgängig zu machen befohl. Der Ungehorsam des Kriegsministers und des Generalstabschefs, die beschlossen hatten, „nichts zu tun“, wurde nachträglich legitimiert durch ein Ereignis, das am darauffolgenden Tag dem Zaren wieder eine andere Meinung beibrachte. Welcher Art dieses Ereignis war, wissen wir noch nicht. Aber soviel steht fest, daß der gegen seine (kriegslüsterne) Umgebung ankämpfende Zar eine ungeheure Festigkeit seiner Position erhalten hätte, wenn sein Anerbieten des Haager Schiedsgerichts in Berlin angenommen worden wäre. Suchomlinow wäre dann, wie es es nach seiner Aussage befürchtete, den Weg ins Gefängnis gewandelt. Zu einer Zeit, wo ganz Europa mehr Vorteile davon gehabt hätte, als wenn der große Übeltäter heute an den Galgen gebracht wird.



# Großadmiral v. Tirpitz' Wehruf an Deutschland.

Berliner Kundgebung der deutschen Vaterlands-Partei.

Die Deutsche Vaterlands-Partei, aus der Not der Zeit geboren, hat mit dem gestrigen Abend ihre Werbetätigkeit in der Reichshauptstadt aufgenommen. Im großen Saal der Philharmonie und im Kaiserfaal des Rheingold fanden gleichzeitig ihre ersten Versammlungen statt. Beide Säle waren lange vor Beginn bereits überfüllt. Die Philharmonie wurde polizeilich abgesperrt, weiterer Ueberfüllung vorzubeugen. Draußen drängten sich die Massen derer, die nicht mehr Zutritt fanden.

Es war ein unvergeßlicher Abend. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der nie fehlt, wo das Vaterland ganzer Männer bedarf, begrüßte in der Hauptversammlung — der in der Philharmonie — die Erschienenen. Und dann sprach Tirpitz. Zum erstenmal nahm er öffentlich das Wort, seit er aus dem Amt scheiden mußte. Er sprach vor dem ganzen Reich, zu allem, was deutscher Zunge in der Heimat und draußen in der Welt. Und was er sprach, war, was endlich einmal gesagt werden mußte, aber bisher nicht gesagt worden ist, in diesen drei Kriegsjahren, von einem anderen nicht gesagt werden konnte, vor allen Dingen nicht mit diesem Widerhall gesagt werden konnte.

Seine Hörer jubelten. Es war wie eine Erlösung. Wir lassen die Reden des Herzogs und die des Großadmirals folgen.

## Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg

begrüßte die Versammlung mit folgender Ansprache:

Die Deutsche Vaterlands-Partei, welche heute zum ersten Male in öffentlicher Versammlung sich an unser Volk wendet, ist eine im politischen Leben neuartige Erscheinung, entstanden aus dem Sehnen von Tausenden treuer Deutscher. Mit feltener Begeisterung und Einmütigkeit hat im August 1914 das deutsche Volk den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen, voll heiligen Feuers zog unsere mannhafte Jugend in den Kampf, freiwillig stellte sich der Greis und der Jüngling, unsere Frauen und Töchter halben, wo immer weibliche Fürsorge vonnöten war, der Unterschied zwischen reich und arm, vornehm und gering verwischte sich; und ein Gedanke bewegte alle: „Wir wollen helfen den Sieg erringen.“ — Und heute? Drei Jahre des gewaltigsten Ringens haben wir durchlebt, Heerführer sind uns entstanden, denen jeder an der Front und in der Heimat blindlings folgt. Erfolge haben unsere Helden zu Lande, zu Wasser und in der Luft errungen, wie die Weltgeschichte sie nie zuvor verzeichnete. Immer neue Völker sind auf Englands Geheiß gegen uns geheßt; keinen Erdteil gibt es mehr, der nicht gegen uns und unsere treuen Verbündeten alle Hilfsquellen öffnen mußte. Menschen aller Rassen und Farben, Nordinstrumente jeglicher Art, eine zehnfache Uebermacht ist gegen uns aufgeboten. — Nicht mehr wie sonst seit unvorstelllichen Zeiten wird der Kampf in ritterlicher Weise zwischen den Kriegern geführt — nein, England und seine Verbündeten, die vorgeben, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, blieb es vorbehalten, den christlichen Kampf, weil er ihnen keinen Erfolg brachte, aufzugeben und den Versuch zu machen, in teuflischer Weise unsere unschuldigen Frauen und Kinder durch Hunger zu morden, um dadurch uns Männer auf die Knie zu zwingen.

Alles umsonst. Nie werden sie uns bezwingen, wenn die große Zeit ein großes Geschlecht vorfindet, wenn wir im Innern ebenso stark und einig sind wie an der Front.

Noch stehen wir mitten im siegreichen Kampf. Schwere Sorge aber bedrückt uns seit langem auf andern Gebieten, die Sorge, daß die berufenen Führer und Vertreter des Volkes ihrer großen Aufgabe nicht immer gewachsen waren, daß das deutsche Vaterland vor der Gefahr steht, durch Schuld eines Teiles derselben den vollen Sieg nicht zu erringen, nicht den ihm gebührenden und für unser Weiterbestehen notwendigen Siegespreis zu erhalten.

Millionen im Volk fragen: „Wofür fliegen unsere Heere, wofür sterben unsere Helden, wofür hungern wir und entbehren gar vieles, wenn alles umsonst, dauernde Not der Lohn sein soll?“

Die Fühlung zwischen den Regierenden im Reich und dem Volk war verlorengegangen; anstatt einzig und allein alles auszubieten, um die äußeren Feinde zu bekämpfen, wurde der Burgfriede gebrochen; häuslicher Streit entbrannte, der unsern bis dahin so starken Arm zu lähmen droht. Ein jeder echte Deutsche empfindet: Es muß etwas geschehen, so darf es nicht weitergehen.

Da entschlossen sich in der Stunde der größten Not die führenden Männer Ostpreußens, der Provinz, die am schwersten die Kriegsgeißel gefühlt hat, den Ruf zur Sammlung erschallen zu lassen. Zum Führer haben sie den Mann berufen, der 20 Jahre hindurch als Vollstrecker des Willens unseres Kaisers das Rüstzeug geschmiedet, mit dessen Hilfe der von ihm mit sicherem Auge als unabwendbar erkante heimtückische Angriff unseres grimmigsten Feindes zerschellen sollte: die deutsche Flotte.

Mit Freuden habe ich mich bereit erklärt, Selner Eggzellenz dem Großadmiral v. Tirpitz zur Seite zu stehen und mitzuwirken, daß die Deutsche Vaterlands-Partei werde, was wir alle von ihr erhoffen und bestimmt erwarten: Der

## Mittelpunkt der Sammlung für alle treuen Deutschen,

die durch keine internationalen Rücksichten irgendwelcher Art wissenschaftlich oder unwissenschaftlich gebunden sind, die nur eins wollen: den Sieg Deutschlands und als berechtigtes Ergebnis eine so gesicherte Stellung in Europa und in der Welt, daß unser Volk sich von den jurchbaren Verlusten und Opfern zu erholen vermag,

daß es sich in Zukunft frei entwickeln kann und daß für lange Zeit niemand wieder wagen wird, uns anzugreifen.

Von stürmischem Beifall begrüßt ergriff dann

## Großadmiral v. Tirpitz

das Wort zu folgenden Ausführungen:

In Millionen deutscher Herzen brennt die Sorge, daß Deutschland an den Rand eines Abgrundes gelangt ist, nicht durch unsere Feinde, sondern durch die Erbübel unseres Volkes, welche durch viele Jahrhunderte verhindert haben, daß wir zu einem Ganzen uns zusammenschlossen.

Als ich vor nunmehr 20 Jahren heimkam aus Asien und Amerika und draußen die Lage Deutschlands von der Perspektive des Auslandes beobachtet hatte, war mir klar, daß das auf friedlichem Wege ausblühende Deutschland schweren Zeiten entgegengehe. Denn ein so aufsteigender europäischer kontinentaler Großstaat widersprach der Weltanschauung Englands, wie sie sich im Laufe der letzten drei Jahrhunderte herausgebildet hatte. Ich habe mich erst langsam zu dieser Erkenntnis durchgerungen, denn ich bin ausgewachsen in Freundschaft zu England und habe als Seemann seine großen Seiten nie verkannt.

Die Grundlage unserer Existenz beruhte und beruht auf der Landwirtschaft. Sobald aber die Bevölkerung Deutschlands über ein gewisses Maß wuchs, brauchten wir auch Industrie und Handel. Mit der Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels im Rahmen der Weltwirtschaft hing zusammen, daß wir den abgerissenen Faden der Hanfa wieder aufnehmen. Das hat unser Kaiser mit klarem Blick schon früh erkannt und bleibt sein unvergängliches Verdienst. Wir brauchten die See auch in bezug auf den geistigen Horizont, denn die den Deutschen inwohnende starke Friedensliebe und Häuslichkeit birgt als Keimseite in sich die Gefahr des Philistertums. (Sehr wahr!) Die See wäscht dies ab. Unsere wirtschaftliche Entwicklung ging in den letzten Jahrzehnten mit Riesenschritten vorwärts. Darin lag der Stein des Anstoßes für England, und zwar um so stärker, je mehr seine Trustmagnaten die ganze Welt als die Zitrone betrachteten, die auszupressen sie das alleinige Monopol hätten. Noch ehe wir eine in Betracht kommende Seemacht hatten, noch ehe ein Flottengesetz da war, das ist festzuhalten, tat sich eine politische Gruppe in England zusammen, die auf ihre Fahne schrieb: Germaniam esse delendam.

Was konnten wir tun, um der gegen Deutschland aufsteigenden Gefahr zu begegnen? Unerwartet politischen Anschluß suchen, nicht unnötig reizen, den anderen Völkern unsere Erfolge nicht unter die Nase reiben, aber durch Schaffung von Macht, auch Macht England gegenüber, einen Konflikt mit uns gefährlich machen.

Da ist im Sommer 1914 der Sturm losgebrochen. Ich weiß wohl, daß eine Reihe von Faktoren zu dem Ausbruch beigetragen haben — ich weise hin auf die russische Kriegspartei — aber

## der innerste Wehensgrund dieses Weltkrieges

ist doch die nicht überbrückte Kluft zwischen dem europäischen Kontinent und der Weltanschauung Englands. Wenn Frankreich in diesem Kriege gegen uns steht, so hat das historische und pathologische Gründe. (Sehr richtig!) Italien ist in eine falsche und für es selbst, wie auch der Krieg ausgeht, verberbliche Richtung in der Hauptsache gekommen, weil die Nation übermäßig wurde durch die vom Golde der Entente gespeiste Piazza. Die italienische Intelligenz weiß sehr wohl, daß Italien ohne Deutschland keine selbständige Mittelmeer-macht sein kann.

Drei Jahre dauert jetzt das Ringen um den Sieg, die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wir sehen aber, wie der U-Bootkrieg, den unsere Hochseeflotte erst möglich macht und dem sie den Rückhalt gibt, wirkt und an dem Lebensnerv unseres Todfeindes zehrt und weiter zehren wird, wenn wir Stange halten. (Stürmischer Beifall.) Schon zeigt sich unser Sieg, ob einen Monat früher oder später, läßt sich natürlich nicht sagen. Wir müßten nur aushalten, unbeirrt weiterkämpfen und das Ziel fest im Auge haben, das hat Lloyd George und Wilson längst erkannt. Darum sollen wie in alten Zeiten

## die Deutschen durch Deutsche geschlagen

werden, wenn auch auf moderne Weise.

Selen wir uns klar, es geht nicht nur um unsere wirtschaftliche Existenz und um das Erbe unserer Kinder. Die Seele unseres Volkes soll gemordet werden. Die Gemeinschaft der Trustmagnaten Amerikas mit denen der City von London — vorher schon stark entwickelt — hat in den drei Kriegsjahren progressiv zugenommen. Sie mußten unsere Niederlage wollen, wenn das Geschäft — rentieren sollte! (Sehr richtig!) Auch das amerikanische Volk ist schon jahrzehntelang systematisch gegen uns vergiftet worden. Trotzdem war der politische Boden, auf dem Wilson mit seinen Absichten stand, nicht sehr stark. Sein Verhalten war nicht im Geiste Washingtons und wurde nicht gebilligt von allen Amerikanern, die diesem Geiste treu sind. Unsere früheren Methoden haben aber Wilsons Politik immer wieder gekräftigt. (Beifall. Zurufe: Leider!) Man könnte fast sagen, ihn erst kreiert; alle Versuche, seine Freundschaft zu gewinnen, wirkten in umgekehrtem Sinne. Nur unsere Niederlage konnte ihn befriedigen. Hochmütiger und beleidigender ist nie zu einem tapferen Volke gesprochen worden, als Wilson es zu uns getan hat.



25. IX. 1917

## Die erschütterte Stellung Kerenskis.

R. Stockholm, 23. September. (Meldung des Vertreters des I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Nach russischen Meldungen scheint die Stellung Kerenskis stark untergraben und erschüttert.

Bemerkenswert ist ein scharfer Artikel der „Zwestia“, des offiziellen Organes des Arbeiterrates, gegen die von Kerenski verhängte Auflösung der während der Kornilow-Revolution organisierten Revolutionskomitees. „Zwestia“ meint, diese Komitees seien gerade jetzt äußerst notwendig zur Aufrechterhaltung der Organisation und der Disziplin der demokratischen Massen. Der Auflösungsversuch beweiße, daß auch Personen, welche die besten Absichten hegen, vollkommen das Gefühl des Landes mißverstehen und die Revolution mit dem größten Unglück bedrohen.

## Angst vor der wachsenden Macht der Maginalisten

R. Stockholm, 23. September. Der russische Korrespondent vom „Dagens Nyheter“ meldet, daß die wachsende Macht der Bolschewiken und der Versuch der Durchführung ihres anarchoistischen Programms vollständige Demoralisation und Verfall herbeiführen würde, wodurch trotz der Versprechungen und Versicherungen Kerenskis der Friede mit Rußland von selbst läme.

Dagegen meint „Aftonbladet“, daß der Schlüssel zum Frieden nur die Einnahme von Petersburg sei.

## Erörterungen über die Friedensfrage.

R. Petersburg, 23. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Gerüchte über die Eventualität von Friedensverhandlungen, die in Petersburg aus dem Auslande Eingang gefunden haben, geben den hauptstädtischen Blättern Anlaß zu Artikeln und Kommentaren, deren allgemeines Kennzeichen eine tiefgehende Unzufriedenheit mit der Presse und der öffentlichen Meinung der alliierten Länder ist, die die Friedensfrage aufwerfen und erörtern, während Rußland trotz seiner unheilvollen wirtschaftlichen und militärischen Desorganisation nicht anhört, durch die verschiedenen öffentlichen und politischen Organisationen seinen festen Willen zu erklären, den Krieg fortzusetzen.

Heute stellen die meisten Blätter vor allem fest, daß die Friedensnachrichten diesmal ebenso wie früher in Deutschland ihren Ursprung haben, das sie von Zeit zu Zeit in die Welt setzen, daß also ihr Wert sehr zweifelhaft sei, da die Deutschen auch heute im Hinblick auf die bevorstehende demokratische Konferenz aus dem „psychologischen Moment“ Vorteil ziehen wollen. Aber, so schreibt „Ruskoja Wolja“, die Deutschen werden eine grausame Täuschung erleben, denn welches auch immer die Haltung der Konferenz bezüglich der Fragen der inneren Politik sein wird, sie wird unnahelbar bleiben was die Fragen des Friedens, des Krieges und der Zukunft Rußlands anbelangt. In Besprechung der deutschen Friedensbedingungen kommt das Blatt zu dem Schluß, daß sie den Germanismus bedeutend stärken würden, indem sie ein Groß-Deutschland schufen, das sich von Berlin bis Bagdad erstrecken würde.

„Rabotschaja Gazeta“, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sagt in einem Artikel, betitelt „Frieden auf Kosten des revolutionären Rußlands“, die russische Demokratie könne sich auf eine derartige Perspektive nicht einlassen, denn sie bedeutete einen Triumph des Imperialismus und die Niederlage des Proletariats. Nun ist es, fährt das Blatt fort, unsere militärische Schwäche, die die Imperialisten in Versuchung führt; deshalb ist es notwendig, die Kampffähigkeit unserer Armee zu erhöhen.

Der hervorragende Diplomat Professor Koldc veröffentlicht in der „Njetsch“ einen Artikel, worin er das Bedauern ausdrückt, daß die Russen durch den endlosen und kostlosen inneren Kampf in Anspruch genommen, alle Weltkämpfe der äußeren Politik vergessen und nicht sehen, daß in Europa hinter dem Rücken des zusammenbrechenden Rußland die Friedensgerüchte immer hartnäckiger umlaufen. Schließlich ist der Augenblick gekommen, sagt Koldc, wo wir alle zitterten, von dem gleichzeitigen Gedanken erfüllt: „Und wenn dieser Friede auf Kosten Rußlands geschlossen werden sollte?“ In Besprechung der letzten aus Deutschland eingetroffenen Nachrichten sagt Koldc: Wenn die in der Rede des deutschen Reichskanzlers auseinandergesetzten Friedensbedingungen richtig sind, dann wird die Stunde schlagen, wo wir unsere Kriegführung unter dem alten und dem neuen Regime teuer bezahlen werden.



25. IX. 1917

# Die Länderautonomie.

Von Hofrat Dr. Karl Engelmann.

Im Verlaufe des Weltkrieges, in dem wir seit Jahren stehen, sind die inneren Fragen des österreichischen Staatslebens zunächst notwendigerweise in den Hintergrund getreten; bei dem Kampfe gegen einen äußeren Feind, dessen Ziele die Vernichtung unseres Staatswesens in sich schließen, konnte nur die Zusammenfassung aller Staatskräfte zur siegreichen Abwehr des Angriffes die allgemeine Lösung sein.

Der Weltkrieg ist nun schon in das vierte Jahr getreten, ohne nach irgend einer Seite die volle Entscheidung gebracht zu haben. Sein Verlauf hat nur in einem Punkte Klarheit geschaffen, nämlich darin, daß die auf die Zertrümmerung des deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns gerichteten Pläne, wie die Entscheidung auch immer falle, für unsere Feinde unerreichbar bleiben werden. In diesem Schwebeszustande nimmt die äußere Politik das Sinnen und Denken der Bevölkerung nicht mehr mit jener Allgemalt gefangen wie beim Ausbruch des Krieges. Die Diskussion der Probleme des inneren Staatslebens ist wieder aufgetaucht und sie hat sogar einen sehr großen Umfang angenommen. Soweit es sich darum handelt, die Erfahrungen des Krieges für unser staatliches Innenleben nutzbar zu machen, ist eine rasche Verarbeitung derselben zum Zwecke theoretischer Erkenntnis vollkommen am Platze, und Einrichtungen, die sich nach allgemeiner Ueberzeugung als den Kriegszweck hindernd erwiesen, müssen noch während des Krieges so schnell als möglich beseitigt werden. Ueber das hinaus ist aber unseres Erachtens jedes Aufwerfen von Verfassungs- und Verwaltungsproblemen bedenklich, denn jede praktische Lösung strittiger Fragen muß einen inneren Parteikampf entzünden und das schwächt die nach außen gerichtete Kraft. Daß zudem Millionen von Staatsbürgern jetzt im Felde stehen und diese daher bei eingreifenden Verfassungsänderungen die schwerwiegende Mitwirkung den im Hinterlande Zurückgebliebenen allein überlassen müßten, ist gewiß auch eine sehr die Berücksichtigung heischende Nebenerscheinung. Allein auch derjenige, der im gegenwärtigen Momente nur sehr ungerne aus seiner Zurückhaltung heraustritt, sieht sich dazu genötigt, wenn es von anderer Seite gelungen ist, bestimmte Fragen zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen; ist die öffentliche Aufmerksamkeit für einen Diskussionsgegenstand gewonnen, so erheischt es das öffentliche Interesse, die Erörterung zu einer möglichst allseitigen zu machen, das Eintreten in dieselbe wird dann für jedermann, der sich zur öffentlichen Abgabe seiner Meinung für berufen hält, zur patriotischen Pflicht. Dieser Fall liegt mit der Frage der „Länderautonomie“ in Oesterreich vor.

Bei den politischen Rundgebungen, welche im Laufe der Kriegsjahre allmählich die Aufgaben der Zukunft nach dem Kriege streiften, trat in sichtbarer Folgewirkung der vor dem Kriege durch Jahre seitens der Regierung geflogenen aber nicht zum praktischen Abschluß gebrachten Verwaltungsreformaktion das enger begrenzte Thema der Reform der Länderautonomie als Schlagwort immer deutlicher in den Vordergrund, teils im fördernden, teils im gegnerischen Sinne. Dieses Thema wurde nun auch Gegenstand der literarischen Diskussion und zwar insbesondere dadurch, daß die „Oesterreichische Zeitschrift für öffentliches Recht“ im Jahre 1916 an die Lehrer des Staats- und Verwaltungsrechtes der österreichischen Hochschulen eine Rundfrage über die „Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung“ gerichtet hat. Das Er-

gebnis dieser Rundfrage liegt nun in einem Sonderheft unter dem Titel „Länderautonomie“ vor; vierzehn Hochschullehrer (Brochhausen, Dnistriansky, v. Kríž, v. Herrmann, Lamp, v. Lann, Laner, Nawiaszko, Raudyberg, Spiegel, A. v. Starzynski, Tezner, Wehr, Zolger) haben dem Ruße Folge geleistet. Der großen Mehrzahl nach sind es Dozenten deutscher Hochschulen, nur zwei Professoren der Lemberger Universität und ein Professor der tschechischen Technik in Brünn haben sich noch angeschlossen; der Nationalität nach sind aber von den vierzehn Gutachtern doch fünf Nichtdeutsche, und zwar zwei Tschechen (Herrmann, Wehr), ein Pole (A. v. Starzynski), ein Ruthene (Dnistriansky), ein Slovane (Zolger).

Bei dieser Lage der Dinge fühlten auch wir uns gedrängt, das Wort zu ergreifen; wir taten es schon an anderer Stelle und folgen daher um so bereitwilliger hiemit der Einladung der Redaktion der „Reichspost“, unsere Meinung auch in diesen Blättern zu äußern, als wir in dem Leserkreise des führenden christlichsozialen Organes auf eine kritische Würdigung von berufener Seite rechnen, nämlich von Seite von Männern, die selbst in leitender Stellung an dem Wirken der Autonomie beteiligt sind. Wir wollen bei dieser Erörterung der Frage zunächst den Inhalt der vierzehn Gutachten in gedrängtem Auszuge zusammenstellen und davon eine kurze Feststellung unseres eigenen Standpunktes reihen.

Zwei Gutachten nehmen von vornherein insoferne eine Sonderstellung ein, als ihre Verfasser, Brochhausen (Wien), Tezner (Wien), unter Berufung auf ihre früheren Schriften auf die Rundfrage direkt teils gar nicht, teils nur summarisch eingehen und sich einer Begründung ihrer Behauptungen durch die Verweisung auf ihre vorangegangenen literarischen Äußerungen für überhoben halten.

Brochhausen ignoriert die Hauptfrage der Landesautonomie, die Teilnahme der Landtage an der Gesetzgebung, ganz, er beschränkt sich nur auf die Teilnahme der Länder an der Verwaltung. Sein Urteil ist hierbei ein sehr absprechend zu Ungunsten der Länderautonomie gefälltes; dieses Urteil wird aber auf Gründe wenig gestützt und ist auch in sich sehr widerspruchsvoll. Die großen Unterschiede des Länderumfangs sollen die historischen Länder zur Kooperation mit der Staatsverwaltung unfähig machen und doch sind solche innere Kontraste auch in anderen zusammengelegten Staaten (Deutsches Reich, Schweiz, Nordamerika) vorhanden! Die Selbständigkeit der Gemeinden soll durch die Oberaufsicht der Länder eodrückert sein, sie bliebe aber nach den Vorschlägen des Gutachtens gewahrt unter einer staatlichen Oberbehörde! Die Finanznot der Länder wird durch das Anwachsen ihrer Verwaltungsaufgaben erklärt, der Gedanke, daß der Staat den Ländern mit den ihnen überlassenen neuen Aufgaben auch neue Einnahmequellen überlasse, wird aber mit Entrüstung abgewiesen! Die Eignung der Landtage und Landesauschüsse zu höheren Selbstverwaltungskörpern wird vermöge ihrer parlamentarischen Zusammensetzung schlankweg abgelehnt; daneben wird aber die Bildung von Kreisvertretungen, die auf ganz ähnlichen Grundlagen wie die Landtage aufzubauen wären, als rettender Gedanke gepriesen! Bei solchen inneren Widersprüchen ist man jeder Widerlegung überhoben.

Tezner geht in ähnlicher Weise von dem in seinen früheren Schriften über die österreichische Länderautonomie gefällten Verdammungsurteil aus, wonach diese nichts anderes sein soll als das Produkt einer falsch verstandenen Doktrin und größter Fahrlässigkeit der Gesetzgebung.

\* Zur Erläuterung der Rundfrage bemerkt die „Oesterr. Zeitschrift für öffentliches Recht“ folgendes:  
Es sollte dabei vor allem auf eine kritische Würdigung der bisherigen Wirksamkeit der Länder, insbesondere im Hinblick auf die Lösung des Nationalitätenproblems ankommen. Antwort auf die Frage:

Ob die Autonomie der Länder als historischer Individualitäten fort- oder rückgebildet, oder ob sie gänzlich beseitigt werden und welche Aenderung der Organisation vorge schlagen werden soll, wurde von den Ausführungen der Referenten erwartet.



26. IX. 1917

165

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Ganzj. 62 K. halbj. 28 K. viertelj. 13 K. monatlich 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K. halbj. 21 K. viertelj. 10.50; monatlich 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K. halbj. 15 K. viertelj. 7.50; monatlich 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 58 K. halbj. 28 K. viertelj. 14 K. monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K. mehr. Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlig: Für Deutschland 20 K. für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

Nagy, Janus & Co., Hdt. Leopold, Ant. Wozel, Rudolf Wesse, Jul. Tenzel, Ludwig Hegyl, Jos. Schwarz, Generalverretzung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: N. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 18. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.  
Kannada: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.  
Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang.

Budapest, Mittwoch, 26. September 1917

Nr. 239

Budapest, 25. September.

Dem österreichischen Parlament, das in seinem Lehnmäßigzustand schwelgt, hat heute das definitive Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler ein Arbeitsdenkmal zugewiesen, dem eine Volksvertretung von herrlicher Rüstigkeit und überhäumendster Schaffenslust kaum gewachsen wäre. Wenn der österreichische Ministerpräsident ernstlich hofft, durch die Ziele, die er dem gesetzgeberischen Willen des Reichsrates steckt, den in diesem bisher heimlich gewordenen Geist des Aus-einanderstrebens erorzifizieren zu können, so wird man in Ungarn nur wünschen, daß seine Vertrauensseligkeit nicht abermals eine herbe Enttäuschung erfahre. Fraglich aber mag immerhin bleiben, ob die Suggestionstherapie, die der Politik des Herrn v. Seidler zugrunde zu liegen scheint, die österreichische Volksvertretung aus den Fesseln des Marasmus, in denen sie darniederliegt, zu befreien vermag. Derlei Wunderkuren gelingen zwar bisweilen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Leh-mäßigkeiten, auf deren Beseitigung es ankommt, bloß auf notwendigen Genirungen, nicht auf organischen Entartungen beruht. Das letztere aber ist in Oesterreich augenscheinlich der Fall. Der pathologische Zustand der österreichischen Volksvertretung ist die Folgeerscheinung eines chronischen Siechtums, von dem der österreichische Staatsbegriff selbst behaftet ist. Das ist ein Staatsbegriff, dem es an der Willenskraft gebricht, sich zur Klarheit über sein eigenes Wesen durchzuringen. Auf dem Wege zu sich selbst strauchelt die österreichische Staatsidee andauernd über Schranken, deren Beseitigung durch-aus in ihrer Macht läge, vor denen sie aber, mag sie sich noch so oft an ihnen blutig geschlagen haben, immer wieder in abergläubischer Angst zurückscheut. Diese Schranken sind die Länderautonomie und die Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Eigentlich sind beide nur längst überwundene Entwicklungsphasen des österreichischen Staates. Sie zeigen den Weg, den der histo-rische Werdeprozeß des letzteren, ehe er zum Abschluß kam, zurücklegen hatte. Aber der Werdeprozeß ist eben abge-schlossen, und nun sollte der österreichische Staat sich doch endlich zu dem Entschluß aufraffen, diese embryonalen Zubeheere seiner Vergangenheit abzustreifen und seine Lebensformen dem abgeschlossenen Werdeprozeß anzupassen. Er sollte sich endlich darauf besinnen, daß der Staat Selbstzweck ist und nichts in seinem Bereiche den obersten Zweck zu sein. Die Länderautonomie hat sich den Lebensbedingungen des Staates unterzuordnen, und die Gleichberechtigung der Nationalitäten kann nur in dem Umfange Geltung haben, in dem sie den Staat in der nollen Entfaltung seiner Lebenskräfte nicht behindert. Diesen Weg sind ja auch Frankreich, Italien, Groß-britannien, Spanien gegangen, um aus lose zusammen-hängenden autonomen Ländergebieten sich zu einheitlichen Staatsgebilden zu entwickeln. In Oesterreich allein drängt die widerwärtige Vorstellung, daß die Lehnmäßig vor dem historisch Gewordenen den längst überwundenen Zwischen-

stufen der Entwicklung Unverletzlichkeit sichert, das voll-ständige Ausreifen der Staatsidee und ihre restlose Ab-klämung zurück.

Als definitiver Ministerpräsident hat Dr. v. Seidler sich von dieser Vorstellung ebensowenig loszurinnen ver-standen, wie er dazu als provisorischer Regierungschef fähig war. Der Gedanke, daß der österreichische Staat an seiner Verfassung krank ist und mithin durch eine Gesun-dung seiner Verfassung gesunden muß, ist in seiner An-trittsrede deutlich genug ausgesprochen. Aber über diese Erkenntnis hinaus verstrickt er sich wieder in den anachro-nistischen Reizen, die die Entwicklungs-geschichte des öster-reichischen Staates ausgepaant hat. Nicht nur bekennt er sich abermals zu dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und zu der nationalen Autonomie als der Grundlage österreichischer Staatlichkeit, sondern er ver-kündet auch den Willen, die Gleichberechtigung der Natio-nalitäten zur vollen Durchführung zu bringen. Mer-dings fügt er hinzu, daß dies unter Wahrung der Staats-einheit stattfinden muß. Aber das ist ja eben die Qua-drat-ur des Kreises. Die Einheit des Staates läßt sich nur wahren, wenn sie das bestimmende Maß dessen ist, was den Nationalitäten an Gleichberechtigung und den Län-der- und autonomen Rechten zugestanden werden kann. In der Formulierung des österreichischen Ministerpräsi-denten ist jedoch der Staatseinheit die Rücksicht auf die Nationalitäten und auf die Länderautonomie paritätisch nebeneinander. Keine Verfassungsrevision der Welt wird dem Problem auf diesem Wege beizukommen wissen. Der österreichische Staat muß, will er lebenskräftig gedeihen und der Zerrüttung entrinnen, den Mut zu seiner Selbst-bejahung aufbringen. Er muß den Willen zum Leben äußern. Er muß die Auffassung verkünden und ihre Gel-tung auf der ganzen Linie erzwingen, daß alle Rechte des einzelnen Bürgers, der Länder und der Völker in den Lebensbedingungen des österreichischen Staates, in dem ungeschmälerten Inhalt des österreichischen Staatsgedan-kens ihre Grenze haben. Erst der auf solche Art zum Be-wußtsein seiner selbst erwachte österreichische Staat wird die Arbeit verrichten können, die das heute entwickelte Re-gierungsprogramm des Ministeriums Seidler dem Abge-ordnetenhaus zugeordnet hat.

Am sinnfälligsten tritt der Mangel an dem, was wir den Mut der Selbstbejahung nennen, in den Ausführun-gen hervor, die Herr v. Seidler der Wörsch der mannig-fachen zentrifugalen Bestrebungen gewidmet hat. Wo energische Zurechtweisung dringend geboten gewesen wäre, hat der Ministerpräsident sich mit einer zahmen Verwar-nung begnügt. Bestrebungen, deren Träger wegen Hoch-verrats rechtskräftig verurteilt waren, wurden von ihm in schüchtern verlagener Umschreibung „Ideologien“ genannt, „die mit dem Staate sich in Widerspruch setzen“. Daß Herr v. Seidler die politische Verantwortung für den Amnestierlaß trägt, der den rechtskräftig verurteilten Hochverratern das Leben und die Freiheit geschenkt hat, ist noch nicht Grund genug, diese Dinge so euphemistisch zu kennzeichnen. Der erste verantwortliche Interpret des Staatsgedankens hätte ja betonen können, daß diesmal

noch Gnade für Recht gemaltet habe, daß aber, wenn die Tendenzen, die auf die Zertrümmerung des österreichischen Staates hinarbeiten, nicht abrüsten, die Staatsgewalt ihnen fortan schonungslos und mit der Kraft, die den Weltkrieg noch gestählt hat, entgegengetreten werde. Statt dessen hat Herr v. Seidler als Höchstleistung seiner staats-politischen Energie sich mit der Erklärung be-gnügt, daß solchen Ideologien „das Eindringen in die Gestaltung der öffentlichen Dinge Oesterreichs ein für allemal verwehrt bleiben muß“. Wir werden ja sehen, ob die Macht dieser Worte stark genug ist, um die zerlegenden Kräfte zur Waffenstreckung zu bestimmen.

An die Adresse Ungarns war die Versicherung des österreichischen Ministerpräsidenten gerichtet, daß die Weiterentwicklung der nationalen Autonomien in Oester-reich weder unmittelbare, noch mittelbare Wirkungen auf den Dualismus werde ausüben können. Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis, soweit es sich um den Willen der Regierung handelt. Eine andere Frage ist es, ob diesem Willen die Kraft gefeilt sein wird, die slawi-schen Bestrebungen in Oesterreich innerhalb solcher Schran-ken zu halten. Heute hat Herr v. Seidler seine Hand nur dazu berührt, diesen Bestrebungen abzuwinken. Ob diese Sand sich auch zur Faust halten kann, und ob diese Faust stark genug sein wird, die nationalen Untriebe der Slawen, falls sie an den Grundbedingungen des Dualis-mus sich sollten vergeifen wollen, zurückzubannen, wird sich erst zu erweisen haben. Nicht stillschweigend können wir über die Bemerkung hinweggehen, die der österreichi-sche Ministerpräsident über Dalmatien in seine Antritts-rede eingeflochten hat. Der Erklärung seines ungarischen Kollegen gegenüber, daß die ungarische Regierung die auf die Wiedereinverleibung Dalmatiens gerichteten kroati-schen Bestrebungen fördern werde, hat Herr v. Seidler es als angebracht erachtet, „die Gerechtfame des öster-reichischen Staates“ zu betonen und besonders her-vorzuheben, daß Dalmatien einen integrierenden Bestandteil Oesterreichs bildet. Daß Dalmatien tatsächlich unter österreichischer Herrschaft steht, hat man hieran-lande auch vor der Antrittsrede des Herrn v. Seidler geahnt. Die Erklärung des ungarischen Ministerpräsi-denten war jedoch nicht auf den tatsächlichen Zustand gemünzt, sondern es lag ihr der Rechtsstandpunkt zu-grunde, wie er in ungarischen Staatsgesetzen mit einer jeden Zweifel ausschließenden Klarheit zum Ausdruck gebracht ist. Diese Gesetze, die vom König sanktioniert sind, stellen ausdrücklich das Recht der ungarischen Krone auf Wiederangliederung Dalmatiens fest und verpflichten den ungarischen Staat, die Vereinigung dieses Landes mit Kroatien zu fördern. Das Inauguraldiplom aber, das auch der gegenwärtige König von Ungarn seinem Krönungsseid vorausgeschickt hat, enthält das Gelöbniß: „Alle jene Teile und Provinzen Ungarns und seiner Nebenländer, welche bereits zurückerworben wurden, sowie jene, welche mit Gottes Hilfe in Zukunft zurück-erworben werden sollten, werden Wir im Sinne Unseres Krönungsseides diesem Lande und seinen Nebenländern wieder einverleiben.“ So ist es um die Gerechtfame des ungarischen Staates im Hinblick auf Dalmatien bestellt.

Aber ich meine, daß wir im Maschinen-tempo etwas Zeichen als die Brandmale der unheimlichen



## Für Frieden und Demokratie.

### Versammlungen der Wiener Arbeiter.

**Landstraße.** Den Vorsitz führte Genosse K o h l, Referent war Abgeordneter Rudolf M a l l e r. Der geräumige Dreher-Saal war voll besetzt. (1200 Personen.) Der Referent beschäftigte sich im Eingang seiner Rede mit den unklaren und verworrenen Verhältnissen, unter denen das Parlament diesmal zusammentritt. Er besprach den Stand der Friedensfrage und die Antwort der Zentralmächte auf die Note des Papstes und erklärte, die Machthaber haben bisher erfolglos durch ihre zweideutige Haltung dem Frieden gebietet und noch immer zu viel an die Macht appelliert. Was die Machthaber nicht vollbringen konnten, müssen die Völker aller kriegsführenden Staaten zustande bringen: einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Der Redner kam sodann auf die haltlosen Ernährungsverhältnisse, insbesondere auf den Durchbruch der Kartoffelverordnung zu sprechen und erklärte, daß die Bevölkerung mit 34 Delagramm Kartoffeln dem Verhungern preisgegeben ist. Die Agrarier erwiesen sich auch diesmal als die Selbstsüchtigen und A l l e m ä c h t i g e n, während sich die Regierung als o h n m ä c h t i g erwies. Volle Gesehlichkeit in der Fabrik muß wiederhergestellt und niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden! Diese drei Hauptforderungen verlangen wir von dem Parlament. Großer Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

**Margareten.** Im großen Saale des Eisenbahnerheims referierte vor einer wirklichen Massenversammlung — Parterre und Galerien waren, trotzdem alle Tische entfernt wurden, zum Erdrücken gefüllt — Abgeordneter Otto G l ä d e l. Er kennzeichnete in scharfen Worten das System Stürggh, zeigte die schweren Verfassungen in der Zeit des Verfassungsbruches auf und hielt dann einen Rückblick über die vergangene Parlamentssession. Das Parlament habe sich würdig und stark erwiesen, sich ein Ehrenblatt erworben, als es einstimmig die zwei § 14-Verordnungen betreffend die Gerichtsbarkeit als verfassungswidrig beseitigte. Das Haus sieht sich bei seinem jetzigen Zusammentritt vor schwere Aufgaben gestellt. Die Gefahr eines wüsten nationalen Kampfes ist wieder in die Nähe gerückt. Die Arbeiterschaft unterschätzt nicht die Schwierigkeit der Lösung der nationalen Frage, umso mehr verlangt sie, daß man mit Ernst und Ueberlegung an sie herantrete. Der bisher meist demagogisch geführte nationale Kampf hat stets den Absolutismus zum Siege geführt, hat a l l e V ö l k e r e n t r e c h t e t. (Beifall.) Nur die Autonomie der Völker, eine Neugestaltung der Verwaltung auf demokratischer Grundlage, führt zum Ziele. Würden etwa die Marschkompagnien auf Grund von Kurien und Steuerleistung zusammengestellt? (Stürmische Zurufe.) Das neue Ministerium hat sich nicht glücklich eingeführt, da es vor dem Ansturm der Agrarier in der Frage der Kartoffelverordnung zurückwich und das Prinzip der zentralen Erfassung und gleichmäßigen Verteilung aller Lebensmittelvorräte leichtsinnig preisgab. Einen weitblickenden, demokratisch-gesinnten Staatsmann, ausgerüstet mit einem wohlbedachten festen Plan des Neuaufbaues Oesterreichs, mit den komplizierten parlamentarischen Verhältnissen betraut, braucht Oesterreich in dieser Stunde — ob dies Herr Dr. Seidler sein wird, ist mehr als fraglich.

Die dringendste Sorge des Volkes ist aber die rasche Herbeiführung des Friedens. Genug des Blutausflusses, genug der Witwen, Waisen und Invaliden, vom Barbarismus wollen wir befreit — Menschen wollen wir wieder sein! (Minutenlanger, stürmischer Beifall.) Nach der Zeit sinnloser Zerstörung können wir die Tage kulturellen Aufbaues nicht mehr erwarten. Wer heute dem einzig möglichen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentfärbung nicht vorbehaltlos zustimmt, Einwendungen macht oder Ausflüchte sucht, der will die Fortsetzung dieses Wahnsinnszustandes, die völlige Verelendung aller Kulturvölker in finanzieller, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Wir hoffen auf Stockholm (lebhafteste Zustimmung), das trotz außerordentlicher Hindernisse doch zustande kommen wird, wir bauen auf das Solidaritätsgesühl der arbeitenden Schichten aller Völker! Es wird der Tag kommen, wo sich die Arbeiter über die Schlingengräben hinweg kampfsentschlossen die Hand reichen werden, um gemeinsam an Stelle des kriegslüsterigen Kapitalismus den friedensbringenden Sozialismus zu setzen! (Stürmischer Beifall.)

**Mariahilf.** Die Versammlung fand im Saale des Verbandsheims, Rönigsgasse, statt. Den Vorsitz führte Genosse G r o ß. Als erster Redner sprach Abgeordneter Reifmüller, als zweiter Abgeordneter Leuthner. Beide legten dar, welche Forderungen die Arbeiterschaft an das neu zusammen tretende Abgeordnetenhaus zu stellen hat, und gaben dem unbedingten Friedenswillen der Sozialdemokratie Ausdruck. Die zahlreich versammelten Zuhörer begleiteten diese Ausführungen mit reichem Beifall. Hierauf meldete sich Genosse Dr. T r e b i t s c h zu Wort, der die angeblich staatserkhaltende und ohnmächtige Politik der Partei in ironischen Worten angriff. Hierauf verließ er mit seinen Anhängern die Versammlung. Abgeordneter R e u t h n e r wies sodann in lauten Worten seine Angriffe zurück.

**Alsergrund.** In der gut besuchten Versammlung im Vereinsheim sprach Max W i n t e r. Seine Ausführungen, bei denen die Ernährungsfragen und die Behandlung der Soldaten neben den Justizgesetzen im Vordergrund standen, gipfelten in der ersten Warnung und Mahnung an die Regierung, daß sie den Wünschen der Arbeiterklasse Erfüllung verschaffe. Wir wünschen nicht den inneren Krieg, er würde den äußeren verlängern, das Glend vermehren; wird er uns aber aufgezwungen, dann werden wir ihn führen mit allem Ernst und allem Feuer der Leidenschaftlichkeit, dessen die Arbeiterklasse fähig ist. (Lebhafte Beifall.) Therese S c h l e s i n g e r und Genosse S o n n e t ergänzten wirksam unter großem Beifall der Versammlung diese Ausführungen. Nach dem Schlusswort des Sprechers schloß der Vorsitzende Hart die insbesondere auch von sehr vielen Frauen besuchte Versammlung.

**Weidling.** Die Versammlung in Weidling war massenhaft besucht. Dicht gedrängt standen die Massen in Saal und Garten des Arbeiterheims. Vorsitzender war Genosse Karl R i c h t e r. Redner waren die Abgeordneten W u t s c h e l und

F o r k n e r, die sich hauptsächlich mit der Friedensfrage und dem neuen Kurs in der Ernährungsfrage befaßten. Als F o r k n e r den Konflikt zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus in der Frage der Ausnahms- und Militärgerichte besprach und forderte, daß die vor den Ausnahmsgerichten zur Aburteilung gelangten Straffälle nach Wiedererrichtung der Geschwornengerichte diesen neuerdings zur Verhandlung überwiesen werden sollen, unterbrach ihn der Regierungsvertreter wiederholt. Und als Forkner die Regierung wegen des neuen Kurses in der Ernährungsfrage heftig kritisierte, unterbrach ihn der Regierungsvertreter noch einmal und drohte mit der Aufhebung der Versammlung. Die Versammelten begleiteten die Ausführungen der Redner mit stürmischen Zustimmungslundgebungen.

**Sieging.** Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Insbesondere sehr viele Frauen waren anwesend. Das Referat erstattete Abgeordneter S c h i e g l. Seine Ausführungen über die Friedenssehnsucht des Volkes fanden stürmische Zustimmung. Auch seine weiteren Ausführungen über die Ernährung und die Demokratisierung des Staates fanden lebhafteste Zustimmung. Die Zwischenrufe in der Versammlung zeigten, daß die alte Kampfesstimme des Proletariats noch ungebrochen ist. Dies sollten die Herrschenden im Staate nicht übersehen.

**Gernals.** Die Versammlung wurde vom Genossen D a c h e i m e r geleitet. Als Referent war Abgeordneter W o l l e r erschienen, der in einer anderthalbstündigen Rede die Forderungen der Arbeiterschaft behandelte, die sie an die Regierung und das Parlament zu stellen hat. In einer schonungslos kritisierte die Redner jene Verhältnisse, unter denen das arbeitende Volk zu leiden hat, und setzte auseinander, was Regierung und Parlament zu tun hätten, um diese Leiden zu mildern. Ganz besonders verlangte er, daß die Regierung mit der nötigen Klarheit zu der Friedensfrage Stellung nehme. Die Justizgesetze betreffend, gab er die Versicherung, daß die Abgeordneten der Partei alles tun werden, um Ordnung in unsere Rechtspflege zu bringen. Nach einer kräftigen Aufforderung, treu und unerschütterlich zur Organisation zu stehen, wurde die gut besuchte Versammlung, die ohne jede Störung verlief, geschlossen.

**Dittling.** Die Versammlung war sehr stark besucht. Unter dem Vorsitz des Genossen B e r g e r referierte Abgeordneter S e v e r. Der Redner besprach die kommenden Aufgaben des Parlamentes, verlangte von der Regierung eine umsichtige Versorgung mit Lebensmitteln, geißelte das Vorgehen des Ministerpräsidenten Seidler bei der Kartoffelbeschlagnahme, nach welcher in Oesterreich wieder Agrarier Trumpf ist. Er kam dann auf unsere Justizpflege zu sprechen und verlangte unter stürmischen Zurufen der Versammlung die Zurechtweisung der Strafsache F r i t z A d l e r vor das Geschwornengericht. Genosse D a v i d, der als zweiter Referent bestimmt war, konnte wegen Hektik nicht sprechen.

**Floridsdorf.** Die Versammlung tagte im großen Saale des Arbeiterheims unter dem Vorsitz des Genossen B ö t s c h. Der Referent Genosse S e i t z bezeichnete als die aktuellsten Aufgaben des zusammen tretenden Parlamentes die Abwehr der agrarischen Anschläge gegen die öffentliche Bewirtschaftung der N a h r u n g s m i t t e l, den Schutz der Arbeiter in den Kriegseinsatzbetrieben, besonders die Abwehr der sogenannten „Militarisierung“, die Verbesserung der Lage der Soldaten, die Sicherung einer ausreichenden körperlichen und geistigen Pflege der Jugend, Arbeiterschutz und Sozialversicherung. Aber im Brennpunkt des Interesses aller Völker steht die F r i e d e n s f r a g e. (Lebhafte Zustimmung.) Was immer Regierung und Parlament unternehmen, es wird immer nur von dem Standpunkt geprüft werden: Wie wirkt es für die Beendigung dieser schrecklichen Mehelei, wie wirkt es für den Frieden. (Stürmischer Beifall.) Die Stockholmer Konferenz hat schon vor ihrer Tagung einen großen Teil ihrer Aufgabe erfüllt: sie hat die Friedensselemente in der Entente gestärkt und die Proletariate ganz Europas mit ihrer heiligsten Mission erfüllt: für den Frieden zu wirken. Hoffen wir, daß dieser Prozess fortschreitet und daß es den Arbeitern Frankreichs und Englands gelingt, ihren Vertretern die Pässe für Stockholm zu erwirken. Wir werden jede Aktion unterstützen, die dem Frieden dient, also auch die Aktion des P a p s t e s, trotzdem diejenigen in Oesterreich, die ihm in erster Linie dienen sollten, die ärgsten Kriegsheyer waren. In Deutschland hat der Reichskanzler namens des Kaisers und namens des Reichstages dem Papst geantwortet. Bei uns liegt erst eine Neupferung des Kaisers vor, bei Eröffnung des Parlamentes folgt hoffentlich die Erklärung der Regierung; das Wichtigste aber, was über den Frieden gesprochen wird, wird das sein, was die Völker selbst, deren Gut und Blut im Kriege geopfert wird, durch ihre gewählten Vertreter zu sagen haben. Die Parole des organisierten Proletariats in Oesterreich ist die Parole der russischen Revolution (stürmischer Beifall): keine Gebietsverweigerung, keine Entschädigung, ein Frieden des Vertrages und des Rechtes! Zum Schluss gedachte Genosse Seitz der Aufgabe, die dem Parlament schon in der ersten Sitzung gestellt sein wird: der Wiederherstellung des Rechtes durch die Justizgesetze. Von dieser notwendigen Arbeit werden wir uns durch keine Verbächtigung abhalten lassen, auch nicht durch die, daß wir nur für einen Parteigenossen, für Friedrich Adler kämpfen. Was wir verlangen und worauf jeder Anspruch hat, also auch ein Sozialdemokrat, ist das o r d e n l i c h e, r e c h t m ä ß i g e G e r i c h t. (Lebhafte Beifall.) Nur ein Rechtsstaat kann auch i n t e r n a t i o n a l e s Recht heischen. Es wird uns niemand glauben, daß wir einen Frieden des Rechtes wollen, wenn wir unfähig sind, das Recht im I n l a n d herzustellen. Das Lösungswort der nächsten Kämpfe ist daher: F r i e d e u n d R e c h t! (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Referenten sprach noch Genossin D r. A n n a F r e y - S c h l e s i n g e r, die sich den Ausführungen anschloß und eine Protestresolution gegen die Verurteilung Friedrich Adlers durch ein Ausnahmsgericht beantragte. Die Resolution wurde mit einigen notwendigen Änderungen angenommen.

In der Versammlung hatten auch die ferbischen Genossen A g l e r o w i t s c h, P o p o w i t s c h und F i l i p o w i t s c h, die sich auf der Durchreise nach Stockholm einige Tage in Wien aufhalten, teilgenommen. Sie wurden von den Genossen Bötsch und Seitz herzlich begrüßt.



land kam als Herzogtum, Livland mit Riga unmittelbar unter Polen. Dem Lande wurde jedoch ausdrücklich, wie auch Peter der Große bestätigte, Gewissensfreiheit, deutsches Recht und deutsche Sprache zugesichert.

Diese Zusage ist von den Russen aufs schändlichste gebrochen worden. Noch im Jahre 1885 waren die baltischen Provinzen deutsches Land, war die Universität Dorpat deutsch, deutsch auch die Technische Hochschule zu Riga und alle höheren und mittleren Lehranstalten. Deutsch waren auch das Privatrecht, die Kirche, Handel und Industrie, das Eisenbahnwesen, Post und Telegraph. Erst Alexander III. hat versucht, diesen Charakter des Landes für immer zu vernichten. Die bisherige Verwaltung wurde aufgehoben, Russen wurden ins Land geschickt und die deutschen Richter abgesetzt. Am 10. April 1887 wurde die russische Unterrichtssprache in allen höheren Lehranstalten eingeführt. Bis zum Jahre 1906 waren die Deutschen, die nur sieben Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber durch ihre großartigen Kulturleistungen Anspruch auf Bevorzugung haben, gänzlich unterdrückt. Selbst die privaten Lehranstalten wurden geschlossen; etwa vom Jahre 1895 an war die ganze baltische Jugend gezwungen, in russische Schulen zu gehen. Nur die Familie blieb und insbesondere die Frauen haben das größte Verdienst an der Erhaltung des Deutschtums. So kam es, daß dieses kleine Land trotz allem nicht weniger als fünfzig Hochschulprofessoren an Deutschland abgab. Eine Fülle von Gesellschaften und Vereinigungen für Geschichte, für Philosophie, für Medizin und Naturwissenschaften blühte auf. Die knapp zweihunderttausend Deutschbalten haben in bitterer Bedrängnis ihr Volkstum erhalten.

Besonders schwer war ihre Lage während der Revolution. Es kam zu der Seltsamkeit, daß die Streiter für die Befreiung die Letten und Esten gegen die Deutschen hetzten und sie zu blutigen Aufständen verleiteten. Das Wiederaufleben der zarischen Gewalt brachte ein Wiederaufleben des deutschen Einflusses. Die deutsche Schule durfte wieder erstehen und durch die Gründung dreier großer Vereine und vieler Lehranstalten durch eine Arbeit, deren Ergebnisse Bewunderung erregen, haben sich die Balten aus dem Elend herausgearbeitet und sind nach ihrem tiefen Falle wieder erstarbt. Nun erklärt der deutsche Befehlshaber, er wolle den kurländischen Staat wieder aufrichten. Der Traum des Deutschen Ritterordens wird vielleicht in Erfüllung gehen.

## Vorbereitungen für den Wiederaufbau des kurländischen Staates.

### Berufung eines Landesrates für Kurland und für Litauen.

Wien, 25. September.

Die kurländische Landesversammlung hat anlässlich der Bildung eines Landesrates an den Oberbefehlshaber Ost eine Adresse gerichtet, in welcher der Wunsch ausgedrückt wird, die geschichtliche Verfassung und Verwaltung Kurlands möge unter dem Schutz und Schirm des deutschen Kaisers ausgebaut werden. Der Oberbefehlshaber Ost antwortet: In gemeinsamer Arbeit mit den Einwohnern des Landes werden die Vorbereitungen für den Wiederaufbau des kurländischen Staatswesens getroffen. Ein Landesrat wird berufen und als das Ziel die freie Entwicklung von Kurland bezeichnet auf Grundlage der Gerechtigkeit allen seinen Einwohnern gegenüber. Das ist eine sehr wichtige Mitteilung. Der kurländische Staat war bis zum Jahre 1795 selbständig und ist damals erst in russische Hände geraten. Kurland ist bekanntlich seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts ein Teil des deutschen Ordensgebietes; gewesen, kam später unter polnische Oberhoheit, und der erste Herzog von Kurland war der letzte Großmeister des Deutschen Ritterordens. Litauer Kaufleute waren es, die das Land für Deutschland gewannen, Priester und Ritter folgten. Der eigentliche Gründer der livländischen Kolonie war jedoch Bischof Albert, Domherr zu Bremen, der im Jahre 1201 den Grundstein von Riga legte und vom deutschen König Philipp Livland als Reichslehen erhielt. Ivan der Schreckliche hat die livländische Selbständigkeit gebrochen und Kur-

## Kurländische und litauische Vertrauenskundgebungen für die deutsche Regierung.

Berlin, 25. September.

In der von der kurländischen Landesversammlung anlässlich der Bildung des Landesrates an den Oberbefehlshaber Ost gerichteten Adresse heißt es: „Als die von der Bevölkerung Kurlands entsandten Vertreter erbitten wir den Schutz und Schirm Sr. Majestät des deutschen Kaisers und des mächtigen Deutschen Reiches. Vertrauensvoll legen wir unser Geschick in die Hand Sr. Majestät und der von ihm eingesetzten deutschen Militärverwaltung. Gemeinsam mit ihr wollen wir schon jetzt am Wiederaufbau Kurlands arbeiten. Wir bitten um die Genehmigung, durch einen aus unserer Mitte zu berufenden, aus allen Berufs- und Volksschichten zusammengesetzten Landesrat am Ausbau unserer geschichtlichen Verfassung und Verwaltung mitarbeiten zu dürfen zum Wohle unseres geliebten Heimatlandes.“

In der Antwort des Oberbefehlshabers Ost auf diese Adresse wird erklärt: In gemeinsamer Arbeit mit den Einwohnern des Landes werden die Vorbereitungen für den Wiederaufbau des kurländischen Staatswesens getroffen werden. Es wird sodann die Berufung des Landesrates für Kurland ausgesprochen und daran anschließend erklärt, das Ziel soll die freie Entwicklung Kurlands auf Grundlage der Gerechtigkeit allen seinen Bewohnern gegenüber sein.

Die litauische Landesversammlung bemerkte in ihrer Adresse unter anderem: Wir rechnen auf die Hilfe der deutschen Verwaltung, um noch während des Krieges mit ihr und mit Unterstützung des Deutschen Reiches die Lage der nothleidenden Bevölkerung zu lindern und zu bessern und an seiner Volkswirtschaft mitarbeiten zu können. Dabei wollen wir bestrebt sein, unserem Lande jene Rechte zuteil werden zu lassen, deren sich die Bewohner der Kulturstaaten schon lange erfreuen. Wir bitten, eine aus allen

Völkern zusammengesetzte Landesvertretung zu genehmigen und ihr das Recht zu geben, noch während des Krieges bei dem Wiederaufbau Litauens mitzuwirken.

In der Antwort auf die Adresse der Litauer heißt es: In gemeinsamer Arbeit mit den Einwohnern des Landes werden die Vorarbeiten für den Wiederaufbau Litauens getroffen werden. Zu diesem Zwecke beruft Prinz Leopold von Bayern einen Landesrat für Litauen ein, der unter der Leitung der Militärverwaltung die Grundlage der künftigen Verwaltung und Wirtschaft Litauens beraten soll. Litauen soll Litauen ein Kulturland werden, das allen seinen Bewohnern unter Wahrung litauischer Eigenart freie Betätigung und Entwicklung bietet. Im Einvernehmen mit ihnen wird der Landesrat durch die Aufnahme weiterer Mitglieder, unter denen sich auch Polen, Deutsche, Weißruthenen und Juden befinden werden, entsprechend ergänzt werden. Eine litauische Gemeindevorfassung ist in Vorbereitung und wird Ihnen unterbreitet werden.



27. IX. 1917

# Der Reichstag gegen Wilson.

Am 27. des Bundesrats: Graf Roeder, Wallraf, Dr. Schwander, Dr. Solz, Rüdlin, v. Krause, Schiffer, v. Baldow, Dr. Müller.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Auf den Platz des verstorbenen Abg. Basser mann (nkl.) hat die national liberale Reichstagsfraktion einen großen Lorbeerkranz niedergelegt.

Der Präsident teilt mit, daß er dem König von Bulgarien anlässlich des Hinscheidens der Königin das herzlichste Beileid des Reichstags ausgesprochen habe. Er gedenkt dann des Ablebens des Abg. Basser mann in folgenden Worten: Am 24. Juli ist unser verehrter Kollege Basser mann einem längeren Leiden erlegen. Herr Basser mann hat an den Arbeiten des Reichstages stets in hervorragender Weise teilgenommen und auch als Quästor im Vorstände des Reichstags gewirkt. Wir bedauern daher tief sein Hinscheiden und werden ihm stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Sie haben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

## Präsident Kaempf gegen Wilsons Annäherung.

Der Präsident machte dann weiter folgende Ausführungen: Schon einmal, am 2. Mai d. J., ist es meines Amtes gewesen, Annäherungen zurückzuweisen, die in seiner Botschaft an den Kongress der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sich herausgenommen hat, indem er einerseits eine Verhehlung versucht zwischen Kaiser, Volk und Regierung, und indem er andererseits versucht hat, sich in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes einzumischen. (Sehr wahr! rechts.) Diesen Versuch hat Präsident Wilson wiederholt in seiner Antwort auf die Friedensnote seiner Heiligkeit des Papstes. Mit gleicher Entschiedenheit wie damals weise ich dieses Beginnen zurück. (Beifall.) Mit gleicher Entschiedenheit wie damals rufe ich ihm zu, daß er angesichts des gesunden Ernens des deutschen Volkes mit seiner Verhehlung auf Granit basist. (Allseitige Zustimmung.) Präsident Wilson wiederholt das alte Gerede von der ehrfurchtigen und intriganten Haltung des Kaisers und unserer Regierung, die doch, wie uns allen bekannt ist, trotz aller Herausforderungen 43 Jahre lang der Welt den Frieden erhalten haben. (Sehr wahr!) Der Prozeß Suchomlinow hat unabweisbar die schlagende Antwort auf die Frage gegeben, wer mitten in den Friedensbestrebungen des Deutschen Kaisers verbrechensmäßig den Weltbrand entfesselt hat. (Sehr richtig!) Wiederum lesen wir in der Note des Präsidenten Wilson die Worte „Menschheit“ und „Menschlichkeit“. Soll man diesen Worten glauben in dem Munde eines Mannes, der es in der Hand gehabt hat, Hunderttausende von Menschenleben zu retten und zu erhalten, wenn er die ungeheuren Munitionslieferungen Amerikas an unsere Feinde verhindert hätte? (Sehr richtig!) Kann sich der Mann der Menschlichkeit rühmen, der, abgesehen von diesen ungeheuerlichen Munitionslieferungen, durch seine allem Völkerrecht widersprechende unneutrale Haltung vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland den Krieg verlängert, der den Hungerkrieg Englands gegen deutsche Frauen und Kinder begünstigt und sich nicht scheut, englische Eingriffe in amerikanisches Eigentum zu dulden? (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die Durchsuchung amerikanischer Postfächer durch englische Beamte. Oder stehen nicht vielmehr Recht und Menschlichkeit auf der Seite des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung, die offen und ehrlich die Hand zum Frieden dem Feinde entgegen gestreckt haben? Wie kann Präsident Wilson fortgesetzt von dem Schutz der kleinen Völker durch die großen Staaten sprechen angesichts der Tatsache, daß er das kleine Griechenland in seiner Not im Stich gelassen und nicht ein einziges Wort zu seiner Hilfe gefunden hat. (Sehr gut!) Da verbietet ihm angeblich die Monroe-Doktrin, sich in europäische Verhältnisse einzumischen. Wo aber solche Eingriffe zugunsten Englands erfolgen, scheint die Monroe-Doktrin nicht mehr zu bestehen. (Sehr richtig!) Dem deutschen Volk, für das Präsident Wilson angeblich so viel Freundschaft und so große Sympathie zu hegen vorgibt, schleudert er die schwersten Beleidigungen ins Gesicht, die einem Volke zugesagt werden können. Wir sprechen im Namen des ganzen Volkes, wenn wir uns eine derartige Einmischung verbitten. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir den Verhehlungsvorwurf auf das schärfste zurückweisen. (Stürmischer Beifall.) Deutschland ist Manns genug, um seine Angelegenheiten selbst ordnen zu können, und zwar so zu ordnen, wie es den deutschen Bedürfnissen und dem Charakter des deutschen Volkes entspricht. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

## Unsere Widerstandskraft ungeschwächt!

Unsere Helden zu Lande, zu Wasser, unter Wasser und in der Luft kämpfen für die heiligsten Güter unseres Volkes (Beifall.) In den Fronten, von denen soeben eine größere Anzahl unserer Mitglieder zurückgekehrt sind, haben wir den Heldennut unserer unvergleichlichen Soldaten, Offiziere und Generale bewundern können, die mit eiserner Fähigkeit und ungebrochenem Angriffsgestirnt nun schon mehr als drei Jahre täglich von neuem Übermenschliches leisten. (Stürmische Zustimmung.) Wir haben Einblick erhalten in die großartige Ordnung, die der deutsche Generalstab geschaffen und aufs höchste vervollkommen hat. Wir staunen immer von neuem über die großartigen Leistungen unserer Obersten Heeresleitung, die auch in den Abwehrschlachten nie Dagewesenes leistet. (Sehr wahr!) In diese Oberste Heeresleitung setzen Heer und Volk unerschütterliches und festes Vertrauen. (Stürmischer Beifall.) Auch in den Lüften haben wir die Oberhand gewonnen. Unsere kühnen Flieger verrichten ihr Amt mit unvergleichlicher Tapferkeit. (Beifall.) Die Unterseeboot-Besatzungen und -führer leisten nicht nur, was sie versprochen, sondern weit darüber hinaus. (Erneuter Beifall.) Zu diesen Leistungen draußen gesellt sich ebenbürtig die Widerstandskraft unseres wirtschaftlichen und finanziellen Lebens. Ganz Deutschland rüstet sich, um die siebente Kriegauleihe zu einem eben so großen Erfolge zu machen, wie es die früheren Anleihen gewesen sind. (Sehr wahr!) Das sind die Grundlagen, auf denen ruhend wir schütten, was unsere Väter mit ihrem Blut auf den Schlachtfeldern erworben und uns vererbt haben. Wir schütten unsere heiligsten Güter gegen die ganze Welt. Niemand, auch nicht Präsident Wilson, kann das unerschütterliche Vertrauen in eine glückliche Zukunft unseres Landes brechen. In diesem Vertrauen werden wir, wenn unsere Feinde unser Recht auf Leben und freie Entwicklung nicht anerkennen wollen, für Kaiser und Reich im Kampfe aushalten bis zum glücklichen Ende. (Stürmischer allseitiger Beifall.)

Einige Rechnungssachen werden erledigt. Bei der letzten Abrechnung für die Kosten des Aufstandes in Südwest-Afrika, die 380 Millionen Mark betragen haben, weist

Abg. Noke (Soz.) darauf hin, daß damals allerlei Mißstände sich bei den Kriegslieferungen gezeigt haben. Er erinnert an die

Angelegenheit Tippelskirch. Auch im jetzigen Kriege liege das Lieferungsweesen im argen. Eine genaue Kontrolle müsse durchgeführt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärt, daß die Regierung die- sen Fragen volle Aufmerksamkeit schenke.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Man tut immer nur so, als ob man täte. Man soll doch aus der Vergangenheit lernen. Die jetzigen Zustände sind eine Schmach.

Abg. Häuble (Fortshr. Vpt.): Eine strenge Kontrolle der Kriegs- Lieferungen ist notwendig.

Die Rechnung wird darauf genehmigt.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Nachtragsforderungen zum Reichshaushaltsplan. Es werden u. a. die Kosten gefordert für einen allgemeinen Stellvertreter des Reichskanzlers und für den Staatssekretär des neuen Reichswirtschaftsamtes.

## Der Reichsschatzsekretär über die neuen Reichsämtler.

Schatzsekretär Graf Roeder empfiehlt die Vorlage und betont die Notwendigkeit, einen besonderen Stellvertreter für den Reichskanzler zu bestimmen. Es ist nicht beabsichtigt, in der bisherigen rechtlichen Grundlage der Stellvertretung des Reichskanzlers eine Aenderung einzutreten zu lassen, insbesondere soll durch die Lösung des allgemeinen Stellvertreters vom Reichsamt des Innern kein neues Vorgesetztenverhältnis zu den Chefs der obersten Reichsbehörden geschaffen werden. Es ist auch nicht beabsichtigt, den laufenden Verkehr zwischen den Ämtern und dem Reichskanzler durch das Bureau des allgemeinen Stellvertreters gehen zu lassen. Die bisherige rechtliche Lage beruht auf dem Paragraphen 2 des Stellvertretungsgesetzes. Er lautet: „Es kann ein Stellvertreter allgemein für den gesamten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt werden. Auch können für diejenigen einzelnen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reichs befinden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung desselben im ganzen Umfang oder in einzelnen Teilen ihres Geschäftskreises beauftragt werden.“ Auf Grund dieses Gesetzes sind bisher sämtliche Staatssekretäre mit der Vertretung des Reichskanzlers für den ganzen Umfang ihres Geschäftsgebietes beauftragt worden. Die allgemeine Stellvertretung ist für den jeweiligen Inhaber stets durch besondere Order geregelt worden. Sie enthält für den jetzigen Inhaber den ausdrücklichen Zusatz, daß sie nur eingreift, insoweit nicht für einzelne Amtszweige die Vorstände der Reichsämtler mit der Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt sind. In diesem Zustand soll nichts geändert werden. Insbesondere ist nicht beabsichtigt, dem Stellvertreter des Reichskanzlers eine Entscheidungsbefugnis gegenüber den anderen Ressorts einzuräumen.

Der Schatzsekretär verweist dann auf die Teilung des Reichsamtes des Innern und die Schaffung des neuen Reichswirtschaftsamtes und schließt: Der Präsident des Hauses hat in dankenswerter Weise schon auf die Kriegs- anleihe hingewiesen. Auch ich spreche die Bitte aus, daß die Reichstagsabgeordneten die Reichsfinanzverwaltung bei der Auf- klärung und der Werbearbeit in der gleichen Weise unterstützen, wie sie das bei der letzten Anleihe getan haben. (Beifall.)

Die Aussprache schließt. Die Vorlagen gehen an den Haupt- ausschuß.

## Geschäftsordnungsdebatte.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Mittwoch, 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe und zweite Beratung des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Abg. Lebebour (U. Soz.) widerspricht und beantragt, morgen eine Sitzung abzuhalten und auf die Tagesordnung den mündlichen Bericht des Hauptausschusses über Schußhaft und Belagerungszustand zu setzen. Es muß weiter sofort Gelegenheit gegeben werden, daß der Reichskanzler sich unabweisbar und ohne nachträgliche Korrekturen (Seiterkeit links!) über seine Po- litik aussprechen kann. Arbeitsstoff liegt bergehoch vor. Es sei nur erinnert an die Begünstigung, die eine neue Partei jetzt durch die Behörden erfährt. Alles dies muß sofort im Reichstag zur Sprache kommen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Im Ältesten-Ausschuss hat der Vorredner dasselbe gesagt. Obwohl auch wir gern für sofortige Weiterberatung waren, haben wir uns aus sachlichen Grün- den im Ältesten-Ausschuss überzeugen lassen. Was hat der ganze Ältesten-Ausschuss für einen Wert, wenn sich seine Auseinander- setzungen hier in der Vollversammlung wiederholen? (Sehr richtig!) Wir haben uns nach der Entscheidung der Mehrheit des Ältesten-Ausschusses gerichtet, und wir haben für heute wichtige Verhandlungen mit Vertretern der Behörden verabredet, von deren Verlauf es abhängt, welchen Wortlaut wir einer Inter- pellation geben werden. Aber wenn eine so starke Partei wie die des Vorredners (Seiterkeit) morgen verhandeln will, wir haben nichts dagegen.

Abg. Dr. Arendt (Dtsh. Fr.): Man soll doch auf die jetzigen un- günstigen Verhältnisse Rücksicht nehmen und uns nicht zu einer einzigen Sitzung hierherberufen. (Beifall.)

Abg. Lebebour (U. Soz.): Unsere Partei mit 120 000 zahlenden Mitgliedern ist mindestens ebenso stark wie die des Abgeordneten Scheidemann, wenn wir auch nicht so viel Mandate haben. (Lachen der Soz.)

Präsident Dr. Kaempf: Die Anregung des Abgeordneten Dr. Arendt ist bereits eingehend erwogen worden. Unter den abwal- tenden Umständen konnten wir aber nicht anders verfahren.

Der Antrag Lebebour wird darauf abgelehnt.

Präsident Dr. Kaempf erbittet die Ermächtigung, dem General- feldmarschall v. Hindenburg zu seinem 70. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages aussprechen zu dürfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß 5 Uhr.



müßten, als sie vor dessen Eroberung standen. Ich habe vielleicht Irrthümer begangen, aber ich habe mir kein Verbrechen vor Gott und dem Vaterlande vorzuwerfen.

Bei den letzten Worten brach Suchomlinow in Tränen aus.

Hierauf sprach Frau Suchomlinowa mit bestemmener Stimme, und unter Tränen. Sie sagte: Wir sind keine Verbrecher, weder ich noch mein Mann!

Sodann zogen sich die Geschwornen zur Erörterung der zwölf Schuldfragen zurück, von denen zehn Suchomlinow und zwei seine Frau betreffen.

**Suchomlinow zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt.**

Petersburg, 26. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Der Gerichtshof hat erkannt, daß der frühere Kriegsminister Suchomlinow des Hochverrates, des Vertrauensbruchs und des Betruges schuldig ist und ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt.

Frau Suchomlinowa wurde freigesprochen.

**Eine Rede des Großwesirs.**

Konstantinopel, 24. September. (Bericht eingetroffen. — Meldung der Agence Telegraphique Mill.)

Der Kongreß der Partei für Einheit und Fortschritt wurde heute geschlossen. Das Komitee wurde mit Stimmenmehrheit gewählt, und zwar: Großwesir Talaat-Pascha zum Präsidenten; zum Generalsekretär Midhat Schukri-Bei. In das Zentralkomitee wurden entsendet: Kemal, Nazmi, Baha ed Din, Schafir, Zia, Kussubi, Cyub, Sabri, Hilmi, Niza und Talaat. Entsprechend einem auf dem vorjährigen Kongreß gefaßten Beschlusse wurde dem Zentralkomitee ein Generalrat hinzugefügt, der aus Ministern, Senatoren und Deputierten der Partei besteht und dessen Wahlen nunmehr vorgenommen wurden.

Großwesir Talaat-Pascha hielt eine großangelegte Ansprache, in der er sagte: Wir befinden uns im vierten Jahre des Weltkrieges und man hatte geglaubt, daß Europa nicht mehr als sechs Monate die Vernichtungen eines solchen zu ertragen vermöchte. Trotz der allgemeinen Ermüdung, trotz der bei unsern Feinden herrschenden Unordnung, ja sogar Revolution, beharren sie bei ihrem Starrsinn und wollen sie den Feindseligkeiten kein Ende machen. Unsere zum Zwecke der Verschönerung der leidenden Menschheit von unwillkürlich blutvergießen unternommene Friedensinitiative war nicht in stande, unsere Feinde, die im Banne eines Nervenzustandes stehen, der sie verhindert alle schweren Gefahren und Folgen der Eroberungs- und Herrschgeliüste zu ermessen, zur Vernunft und Billigkeit zu bringen.

Unser Land, welches gezwungen war, an diesem Kriege in einem Augenblick teilzunehmen, indem es sich inmitten einer Evolution des staatlichen Lebens befand und noch die Wirkungen früherer Angriffe verspürte, mußte natürlich am meisten unter der Verlängerung des Kampfes leiden. Da aber unsere Nation von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß die fortdauernden Leiden und Opfer nur der Konsolidierung unsres Staates und der Erhaltung unsrer Unabhängigkeit dienen, muß und wird sie all die ihr auferlegten Schwierigkeiten und Prüfungen mit Willensfestigkeit ertragen. Untätig zu bleiben angesichts dieses Krieges, der auf die Herborufung großer Umwälzungen in der politischen Situation hinczielt, und sich mit der Rolle des Zuschauers zu begnügen, hieße für einen Staat nichts anderes, als sich von Haus aus zu einem wenig ehrenhaften Tode zu resignieren. Insbesondere konnte die Türkei, die als Verbindungsglied Afriens und Europas Jahrhunderte hindurch für Europa der Schild gegen den brutalen moskowitzischen Einbruch war, und die im Laufe der Jahrhunderte direkt und indirekt in europäische Kriege verwickelt worden war, keinesfalls eine solche zuwartende Rolle auf sich nehmen. Deshalb hat Seine Majestät der Sultan alsbald nach dem Ausbruch des Weltkrieges die allgemeine Mobilisierung an-

geordnet und die ottomanische Regierung mit bewaffnetem Arm sich angeeignet, dem Verlaufe der Ereignisse zu folgen.

Der Angriff der englischen Flotte gegen unsere Flagge war nicht als Casus belli betrachtet worden. Wir begnügten uns, die Darbanelen zu schließen. Später hat uns der russische Angriff im Schwarzen Meer und an unsern Grenzen gezwungen, der Richtung unsrer historischen Bestimmung zu folgen, und so haben wir, mit Dankbarkeit und Erkenntlichkeit begrüßt, unsern Platz an der Seite der Mittelmächte genommen. Unsere Armee hat durch den Heroismus und die Tapferkeit, die sie während der verfloßenen drei Kriegsjahre in den Kämpfen auf verschiedenen Fronten entfaltet, nicht nur das Andenken ihrer Vorfahren zu segnen und zu glorifizieren verstanden, sondern auch die Achtung und Bewunderung der ganzen Welt zu gewinnen gewußt. Ein Staat, der sich auf eine Nation stützt, aus deren Schoß eine solche Armee hervorgegangen ist, hat sich ewiges Leben gesichert und seine Existenzberechtigung vollauf erworben. Unsere Feinde müssen dies zugeben, und wenn sie die Unduldsamkeit so weit treiben sollten, unser heiliges Recht nicht anerkennen zu wollen, werden wir sie dazu zwingen, indem wir uns unter den Schutz des Allmächtigen begeben und den Krieg fortsetzen werden, bis wir sie dazu bekehrt haben.

Wir haben wiederholt betont, daß wir nur kämpfen um unsre Existenz, unsre Unabhängigkeit, für die freie Entwicklung und für unsern Fortschritt. Wir werden bereit sein, in Verhandlungen einzutreten im Augenblicke, da unsere Feinde uns wissen lassen werden, daß sie geneigt sind, diese Prinzipien anzunehmen.

Der Großwesir verwahrte sich dann gegen die Behauptung, daß in der Türkei die feindlichen Untertanen und Gefangenen übel behandelt werden, und erklärte, die menschliche Behandlung und der Edelmut, der von uns den feindlichen Untertanen und Gefangenen gegenüber bekundet wird, wurden vollständig anerkannt, nicht nur von den Neutralen, sondern vielfach auch von seiten unsrer Gegner.

Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach der Großwesir dann eingehend die armenischen Aufstände und die nach Ausbruch des Krieges zutage getretenen Verheerungen der Armee, die Gegenmaßregeln selbstverständlich machten. Der Großwesir charakterisierte hierauf die von der Entente angepöngelten Lügenmeldungen und sagte unter andern: Eine Depesche des Reuterschen Bureaus meldete jüngst, daß der gewesene amerikanische Botschafter in Konstantinopel Morgenthau eine Reise nach Europa und dann nach Aegypten unternommen hätte, um die Mittel für die Schaffung einer jüdischen Regierung in Palästina sicherzustellen. Als wir diese Nachricht lasen, glaubten wir an eine Erfindung der genannten Agentur, denn dem Gedanken der Bildung einer jüdischen Regierung in einem Teil unsres Landes nachzulaufen, wäre eine große Undankbarkeit der jüdischen Welt. Die Tausende von Juden, die aus ihren Ländern nach den Vorschriften Ignatiews durch die Russen, die heute Verbündete der Engländer sind, verjagt wurden, flüchteten zu uns und dort, wo sie irgendwelchem Druck ausgesetzt waren, fanden sie die volle Fürsorge unsrer Regierung. Man kann sagen, daß die ottomanische Regierung die einzige ist, die den Juden den vollen Genuß ihrer bürgerlichen und politischen Rechte läßt. England, das genau weiß, daß die Juden in Deutschland und Oesterreich-Ungarn geachtet sind, zielt mit diesen Antrieben nur darauf ab, unsre Beziehungen mit unsern Verbündeten zu trüben. Ich hoffe zuversichtlich, daß die jüdische Nation, die ein gewissenhaftes Element darstellt, in die ihr gelegte Falle nicht gehen wird.

Nachdem ich die Natur der Verleumdungen, mit denen wir überhäuft wurden, dargelegt habe, möchte ich von der an die Monarchen und Staatsoberhäupter der kriegführenden Staaten gerichteten Note des Papstes sprechen, dessen Handlungsweise



27. IX. 1918

**Redaktion, Administration und Inseraten-Nachnahme:**  
**V. Rechte Wienzeile 97.**  
 Stadt-Expedition und kleiner Anzeiger:  
**I. Schulerstraße 13.**  
 Telephone:  
 Redaktion ..... 880  
 Administration ..... 890  
 Inseraten-Nachnahme ..... 890  
 Stadt-Expedition u. kleiner Anzeiger 9191  
 Filiale II ..... 40273  
 X ..... 85244  
 XIV ..... 83128  
 XVI ..... 84148  
 XVII ..... 17178  
 Telegramm-Adresse:  
 Arbeiterzeitung Wien.  
 Postparafasien-Expedition Nr. 19216.  
 Inserate übernehmen:  
 Pod & Orszelski, G. Braun, M. Pufes,  
 Paalenstein & Bogler, R. Wofsi,  
 J. Rajacel, G. Schöfer in Wien sowie  
 alle Inseraten-Büros des In- und  
 Auslandes.

**Arbeiterzeitung**

# Arbeiter = Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 265.

Wien, Donnerstag, 27. September 1917.

XXIX. Jahrgang.

**Abonnementbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 70 h.  
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—,  
 zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Lada-Kraften und Verschleißteilen:  
 monatlich K 3.—.  
 Provinz und Ungarn:  
 monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 14.40.  
 Für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehörl. Länder: Vierteljährlich K 18.—.  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Schulerstraße 13, Telefon 9191  
 II. Baumgartengasse 30, Tel. 40273  
 X. Wielandplatz 6, Telefon 58244  
 XIV. Wollnerplatz 6, Tel. 83128  
 XVI. Hauptstraße 84, Telefon 84148  
 XVII. Badnerstraße 22, Telefon 17178  
 XXII. Badnerstraße 14.  
 Für die an fremde Ausländer oder  
 Verschleißer bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

## Für Demokratie und Frieden!

Rede des Abgeordneten Dr. Adler.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff in der ersten Lesung des Staatsvoranschlages der Abgeordnete Dr. Viktor Adler das Wort und führte aus:

Die neue Arbeitsperiode des Abgeordnetenhauses ist gestern mit einer Rede des Ministerpräsidenten eröffnet worden, die uns alle durch ihre Reichhaltigkeit fasziniert hat. Vom ganzen Herzen muß man wünschen, daß ein gewisser Prozentsatz der von ihm ausgesprochenen Wünsche in Erfüllung geht. Den guten Willen der Regierung in Ehren; aber der gute Wille ist nicht alles. Die Rede des Ministerpräsidenten war nicht nur ein Verzeichnis der Dinge, die anzutreffen sind, sondern vor allem ein Verzeichnis der Rückständigkeiten, unter denen wir leiden. Sie war nicht nur ein Katalog unserer Hoffnungen, sondern ein

### Katalog der Sünden Oesterreichs.

Wir stehen inmitten eines Leichenfeldes. Ich spreche da nicht von den Hunderttausenden, die in den Schlachtfeldern geduldet haben, nicht von dem Verlust an Volkskraft, der allen Völkern zugefügt wurde, sondern von dem Leichen- und Trümmerfeld, das in unserer Innern durch die unverantwortlichen Gräueltaten des Kriegesabsolutismus geschaffen wurde. Ich will nicht die Schuldfrage in Bezug auf die Veranlassung des Krieges aufwerfen, weil uns das dem Frieden nicht näherbringt. Dafür aber verzichten wir nicht für die Zukunft auf die Untersuchung der Frage der Schuld an dem Kriege auch hier. Ich will aber doch hier daran erinnern, daß die sozialistischen Abgeordneten ein Jahr vor Ausbruch des Krieges auf der

### Konferenz in Basel

eine Friedensresolution beschloffen, deren Teile bis ins einzelne eigentlich die Zielpunkte der heutigen Friedensbewegung bilden, und als wir von Basel zurückkehrten, da konnten wir in diesem Hause unseren Besuch nicht einmal den Arbeitern zur Kenntnis bringen. Wir konnten vor den Arbeitern Oesterreichs nicht einmal aussprechen, was sie selbst durch die Delegierten in Basel ausgesprochen haben. Das war ein Jahr vor dem Kriege. Wir haben damals bis zur letzten Minute, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, Sie wissen, wer unsere Gegner waren, Sie wissen, wie man uns bekämpfte hat. Dann ist der Krieg gekommen und wir haben getan, was wir tun mußten, wir haben uns angepaßt den Verhältnissen und von der Arbeiterklasse zu erhalten gesucht, was sich durch unsere Mühe erhalten ließ. Aber darum haben wir die Arbeit nicht aufgegeben!

Aber so wie die eigentliche Schuldfrage heute lautet, wer sich dem Frieden widersetzt, so muß man heute fragen, wer und was ist in Oesterreich schuld daran, daß wir innerhalb des Krieges nicht zufriedener Arbeit, zu gemeinsamem Zusammenwirken kommen. Das ist die

### innere Schuldfrage.

Wenn wir in Oesterreich nicht dazu kommen werden, das einzige, das dieser Krieg für uns günstiger gestaltet hat, zu benutzen und eine Neugestaltung des Zusammenlebens der Völker durchzusetzen, so werden alle wirtschaftlichen Programme uns nicht helfen. Brot ist wichtig; es war nie wichtiger als jetzt, wo es so viele entbehren müssen; aber nicht vom Brot allein lebt der Mensch. Wir müssen den Moment benutzen, wo die Dinge endlich in Fluß gekommen sind. Was durch Jahrzehnte und Generationen unbeweglich war, ist heute flüssig geworden. Es sind Möglichkeiten eröffnet, die nach abwärts und zur hilflosen, impotenten Verwirrung führen können, die aber, richtig erfaßt, zu einem Neubau führen, der unser und der Zukunft würdig ist.

Die Regierung hat dabei gewiß eine schwere Aufgabe. Diese Aufgabe wird aber nicht erfüllt dadurch, daß sie im Verfassungsausschuß ein paar Leisefrüchte für die nationale Abgrenzung oder die Kreiserteilung vorlegt, die ja als Substrat und Anknüpfung sehr notwendig sind; aber das, was wir von einer Regierung brauchen, ist die suggestivste Kraft, die Vertreter dieser Völker zusammenzuführen und sie in einer Diskussion zu vereinen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht als ob ich meinen würde, daß das Parlament, das so viel kann, in diesen Dingen alles kann.

Dieser „parlamentarische Kreuzzug“ liegt mir völlig fern. Ich weiß, daß es sich darum handelt, was in den Völkern draußen vorgeht, und diejenigen, die sich einbilden, daß es sich hier nur um Couloirabmachungen handelt und auf Ausschlußabstimmungen ankommt, die geben sich groben Täuschungen hin. Aber was wir brauchen, ist

### das Bewußtsein, daß die alte Zeit vorbei ist

und daß wir mit dem, was war, brechen müssen. Nicht das Gewesene ist das Substrat des historischen Weiterarbeitens, sondern das Gewordene — und geworden sind die Dinge ganz anders, das hat der Krieg nicht bewirkt, sondern entfällt. Geworden ist, daß sich die Völker nicht mehr durch den Korporalstock und aus dem Bürokratenzimmer, aber auch nicht durch den Galgen kommandieren lassen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben zu viel Blut gesehen, als daß noch ein Volk Blut fürchten würde. Wir haben zu viel Elend gesehen, als daß ein Volk sich noch schonen würde im Kampfe um sein Höchstes, um seine Existenz. (Beifall.) Wir müssen an unsere Arbeit gehen, durchdrungen von dem Gedanken, daß wir ein neues Oesterreich aufbauen müssen; aber je weniger dieses neue Oesterreich dem alten gleichgesehen wird, um so besser wird es sein. (Lebhafte Beifall.) Wir haben vom Ministerpräsidenten gehört, die Regierung halte an dem alten österreichischen Staatsgedanken fest. Von den Reden österreichischer Ministerpräsidenten allein kann der österreichische Staatsgedanke nicht leben, mögen sie noch so warm und ehrlich gemeint sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der österreichische Staatsgedanke ist ein schönes Wort, mit dem aber im Laufe der Entwicklung der Völker verschiedene Dinge verbunden wurden. Für uns Sozialdemokraten zum Beispiel ist der Staatsgedanke nicht der Volksstaat, auch nicht der freie Volksstaat, sondern der

### freie Völkerstaat!

Die Förderung der Entwicklung der Völker, nicht die Opfer, die die Völker für diese Entwicklung bringen müssen, das ist der Staatsgedanke.

Wir haben vom Abgeordneten Jahradmit eine sehr temperamentvolle Rede gehört, der die Souveränität des tschechischen Volkes gewünscht hat und überzeugt ist, daß sie das Resultat des Friedens sein werde. Die Sozialdemokraten empfinden alle Sympathien für die Bestrebungen des tschechischen Volkes nach selbständiger Entwicklung und Betätigung aller seiner Kräfte. Aber die Tatsache können alle diese Wünsche nicht aus der Welt schaffen, daß wir zusammen leben müssen, und da macht sich das Wort „Souveränität“ ein bißchen zweideutig. Wir Sozialdemokraten waren die ersten, die

### die Ideen von 1848,

die Idee der nationalen Autonomie aufgegriffen und auf die Tagesordnung gesetzt haben, zunächst ungehört und verhöhnt. Heute ist das ein Schlagwort geworden. Wir sind von der Vorstellung durchdrungen, daß die Völker Oesterreichs nicht anders leben können als bei Gewährung der Selbständigkeit an jede Nation, ich möchte sagen, der Persönlichkeit an die Nation, und wir wollen darin so weit gehen, als es möglich ist, ohne Dinge unmöglich zu machen, die gemeinsam gemacht werden müssen. Wenn aber die deutschen Sozialdemokraten den anderen Nationen — nicht als Spende oder Gnade — ihr Recht auf Selbständigkeit und freie Entwicklung innerhalb dieses Nationalenverbandes anerkennen, so sind wir andererseits nicht geneigt, uns nehmen zu lassen, was wir den anderen gewähren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wie es für die Deutschen und für das Reich nicht von Vorteil ist, irgend einer Nation eine Fremdherrschaft aufzudrängen — auch der tschechischen nicht —, ebenso wollen wir auch für unser Volk freie Entwicklung und wollen uns

### keiner Fremdherrschaft in keinem Teile dieses Reiches

unterstellen. Das müssen die tschechischen Politiker aller Parteien begreifen und darin werden sie wohl eine Grenze finden müssen, wenn sie nicht Utopien nachjagen wollen, die sie nicht erreichen können, weder hier noch an irgend einem konferenziell der Welt. Lassen Sie die gegenseitige Vergiftung, den Groll, der sich während der drei letzten Jahre angesammelt hat, nicht so weit gehen, daß es unsere Zukunft völlig unmöglich macht und ruiniert! Seien mir uns

dessen bewußt, daß wir neu, sehr neu anfangen müssen, sehr tief die neuen Fundamente legen müssen. Der irrt sich sehr, der glaubt, daß er auf dem Alten nur ein Schloß gebaut aufrichten kann. Lassen wir Deutschen den alten Traum fallen von der Mission, der wir entweder nicht gewachsen sind oder die wir vielleicht nicht haben, die aber keinesfalls geeignet ist, uns ein Recht auf Herrschaft irgend einer Art zu geben.

Die Slaven, insbesondere die tschechischen Parteien, mögen alte Dinge ruhen lassen. Wir können nicht davon leben, was die Aunen gemacht haben, sondern müssen bedenken, daß wir selbst Aunen sind, und daß es von unserer Kraft, Weisheit und Entschlossenheit zur Gerechtigkeit, auch wenn manches alte Vorurteil dabei bluten muß, und von unserer Opferwilligkeit als Einzelnes und Ganzes abhängt, ob wir auf dem Boden, auf den wir nun einmal unweigerlich gestellt sind, ob wir wollen oder nicht, zusammen leben können.

Dr. Eglwieser hat gemeint, die nationale Gerechtigkeit solle im Inland anfangen. Die Menschen halten leider die Gerechtigkeit für einen Exportartikel, der nur im Ausland zu verwerten ist (Geierlei), aber für den inländischen Konsum nicht passe. Es ist aber so, daß es keinen Staat gibt, der durch die nationale Frage so bis in sein Zentrum leidet wie Oesterreich. Wenn wir das Problem der nationalen Gerechtigkeit damit von uns schieben wollen, daß wir sagen, die anderen mögen anfangen, so versündigen wir uns nicht nur an dem Frieden, sondern vor allem an uns selbst.

Der Ministerpräsident hat natürlich auch von Ernährungsfragen sprechen müssen und hat sehr gute Worte für die städtische Bevölkerung gewährt. Die schönsten Worte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis gerade in der letzten Zeit eine gewisse Schwächlichkeit gegenüber den Agrariern sich gezeigt hat. Ich hätte auch gewünscht, daß der Ministerpräsident ein Wort darüber gesprochen hätte, was auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes nachzuholen ist, auf dem wir eine Periode wenn nicht der Reaktion, so doch des Stillstandes hinter uns haben. Es gibt Anzeichen dafür, daß man jetzt unter dem vermeintlichen Druck des Krieges

### an der Arbeiterschaft und ihren Organisationen

Vergewaltigungen ausüben will, die in Widerspruch zu der Anerkennung stehen, die man den Arbeitern überall gezollt hat. Wir brauchen keine Militarisationen. Wenn irgend eine Gesellschaftsform mit dem Sabel zu regieren ist, die Arbeiterschaft ist es nicht. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das mögen die Herren sehr ernstlich zur Kenntnis nehmen. Wir sind durchaus nicht genehm, einer erheblicheren Teil der Verantwortung auf unsere Schultern zu nehmen, als uns für die ganze Ernährungsorganisation trifft, wir sind gekommen, alle die Dienste zu verrichten, die wir für das Volk verrichten, aber wenn man uns wie Kulis behandelt, wie Soldaten von anno dazumal, da sagen wir: Nein, da tun wir nicht mit! Das ist nicht unsere Pflicht; im Gegenteil, dadurch, daß wir unsere Mithilfe verweigern, retten wir das Ganze. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die neuen Ministerien, die gegründet werden, sind ja sehr schön, ich hätte vielleicht die Zusammenfassung aller Arbeiterdinge in ein Arbeitsministerium gewünscht, denn es wird jetzt wieder eine Zersplitterung herauskommen, aber es ist besser, als es war, und es wird sich vieles bessern. Insbesondere das Gesundheitsministerium wird endlich unser Sanitätswesen aus seiner Aschenbüchse befreien, und ich hoffe, daß die Sozialpolitik nicht vollständig erfäul werden wird in diesem Fürsorgeministerium. Das wird von den Personen abhängen, und was an uns liegt, wird geschehen, wir werden schieben und arbeiten so viel als möglich. Das nur vorläufig, denn wir werden darüber noch sprechen.

Die Voraussetzung für alle Arbeit, die Voraussetzung für die Entwicklung unseres Lebens ist, daß wir zum Frieden kommen. Das sozialistische Proletariat hat die Not von Anfang an ganz besonders empfunden. Als im Frühjahr der Ruf „Stockholm“ erging, ist ein Sturm durch die Massen gegangen: Jetzt ist es zu Ende! Das Signal dafür war

### die russische Revolution.

Wenn dieser Krieg das Eingangstor zu Umwälzungen und neuen Dingen ist, die wir heute noch gar nicht ermaßen können, ist die russische Revolution ein Ereignis von vielleicht noch einschneidenderer Bedeutung. Der Zarismus war der Unterstüher und die Grundlage aller reaktionären Dinge in der Welt. Für uns und Deutschland



28. IX. 1917

die Handgranatentrupps wurden abgewiesen. Weitere Insammlungen in der Beaumontschlucht wurden durch unser Vernichtungsfeuer zerstört.

Die von unserer Artillerie durchgeführte Bekämpfung indischer Anlagen hatte mehrfach sichtbaren Erfolg. Am Rittersnacht erfolgte eine starke Explosion beim Fort Douaumont.

In der verfloffenen Nacht wurden feindliche Flugzeuge hinter der Front sowie einige Waldlager mit Erfolg mit Bomben belegt. Vier große Flugzeughallen auf dem Flughafen Lemmes gerieten in Brand. Auch auf den übrigen Flughäfen wurden große Brände und Explosionen sowie Volltreffer in den Hallen beobachtet.

Im Osten lebte das feindliche Artilleriefeuer in der Gegend von Dünaaburg, am Karoczsee und im Uckerbogen zeitweise auf.

An den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

### Die feindlichen Kriegsschiffsverluste in den ersten drei Kriegsjahren. Mehr als 940.000 Tonnen.

Berlin, 27. September.

Das Wolffsche Bureau meldet: Kriegsschiffsverluste unserer Seite in den ersten drei Kriegsjahren:

Englische Gesamtverluste rund 661.300 Tonnen. Linienfahrzeuge 13, zusammen 215.200 Tonnen, Panzerkreuzer 17, zusammen 253.600 Tonnen, geschützte Kreuzer und U-Boot-Abwehrkreuzer 26, zusammen rund 107.800 Tonnen, Kanonenboote, größere, 6, zusammen rund 3400 Tonnen, Torpedoboote 74, zusammen rund 60.000 Tonnen, U-Boote 29, zusammen rund 1.300 Tonnen, außerdem mehrere kleine Kanonenboote und 3 Hilfskreuzer.

Französische Gesamtverluste: rund 101.000 Tonnen. Linienfahrzeuge 4, zusammen 54.000 Tonnen, Panzerkreuzer 3, zusammen 25.100 Tonnen, U-Boot-Abwehrkreuzer 1 mit 1800 Tonnen, Kanonenboote 2 mit 1300 Tonnen, Torpedofahrzeuge 25, zusammen rund 12.000 Tonnen, U-Boote 12, zusammen rund 6400 Tonnen, außerdem 12 Hilfskreuzer.

Russische Gesamtverluste: rund 71.810 Tonnen. Linienfahrzeuge 2, zusammen 35.300 Tonnen, Panzerkreuzer 1 mit 3000 Tonnen, geschützter Kreuzer 1 mit 3180 Tonnen, Kanonenboote 4 mit 4380 Tonnen, Torpedofahrzeuge 13, zusammen rund 9700 Tonnen, U-Boote 6, zusammen rund 3000 Tonnen, Umlaufboote 2, zusammen 8250 Tonnen.

Italienische Gesamtverluste: 76.450 Tonnen. Linienfahrzeuge zusammen 49.300 Tonnen, Panzerkreuzer 2, zusammen 7.750 Tonnen, Torpedofahrzeuge 11, zusammen rund 5900 Tonnen, U-Boote 9, zusammen rund 3500 Tonnen, außerdem Hilfskreuzer.

Japanische Gesamtverluste: 23.885 Tonnen. Panzerkreuzer 1 mit 14.000 Tonnen, geschützter Kreuzer 2, zusammen 800 Tonnen, Torpedofahrzeuge 3, zusammen rund 1100 Tonnen, U-Boote 1 mit 125 Tonnen.

Verenigte Staaten von Amerika: Geschützter Kreuzer „Olympia“ mit 6600 Tonnen, U-Boot „A 7“ mit 125 Tonnen.

### Ein Aufruf an die Deutschen Oesterreichs.

Wir erhalten folgenden Aufruf zur Veröffentlichung:  
An die Deutschen Oesterreichs!

In ersten Tagen treten wir über die Schwelle des vierten Kriegsjahres. Noch immer müssen unsere Kämpfer mit ihren Leibern die Grenzen unserer Heimat decken und immer schwerer sind die Entbehrungen geworden, die die Bevölkerung infolge der Knappheit an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu tragen hat. Aber unendlich groß ist auch die Zahl der Gefahren und Mühen, die wir sieghaft überwinden, und die Stunde der Entscheidung scheint in greifbare Nähe zu rücken. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn das Hinterland, das mit so bewundernswürdiger Kraft und Entschlossenheit durch drei Jahre ausgeharrt hat, nun im vierten Kriegsjahre durch Schwachmut und Erschöpfung die Ergebnisse des langen Schlachtenringens beeinträchtigen würde. Gerade die vollen und staatskreuen Deutschen Oesterreichs haben die erhöhte Pflicht, darüber zu wachen, daß die Friedenssehnsucht und die Unzufriedenheit mit den bestehenden Lebensverhältnissen nicht von Parteien und Kreisen verschiedenster Art, die alle international gerichtet, die alle einem aufrechten deutschen Volkstume Feind sind, zu dessen Schaden für ihre Sonderzwecke ausgebeutet werden.

Die offen und aufrichtig geäußerte Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem billigen Friedensschluß wurde von unseren Feinden bisher stets nur als ein Zeichen der Schwäche gedeutet und mit Äußerungen haßerfüllten Hochmutes beantwortet. Die Stockholmer Sozialistenkonferenzen aber stehen offensichtlich unter dem Einfluß der Entente, und niemand kann glauben, daß auf dem so vorbereiteten Kongress eine Mehrheit sich finden werde, die den Lebensinteressen der Mittelmächte gerecht werden könnte. Die Anhänger eines Friedens um jeden Preis, die in der volksfremden Presse das Wort führen, verlangen von uns und vom Deutschen Reich nicht nur den Verzicht auf jede Gebietserweiterung und Entschädigung, sondern sie fordern auch unter dem Schlagwort der Demokratie und der Selbstbestimmung der Völker Umwälzungen im Innern des Reiches unter der Vorpiegelung, daß einem derartig umgestalteten Staate die Ententemächte Frieden zu gewähren bereit wären. In Wahrheit ersehnen die Wortführer der Entente nicht eine gedeihliche Umgestaltung unserer staatlichen Ordnung im Sinne eines wirklichen Fortschrittes, sondern einen völligen Umsturz und die Auflösung des staatlichen Gefüges, um die militärische Widerstandskraft der Mittelmächte dann um so leichter brechen zu können. Daß das bis zur Selbsterniedrigung gehende Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Feinde kein geeignetes Mittel ist, den Frieden zu beschleunigen, das hat die neue kürzlich verübte russische Offensive gezeigt, die unmittelbar auf die Stockholmfahrten unserer Sozialisten und die wahrhaft „demokratischen“ Reden unserer slawischen Abgeordneten folgte.

So berechtigt die allgemeine Friedenssehnsucht, so begreiflich die Abspannung unserer Körper und Seelen ist, so ist doch kein Grund vorhanden, mit Verzagtheit und Entschlossenheit in die Zukunft zu sehen. Die militärische Lage ist an allen Fronten so günstig wie je und das verspätete Eingreifen Amerikas wird daran nichts zu ändern vermögen. Die Revolution in Rußland, die Prachttraumnot in England, die Kriegsmüdigkeit in Frankreich und Italien müssen sich im Laufe der nächsten Monate immer mehr zu unseren Gunsten auswirken. Auch die Aussichten für unsere Ernährung sind weit günstiger als im Vorjahre, so daß bei geordneter Verwaltung und richtiger Verteilung das Auslangen um so mehr gesichert erscheint, als Oesterreich sowie von der vorigen auch von der diesjährigen großen rumänischen Ernte einen weit größeren Teil als das Deutsche Reich erhält.

Auch wir wollen den Krieg nicht um bloßer Eroberungen willen verlängert sehen, aber wir haben die Überzeugung, daß nur ein solcher Frieden wirklich Dauer verspricht, der zugleich mit der militärischen Sicherung unserer Grenzen den Schutz unserer Wohlfahrt und unserer nationalen Ent-



28. IX. 1917

## Die Wirren in Rußland.

### Demission des Kultusministers.

K. Kopenhagen, 27. September. Einer Petersburger Drahtmeldung zufolge hat der Kultusminister Kartaschew bei der vorläufigen Regierung seinen Abschied eingereicht, mit der Begründung, daß der Einfluß der Sozialisten in der Regierung übermächtig sei, so daß jede Möglichkeit für die Bildung eines Koalitionsministeriums ausgeschlossen erscheine. Der Entschluß Kartaschew's soll in Regierungskreisen tiefen Eindruck gemacht haben.

K. Stockholm, 27. September. Petersburger Meldungen besagen: Der neue Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates gegen die Beteiligung der Kadetten an der Regierung erschwert Kerenski die Bildung der Regierung. Unterrichtsminister Kartaschew hat seine Demission eingereicht, weil die Regierung ausschließlich unter sozialistischem Einflusse stehe und er nicht Statist sein wolle. Alle politischen Beschlüsse werden nur von dem Direktorium gefaßt ohne Befragen der Regierung.

Tschernow setzt seine Kampagne gegen Kerenski fort, um selbst an die Spitze eines ausschließlich sozialistischen Ministeriums zu treten.

### Die Extremisten.

K. Amsterdam, 27. September. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge melden „Daily News“ aus Petersburg: Die Haltung der Extremisten gegenüber der Regierung wird immer feindseliger. Die Enthüllungen anlässlich des Kornilow-Aufstandes führten zu direkten Angriffen auf Kerenski im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat.

Inzwischen wünscht die Regierung anscheinend die Demokratie wirklich zu unterstützen. Im Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates erklärten der Marine- und der Kriegsminister, das Zusammenarbeiten mit den Arbeiter- und Soldatenräten sei zur Stärkung der Kampfkraft Rußlands notwendig. Der neue Befehlshaber an der Nordfront Tscheremissow sei den demokratischen Organisationen freundlich gesinnt.

### Die wenig populäre Entente.

Genf, 27. September. (Meldung der „Storr. Rundschau“.) „Secolo“ meldet aus Petersburg, daß Kerenski rechts und links an Boden verliere. Sein Rücktritt, der leicht möglich erscheine, werde den Zusammenstoß zwischen Rechts und Links unvermeidlich machen. Kerenski's Schwierigkeiten entstünden vornehmlich dadurch, daß er sich bemühe, einen von der Entente gebilligten Ausweg aus der gegenwärtigen Verwirrung zu finden, doch sei eben die Entente momentan in Petersburg wenig populär.

### Das Programm der demokratischen Konferenz.

K. Petersburg, 27. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Anlässlich der heute beginnenden demokratischen Konferenz setzt das Organ des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates „Zwestija“ die von der Konferenz zu lösenden Probleme auseinander:

1. Genaue Feststellung der Mittel und Wege eines freimütigen Zusammenarbeitens der Regierungsgewalt und der demokratischen Verbände.
2. Bestimmung der Form der Regierungsgewalt bis zur verfassungsgebenden Versammlung.
3. Entscheidung über die Zusammensetzung und die Politik der Regierungsgewalt.

### Für eine Koalitionsregierung.

K. Kopenhagen, 27. September. In Kopenhagen wurde ein allrussischer Genossenschaftskongreß eröffnet, auf dem ein Beschlusprotokoll angenommen wurde, der die Notwendigkeit der Bildung eines Koalitionsministeriums betont.

### Die Trugsagung des finnischen Landtages.

K. Gelsingfors, 27. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der neue Generalgouverneur Pelkonen ist hier eingetroffen.



28. IX. 1917

### Asquiths Rede über die Kriegsziele.

London, 26. September. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Bei der Kriegszielkundgebung in Leeds hielt Asquith eine längere Rede, in der er unter anderem ausführte: Die Versammlung ist ein Schritt in der Bewegung, die durch einen aus allen großen Parteien im Staate gebildeten Ausschuss betrieben wird, um dem Volke jetzt nach Beginn des vierten Kriegsjahres ein klares und volles Verständnis für die Kriegsziele der Alliierten beizubringen. Es würde eine Verleumdung der Nation sein, anzudeuten, daß ihr Wort einer Erhöhung oder Unterstützung durch eine neue Rechtfertigung der Gerechtigkeit der Sache bedürfe, wofür sie sich seit mehr als drei Jahren bereit zeigte, Monat für Monat den Zoll ihrer besten Leben und teuersten persönlichen Hoffnungen zu zahlen.

Wir kämpfen für einen Frieden, für einen Frieden der Welt, der jedes Opfer wert ist, ausgenommen das Opfer alles dessen, was den Frieden wertvoll macht und seine Dauer sichert, indem es ihn auf den festen Felsgrund des von allen Völkern anerkannten verbürgten Rechtes stellt. Ein Friede in diesem Sinne ist nicht dort zu finden, wo man ihn früher so oft suchte, in der Einstellung der täglichen Feindseligkeiten mit darauf folgenden Verhandlungen, der in Berichten und Verträgen niedergelegt und dort der Gnade einer ganzen Sammlung von Zufällen anheimgegeben wird. Das ist, wie jemand zutreffend sagte, die Bibel der Toren.

Noch weniger können sie und die Welt einen würdigen Frieden von einem dem Besiegten durch Siege auferlegten Vertrage erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet ließe, das den geschichtlichen Ueberlieferungen, Ansprüchen und Freiheiten der betroffenen Völker Hohn spräche. Solche sogenannten Verträge tragen die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich. Sie bereiten ganz einfach den fruchtbarsten Nährboden künftiger Kriege. Wir haben ein treffendes Beispiel für die Torheit und Nichtigkeit derartiger Abschlüsse an dem Vertrage von 1871, worin das siegreiche Deutschland darauf bestand, hatte, sich die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen gegen den Willen ihrer Einwohner anzueignen. Wir tun gut, heute dessen zu gedenken, daß die beiden größten Männer Deutschlands, Bismarck und Moltke, die Folgen davon jeder von seinem besonderen Standpunkt voraussehen. Bismarck war geneigt, Frankreich im Besitz von Metz zu lassen, denn er bemerkte bedeutsam zu Paris, er wüßte nicht, zuviel Franzosen im Hause zu haben, und Moltke sagte weniger als vier Jahre nach dem Friedensschluß im Reichstage, Deutschland müsse fünfzig Jahre hart gerüstet bleiben, um die Provinzen zu verteidigen, die es in nur sechs Monaten erobert hatte. Ist jemals eine Provinzseignung durch den weiteren Verlauf der Ereignisse besser bestätigt worden? Haben wir nun Grund anzunehmen, daß Deutschland daraus gelernt hat?

Wir haben in den letzten Tagen die Antwort des Reichskanzlers auf die Note des Papstes gelesen. Sie ist trotz von unklaren, flüchtigen Allgemeinheiten. Die deutsche Regierung sagt uns, daß sie mit besonderer Sympathie die Ueberzeugung des Papstes begrüße, daß künftig die materielle Macht der Waffen durch die moralische Macht des Rechtes aufgehoben werden müsse. Sie erklärt sich über den Ersatz des Krieges durch Schiedsgerichte zu freuen und will jeden darauf bezüglichen Vorschlag unterstützen, der (bemerken Sie wohl diesen kennzeichnenden Vorbehalt!) mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes vereinbar ist.

Aber ich frage: Ist in der Debatte des Kanalers oder irgendeiner andern maßgebenden Erklärung der deutschen Regierung aus der letzten Zeit irgendein Hinweis enthalten, daß sie bereit ist, nicht nur das Verbrechen von 1871 nicht zu

wiederholen, sondern auch praktische Schritte zu unternehmen, die allein den Weg zu einem wirklichen, dauernden Frieden eröffnen können? Ist Deutschland bereit, zurückzugeben, was es damals Frankreich genommen hat? Ist es bereit, Belgien seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückzugeben, ohne Bedingungen und Vorbehalte und mit einer so vollständigen Entschädigung, wie eine nur materielle Entschädigung für die Verwüstung eines Landes die beiden seines Volkes einschädigen kann? Eine endgültige Antwort, die in einer Reihe von Erwiderungen auf Fragen wie diese gegeben werden könnte, würde gegenwärtig eine ganze Spalte von frommen Plattheiten aufwiegen.

Asquith sagte sodann die Bedingungen des Friedens, wie er ihn im Auge habe, dahin zusammen, daß England nicht die Vernichtung Deutschlands oder eine dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes beabsichtige. Die grausame, brutale Art, wie der Krieg von Deutschland geführt wurde, habe allerdings die Achtung der Welt vor dem deutschen Charakter tief beeinflusst und werde noch lange diese Wirkung haben. Es sei im großen ganzen richtig, daß jedes Land die Regierung habe, die es verdiene. Wie die Geschichte zeige und wie das Beispiel Russlands beweise, sei die Beseitigung einer schlechten Regierung ein kostspieliges und langwieriges Geschäft.

Der preussische Militarismus, das war der Gegenstand unsres Kampfes und ist es noch. Aber für die deutsche Demokratie haben wir keinen andern Wunsch, als daß sie diesen bösen Geist bannet. Das Ziel unsres Friedens ist nicht die Wiederherstellung des Status quo, noch des sogenannten Gleichgewichtes der Mächte, sondern die Erziehung beider durch ein internationales System, in dem für die großen und kleinen Staaten Platz ist und unter dem beide gleichmäßig ihrer Sicherheit und unabhängigen Entwicklung sicher sind. Als selbstverständlich sehe ich die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs und Russlands durch den Feind voraus.

Ich wies bereits auf Elsaß-Lothringen und Belgien hin, aber wohin man sich wendet, in Mittel- und Osturopa, steht man Gebietsabgrenzungen, die in ihrem Ursprung durch künstlich waren, die die Wünsche und Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung verletzen und Herde der Unruhe und des Kriegsgefahr waren und bleiben werden, so lange sie bestehen; so die gerechten, längst fälligen Ansprüche Italiens und Rumaniens, ferner das heldenhafte Serbien, das nicht nur in sein altes Heim wieder eingesetzt werden, sondern welchem der Raum gegeben werden muß, der es für die Ausdehnung seines nationalen Lebens beanspruchen darf; da ist Polen, für das wir alle die edelmütigen Worte Wilsons unterschreiben. Nicht zu vergessen sind die Fälle Griechenlands und der Südpazifischen Inseln. Eine vollständige, womöglich dauernde Begleichung dieser gefährlichen Rechnungen muß stattfinden.

Das Ziel darf nicht länger dasjenige sein, von dem der Wiener Kongreß und später die sogenannte Heilige Allianz ausging. Der leitende Grundsatz ist, daß nach der Rasseverwandtschaft, der geschichtlichen Ueberlieferung und vor allen Dingen nach den wirklichen Wünschen und Bestrebungen der Bewohner verfahren werden muß. Auf keine andre Weise ist der verderbliche Anreiz für ehrgeizige Zwecke und Machenschaften und der gefährlichste Beweggrund völkischer Unzufriedenheit aus dem Wege zu räumen.

Ich konnte nun zu den Richtlinien für einen dauernden Frieden. Ein Friede, der das Wiederaufleben des verschleierten Kriegszustandes unmöglich macht, lohnt sich nicht. Wir müssen ein für allemal den Irrtum aus unsrem

### agblatt.

alle in die feine die Besatzung me Verluste mit Madamessogbiet en 15 Gefangen

id ers Kühne melbete Patro nalegebiet a 24. in das 2 rden Tag hirt rite in der Nach hinstationen, si nd lehrte ohne a jurlich.

schauplatz. st Erzherzog Josi illevie war rer Front in tig. ppe des Ge illi kam es Zusammenstöße welche vert t, westlich Sus zer innerhalb t. Front nur vi einzelnen E

### erallstabsber

Muß dem K det: Generalstäb n. hrenen Punkte ulischen Alpen ungen unsre mpeln; sie wi In der Gegen der Feind, die uns aus die wir ihm i über abgenoi erfolglos. Auf rtilleriesstätigkeit Die Bahnau ern das Ziel wader, die do ben abwarfen. sehr lebhaft. ( zurückgefehrt. urde im Luftt stürzte brennen



28.7.1914

123

# Papstnote und Friedensziele im Ausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Fragen der auswärtigen Politik. Anwesend waren Reichskanzler Dr. Michaelis, sämtliche Staatssekretäre und viele Bevollmächtigte zum Bundesrat.

Der Vorsitzende Abg. Fehrenbach eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit der Bitte, in Rücksicht auf die Fülle des Beratungstoffes aus den Erörterungen Angriffe auf die Reichstagsmehrheit auszuschalten, da in der Vollversammlung die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation betr. Agitation im Heere gegen die Beschlüsse des Reichstags Gelegenheit bieten werde, darauf zurückzukommen.

Der Hauptausschuß einigte sich dahin, die Behandlung der belgischen Frage im Anschluß an die Aussprache über die deutsche Antwort auf die päpstliche Note stattfinden zu lassen, und zwar in streng vertraulicher Erörterung; am Schluß der Beratungen soll ein vereinbarter Bericht darüber ausgegeben werden. Als Erster nahm der Reichskanzler das Wort.

## Die Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler begann mit warmen Dankesworten an Heer und Heimat und mit einem Rückblick auf die glänzenden militärischen Erfolge der letzten Wochen. Sodann betonte er die volle Einheitlichkeit und Uebereinstimmung der politischen Führung bei uns und unseren Verbündeten und gedachte in herzlichen Ausdrücken des gemeinsamen Waffenruhms und der Waffenbrüderschaft der Vierbundmächte. Er besprach weiter den befriedigenden Stand unserer Beziehungen zu den Neutralen, die auch durch die unerhörten Anstrengungen der feindlichen Presse nicht gestört werden konnten. Der Schweiz, den Niederlanden und Spanien wurde für ihre selbstlose Tätigkeit auf dem Gebiete der humanitären Kriegsfürsorge unser besonderer Dank ausgesprochen. Der Reichskanzler hob hervor, daß wir die den Neutralen durch den Wirtschaftskrieg der Entente, an dem sich neuerdings die Vereinigten Staaten mit besonderer Rücksichtslosigkeit beteiligten, zugefügten Leiden auf lebhafteste bedauern und daß wir stets bereit sind, an der Versorgung der Neutralen mit notwendigen Bedarfsgegenständen soweit teilzunehmen, als die Anspannung unserer eigenen Kräfte und Hilfsquellen durch den Krieg dies zuläßt.

In knappen Strichen zeichnete der Reichskanzler hierauf den Stand der Dinge in den feindlichen Ländern. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nehmen rasch zu. Noch schärfer macht sich die wirtschaftliche Not mit ihren innerpolitischen Begleiterscheinungen in Italien fühlbar, wo Regierung und kriegsfreundliche Parteien die wachsende und immer energischer vorgehende Friedenspropaganda mit den größten Anstrengungen niederzuhalten suchen. In England übt unser U-Boot-Krieg seine sichere und unerbittliche Wirkung aus. Nur die trügerische Hoffnung auf einen Zwiespalt bei uns läßt die leitenden britischen Staatsmänner heute noch an Kriegszielen festhalten oder doch solche verkünden, die mit den politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands völlig unvereinbar sind. In den Vereinigten Staaten sucht die Regierung mit allen Mitteln, auch durch unerhörten Terrorismus, die bisher in weitesten Kreisen fehlende Kriegslust aufzustacheln. Wir sehen dem angekündigten militärischen Kräfteeinsatz der Union ruhig und zuversichtlich entgegen. In Rußland herrscht eine schwere Wirtschaftskrise, insbesondere sind die Transportmittel den Aufgaben, die der Friedens-

schluß bringen wird, in keiner Weise gewachsen. Die Frage einer künftigen Demobilisierung liegt wie ein Alpdruck auf der neuen Regierung. Die leitenden Männer, zur Hälfte abhängig von den Arbeiter- und Soldatenräten, zur anderen von ihren englischen und amerikanischen Geldgebern, scheinen so gut wie keine Bewegungsmöglichkeit nach außen mehr zu besitzen. Zur Zeit gibt es in Rußland noch niemanden, der die Kraft findet, gegenüber dem Chaos und den Ententeinflüssen die allgemeine Sehnsucht nach Frieden zu verwirklichen.

Der Reichskanzler kam dann auf unsere Antwort auf die Papstnote und auf die Frage der Kriegsziele zu sprechen. Es führte dazu aus:

Die deutsche Note ist, soweit es sich bisher übersehen läßt, bei unseren Freunden und Verbündeten heifällig, bei der Mehrzahl unserer Gegner mit offenkundiger Verlegenheit aufgenommen worden. Soweit eine Kritik auch von befreundeter oder wohlmeinender Seite versucht worden ist, richtet sie sich in erster Linie dagegen, daß positive Erklärungen über Einzelfragen in der Note nicht gegeben waren.

Es ist schwer verständlich, wie ein Kenner der internationalen Lage und der internationalen Gebräuche jemals daran glauben könnte, wir würden in der Lage sein, in einer einseitig von uns gegebenen öffentlichen Erklärung die Lösung so wichtiger Fragen, die in unlösbarem Zusammenhange mit dem ganzen bei eventuellen Friedensverhandlungen zu besprechenden Fragenkomplex stehen, durch eine einseitige Erklärung zu unseren Ungunsten festzulegen. Jede derartige öffentliche Erklärung im gegenwärtigen Stadium könnte nur verwirrend werden und die deutschen Interessen schädigen. Wären wir auf Einzelheiten eingegangen, so würde (das läßt sich aus der Haltung der uns feindlichen Presse schon jetzt mit Sicherheit erkennen) die Parole im Lager der Gegner gewesen sein: „Die deutschen Konzessionen sind als Zeichen der wachsenden Schwäche Deutschlands auszulegen, sind vollkommen selbstverständlich und deshalb als wertlos zu buchen.“ Wir wären dem Frieden nicht um einen Schritt näher gekommen; im Gegenteil: die Ueberzeugung auf Seiten der Gegner, daß nur die Ungunst unserer Zustände uns veranlaßt haben könnte, eine für jeden diplomatischen Techniker so vollkommen unerklärliche Haltung anzunehmen, hätte bestimmt kriegsverlängernd gewirkt.

Ich nehme für die Reichsleitung das Recht in Anspruch, das die leitenden Staatsmänner in allen feindlichen Staaten für sich in Anspruch genommen haben und noch bis in die neueste Zeit in Anspruch nehmen.

Ich muß den Standpunkt der Reichsleitung klar feststellen, von dem wir uns nicht abdrängen lassen werden, daß ich es zurzeit ablehnen muß, unsere Kriegsziele zu präzisieren und unserer Unterhändler festzulegen.

Wenn sich die Mitglieder des hohen Hauses und der Presse mit uns auf diesen Standpunkt stellen wollten, würde die Situation unendlich erleichtert und gefördert, und der Weg zum Frieden würde von vermeidbaren Hemmnissen zum Segen des Vaterlandes befreit werden.

Zum Schluß wandte sich der Reichskanzler gegen die Wilsonsche Antwort auf die Papstnote. Der Versuch Wilsons, zwischen Volk und Regierung in Deutschland Zwietracht zu säen, ist aussichtslos. Die Note hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte; sie hat uns fester zusammengesüßt in dem harten Willen, jeder fremden Einmischung entschlossen und kraftvoll Trotz zu bieten.







29. IX. 1917

## Gegen den Verzichtfrieden.

Ein österreichischer Aufruf.

\* Wien, 28. September.

Der Deutsche Klub richtet einen Aufruf an die Deutschen Oesterreichs, der sich in ausführlicher Weise gegen einen Verständigungsfrieden, höhnisch Verzichtfrieden genannt, wendet.

Der Aufruf bezeichnet die Stockholmer Konferenz als eine unter der Einfluß der Entente stehende Organisation und erklärt: Die Anhänger eines Friedens um jeden Preis, die in der volksfremden Presse das Wort führen, verlangen von uns und vom Deutschen Reiche nicht nur den Verzicht auf jede Gebietsverweiterung und Entschädigung, sondern sie fördern auch unter dem Schlagwort der Demokratie und der Selbstbestimmung der Völker Umwälzungen im Innern des Reiches unter der Vor Spiegelung, daß einem derartig umgestalteten Staate die Ententemächte Frieden zu gewähren bereit wären. Es wird ferner der günstige Stand unserer militärischen Lage hervorgehoben und betont, daß uns durch die reiche rumänische Ernte das Durchhalten gesichert sei. Die Unterzeichner des Aufrufes wenden sich weiter mit Entrüstung gegen die verschiedenen Quertreibereien, die unser Verhältnis zu Deutschland erschüttern sollen. Es fehle nicht an Leuten, die uns einreden, das Deutsche Reich trage Schuld daran, daß der Krieg noch kein Ende habe, aber die gar behaupten, der Krieg werde mehr im Interesse Deutschlands als in dem Oesterreich-Ungarns geführt. Deutschland habe uns, als der Krieg um Serbiens willen entbrannte, von der ersten Minute an Waffenhilfe geleistet und habe, um den Bestand unseres Staates zu schützen, die Gegnerschaft Rußlands, Italiens und Rumäniens auf sich genommen. Es sei daher nur eine natürliche Folge, daß wir auch unsererseits die Gegnerschaft Englands und Frankreichs mittragen, wobei ja unsere Waffenhilfe nur in bescheidenem Ausmaß in Anspruch genommen wird. Wir können die Sicherung unserer eigenen Zukunft nur in dem Bunde mit einem starken Deutschland sehen, und darum wird alles, was das Deutsche Reich in diesem Frieden an Kraft und Entwicklungsmöglichkeiten gewinnt, zugleich unserer eigenen Sicherheit und Entwicklung zugute kommen.

Der Aufruf legt schließlich Verwahrung dagegen ein, daß auf dem zukünftigen Friedenskongreß unseren Gegnern die Möglichkeit gegeben werde, in unsere Innenverhältnisse eingzugreifen und über die Formen mitzuberaten, in denen das Zusammenleben der Völker der Monarchie zu regeln wäre. Es sei ein beschämender Mangel an Selbstachtung, daß einzelne Parteien ohne Scheu beabsichtigen, die Fürsprache der feindlichen Parteien bei der Friedenskonferenz für ihre Sonderwünsche in Anspruch zu nehmen. Wenn schlecht beratene Staatsmänner eine für die deutschen Belange unheilvolle Umgestaltung der Monarchie versuchen sollten, wird sich das deutsche Volk in Oesterreich gegen alle Gewalten aufrecht behaupten.

Unter den Unterzeichneten des Aufrufes befinden sich die Herrenhausmitglieder Fürst Kar. Auersperg, Dr. Beurle, Hermann Braß, Prof. Karl Sohenegg, Heinrich

Zanotta, Viktor v. Lang, Graf Pace, Dr. Pattai, der frühere Justizminister v. Spens-Booden, Prof. Dr. Anton Weichselbaum, Generalrat v. Zimmermann, die Abgeordneten Denk, Dobernig, Einspinner, Baron d'Elvert, Baurat Seine, Dr. v. Mühlwerth, Dr. Schreiner, Dr. Stölzel, Dr. Schlabester, Karl Hermann Wolf, viele Gemeinderäte der Stadt Wien und Vertreter deutscher Korporationen.

Die Ideen und Methoden der alldeutschen Agitation, im Reiche versucht dieser Aufruf auch bei uns einzubürgern. Die Kopie weist gegenüber dem Original einige bedenkliche Mängel auf. Vor allem kommt sie etwas spät. Die alldeutsche Bewegung stand in den Jahren 1915 und 1916 auf ihrer Höhe; damals hat sie auch durch Aufrufe ähnlicher Art wie der vorstehende das deutsche Volk zu beeinflussen vermocht. Es war dies zur Zeit des Höhepunktes der Kriegspsychose. Jetzt beginnt aber diese Kriegspsychose in Deutschland bereits zu weichen: die Majorität des deutschen Reichstages und, wenn auch sichtlich widerstrebend, die Regierung haben sich vom alldeutschen Gängelband allmählich befreit, und nun treten die Triartier der alldeutschen Bewegung, wie der Herzog Albert von Mecklenburg und Herr v. Tirpitz, hervor, um durch ihr persönliches Eingreifen den Zusammenbruch des alldeutschen Kartellhauses aufzuhalten. Diesen Zeitpunkt gerade sucht sich der bisher im Verborgenen blühende Deutsche Klub aus, um in dem allzeit rüchtländigen Oesterreich eine alldeutsche Bewegung post festum anzufachen, indem er gegen den schandenhalber so genannten Verzichtfrieden Sturm läßt.

Es ist aber nicht der Verzicht, sondern der Verständigungsfriede, um den es sich jetzt handelt. Dieser Friede ist heute das ausgesprochene Programm der Majorität des deutschen Reichstages, der deutschen Regierung, schon seit längerer Zeit unserer Regierung und schließlich auch des Papstes. Gegen alle diese Instanzen richtet sich der Aufruf in Wahrheit. Aber die Herren vom Deutschen Klub bringen offenbar die Courage nicht auf, allen diesen Instanzen offen entgegenzutreten. So begehnen sie eine Geschichtsfälschung, indem sie den sogenannten Verzichtfrieden als ein spezielles Produkt der „volksfremden Presse“ stigmatisieren und gegen diese ins Horn blasen. Neben dem Verdienst, das ihm gebührt. Wir sind weit davon entfernt, den Verständigungsfrieden, nach alldeutschem Muster, als eine Schmach anzusehen, wir halten ihn für den einzig vernünftigen Abschluß dieses wahrwichtigen Krieges. Aber die Presse hat das Verdienst nicht, diesem Verständigungsfrieden den Weg bereitet zu haben. Sie konnte sich dieses Verdienst gar nicht erwerben, weil sie durch die Zensur gehindert. Über den Frieden und seine Modalitäten so lange nicht sprechen durfte, solange nicht das erlösende Zeichen von oben gegeben war. Dieses Verdienst gebührt dem Grafen Cernin, und nur nach ihm, nicht vor ihm, nur nach ihm, nach der Thronrede unseres Kaisers, nach der Friedensresolution des deutschen Reichstages, nach der Friedensnote des Papstes, nach der Antwortnote der deutschen Regierung und bei unseres Kaisers an den Papst, und nur im Sinne und in den Grenzen dieser Enunziationen hat die Presse für den Verständigungsfrieden gearbeitet. Wenn die Unterzeichner dieses Aufrufes mit dem Verständigungsfrieden nicht einverstanden sind, sollen sie ihren Unmut an jenen Instanzen auslassen.

Nach mit der Logik ist es nicht zum Besten bestellt. Die Unterzeichner des Aufrufes stellen sich mit großem Pathos vor das vorläufig von niemandem noch ernstlich angegriffene deutsche Bündnis.

Sie wünschen das Deutsche Reich stark. Wir auch, und wir glauben, daß es durch einen guten Verständigungsfrieden zu rechter Zeit eher seine Stärke bewahren wird als durch die

Fortsetzung des Krieges bis zur Blutleere. Die Unterzeichner des Aufrufes wehren eine Einmischung fremder (feindlicher) Mächte in unsere inneren Verhältnisse ab. Das wollen auch wir. Aber auch das ist sicher nur zu erzielen, wenn wir rechtzeitig durch einen Verständigungsfrieden dem Krieg ein Ende machen, da das Wesen der Verständigung fremde Uebergriffe von selbst ausschließt, während der bis zum Neuesten geführte Krieg die Widerstandskraft des Staates so bedenklich schwächen kann, daß er sich fremder Zumutungen nicht mehr erwehren kann.



# Die Wirren in Rußland.

## Die demokratische Konferenz.

S. Petersburg, 28. September. (Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In seiner Rede auf dem demokratischen Kongress führte Kerenski noch aus: Wenn die Regierung und das Land die Konferenz nicht mit fester und kategorischer Stimme sprechen hören, wird die Sache der Revolution unwiderruflich verloren sein.

Das ist uns so notwendiger, als wir an der Front große Ereignisse erwarten und nicht wissen, mit welchen Mitteln wir ihnen die Stirn bieten sollen.

Kerenski schloß seine Rede mit den Worten: Ich habe bisher als Mensch gesprochen. Jetzt spreche ich als Inhaber der obersten Gewalt und erkläre von neuem, daß jeder, der die freie russische Republik antastet, die ganze Macht der revolutionären Regierung erfahren wird. (Lebhafter Beifall.)

Kriegsminister General Werchowski begann seine Rede mit der Erklärung, Deutschland habe im Hinblick auf die Schwäche Rußlands Versuche gemacht, einen Sonderfrieden mit Frankreich und England (!) zu schließen, indem es diesen auf Kosten Rußlands alles in Aussicht stellte, dessen sie bedürfen. (!) Die heldenhaften Miierten hätten mit Entrüstung diese Vorschläge abgewiesen, da sie noch unerschütterlich daran glaubten, daß die russische Armee trotz allem ihre Pflicht tun werde. Der Minister stellte fest, die Armee und die Flotte weigerten sich nicht zu kämpfen, aber unglücklicherweise seien sie nicht von dem Geiste des Sieges besetzt, der allein Rußland retten könne. Eine der Hauptursachen dürfte darin liegen, daß die Beziehungen zwischen den Soldaten und dem Oberkommando nicht normal seien; sie hätten sich vielmehr seit dem Aufstandsversuch Kornilows, an welchem die Partei des Oberkommandos teilgenommen hätte, fühlbar verschlechtert. Diese Partei müsse aus der Armee entfernt und durch andere Führer ersetzt werden, deren Wahl augenblicklich den Oberbefehlshaber beschäftigen. General Werchowski sprach sodann vom Kriege und sagte, er müsse fortgesetzt werden, bis man die feste Sicherheit habe, daß der Friede, den so viele begehrten, ein Friede der Freiheit aller Nationen sein werde. Der Minister betonte sodann die Notwendigkeit, die Manneszucht mit allen Mitteln, auch den äußersten, wiederherzustellen.

Hierauf ergriff der ehemalige Ackerbauminister Tschernow das Wort, der sich entschieden gegen eine Verbindung mit den Kadetten aussprach.

Der Maximalist Kamenev erhob Einspruch gegen jede Verbindung nicht nur mit den Kadetten, sondern auch mit allen bürgerlichen Parteien, mit denen die Sozialisten sich niemals verständigen könnten.

Tseretelli, der mit dem Ruf begrüßt wurde: Es lebe der Führer der Revolution!, erklärte, ein ausschließlich sozialistisches Ministerium sei ein un durchführbarer Plan, denn ein derartiges Kabinett würde nicht lange bestehen. Andererseits müßten die bürgerlichen Elemente auf den Kampf gegen die Demokratie verzichten, die soeben aus dem Aufstandsversuch Kornilows wesentlich gestärkt hervorgegangen sei. Within dränge sich der Grundsatz von der Vereinigung gebieterisch auf.

Die Sitzung wurde um Mitternacht geschlossen.

Heute findet keine Sitzung statt. Den ganzen Tag finden geschlossene Beratungen der politischen Parteien und Gruppen statt.

## Neue Minister.

S. Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Verweser des Finanzministeriums Professor Bernahly und der Verweser des Ministeriums für öffentlichen Unterricht Dr. Salazkin sind zu Ministern ernannt worden.

## Ein Zudermonopol.

S. Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Regierung hat den Entwurf eines Zudermonopols angenommen, das dem Staate jährlich 860 Millionen Rubel einbringen soll.



29. IX. 1914

# Eine neue Erklärung des Kanzlers über Belgien.

## „Freie Hand“ für mögliche Friedensverhandlungen. — Herr v. Kühlmann über Papstnote und Friedensfragen.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages fuhr Staatssekretär v. Kühlmann in seiner Rede über die wir schon im Abendblatt berichteten, fort: Die deutsche Politik läßt gerade aus dem Bewußtsein ihrer vollkommenen Einigkeit mit dem deutschen Parlament und dem deutschen Volke die Kraft, mit Ruhe, Würde und Zielbewußtsein die Wege zu gehen, die für die Größe und die Entwicklung Deutschlands nötig sind. Die Antwortnote an den Papst steht als festgeführter Bau. Stein ist mit Stein so fest verklammert, daß jeder Versuch, Einzelnes herauszuziehen und zu kommentieren, die Wirkung nur abschwächen könnte. Ich will nur kurz darlegen, aus welchem Geiste die Note hervorgegangen ist und welches die Bedingungen für ihre Wirkung sind.

Im vierten Jahr dieses gewaltigen Krieges hat Seine Heiligkeit der Papst mit noch größerem Ernst und noch größerem Nachdruck als vorher unter die Völker Europas das Wort geworfen vom Frieden auf Erden — Europa! Das Wort klingt uns heute wie ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Und doch ist es kein Märchen, sondern auch heute noch mehr als ein geographischer Begriff: die Summe eines in Jahrtausenden gewachsenen Bestandes. Die kleine, an den asiatischen Kontinent angelegte Halbinsel hat bisher die Herrschaft der Welt fest in Händen gehabt: Macht und Handelspolitik. Uns allen steht das alte Europa noch klar im Gedächtnis, und ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß für keinen der Staaten in diesem alten Europa der Zustand, wie er in den letzten vierzig Jahren bestanden hat, so unerträglich war, daß er auf die Gefahr der Selbstvernichtung hin hätte abgestellt werden müssen. Daß Europa nicht zugrunde gehen, ist vielleicht heute noch mitten in diesem gewaltigen Kriege ein gemeinsames Interesse aller Großstaaten. Der endgültige Zusammenbruch wird jeden einzelnen Staat, welcher Gruppe er auch angehören möge, schwächer und zukunftsärmer hinterlassen, manche ganz zerbrochen und jeder großen nationalen Zukunftshoffnung beraubt.

Als die junge Großmacht Deutschlands vor bald 50 Jahren in den Kreis der Großmächte eintrat, ist sie von keiner Seite zürück begrüßt worden. Aber diese 50 Jahre haben, so scheint es mir, bewiesen, daß Europa mit dem mächtigen Deutschland in seiner Mitte leben konnte, ja mächtiger und lebensfähiger war als vorher, und wenn heute unter unseren Feinden noch viele glauben, es ließe die Geschichte sich rückwärts rückwärts, es ließe sich neben einem tödlich verstimmelten Preußen eine bundesstaatliche Gebilde wieder ins Leben rufen, so sind das Illusionen, die bei historischen Phantasien schwer verzeihlich, bei verantwortlichen Staatsmännern aber verwerflich sind.

Der Papst verleiht den Frieden auf Erden. Doch auch heute noch gilt das Wort: der Friede denen, die guten Willens sind! Der tiefste Grundgedanke der deutschen Note war, dem Heiligen Vater behilflich zu sein, diejenige Atmosphäre zu schaffen, welche überhaupt für eine fruchtbare Besprechung der zahlreichen, die Völker trennenden Streitfragen unbedingt nötig ist. Jeder diplomatisch Erfahrene weiß, daß bei derartigen Verhandlungen die umgebende Atmosphäre, die Stimmung häufig unendlich viel wichtiger ist, als selbst weitestgehende Forderungen. Wenn man die Stimmung unserer Feinde nach den öffentlichen Äußerungen ihrer Presse und ihrer leitenden Männer beurteilen wollte, so könnte man nur zu sehr trüben Ergebnissen kommen.

Solange unsere Gegner von dem Wahne ausgehen — die Allergnaden unter ihnen wissen, daß es wahr ist — es könnte ein Augenblick kommen, in dem das deutsche Volk in Sad und Ufse Ruhe tun, remüßig an die Brust schlagen, unter das laubdünne Dach verächtlicher Forderungen kriechen könnte, solange wird dem Schwerte das Wort bleiben müssen. Es mag ja nicht leicht sein, den durch die Legenden, die sich um die Anfänge dieses Krieges gewoben haben, ausgeheulten Völkern der Entente die Wahrheit angedehnt zu zeigen. Es ist aber notwendig; denn sonst kann ein neuer Geist nicht entstehen, und die Entstehung dieses neuen Geistes ist die unbedingte Voraussetzung für einen glücklichen Abschluß dieses furchtbaren Völkerringens. Das deutsche Volk ist im Innersten fest überzeugt, daß es einen gerechten Krieg führt, und aus dieser Überzeugung heraus quillt ihm die Kraft, die ungeheuren Opfer freudig zu bringen, die täglich von ihm verlangt werden.

### Europa am Scheidewege.

Die päpstliche Rundgebung hat die Völker Europas noch einmal an den Scheidewege gestellt. Noch einmal vor dem entscheidungsschweren Winterfeldzug ist ihnen die Möglichkeit gegeben, zwar aus tiefen Wunden blutend, aber mit blankem Schilde den Wiederaufbau Europas zu beginnen. An Deutschlands Gegnern ist es nun, zu beweisen, ob auch sie einen Hauch des neuen Geistes verspürt haben.

Die nächsten Wochen dürften die große Frage entscheiden, ob Freund und Feind in Abhängung vor waffengewaltigen Gegnern den blutigen Degen senken oder weiter die ehernen Entscheidung der Waffen anrufen wollen. Ein einiges Deutschland kann nicht geschlagen werden. Unsere Einigkeit in den Fragen der großen Politik, wie sie in unserer Antwort auf die Papstnote verkörpert ist, bildet die Voraussetzung für unsere ganze Einigkeit, und gerade, daß diese Einigkeit in unseren Beratungen erzielt werden konnte auf dem Boden eines klaren und aufrichtigen Friedensprogramms, das gibt ihr doppelt wirksame Kraft.

So steht denn das deutsche Volk in dieser entscheidungsvollen Schicksalsstunde stark, aber still, mächtig, aber gemäßig, bereit zum Kampfe wie nur je, aber auch bereit, mitzuarbeiten zur Verwirklichung des Wortes vom Frieden auf Erden.

### Die Äußerungen der Parteitribner.

Abg. Noßke (Soz.) bringt die oft wiederholte Auffassung seiner Partei zum Ausdruck. Insbesondere betont er, daß die Frage Elsaß-Lothringens im Sinne der Forderungen Ribots und Aouit für Deutschland ganz indiskutabel ist. Er spricht seine Freude darüber aus, daß die Antwort auf die Papstnote sich unbedingt auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli stellt. Dann verbreitet er sich in ausführlichen, für vertraulich erklärten Darlegungen über die belgische Frage. Den Vermittlungsversuch Wilsons in innere deutsche Verhältnisse weisen auch wir zurück. Was uns Not tut, wissen wir allein, und das werden wir uns selbst erringen. Eine Differenz zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit über die Friedensfrage besteht nicht. Aber der Reichskanzler darf es nicht allen recht machen wollen. Die Regierung muß Farbe bekennen, daß sie die annexionsistischen Treiber zurückweist. Wir dürfen nicht auseinandergehen, ehe wir nicht diese Klärung erreicht haben.

Abg. D. Naumann (Dpt.): Dem Dank an die Truppen schließen wir uns an. Wir hören es gern, daß die militärische Lage günstig ist, wenn auch die Gegner von sich dasselbe sagen. Auf dem Kampffeld ist eine Art schwebender Gleichgewichtszustand eingetreten. Wenn man vom Endkampf spricht, so ist das im allgemeinen zutreffend, aber wie lange wird er dauern? Wie so vieles Neue, so hat uns der Krieg auch gelehrt, daß er nicht die ultimatio ist, Streitfragen zur Entscheidung zu bringen. Wie es im dreißigjährigen und im siebenjährigen Krieg letzten Endes notwendig geworden ist, auf einen Normalzustand zurückzugehen, von dem aus die Dinge neu konstruiert werden müßten, so wird es

norausichtlich auch diesmal sein. Wir wünschen nicht ein neues Friedensangebot, aber unter uns müssen wir die Frage diskutieren, ob der Krieg die letzte Entscheidung bringen wird und bringen kann. Alle Faktoren der deutschen Politik stehen auf dem Boden der Antwort auf die Papstnote, insbesondere auch die Oberste Seeresleitung. Die Antwort acht über die Erklärung vom 19. Juli hinaus mit ihren Darlegungen über Abrüstung und Schiedsgerichte. Die Zustimmung zu ihrer Erörterung darf man der Lösung dieser unausgeheuer schwierigen Fragen nicht gleichsetzen, allein, was bisher gelegentlich als Besinnung der Deutschen hervortrat, ist jetzt dokumentarisch festgelegt. Es wird nur aufgegeben, was seit langem durch das deutsche Denken angangen ist: es ist ein deutscher Weg, den wir gehen. Deshalb beiraten wir die Erwählung dieses Punktes in der Antwortnote. Wir sind damit einverstanden, daß man Einzelfragen nur mit großer Zurückhaltung behandelt hat. Der Redner geht auf einen Teil der Einzelfragen ein und bespricht die Rede von Asquith, die nach Naumanns Auffassung Rücksicht auf die Bedürfnisse der Allierten nimmt. Zum Schluß betont der Redner von neuem die Einheit der politischen Gewalten hinsichtlich der Antwort auf die Papstnote.

### Reichskanzler Dr. Michaelis:

Der freisinnige Redner hat richtig ausgeführt, daß die Stellung der Reichsleitung zu den Kriegszielen durch meine Antwort auf die päpstliche Friedensnote klar umschrieben wird. Da in dieser Antwort die Friedensumgebung vom 19. Juli ausdrücklich erwähnt ist, bedarf es weiterer Klarstellungen nicht mehr.

Im übrigen habe ich folgendes zu erklären: Die in den letzten Wochen lebhaft erörterte Nachricht, daß die Reichsleitung bereits mit dieser oder jener feindlichen Regierung in Verbindung getreten sei und daß hierbei noch einer — wie ich höre — ziemlich weit verbreiteten Auffassung die deutsche Reichsleitung vorzuziehen begehre Gebiete und somit die wertvollsten Verhandlungsvorteile für kommende Friedensverhandlungen preisgegeben haben sollte, ist unzutreffend.

Ich stelle fest: Die Reichsleitung hat für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand. Dies gilt auch für Belgien.

Abg. Dr. Werner-Olehn (D. F.) sagt, wir dürften nicht die Friedenshand, die zurückgewiesen wurde, von neuem ausstrecken. Das deutsche Volk wolle den Frieden haben, aber nicht den Verzichtsfrieden. Jeder Maß-Lothringens ist eine Diskussion mit dem Auslande unmöglich. Ein Verzichtsfrieden ist nichts als ein Verzicht auf Lohn für die getragenen Opfer. Die Geschichte zeigt, daß alle Staaten durch Macht gegrißt wurden.

Abg. Herold (Fr.): Die Antwort auf die Papstnote ist eine der bedeutungsvollsten Dokumente des Friedens. Sie zeigt die Einheit der politischen Gewalten untereinander und mit der Obersten Seeresleitung. Die Zustimmung des Seebener-Ausschusses als eines Teils der Volkvertretung ist gleichfalls bedeutungsvoll. In Einzelfragen muß die Regierung freie Hand behalten, und wir sind gleichfalls damit einverstanden, daß die Antwortnote sich des Eingehens auf Einzelfragen enthält. Die Bezugnahme auf die Papstnote sagt jedem genug. Der Burgfriede auf politischem Gebiet hat ja nachgelassen, es wäre besser gewesen, ihn weiter aufrechtzuerhalten. Umso notwendiger ist die Einigkeit hinsichtlich der Kriegsziele, damit das Volk weiß, wofür es kämpft. Allgemein sollte die Antwortnote als Grundvorlage genommen werden. Auf maßvolle Friedensziele könnten sich alle einig und sollten es tun.

Abg. Ledebour (U. Soz.) wünschte eine bestimmte Erklärung der Regierung über ihre Friedensziele und die Erklärung des Annexionsverzichts.

### Gegen die Abrüstung.

Abg. Graf Westarp (Kon.) schließt sich dem Danke des Reichskanzlers an die Truppen und ihre Führer vollinhaltlich an. Der Note des Papstes sei der stillste Ernst und der ehrliche, gute Wille nicht abzusprechen; aktiv trage sie den Lebensinteressen des deutschen Volkes aber nicht genügend Rechnung. Die Antwort auf die Note habe die Zustimmung aller Mitglieder des Seebener-Ausschusses gefunden; er habe jedoch Vorbehalte gemacht in der Frage der Abrüstung. Für eine Verständigung darüber ließen sich geeignete Grundlagen kaum schaffen. Der Entwurf zur Antwortnote an den Papst habe dadurch einen anderen Charakter erhalten, daß die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli darin aufgenommen wurde. Dieser Aufnahme habe er im Seebener-Ausschuss widersprochen, und er halte sie noch heute für nicht richtig. Denn dadurch sei einer Auslegung der Note Raum gegeben, als habe Deutschland von vornherein die Vorteile preisgegeben wollen, die es für die Verhandlungen in der Hand habe. Er halte es für schädlich, daß die öffentliche Diskussion geeignet gewesen sei, diesen Eindruck hervorzurufen, sie habe bisher zu nichts Gutem geführt. Auch er möchte den Wunsch aussprechen, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Friedensziele, vor deren Vorhandensein man die Augen nicht verschließen könne, sachlich ausgetragen und verlegende Polemik dabei vermieden würde. Darin seien alle einig, daß der Friede durch Schuld unserer Feinde noch nicht geschlossen werden könne, so daß wir zusammenstehen und kämpfen müßten, bis ein ehrenvoller Friede erritten sei.

Abg. Dr. Strefemann (nlib.) hob erneut hervor, daß alle Parteien ihre Zustimmung zu den Grundgedanken der Papstnote gegeben hätten. Der Aufnahme des Hinweises auf die Reichstagsentscheidung habe die Minderheit allerdings nicht zustimmen können. Die Zustimmung zur Abrüstung und zum Schiedsgericht sei in der Note erfolgt mit dem Vorbehalt, daß dabei die Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht in Frage gestellt werden dürften. Die Abrüstung so zu gestalten, daß die Wehrmacht nurmehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreiche, soweit könne man nicht gehen. Er habe nichts dagegen, wenn der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit mehr zur Geltung komme, dem Deutschland im Grunde nicht widerstrebe, denn es habe Schiedsgerichte zur Entscheidung internationaler Streitigkeiten wiederholt angewandt. Auch hier müßten aber alle Lebensinteressen des Landes gewahrt bleiben. Es sei außerordentlich wichtig, wenn das ganze deutsche Volk dahin einig würde, daß die Erörterung formulierter Kriegsziele uns auseinanderrühre. Es komme praktisch darauf an, daß die Regierung auf Grund unserer glänzenden militärischen Lage den Frieden auf der Grundlage der Sicherung unserer vollen politischen Zukunftsentwicklung anstrebe. Durch die fortgesetzte Wiederholung unserer Friedensangebote schwächten wir unsere Situation. Selbst wer manche der besetzten Gebiete nur als Faustpfänder ansehe dürfe sie nicht dadurch entwerten, daß er von vornherein darauf verzichte. Die Zeit arbeite für uns. Manche unserer Gegner ständen vor dem Zusammenbruch. Stellen wir den Frieden im Innern, dann würden wir der heutigen weltpolitischen Situation am meisten nützen.

Der Staatssekretär des Verkehrs erklärte auf eine Anfrage des Vorredners: Der Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die belgische Frage ist eine Redaktionsarbeit, für die daher naturgemäß seitens der Reichsleitung eine

Verantwortung nicht übernommen werden kann. Seine Beantwortung durch B. L. B. ist ohne Kenntnis des Reichskanzlers oder einer anderen leitenden Reichsstelle erfolgt.

Abg. Hoch (Soz.) ist mit der Rede und der Antwort des Reichskanzlers nicht zufrieden, da dieser sich nicht klar und deutlich genug über die Friedensziele der Regierung ausgesprochen habe. Er wandle sich jedoch gegen die Vorredner, die die Entscheidung des Reichstages vom 19. Juli als nicht friedensfördernd bezeichnet hätten. Der Beschluß habe, wie der Reichskanzler selbst bestätigt, gut gewirkt; die feindlichen Regierungen seien dadurch in Verlegenheit gebracht und die Friedensbewegung im Auslande sehr erhöht worden. Damit das weiter geföhre, müßten alle Parteipolitiker in Reden und Handlungen vermieden werden. Der Kampf mit verzerrten Waffen im Innern trage ebenfalls nicht dazu bei, die eigene Position und den Glauben zu stärken, daß die Regierung wirklich ernsthaft den Frieden wolle.

Abg. Seyda (Dpt.) hob die moralische Bedeutung der Papstnote hervor und glaubte bestimmt, daß sie auch praktische Bedeutung in allen Ländern gewinnen werde. Er erachtete es als ehrenwert, daß die deutsche Regierung sich auf den Reichsstandpunkt, den der Heilige Vater in seiner Friedensnote entwickelte, gestellt habe. Er hoffe und vertraue darauf, daß dieser Grundgedanke des Rechtes auch dem polnischen Volke zugute kommen werde, das mit seinen 25 Millionen nicht die letzte Stelle unter den Völkern Europas einnehme. Das polnische Volk sei dem Papste zu innigem Danke verpflichtet dafür, daß er in seiner Note mit solcher Wärme darauf hingewiesen habe, daß eine gerechte Regelung der Zukunft des polnischen Volkes eine der wichtigsten Aufgaben des Friedenskongresses sein werde.

Abg. Ledebour (U. Soz.): In Rußland gibt es eine Regierung, mit der man sehr wohl Friedensverhandlungen führen kann. Daß Regierungen wechseln, kommt auch sonst vor. Mit einem solchen Auslande war kein Dauerfriede zu schließen, wohl aber mit einem demokratischen, und hierzu ist Rußland auf dem besten Wege.

Abg. Erzberger (Str.): Die Haltung der Regierung ist jetzt vollkommen klar. Es ist unrichtig, wieder einen Zweifel hineinzutragen. Die Klarheit in den Grundgedanken und in dem Ziel ist ein nationaler und internationaler Gewinn. Einer weiteren öffentlichen Erklärung bedarf es nicht, sie wäre schädlich, sei es auch, daß es sich um positive Kriegszieländerungen handelte. Die Antwortnote enthält alles, was sie nicht versteht, dem fehlt das Abc der Politik. Auch die heutige Erklärung des Reichskanzlers ist völlig klar und in allen Teilen einwandfrei. Nun aber ist auch Einigkeit des deutschen Volkes möglich. Wir sind bereit, sie zu schaffen. Die Erklärung vom 19. Juli bildet eine breite Grundlage für die Vereinigung. Die Gegner dieser Erklärung tragen eine schwere Verantwortung, wenn sie ihre Agitation fortsetzen. Nach dieser Klarstellung stellen wir uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten.

Damit schließt die Besprechung der auswärtigen Politik und insbesondere der Papstnote.

Abg. Prinz zu Schoenaich-Carolath (nlib.) berichtet über die Positionen, die zum großen Teil durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Hierauf werden die Fragen der Gefangenenbehandlung vertraulich besprochen.

### v. Kühlmann über die Neutralen.

Die Debatte wendet sich der Frage des Verhältnisses zu den neutralen Ländern wie Argentinien, Holland, Schweiz usw. zu. Die Ausführungen des Staatssekretärs über Argentinien besagen:

Sobald durch die Publikation der amerikanischen Postierung die Details des Grafen Zurburg bekannt wurden, sind die nächsten Schritte getan worden, um den Grafen Zurburg hierher zu rufen. Er wird sich hier zu verantworten haben. Dem argentinischen Gesandten hat das Auswärtige Amt unterbreiten ausgesprochen, daß wir die Haltung der Deutschen unseres Geandten nicht billigen und daß ihr Inhalt keinen Einfluß auf die Entschlüsse und Besprechungen der deutschen Regierung gehabt hat. Die befriedigende Regelung des Zoro-Zwischenfalles sei der amerikanischen Regierung unangenehm gewesen, daher habe sie zur Berichtigung der Deutschen gegriffen, um das Verhältnis zwischen uns und Argentinien von neuem zu fördern. Die Pace in Argentinien sei jetzt doppelt schwerer zu übersehen, wo wir keinen Gesandten mehr dort haben und auf die Redungen der feindlichen Staaten angewiesen seien.

Über das Verhältnis zu Spanien führt Staatssekretär von Kühlmann aus, daß es gut sei. Spanien leidet beträchtlich unter den Folgen des Krieges. Wir können nicht alle Wünsche erfüllen, wenn wir den West-Africa nicht abschließen wollen, das können wir nach Möglichkeit entgegen. Der gute Wille Spaniens hinsichtlich wirtschaftlicher Verträge zum Eintritte zu kommen, läßt das Beste hoffen.

Die unentgeltliche Abgabe der amerikanischen Publikation in Schweden wird, wie der Staatssekretär meint, überwunden werden können. Über die inneren Folgen der Wahlen in Schweden ist noch kein lautes Bild zu gewinnen, doch wird an der korrekten Haltung Schwedens durch ihren Ausfall nichts geändert.

Abg. Leube (Dpt.), der vor einiger Zeit in Schweden war, meint, ein neues Ministerium in Schweden werde ebenso friedliebend sein wie das letzte. Die weiteren Vorführungen des Redners sind vertraulich. Abg. Siff (nlib.): Wie im Anschluß haben nur den stärksten Forderungen für den gewählten Vertreter Deutschlands in Argentinien nicht nur deutsche Anlieger, sondern auch deutsches Kapital und unsere Handelsbeziehungen stehen auf dem Spiel. Abg. Ledebour (U. Soz.) teilt mit, daß die Ausdrücke des Grafen Zurburg, der keinen Platz im diplomatischen Dienst mehr finden könne.

Unterstaatssekretär von dem Busch teilt mit, daß die Hofienausfuhr nach Holland ins Stocken geriet, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Es ist aber zu hoffen, daß die Ausfuhr bald wieder in Gang kommt.

Abg. Areth (Kon.): Wir müssen erst völlige Klarheit der Affäre Zurburg abwarten, ehe wir endgültig urteilen. Der Redner spricht dann über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Argentinien. Abg. Wurmuth (D. F.): Erst müssen wir Graf Zurburg hören, ehe wir ihn verurteilen. — Bizegarler Dr. Seiffert gibt Auskunft über den Glanzverlust zwischen Dänemark und Deutschland und über die Preisgestaltung. — Abg. Seidemann (Soz.) verlangt, daß den Wünschen der Neutralen, wo es irgend geht, entgegenzukommen wird, und fordert über das Kohlenverbot des Gewerkschaftsbundes in Schweden und seine politische Wirksamkeit. — Abg. Götthel (Dpt.): Auch in Deutschland gibt es G. m. b. H. im Kohlenhandel, die mit keinem Betriebskapital erhebliche Gewinne machen. Die Haltung des Grafen Zurburg ist auf das schärfste zu verurteilen.

Gegen 7 Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen, heute wird über die besetzten Gebiete verhandelt.



29. IX. 1914

# Die Welttyrannie der Angelsachsen.

Von Dr. Karl Wolff,  
Mitglied des Magnatenhauses.

Budapest, 28. September.

Der Verteidigungskrieg der Mittelmächte gegen die Lombardischen Angriffe der Entente ist, wenn man ein wirtschaftliches Bild zur Vergleichung heranzieht, ein Kampf des Kleinbetriebes gegen den angelsächsischen Großbetrieb. England ist gewohnt, auf seinen diplomatischen Schleichwegen und auch auf dem Kriegspfade in Kontinenten zu denken, während die europäischen Festlandmächte, an diesem Maßstabe gemessen, mehr oder weniger eine kleinere oder größere Kirchturmpolitik treiben. Die im Vergleich zu dem Machtgebiete Englands engen Raumverhältnisse, in denen die europäischen Festlandstaaten sich bewegen, bringen es eben mit sich, daß in unserem politischen Denken und Handeln kleine Maßstäbe vorherrschen. Entsetzen erfaßt manchen unter uns schon bei dem bloßen Gedanken, daß Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege zu seiner besseren Grenzsicherung etwa den Lovcen oder gar einige Balkandörfer behalten könne. Erst recht beginnt das Gruseln beim Anhören des in den angelsächsischen Lügenfabriken verbreiteten Märchens, daß der deutsche Michel die Eroberung der ganzen Welt plane, während England, der in jahrhundertelanger Übung geschulte Meister der Verstellung und Heuchelei, ein Land nach dem anderen in seinen großen Sack steckt und sich ins Fäustchen laßt, wenn die Menge durch seinen Diebsruf: „Halte den Dieb, nicht laßt ihn laufen!“ sich betören läßt und anstatt des wirklichen Diebes den vorgetäuschten verfolgt. Schließlich ist auch ein Frieden ohne Annexion und Entschädigung für die Mittelmächte im Falle ihres endgültigen Waffenstillstandes gut genug. Die Verfechter eines solchen Friedens sind unbewußt ebenso wie die Branting und Kerenski Puppen in der Hand der angelsächsischen Drahtzieher.

Der von der britischen Einkreisungspolitik jahrelang vorbereitete Weltkrieg sollte den Schlüsselstein für die Zwangsbürg der angelsächsischen Weltprogramme bilden. England wagte den Waffengang erst, als Rußland, Frankreich und Japan an die ihre Raubgier reizenden Päder: Konstantinopel, Elßaß-Lothringen, Kiautschau und die Südseeinseln angegriffen hatten und mit ihren Vasallen Belgien, Serbien und Montenegro loszuschlagen. Dann warf es, als diese Koalition sich zu schwach erwies, einen Staat nach dem anderen in den Krieg: Italien, Portugal und Rumänien, alle durch Raublust oder brutale Gewalt auf die Seite der Entente gedrängt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, anfangs der stille Gesellschafter Englands, der für Milliarden Dollar Waffen und Munition an die Entente lieferte, traten als offene Geschäftsteilnehmer auf, als der verheerendste Tauchbootkrieg den amerikanischen Milliardengewinn bedrohte, und führten dem Unternehmen der Entente noch mehr als ein Duzend Staaten, von China und Brasilien angefangen bis Liberia und Haiti, als Geschäftsteilhaber zu. Die Kriegsbeteiligung von Liberia und Haiti e tutti quanti fordert fast zum Lachen heraus, und doch steckt ein ernstes Zweck dahinter. Abgesehen von der Bluffwirkung, die für den Augenblick mit diesen Kriegserklärungen beabsichtigt ist, sollen diese neuen Kriegsgesährten eine Rolle nach dem Friedensschlusse spielen. Sie sollen Treiber in der Kette sein, die die Mittelmächte in dem Wirtschaftskriege, der offen oder verdeckt nach dem Friedensschlusse geführt werden soll, in das Netz Englands und Nordamerikas zu jagen bestimmt ist.

Der auf den Pariser Wirtschaftskonferenzen ausgeheckte Plan ist, wenn er nicht schon früher bekannt war, neulich durch den Pariser Temps, das Organ der französischen Regierung, verraten worden. Der Fall von Riga ist unseren Feinden schwer auf die Nerven gefallen. Er hat das Moskowiterreich in den Grundfesten erschüttert. Noch ein Schlag, der die deutschen Truppen bis zur strategisch sicheren Grenze am Bepus-See führt, und der russische Koloz liegt am Boden! In der Todesangst, daß dieser Schlag kommen, Rußland aus der Reihe der Ententeführer ausschalten und die dauernde Festsetzung Deutschlands auf den den Rigaer und Finnischen Meerbusen beherrschenden Inseln Oesel und Dagoe England und Genossen verhindern könnte, sich dieser Stützpunkte für die von ihnen angestrebte wirtschaftliche Ausjaugung Rußlands zu bemächtigen, schreibt der offiziöse Temps: Es sei notwendig, mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland „eine wirtschaftliche Kriegskarte entgegenzusetzen, die den Alliierten die Kontrolle über fast alle Rohstoffe der Erde geben und die Deutschen, die in territorialer Hinsicht die Besitzer seien, zwingen werde, sich in wirtschaftlicher Hinsicht als Bittende zu präsentieren“. Aehnlich äußert sich das Echo de Paris: Die Entente könne durch wirtschaftliche Maßnahmen gerettet werden, indem sie durch ihr Monopol auf dem Weltmarkte die für die Mittelmächte günstige Kriegskarte völlig entwerten und die Mittelmächte auch fernerhin wirtschaftlich gefangen halten könne.

Gemeint sind unter den Rohstoffen der Erde, über die die Entente, insbesondere das Angelsächsentum, verfügt und ohne die Deutschland und seine Bundesgenossen wirtschaftlich nicht existieren könnten, offenbar in erster Reihe Schafwolle, Baumwolle, Felle und Häute, Delfrüchte und Kupfer. Vor dem Weltkriege führte Deutschland Schafwolle für mehr als 400 Millionen Mark, darunter den verhältnismäßig größten Teil aus Australien und Neuseeland, ein und gab hievon Wolle für 16 Millionen Mark an Oesterreich-Ungarn ab. Baumwolle wurde von Deutschland für 600 Millionen Mark

vorzugsweise aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezogen, und die gesamte Einfuhr der Baumwolle nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Rußland überstieg jährlich den Betrag von einer Milliarde Mark. Häute und Felle wurden, zum verhältnismäßig größten Teil aus Amerika, im Werte von 382 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt und hievon für 18 Millionen Mark an Oesterreich-Ungarn abgegeben. Delfrüchte wurden im Jahre 1913 für 666 Millionen Mark, darunter aus Argentinien für 101 Millionen, eingeführt; das britische Südnigeria führte allein Palmkerne und Palmöl für 100 Millionen Mark aus. Von dem Kupferbedarf wurden fünfundsiebzig Prozent, fast ebensoviel wie die siebenundsiebzig Prozent des Baumwollbedarfes, aus den Vereinigten Staaten und den englischen Kolonien gedeckt.

Mitteleuropa, das auf den Bezug dieser Rohstoffe angewiesen ist, bleibt von den Angelsachsen abhängig, wenn es ihm nicht gelingt, sich andere Bezugsquellen zu erschließen. Bis dahin haben es die Angelsachsen in der Hand, durch Vorenthaltung oder Verteuerung der Rohstoffe, die auf diese gegründeten Industrien der Mittelmächte lahmzulegen und konkurrenzunfähig zu machen, was ja von vornherein ein Kriegsziel Englands bildet. Sie werden von diesem Machtmittel zweifellos den rücksichtslosesten Gebrauch machen. Diese Industrien beschäftigen Millionen von Menschen in Mitteleuropa; allein die Textil- und Bekleidungsindustrie gab vor Ausbruch des Krieges mehr als drei Millionen Menschen das tägliche Brot. Wenn nun die Textil-, Leder- und Schuhwarenfabriken stillgelegt werden, weil sie mit den ausländischen Erzeugnissen nicht konkurrieren können, dann werden wieder englische Stoffe, Kleider und Schuhe, auch amerikanische, in Oesterreich-Ungarn und Deutschland gekauft werden. Auch die blühende Maschinenindustrie wird, obwohl vorzügliche Eisenerze, Kohle und Koks in Hülle und Fülle in Mitteleuropa vorrätig sind, zum Dahinstehen verurteilt sein, wenn die Fabriken, für die sie bisher Maschinen lieferte, eingehen. Der Niedergang würde auf alle Gebiete übergreifen, auch auf Landwirtschaft, Getreidebau und Viehzucht, da ihre Konsumenten verarmen würden. Wieder würde amerikanisches Getreide, wie in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Europa überschwemmen, den Grund und Boden hier entwerten und eine Massenauswanderung der darbenenden Bevölkerung nach Amerika bewirken. Die heute siegreichen Mittelmächte würden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch so geschwächt werden, daß sie in das Sklavenjoch, das die Angelsachsen ihnen auferlegen, sich fügen müßten. An diesem Schicksal würde auch „die Freiheit der Meere“, wenn das im gegenwärtigen Weltkriege bezwungene England sie in Verträgen feierlich zusichern würde, wenig ändern; ebenso könnte England die liberalsten Freihandelsverträge mit den Mittelmächten abschließen und ihnen mit größtem Vergnügen „die offene Tür“ zugestehen, denn Rohstoffmangel in den englischen Kolonien und in Nordamerika würden dafür sorgen, daß die Rohstoffe zu den teuersten oder unerreichbarsten Preisen erhältlich wären. Daher ist es eine Lebensfrage für die Mittelmächte, für die wichtigsten Rohstoffe andere Bezugsquellen, als die angelsächsischen, rechtzeitig aufzusuchen. Die Friedensverhandlungen geben die passende Gelegenheit dazu. Kein Friede ohne Sicherung des wirtschaftlichen Bestandes! Freilich müßte die mitteleuropäische Diplomatie der angelsächsischen gewachsen sein, was bisher nicht der Fall war. „Was man von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.“

Eine interessante Studie in der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung weist auf die Möglichkeit, solche Bezugsquellen zu erschließen, hin. Schafwolle kann aus Argentinien, Chile, Uruguay, Vorderasien und Mittelafrrika, wenn die Schafwollzucht in den beiden letztgenannten Gebieten gehoben wird, in genügender Menge bezogen werden. Der mitteleuropäische Urwald, der Millionen von Delpalmen enthält, kann im Verein mit Vorderasien, wo der Anbau von Delfrüchten großer Ausdehnung fähig ist, mehr als den jetzigen Bedarf an Delfrüchten decken. Mittel- und Südamerika können Häute und Felle, auch Kupfer liefern; für den Handel in Häuten und Fellen sind auch Vorderasien und Mittelafrrika entwicklungsfähig. Am schwierigsten ist die Beschaffung von Baumwolle, da Nordamerika alle anderen Länder, Brasilien, die Türkei und Ägypten, in denen Baumwolle gebaut wird, weitaus übertrifft. Diesbezüglich müßte Nordamerika durch andere Waren, auf deren Bezug es angewiesen ist, wie zum Beispiel Anilin- und andere Teerfarbstoffe, zu Zugeständnissen gezwungen werden.

Ebenjowenig wie ein Kornfeld auf der flachen Hand wächst, werden die neuen Bezugsquellen so leicht in voller Stärke sprudeln können. Es braucht Zeit, bis sie entwickelt werden. Allerdings werden auch England und seine Verbündeten an der Schiffsraumnot, die der Tauchbootkrieg geschaffen hat, noch lange nach dem Friedensschlusse zu leiden haben, und selbst wenn sie vom besten Wohlwollen für die Mittelmächte bejeelt wären, nicht imstande sein, diesen die Rohstoffe in erforderlicher Menge zu liefern. Knappheit wird überall in den nächsten Jahren herrschen. Bei der bekannten Schwerfälligkeit der Türken wird Vorderasien nur langsam kultiviert werden können. Mittelafrrika muß erst gewonnen werden. Die deutschen Kolonien in Afrika sind bis auf einen Teil von Deutsch-Ostafrika im Kriege von Engländern und Franzosen weggenommen worden und müßten beim Friedensschlusse wieder zurückgegeben, ja durch neue Ländergebiete im schwarzen Erdteil erweitert werden, um in Mittelafrrika ein großes mitteleuropäisches Kolonialreich zu bilden, wohlgerneht sein reindeutsches, sondern ein mitteleuropäisches, dessen Mitbesitz und Mitgenuß die Völker Oesterreich-Ungarns aus dem Dunstreife von Walsrechts-

streitigkeiten und tschechisch-slowenischen Träumereien zu einem weiteren Gesichtskreise emporheben würde. Den besten Zugang zu Mittelafrrika bilden Ägypten und der Sudan, die England geraubt hat und die es ebenso wie das südliche Mesopotamien an die Türkei, den rechtmäßigen Herrn, zurückerstatten müßte. Nur wenn ein mitteleuropäisches Kolonialreich einen ansehnlichen Raum an der Westküste Afrikas einnimmt, werden Mittel- und Südamerika gern die Lieferanten für die europäischen Mittelmächte sein. Solange aber die afrikanische Westküste, die Südamerika am nächsten liegt, von Engländern, Franzosen und Belgiern umkollt ist, werden die südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile dem Druck Nordamerikas, der schwer auf ihnen lastet und widerwillig empfunden wird, sich nicht entwinden. Sobald aber die Flagge der Mittelmächte an der Westküste Afrikas weht, werden Mexiko und die südamerikanischen Staaten den Mut schöpfen, ihre Unabhängigkeit gegenüber der großen angelsächsischen Republik im Norden zu wahren, und nicht nur die gewünschten Rohstoffe nach Europa liefern, sondern auch ihre weiten Gebiete dem Einwandererstrom öffnen. Jetzt schon hat Mexiko viele Tausende von Deutschen, die Wilsons Politik angefeindet hat, aus den Vereinigten Staaten aufgenommen. Andere Tausende von Ungarn, Oesterreichern und Deutschen, die als „Bazisisten“ in den amerikanischen Gefängnissen schmachten, werden ihnen nach dem Friedensschlusse folgen. Hoffentlich werden künftighin Ungarn, Oesterreicher und Deutsche die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten vermeiden und dem am Geburtenshwind frankenden Angloamerikanertum es überlassen, seinen Menschenhunger mit zuwandernden Italienern, Moskowitern, Rumänen, Serben, Armeniern, Chinesen, Kretern und Arabern zu stillen. Die Not an Menschen ist dort schon groß. Nordamerika erhielt im Jahre 1914 nach Abzug der Abwanderung über den New-Yorker Hafen durch Zuwanderung noch einen Bevölkerungszuwachs von 241.524 Personen, der 1915 auf 1095 zurückgegangen ist und seither ganz aufgehört hat.

Wenn Mitteleuropa die ihm durch den Weltkrieg zugefügten Menschenverluste wieder ersetzt haben wird, dann mag es Bevölkerungsüberschüsse lieber an Vorderasien und Südamerika abgeben. Borerst wird aber jeder Staat mit der Auffrischung seiner Volkskraft zu tun haben. Auch Ungarn muß danach trachten, seine stark gelichteten Menschenreihen mit Deutschrussen, die die staatsstreuen Elemente im Lande vermehren werden, nach Möglichkeit auszufüllen. Falls eine Vermögensabgabe auch in Ungarn zur Tilgung der durch den Krieg entstandenen Banknotenschuld gefordert werden sollte, dann würde mancher Grundbesitzer besser fahren, wenn er die Vermögensabgabe anstatt in Form einer zugunsten des Staates auf seinen Grundbesitz aufgenommenen Hypothek, durch Abtretung eines Teiles seines Grundes an den Staat zu Kolonisationszwecken leisten würde, denn dann würde der Rest des Grundbesitzes, den er behält, durch die Kolonisation einen Wertzuwachs erfahren, der wahrscheinlich den Wert des an den Staat abgetretenen Bodestückes übersteigen dürfte.



**Herrenhausmitglied Dr. v. Lammasch über den Frieden.**

Budapest, 29. September. (Privattelegramm.) Dem Wiener Redakteur des „Pesti Naplo“ gegenüber hat Herrenhausmitglied Hofrat Dr. Lammasch über die Antwortnote der Centralmächte und die Berner Konferenz sehr bemerkenswerte Äußerungen gemacht.

Die große Versammlung, sagte Dr. Lammasch, die unter der Regide des Kardinal-Primas von Ungarn am vorletzten Sonntag in Budapest abgehalten worden, hat den Willen eines sehr großen Teiles der ungarischen Nation zum Ausdruck gebracht, die Wege weiter zu verfolgen, die das Oberhaupt der katholischen Kirche in seiner Note an die Säupter der kriegsführenden Staaten gewiesen hat. Das erhabene Ziel der damit eingeleiteten Politik ist bereits gerichtet, der

ungarischen Monarchie einen ehrenvollen, baldigen und dauernden Frieden zu schaffen.

Nach dem Verlauf des fürchtbaren Ringens für unsre Waffen und die unsrer Verbündeten haben wir Anspruch auf einen Frieden, der die Lebensinteressen und die Ehre der Monarchie vollständig und ungeschmälert wahr; dieser Friede bräucht aber durchaus nicht derart zu sein, daß durch ihn die gleichen Interessen und Güter eines der mit uns im Kriege stehenden Staaten verlegt oder mißachtet würden. Im Gegenteil, soll er dauernd sein, so muß er auch auf diese Rücksicht nehmen, um nicht einen neuen Krieg, einen Nebankkrieg, hervorzurufen, sobald der jetzt unterliegende Teil nur einigermaßen wieder zu Kräften gekommen ist.

Der Friede muß aber auch bald der Welt zuteil werden. Die Schäden und Leiden, die er in allen kriegsführenden Ländern, ja selbst in den neutralen Ländern, zur Folge gehabt, sind so fürchtbare, daß alle Völker das dringendste Bedürfnis haben, nach einem baldigen Ende des unsäglichen Elends, das die Fortdauer des Krieges ihnen jeden Tag bringt. Der Friede muß aber, wenn auch der Traum der Vaziffen von einem ewigen Frieden in einer Welt nicht in Erfüllung gehen wird, in der alles vergänglich ist, ein möglichst dauerhafter sein.

Den Weg zur Erreichung all dieser Postulate weist die päpstliche Note. Für die Zukunft soll an Stelle der Macht der Waffen die moralische Kraft des Rechtes, an Stelle der Notwendigkeit des Weitzührens soll das Vertrauen auf die gerechte und billige Entscheidung von Streitigkeiten durch eine internationale Schiedsinstanz treten. Unser Kaiser und König, dem wie niemand das Wohl all seiner Völker, aber auch die Rettung der Menschheit aus den Hölleleiden, in die sie selbst sich gestürzt hat, am Herzen liegt, hat ebenso wie seine erhabenen Verbündeten sich in der solennsten Weise zu diesen Prinzipien bekannt, von denen unsere Feinde von allem Anfang an beharrlich haben, daß sie für sie kämpfen, die sie daher auch jetzt wohl nicht werden verleugnen können.

Aber auch die Ablehnung einer Politik der Eroberungen und gewaltsamen Unterwerfung fremder Völker ist in den Antworten unsrer Souveräne auf das herrliche Schreiben des Heiligen Vaters der katholischen Welt enthalten, wenn man auch gewünscht hätte, daß diese Ablehnung in einer Weise ausgedrückt worden wäre, daß es unsern Gegnern unmöglich würde, noch weiterhin aus Eroberungstendenzen zu unterziehen, und wenn man auch schwermlich eine Erklärung über jenes Problem vermüht, das, wie allgemein bekannt, von der ersten Woche des nun schon mehr als drei Jahre währenden Krieges das Allerwichtigste für die Wiederherstellung der europäischen Ordnung und des Weltfriedens ist. Abgesehen von dieser, einen treuen alle übrigen territorialen Fragen gegenüber jenen der grundsätzlichen Aufriehung einer internationalen Ordnung, der Behebung der internationalen Anarchie zürüd.

Dem Studium dieses letzteren Problems hat sich von Anfang des Krieges an eine Vereinigung holländischer, flandinabischer und schweizerischer Staatsmänner gewöhnet, der sich nach und nach auch Kollegen aus beiden Lagern der kriegsführenden Staaten zugesellt haben, aus Ungarn der Reichstagsabgeordnete Krülat Dr. Giesweien, aus Oesterreich der Schreiber dieser Zeilen. Diese Zentralorganisation für einen dauernden Frieden, die ihren Sitz in Haag hat, veranstaltet in der aller-nächsten Zeit, wahrscheinlich Ende Oktober, eine Zusammenkunft in Bern, zu der außer ihren Mitgliedern, auch Vertreter des öffentlichen Rechtes und Staatsmänner aus kriegsführenden und neutralen Staaten eingeladen sind. Diese Konferenz hat sich nicht mit den Bedingungen zu beschäftigen, unter denen der Friede hergestellt werden kann, sie greift nicht in die Sphäre der dazu berufenen amtlichen Vertreter der Staaten ein; sie will nur eine Vorarbeit leisten zur Lösung der andern Aufgaben, die Dauerhaftigkeit des herzustellenden Friedens zu sichern. Unter den von ihr zu studierenden Problemen nehmen daher die Organisation der Schiedsgerichtsbarkeit, der zu schaffenden Untersuchungs- und Berständigungsinstanzen, die vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen und die Sicherung eines Einflusses der Volksvertretungen auf die auswärtige Politik eine hervorragende Stelle ein.

Wenn die Wege, die diese Konferenz zu diesen Zielen vorschlägt, solche sein werden, daß sie auch den amtlich berufenen Staatsmännern gangbar erscheinen, wenn die Vorschläge dieser Konferenz sich von allen Utopien fernhalten, aber geeignet sind, jene schwierigen Probleme in befriedigender Weise zu lösen und daß die Sicherung der Dauerhaftigkeit des Friedens auch bestenfalls



### Das diplomatische Vorurteil.

Man muß nicht dem Irrwahn verfallen sein, daß Kriege durch Redewendungen entschieden werden, um zu erkennen, wie schwere Fehler von Deutschlands führenden Männern durch klugtuende Zurückhaltung im Worte begangen werden, wenn nicht noch mehr vorliegt als Fehler. Es gilt wohl als ein Stück preußischer Ueberlieferung, im Tun stark und im Wort karg zu sein, und dort ist man auf diese Ueberlieferung stolz. Schlimmer ist schon die mit ihr oft verknüpfte Geringschätzung dessen, was Freund und Feind denkt und spricht, denn sie paart sich mit unablässiger Verurteilung auf die nackte Macht und fordert alle Welt heraus. Zu welch plumpem Kraftprozentum ist Bismarcks Vorzug eines „Realpolitikers“ entartet, nachdem er so ganz und gar des Bismarckschen Geistes und seiner überlegenen Beherrschung der Presse entleidet ist! Und andererseits, wie verschwenderisch ist man — aller preußischen Ueberlieferung zum Trost — durch Jahrzehnte mit dem großen Wort, der schwererblickenden Rede und dem Feuerwerk imperatorenhafter Ansprachen umgegangen! Redewendungen entscheiden wohl keine Kriege, aber wie oft hat ein Wort den Krieg entzündet, wie oft verhütet! „Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,“ erwägt Faust, und oftmals fühlt man sich versucht, diesen Ausspruch auf die Redefülle der Ententepolitiker anzuwenden. Heute aber ist man gedrängt, den Staatsmännern der Mittelmächte zuzurufen: Ihr sollt das Wort gering nicht schätzen!

Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit besteht dafür, daß Deutschland die Unabhängigkeit Belgiens wiederherstellen will. Warum wird das nicht rund herausgesagt? Hier ist die vorgeschickte Wortlaryheit nicht der Grund. Wie man sieht, versiegelt das diplomatische Vorurteil dem Kanzler den Mund. Man stellt sich den Friedensschluß offenbar als reines Diplomatenwerk vor, sieht sich heute schon bei verschlossenen Türen am grünen Tisch der zünftigen Diplomatie verhandeln und hebt sich den Trumpf auf. Oder man denkt an den Austausch von Konzessionen und will den Tauschwert nicht vor der Zeit aus der Hand geben. Man erinnert sich an das Gefeilsche früherer Staatenkongresse, wofür der Kongreß von Münster und Osnabrück, der zwei Jahre gedauert hat, und der Wiener Kongreß berühmte Beispiele abgeben, und will sich Belgien ratenweise, Stück um Stück abhandeln lassen. Man spürt beinahe, wie den Kleinkünstlern des grünen Tisches schon der Mund nach dem Genuß lang entbehrter Freuden wässert: Ein Kongreß, der diesen Krieg mit den zünftigen Methoden der Diplomatie beenden wollte, würde kaum weniger Zeit beanspruchen als der Krieg selbst und böte den Meistern reichliche Gelegenheit, ihr Handwerk zu üben.

Das Vorgehen der deutschen Reichsregierung beruht auf vollständiger Verkenntnis der Kriegsumstände und auf gänzlichem Mißverständnis der Zeit, in der wir leben. Für die dynastischen Kriege des achtzehnten Jahrhunderts taugten solche Höflingsmethoden, für die Staatskriege des neunzehnten Jahrhunderts solch staatsmännisches Gebahren. Dieser Krieg ist für alle Länder zum Volkskrieg geworden und über Krieg und Frieden gibt, trotz des anders gearteten Beginnes, heute die Stimmung der Völker den Ausschlag, vor allem in den Ländern der Entente. Da es in Sachen des Friedens zur Stunde am meisten auf diese Länder ankommt, ist die beste Absicht verloren, die diesen Völkern nicht selbst unzweideutig kund wird. Mag sein, daß auch dort die zünftige Politik den Krieg vorbereitet hat und trägt, daß die kapitalistische Presse den Kriegswillen geweckt hat, führt und nicht erlöschen lassen will — umso mehr gilt es, über diese Politik und Presse hinweg das Wort an die Völker selbst heranzubringen. Denn eben diese Politik und Presse könnte gerade deshalb nur mit völliger Selbstverneinung aus sich selbst heraus das Wort des Friedens finden und braucht den unabweis-

deutigen Zwang zur Wahrhaftigkeit von außen wie den unverkennbaren Wandel der Gesinnung ihres eigenen Volkes, um den Bann ihrer eigenen Phrasologie abzuwerfen. Die Aufgabe, die hier gestellt ist, wird durch die Kleinkunst des grünen Tisches, durch den verhaltenen Konferenzton, durch höfliche Manieren nimmermehr bewältigt. Das Geschick des Ziseleurs sprengt keine Felsblöcke — womit noch nicht gesagt sein soll, daß Michaelis und seinesgleichen es besitzen.

Nur ein oder das anderemal hat die mittelländische Staatskunst in diesem Kriege das Wort gefunden, das ganze Völkern zwingt — die Staatskunst des Westens handhabt es alle Tage meisterhaft! Nichts bedrängt unsere Völker mehr als dieser offenkundige Mangel. Wir danken ihn der höflichen Schulung unserer Staatslenker, die für die alleruntertänigsten Vorträge zulangen mag — wir wissen das nicht — schon in dem engen Rahmen der Parlamente sich vergreift und an der Seele der Völker abfällt wie Urbsen an der Wand. Das ist der von nun ab wohl unbestreitbare Vorzug derer in West und Ost: Selbst der höchstgebildete Staatsmann ist dort durch die Schule der Volksversammlung gegangen und weiß die höchsten Dinge der Masse nahezubringen. Gladstone, der in seinen Museen den Homer las, war zugleich ein bewunderter Volksredner. Das ist es, was die Zeit fordert, und die allerfeinste Routine im Stile des siebzehnten, achtzehnten und selbst des neunzehnten Jahrhunderts vermag und bedeutet nichts in Zeiten, wo ein Riesenreich von Arbeiterräten regiert wird, wo die Haltung der englischen Gewerksvereine über Krieg und Frieden entscheidet, wo eine bis auf den letzten Mann in den Straßen auf die öffentliche Meinung gestimmte Nation wie die französische nur auf das eine erlösende Wort harret. Welch ein Ungedanke, in solchen Zeiten das Schicksal in die Hand des Bürokraten und Diplomaten zu legen — und wäre er der beste in seiner Art!

Wieder spielt das Vorurteil herein, irgend ein vornehmliches Wort könne auf Schwäche deuten, die Kriegslage verschlechtern und den Friedenswillen der anderen herabmindern. Längst ist es widerlegt durch die russische Praxis. Die Männer, die seit einem halben Jahre das freie Rußland regieren, haben mit schonungsloser Offenheit jede Blöße selbst aufgedeckt und jede Schwierigkeit des Landes dem Bürger vorgeführt. In nichts hat solches Vorgehen die Kampflage verschlechtert und auch den Kriegswillen in keiner Weise verkümmert. Wenn gewaltige Nationen im hellen Lichte der Geschichte miteinander ringen, geizt und nicht ihnen nicht die Taktik der Rothäuser, die die Mängel ihrer Pferde verschweigen. Die Grundtatsachen ihrer Kriegführung verkünden die jeder-mann zugänglichen Tabellenwerke, die über Volkszahl, Getreideernte, Kilometerlängen der Bahnen und Zustand der Straßen weitaus zuverlässigere Auskunft gewähren als ein diplomatischer Bericht. Schon längst hatte es wenig Sinn, die auswärtige Vertretung der Staaten auf Hofstrasie und Spionage statt auf vergleichende Statistik aufzubauen. Ueberall, wo Krieg und Friede auf dynastische Bande und Einflüsse gestellt waren, hat die Methode versagt, überall, wo Presse, öffentliche Meinung und Volksversammlung zu Hilfe gerufen wurden, hat die Methode gesiegt und liegt sie ja eben wieder in Argentinien und Peru. Der Meister der Diplomatie, Buchanan, war solange siegreich, als er mit der Presse und der Duma arbeitete, und erlitt sofort eine Niederlage, als er sich mit Kornilow in eine diplomatische Verschwörung einließ. Die diplomatischen Kunststücke Deutschlands in Rumänien, in den Vereinigten Staaten, in Mexiko, in Argentinien waren ebenso viele Fehlschläge. Das Geheimnis ist ein Hilfsmittel der Höfe, zur Not der Staatskanzleien, aber keines mehr in den Beziehungen zwischen großen Nationen. Das, worauf es ankommt, ist nicht zu verbergen und was überhaupt verborgen werden kann, hat nicht das Gewicht einer Flaumfeder im Wechsellpiel so riesenhafter Kräfte, wie sie die modernen Nationen darstellen. Wie kindlich nehmen sich die beliebten Finten aus, mit denen man sich stark stellt, den Trumpf zurückhält, den Pfandgegenstand festhält und so fort. Man bedenke doch: Es sind doch ganze Länder und Völker, die hiebei unversehens sich in die Rolle geschobener Schachfiguren oder ver-tauschter Eigentumsstücke versetzt fühlen — wundert man sich noch, daß sie über die Vorgangsweise aufschreien und daß ihr Schrei sofort den Uebelwollenden zum neuen Kriegsvorwand dienen muß? Und dann: aus mehr als hundert Schlachten, aus Tausenden von Berichten, aus der täglichen Erfahrung von mehr als drei Kriegsjahren hat sich jeder Staat und jedes Volk über die Kraft der Nachbarn sein Bild gemacht, wie viel Linsen kann in diesem ausgeprägten Bilde ein gesprochenes oder verschwiegenes Wort noch verändern? Erstlich ist schon dem Laien, daß heute nichts nützt, zu tun, wie wenn, und sich zu stellen, als ob, worin alle Diplomatenkunst besteht. Mit großen Dingen kann man nicht listern.

Die Frucht dieser Künste ist die entgegengesetzte Wirkung. Sie untergraben das Vertrauen der anderen, sie machen es dem bösen Willen leicht, es zu untergraben, und zerstören so den Glauben an die gute Absicht, die man ja trotzdem hegen kann. Sie schaffen jene schillernde Undeutlichkeit, von der der Kriegswille lebt. Man beachte nur die Wirkung auf Rußland. In diesem Reiche gibt es auch nicht einen Bruchteil des Volkes, der nicht den Frieden aufrichtig herbeisehnte

und zu schließen bereit wäre. Aber man kann nicht, denn es fehlt der klare Anlaß, der zwingende Grund, die sittliche Rechtfertigung, die eigenen Bundesgenossen vor ein Entweder — Oder zu stellen. Schaffen die Mittelmächte unzweideutige, auch durch bösen Willen nicht mehr umdeutbare Klarheit darüber, daß sie keine Annexion und keine Bedrohung der inneren Freiheit Rußlands wollen, so können auch jene russischen Staatsmänner, die den Krieg trotzdem wollen sollten, den Räten ihrer Arbeiter, Bauern und Soldaten keine Stunde länger ausweichen, sie müssen den Verbündeten die Frage stellen, sofortige Antwort heischen und wenn sie diese nicht erhalten, zum Sonderfrieden schreiten — der Sonderfriede würde, auch nur ernsthaft vorbereitet, sofort den allgemeinen Frieden nach sich ziehen. Darum ist es in diesem Stadium des Krieges nicht demokratische oder doktrinäre Rechtshaberei, sondern einfach die praktische Klugheit selbst, auf einer unmißdeutbaren und bündigen Antwort in der belgischen Frage zu bestehen. Ist sie so gehalten, daß sie in Paris der Mann auf der Straße, in London der Gewerkschafter, in Petersburg der Arbeiter-deputierte nicht mißdeuten kann, dann ist sie richtig gegeben, dann wird sie auch wirken. Ein schlimmes Vorurteil wäre es, zu meinen, sie müßte diplomatisch abgefaßt sein.



### Die Friedensfrage.

Vom Grafen Julius Andrássy.

H. u. I. Scheimer Rat, königlich ungarischer Minister a. D.

(Siehe Nr. 19089 der „Neuen Freien Presse“ vom 23. September.)

Budapest, 28. September.

In Frankreich wurden offizielle Äußerungen über uns nicht abgegeben, leider aber wurden auch die Schriften der „Chéradaus“ und ähnlicher Agitatoren nicht demontiert, welche den von uns angebotenen Frieden mit dem Bedenken als vollkommen unmöglich zurückwiesen, weil unsere Bedingungen die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns ausschließen, ohne diese Zerstückelung aber wäre das europäische Gleichgewicht nicht gesichert und der pangermanische Plan eines Weltreiches, das von Hamburg bis Bagdad reicht, könne noch immer verwirklicht werden.

Von den englischen Staatsmännern äußerten sich einige milder über uns als in der Vergangenheit. Minister Robert Cecil betonte, man müsse Serbien wieder herstellen, er hob aber hervor, daß er sich nicht an die Schaffung der südslawischen Einheit binde, während doch diese bisher als eine natürliche Folge des Nationalitätenprinzips angesehen wurde. Der Minister des Äußern Balfour sprach in milderem Tone über Oesterreich-Ungarn als irgendeiner der gegnerischen Staatsmänner. Anzeichen wünscht er nicht unsere Aufteilung, aber die von ihm vor einem halben Jahr unterfertigte Note hat er nicht desavouiert. Ministerpräsident Lloyd-George und Bonar Law erklären ungefähr zur selben Zeit wie Balfour, daß England an seinem bisherigen Standpunkt in allen Punkten festhalte. Die englischen Staatsmänner sprechen außerdem noch davon, daß einzelne Teile unseres Landes Autonomie erhalten müssen, eine Frage, über die wir uns mit einem Fremden ohne die Aufgabe unserer Selbständigkeit überhaupt niemals in Verhandlungen einlassen können.

Rußland hat insofern der Revolution offenkundig seine früheren Kriegsziele aufgegeben, was eine Verhandlung und einen Friedensschluß erleichtert hätte, wenn es nicht unter dem Terror seiner Verbündeten stünde und wenn seine zu Beginn der Revolution gemachten Äußerungen den Standpunkt der gegenwärtigen Regierung vollkommen decken würden. Dies aber erscheint durch die russische Offensive zweifelhaft, die auf fremdem Gebiet mit dem scheinbaren Ziel erfolgt ist, Eroberungen zu machen. Andererseits hat die russische revolutionäre Regierung keinen einzigen ernstlichen Schritt in der Richtung getan, ihre Verbündeten zu einer Ermäßigung ihrer Bedingungen zu drängen und doch kann die Bundestreue nicht wünschen, daß irgendein Staat mit gehorsamer Ergebung gegen seine Lebensinteressen bloß deshalb kämpfe, weil seine Verbündeten übertriebene Forderungen aufstellen, die mit den erzielten Resultaten nicht in Einklang stehen.

Italien scheint vollkommen auf dem Standpunkte der alten Unerfälllichkeit zu stehen. Es spricht noch immer von Triest, Trient, Dalmatien und Balona, es fordert noch immer unsere Vernichtung. Die italienische Presse hat die Rede Balfours mit der größten Entrüstung aufgenommen und ist nervös, weil die englischen Staatsmänner in ihren jüngsten offiziellen Äußerungen nicht expressis verbis die Vernichtung Oesterreich-Ungarns fordern. Neuerdings („Times“, 10. September) hat der italienische Deputierte Barone auf Grund einer Ermächtigung erklärt, daß zwischen den Staaten der Entente im April 1915 ein Vertrag zustande gekommen ist, der ganz Istrien, einen Teil Dalmatiens mit einigen Inseln und Balona Italien zubilligt und daß die Gültigkeit dieses Vertrages auch gegenwärtig von niemandem in Zweifel gezogen wird. Deutschland gegenüber läßt sich — außer in Rußland — nicht einmal eine Milderung feststellen. Zuweilen wird in offiziellen Äußerungen auch heute noch betont, daß man Deutschland militärisch schlagen müsse, daß man ihm den Militarismus bloß dermaßen endgültig abgemöhen könne, wenn man seine Armee vernichte.

In England herrscht auch heute noch die feindseligste Stimmung gegenüber Deutschland. Der englische Minister Churchill hat erst jüngst erklärt, ehe man Friedensverhandlungen beginnen könne, müsse Deutschland besiegt werden. Bonar Law sagte am 26. Juli in der Debatte über die letzte Friedensresolution des deutschen Reichstages im Namen der Regierung: „Wenn der Friede jetzt zustande käme, da die deutsche Kriegsmaschine noch nicht zerbrochen ist, da diese Maschine sich in der Hand derjenigen befindet, die sie durch zwanzig Jahre gehandhabt haben, so würde der Friede in ständiger Gefahr schweben. Ein solcher Friede wäre gleichbedeutend mit dem Verlust des Krieges.“ Snowden, ein Redner der friedensfreundlichen Minorität, betonte hierzu sehr richtig, man müsse aus dieser Rede folgern, daß die englische Regierung derzeit das größte Friedenshindernis sei. Es ist betäubend und charakteristisch für die Lage, daß sich selbst der offizielle Sprecher der Arbeiterpartei diese intransigente Regierungserklärung zu eigen gemacht hat. Ein anderer englischer Minister, Carson, verkündet, daß sich die deutsche Armee bis hinter den Rhein zurückziehen müsse, ehe man mit uns verhandeln könne. Und nun zum wichtigsten. Lloyd-George hat die Ausnahme der Verhandlungen neuerdings an solche vorherige Bedingungen geknüpft, die ihm die Möglichkeit geben, ohne die Bezeichnung der Friedensbedingungen jede Verhandlung abzulehnen. Er sagte, man könne sich nur mit einem demokratischen Deutschland ausöhnen, bloß mit einem solchen verhandeln, denn nur einem solchen könne man Vertrauen schenken, und er fügte hinzu: Er behalte sich das Recht vor, darüber zu urteilen, durch welche Verfassungsänderung Deutschland jene Stufe der Demokratie erreichte, die er als genügende Garantie anerkennen könne. Balfour interpretierte diese Erklärung dahin, sie bedeute nicht, daß England den Deutschen irgendeine Verfassung aufzwingen wolle. Diese Auslegung aber ist ganz und gar nicht beruhigend. Sie ändert ganz und gar nichts an der Tatsache, daß diese Auffassung des englischen Ministerpräsidenten stets einen vollkommenen und gefälligen Vorwand zur Ablehnung der Friedensverhandlungen bietet. Wenn England die genügende Kraft besäße, um diesem Standpunkt Geltung zu verschaffen, so wäre dies in der Tat die stärkste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Dies würde so viel bedeuten, daß Großbritannien dieses Land solange würgt, solange es schlägt und verwickelt, bis es eine Verfassung annimmt, die England für sich als beruhigend und genügend demokratisch anerkennt. Dieser Standpunkt ist milder. Er scheint wenigstens milder zu sein als derjenige, der noch vor dem Beginn der Verhandlungen das Niederbrechen der deutschen Kräfte gefordert hat, er sichert aber das feste Ergebnis bei einem milderen Anschein. Denn er gibt die Möglichkeit zur Zurückweisung von Friedensverhandlungen ohne die Bezeichnung der Friedensbedingungen.

Der Ton Balfours ist Deutschland gegenüber höflicher als der der übrigen englischen Minister, aber dies ist bloß die Folge des veröhnlicheren Gemütes der Individualität Balfours. Es bedeutet noch nicht eine Aenderung des Standpunktes des englischen Kabinetts. Im übrigen wird auch aus seinen Erklärungen jener Geist offenbar, welcher den Frieden auch heute noch unmöglich macht. Einesteils läßt auch er noch die Tür dazu offen, daß England die Kolonien Deutschlands behalte, andererseits hat er sich nachdrücklicher als bisher mit dem französischen Standpunkt bezüglich Elsaß-Lothringens identifiziert. Der Hauptzweck seiner Rede war anscheinend der einer Kennzeichnung, der von einzelnen Mitgliedern des Parlaments verlangten Angabe der Friedensbedingungen auszuweichen und unter der friedlichen Maske freie Hand zu behalten. Balfour vermahnt sich am Ende seiner bei uns vielfach mit Hofiana begrüßten Rede gegen den sogenannten „deutschen Frieden“, worunter man heute in aller Welt einen den gegenwärtigen Machtverhältnissen entsprechenden Frieden versteht. Er behauptet, daß ein solcher Friede einen neuen Krieg vorbereiten würde.

Was läßt sich über den offiziellen Standpunkt Frankreichs sagen? Die Enthüllung des deutschen Kanzlers und die Antwort des Ministerpräsidenten Ribot läßt deutlich erkennen, daß Frankreich außer Elsaß-Lothringen sich in dem mit Rußland geschlossenen Vertrag auch den Anspruch auf die deutschen Rheingegenden gesichert hat, und wenn es sich auch diese Provinzen nicht erobern will, so denkt es jedenfalls daran — was freilich ebenso unannehmbar ist wie die Eroberung — diese Gebiete von Deutschland loszureißen und aus ihnen selbständige Staaten zu schaffen. Außerdem wünscht Frankreich scheinbar, auch aus dem Herzen der Türkei ein Stück herauszureißen, denn der Kanzler erwähnt diese Absicht und der französische Ministerpräsident beantwortet sie durch Totschweigen.

Die Aufrechterhaltung dieses Standpunktes ist den Franzosen seit der russischen Revolution sehr erwünscht. Das russische Reich war der einzig wirkliche Bundesgenosse der Republik, solange die zarische Autokratie aufrecht bestand. Die französische Demokratie und das zarische Rußland verstanden einander vollkommen. Es wäre ein große Schande der französischen Friedensliebe und Intuition, wenn diese Eintracht in dem Augenblick aufhören würde, in welchem die russische Volksseele zu Wort gelangt. Die Reputation und die moralischen Interessen Frankreichs erheischen es also, daß es den Standpunkt der Bruderrepublik annimmt, den Frieden ohne Eroberung und Entschädigung. Aber seine eingebildeten Interessen, sein Traditions, sein Temperament, die Bestimmungen früherer Verträge haben Frankreich bisher hieran verhindert, er deshalb sieht es sich gezwungen, zu Sophismen Zuflucht zu nehmen.

Die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens ist seine Meinung nach keine Eroberung, sondern im Gegenteil eine Eroberungsfeindliche Politik, die Negation der Eroberung, weil es die Folgen einer früheren Eroberung beseitigt. In Rheingegenden will die französische Republik nicht erobern, sondern bloß unabhängig machen. Bezüglich Syriens Frankreich keine spezielle Theorie, durch welche sich die Sehnsucht mit den modernen großen Grundfragen im Einklang bringen ließe. Diesbezüglich trösten sich die Franzosen wahrscheinlich mit dem Hinweis darauf, daß Syrien in Asien liegt, daß der Mensch außerhalb Europas kein Mensch, die Nation keine Nation sei und daß der Friede ohne Annexion in den übrigen Weltteilen nicht angewendet werden müsse; über die kulturfähigen Araber die eine große Vergangenheit hinter sich haben, über die Buren, die aus Europa stammen, und über die mächtigsten selbstbewußten Türken darf man frei verfügen, ohne zu befragen, gegen ihren Willen mit Feuer und Schwert ohne daß man dadurch das Heiligtum des Selbstbestimmungsrechtes, die Demokratie, die Freiheit der Völker verlegen würde.

Sich gefesse, es wäre der großen französischen Nation würdig, wenn es auch für Europa keine so löblichen Theorien aufstellen würde, die es nicht einzuhaken wünscht. Denn wie immer man auch die Sache wenden mag, die gewaltsame Erwerbung Elsaß-Lothringens ist zweifellos eine Eroberung. Was heißt Eroberung? Eroberung der Vorgang, bei welchem wir einem unabhängigen Staat durch Gewalt ein Gebiet entreißen, welches nach internationalen Rechten zweifellos diesem unabhängigen Staat gehört. Dies wollen die Franzosen tun. Sie wollen mit Wassengewalt die Deutschen dazu zwingen, ihnen die zwei Provinzen zu überlassen, auf die sie je in einem rechtsgültigen Vertrag verzichtet haben die heute gleichberechtigten deutschen Besitz billiger Mildernde Umstände für diese Eroberung mögen die Vergangenheit, das Nationalgefühl sein. Dies ändert ganz und gar nichts an der Tatsache der Eroberung. Will sie einzelne deutsche Provinzen von Deutschland reißen und selbständig machen wollen, dann wollen dem bestehenden Rechte und dem klaren Volkswillen Gehör antun. Wenn wir bei der Sehnsucht nach Elsaß-Lothringen den Wunsch eines Teiles der dortigen Bevölkerung berücksichtigen, so müssen sich doch die Franzosen selbst die geplante Vivisektion als erschwerend, um Umstand betrachten, denn diese wünscht keiner der



### Erklärungen Tereščitschenkos.

#### Erwiderung auf die Antwort der Zentralmächte an den Papst.

P. Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Aeußeren Tereščitschenko empfing heute die Vertreter der Presse, vor denen er folgende Erklärungen abgab:

Die österreichisch-ungarische Regierung auf die Note des Papstes beweisen, daß unsere Feinde auf ihrer Weigerung bestehen, irgend einen aufrichtigen Schritt zum Frieden zu tun. Die beiden Noten wiederholen hauptsächlich die veralteten Versicherungen von der Friedensliebe der Mittelmächte und ihrer Bereitwilligkeit, den Grundsatze der Einschränkung der Rüstungen anzunehmen, aber sie machen die geringste Anspielung auf die Grundfrage des künftigen Friedens.

Mehrere Ausdrücke in den Noten machen sogar glauben, daß die deutsche Regierung im Gegensatz zu der bekannten Reichstagsresolution nicht auf einen „deutschen Frieden“ verzichtet habe, der mit den Grundsatzen von Recht und Gerechtigkeit schlecht zusammenstimmt und daß Deutschland gewisse kritische Fragen als endgültig gelöst ansieht.

Ein anderes Gefühl, das die deutsche Note hervorruft, ist, daß die Berliner Regierung Verhandlungen nur auf der Grundlage der sogenannten Kriegskarte zulassen will, d. h. daß sie alle eroberten Gebiete wird behalten wollen, ausgenommen vielleicht einzelne partielle Wiederstattungen, die die Friedenskonferenz selbst zugestehen würde.

Auch die österreichisch-ungarische Note bringt keine Klärung der gegenwärtigen Sachlage.

Außer den gemeinsamen Kriegszielen, die die alliierten Demokratien verfolgen und die in der Antwort des Präsidenten Wilson auf die Papstnote klar formuliert wurden, hat das erneuerte Rußland seinerseits die Grundsatze bekanntgegeben, für die das freie russische Volk kämpft. Auf all das gibt Deutschland keine offene, feindselige Erklärung ab, sondern sehr immer das rätselhafte Spiel fort, indem es den Grundsatze verliedert, daß Gewalt vor Recht geht und nur den Augenblick abwartet, da es die durch Gewalt verwirklichten Eroberungen wird konsolidieren können.

Der Minister sprach sodann über die jüngsten Handlungen Deutschlands in der polnischen Frage, nämlich das kaiserliche Handschreiben an den Generalgouverneur von Warschau und das neue Verwaltungsstatut für Polen, worin Hedner ein Nachgeben gegenüber den Polen zeigt, das der Schwäche Deutschlands entspringt, das aber die Polen nicht befriedigen werde.

Der Minister schloß, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die allgemeine Politik Rußlands von jetzt an nicht mehr eine Politik der Paradoxe sein werde, die Rußland so teuer zu stehen gekommen sei. Die letzten Monate, sagte er, waren tatsächlich beherrscht von dem Gedanken des Friedens, aber wir haben in Wirklichkeit nur die Bedingungen geschaffen, die den Krieg in die Länge ziehen. Wir haben getrachtet, die Riegel der Dyer zu vermindern, tatsächlich aber das Blutvergießen noch schrecklicher vermehrt. Wir sind für den demokratischen Frieden eingetreten, tatsächlich aber haben wir den Triumph des deutschen Imperialismus von neuem provoziert. Solche Mißverständnisse sind unzulässig. Um den Krieg gemäß den von der Regierung verkündeten Grundsatzen zu beenden, ist es notwendig, daß alle lebendigen Kräfte des Landes sich vereinigen, um der Regierung zu ermöglichen, daß sie eine durchaus nationale Politik verwirklichte.

(Tereščitschenko hat mittlerweile, wie Reuters meldet, seine Demission gegeben. Anm. d. Red.)

#### Petersburg in Erwartung schwerer Unruhen.

P. Berlin, 29. September. Die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Stockholm: Gestern und heute aus Petersburg hier eingetroffene Flüchtlinge, darunter überwiegend Engländer, erzählen, daß sie auf Anraten des englischen Botschafters Rußland fluchtartig verlassen haben. Ganz Petersburg lebe in Erwartung der schwersten Unruhen, die die Bolschewiki zum Sturze Kerenskis vorbereiteten.

#### Der entscheidende Kampf um die Macht.

P. Amsterdam, 29. September. „Handelsblad“ zufolge meldet der Petersburger Korrespondent der „Daily News“, so wie Kerenski in Moskau seinen Feinden von der Rechten gegenübergetreten sei, kämpfe er jetzt gegen die Feinde unter den Linken Parteien, um das Bestehen der vorläufigen Regierung.

Der Korrespondent erhielt auf der demokratischen Konferenz den Eindruck, daß dieser Kampf um die Macht ein sehr heftiger sei, und das Prinzip der Koalition sich durchsetzen werden.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in Petersburg gibt eine sehr pessimistische Schilderung der Lage. Die Krise schleppe sich endlos hin infolge der großen Ermattung, die der lange Krieg und die Unterdrückung unter dem alten Regime mit sich brachten. Es herrsche allgemeine Müdigkeit und infolge der Schwierigkeiten des Lebens in der Stadt, der steigenden Preise und des Lebensmittelmangels steigere sich

auch die allgemeine Unzufriedenheit und Enttäufung. Der Zwischenfall mit Kornilow habe das gegenseitige Mißtrauen noch verschärft und das Zerstörungswerk vollendet. Die Regierung seinernscheinschatten. Nur die Sowjets verfügen über die wirkliche Macht. Das Prestige Kerenskis habe abgenommen und er werde weder von der Rechten noch von der Linken kräftig genug unterstützt. Der Korrespondent schließt: So leben wir von Tag zu Tag, umgeben von Gerüchten und Traumbildern, in allgmeiner Niedergeschlagenheit, die von Zeit zu Zeit zu einem wahren Alpdruck wird.

#### Die Frage der Koalitionsregierung.

P. London, 29. September. Das Reutersche Bureau aus Petersburg vom 28. d. i. Auf der demokratischen Konferenz haben sich die Menschewiki mit 81 gegen 77 Stimmen für eine Koalition mit den bürgerlichen Abgeordneten ausgesprochen. Gleichzeitig erklärten sie sich mit 86 gegen 51 Stimmen für den Ausschluß der Kadetten.

Die Sozialrevolutionären erklärten sich mit 91 gegen 87 Stimmen für die Koalition mit Ausschluß der Kadetten.

Kerenski hatte mit Vertretern der Kaufleute und Industriellen von Moskau eine Unterredung über ihre Beteiligung an der Regierung. Sie stellten die Bedingung, daß das Kabinett von allen Parteien oder Organisationen unabhängig sei.

#### Kompromißbestrebungen Tschernows.

P. Stockholm, 28. September. Petersburger Meldungen zufolge beabsichtigen die Bolschewiken, sich den sozialistischen Phantasien von Kerenski und mit Lenins Zustimmung einen Regierungsbündel mit den Sozialrevolutionären, den Menschewiken und Kleinbürgerlichen zu bilden. Tschernow sei um dieses Kompromiß eifrig bemüht.

#### Maximalisten-Mehrheit auch im Moskauer Arbeiterrat.

P. Lugans, 29. September. Die Zeitungen melden über Paris, im Moskauer Arbeiterrat triumphierten die Maximalisten mit 555 gegen 254 Stimmen.

#### Ein Ausruf gegen die Bolschewiki.

P. Petersburg, 29. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die revolutionäre Sozialistenpartei in Petersburg, deren Führer bekannte Veteranen der Revolution sind, wie Frau Breschko Breschowskaja, Lulatschewits, Pankratow und andere, veröffentlicht folgenden Ausruf: In dem fürchterlichen Augenblick des Weltkrieges, wo die Partei der revolutionären Sozialisten die Vorhut der Verteidigung des Landes und seiner Unabhängigkeit gegen den Angriff des äußeren Feindes sein soll, um die endgiltige Zerrüttung zu beschwören, sieht sich die Partei gezwungen, die maßlosen Ansprüche besonderer Gruppen zu mäßigen und alle zur Arbeit und zu Opfern anzutreiben. Ihre Führer dürfen nicht die Vollständigkeit bei den Leuten suchen, die unter dem Deckmantel des Nationalismus persönliche Interessen verfolgen. Wir revolutionären Sozialisten müffen vom Hauptausdruck der Partei eine kategorische Antwort verlangen, besonders ob seine der Zimmerwaldrichtung angehörenden Mitglieder auf den neuen und gewundenen Wegen weiterhin dem alten Ziele nachstreben, nämlich einem Frieden mit Deutschland selbst um den Preis der nationalen Schande und des Bruches unserer internationalen Bande. Begrüßen sie mit Lenin die Zerstückelung Rußlands in Kleinstaaten, die nur Bruchstücke mit einer trügerischen Unabhängigkeit sein würden? Geben sie die so verhängnisvolle dualistische Regierungsgewalt in eine triallistische zu verwandeln, indem sie über den Arbeiter- und Soldatenrat einen neuen Ueber- Arbeiter- und Ueber-Soldatenrat aufbauen, der keineswegs der Ausdruck des Willens von ganz Rußland sein würde?

#### Militärische Reformen.

P. Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Adjutant des Chefs des Großen Generalstabes Wyrubow, der gleichzeitig der politischen Abteilung im Großen Generalstabe vorsteht, gewährte einem Vertreter der Petersburger Telegraphen-Agentur eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Eine unaufschiebbare Maßnahme in den militärischen Organisationen der Front ist die Erneuerung des Personals, das sich entweder den neuen Bedingungen anpassen oder den Abschied nehmen muß. Die neuen Reformen sind schon in Kraft, ebenso wie alle technischen Organisationen der Westfront zusammengesetzt sind. Wir haben auch eine Ueberwindung zwischen dem Verpflegungsminister und den Intendanten der Front erreicht. Bei der Besprechung allgemeiner Fragen hob Wyrubow die Notwendigkeit hervor, den Effektivbestand des Heeres zu vermindern und den Winter zum Elementarunterricht für die Truppen auszunützen.

#### Die Haltung der russischen Truppen bei Jakobstadt.

P. Petersburg, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kommissär der Nordfront berichtet über die Ergebnisse der Untersuchung des Durchbruches der Dünastront bei Jakobstadt. Daraus geht hervor, daß alle Truppen die Befehle ihrer Vorgesetzten ausführen und nicht ihre Stellen vorsetzen und die Gegenangriffe mit Begeisterung ausführen. Die Kom-

mandanten der Divisionen und Regimenter haben übereinstimmend die große Tapferkeit der Soldaten hervorgehoben, die trotz der Befehle nicht gewinnsucht hätten, sich zurückzuziehen.

#### Die Auslieferung Denikins wird verweigert.

P. Stockholm, 28. September. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Arbeiter- und Soldatenrat von Kiew und die Militärorganisation der Südwestfront verweigern die Auslieferung des Generals Denikin an die in der Kornilow-Affäre eingesetzte Untersuchungskommission.

#### Durcheinander in Tschschend.

P. Tschschend, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge einer Krise in der Verpflegung setzte die Garnison den Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates ab und setzte einen vorläufigen revolutionären Ausschuß ein. Der Arbeiter- und Soldatenrat hielt abends eine außerordentliche Sitzung ab, in der ein neuer Vollziehungsausschuß gebildet wurde. Während der Sitzung wurde die Versammlung davon benachrichtigt, daß auf Weisung des Oberbefehlshabers der Truppen des Bezirkes von Tschschend, Tscherskes, die Zöglinge der Militärschule den vorläufigen revolutionären Ausschuß verhaftet hätten. Die Versammlung nahm darauf einen Beschluß an, der Tscherskes absetzt und an seiner Stelle den Dornant Persiliew ernannt. Jetzt wird die Stadt militärisch bewacht und ist in der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates. Der Bürgermeister hat seinen Abschied genommen.

#### Die Traktatung des finnländischen Landtages.

P. Gelsingfors, 28. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Generalgouverneur Nekrasow befahl, die Türen des Landtages zu versiegeln und ließ einen Aufschlag anbringen, worin es heißt: Der bisherige Präsident des aufgelösten Landtages hat die bisherigen Mitglieder aufgefordert, sich am 28. September zur Fortsetzung der Sitzungen zu versammeln. Zum Schutze der Rechte des finnischen Volkes, habe ich die Anlegung der Siegel befohlen, um die Ungesetzmäßigkeit der Versammlungen des Landtages zu zeigen.

P. Petersburg, 29. September. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Gelsingfors: Nach Abnahme der Siegel von den Türen zum Sitzungssaal des Landtages durch den Landtagspräsidenten hielten achtzig sozialdemokratische Abgeordnete eine eininstündige Sitzung ab, in welcher die Gefehtwürfe über den achtstündigen Arbeitstag, die gesetzliche Gleichberechtigung der Juden, die Ausübung der Staatsouveränität durch den Landtag und die Verantwortlichkeit des Senates vor dem Landtag angenommen wurden. Das Zentrum und die Rechte nahmen an der Sitzung nicht teil.

P. Rotterdam, 28. September. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge gewinnt die separatistische Bewegung in Finnland an Boden. Die finnischen Sozialisten erheben sich gegen die Unterstützung des Rußland.



# Post.

Reich-Ungarns.

monatlich . . . . . K 4.50  
vierteljährlich . . . . . 13.—  
halbjährlich . . . . . 24.—  
Für Oesterreich-Ungarn:  
bei täglich zweimaliger Postver-  
sendung  
monatlich . . . . . K 5.20  
vierteljährlich . . . . . 15.—  
halbjährlich . . . . . 30.—  
bei täglich einmaliger Postver-  
sendung  
monatlich . . . . . K 4.50  
vierteljährlich . . . . . 13.—  
halbjährlich . . . . . 24.—  
Für Deutschland:  
viertelj. Kreuzbandfend. K 18.—  
und durch die Postämter laut dort  
anliegender Postzeitungsliste.  
Bänder des Weltpostvereines:  
viertelj. Kreuzbandfend. K 22.—  
und durch die Postämter laut dort  
anliegender Postzeitungsliste.  
Eingelpreise für auswärts:  
Morgenblatt . . . . . 16  
Nachmittagsblatt . . . . . 16  
Nachmittagsblatt separat . . . . . 8

917

XXIV. Jahrgang

## ußenministers n den Papst. en Generals.

eine Entscheidung gegen die Mittelmächte anfang, mit alttestamentarischem Haß gegen diese geschwungen. Der Verrat Italiens an seinen Bundesgenossen wurde der größte Triumph des jüdischen Logentums gegen die beiden christlichen Kaiserstaaten; der Kriegseintritt Portugals, von dem Logenmeister De Lima als das Werk der Freimaurerei offen gepriesen, entsprang denselben unterirdischen Kräften — überall in der neutralen Welt, in Holland, Spanien, den Vereinigten Staaten, begann die leidenschaftliche Parteinarbeit für den Verband dort, wo die geistige Machtzone des Judentums einsetzt. Es wird noch einmal mit einem großen internationalen Material nachzuweisen sein, daß heute die ganze jüdische Presse der neutralen Welt mit der Entente geht, und vielleicht erklären die feinen Beziehungen, die, von Land zu Land gesponnen, dem Judentum eigen sind, auch die einzig auf dem kämpfenden Erdkreis dastehende Erscheinung, daß es in Deutschland wie bei uns Blätter gibt, die unverhohlen die Geschäfte des Feindes besorgen.

England erfreut sich eines ansehnlichen jüdischen Hilfskorps, mit dem es schon mehr erobert hat, als allen seinen tapferen Tommies, die es auf die flandrische Walfahrt schickte, beschieden war. Wenn dies auch nicht gerade dem Zion-Maultierkorps nachgerühmt werden kann, das der englische Oberst Patterson aus nach Ägypten geflüchteten Juden zusammengestellt hat, indem er ihnen die Eroberung Jerusalems — vor der englischen Niederlage bei Gaza — versprach, jenem Korps, dessen Kofarden den Schild Davids und den Löwen Judas in blauweißen Farben des jüdischen Staates zeigen, sondern jener Hilfsstruppe, die überall, wo es Nachrichten zu erfinden, Zeitungen zu beeinflussen, die öffentliche Meinung für den Verband zu stimmen gilt, sofort bei der Hand war und mit ihrem Talent zur internationalen Lüge und Sensation der Entente sich zur Verfügung stellte. England hat diese Sympathien zielbewußt mit jüdischer Hilfe organisiert. Um dem Judentum vorzustellen, daß alle seine politischen Hoffnungen bei der Entente seien und die Volksstimmung für diese zu gewinnen, wurden mit englischem Gelde zwei jüdische Korrespondenzbureaus in Holland gegründet, in diesem neutralen Lande, das durch seine Lage und seine einflußreichen jüdischen Handelsleute die beste Ausfallspforte für diese internationale Stimmungsmache darstellt. So entstanden das „Jüdische Korrespondenzbureau“ und das „Jüdische Arbeiter-Korrespondenzbureau“ im Haag, nicht zu reden von den unter verdeckten Namen geschaffenen Nachrichtenagenturen, die denselben Zwecken zu dienen haben, denen Reuters und Havas, die beiden größten jüdischen Weltfirmen für telegraphische Irreführung der christlichen Völker, mit anerkanntem Erfolge im Dienste der englischen und französischen Kriegsurheber sich geweiht haben. Diese Stimmungsmache und der britische Aufmarsch von Ägypten aus gegen Palästina haben auch dem Zionismus neues Leben gegeben.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß sich die Juden irgendwo ein Land für eine neue staatliche Herrlichkeit suchen. Der Plan Jangwills, in Uganda einen jüdischen Kolonialstaat zu gründen, verdiente Beifall und das christliche Oesterreich-Ungarn wäre glücklich gewesen, wenn aus unseren Ländern dem zu gründenden Staate eine Zahl von jenen hervorragenden Politikern, Schriftstellern, Künstlern und Kettenhändlern, an denen wir solchen Ueberfluß haben, gewidmet worden wäre. Aber Palästina, das Land der heiligen Stätten des Christentums, mögen sie uns gefälligst in Ruhe lassen.

### Die neue Großmacht.

Wien, am 22. September.

Ein Teil unserer Presse hört nicht gern davon reden, aber es wird damit nichts an der Tatsache geändert: Es ist ein neuer Anwärter auf Eroberungen entstanden, der gestützt auf Wilson und die Ermutigungen Englands, seine Ansprüche auf einen Siegespreis im Weltkrieg mit derselben Ernsthaftigkeit anmeldet, wie Frankreich die seinen auf Elßas-Lothringen, Italien auf Trient und Triest: das internationale Judentum begehrt Palästina. Wilson hat bereits eine Kommission, bestehend aus dem gewesenen amerikanischen Botschafter in Konstantinopel Cospoli Morgenthau, dem Professor der Harvard-Universität Frankfurter und Lewin Epstein, ernannt, mit der Aufgabe, die jüdische Palästinafrage für die Friedensverhandlungen vorzubereiten; ein jüdischer Weltkongreß, der kürzlich die Tagung der Holländischen Sektion der Alliance Israelite beschäftigte, soll die politischen Forderungen des Judentums formulieren, nachdem ein großer amerikanischer Kongreß, zu dem 390 jüdische Vereine ihre Vertreter entsandt hatten, schon dazu Stellung genommen hat. Das unmittelbarste politische Ziel dieser Bestrebungen hat Lord Rothschild in der „Times“ klipp und klar mit dem Wort definiert: „Wir verlangen einen selbständigen jüdischen Staat unter Schutz und Schirm und der Souveränität einer der Ententemächte.“

Es ist ganz unverkennbar, daß das internationale Judentum seine Hoffnungen auf die Entente gesetzt hat und Lord Rothschild das Recht hatte, nicht nur im eigenen Namen die Bündniserklärung für die Entente in dem Organ Lord Northcliffes, des unentwegtesten Kriegstrommlers gegen die Mittelmächte, zu veröffentlichen. Alles, was das internationale Judentum an politischen Organisationen in der neutralen Welt besitzt, ist seit Beginn des Krieges für die Entente tätig. Seine stärkste Waffe, seine Macht in der Freimaurerei, hat es überall dort, wo es auf



1/X. 1917

vor, daß Morel die Absicht hatte, dem englischen Volk über die Sünden des Jazismus als Weltbrandstifter die Augen zu öffnen, denn er sagt an einer Stelle: „Was versperrt den Weg zum Frieden? Der überzeugte Glaube unseres Volkes, daß nur der Feind für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich zu machen sei. Darum unterstützt es die Knockoutpolitik und die Boykott-Politik nach dem Kriege. Es würde das nicht länger tun, wenn es wüßte, daß es im Irrtum ist.“

Morel führt dann aus, das russische Volk sei bereits zu diesem Bewußtsein gekommen, das englische noch nicht. Es befinde sich jedoch dazu auf dem besten Wege und die Broschüre solle dazu beitragen, den Schritt zu beschleunigen. Daß dies nun nicht geschehe, war natürlich die Sorge des Knockoutministers, der Morel sofort mundtot machen ließ.

Wie unangenehm übrigens Morel der englischen Regierung schon früher gewesen sein muß, ergibt sich aus einem Artikel von ihm aus dem zur Ausfuhr verbotenen „Labour Leader“, in dem Morel an Hand der Militär- und Marinestatistiken nachweist, daß die Hauptentente-Länder vor dem Kriege weitaus kräftiger gerüstet haben, als ihre Gegner, denn er errechnet, daß allein Frankreich und Rußland von 1895 bis 1914 für Heeres- und Marinerrüstungen rund 117 Millionen Pfund mehr ausgegeben haben als Deutschland und Oesterreich-Ungarn, Italien nicht gerechnet, aber auch nicht Englands riesige Flottenrüstungen. Gestützt auf erdrückendes Zahlenmaterial sagt er: „So sieht es mit den gewaltigen Kriegsrüstungen Deutschlands und Oesterreichs im Vergleich zu dem Mangel an Vorbereitung bei seinen Nachbarn aus!“

Zu dem beliebten Schlagwort vom „Machtshunger“ sagt er, daß zwischen 1871 und 1914 Deutschland, wenn man seine kolonialen Kämpfe nicht rechnet, keinen Krieg geführt habe. Zieht man diese doch in Betracht, so müsse man auch die Kämpfe der Engländer gegen die Zulus, Sudanesen, Schantis, Matabieln usw. in Afrika und Asien mitzählen.

Aber nun die Entente: Rußland erklärte 1877 der Türkei den Krieg, der ihm die Moldau und Bessarabien einbrachte. Von 1873 bis 1880 eroberte es in Turkestan 400.000 Quadratmeilen mit sechs Millionen Einwohner. 1898 besetzt es die Mandchurei (362.610 Quadratmeilen und 20 Millionen Einwohner). 1902 faßt es den Beschluß, diese chinesische Provinz zu räumen, kaum angefangen, bedenkt es sich jedoch wieder und betrachtet seinen Vertrag mit China als einen Fehlen Papier. Der Plan, Korea mit 86.000 Quadratmeilen und 13 Millionen Einwohner einzusacken, wird von Japan durch den großen russisch-japanischen Krieg verhindert und auch die Mandchurei geht Rußland verloren. Die Raubzüge Rußlands gegen Persien und die Mongolei sind ja bekannt.

Frankreich erwarb nach 1871 Tunis mit 50.000 Quadratmeilen und 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Einwohner, Annam mit 52.100 Quadratmeilen und 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Einwohner, Tongking mit 46.000 Quadratmeilen und 6 Millionen Einwohner, Laos mit 95.000 Quadratmeilen und 460.000 Einwohner; es pachtete Kwan-tschan-wan mit 190.000 Quadratmeilen und 150.000 Einwohner, Madagaskar mit 928.000 Quadratmeilen und 3 Millionen Einwohner. In Algerien breitet es sich südwärts mit 150.000 Quadratmeilen aus, durchdringt „friedlich“ Marokko in einem Gebiet von 219.000 Quadratmeilen mit 5 Millionen Einwohnern. Mit Ausnahme einiger

Rästenorte, die schon in seinem Besitz waren, erwirbt also Frankreich seinen ganzen west- und südwestafrikanischen Kolonialbesitz mit zusammen 3,670.000 Quadratmeilen und 20 Millionen Einwohnern.

England führte seine Kriege gegen die Buren 1881 und 1899 bis 1902: den Feldzug gegen Ägypten 1882 und viele Kolonialkriege nacheinander in Afghanistan, Tibet, Birma, von den Kämpfen gegen Zulus, Matabieln, Sudanesen und Schantis nicht zu reden. In dieser Zeit bereitete sich der Besitz Englands um 2-3 Millionen Quadratmeilen mit 30 Millionen Einwohnern in Afrika (wo der ganze Besitz Deutschlands 1 Million Quadratmeilen und 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Einwohner betrug. D. N.) aus und in Asien mit 150.000 Quadratmeilen nebst 8 Millionen Einwohnern. Dazu der Erwerb Weihaimais und Ceylons.

Italien hat das Somaliland einverleibt, geriet mit Abyssinien in Krieg und brach 1911 unter nichtigen Vorwänden mit der Türkei einen Streit vom Jam, um das längstbegehrte Tripolis einzusacken.

Oesterreich-Ungarn hat nur das, durch den Berliner Kongreß ihm zugesprochene Bosnien und Herzegowina an sich genommen.

Der „preussische Militarismus“, der angeblich stets ganz Europa bedroht haben soll, hat auch von 1700 bis 1871 weniger Kriege geführt, als der Militarismus Rußlands, Englands und Frankreichs, erklärt der englische Pazifist. Und seit dem deutsch-französischen Kriege habe Deutschland, einschließlich seines Bundesgenossen Oesterreich-Ungarns weniger für den Krieg verausgabt, als seine großen Feinde. Zum Schluß sagt Morel, überzeugt zu sein, daß eine nationale Politik, die auf die Verneinung der Wahrheit sich gründe, einem Lande zum Verderben gereichen müsse, weswegen er die Regierung Englands anklagt.

Am Ende ist es vorläufig anders gekommen und Morel wurde von der englischen Regierung angeklagt und zwar, wie der Richter sagte, von Rechts wegen, weil er den Versuch unternommen hat, die Beschuldigung, Deutschland wäre der Angreifer gewesen, zu entkräften. Die Stunde, wo Englands Regierung auf der Anklagebank sitzen wird, kommt also . . .

## Ein englisches Zeugnis für die Wahrheit.

Wie sehr die britische Regierung den kürzlich wegen des Versands verbotener Schriften zu 6 Monaten Gefängnis verurteilten Pazifisten E. D. Morel fürchten muß und eigentlich wohl deshalb hinter Schloß und Riegel setzen ließ, geht aus den Berichten über den Prozeß hervor, die allmählich nach Holland durchsickern. Danach handelt es sich bei dem Vergehen Morels um eine Broschüre über die Kriegursache, die unter dem Titel „Des Jarentums Teil am Kriege“ der Fabel von der herfallenen Entente — die neuerdings erst durch den Buchomlinow-Prozeß auf ihren Kern zurückgeführt wurde — energisch zu Leibe ging. Aus der inkriminierten Broschüre wurde vorsichtshalber im Gerichtssaal wenig ausgesplaudert, wie ja auch Reuter die Aussagen des russischen „Ehrenwortgenerals“ diskret verschwieg. Soviel ist jedoch aus den Ausführungen des Verteidigers her-



2/X. 1917

# Rußland und die Friedensfrage.

## Ein Petersburger Blatt über Äußerungen russischer Diplomaten.

R. Berlin, 1. Oktober. Eine Stockholmer Depeche des „Solalanzeiger“ besagt:

„Dien“ bringt Gespräche mit russischen Diplomaten, die beweisen, daß das russische Ministerium jetzt die Friedensfrage mit anderen Augen betrachte. Amtliche Kreise bezeichnen es nicht mehr als gänzlich unmöglich, gegenwärtig in Unterhandlungen einzutreten. Sie anerkennen geradezu, daß der gegenwärtige psychologische Augenblick in jeder Hinsicht günstig für den Beginn von Friedensunterhandlungen sei.

Als Zeichen dafür, daß die russische Diplomatie sich auf dem Wege des Abhanges des Krieges befinde, führt „Dien“ die Tatsache der Neubesehung wichtiger Gesandtenposten, darunter des Berner und des Madrider Gesandtenpostens, an. Das Ministerium begründet die Notwendigkeit des Wechsels auf diesen Posten damit, daß der Beginn der Friedensunterhandlungen jeden Augenblick möglich sei und daß dabei Bern eine hervorragende Rolle spielen werde.

## Forderung einer Mitregierung der Entente in Rußland.

R. Berlin, 1. Oktober. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge richtet Clemenceau eine energische Drohung nach Rußland, indem er erklärt: Wenn Rußland seine Sache offen von der unsrigen zu trennen versuche, um bei seiner Pflicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, dürfte der Verband ernsthaft beraten, wie den russischen Patrioten zu helfen sei. Vielleicht ist mit Kerenski ein Abkommen zu treffen, um ihm eine gemeinsame Vertretung der Verhandlungsregierungen beizugehen, mit der er sich ins Einvernehmen zu setzen und schleunigst tatkräftige Maßnahmen, die nicht mehr aufzuschieben sind, durchzuführen hätte.

Die „Kölnische Zeitung“ erinnert an die bisher unwidersprochene Meldung, daß England, Frankreich, Japan und Amerika sich in die russische Staatsverwaltung teilen wollen, wodurch ein zweites Griechenland geschaffen würde.

## Frankreich stellt die Munitionslieferungen nach Rußland ein.

R. Berlin, 1. Oktober. Einer Genfer Meldung der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat Frankreich laut dem „Journal de Geneve“ die Munitionslieferungen nach Rußland eingestellt, da das Material infolge des Transportwrrwars in Archangelsk nicht ausgeladen und an die Front befördert werden kann.

Von den 9 Millionen Mann der russischen Armee ist dem Genfer Blatte zufolge, nur noch eine Million (?) bewaffnet. Die militärischen und wirtschaftlichen Zustände in Rußland erregen Besorgnis.

## Die plöbliche Rückkehr Kerenskis nach Petersburg

Gr. Berlin, 1. Oktober. (Tel. des „Freunden-Blatt“.) Das Berliner „Achtuhrblatt“ meldet von der russischen Grenze: Kerenski traf am 26. September abends völlig unerwartet aus dem Hauptquartiere in Petersburg ein. Er hatte lange Besprechungen mit Tseretelli, Miljulkow und Gutschkow. Das unerwartete Eintreffen Kerenskis erregte lebhaftes Aufsehen und man erwartet wichtige politische Ereignisse.

## Die beunruhigten Entente-Botschafter.

Zu der Nacht vom 27. September fand eine Konferenz zwischen Tseretelli und den Botschaftern der Entente statt. Die Botschafter zeigen sich außerordentlich beunruhigt über die neuerliche Entwicklung der Dinge in Rußland und besonders über die Möglichkeit, daß das Ministerium des Außern einem Sozialisten übertragen werden könnte.

## Die Militärdelegierten der Ukraine verlangen dringende offizielle Friedensschritte.

R. Petersburg, 1. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der gestrigen Nachmittagsitzung der demokratischen Konferenz sprachen die Delegierten der militärischen Organisationen

der Ukraine, Georgiens, Weißrußlands, der Kosaken und der Muselmanen. Sie betonten die Notwendigkeit einer festen, auf alle lebenden Kräfte des Landes, insbesondere die Demokratie, sich stützende Gewalt und bestanden auf der Organisation der Armee nach ethnographischen Grundsätzen.

Die Delegierten der Ukraine verlangten unter anderem dringende offizielle Friedensschritte.

Die Vertreter der Gemeinderäte von Petersburg und Moskau sowie die Vertreter der Semstwo sprachen sich für eine Koglitonsregierung aus.

## General Werchowski — der neue Diktator?

Genf. (Meldung der „Korr. Rundschau“.) Der „Matin“ meldet, daß über Stockholm aus Petersburg berichtet werde: Das Blatt „Dien“ verzeichnet eine Information aus angeblich autoritativer Quelle, wonach das Mitglied des Direktoriums, Kriegsminister General Werchowski, zum Diktator bestellt werden würde, und zwar voraussichtlich im Einvernehmen zwischen Demokratenkonferenz und Sowjet. Werchowski sei ein Revolutionär der alten Schule und habe sich bereits vor dem Ausbruche der Revolution als solcher betätigt. Noch als Unterleutnant im Jahre 1905 habe er seine revolutionäre Gesinnung bekundet, indem er sich weigerte, am berühmten „roten Sonntag“ auf die Menge zu schießen. Er wurde damals degradiert und zur Infanterie nach Sibirien versetzt.

Werchowski habe erklärt, sobald er zum Diktator bestellt würde, werde er vor allem alle gegenwärtigen Armeekommandanten entfernen und durch neue Männer ablösen lassen. „Daily Mail“ meldet hierzu ergänzend, daß Werchowski eine einheitliche „revolutionäre Armee“ zu errichten beabsichtige.

## Beschlüsse des Nationalitätentongresses.

R. Petersburg, 30. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kongreß der Vertreter der Rußland bewohnenden fremdländischen Volksstämmen, der in Kiew getagt hat, hat vor Schließung der Versammlung eine Reihe von Entschlüssen angenommen, worin erklärt wird:

1. Rußland muß eine demokratische bundesstaatliche Republik sein.
2. Jeder in Rußland sesshafte Volksstamm, die Kosaken inbegriffen, muß eine weitgehende Selbstverwaltung genießen, deren Grundlagen von der von jedem Volksstamm besonders einberufenen verfassunggebenden Versammlung entworfen sein müssen.
3. Neben dem Minister des Außern ist sofort eine Sonderkommission bestehend aus Vertretern aller fremden Volksstämme zu bestellen, die ihre völkischen Interessen auf der nächsten Friedenskonferenz zu vertreten hat.

Es ist ein „Völkerrat“ ins Leben zu rufen, den die Verwirklichung des Grundsatzes des überwählten Bundesstaates sichern soll.

## Ausbreitung der Agrarunruhen.

Kopenhagen. (Meldung der „Korr. Rundschau“.) Nach „Nowoje Wremja“ erklärte eine in Jalta zusammengetretene Volkskonferenz das gesamte Küstengebiet der Krim mit sämtlichen dort befindlichen kaiserlichen Besitztümern als Nationaleigentum.

Großfürst Alexander Michailowitsch meldete der provisorischen Regierung, die Bauernschaft habe seine Besitzungen im Kaukasus gemalftam angetastet.

Der Regierungskommissär Kasarenko berichtet, daß im Orlower Gouvernement die Bauern maßlose Gewalttaten an den Gutsbesitzern begehen.

Regierungskommissär Unkowski teilt mit, daß im Gouvernement Penja, wo die Bauern alle Güter an sich rissen, vollste Anarchie herrsche.

Der Kommissär des Mohilewer Gebietes sendet ähnliche Rapporte.

Die Gutsbesitzer des Gouvernements Tschernigow haben durch eine Deputation die russische Regierung, ihnen Schutz gegen die Plünderungen durch die Bauern zu gewähren.



## Czernins Friedensrede.

Graf Czernin hat die Gelegenheit gesucht, um die Antwortnote an den Papst zu erläutern, und es muß anerkannt werden, daß die Rede, die er heute in Budapest gehalten hat, wichtige und erspriechliche Mitteilungen enthält. Schon daß sich Czernin zu der Verpflichtung rückhaltlos bekennt, den Millionen, die in den Schützengräben kämpfen und im Hinterland leiden, zu sagen, „warum und wofür sie kämpfen“, ist, obwohl selbstverständlich, dennoch bemerkenswert. Haben wir doch vor wenigen Tagen eine Rede vernommen, in der es als höchste Weisheit gerühmt wurde, die Kriegsziele zu verheimlichen, in der man der Oeffentlichkeit weismachen wollte, „jede öffentliche Erklärung“ über das Ziel des Krieges „könnte nur verwirrend wirken“; von diesem Krämerstandpunkt, der sich den Abschluß dieses Riesenkrieges als ein Vorschlagen und Herumseilschen vorstellt, sucht die klare Rede des österreichisch-ungarischen Ministers wohlthuend ab. Graf Czernin will dem Frieden ernstlich dienen, und sein Vorsatz ist, Hindernisse, die dem Friedensgedanken entgegenstehen, zu beseitigen; das ist seiner Rede anzumerken und das macht ihre Bedeutung aus.

Mit großem Recht stellt Czernin die künftige Rechtsgestaltung der Welt in den Vordergrund; dieser entsetzliche Krieg, diese Ausfaat unermehlichen Leides und grauenhafter Verwüstung, muß wenigstens das Ergebnis haben, daß er die Menschheit von der Geißel des Militarismus und dem Fluch des Krieges endgültig befreit. Der Gedanke der Abrüstung, der internationalen vollständigen Weltabrüstung, wie Czernin sagt, bis zu dem Kriege als eine unmögliche, unsinnige Utopie bekämpft und verhöhnt, ist zwingende Notwendigkeit der Menschheit geworden, die erste und unerläßliche Voraussetzung, um das Uebel, das der Weltkrieg über die Menschheit gebracht hat, zu überwinden. Graf Czernin hat diese Notwendigkeit voll begriffen, sie in sein Bewußtsein zur Gänze aufgenommen; und in seinen Worten ist jede Spur getilgt, daß er die Forderung etwa als taktischen Kunstgriff betrachten wollte. Mit aller Entschiedenheit weist Graf Czernin den Machtgedanken von sich, jene Vorstellung, die dem deutschen Imperialismus so eigentümlich ist: die darin gipfelt, daß Deutschland durch den Friedensschluß, durch die Eroberungen des Krieges so stark werden müsse, sich auch fortan so zu rüsten haben werde, daß jeder Angriff gegen seine Macht aussichtslos würde. Er will die Verhältnisse in Europa auf eine neue internationale Rechtsgrundlage stellen: die den Krieg als Mittel der Politik ausschließt und die Nährquellen des Krieges beseitigt. Die erschöpfte, zermürdete Menschheit könnte das Betrüsten, das nun, wenn sich die Dinge nicht von Grund aus ändern, in den ungeheuersten Maßstäben anheben müßte, nicht ertragen; das schrecklichste Unglück, das uns allen widerfahren könnte, bekennet Graf Czernin, wäre der Fortgang des Betrüstens. Das wäre der wirtschaftliche, der moralische Ruin der Menschheit; das wäre der ewige Schrecken, die ständige Gefahr des Revanchekrieges; das hieße der ausgesogenen Welt, die alle Kräfte vertausendsachen muß, um mit den unheilvollen Folgen des Weltkrieges aufzuräumen, eine Last aufzulegen, unter deren Gewicht sie unvermeidlich zusammenbrechen würde. Es sind in Wahrheit „das bisherige System umstürzende Grundsätze“, zu denen sich der österreichisch-ungarische Minister bekennt, und in ihnen flündet sich nicht bloß eine höhere Sittlichkeit, als es jene ist, die der mörderische Militarismus und der mordende Krieg ausdrücken, sondern sie sind ein Durchbruch der Vernunft, ein Begreifen der Notwendigkeit, und darum vielleicht auch ihrer Wirkung auf die Gegner gewiß.

Dem die Grundsätze, von denen Graf Czernin versichert, daß Oesterreich-Ungarn für ihre Verwirklichung mit allen Kräften eintreten will, nähern sich mit voller Unmittelbarkeit den prinzipiellen Forderungen, die, sofern in ihre Beteuerungen Vertrauen gesetzt werden kann, von der Entente als jener neue Zustand angegeben wurden, der sich aus dem Kriege, wenn all das vergossene Blut nicht vergeblich geflossen sein soll, naturnotwendig entwickeln müsse. Abrüstung und Schiedsgerichte als die Pfeiler der neuen Weltordnung waren es, was

Wilson als die Kriegsforderung des großen Freistaates verkündete. Und gegenüber dieser neuen Ordnung, in der sich das Antlitz der Welt vollständig wandelt, wird doch alles nichtig, was sonst als Kriegsziel gedacht und aufgestellt wird! Was sind alle Eroberungen, mit denen man sich nur den Pfahl ins eigene Fleisch setzt, gegenüber diesem großen Ziele, das von der Menschheit die furchtbarste Bedrückung nimmt und die Fesseln ihr ablöst, die den sittlichen Aufschwung bisher gelähmt hatten? In dem Verlassen und Aufgeben dessen, was Czernin das „bisherige System“ nennt, kann die Entente, insoweit sie demokratisch fühlt, einen großen moralischen Sieg, die größte ideelle Eroberung erkennen, und das könnte sie wohl dazu führen, ihre bisherige Verstocktheit aufzugeben und den Weg zu Verhandlungen, der so frei daliegt, zu betreten.

Graf Czernin hat sich von denen, die sich weigern, die Kriegsziele zu präzisieren, nicht einschüchtern lassen und hat deutlich erklärt, daß Oesterreich-Ungarn keine Vergewaltigungen begehen will, daß es auf dem Standpunkt des Verständigungsfriedens steht, daß es, wenn die internationale Abrüstung angenommen wird, keine territorialen Sicherungen braucht, auf Vergrößerungen der Monarchie verzichtet. Oesterreich-Ungarn nimmt die Friedensformel: Keine Eroberungen und Kontributionen an; das steht nun fest und darauf wird man überall zu achten haben. Ueberall — auch dort, wo man sich gewöhnt hat, jedem Friedenswort ein Schwerterschwingen folgen zu lassen. Graf Czernin hat es allerdings für nötig erachtet, einen Vorbehalt für die Zukunft zu machen; die Vernunft seiner Kriegsziele gelte nur für den jetzigen Augenblick; wenn der Krieg dennoch fortgehen solle, so „behalten wir uns freie Hand vor“. Es will uns bedünken, daß dieser Vorbehalt ebensomenig notwendig war, als die Drohung, die in ihm gelegen ist, die Gegner erschrecken wird; aber auch da ist ein deutlicher Unterschied gegen die Rede des Reichskanzlers wahrzunehmen. Graf Czernin hält sich an den Verständigungsfrieden jetzt für gebunden und behält sich die „freie Hand“ nur für die Zukunft vor; Herr Dr. Michaelis leugnet, daß er sich mit der Antwortnote gebunden habe, und erklärt, daß er auch jetzt „für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand“ hat. Das heißt: Oesterreich-Ungarn bietet den Verständigungsfrieden Deutschland höchstens Verhandlungen über einen Verständigungsfrieden an. Der Unterschied ist fühlbar und beweist, wie weit die deutsche Politik hinter der Verpflichtung noch zurückbleibt, alles getan zu haben, was geeignet wäre, den Frieden herbeizuführen.

Die Hoffnung will sich nicht entmutigen lassen, daß, da haben der Gedanke der Gewalt, der Demütigung, der Eroberung verlassen wurde, der Wille zum Frieden auch drüben sich festigen und äußern wird. Die Möglichkeit, die Welt von dem Kriege endgültig und für immer zu befreien, erhebt sich vor der gespeinigten Menschheit, und sie wird überall die Kräfte anrufen und wachrufen, alles daranzusetzen, daß sie zur Wahrheit und Wirklichkeit werde.



3./X. 1917

# Graf Czernin über die Kriegs- und Friedensfrage.

## Rede des Ministers des Aeußern.

Budapest, 2. Oktober.

Bei dem Diner, welches der ungarische Ministerpräsident zu Ehren des bei ihm zu Besuche weilenden Ministers des Aeußern gab, richtete Dr. Welserle an den Grafen Czernin herzliche Worte der Begrüßung und lud ihn ein, sich zur auswärtigen Lage zu äußern.

In Erwiderung hierauf dankte der Minister des Aeußern dem ungarischen Ministerpräsidenten für dessen freundliche Worte und erklärte sich bereit, über die äußere Lage zu sprechen. Graf Czernin beleuchtete zuerst die glänzende militärische Situation der Verbündeten und hob hervor, welchen großen Anteil an den ruhmvollen Kämpfen speziell die Söhne Ungarns haben. Er kam sodann auf die politische Lage zu sprechen und führte hierbei aus:

Dem großen französischen Staatsmanne Talleyrand wird der Ausspruch zugeschrieben, die Worte seien da, um die Gedanken zu verhüllen. Mag sein, daß dieser Ausspruch richtig war für die Diplomatie seines Jahrhunderts, für die heutige Zeit kann ich mir schwer einen Satz denken, welcher weniger zutreffend wäre. Die Millionen, welche kämpfen, einerlei ob im Schützengraben oder im Hinterlande, wollen wissen, warum und wofür sie kämpfen, sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum der Friede, den die ganze Welt erwünscht, noch nicht eingetreten ist.

Als ich auf meinen Posten gestellt wurde, habe ich die erste Gelegenheit benützt, um offen zu erklären, daß wir keine Vergewaltigungen begehen wollen, daß wir aber auch keine solchen erdulden werden und daß wir bereit sind, in Friedensverhandlungen

ezutreten, sobald unsere Feinde diesen Standpunkt eines Verständigungsfriedens annehmen. Damit glaube ich die Friedensidee der österreichisch-ungarischen Monarchie, wenn auch in allgemeinen Umrissen, so doch klar hingestellt zu haben. So mancher im Inlande und im befreundeten Auslande hat mich wegen dieser offenen Sprache getadelt — die Argumente dieser tadelnden Herren haben mich in der Richtigkeit meiner Auffassung bestärkt; ich nehme nichts von dem zurück, was ich gesagt habe, in der Ueberzeugung, daß die erdrückende Majorität hier und in Oesterreich meinen Standpunkt billigt. Dies vorausgeschickt, drängt es mich heute, der Oeffentlichkeit einiges zu sagen, wie sich die k. u. k. Regierung die weitere Entwicklung der völlig zerstörten europäischen Rechtsverhältnisse überhaupt vorstellt.

### Weltabrüstung und Schiedsgericht.

In großen Umrissen ist unser Programm des Wiederaufbaues der Weltordnung, das richtiger als der Aufbau einer neuen Weltordnung zu bezeichnen wäre, in unserer Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters niedergelegt. Es kann sich mir also heute nur darum handeln, dieses Programm zu ergänzen und vor allem eine Aufklärung darüber zu geben, welche Erwägungen uns bestimmt haben, diese das bisherige System umstürzenden Grundzüge aufzustellen. Weitern Kreisen mag es überraschend, ja unbegreiflich erscheinen, daß die Centralmächte und speziell Oesterreich-Ungarn in Zukunft auf militärische Rüstungen verzichten wollen, da sie doch in diesen schweren Jahren nur in ihrer Militärmacht den Schutz gegen vielfache Ueberlegenheit fanden.

Der Krieg hat nicht nur neue Tatsachen und Verhältnisse geschaffen, er hat auch zu neuen Erkenntnissen geführt, welche die Grundlagen der früheren europäischen Politik

Die Aste äogerte mit der Antwort und wollte nicht noch heute für denselben; wenn aber unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Morde fortzusetzen, dann behalten wir uns die Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

Ich bin nicht sehr optimistisch betreffs der Geneigtheit der Entente, jetzt einen Verständigungsfrieden auf obiger Basis zu schließen. Die erdrückende Majorität der ganzen Welt will diesen unseren Verständigungsfrieden, aber einige wenige verhindern ihn. Mit kaltem Blute und ruhigen Nerven werden wir in diesem Falle unseren Weg weitergehen. Wir wissen, daß wir durchhalten können, durchhalten im Felde und durchhalten im Hinterlande. Wir waren niemals klein in den vergangenen schweren Stunden und niemals übermütig im Siege. Unsere Stunde wird kommen und mit ihr die sichere Gewähr einer freien friedlichen Entwicklung Oesterreich-Ungarns.

Die Rede des Ministers des Aeußern wurde von den Anwesenden wiederholt durch Beifallsrufe unterbrochen und zum Schlusse mit anhaltenden Clenrufen aufgenommen.



3./X. 1917

Mittwoch, 3. Oktober 1917

# Zeitung

704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Bomben zerstört.

Östliche Gegenangriffe abge schlagen.

### Czernins Rede.

Von

Georg Bernhard.

Wenige Tage nach den Ausführungen des deutschen Reichs-Lanzlers und unseres Staatssekretärs im Auswärtigen Amt hat Graf Czernin das Wort zu einer großen politischen Rede genommen. Bei einem Festessen in Budapest, also bei einer Gelegenheit, die er sich mehr oder weniger selbst schuf. Schon dadurch gewinnt seine Rede eine erhöhte Bedeutung. Es liegt in ihr ein Werturteil gegenüber den Reden der deutschen Staatsmänner. Man hat fast bei jedem seiner Worte die Empfindung, daß ihm das, was seine deutschen Amtsbrüder gesprochen haben, nicht befriedigte und daß er meinte, ein praktisch-politisches Ergebnis ließe sich nur mit einer weiteren Ergänzung der deutschen Reden erzielen.

Die Hauptbedeutung der Czerninschen Ausführungen liegt allerdings in ihrem Inhalt. Denn diese Budapester Bankettrede gehört, wie man auch immer zu ihrem Inhalt stehen mag, zu den besten politischen Kundgebungen der ganzen Kriegszeit. Stil und Aufbau sind von außerordentlicher Feinheit, und Ton und Farbe der internationalen diplomatischen Konversation sind mit einer Sicherheit getroffen, wie es nur einem Mann möglich ist, dem die Bewegung auf dem schlüpfrigen Parkett selbstverständliche Selbstbesitzung ist.

Was der Graf Czernin gestern zur Sprache brachte, vervollständigt im wesentlichen nur das, was die österreichische Diplomatie in Kundgebungen, Unterhaltungen und Reden schon seit dem Frühjahr dieses Jahres in die Welt setzte. Er hat im Grunde genommen das gesagt, was nach unserer wiederholt geäußerten Auffassung Herr v. Bethmann Hollweg zur Eröffnung der Frühjahrssession des deutschen Reichstages hätte sagen können. Er eröffnet weitausblickende Kriegsziele mit dem energischen Hinweis darauf, daß seine Versprechungen und Hoffnungen nicht für die Ewigkeit gültig sein können. Welche Wirkung wäre von ähnlichen Äußerungen wohl ausgegangen, wenn sie von deutscher Seite zu jener Zeit gemacht worden wären, als der russische Arbeiter- und Soldatenrat seine Friedensgrundsätze den kriegführenden Mächten verkündete? Schon damals erweckte es uns ein unbehagliches Gefühl, daß die Leitung der diplomatischen Kriegführung zeitweise von Berlin nach Wien verlegt schien. Und wir können uns heute auch der peinlichen Frage nicht ganz erwehren, ob es notwendig war, jetzt wieder von Berlin aus die Führung abzugeben. Graf Czernin hat an verschiedenen Stellen seiner Rede die Zuverlässigkeit unseres Bündnisses und die Gemeinsamkeit seiner Ziele mit denen seiner Verbündeten betont. Wenn solche Gemeinsamkeit, woran wir nicht zweifeln, besteht, so wäre es doch wohl richtiger gewesen, es würde in Berlin ähnliches mit gleichem Schwung zum Ausdruck gebracht worden sein wie in Budapest.

Der Inhalt der Rede des leitenden Staatsmannes des österreichisch-ungarischen Reiches deckt sich in mancher Beziehung mit dem, was wir hier bei der Besprechung der deutschen Antwort auf die Papstnote gesagt haben. Alle Staaten der Welt müßten es begrüßen, wenn nach diesem Kriege die Abrüstung und die Schiedsgerichtsbarkeit durchführbar wäre. Graf Czernin erkennt ganz richtig, daß diese Abrüstung sich selbstverständlich ebenso auf die Flotten, wie auf das Landheer erstrecken müßte. Und aus seinen Worten geht klar hervor, daß die wirkliche Freiheit der Meere nicht möglich ist, so lange die englische Flotte diese Freiheit bedroht, und die wichtigsten Meeresengen sich in englischem Besitz befinden.

Aber Graf Czernin erkennt auch, daß bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Durchführung seiner Pläne, die er selbst als pazifistisch bezeichnet, zu ermöglichen. Europa muß, wie er sich ausdrückt, „nach diesem Kriege auf eine neue internationale Rechtsbasis gestellt werden!“ Welches kann diese Rechtsbasis sein? Sich einfach auf völkerrechtliche Verträge zu verlassen, geht nach den Erfahrungen dieses Krieges nicht mehr an. England hat keine einzigen der Völkerrechtsverträge gehalten, der ihm für die Durchführung seiner Pläne auch nur im mindesten hinderlich schien. England hat im tiefsten Frieden die belgische Neutralität mißachtet und alle Vorbereitungen getroffen, um im



territorialen Vergrößerungen, unbedingte Wirtschaftsfreiheit, das sind die Prinzipien, deren gleichmäßige, allgemeine Durchführung die Welt vor der Wiederkehr der Katastrophe sichern würde, die wir durchgemacht haben und in der wir noch heute stehen. Wenn der österreich-ungarische Staatsmann mit dieser Sicherheit für die künftige internationale Ordnung eintritt, so steht er dabei auf dem festen Boden nicht mehr zu erschütternder Kriegsergebnisse. Zu ihnen zählt er vor allem die Beseitigung des Dogmas, daß Österreich-Ungarn ein sterbender Staat sei. Nur ein Staat, der kämpfend sein Lebensrecht erwiesen, seinen Platz in der Völkergemeinschaft gegen alle Angriffe sicher festgestellt hat, vermag die Hand zu Vereinbarungen zu bieten, die nur in rüchhaltiger gegenseitiger Anerkennung des staatlichen Lebensrechtes möglich sind. Das gilt für Österreich-Ungarn so für alle Glieder unseres Bundes. Es entspricht dem Bewußtsein unserer gemeinsamen Stärke, wenn Graf Czernin erwartet, daß die gegnerischen Kriegsziele, von denen unsere Feinde schon Vieles aufgegeben haben, noch weiter zusammenschrumpfen werden. Den großen Worten der feindlichen Staatsmänner setzt er die großen und starken Tatsachen entgegen, die uns die Sprache der Versöhnlichkeit gestatten. Aber auch darüber läßt Graf Czernin keinen Zweifel: Wollen die Feinde die Fortsetzung des Krieges, so sind auch wir in unseren Entschlüssen frei und an das jetzt aufgestellte Programm nicht gebunden. Nach warten wir darauf, ob auch auf der anderen Seite der neue Geist sich vernehmen lassen will. Daß diese Zeit des Wartens nicht unbegrenzt ist, hat Graf Czernin mit Kraft und Nachdruck ausgesprochen.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt:

Die Rede des Grafen Czernin wird auch bei unseren Feinden großes Aufsehen erregen. Es ist jedenfalls aus dem Lager der Ententemächte niemals eine Kundgebung in die Welt gegangen, die von so tiefer und aufrichtiger Friedensliebe durchdrungen ist, wie das von dem österreich-ungarischen Minister des Aeußern dargelegte Programm. Das Blatt betont die Uebereinstimmung der Grundgedanken der bedeutungsvollen Rede mit jenen der deutschen Regierung und fährt fort: „Diese Grundgedanken sind nicht neu. Man hat sie bisher nur niemals mit solcher Schärfe und in so programmatischer Form von im Amte befindlichen Staatsmännern ausgesprochen.“ Nur der mächtige Herrscher, der jetzt im fernen Sibirien den Zusammenbruch seines Riesenneiches und seiner Dynastie betrauert, hat sie einmal zum Gegenstand einer zwischenstaatlichen Konferenz gemacht. Was will Graf Czernin denn anderes, als was Nikolaus II. in seiner Einladung zur ersten Haager Friedenskonferenz entwickelte? Das Blatt zweifelt an der Ausführbarkeit der allgemeinen Weltabrüstung und sagt: „Wer mit realen Tatsachen und nicht mit kahlen Wünschen rechnet, der kann nicht glauben, daß dieser Krieg, wie er auch ende, seine Nachgelüste zurücklassen kann, wenn aber das der Fall ist, so werden sowohl der Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes als der Verwirklichung des Abrüstungsgebändens unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege stehen.“

Die „Bosnische Zeitung“ sagt:

Es liegt in der Rede ein Werturteil gegenüber den Reden der deutschen Staatsmänner. Man hat fast bei jedem Wort des Grafen Czernin die Empfindung, daß ihn das, was seine deutschen Amtsbrüder gesprochen haben, nicht befriedigt und daß er meint, ein praktisch politisches Ergebnis ließe sich nur mit einer weiteren Ergänzung der deutschen Reden erzielen. Die Hauptbedeutung der Czernin'schen Ausführungen liegt allerdings in ihrem Inhalt. Denn diese Budapester Bankettrede gehört, wie man auch immer zu ihrem Inhalt reden mag zu den besten politischen Kundgebungen der ganzen Kriegszeit. Stil und Aufbau sind von außerordentlicher Feinheit, und Ton und Farbe der internationalen diplomatischen Konversation sind mit einer Sicherheit getroffen, wie es nur einem Manne möglich ist, dem die Bewegung auf dem schlüpfrigen Parkett selbstverständliche Leibesübung ist. — Nach eingehender Besprechung des Schiedsgerichtsgedankens setzt das Blatt der Abrüstungsforderungen die Ansicht gegenüber, daß sich aus der Kostenfrage der „selbstverständliche“ Gedanke ergebe, die Kosten für die Militärlasten der einzelnen Staaten dadurch zu vermindern, daß man sie zu Gemeinsamkeiten zusammenfaßt. So sei das Wort Czernin's von einer Neuordnung Europas aufzufassen. Je mehr Staaten innerhalb Europas gemeinsame Interessen vertreten, desto weniger Reibungsflächen wird es geben. Diese gemeinsamen Interessen sind aber nicht durch Völkerrechtsverträge zu schaffen, sondern nur durch engere Bindungen, die staatsrechtlichen Charakter tragen. Staatsverträge, staatsrechtliche Veranlagerungen, Staatenbünde als neue Gemeinsamkeiten.

Das „B. Tagblatt“ ist überzeugt, daß das Ziel des Grafen Czernin „erreicht werden wird, weil es erreicht werden muß.“

Die „Post“ meint, Graf Czernin würde gut tun, sich da, wo er als praktischer Politiker zu handeln berufen ist, in ganzer Erkenntnis des halben von ihm Angeedeuteten auf das zu beschränken, was das Interesse der auf Gedeih und Verderb verbündeten Mittelmächte ausmacht. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt:

Eines muß man dem l. u. l. Kollegen unseres Herrn von Kühlmann lassen. Er hat seine Worte wirklich nicht dazu gebraucht, seine Gedanken zu verhallen. Von Moskau bis Washington wird jeder, den es angeht, aus dieser Rede herausgehört haben, daß Graf Czernin wirklich den Frieden und die Abrüstung auf jede Gefahr hin möchte. Schließlich muß aber auch Graf Czernin den Vorbehalt der freien Hand und der freien Entschliessung machen für den Fall, daß der Feind seiner Weisheit minder gläubig lauschen könnte als der deutsche Pazifist. Wir werden ihn beim Wort zu nehmen haben.

Die „Neuesten Nachr.“ sprechen ihren schärfsten Widerspruch gegen die Rede des Grafen Czernin aus und meinen, der Krieg sei nichts als das letzte und schärfste Stadium des wirtschaftlichen Wettbewerbes der Völker. Die einzige sichere Bürgschaft für einen möglichst langen Frieden biete die Stärkung der Macht des Deutschen Reiches als Friedenshort. — In ähnlichem Sinne äußert sich die „Deutsche Ztg.“ — Die konservative „Kreuzzeitung“ faßt die Rede des Grafen Czernin als ein neues Friedensangebot auf. Das Blatt bekämpft den Gedanken der Abrüstung und sagt: „Unser Friedensprogramm wollen wir nicht auf ein pazifistisches Zukunftsgelände aufbauen, sondern auf die Beziehungen der Staaten und die Gesinnungen der Völker, wie sie heute tatsächlich sind. Da scheint Graf Czernin eines Sinnes mit uns zu sein, daß wir dann auch territoriale Sicherungen brauchen.“ — Der „Börsenkurier“ schreibt: „Der Gedanke des organisierten Friedens ist in der Welt. Graf Czernin sprach nicht für sich, nicht

## Das Echo der Rede des Grafen Czernin.

Mächtiger Eindruck in Berlin. — Blätterstimmen.

Berlin, 8. Oktober.

Die Budapester Rede des Ministers des Aeußern Grafen Czernin bildet in den Wandelgängen des Reichstages das Hauptthema der Unterhaltung. Während die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten ziemlich Zurückhaltung in der Beurteilung der Rede beobachten, äußern die den Mehrheitsparteien angehörenden Abgeordneten unverhohlen ihre volle Zustimmung zu der Rede.

Am prägnantesten drückte dies der Zentrumsabgeordnete Erzberger, einer der Hauptführer der Mehrheitsparteien aus, welcher sich dem Vertreter des l. l. Tel. Bureaus gegenüber folgendermaßen äußerte: „Ich unterschreibe jedes Wort, das Graf Czernin gesprochen hat. Es ist eine der bedeutendsten Kundgebungen des ganzen Krieges, ein Markstein auf dem Wege zum Frieden. Der Rede kommt die gleiche Bedeutung zu, wie der Note des Papstes. Ich glaube auch an sehr gute Wirkungen dieser Rede im Ausland. Ich bin fest überzeugt, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes mit den Ausführungen des Grafen Czernin absolut einverstanden sind. Auch der Papst hat selbstverständlich allen Anlaß, mit ihnen einverstanden zu sein.“ Wiederholt betonte Abg. Erzberger die absolute Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Czernin, der deutschen Reichsleitung und der Reichstagsmehrheit und schloß: „Wir haben jetzt alles getan, was wir tun können. Jetzt liegt es an den Gegnern, zu zeigen, ob sie ernsthaften Friedenswillen haben.“

Die maßgebenden Kreise erblicken in der Rede des Grafen Czernin einen diplomatisch-politischen Akt, der hier umsomehr Verständnis und Zustimmung begegnet, als die Erklärungen des Grafen Czernin über die Abrüstung und die neue internationale Rechtsbasis als eine weitere Ausführung der in den Antwarminoten auf den päpstlichen Schritt angeschnittenen Fragen der Abrüstung und des Schiedsgerichtes angesehen werden. Auch die Erklärungen des Grafen Czernin über einen Verständigungsfrieden stoßen auf Zustimmung, insbesondere in Verbindung mit dem Schlusssatz der Rede. Die Auffassung der maßgebenden politischen Kreise läßt sich dahin resumieren, daß alles in allem der Inhalt der Rede Zustimmung findet, wozu insbesondere der Schlusssatz beiträgt, der der Auffassung einflussreicher Faktoren entspricht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die Gedanken, die in der Kundgebung des Papstes ausgesprochen und von den Mittelmächten in ihre Antworten aufgenommen wurden, hat Graf Czernin in seiner Budapester Rede weitergesponnen und grundsätzlich formuliert. Mit Nachdruck lehnt er die Vorstellung ab, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen einfach da wieder anknüpfen könnte, wo sie durch den Ausbruch des Weltkrieges abgeschnitten wurde. In Worten, die von wahrer Menschlichkeit erfüllt sind, sucht er dem neuen Geist seine Bahn zu weisen, entwirft er das Bild einer neuen Weltordnung, wie sie sein er Ansicht nach zum Heile der kommenden Geschlechter aus diesem Weltkrieg hervorzugehen muß. Internationale Weltabrüstung, obligatorisches Schiedsgericht, keine



# Die Polenpolitik.

Von  
Dr. Alfred Weber,

Professor an der Universität Heidelberg.

Der Artikel von Max Cohen in der Sonntagsnummer über seine „Polenfahrt“ gelangt zu einer Beurteilung unserer Polenpolitik in Bausch und Bogen. Die Grundlagen sind einfach: wir müssen unter allen Umständen mit Rußland Freundschaft halten und sie künftig wieder suchen. Eine Befriedigung der Polen von unserer Seite her unmöglich. Weshalb sich also mit Rußland überwerfen für etwas, das uns selbst keinen Nutzen bringen kann? Man überlasse alles, was die Polen angeht, der Friedenskonferenz, wo, wie Cohen sich offenbar vorstellt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland zu einer irgendwie moderat maskierten „vierten Teilung“ Polens kommen sollen.

Es sei gestattet, zu diesem sehr einfachen und in manchen Kreisen Deutschlands wohl nicht seltenen Standpunkt des doch sonst so scharfsinnigen Verfassers ein paar Fragen aufzuwerfen:

1. Glaubt Cohen, daß wir auch mit einem imperialistisch-erzpanischen Rußland ohne weiteres „Freundschaft“ halten können, wenn dieses Rußland das polnische Festungsviereck, — das wir ja mit unserem Blut zerbrochen haben, zum Glück noch heute es auf der vollen Höhe seiner strategischen Leistungsfähigkeit gebracht war, — zur Zwingburg Osteuropas auszubauen imstande wäre? Würde künftig die Kofalen in zwei- bis dreimal 24 Stunden aus den gesicherten Mauern dieser Zwingburg vor Berlin sein? Ist es nicht umgekehrt geradezu die Lebensbedingung Deutschlands, daß dieses Festungsviereck nicht in russischen Händen sei? Und war dies nicht im Grund der erste und unmittelbare Sinn des Artikels vom 5. November 1916?

2. Hat nicht das neue revolutionäre Rußland Polen mit einer ausdrücklichen Erklärung seitdem selber freigegeben, wenn es weiß, daß es bei den neuen Prinzipien, auf denen es sich aufzubauen sucht, den polnischen Fremdkörper nicht in sich bergen kann? Und muß nicht jedes auf demokratischen Prinzipien aufgebaute Rußland im eigenen Interesse also handeln, da keine das niemals eingefügte fremdartige Schwergewicht des alten polnischen Königreichs und seiner aristokratischen Herrschaft in eigenen Leib vertragen kann? Was kann es also unserer gewiß äußerst wünschenswerten künftigen Freundschaft mit einem solchen nicht mehr imperialistisch erzpanischen Rußland schaden, wenn wir das getan haben und nunmehr ausbauen, was es selber auch tun mußte, ja, sogar bereits getan hat? Ist es nicht ganz im Gegenteil erleichternd für die gegenseitige Problematik, wenn es schon geschehen ist?

3. Nun weiterhin, das Angelsächsentum und seine Stellung zu der Frage! Kann jemand, der die angelsächsischen Welt herrschaftsinstitute so hoch wie Cohen einschätzt, und gewiß nicht Recht so einschätzt, wohl naiv genug sein, um zu glauben, daß an einem Friedenskongreß das Angelsächsentum sich entgegen lassen würde, ein unfertiges Polen und eine prinzipiell noch nicht gelöste Polenfrage gegen uns mit allen Mitteln auszuspielen, das polnische Problem zu einem Internationalproblem von erstem Rang zu machen, so daß von der gerühmten „häuslichen“ Verständigung zwischen Rußland, Oesterreich und uns mit Polen ganz gewiß nicht mehr die Rede wäre? Kennt Cohen nicht das Spiel, das die Engländer mit den Polen schon heute zu spielen suchen? Und ist es nicht so, daß wir diesem Spiel, das weder für uns noch für Rußland, noch für Polen selber gut ist — denn die Polen würden dabei für fremde, angelsächsische Zwecke mißbraucht werden, so gut wie jetzt gegen uns, einmal später gegen Rußland und immer gegen ihre eigenen wirklichen Interessen — ist es nicht so, daß wir diesem Spiel nur begegnen können, indem wir die polnischen Dinge so weit wie möglich schon vor dem Frieden im Einverständnis mit dem verständigen Teil der Polen regeln? Zurzeit ohne Rußland regeln, da wir doch der sonst sicher wünschenswerten Mitwirkung von Rußland dabei so lange entbehren müssen, als wir mit ihm im Kriege leben.

4. Und schließlich: meint Cohen wirklich, daß irgend jemand, der in den polnischen Fragen ernst zu nehmen ist, dabei die sehr großen Schwierigkeiten übersehen, die in jeder Regelung der polnischen Frage für uns liegen, mag man sie so oder so gestalten; und glaubt er wirklich, daß es besser gewesen wäre, ihnen gegenüber die Hände in den Schoß zu legen und ihre Ausnutzung gegen uns anderen zu überlassen, statt mit einigem Mut an sie heranzugehen? Ist es denn wirklich ein Schaden, wenn dabei die Aspirationen der Polen, die man doch kennt, und die für keinen eine Ueberraschung bilden konnten, zutage treten? Ist es nicht viel besser, diese leben sich jetzt aus, und das polnische Volk stößt jetzt, ehe die definitive Regelung erfolgt, auf die harten Realitäten, die ihm unter allen Umständen ein großes Maß von Selbstbescheidung auferlegen, als daß ihm diese Realitäten vor der Regelung in nebelhafter Ferne bleiben, so daß sie nach der Regelung als unausgelebte Möglichkeiten weiter existieren? Wir möchte schein, daß jeder, der für die Wirksamkeit geistiger Faktoren im politischen Leben ein Gefühl hat, empfinden müßte, es ist besser, derartigen Dingen vor der Eingehung eines definitiven Paktes Gelegenheit zu geben, ganz ans Tageslicht zu treten und sich auszuwirken.

5. Eins ist ja sicher: bei einem völligen Versagen des Polentums in bezug auf Realitätsinn und politische Haltung bleibt immer noch der „negative Weg“. Alsdann aber trifft

men  
igen,  
hert.  
n um  
traL  
hnen  
reißt  
Li  
ans  
offe-  
und-  
sch-  
cher  
die  
s.  
ine  
21.  
be-  
am  
oh-  
tag  
sich  
Ihr  
ien  
er-  
ten  
ibe  
die  
e-  
jre  
en  
Der  
jen  
sie  
daß  
die  
Ihe,  
es  
dar  
or-  
nd  
en  
st  
ne  
ng  
en  
en  
u-



soßen. Solche ... Musik, Theater, Kino, Druckereien und ... In den Richtlinien ist nicht ein Wort von Politik zu finden. Es sind ganz andere Grundzüge darin aufgestellt. Meine Herren, ich verhehle mir ja nicht, daß impulsive Naturen die in diesen Richtlinien gezogenen Grenzen überschritten haben; dagegen ist auch sofort, als es bekannt wurde, eingeschritten worden. Ich muß dem Herrn Abgeordneten Dr. Raumann dafür dankbar sein, daß er in einem Artikel seiner Zeitschrift auf das ganz Natürliche und Unwesentliche derartigen Entstellungen hingewiesen hat. Ein gerade, aufrechter Soldat, der impulsiv ist, nimmt vielleicht keine Rücksicht auf andere Dinge, am wenigsten auf die Politik, besonders nicht, wenn er um und neben sich eine ganz andere Agitation sieht.

Vor kurzem, meine Herren, hat der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg durch ungewöhnliche Worte ein Missverständnis gestiftet, das um seine Person sich gewunden hat. Jetzt gehen andere Dinge um, die seine Worte abschwächen sollen. Es wird verbreitet, daß zwischen ihm und seinem Generalquartiermeister General v. Ludendorff weitgehende Differenzen in bezug auf die Beurteilung der Kriegslage entstanden sind. (Zuruf: Das ist Stimmungsmache!) Auch diese Lügen haben kurze Beine. Es gibt im ganzen deutschen Reiche nicht zwei Leute, die so in ihren Überzeugungen eins sind wie der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und sein Generalquartiermeister v. Ludendorff. Vor einigen Tagen ist mir ferner ein Blatt in die Hände gekommen, das sich an die deutschen Frauen richtet, und in dem gefordert wird, es weiter zu verbreiten. In diesem Blatte werden selbst unsere alten Helden aus dem deutsch-französischen Kriege ausgegraben und mit Schmutz beworfen, und man scheut sich nicht, den Führer des jetzigen Krieges, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, zu verächtlichen, als habe er ein persönliches Interesse an der Fortführung und Hingehung des Krieges. Diese Macinationen richten sich von selbst. (Erregte Rufe links: Wir wollen das Flugblatt sehen! Wer hat es herausgegeben? Abg. Emmel (Unabhäng. Soz.) ruft: Der Kriegsminister Ineist!)

Der Präsident ruft den Abg. Emmel zur Ordnung. (Erneute Rufe: Legen Sie doch das Flugblatt hin. Kriegsminister v. Stein wird bei der Fortsetzung seiner Rede wiederholt sarkastisch unterbrochen und auch das wiederholte Glockenzeichen des Präsidenten vermag ihm nur schwer Ruhe zu verschaffen.)

Kriegsminister v. Stein (fortfahrend): Unsere Aufklärungstätigkeit ist naturgemäß auch für das Heimatheer bestimmt. Auch da weiß ich, daß mancherorts die Grenzen überschritten worden sind, die einer Aufklärung gezogen werden müssen. Es ist aber dagegen sofort mit aller Energie eingeschritten worden. In der Broschüre, zu der ich das Vorwort geschrieben habe, ist von Kriegszielen überhaupt nicht die Rede. Unsere Feinde haben natürlich dieselben Mittel ergriffen. Sie haben auch bewährte Aufklärungsarbeit in ihrem Heere besorgt. Es liegt mir eine Verfügung des Generals Petain vor, in der auf ähnliche Weise auf das Heer einzuwirken versucht wird (Rufe bei den Fortschrittlichen: Auch gegen das Parlament?). Petain endet dort mit der Annahme an die Soldaten, alle Schwierigkeiten, die sich herausgestellt hätten, würden keineswegs verschwinden durch einen „Vadensrieden“, wie er es ausdrückt. Die Aufklärungsarbeit, die wir ausführen, hat allein den Zweck, den Geist in unserer Armee zu erhalten, mit dem wir in den Feldzug hineingegangen sind. Eine Armee, der der Siegeswille fehlt, ist ein unbrauchbares Instrument. Man kann es einfach hinlegen und dem Feind das übrige überlassen. (Sehr richtig und Bravo rechts.)

Reichsanwalt Dr. Helfferich: Ich habe der Rede des Herrn Kriegsministers nur wenig hinzuzufügen, da meiner Ansicht nach der Herr Kriegsminister die Frage der Interpellation völlig beantwortet hat. (Stürmische Rufe: Nein!) Helfferich fort-fahrend: Warten Sie doch ab! Ich habe ja nicht gesagt, nichts hinzuzufügen, sondern nur: wenig! Der Herr Reichsanwalt ist sich mit allen militärischen Stellen darüber einig, daß die Politik nicht in die Armee hineingetragen werden soll und darf. Von keiner Seite, weder von rechts noch von links. Ich unterbreche das besonders. Damit ist der Rahmen für die Aufklärungstätigkeit gegeben. Ich gedenke zu, daß diese Grenze festzuhalten ist und daß Takt dazu gehört, sie immer innezuhalten. Ich habe den Begründer der Interpellation nicht dahin verstanden, daß den Beamten das Recht der politischen Meinungsäußerung bestritten wird. Das würde ja auch den Traditionen seiner Partei widersprechen. Eine Grenze ist freilich gezogen. Ein Beamter darf seine Stellung nicht dahin missbrauchen, einen Druck auf ihm unterstellte Personen auszuüben. (Abg. Müller-Meinungen rufen: Und wenn es doch geschieht?) Wo dieser Mißbrauch sich einstellt, ist der Reichsanwalt gewillt, energisch dagegen einzuschreiten.

Da es noch Potsdam-Telephonverbindung gibt, habe ich mich dort erkundigt, und ich kann feststellen, daß an der Behauptung, die Abgeordnete Landsberg vorbrachte, kein wahres Wort ist. Ich kann weiter hinzufügen, daß der Herr Reichsanwalt sich in seiner Auffassung über die politische Auffassung der Beamten eins weiß mit den Bundesregierungen, speziell auch mit der preussischen Regierung. Nach einem Erlaß des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Eisenbahnministers ist diese Angelegenheit behandelt worden. Meine Herren, der Abgeordnete Landsberg hat an den Herrn Reichsanwalt einen sehr starken Appell gerichtet, wie er sich zu der Vaterlandspartei stellt. Ich bin hier als Stellvertreter des Reichsanwalters und spreche in seinem Namen. (Zuruf: Bei den Sozialdemokraten: Leider!). Staatssekretär Dr. Helfferich fortfahrend: Dies Leider berührt mich nicht.

Nun, meine Herren, der Herr Reichsanwalt ist mit wichtigen Reichsgeschäften überlastet, und der Gegenstand der Interpellation hat ihm keine Veranlassung gegeben, persönlich hierherzukommen. Wenn Sie eine große politische Debatte hier hervorrufen wollen, dann ist es eine andere Sache. Das steht aber nicht auf der Tagesordnung. Ueber den Gegenstand der Interpellation zu sprechen, bin ich aber Manns genug.

Die Stellung des Reichsanwalters zu den Kriegszielen wird Gegenstand einer großen Debatte in der nächsten Woche sein. Der Herr Reichsanwalt wird dann seine Sache vertreten. Aus den Worten des Herrn Abg. Landsberg habe ich aber noch etwas anderes herausgehört. Es schien mir, als ob er in seinen Worten meinte, der Reichsanwalt solle gegen die Vaterlandspartei einen Licht- und Bannstrahl schleudern. (Abg. Landsberg: Nein.) Wenn das nicht der Fall ist, dann habe ich nichts weiter zu sagen. Dann glaube ich, Sie können sich bei dem beruhigen,

was ich gesagt habe. ... die an der Spitze der Herrschaft und der Verwaltung stehen, das Vertrauen nicht schenken wollen, dann hat es keinen Zweck, daß ich hier noch weiter spreche.

Mit diesen Worten verläßt Staatssekretär Dr. Helfferich die Bühne und begibt sich auf seiner Platz. — Auf der Linken und im Zentrum eifriges Schweigen, Verfall auf der Rechten. Hierauf eröffnet Abg. Trimborn (Centr.) die Debatte.

*Im Sitz*

jeder hat unterschrieben, denn er wußte, was für ihn auf dem Spiele stand. Auf Veranlassung des Oberkommandierenden in den Marken sind in dem Gebäude des Oberkommandos solche Listen herumgegangen. In einem anderen Fall hat man eine größere Anzahl fertiger Vorträge zur Verfügung gestellt. (Heiterkeit links.) In dem Ansprechen heißt es zum Schluß, daß diese Aufklärungstätigkeit gegebenenfalls als vaterländischer Hilfsdienst angesehen werden könne. (Stürmische Rufe: Hört, hört! links.) Im III. Armeekorps ist die „Aufklärung“ regelrecht organisiert, bei jeder selbständigen Formation soll ein Obmann an der Spitze stehen. (Zuruf links: Arbeiter- und Soldatentat! — Heiterkeit.) An der Westfront hat Abg. Traub mindestens 14 Vorträge gehalten, nach dem Osten hat man Herrn Mumm geschickt. (Heiterkeit links.) Welche Front wird sich wohl über Bevorzugung der anderen beschweren? (Große Heiterkeit.)

### Kriegsminister v. Stein:

Nach dem Abgeordneten Landsberg ergreift zur Beantwortung der Interpellation zunächst das Wort Kriegsminister v. Stein. Er führt aus: Meine Herren, ich kann eine Reihe von Voraussetzungen, die der Herr Redner gemacht hat, und zu denen er meine Zustimmung erwartet, leider nicht bestätigen. Ich beschränke mich bei der Beantwortung der Interpellation auf das, was das Heer angeht. Eine Agitation zu politischen Zwecken in der Armee wird weder von mir noch von der Heeresleitung geduldet. (Lautes Lachen links.) Meine Herren, es hat Mühe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzubringen, die der Herr Abgeordnete Landsberger hier vorgebracht. Stürmische Rufe von der Linken, besonders von dem soz. Abgeordn. Schöpflin. Der Präsident fordert die Abgeordneten, die in dichten Mengen die Rednertribüne umstehen, auf, Platz zu nehmen. Der Kriegsminister unterbricht so lange seine Rede. Der Präsident sieht sich genötigt, seine Aufforderung, Platz zu nehmen, nach der Rechten gewendet, energisch zu wiederholen.

Der Kriegsminister fährt fort: Eine Aufklärung im Heere hat von Anfang an bestanden und findet noch statt. Sie bewegt sich aber in ganz anderen Richtungen und nach ganz anderen Zielen. Als die Bogen der Begeisterung noch hochgingen in Volk und Heer, da konnte sich die Aufklärung auf das beschränken, was vom Feinde zu sagen war. Als aber der feilsche Bewegungskrieg zum Stehen kam, im Stellungskampf, als die Ereignisse größer und auch die Lasten in der Heimat bemerkbar wurden, da mußte die Aufklärung weitere Ziele setzen.

als die Bligen der Feinde zu widerlagen, daß der Krieg durch unsere Schuld entstanden sei. Der Soldat mußte jetzt aufgestellt werden über die Ursachen des Krieges und die Absichten des Feindes, mußte aufgestellt werden über die Folgen eines verlorenen Krieges. Auch über die Verhältnisse in der Heimat, die, wenn er auf Urlaub nach Hause kam, sah, mußten ihm nahegelegt werden. Ferner die Beschränkungen, die man sich in der Heimat auferlegen mußte, und die Mittel, mit denen man den eingetretenen Schwierigkeiten begegnen wollte. Er hätte so sonst, wenn er auf Urlaub zu Hause war, sein Land gar nicht verstanden. Auch seine persönlichen Interessen erforderten die Aufklärung. All das, was zu seinem Besten geschehen konnte und mußte, mußte er wissen. Er mußte noch Kenntnis haben von seinen Befordungsansprüchen, von den Ansprüchen seiner Hinterbliebenen und dergleichen. Alle diese Anregungen wurden in den Kreis der aufklärerischen Unterweisung gezogen.

Außerdem mußten aber auch ganz andere Dinge getrieben werden. Denn unsere Soldaten hungerten nach geistiger Nahrung (lebhaftes Lachen links), sie ist ihnen auch im reichsten Maße zuteil geworden. Alle Elemente, die sich in der Armee vereinigt finden, die berufensten Letter von Kunst und Wissenschaft und dergleichen haben sich freiwillig in diesen Dienst gestellt. Die Oberste Heeresleitung hat nach Anordnung aller Mittel, die bei den einzelnen Truppen verwendet wurden, selber allgemeine Richtlinien herausgegeben, über die Mittel, die angewendet werden

was ich gesagt habe. ... die an der Spitze der Herrschaft und der Verwaltung stehen, das Vertrauen nicht schenken wollen, dann hat es keinen Zweck, daß ich hier noch weiter spreche.



# Die Interpellationsdebatte im Reichstag.

**Abg. Landsberg** fährt fort: Neuerdings hat man Herrn Mag. Bener nach der Westfront reisen lassen, für den nach seinem ganzen öffentlichen Auftreten das ganze Jahr Rosenmontag ist. (Große Beifall links.) Er hat sich in seinen Vorträgen gegen das „ewige Friedensgequatsche“ gewendet und hat den Kaiser aufgefordert, die politischen Hungerleider Scheidemann und Erzberger mit einem kräftigen Fußtritt zur Tür hinauszumerfen. (Hört, hört! links.) Militärische Vorgesetzte haben den Vortrag mitangehört, sie haben nicht eingegriffen, sondern die Vortragsreihe nahm ihren Fortgang. (Hört, hört! links.) Der Abdruck von Berichten über diese Vorträge aber wurde von der Zensur verboten. (Hört, hört! links.) Man läßt auch die Kranken nicht in Ruhe, sondern hat diese Tätigkeit auch in die Lazarette verlegt. In Mainz wurde für einen Landesverräter erklärt, wer sich öffentlich für die Wiederherstellung des Status quo anteo ausspricht. In einem Gefangenenlager wurde gesagt, Erzberger und Scheidemann gehörten ins Fuchthaus, in einem anderen Fall sprach ein Major von „Scheidemann und den anderen Himmeln“. Den Vogel abgefaßt hat ein gemüthlicher Hauptmann, der seinem Erstanten darüber Ausdruck gab, daß noch niemand Scheidemann über den Haufen geschossen habe. (Lachen links.) Für diese Ausschreitungen mache ich eine leitende Stelle nicht verantwortlich. Man muß ja perverts sein, um an solch blöden Schimpfereien Gefallen zu finden. Aber diese ganze „Aufklärungstätigkeit“ ist von oben angeordnet worden, hier vorliegende Armeebefehle beweisen das, und man hat daher die Politik ins Meer getragen. Es wird nach ganz bestimmten Leitfäden gearbeitet, die uns der Kriegsminister vielleicht mitteilt.

Nach ein Wort über das Kriegspresseamt. Ein Arzt Professor Zimmermann hat sich an Feldmarschall von Hindenburg mit dem Vorschlag gewendet, die Ärzte könnten in den Lazaretten am besten an die Kranken und die Genesenden herantreten. Er schildert seine Erfahrungen dahin, daß die Sozialdemokraten im Heere keine Ahnung davon hätten, was Scheidemann wolle, und daß man den Mittelstand am besten beim Geldbeutel packen könne. (Hört, hört! links.) Das Kriegspresseamt sagt dazu, daß der Vorschlag des Professor Zimmermann durchaus beachtenswert erscheine. (Hört, hört! links.)

Diese ganze „Aufklärungstätigkeit“ richtet sich zugestandenmaßen gegen unsere Entschliebung vom 19. Juli. Man will angeblich den Mut der Soldaten stärken. Bei den Siegern von Aiga und den Kämpfern von Flandern ist das weder möglich noch nötig. (Sehr laut links.) Politisch ist alles, was den Staat angeht, und eine Angelegenheit, die in höherem Maße politisch ist als die Frage, unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden soll, gibt es überhaupt nicht. (Zustimmung links.) Politik kann ein Heer nur vertragen, wenn es sich politisch völlig einigt, dann kann sie seine Kraft steigern. Bei uns aber ist dies nicht der Fall, in unserem Heere sind alle Parteien vertreten und eine Tätigkeit gegen die Reichsstaatsmehrheit muß die Anhänger dieser Parteien verleiden und damit ihre militärische Leistungsfähigkeit infolge allgemeiner Unzufriedenheit herabsenken. (Sehr laut links.) Die Unzufriedenheit nimmt mit der Entfernung von der Front zu. Diese Unzufriedenheit ist gefährlich, in den Soldaten die Empfindung aufkommen zu lassen, daß unter ihren Vorgesetzten Männer sind, die den Krieg über den Zweck der Verteidigung hinaus verlängern wollen. Das ist eine ungeheure Gefahr. Die Politik der Reichsstaatsmehrheit ist auch die des Reichskanzlers. Er hat das mit ganz klaren Worten in der Antwortnote auf die Papstnote ausgesprochen. Der Reichskanzler ist bisher ein unbeschriebenes Blatt. Es ist Aufgabe des Deutschen Reiches und des Reichskanzlers, den Blenden des feindlichen Auslandes, die aus jeder alldemokratischen Vorkriegsblödelei saugen, den Stachel zu nehmen. Die Antwort des Reichskanzlers auf die Papstnote war gute Arbeit, möge das Schwert nicht verderben, was die Feder gutgemacht hat. (Lachen rechts.) Der Reichskanzler muß erklären, daß er gegen diese Vorkriegsblödelei einschreitet. Wir geben ihm Gelegenheit zu zeigen, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen läßt, wie er gesagt hat. Von seiner Stellungnahme wird für das Wohl des Reiches unendlich viel abhängen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

## Kriegsminister v. Stein:

Eine Reihe von Voraussetzungen, die der Vordredner gemacht hat, kann ich leider nicht bekräftigen. Ich beschränke mich bei der Beantwortung der Interpellation auf das, was das Heer angeht. Eine Agitation zu politischen Zwecken wird weder von mir, noch von der Heeresleitung in der Armee geduldet. (Lachen bei den Soz.) Das hat schon größte Mihe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzufassen. (Stürmischer Widerspruch links und im Zentrum. Andauernde Zurufe bei den Soz.: Unerhörte! Uner-schämtheit! Große Unruhe und Erregung.) Der Präsident läutet. Der Kriegsminister kommt nicht zum Wort.

Präsident Dr. Kaempf: „Es ist unmöglich, die Verhandlungen zu weiterzuführen. Der Kriegsminister hat den Vordredner angehört, ohne ein Wort dazwischen zu reden.“ Der Präsident ersucht die Abgeordneten, die sich um das Rednerpult drängen, Platz zu nehmen.

Kriegsminister vom Stein (fortfahrend):

Eine Aufklärung in der Armee hat von Anfang an stattgefunden und findet noch statt, geht aber nach ganz anderen Zielen. Als die Wogen der Begeisterung für den Krieg im Volk und Heer noch hochgingen, konnte sich die Aufklärung auf das beschränken, was vom Feinde zu sagen war; als aber der frische Bewegungskrieg im Stellungskampf zum Stehen kam, als die Ereignisse des Krieges größer wurden, und ebenso auch die Lasten in der Heimat sich bemerkbarer machten, da mußte sich die Aufklärung weitere Ziele setzen. Die Lügen des Feindes, womit er uns immer die Schuld zuspricht, waren um den ganzen Erdball gelaufen. Der Soldat mußte über die Ursachen des Krieges aufgeklärt werden (Lachen bei den Soz.), er mußte über die Absichten des Feindes und über die Folgen eines verlorenen Krieges aufgeklärt werden. (Sehr richtig rechts.) Auch die Verhältnisse in der Heimat, die die Soldaten auf Urlaub wiedersehen, die Gründe für die Einschränkungen, die dort stattfinden mußten und die Mittel, mit denen man den Schweregeleiteten in der Heimat begeben wollte, mußten ihnen klargelegt werden. Der Soldat hätte ja sonst sein Land, wenn er auf Urlaub kam, gar nicht verstanden. (Zuruf bei den Soz.: Sie verstehen es auch nicht!) Alles was zu seinem Besten geschehen konnte und geschah, mußte er wissen, er mußte über die Versorgungsansprüche seiner Familie und über das, was nach dem Kriege kommt, unterrichtet werden. Alle diese Angelegenheiten wurden in den Kreis dieser Unterrichtsstunden gezogen. Außerdem mußten aber auch ganz andere Dinge getrieben werden, denn unsere Soldaten hungerten nach geistiger Nahrung. (Gelächter bei den Soz., Zurufe der Soz.: Brot! Große Unruhe. Der Präsident mahnt zur

Ruhe.) Sie ist ihnen in welchem Maße zuteil geworden. Alle geistigen Elemente, die sich in der Armee vereinigt fanden, darunter die berufensten Vertreter von Wissenschaft, Kunst und allen möglichen Gebieten haben sich freiwillig in diesen Dienst gestellt. Die Oberste Heeresleitung hat nach Prüfung all der Mittel, die bei den einzelnen Heeresgruppen zu diesem Zwecke verwendet wurden, selber allgemeine Richtlinien herausgegeben. (Hört, hört! links.) Die Mittel, die angewendet wurden, waren ungefähr überall dieselben, nämlich Vorträge, Musik, Theater, Kino, Druckschriften und Heereszeitungen. In den Richtlinien, die der Vordredner erwähnt hat und die von der Heeresleitung herausgegeben worden sind, ist nicht ein Wort von Politik zu finden. (Lachen bei den Soz.) Es sind da ganz andere Grundfäden aufgestellt, die allen denen, die danach zu arbeiten haben, als Richtlinien dienen sollen.

Nun meine Herren, verhehle ich mir gar nicht, daß vielleicht impulsive Naturen die Grenzen überschritten haben. Dagegen ist sofort eingeschritten worden, wo es bekannt wurde. Dem Abgeordneten Dr. Naumann kann ich nur sehr dankbar sein, daß er in einem Artikel seiner Zeitschrift auf das ganz Natürliche und Unwesentliche derartiger Eingriffe hingewiesen hat. Es ist ganz klar, daß ein braver, aufrechter, vielleicht impulsiver Soldat keine Rücksicht nimmt auf andere Dinge, am wenigsten auf Politik (Unruhe links), er wird sehr offenerzig seine Ansicht äußern, besonders dann, wenn er neben sich und um sich ganz andere Agitationen sieht. (Zurufe bei den Soz.)

## Hindenburg und Ludendorff einig.

Vor kurzem hat der Generalfeldmarschall v. Hindenburg durch unzweideutige Worte ein Bürgenewebe zerstört, das sich um seine Person gewunden hatte; jetzt gehen andere Dinge um, die seine Worte abschwächen sollen. Es wird verbreitet, daß zwischen ihm und seinem Generalquartiermeister Ludendorff weitgehende Differenzen in bezug auf die Beurteilung... (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe bei den Soz. — Wiederholtes Glockenzeichen des Präsidenten.) Auch diese Lüge hat kurze Beine. Es gibt im ganzen Deutschen Reich nicht zwei Männer, die in ihren Ueberzeugungen so eins sind, wie Hindenburg und Ludendorff. (Bravol rechts. — Lärm links. — Zurufe links: Reden Sie doch zur Interpellation!) Auch andere Dinge gehen um. Mir liegt ein Flugblatt „An die deutschen Frauen“ vor, in dem selbst unsere alten toten Soldaten aus dem deutsch-französischen Krieg mit Schmutz bemorfen werden. (Pfeif-Rufe rechts. Stürmische Zurufe links: Zur Sache!) Ja, Hindenburg wird darin sogar verdächtigt, als habe er an der Fortführung des Krieges ein persönliches Interesse. (Lachen links. — Zurufe d. d. Soz.: Ist das eine Antwort auf die Interpellation? — Zurufe d. d. Fortschrittlichen: Er redet drum herum.) Alle diese Machenschaften... (Lebhafter Widerspruch links. — Zurufe: Wer hat das Flugblatt herausgegeben?)

Präsident Dr. Kaempf: Jetzt hat der Kriegsminister das Wort.

Abg. Emmel (Soz.): Der Kriegsminister kneift. (Gr. Unruhe rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich rufe den Abg. Emmel zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Stein: Wenn auch diese Machenschaften von außen in unser Volk hineingetragen werden, sie finden in ihm Verbreitung. (Abg. Emmel: Gegen Sie gefällt das Flugblatt auf den Tisch des Hauses.) Wir wissen, daß feindliche Agenten darauf bedacht sind, Zwietracht und Schwanken in unserer Volk hervorzurufen. Auf die Zwietracht unsere Vorgesetzten haben die Feinde immer gehofft, wenn sie uns militärisch nicht gewachsen waren. (Stürm. Zurufe links: Wo ist der Reichskanzler? — Zur Sache!) Es sind für die Aufklärungstätigkeit im Heere dieselben Grundfäden aufgestellt wie für die Aufklärung in der Heimat. Es ist zuzugeben, daß diese Grundfäden überschritten worden sind, was nicht gebuldet werden kann. Sobald es bekannt geworden ist, ist eingegriffen worden. Unsere Feinde haben zu demselben Mittel gegriffen. General Pétain sucht in ähnlicher Weise auf die Stimmung in der französischen Armee einzuwirken. (Abg. Dr. v. Litz: Gegen das Parlament!) General Pétain wendet sich ausdrücklich gegen einen laihmen Frieden. Ich kann es den Franzosen nicht verdenken, daß sie dasselbe Mittel gebrauchen, denn sie wollen den Siegeswillen ihrer Armee aufrecht erhalten. Wir haben dasselbe Bestreben. Die ganze Aufklärungstätigkeit hat allein den Zweck, in unserer Armee den Geist zu erhalten, mit dem sie in den Krieg hineingezogen ist. (Bravol rechts.) Eine Armee, der der Siegeswille fehlt, ist unbrauchbar, man kann sie besetzte legen und dem Feind das andere überlassen. (Da wir das aber nicht wollen, und da auch Sie das nicht wollen (Sehr richtig! links u. i. Str.), werden wir diese Aufklärungstätigkeit in dem von mir gekennzeichneten Sinne fortsetzen. (Beifall rechts. — Zwischen links und im Zentrum.)

## Stellvertreter des Reichskanzlers Staatssekretär Dr. Hefferich:

Ich habe nur wenige Worte hinzuzufügen. (Hört, hört! links.) Der Kriegsminister hat die in der Interpellation gestellte Frage beantwortet. (Widerspruch links u. i. Str.) Der Reichskanzler ist sich mit dem Kriegsminister und allen militärischen Stellen darüber einig, daß die Politik nicht in der Armee hineingetragen werden darf. (Lachen links.) Das darf nicht geschehen, nicht von rechts und nicht von links, das unterreichte ich mit allem Nachdruck. (Lachen links.) Damit ist der Rahmen für die Aufklärungstätigkeit gezogen. Gewiß, die Grenzen sind flüchtig, es hängt viel vom Eifer des einzelnen Vorgesetzten ab. Werden Mißbräuche bekannt, so wird eingeschritten. Das hat der Kriegsminister gesagt. Niemand will den Beamten die Freiheit der politischen Tätigkeit bestreiten. Den Beamten muß es selbstverständlich freistehen, innerhalb der Grenzen, die ihnen durch den Treueid, durch die Beamtenpflicht und durch ihre Zugehörigkeit zur staatsbürgerlichen Gemeinschaft gezogen sind, sich politisch zu betätigen. (Allseitige Zustimmung.) Aber, und auch jetzt spreche ich im Namen und Sinn des Reichskanzlers: kein Beamter darf seine Amtsstellung dahin mißbrauchen, daß er auf Personen, die ihm unter-

stellt oder in anderer Weise von ihm abhängig sind oder die abhängig fühlen, in politischer Beziehung einen Druck ausübt. (Sehr richtig! links u. i. Str. — Zuruf links: Es geschieht aber.) Gewiß mögen hier und da Verstöße vorgekommen sein. (Erstaunte Rufe links: Sie und da?) Wo ein solcher Mißbrauch sich einstellt, muß der Reichskanzler für Remedur sorgen. Dieser Mißbrauch ist zweifellos nicht in dem Maße vorhanden, wie hier behauptet ist. So hat Herr Landsberg gesagt, das Büro der Vaterlandspartei sei in Potsdam im Gebäude der Regierung. Da es nach Potsdam Telephon gibt, habe ich angefragt, und da ist mir gesagt: es sei daran kein Wort wahr! (Hört, hört! rechts, Widerspruch bei den Soz.) Auch der preussische Minister des Innern und der Eisenbahnminister haben sich gegen einen solchen Mißbrauch ausgesprochen. Der Abg. Landsberg hat an den Reichskanzler einen starken Appell gerichtet, sich auszupressen, wie er zu der Vaterlandspartei steht. Ich bin hier als Stellvertreter des Reichskanzlers und spreche in seinem Namen (Zuruf bei den Soz.: Leider!) — das „Leider“ berührt mich nicht! (Zuruf bei den Soz.: Na, na!) Der Reichskanzler ist mit Arbeiten sehr überlastet. Diese Interpellation konnte für ihn keine Veranlassung sein, hierher zu kommen. (Widerspruch bei den Soz.) Wenn Sie eine große politische Debatte daraus machen wollen, so ist das eine andere Sache. Das steht aber nicht auf der Tagesordnung. Auf das, was auf der Tagesordnung steht, bin ich Manns genug, zu antworten. (Unruhe links.)

Die Frage der Kriegsziele soll im Laufe der nächsten Woche in einer großen Debatte besprochen werden. Warten Sie solange. Aus den Ausführungen des Abg. Landsberg habe ich herausgehört, wenn ich ihn recht verstanden habe, der Reichskanzler möchte gegen die deutsche Vaterlandspartei einen Licht- und Schattenspiegel schleudern. (Lebhafter Widerspruch. Abg. Landsberg: Nein!) — Einen solchen Wunsch hat also der Abg. Landsberg nicht ausgesprochen. Dann kann Sie, was ich gesagt habe, wohl beruhigen. (Widerspruch bei den Soz.)... Wenn Sie zu den Worten der Männer, die an der Spitze der Heeres- und der Reichsverwaltung stehen, kein Vertrauen haben, dann hat es keinen Zweck, daß ich hier Worte mache. (Beifall rechts.)

## Die Besprechung der Interpellation.

Die Besprechung der Interpellation wird auf Antrag des Abg. Ebert (Soz.) geschlossen.

Abg. Trimborn (Str.): Im Gegensatz zum Kriegsminister habe ich den Eindruck gewonnen, daß der Begründer der Interpellation eine Fülle von Material für die Berechtigung der Behauptung der Interpellation vorgebracht hat. Das Tatsächliche in der Antwort des Kriegsministers ist, daß er zugestanden hat, daß Mißbräuche im Sinne der Interpellation vorgekommen sind und daß deswegen eingeschritten worden ist. Auch mir sind zahlreich Fälle dieser Art gemeldet worden. Grundfähig finde ich im Heere hat jede amtliche Agitation zugunsten oder ungunsten einer politischen Partei zu unterbleiben. Sie ist für das Heer in höchstem Maße schädlich, sie bringt die Gefahr mit sich, daß die Armee politisiert und nach und nach desorganisiert wird. Eine politische Armee wäre aber das größte Unglück für die Armee, für das Land und für den Monarchen. Das lehrt uns Ausland. Nichts ist schädlicher als amtliche Begünstigung irgend einer politischen Richtung. Nur eine Ausnahme erlaube ich an: Wäre sich in der Armee eine Agitation bemerkbar machen, die die Untergrabung der Disziplin zum Ziele hat, so ist es Recht und die Pflicht der militärischen Vorgesetzten, einer solchen zunächst mit entsprechender Aufklärung im gegebenen Falle mit der ganzen Strenge des Gesetzes entgegenzutreten. Die politische Agitation darf aber auch nicht aus der Armee heraus in die Bevölkerung hineingetragen werden. Hohe militärische Stellen werden heute vielfach mit Telegrammen bedacht, die eine bestimmte politische Tendenz verraten. Es sind Antworten erfolgt, die sofort politisch ausgefächelt werden. Die betreffenden militärischen Stellen sollten hier die größte Vorsicht walten lassen. (Zustimmung.) Hindenburg gehört dem ganzen Volke, keiner einzelnen Partei. (Lebhafter Zustimmung.) Soweit eine Aufklärung in der Armee notwendig ist, muß sie sich doch von der politischen Politik fernhalten, das muß in den Richtlinien klar ausgedrückt sein. Gegen die impulsiven Naturen muß noch stärker vorgegangen werden, denn sie sind doch sehr zahlreich. (Zustimmung.) Das Hineinziehen der Obersten Heeresleitung verschiebt nur den Streitpunkt. Von Gerüchten über Meinungsverschiedenheiten zwischen Hindenburg und Ludendorff habe ich nichts wahrgenommen, ich habe den gegenseitigen Eindruck und ihn auch für selbstverständlich gehalten. Will man den Stegeswillen der Armee heben, so darf das nicht so geschehen, daß politische Zwietracht hineingetragen und sie dadurch gleichgültig gemacht wird. Mit allem Nachdruck und Ernst und der militärischen Energie, die man sonst zur Verfügung hat, muß die Durchführung der hier vorgelegten Grundfäden erreicht werden. Wir hätten jedwede direkte oder indirekte amtliche Begünstigung der Vaterlandspartei durch militärische, staatliche oder kommunale Stellen für durchaus unzulässig. Die Regierung muß ihr auf das entschiedenste entgegenwirken. Dazu gehören allerdings kräftigere, manlgere und entschlossener Worte, als sie der Staatssekretär Hefferich gefunden hat. Schon der Name: Deutsche Vaterlandspartei, wirkt für andere Parteien verleidend. Es kommt dann wieder zu der häufigen Methode der Unterscheidung zwischen national und antinational, die so verwirrend gewirkt hat. Der Ehrenvorsitzende der neuen Partei, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg hat in der Einleitungsversammlung gesagt, sie solle der Mittelpunkt für alle treuen Deutschen sein, die durch keine internationalen Rücksichten irgendwelcher Art wesentlich oder unwesentlich sich leiten lassen. Wenn damit auf die Sozialdemokratie und das Zentrum hingewiesen sein sollte, so wäre das eine große Dummheit gewesen, die man nicht ohne weiteres jemand unterstellen soll. Aber die Wirkung ist die, daß das lbe Gerede von den roten und schwarzen Internationale wieder erlösen wird. (Sehr richtig! i. Zentr.) Die deutsche Zentrumspartei steht nach ihrer ganzen Vergangenheit viel zu hoch, das daß die Unterstellung, daß sie das vaterländische Interesse wesentlich oder unwesentlich für internationale Rücksichten irgendwelcher Art opfern würde, an sie auch nur herantreten könnte. (Beifall i. Zentr.) Die Deutsche Vaterlandspartei ist ausschließlich zur Befämpfung der Reichstagsmehrheit gegründet worden, sie will keinen „Friedensfrieden“, sie bekämpft die „verwundete“ Friedensumgebung des Reichstages. Daß eine Partei mit diesen Bestrebungen regierungsfreudig gefördert wird, müssen wir uns ganz entschieden verbitten. (Beifall links und im Zentr.)

Was unsere Entschliebung vom 19. Juli betrifft, ist weder ein Hungerfriede, noch ein Verzweifelsfriede, sondern ein Frieden, der Leben und Entwicklung des deutschen Volkes und seiner Bewußtsein vollauf sichert. (Sehr richtig! links und im Str.) Es ist



beiliegend zweimaliger Postlauf	
für Wien:	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.50
halbjährlich	26.50
für Oesterreich-Ungarn:	
bei täglich zweimaliger Postan-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.50
halbjährlich	30.50
bei täglich einmaliger Postan-	
sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.50
halbjährlich	26.50
für Deutschland:	
vierteljährlich Kreuzbandsend.	K 18.50
und durch die Postämter laut dor-	
auflegender Postsetzungsliste.	
Länder des Weltpostvereines:	
vierteljährlich Kreuzbandsend.	K 22.50
und durch die Postämter laut dor-	
auflegender Postsetzungsliste.	
Einzelpreise für ausländische:	
Morgenblatt	16 h
Nachmittagsblatt	8 "
Nachmittagsblatt separat	8 "

# Reichspost.

tägliches Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Wien, Montag, den 8. Oktober 1917

XXIV. Jahrgang

## Wien für den Frieden Europas. Menschlichkeit, der Kultur und der Rettung Europas.

Berlin, 7. Oktober.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„7. Oktober. Abends.

In Flandern am Abend sich steigender Feuerkampf zwischen Langemarck und Zonnebeke.

An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

### Die Massentundgebung des christlichen Wien.

Wien, am 6. Oktober.

Das Wiener Rathaus hat gestern die gewaltigste Volkstundgebung gesehen, die bisher für den allgemeinen Völkerfrieden in Oesterreich stattgefunden hat, eine Versammlung, die in der Tat durch die Art ihrer Zusammensetzung, bestehend aus den Vertretern vieler hundert Vereine und unzähligen gewählten Mandatsträgern, die Gedanken und den Willen des christlichen Volkes der Reichshauptstadt verkörperte. Nicht nur durch ihre imposante Größe war diese Versammlung bedeutsam und ein Zeichen, daß hinter den Friedenskundgebungen unserer Staatsmänner das Volk steht, sie ist auch eine Warnung an das feindliche Ausland, aus einer Mißdeutung der zum Frieden geneigten Stimmung des österreichischen Volkes die Erschöpfung unserer Widerstandskraft in der Verteidigung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Existenz zu folgern und aus solchen sophistischen Argumenten den Mut zur Kriegsverlängerung zu schöpfen. Die Rede des Landesauschusses Kunschak, dieses aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen, Schritt für Schritt nur durch seine eigene Tüchtigkeit und das Vertrauen des Volkes emporgetragenen Mannes, neben dem es keinen berufeneren und wahrheitsliebenderen Dolmetsch der Meinung des Wiener Volkes gibt, ist ein erschütternder Appell an das Gewissen Europas, aber nicht ein Ruf um Erbarmen. Das historische Wort von der Garde, die stirbt, aber sich nicht ergibt, rief Kunschak unter dem donnernden Beifall der Volksmenge gestern mit der Anwendung auf den Verteidigungswillen Oesterreichs den Feinden zu, die immer noch glauben, die Donaumonarchie zur Kapitulation vor den Raubgelüsten gieriger Nachbarn bringen zu können. Die Gründe, die das christliche Volk Wiens in seinen Friedenswünschen bewegen, Menschlichkeit, Kultur, die Sorge um die Rettung des in seinen sittlichen und materiellen Grundfesten erschütterten Europas gelten für Freund und Feind. Nicht weil wir Wiener und Oesterreicher schwach sind, sondern weil wir, in einem Völkerstaat lebend und gewöhnt, nicht nur auf abgegrenzte nationale Interessen zu sehen, vielleicht leidenschaftsloser, objektiver als andere sind, deswegen erheben wir am entschiedensten, vereint mit Papst und Kaiser, die Stimme für den Frieden, nicht zu einem Frieden der Unterwerfung irgend eines unserer Feinde, aber wahrhaftig auch nicht zu einem unserer eigenen Unterwerfung. Wenn in der Welt unserer Feinde nur etwas von jener Demokratie, die sie mit soviel Pathos für sich in Anspruch zu nehmen gewohnt ist, lebt, dann wird man diese aus der Mitte des österreichischen Volkes kommende ehrlich friedliebende und zugleich mannhaft kundgebende unverfälschte Wertung müssen. Es ist ein Versuch von Volk zu Volk zu sprechen — werden die Wortführer der Ententendemokratie diesen Versuch selten lassen oder ihn zu vertuschen suchen?

Die gestrige Versammlung war auch eine würdevolle Demonstration des Dankes an Papst und Kaiser für ihre hochherzigen Friedensbemühungen, und die Größe der Manifestation ist sicherlich

eine neue Ermutigung für den hohen Mittler der Völker in Rom, die Anstrengungen für die Erlösung der in ein Netz gehässiger, gegen die christliche Kultur gerichteter Mächenschaften verstrickten Menschheit trotz aller Schwierigkeiten und Verdächtigungen fortzusetzen. Es wird die Stunde kommen, wo vereint die Völker des ganzen Erdkreises dem erhabenen Hirten wahren Menschentums dafür danken werden.

### Die Versammlung im Rathaus.

Das Wiener Rathaus beherbergte gestern eine imposante Versammlung. Die prächtigen Räume des Festsaales im Rathause haben wohl selten eine solche Menschenmenge von Gästen — man schätzte die Erschienenen auf ungefähr 8000 — in sich aufgenommen wie gestern. Ein Menschenstrom flutete schon in den frühen Nachmittagsstunden aus allen Bezirken Wiens in die Richtung zum Rathause; da sah man Gruppen mit Fahnen und Standards, dort sah man andere Trupps festlich gekleideter Männer, die alle gegen den Dr. Karl Luegerplatz strebten um ihrem ehrlichen Friedenswunsche und ihrem Danke gegenüber Kaiser Karl und Papst Benedikt XV. Ausdruck zu verleihen. Schon um 1/4 Uhr waren die mittleren Teile des Festsaales gefüllt und immer noch ergossen sich über die geräumigen Feststiegen und Zugänge dunkle Mengen. Einige Minuten nach 4 Uhr — der ungeheure Saal und die Galerien war bereits dicht gedrängt voll, erschienen die Würdenträger der christlichsozialen Partei, Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Bizebürgermeister und viele Stadträte, von lebhaften Hochrufen empfangen im Saale und nahmen auf der Estrade in der Turmnische, wo von einem Palmen- und Blumenrausch umrankt die Büsten Papst Benedikt XV. und Kaiser Karl I. zu sehen waren, Aufstellung. Ein Glockenzeichen kündete den Beginn der Veranstaltung an. Sofort entstand in der Menge eine lautlose Stille und die kraftvollen Einleitungssalvade des Chores „Oesterreichs Iar“ vorgelesen vom Sängerkhor „Dreizehnlinden“ unter Leitung des Ehrenchormeisters Habel durchklangen feierlich den Saal.

### Kaum waren die herrlichen Klänge verhaucht als Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein

an das Rednerpult trat, um die Versammlung mit ernstem und weisevollen Worten zu eröffnen:

Wir haben uns heute im Rathause zu einem feierlichen Anlasse vereinigt. Wir wollen Seiner Heiligkeit dem Papste und Seiner Majestät unserem Kaiser, unseren herzlichsten innigen Dank ausdrücken, dem Heiligen Vater, dem Stellvertreter Christi auf Erden, für seinen an die Regierungen der kriegsführenden Staaten gerichteten Vorschlag zur Wiederherstellung des Friedens; unserem geliebten Monarchen für seine hochherzige Bereitwilligkeit, auf diesen Vorschlag einzugehen. Papst und Kaiser haben beide ihre erhabenen Pflichten in herzlichster Weise erfüllt. Der erste, weil ihm das Seelenheil und das leibliche Wohl der Christenheit kraft seinem oberpriesterlichen Amte durch Gott anvertraut worden ist, der zweite, weil ihm geziemend infolge seiner Herrscherwürde, Gut und Blut seiner Völker zu schirmen und weil ihn sein edles väterliches Herz drängt, dem Blutvergießen und der Verwüstung Einhalt zu gebieten, welche nicht bloß seine Untertanen, sondern die menschliche Kultur überhaupt seit mehr als drei Jahren bedrohen. Wir wollen, so wie der Heilige Vater andeutet, einen Frieden der Verständigung zwischen den kriegsführenden Mächten und wenn es möglich und durchführbar ist, wünschen wir gegenseitige ehrliche gleichzeitige Abrüstung sowie ein ständiges Schiedsgericht, welches der jetzigen barbarischen Zerstörung von Menschenleben, Wirtschaftswerten und sittlichen Errungenschaften für alle Zukunft ein Ziel setzt.

Wir wollen aber auch einen ehrenvollen vorteilhaften Frieden, der uns nicht bloß vor unmittelbaren Verlusten bewahrt, sondern auch in der Folgezeit gegen frevelhafte Angriffe böser Nachbarn durch



8. X. 1914

### Verbandstagung des Alldeutschen Verbandes.

Kassel, 6. Oktober. Zum ersten Male seit Kriegsausbruch ist der Alldeutsche Verband zu einer Gesamtsitzung zusammengetreten. Aus allen Teilen des Reiches und auch aus Oesterreich sind die Verbandsmitglieder zusammengekömmt; die Not der Zeit und der Ernst der Stunde hat sie hergeführt, um unter Gleichgesinnten die Fragen der nächsten Zukunft zu besprechen.

Nachdem am Freitag bereits der Geschäftsführende Ausschuss getagt hatte, begann heute vormittag die

#### Sitzung des Gesamtvorstandes

des Verbandes im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses unter außerordentlich starkem Besuch der Verbandsvertreter.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Verbandsvorsitzenden Rechtsanwalt Claß-Mainz sprach dieser zunächst über

#### die politische Lage.

Der Redner knüpfte an seine Ausführungen auf der letzten Vorstandssitzung im April d. J. an und behandelte die seitdem vorgefallenen Ereignisse. Dabei stellte er fest, daß der Regierung, und insbesondere dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Führung der öffentlichen Meinung, wie zu erwarten, in wachsendem Maße verlorengegangen sei, während der Kanzler selbst in Rückwirkung seiner politischen Gesamthaltung während des Krieges immer mehr und widerstandslos unter den Einfluß, ja die Herrschaft der internationalen politischen Mächte innerhalb des Reiches geraten sei. Der unselige Mann schied aus seinen Ämtern viel zu spät und hinterließ eine Erbschaft sondergleichen. Sein Nachfolger war auf dem Gebiete der hohen Politik ein unbeschriebenes Blatt, und es mußte sich zeigen, ob er dem an sich schon überaus schweren Amte, das infolge der Bethmannschen Fehler noch wesentlich erschwert war, gewachsen sein würde. Wir selbst hatten von seinem früheren Wirken her den Eindruck einer tüchtigen Persönlichkeit und begrüßten den neuen Kanzler mit Vertrauen und Hoffnungen. Alles kam darauf an, ob er sich aus der Umarmung der Reichstagsmehrheit lösen werde. Aber bald zeigte sich, daß ihm dazu die Entschlossenheit fehlte. Zu seinen nächsten Beratern bei der Lösung der durch den Krieg geschaffenen Fragen hatte er Persönlichkeiten ausgewählt und beibehalten, die ganz zu Trägern der Bethmannschen Politik geworden waren, und es wurde nicht verstanden, daß Staatssekretär Helfferich nun mit ausgesprochenen Worten der dauernde Stellvertreter des Kanzlers sein sollte, dem die Behandlung der Friedensfragen oblag, und daß hier von Kühlmann, der geschworene Anhänger einer Verständigung mit England, Staatssekretär des Außern wurde.

Herr Michaelis erhielt bald Gelegenheit, in eindeutiger Weise zu erkennen zu geben, wohin seine Politik ziele.

#### In Polen

waren die Dinge zur Unhaltbarkeit gediehen, und es hatte sich herausgestellt, daß die verbündeten Kaiserreiche mit ihrer Erklärung vom 5. November 1914 einen verhängnisvollen Irrtum begangen hatten; der Staatsrat trat zurück und man konnte darin das Scheitern der Bethmannschen Politik auf diesem Gebiete klar ausgesprochen finden, und nun mit besten Gründen die Auffassung vertreten, daß durch diese Vorgänge eine politische Wiedereinsetzung in den vorigen Stand herbeigeführt sei, die den Kaiserreichen und besonders dem Deutschen Reich die Freiheit der Entscheidung wiedergäbe. So war die Gelegenheit da, den Fehler des vorigen Jahres gut zu machen — statt dessen geschah das Gegenteil. In dem Patent vom 12. September wurde der Ausbau des selbständigen Königreichs Polen angekündigt und damit die frühere Lage noch schwieriger gestaltet, indem das zukünftige Polen nach dem Wortlaut des Patentes auf dem Gebiete der äußeren Politik vollkommene Bewegungsfreiheit haben sollte, so nach gegebenensfalls sich auf die Seite unserer Gegner schlagen kann. Damit hat die erste Probe, die der staatsmännischen Befähigung des Herrn Michaelis auferlegt war, mit einem eindeutigen Mißerfolg geendet. Gleichzeitig schwebte die Angelegenheit der Beantwortung einer Note des Papstes Benedikt XV., in der das Oberhaupt der katholischen Kirche Vorschläge zur Beendigung des Krieges gemacht hatte, die irgendwie verwirklicht, zum schwersten Schaden für unser Vaterland ausfallen mußten. Der Papst glaubt von seinem Standpunkt aus den Frieden ohne Länderwerb und Kriegsschädigungen empfehlen zu sollen. — Insofern deden sich seine Bestrebungen mit denjenigen der sogenannten deutschen Sozialdemokratie und des vom Abgeordneten Erzberger mißleiteten Zentrums. Vor der Veröffentlichung der deutschen Antwort wurde die unwürdige Zerrerei um die Stellungnahme des Kanzlers in der Frage des Kriegsziels weiter betrieben, indem in der Hauptsache der Kampf

#### für oder wider Belgien

erhoben wurde. Hier schieden sich die Geister in denkbar klarer Weise: auf der einen Seite diejenigen, die die wahre Unabhängigkeit unseres Vaterlandes von England erst dann als gewährleistet und erlöst ansehen, wenn wir Belgien machtpolitisch in der Hand halten, damit seine Küste beherrschen und starke Nachbarn Englands geworden sind — auf der anderen Seite alle diejenigen, die von internationalen Abmachungen und Garantien trotz der Erfahrungen dieses Krieges sich noch alles mögliche versprechen und an die kommende Zeit der Völkerverbrüderung zu denken vorgeben. Danebenher gehen die gleichfalls unverständlichen Pläne über die zukünftige Gestaltung Elsaß-Lothringens und über das Schicksal von Litauen, Kurland und Livland. — Selbst für diese Gebiete ist kein klarer Plan vorhanden, wird insbesondere die auf der Hand liegende Entscheidung der Einverleibung in das Reich nicht angestrebt, sondern an eine Bildung selbständiger kleiner Staaten gedacht. Eine solche Politik darf sich nicht wundern, wenn sie auf den Widerstand aller derjenigen stößt, die nach den Lehren dieser furchtbaren Kriegsjahre verlangen, daß ihr Vaterland gestärkt aus dem Daseinstampfe herorgehe, und zwar gestärkt in machtpolitischer, wirtschaftlicher und innerpolitischer Beziehung. Eine Regierung, die gemeinsames Spiel mit den Kräften betreibt, die auf allen Gebieten das Gegenteil anstreben, muß von jenen bekämpft werden, die Bismarcks Werk verteidigen. Es liegt ein furchtbarer Widerspruch darin, daß unser Volk im Felde unter der Führung größter Kriegsmänner die denkbar schwerste Aufgabe bewältigt, und daß es als Sieger dasteht, — daß es aber keine politische Führer hat, die mit dem Siege richtig anzufangen wissen.

Frankreich und Italien sind bis zum Tode erschöpft, und Amerika wird das drohende Verhängnis, selbst wenn es wollte, nicht abwenden können. Und in solcher Lage, wo wir trotz der unge-

heuren Opfer den Sieg in der Hand halten, erleben wir den politischen Wahnsinn, daß die internationalen Mächte des Umsturzes und des Geldes das deutsche Volk um den Preis des Daseinstampfes betrügen wollen, und daß als Dritte zu diesem verderblichen Bunde die Anhänger des Zentrums sich gesellen, mißleitet von den internationalen Strömungen, die für sie durch die Rücksicht auf das Papsttum und die Beziehungen zu ihm geschaffen werden. Die Schicksalsfrage lautet: sind die vorbehaltlos auf dem Boden des Vaterlandes stehenden Kreise im deutschen Volke noch stark genug, um diesem Bündnis genügenden Widerstand zu leisten, das durch das politische Zusammenspiel mit einer von Willen, Ziel und Instinkt verlassenen obersten Bürokratie zu der höchsten Gefahr wird?

So verzweifelt sich die Lage bei laubbiliger Betrachtung darstellt, so ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen — denn unsere Feinde schlagen in die immer und immer wieder würdelos und unpolitisch dargebotene deutsche Friedenshand nicht ein. Die Antworten, die mittelbar oder unmittelbar aus Amerika, aus Rußland, England und Frankreich kommen, deuten darauf hin, daß dort die Verblendung der Regierenden und der von ihnen verführten Völker noch nicht gewichen ist; sie alle halten an ihren Kriegszielen fest, die in Wahrheit die Vernichtung des Deutschen Reiches in sich schließen würden. So dürfen wir unsere Hoffnung auf die Verblendung unserer Feinde setzen — ein trauriger Trost —, aber immerhin ein Trost mit realpolitischem Inhalt. Denn er gewährt denen, die einen starken deutschen Frieden erstreben, die Frist, die Aufklärung in immer weitere Kreise des Vaterlandes zu tragen; er erwirkt Zeit für weitere militärische Erfolge und bereitet dem Gedanken freie Bahn, daß das politische Kriegsergebnis dem militärischen Siege entsprechen muß. Die den militärischen Sieg erkämpft haben, werden und können es nicht zulassen, daß trotz ihres Heldenerbes unser Vaterland in Zukunft minder gesichert dasteht, als es im Herbst 1914 der Fall war. Es gilt nur in entschlossener Arbeit den an sich von gesundem Instinkt erfüllten Massen des deutschen Volkes, das durch die inneren Schwierigkeiten der Ernährung, der Teuerung verstimmt und der Verführung ausgesetzt ist, klar zu machen, wie die Dinge in Wahrheit liegen, und dann soll und muß es erreicht werden, daß die nicht den internationalen Mächten rettungslos Verfallenen sich wie ein Mann erheben mit dem Rufe: die Millionen deutscher Söhne sollen nicht umsonst geopfert sein, die Milliarden deutschen Gutes nicht verschwendet — wir verlangen die Ausschöpfung des schwer erkämpften Sieges zu einem politischen Ergebnis, das unsern Kindern die stolze und freie Entwicklung sichert und uns damit den Lohn für die unendlich schwere Zeit des Krieges gewährt!

Mit einem Heilruf auf das deutsche Vaterland, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß der Redner unter jubelnder Zustimmung zu seinen Ausführungen. Anschließend sprach General der Infanterie z. D. v. Liebert über die militärische Lage. Die inhaltsreichen Ausführungen des Redners fanden die volle Aufmerksamkeit und Zustimmung der Versammlung. Das Gleiche galt von den Darlegungen, die Admiral z. D. v. Grapow von der Lage zur See gab.

#### Dann sprach Abg. Bacmeister über

#### die Westfragen

und wies einleitend den engen Zusammenhang zwischen den Problemen der Freiheit der Meere und der deutschen Machtposition gegenüber den westlichen Staaten des Weltverbandes nach. Im Westen, sowohl Belgien in Betracht kommend, sei die wirtschaftliche Basis nur durch Anglegerung des Welthafens Antwerpen und der belgischen wirtschaftlichen Kraft, insbesondere der belgischen Kohlenlager, an das Reich zu ermöglichen. Besonders überzeugend begründete der Redner die Wichtigkeit der Kohlenfrage in einem zukünftigen Kriege und die Bedeutung einer Kohlenübermacht als Friedensbürgschaft. In völkischer Hinsicht wurde die Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, soviel germanisches Blut wie irgend möglich zu erhalten, eine Notwendigkeit, die sich aus den Erfahrungen des Krieges besonders deutlich ergebe und die zu einer Lösung der Blamenfrage im deutschen Sinne drängt. Was die deutschen Kriegsziele Frankreich gegenüber angeht, so bezeichnete der Redner Grenzverbesserungen an der französischen Festungskette als zwar wünschenswert, aber falls die belgische Frage im deutschen Sinne gelöst werde, nicht so wichtig, daß um solcher Ziele willen der Krieg verlängert werden müsse. Den gleichen Standpunkt nahm er ein gegenüber der Frage, ob Teile der nordfranzösischen Küste in Besitz zu nehmen seien. Die Durchfahrt durch den Kanal in Kriegszeiten sei nicht abhängig von dem Besitz eines vereinzelten Stützpunktes in der Nähe des Kanals, sondern von der Frage der Meerbeherrschung ganz allgemein. Als unentbehrliche Lebensnotwendigkeit des Deutschen Reiches bezeichnete er dagegen die Gewinnung des Erzbeckens von Brieg, eine Frage, auf die er mit wichtigem Material einging, um zu zeigen, daß dieses Erzbecken in französischer Hand für Deutschland die Gefahr einer Niederlage in einem etwaigen Zukunftskriege bedeute. Des weiteren verlangte der Redner mit Rücksicht auf die Kohlenfrage das Kohlenbecken von Valenciennes.

Auch Abg. Bacmeister fand immer wieder die rückhaltlose Anerkennung der Versammlung. Ebenso General der Infanterie z. D. v. Liebert, der über

#### die Ostfragen

sprach. Einleitend ging er von den Grenz- und Machtverhältnissen des Ostens aus und betonte, daß die Neuordnung der Verhältnisse im deutschen Belange nach zwei Gesichtspunkten stattfinden müsse:

- 1) Lockerung der Beziehungen zwischen Ukrainern und Westrussen einerseits und Großrussen andererseits;
- 2) Loslösung der Fremdvölker (Polen, Litauer, Letten, Esten, Finnen) vom russischen Reiche.

Nur auf diesem Wege kann die russische Gefahr (176 Millionen Menschen!) für Deutschland in Zukunft beschworen werden.

Polen wird ein Staat mit eigener Verwaltung, aber unter deutschem Schutze. Da Polen sich geweigert hat, eine Armee aufzustellen und gegen Rußland mitzukämpfen, so bleiben Truppen der verbündeten Mächte im Lande und halten die Festungen besetzt. Der Weichselstrom, Eisenbahnen bleiben in deutscher Hand, Finanz- und Zollpolitik werden im Anschluß an die Mittelmächte geordnet.

Rußland und Litauen werden dem Deutschen Reiche angegliedert und mit deutschen und deutsch-russischen Anstieblern besetzt. Hier ist das uns so lange notwendige Neuland, Agrar- und Siedlungsland. Es dürfen aber nicht die Bürolisten der preußischen Ansiedlungskommission zugelassen werden.

Über das Schicksal Dänemarks kann nur der Ausgang des Krieges entscheiden. Hoffentlich gelingt es noch, das Land bis zum Belpussee zu besetzen. Es ist eine Pflicht nicht nur des Deutschen, sondern der Menschlichkeit, die Baltik aus den Klauen des Moskowitertums zu befreien.

Finnland strebt seine Selbständigkeit an; Deutschland hat alle Ursache, dies zu unterstützen. Es will ein vierter skandinavischer

Staat werden und hofft mit seinen 4 Millionen Seelen einer stetigen, geschäftstüchtigen, aufstrebenden Rasse sogar die Führung der Skandinavien zu erlangen.

Von höchster Wichtigkeit ist die Verdrängung der Engländer aus der Ostsee (Kalandinseln, Reval, Insel Dagö). Dies muß während des Krieges oder durch den Frieden unbedingt erfolgen.

Auch der Grenzschutz Deutschlands gegen die Ostjuden ist im Frieden festzusetzen. Nur auf diesem Wege können die deutschen Juden sich den Frieden in der Heimat sichern.

Nach diesen gleichfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden einige geschäftliche Angelegenheiten behandelt und dann

#### Wahlen

vollzogen.

In den Geschäftsführenden Ausschuss wurden neu gewählt: Prof. Gebhard, Friedberg i. Hessen, Admiral z. D. v. Grumme-Douglas, Rehderf (Westpreußen), Rittergutsbesitzer Preßell, Ditzow (Pommern).

Erst um 6 Uhr abends fanden die bedeutungsvollen Verhandlungen ihr Ende. Am Sonntag vormittag 10 Uhr findet der eigentliche Verbandstag statt.